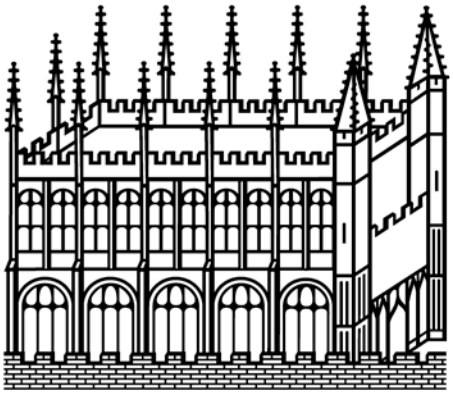


Bodleian Libraries

UNIVERSITY OF OXFORD

This book is part of the collection held by the Bodleian Libraries and scanned by Google, Inc. for the Google Books Library Project.

For more information see:

http://www.bodleian.ox.ac.uk/dbooks



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 UK: England & Wales (CC BY-NC-SA 2.0) licence.



REP. G. 4349
~~HH 840 A 8~~





~~As. 4 + c 6~~

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

PROF. H. G. FIEDLER.



PROF. H. G. FIEDLER.

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

Von Gottlob Egelhaaf

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1911

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright 1911 by Carl Krabbe Verlag
Erich Gussmann in Stuttgart.



Druck von J. F. Steinkopf in Stuttgart.

Dem Andenken
meiner lieben Frau Marie
1858—1909

„Die Nachricht von Bismarcks Tod hat uns ſehr erſchüttert; auf dem ganzen Tag lag eine herbſtlich wehmütige Stimmung, weil wir fühlten, daß mit dem großen Manne eine große Zeit zu Grabe ging, und es war uns, als ob wir einen Vater verloren hätten ... Es freut mich, daß du, der du den Lebenden ſo oft gefeiert haſt, nun in Sylt dem Toten die letzte Ehre erweiſen darfſt."

Marie Egelhaaf, 2. und 4. Auguſt 1898.

Vorwort

Bei einer Durchsicht der Bismarckliteratur hat sich mir ergeben, daß wir recht wenig nicht zu knapp und nicht zu ausführlich gehaltene Darstellungen seines Lebens von wissenschaftlichem Wert besitzen, und außer dem monumentalen Werk von Erich Marcks, von dem aber bis jetzt nur der erste Band (bis 1848) vorliegt, eigentlich keines, das dem Leser neben einer zusammenfassenden Darstellung auch die Möglichkeit böte, sich über die Probleme und die einschlägige Literatur zu unterrichten. So habe ich es unternommen, so viel ich vermochte, ein Buch zu liefern, das dem Leser die wesentlichen Ergebnisse der Forschung in übersichtlicher, genießbarer Fassung vermitteln und ihm auch einen Einblick darein gewähren soll, wie diese Ergebnisse gewonnen worden sind. Wenn man finden sollte, daß dieses Buch und besonders einzelne seiner Teile mit meinem Herzblut geschrieben seien, so habe ich nichts dagegen einzuwenden; ich hoffe aber, daß gerade auch diese Teile zeigen werden, daß ich die Pflicht des Historikers, auch die Gegenseite zu hören und zu verstehen, nicht außer Augen gelassen habe. Ich setze auch an die Spitze dieses Werkes die Verse, die ich einer treuen und eifrigen Hörerin meiner letzten Vorlesung über die Zeit von 1871—1908, Baronesse Gabrielle von Plessen, zum Gedenken schrieb:

Ich hab' die dreißig Vaterländer noch gesehen;
Ich sah auch ihn, der uns das Vaterland erschuf.
Als jung ich war, ergriff mich seines Geistes Wehen;
Als alt ich wurde, schien es mir Beruf,
So weit die Kraft mir reiche, den zu preisen,
Ohn' den wir heut noch wären vaterlose Waisen.

Stuttgart, 1. März 1911.

Gottlob Egelhaaf.

Inhalt

Seite

Erſtes Buch. Jugendjahre. Ehe. Eintritt ins politiſche Leben. 1815—1852.

1. Kapitel. Jugendjahre. 1815—1839 3
2. Kapitel. Bismarck als Landwirt. Religiöſe Kriſis. Ehe mit Johanna von Puttkammer 10
3. Kapitel. Bismarcks Eintritt ins politiſche Leben. Vereinigter Landtag. Revolution. 1847—1851 17

Zweites Buch. Am Bundestag und auf Botſchafterpoſten.

1. Kapitel. Bismarck am Bundestag 1851—1859 39
2. Kapitel. Bismarck in St. Petersburg und Paris 1859—1862 . 58

Drittes Buch. Bismarck als preußiſcher Miniſterpräſident und Bundeskanzler.

1. Kapitel. Miniſterpräſidium. Militärkonflikt. Konvention Alvensleben. Öſterreichiſcher Reformentwurf 81
2. Kapitel. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage bis zum Wiener Frieden 1864 110
3. Kapitel. Die Entwicklung des Gegenſatzes zu Öſterreich . . . 130
4. Kapitel. Der böhmiſche Krieg von 1866 170
5. Kapitel. Der norddeutſche Bund 198
6. Kapitel. Entſtehung des franzöſiſchen Kriegs 222
7. Kapitel. Der Sieg über Frankreich und die Gründung des Reiches 255

Viertes Buch. Bismarck als Reichskanzler.

1. Kapitel. Der Ausbau der Reichseinrichtung im Einvernehmen mit den Liberalen. Reichsland, Reichsmünze, Reichsheer, Reichsrecht. Stellvertretung des Reichskanzlers. Wahrung der Königsrechte 297
2. Kapitel. Der Kulturkampf. Abwendung von den Liberalen. Sozialiſtengeſetz und Zollreform. Sozialreform. Kolonien 308
3. Kapitel. Die auswärtige Politik des Reiches 1871—1888 . . . 343
4. Kapitel. Die letzte Zeit Kaiſer Wilhelms I. Bismarck und Kaiſer Friedrich 364
5. Kapitel. Bismarck unter Kaiſer Wilhelm II.; ſein Sturz . . . 373

Fünftes Buch. Bismarck nach seiner Entlassung. 1890—1898.

1. Kapitel. Die Zeit der kaiserlichen Ungnade. 1890—1893 . . . 403
2. Kapitel. Wiederanknüpfung der Beziehungen. Letzte Jahre. 1893—1898 410
3. Kapitel. Zusammenfassung. Bismarck als Mensch. Seine Stellung in unserer Geschichte 424

Dokumente.

1. Wortlaut der kgl. Ordre vom 8. September 1852 433
2. Bismarcks Entlassungsgesuch 433
3. Erstes Schreiben des Kaisers an Bismarck 436
4. Zweites Schreiben des Kaisers an Bismarck 437

Wichtigste Bismarckliteratur 439

Register 441

Erſtes Buch.

Jugendjahre. Ehe. Eintritt ins politiſche Leben.

1815—1852.

Erſtes Kapitel.

Jugendjahre. 1815—1839.

Die Familie Bismarck hat ihren Namen wohl von dem Städtchen Bismark in der Altmark, das weſtlich von Stendal liegt und heute etwa 2500 Einwohner zählt. Es ſcheinen Angehörige dieſes Städtchens nach Stendal eingewandert und dort nach ihrer Herkunft benannt worden zu ſein. Sie fanden Aufnahme in das ſtädtiſche Patriziat, und im Jahr 1270 wird ein Herbord von Bismarck als Aldermann der (patriziſchen) Kaufmanns- und Tuchhändlergilde zu Stendal genannt; doch läßt ſich nicht ſagen, ob die Bismarck zu den ritterbürtigen oder den rein bürgerlichen Elementen des Stendaler Patriziats gehörten. Im Jahr 1345 wurden die Patrizier von den Zünften überwältigt, die Stadtverwaltung den Zünften in die Hand gegeben und die Patrizier, unter ihnen Klaus von Bismarck, verjagt. Noch im gleichen Jahr 1345 erlangte Klaus von dem Wittelsbacher Markgrafen Ludwig, dem Sohn Kaiſer Ludwigs des Bayern, der damals die Mark Brandenburg beherrſchte, das feſte Schloß Burgſtall als Lehen, und damit iſt die Familie in den Kreis des rittermäßigen altmärkiſchen Adels aufgenommen. Im Jahr 1562 mußte ſie Burgſtall mit ſeinen wildreichen Wäldern in der Letzlinger Heide an das hohenzolleriſche Kurhaus abtreten und erhielt dafür die Orte Schönhauſen und Fiſchbeck rechts der Elbe, und Schönhauſen ward nun ihr Hauptſitz. Anfangs trotzige Landjunker, welche gelegentlich von den Landesherren mit Waffengewalt zum Gehorſam gezwungen werden mußten, ſchloſſen ſie ſich ſeit der Zeit des großen Kurfürſten, welcher ſeinen Staat feſt in die Hand nahm, an das hohenzolleriſche Haus an, im übrigen echte Söhne der märkiſchen Erde, mit ihrer Scholle verwachſen, patriarchaliſche Gutsherren mit dem Recht, über ihre Bauern Polizei zu üben und ihnen Recht zu ſprechen, nicht ohne Beziehung zu der gelehrten Bildung ihrer Zeit, wie denn die Univerſitäten Jena, Marburg und Orleans in ihren Matrikeln Herren von Bismarck verzeichnet haben. Indem wir von all den Geſtalten des Geſchlechts, welche hiſtoriſch nachweisbar ſind, hier nicht weiter berichten, gehen wir ſofort zu Karl Alexander über, der 1727—97 lebte, ein hochgebildeter, von der Gefühlsweichheit des Zeitalters

ergriffener Landedelmann, „der sich Neuigkeiten der Dichtung und der Musik auf sein Gut senden ließ," ein braver Vater, der in seinen Söhnen „sich vier Freunde und der Welt vier ehrliche Leute erzogen zu haben" sich freute. Von diesen Söhnen war Ferdinand am 13. November 1771 geboren; wie die Brüder trat er ins Heer und machte 1787 den Feldzug gegen die holländischen Patrioten, 1792—94 den gegen die Franzosen mit; aber mit 23 Jahren nahm er 1794 seinen Abschied und trat in die Bewirtschaftung des Guts Schönhausen ein. Er heiratete im Sommer 1806, kurz vor dem Zusammenbruch des preußischen Staats im Kampf gegen Napoleon, die damals 17 Jahre alte Wilhelmine Mencken, die Tochter des 1801 an Schwindsucht in einem Alter von erst 49 Jahren verstorbenen trefflichen Kabinettschefs Friedrich Wilhelms III., Anastasius Ludwig Mencken. Aus dieser Ehe eines Landjunkers mit einer Angehörigen eines bürgerlichen Geschlechts, das der Universität seit anderthalb Jahrhunderten tüchtige Gelehrte, Historiker und Juristen, geliefert hatte, ging am 1. April 1815 Otto von Bismarck hervor, als viertes Kind; am Leben war aber nur noch der 1810 geborene ältere Bruder Bernhard.

Otto war ein Jahr alt, als sein Vater 1816 nach dem pommerschen Gut Kniephof bei Naugard übersiedelte, das an die Schönhauser Linie des Geschlechts zurückgefallen war, und Schönhausen einem Verwalter übergab. Auf Kniephof verbrachte der Knabe Otto die ersten Jahre seines Lebens in der freien frischen Luft des Landes und übte sich im Turnen, das damals immer mehr aufkam, Klettern und Schlittenfahren. Im Winter nahmen ihn die Eltern wohl auch mit in die Hauptstadt, und daß 1817 das Berliner Schauspielhaus verbrannte, war seine früheste Erinnerung. Schon im Januar 1822 kam er für die Dauer nach Berlin, als Zögling der Plamannschen Lehranstalt, ehe er noch sieben Jahre alt war. Schuld an diesem frühen Herausreißen der jungen Pflanze aus dem Mutterboden trug eben die Mutter Wilhelmine, welche im Gegensatz zu ihrem schlichten, gutherzigen, auf das Wirkliche gerichteten, der literarischen Bildung nicht aufgeschlossenen Gatten, „einem Landjunker des guten, aber nicht des größeren Stils," *) ganz die Überlieferungen ihres Hauses verkörperte; sie legte allen Wert auf die höhere geistige Bildung, „die allein das Göttliche in unserer Natur offenbaren und uns auch allein dermaleinst wahrhaft zu Gott führen kann," und sie hatte auch den Ehrgeiz, ihre Söhne nicht

*) Erich Marcks, Bismarck, Stuttgart 1909, 1, 44.

als Landwirte oder Offiziere a. D. abſterben zu laſſen, ſondern ſie in der Beamtenlaufbahn zu hohen Würden aufſteigen zu ſehen. Sie war früh kränklich, machte alljährlich ihre Badereiſe, und zwar immer im Juli, wo die auswärts die Schulen beſuchenden Kinder hätten über die Ferien nach dem heimatlichen Kniephof kommen können; ihr zweiter Sohn hat das als Mangel an Liebe empfunden, und diejenige Mutterliebe, welche das Wohl der Kinder über das eigene Behagen ſetzt, ſcheint ſie allerdings nicht gehabt zu haben. „Meine Mutter war eine ſchöne Frau, die äußere Pracht liebte, von hellem, lebhaftem Verſtande, aber wenig von dem, was der Berliner Gemüt nennt. Sie wollte, daß ich viel lernen und viel werden ſollte, und es ſchien mir oft, daß ſie hart, kalt gegen mich ſei.“ *)

Die Plamannſche Anſtalt war 1805 von einem Theologen, nach dem ſie genannt wurde, gegründet worden, und hatte aus den Familien hoher Beamten und von Adeligen großen Zuzug. Sie war auf die Grundſätze Rouſſeaus und Peſtalozzis aufgebaut, welche ſtatt toten Gedächtniskrams nach Anſchaulichkeit und darauf beruhender klarer Erfaſſung des Wiſſensſtoffs ſtrebten. Jeder Knabe, der der Anſtalt anvertraut wurde, hatte ein Stückchen Gartenland anzubauen und zu pflegen; Turnen, Schwimmen, Spielen und Fechten wurden eifrig betrieben. In der Erinnerung Bismarcks war die Anſtalt eine Stätte „künſtlichen Spartanertums, dürftiger Nahrung, turnerhaften übertriebenen Teutſchtums, feindſeliger Geſinnung gegen den Adel;“ **) doch iſt es fraglich, ob dieſes Urteil nicht von ſpäterer Verſtimmung eingegeben iſt und der Knabe Bismarck, obgleich ihm ſchon die Hühner in Plamanns Hof Heimweh nach Kniephof erweckten, ſich doch im ganzen mit der Biegſamkeit der Jugend dort den Verhältniſſen angepaßt und ſich leidlich wohl gefühlt hat. Nach ſechs Jahren bezog er 1827 das Gymnaſium, 1827—30 als Schüler der Tertia und Oberſekunda des Friedrich Wilhelmsgymnaſiums in der Friedrichſtraße, 1830 bis 1832 als Primaner am Gymnaſium zum grauen Kloſter in der Kloſterſtraße, das unter dem kenntnisreichen, hochgebildeten und energiſchen Direktor Köpke ſtand. Seine Zeugniſſe waren befriedigend, aber nicht hervorragend; unter zwanzig Abiturienten eines allerdings vorzüglichen Jahrgangs war er der achtzehnte, heißt aber in ſeinem Reifezeugnis „ein fähiger und wohl vorbereiteter

*) Ebenda, 1, 44.
**) Ebenda, 1, 54.

Jüngling." Am meisten leistete er in Latein, Geschichte*) und Deutsch, wo ihm, der später unsere Sprache in klassischer Weise handhaben sollte, „eine sehr erfreuliche Gewandtheit" bezeugt wird, und darin spiegelt sich der Gewinn, den auch ihm die Beschäftigung mit den alten Sprachen gebracht hat, daß man an ihnen der eigenen Sprache Herr wird; ein Etwas, das sich nie mit Händen greifen und in Zahlen fassen läßt, das aber da ist und in seinen Früchten erkannt wird. Die beiden Gymnasien hatten nicht nur tüchtige Direktoren, sondern auch manche gute Lehrer, so den Ordinarius an Prima Bellermann, dessen Bismarck in dem gleich unten S. 7 zu erwähnenden Brief besonders gedenkt. Bismarck war als Oberprimaner Zögling im Hause des Oberlehrers Bonnell, der einer ausgewanderten Hugenottenfamilie entstammte und „Jahrzehnte hindurch eine Säule des Berliner Schulwesens war": ein Mann von festem, zuverlässigem Charakter, besonnenem, maßvollem Urteil, eleganter Form; Bismarck hat ihm zeitlebens warme Anhänglichkeit bewahrt und ihn noch als Ministerpräsident oft an seine Tafel gezogen.**) Daß er das Gymnasium, seine erzieherische und patriotische Wirksamkeit stets hoch geschätzt hat, beweist u. a. die Stiftung, welche er aus der ihm von seinen Verehrern zu seinem 70. Geburtstag zur Verfügung gestellten Summe (von 1 229 143 Mark 94 Pfennigen) gemacht hat und welche unter dem Namen „Schönhauser Stiftung" dem Zweck dienen sollte, deutschen Studenten des höheren Lehrfachs Unterstützungen zu gewähren, auch im Inland wohnenden Witwen von höheren Lehrern Beihilfe zu ihrem Lebensunterhalt und zur Erziehung ihrer Kinder zu leisten.***) Bismarck hat es damals ausgesprochen, daß er den Anteil, welchen das deutsche Gymnasium an der Entwicklung des nationalen Sinnes habe, wohl zu würdigen wisse und darum zu seinem ferneren Gedeihen beitragen möchte. Als ihm nach dem beschämenden Reichstagsbeschluß vom 15. De-

*) In dieser unterrichtete der Direktor Köpke selbst; Bismarck empfing hier nach seinen eigenen Worten einen tiefen Eindruck „des Danks vom Hause Österreich" und „grundlegende und seine Anschauungen bestimmende Kenntnisse." Siehe die Mitteilungen von Köpkes älterem Enkel, dem wirklichen Geh. Oberregierungsrat Köpke, Neue Jahrbücher, 22. Band, Leipzig 1908, S. 296.

**) Gustav Wolf, Bismarcks Lehrjahre, S. 38 ff. Vgl. hierzu Emil Stutzer, aus Bismarcks Schulzeit, in den „Neuen Jahrbüchern", Band 11, 169—179 (Leipzig 1908).

***) Text bei Hahn, Fürst Bismarck, Berlin 1886, 4, 658—59. Vgl. 5, 463. 467.

zember 1884, der ihm den dritten Direktor im auswärtigen Amt verſagte, zahlreiche Kundgebungen patriotiſchen Zornes und patriotiſcher Sympathie zugingen, hat er ſich außer ſtand geſehen, einzeln auf alle zu antworten; aber mit der Adreſſe des Lehrerkollegiums vom grauen Kloſter hat er nach ſeinen eigenen Worten „eine Ausnahme gemacht, geleitet von der Erinnerung, welche mich mit dem Gymnaſium zum grauen Kloſter verbindet, im Gefühl der Dankbarkeit für die den Herrn Unterzeichnern Ihres Schreibens vorangegangene Lehrergeneration.“ *)

Das Schlußergebnis ſeiner Gymnaſialzeit hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ (1, 1) in die Worte zuſammengefaßt: „Als normales Produkt unſeres ſtaatlichen Unterrichts verließ ich Oſtern 1832 die Schule als Pantheiſt, und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigſte Staatsform ſei ... Dazu hatte ich von der turneriſchen Vorſchule mit Jahnſchen Traditionen (Plamann) deutſche nationale Eindrücke mitgebracht. Dieſe blieben im Stadium theoretiſcher Betrachtungen und waren nicht ſtark genug, um angeborene preußiſch-monarchiſche Gefühle auszutilgen. Meine geſchichtlichen Sympathien blieben auf ſeiten der Autorität. Harmodius und Ariſtogiton waren für mein kindliches Rechtsgefühl Verbrecher und Tell ein Rebell und Mörder. Jeder deutſche Fürſt, der vor dem dreißigjährigen Kriege dem Kaiſer widerſtrebte, ärgerte mich; vom großen Kurfürſten an aber war ich parteiiſch genug, antikaiſerlich zu denken.“ Dieſe Äußerungen ſind außerordentlich bezeichnend für Bismarcks Geſinnung, und zwar wohl noch mehr für die ſpätere Zeit, als für die, da er die Schule verließ; deutſch national, aber auf preußiſcher Grundlage iſt er auf der Höhe ſeines Lebens geweſen. Die Kritik des religiöſen Ergebniſſes der Schulzeit, welche gegen die ſtaatliche Erziehung gerichtet iſt, trifft wohl richtiger den Zeitgeiſt, der hegeliſch-pantheiſtiſch war, und dem ſich die Schule nicht entziehen konnte. Seine Konfirmation hat der große Theologe Schleiermacher vollzogen.

Da Frau Wilhelmine von Bismarck wünſchte, daß ihr Sohn die diplomatiſche Laufbahn ihres Vaters einſchlage, ſo bezog Bismarck, den Gedanken an den Offiziersberuf „ohne beſonderen Kummer“ aufgebend, die Univerſität Göttingen, wo er am 10. Mai 1832

*) Der Brief iſt mir von dem zweiten Enkel des Direktors Köpke, Sr. Exzellenz Herrn Generalleutnant Köpke in Erfurt, gütigſt mitgeteilt worden.

immatrikuliert wurde und juristische, philosophische (über Logik und Metaphysik), mathematische und historisch-staatswissenschaftliche Vorlesungen bei den Professoren Hugo, Heeren u. a. belegte; am Hörsaal Dahlmanns, des großen Historikers und Politikers, ging er vorüber. Nachdem er infolge seiner deutsch-nationalen Eindrücke anfänglich zur Burschenschaft Beziehungen gehabt hatte, zog er sich „wegen des ihr anhaftenden Mangels an äußerlicher Erziehung und wegen der Extravaganz ihrer politischen Auffassungen" wieder von ihr zurück und trat der Landsmannschaft (= Korps) Hanovera bei, focht 25 Mensuren in drei Semestern aus und saß einmal elf, ein zweites Mal sieben Tage im Karzer, das erstemal, weil er einem Pistolenduell als Unparteiischer angewohnt hatte, das zweitemal, weil er eine Ungehörigkeit seines Korps als Konsenior auf sich nahm. Daß er über Fechten, Zechen und Ausflügen das Studium nicht völlig versäumt hat, beweist doch wohl die ausgebreitete allgemeine und zum Teil auch fachliche Bildung, welche er später an den Tag legte. Außer mit seinen Korpsbrüdern pflegte er Umgang mit andern Studenten, wie mit dem späteren amerikanischen Historiker und Diplomaten Motley (1814—77) und mit dem baltischen Grafen Alexander Keyserling (1815—91), der nachher als Zoologe sich einen Namen machte und lange Kurator der Universität Dorpat war. Beide siedelten mit Bismarck im Sommer 1833 nach Berlin über; sie aßen an einem Tisch und tauschten ihre Eindrücke und Erlebnisse im vertraulichen Verkehr aus: ein Band, das erst der Tod zerriß. Ob sie mit einander ein „englisches Kränzchen" hatten, scheint nicht sicher; wohl aber ist bezeugt, daß namentlich Keyserling und Bismarck viel philosophierten, und der Graf hatte den Eindruck, daß sein Freund „skeptisch war bis zum Extrem;" die heilige Geschichte betrachtete Bismarck rationalistisch und gelegentlich, in Anwandlungen, ohne die überlieferte Scheu. Die Hauptzeit ward dem gewidmet, was der Student „Ochsen aufs Examen" nennt, Repetitionskursen über Rechtswissenschaft, durch welche Bismarck befähigt wurde, im April und Mai 1835, erst zwanzigjährig, das „Auskultator-Examen", die erste juristische Dienstprüfung, zu bestehen. Wir haben noch Bismarcks zwei Prüfungsarbeiten, über Sparsamkeit im Staatshaushalt und über die Natur und Zulässigkeit des Eides, mit Berücksichtigung der Lehre des Christentums. Erich Marcks (1, 121—130) hat nachgewiesen, daß Bismarck in beiden Aufsätzen auf den Schultern anderer steht, im volkswirtschaftlichen auf denen des Franzosen Jean Baptist Say, im juristischen auf denen eines bayrischen Richters Friedrich Bayer; aber er

hat die fremden Gedanken gut erfaßt und energiſch durchgearbeitet, und die Sprache zeigt ſchon die entzückende Klarheit und Formſicherheit, wegen welcher Bismarck (nach dem Urteil Heinrich von Sybels, als die Berichte aus dem Bundestag erſchienen) unter die Klaſſiker unſerer Nation einzureihen iſt.

Nach Erſtehung der Prüfung trat Bismarck als Referendar bei der Regierung in Aachen ein, an deren Spitze der Graf Arnim-Boitzenburg ſtand, und erweckte das perſönliche Intereſſe dieſes bedeutenden, charakterfeſten, aber unnahbaren Mannes. Er lernte hier ganz neue Verhältniſſe kennen, ein Weltbad, das von Ausländern viel beſucht wurde, eine mächtig aufblühende Induſtrie, die Bedeutung des Katholizismus im preußiſchen Staat, Dinge, welche mit ſeiner Herkunft vom Lande, der wirtſchaftlichen Stellung ſeiner Familie, der rein proteſtantiſchen Umgebung, in welcher er bisher ſich befunden hatte, in großem Gegenſatz ſtanden. Bei ſeinen Vorgeſetzten erntete er wenigſtens zum Teil Lob, beſonders ſeitens zweier Konſiſtorialräte für ſeine Arbeiten in Kirchen- und Schulſachen; andere aber vermißten noch ſtrenge Ordnung und gewiſſenhafte Pünktlichkeit, und ſchließlich ließ er ſich vom Antrieb augenblicklicher Stimmung dazu fortreißen, daß er im Sommer 1837 ſeinen Urlaub, den er in dem auch ſehr internationalen Wiesbaden verbringen wollte, eigenmächtig um Monate überſchritt und bis Bern reiſte. Eine raſch geſchloſſene und raſch wieder gelöſte Verlobung mit einer Engländerin, deren mehrere ſein junges Blut in Erregung brachten, fällt in dieſe Zeit, da er auch mit Schulden von Göttingen her und beſonders mit Spielſchulden zu kämpfen hatte; es waren Zeiten wilder Irrung, aus denen er aber doch ohne innerlichen und äußeren Bankerott glücklich hervorging. Von Aachen ſiedelte er dann auf drei bis vier Monate zur Regierung nach Potsdam über, trat im März 1838 als Einjähriger im Gardejägerbataillon ein und teilte der — damals an einem Krebsleiden auf den Tod kranken — Mutter bei einem Beſuch in Berlin mit, daß er von Ekel über die Aktenarbeit bei der Regierung erfüllt ſei, daß dabei doch nichts herauskomme als ſchließlich die Stelle eines Präſidenten mit 2000 Talern Gehalt, aber von Lebensglück nie etwas zu hoffen ſei: ſie möge zuſtimmen, daß er zur Landwirtſchaft übergehe und dem Gedanken an den Staatsdienſt entſagen dürfe. Die Eltern gaben ihre Zuſtimmung, die Mutter als eine Sterbende — am 1. Januar 1839 iſt ſie, noch nicht ganz fünfzig Jahre alt, verſchieden. Nach einem kurzen Aufenthalt in Greifswald, wo er im Jägerbataillon des zweiten Korps ſein Jahr vollends abdiente

und vielleicht an der landwirtſchaftlichen Akademie zu Eldena eine Vorleſung über Landwirtſchaft gehört hat — immatrikuliert war er aber ſicher nicht —, nahm er am 22. Oktober 1839 ſeine Entlaſſung aus dem Staatsdienſt, welche ihm ſofort zuteil ward. Als letztes Motiv, das ihn dabei geleitet hat, bezeichnet er in einem Brief an eine Verwandte unumwunden den Drang nach Selbſtändigkeit, nach Ausgeſtaltung ſeiner Perſönlichkeit: „Ich will Muſik machen, wie ich ſie für gut erkenne, oder gar keine!“ Die Perſönlichkeit war ihm höchſtes Glück der Erdenkinder; ſie brachte die Stimme zum Schweigen, welche Aushalten in der Tretmühle des Beamten anriet, weil einſt ihm höhere Stellen winkten: „der Bismarck in ihm,“ ſagt Erich Marcks (1, 168) ſehr ſchön, „hatte den Mencken erdrückt.“ An zweiter Stelle hat aber die Sehnſucht nach dem Landleben ſelbſt gewirkt, die Bismarck von der Kindheit her im Blute ſteckte: auf dieſem Beruf lag für ihn (nach einem Brief an ſeine Braut vom 13. Februar 1847) damals noch „der ſchöne blaue Dunſt ferner Berge.“

Zweites Kapitel.

Bismarck als Landwirt. Religiöſe Kriſis. Ehe mit Johanna von Puttkamer.

Bismarck war nicht viel über 24½ Jahre alt, als er ſich aus dem Staatsdienſt zurückzog. Nach einer Vereinbarung mit ſeinem Vater übernahm er, während Ferdinand von Bismarck auf Schönhauſen blieb, zuſammen mit ſeinem älteren Bruder Bernhard die Bewirtſchaftung der drei hinterpommeriſchen Güter Külz, Jarchelin und Kniephof, welche in einer Entfernung von etwa drei bis fünf Kilometern oſtwärts von der Kreisſtadt Naugard liegen. Die gemeinſame Wirtſchaft dauerte aber kaum zwei Jahre; 1841 wurde Bernhard, 31jährig, von den Kreisgenoſſen zum Landrat gewählt, als welcher er ſeinen Sitz in Naugard zu nehmen hatte, und ſo behielt er nur noch das Gut Jarchelin, während Otto Kniephof und vorläufig auch Külz zufielen, ohne Zweifel unter gewiſſen Bedingungen über die Teilung des Ertrags. So war Bismarck nun praktiſcher Landwirt, und er iſt es immer geblieben, ausſchließlich bis 1852, dann neben ſeiner amtlichen Tätigkeit. Er hat ſich wohl in trüber oder verärgerter Stimmung ſpäter ſelbſt bezichtigt, als Landwirt ſeine Pflicht nicht getan zu haben, gleichgültig und verſchwenderiſch

gewesen zu sein, weil er gern Sekt und Porter trank und auch das Spiel um Geld wie früher, so jetzt nicht vermied; „ich bin nun," schreibt er am 26. November 1851 dem Bruder, „zwölf Jahre lang ein unabhängiger Landjunker, das heißt bodenlos faul gewesen." Daß das übertriebene, ja direkt falsche und deshalb gewiß von ihm selbst nicht ganz ernst gemeinte Worte sind, lehrt nicht bloß sein Briefwechsel mit Vater und Geschwistern, der immer von seiner landwirtschaftlichen Arbeit Kunde gibt, oder sein zum Teil erhaltenes Rechnungsbuch, sondern knapp und bestimmt die Mitteilung an seine Braut vom 13. Februar 1847 *): „Ich bot meinem Bruder damals (1839) die pommerschen Güter für 150 000 Taler an, er wollte sie aber dafür nicht haben; jetzt in der Teilung haben wir sie zu 200 000 gerechnet, und das ist noch wohlfeil; denn Kniephof allein, welches mit 60 000 bei dieser Annahme interessiert, ist 80—90 wert." Wie sehr er mit Leib und Seele Landwirt gewesen ist, das zeigen, wie man oft schon betont hat, seine Reden, deren sprachliche Bilder mit ganz besonderer Vorliebe vom Landleben genommen sind; man denke nur an das bekannte Wort, der Fortschritt sei eine sehr gute Vorfrucht für die Sozialdemokratie als Bodenbereiter (Rede im Reichstag vom 9. Oktober 1878). Mit seinen Taglöhnern (denn Bauern saßen auf den Gütern nicht) lebte er in einem „Verhältnis voll überlieferter gegenseitiger Treue," ohne jede Beimischung von Barschheit; sein Freund Blanckenburg hat ihm bezeugt, daß er mit jedem seiner Dienstleute sprach wie mit einem Mitglied des eigenen Gesellschaftskreises, „ein liebenswürdiger Mensch, ein Herr, der ein warmes Herz für seine Leute hat, der jedem gerecht wird." Der schönste Beweis für die Art, wie er für seine Leute fühlte, ist die allbekannte Rettung seines Reitknechtes Hillebrand, den er am 24. Juni 1842 aus den Wassern des Mendelsees mit eigener schwerer Gefahr herausholte, da der Ertrinkende ihn fast mit sich in die Tiefe zog. Bismarck erhielt dafür die Rettungsmedaille. Über sein Leben gingen allerlei Gerüchte, nicht ehrenrühriger Art, als ob er sich irgendwie sittlich, so mit Mägden, herabgegeben hätte, aber als ob er beständig ausgelassene Streiche mache; man nannte ihn den „tollen", den „wilden" Bismarck, der wohl, wenn seine Gäste morgens beim Ankleiden zu lang sich verweilten und der geplante Ausritt sich verzog, vom Hof her eine Pistolenkugel in die Decke des Gastzimmers sandte, so daß der Kalk auf die Säumigen niederfiel;

*) Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, Seite 22.

den Damen galt es ein wenig für anſtößig, neben Herrn von Bismarck zu ſitzen. Gewiß aber war die Wurzel ſolches wilden Gebarens oft der Wunſch, einen geheimen Schmerz zu übertäuben; denn es begegnen doch öfters Äußerungen eines gewiſſen Trübſinns, einer peſſimiſtiſchen Weltauffaſſung, welche ſich mehr und mehr ſteigern ſollten. Im Sommer 1842 faßte er wieder eine Neigung zu einer jungen Dame, einem Fräulein Ottilie von Puttkamer auf Schloß Panſin; allein die Mutter wollte nichts von der Sache wiſſen, das Fräulein ſelbſt hielt nicht bei Bismarck aus, und ſchließlich kam er zur Erkenntnis, daß er ſich in dem Mädchen getäuſcht hatte: „Ich muß als mein größtes Glück betrachten, was mich vor Zeiten mit meinem Geſchick zürnen ließ.“ Zunächſt unternahm er 1842 eine Reiſe nach Schottland, England, Frankreich, wo er ſich auch im Seebad Dieppe aufhielt, nach der Schweiz; vielleicht hat er auch noch ein wenig nach Italien hineingeſehen. Über die Reiſe ſind ein paar Briefe an den Vater erhalten,*) aus denen ſich ergibt, daß er mit hellen Augen die Lande durchwanderte und für geſchichtliche Denkmale ebenſo viel Sinn hatte, wie für die Beobachtung des modernen Lebens, der Landwirtſchaft wie der Induſtrie. Nach der Rückkehr ging es wieder rüſtig in die Landwirtſchaft, die in der Hauptzeit mit Leuten aus dem Warthebruch, die mehr koſteten als einheimiſche Arbeiter, aber auch mehr leiſteten, betrieben wurde. Im Jahr 1844 verlobte ſich Bismarcks Schweſter Malwine, zu der er eine zärtliche Liebe empfand, ſo daß er gelegentlich „ein Dutzend der unerſchrockenſten Stargarder Leutnants zum Diner laden wollte, damit die arme Schweſter zu tanzen bekommt,“ mit Bismarcks Reiſegenoſſen, dem Landrat Oskar von Arnim. „Der König Karl von Schweden iſt nun auch tot,“ hatte er ſchon im Februar geſchrieben, „ich fühle immer mehr, wie ich allein ſtehe in der Welt.“ Im Auguſt und September 1844 war Bismarck im Seebad Norderney, wo er die Ehre hatte, zur Tafel des hannöveriſchen Kronprinzen Georg gezogen zu werden; „die Kronprinzeſſin iſt eine ſehr heitere und liebenswürdige Dame, tanzt gern und iſt munter wie ein Kind.“ **) Nach der Hochzeit der Schweſter, die am 30. Oktober 1844 ſtattfand, und einem Beſuch der Neuvermählten auf Kniephof ſchrieb er am 4. Dezember 1844: „Nach Eurer Abreiſe habe ich mich an den Ofen geſetzt, geraucht und Betrachtungen darüber angeſtellt,

*) Bismarckbriefe 1836—72, herausgegeben von Horſt Kohl, Bielefeld 1897, S. 6—8.

**) Ebenda S. 17.

wie unnatürlich und selbstsüchtig es ist, wenn Mädchen, die Brüder haben und obendrein unverehelichte, sich rücksichtslos verheiraten und tun, als wenn sie nur in der Welt wären, um ihren fabelhaften Neigungen zu folgen." Er lebe mit dem Vater, lesend, rauchend, spazierengehend, helfe ihm Neunaugen essen und spiele zuweilen eine Komödie mit ihm, die es ihm gefalle Fuchsjagd zu nennen; „wir umstellen nämlich mit aller jägermäßigen Vorsicht, unter sorgfältiger Beobachtung des Windes, einen Kieferbusch, von dem wir alle, und vielleicht auch der Vater, unumstößlich überzeugt sind, daß, außer einigen Holz suchenden Weibern, kein lebendes Geschöpf darin ist."

Man hat das Gefühl, daß Bismarck in dieser Zeit innerlich nicht befriedigt war. Die Landwirtschaft füllte seine Seele nicht in dem Maße aus, wie etwa die seiner meisten Standesgenossen, auch die seines Vaters; ein erneuter „Anlauf auf eine Ministerstelle," d. h. ein Versuch, in den Staatsdienst als Referendar in Potsdam zurückzutreten, da Kniephof ihn nicht mehr selbst nötig habe, im April 1844, schlug bald wieder fehl, da er die Bureauarbeit so wenig wie früher ertragen mochte, und seine Wahl zum Kreisdeputierten, als welcher er den Landrat, seinen Bruder Bernhard, zu unterstützen und 1841—45 gelegentlich auch zu vertreten hatte, konnte seinem Ehrgeiz und seinem Tatendrang nicht genügen.

Dazu kamen die persönlichsten Erlebnisse, die wiederholt fehlgeschlagene Werbung um Frauenliebe und häusliches Glück, nach welchem die Sehnsucht doch in seinem innersten Herzen lebte, und der Mangel eines Gegengewichts für all das Entbehren in einer trostvollen religiösen Überzeugung.*) Zu seinen Nachbarn gehörte der Gutsherr Adolf von Thadden auf Trieglaff, ein Mann von kerniger Art, durchdrungen davon, daß der Gutsherr als Obrigkeit seiner Bauern eine sittigende und sozial fürsorgende Tätigkeit zu entfalten habe und daß seine ritterschaftliche Standeswürde, wie seine christliche Pflichterfüllung ihm dies auferlege. Thadden war wie sein Schwager Ernst von Senfft-Pilsach auf Gramenz von einer tiefen, warmen Religiosität erfüllt, welche man schlechtweg mit dem altehrwürdigen Namen des Pietismus bezeichnen kann: eine Richtung, welche nicht sowohl auf dogmatische Orthodoxie das Gewicht legt, als auf Erweckung des im Sündenschlaf liegenden alten Menschen zu einem

*) F. Meinecke, Bismarcks Eintritt in den christlich-germanischen Kreis, historische Zeitschrift 90 (1902) 56—92. Marcks 1, 244 ff., besonders 251 ff.

neuen Leben in Gott durch Bibellesen, brünstiges und kindliches Gebet und ernsten Bußkampf. In Hinterpommern waren diese Erweckten zahlreich; es waren gebildete Menschen, welche die klassische Literatur unserer Nation kannten, wie denn Thadden 1813 als siebzehnjähriger Leutnant in den Krieg gezogen war, das Neue Testament, Faust und Wallenstein im Tornister; auch fröhliche Menschen waren es, welche bei ihren Zusammenkünften wohl beteten, aber auch Shakespeare lasen und Ananasbowlen tranken, alles in redlicher Meinung, ohne Ziererei und Heuchelei, ihres Gottes und seiner Welt gewiß. Sie hielten Hausandachten mit ihren Taglöhnern und Knechten, wobei auch diese einfachen Leute wohl das Wort ergriffen und predigten: Herr und Knecht sanken dann zum Schluß in die Knie und bekannten ihr Sündenelend. Thadden hatte eine liebliche, kluge und fromme Tochter Marie, die Verlobte von Bismarcks früheſtem Jugendfreund Moritz von Blanckenburg, welche auf Bismarck großen Einfluß gewann. Ihr hat er am 7. Februar 1843 bei einem Besuch sein ganzes Herz aufgeschlossen. Er gestand ihr, daß er seit seinem sechzehnten Jahr nicht mehr gebetet habe; er wisse die Nacht noch gut, wo er es zum letztenmal getan und dann wissentlich gelassen habe. Wie er in seinen einsamen Stunden Lessing, Rückert, Lenau, Sallet, Uhland (dessen Bild ich 1906 in Friedrichsruh in seinem Schlafzimmer sah), Freiligrath, Anastasius Grün und Byron las, wobei ihn besonders Byrons düstere, dämonische Größe anzog und mit sich fort riß, so vertiefte er sich in die theologisch-philosophische Literatur der Zeit, in Strauß' Leben Jesu, in Feuerbach und Bruno Bauer, und das Ergebnis war nach Marie von Thaddens Wiedergabe seines Geständnisses „ein vollständiger Pantheismus," die Betrachtung Gottes als der einzigen wahren Größe, „der sich um ein solches Stäubchen wie er nicht bekümmern könne, volle Glaubenslosigkeit, entfernte Sehnsucht darnach, völlige Gleichgültigkeit gegen Freud' und Leid, stete bodenlose Langeweile und Leere." „Er war sehr aufgeregt, wurde manchmal dunkelrot, konnte aber doch nicht fortkommen." Marie von Thadden, „um die es webt wie ein Hauch von Poesie, dessen Schimmer sich dem ganzen Kreise und seinem geselligen Leben mitteilt," *) faßte das tiefste Interesse für Bismarck, dessen edlen Kern in der Schale „von Wildheit und Arroganz" sie ahnte; sie nennt ihn den „hinterpommerischen Phönix", und wohl

*) Wort von Paul Bailleu in seiner feinsinnigen Besprechung des ersten Bandes von Marcks, Deutsche Rundschau 142 (1910) 44.

hätte es sein mögen,*) daß die beiden sich zum Bunde für immer gefunden hätten, wäre Marie nicht schon jenseits des Suchens und die Braut eines wackeren Mannes gewesen. Drei und ein halbes Jahr rang sie um Bismarcks Seele; tausendmal hatte sie es auf der Zunge: „Otto, Otto, fangen Sie doch ein anderes Leben an, entreißen Sie sich dem wüsten Treiben;“ was sie lebend nicht vermochte, hat sie im Sterben erreicht. Bismarck hatte nach dem Ableben seines Vaters (am 22. November 1845) mit Bernhard sich in das Erbe so geteilt, daß er Kniephof und Schönhausen übernahm, Bernhard Külz und Jarchelin; bald nachher verpachtete er Kniephof und siedelte nach Schönhausen über. Hier hörte er, daß Marie auf dem Blanckenburgischen Gut Kardemin Mitte Oktober 1846 auf den Tod erkrankt sei, nachdem sie kurz vorher einen Bruder und die Mutter verloren hatte. Da betete Bismarck zum erstenmal seit 15 Jahren wieder: „ohne Grübeln über die Vernünftigkeit des Gebets (an der er bisher alle die Jahre über gezweifelt hatte) riß sich das erste brünstige Gebet von meinem Herzen los.“ **) Es ward nicht erhört; nachdem Tod und Leben Wochen lang mit einander gerungen hatten und Bismarck, von Schönhausen nach Kniephof herübergekommen, von der Kranken, die ihn mit schwesterlicher Zärtlichkeit begrüßte, das ernste Wort vernommen hatte, „er müsse sich jetzt bekehren, es sei die höchste Zeit,“ starb Marie von Blankenburg, „dem Tode mit ungetrübter Heiterkeit entgegengehend,“ wie ein Kind, das weiß, daß der Vater es zu sich ruft. Von da an war das Eis gebrochen; „Gott hat mein Gebet nicht erhört; aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten, nicht wieder verloren, und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich sie sonst nicht mehr kannte.“

Mit dieser inneren Wandlung, welche nun endgültig war und für Bismarcks inneres Leben einen demantenen Grund schuf, auf dem er bis an sein Ende feststand, war auch die Möglichkeit gegeben, das öde Junggesellenleben mit einem glücklichen Ehestand zu vertauschen. Zu dem hinterpommerischen Kreis und den Freundinnen Maries von Blanckenburg gehörte auch Johanna von Puttkamer, die Tochter des

*) Marcks 1, 272.

**) Wort in dem Werbebrief an Herrn von Puttkamer, vom Ende Dezember 1846, in: Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, S. 4.

Gutsherrn von Reinfeld. Bismarck war ihr auf einer gemeinsamen Harzreise der Blanckenburgischen Freundschaft im Juli und August näher getreten, auch in religiösen Gesprächen, und er trug den Eindruck davon, „daß er nur noch im Zweifel war, ob die Erreichung seiner Wünsche mit dem Glück und Frieden Ihrer Fräulein Tochter verträglich sein werde." In den nächsten Monaten aber „ward mit dem Vertrauen auf Gottes Gnade der Entschluß in ihm fest." Johanna *) war am 11. April 1824 als einziges Kind Heinrichs von Puttkamer und seiner Gemahlin Luitgarde von Glasenapp geboren, von sprudelnder Frische, originell, nicht ohne jungfräuliche Herbheit, welche es dem verrufenen „tollen Bismarck" nicht ganz leicht machte, an sie heranzukommen, aber von Grund aus ehrlich und gesunden Geistes, „eine wahre Arznei für kranke Herzen, eine pikante Blume, über die noch nie ein Gifthauch gegangen ist." „Sie hat nichts Schönes im Äußeren, als Augen und lange, schwarze Locken, sieht sonst alt aus, spricht viel, witzig und munter mit jedem Menschen, Mann und Weib." Hedwig von Blanckenburg (Moritz' früh verstorbene Schwester, „die Bismarck mit der Glut und der Entsagung einer zum Tod Bestimmten liebte und nicht ruhig sterben konnte, wenn er sich nicht bekehre") nannte sie „reines, lichtes, klares Wasserblau." Ohne daß Bismarck seinen religiösen Standpunkt änderte, wäre an eine Verbindung beider bei der im Haus Puttkamer herrschenden Frömmigkeit nicht zu denken gewesen; daß der lange Zweifel an Gottes Persönlichkeit und Vatergüte, längst in seiner Trostlosigkeit schmerzvoll empfunden und darum unterhöhlt, in diesen Monaten des Bangens um ein teures Leben und der Sehnsucht nach häuslichem Glück in sich zusammenbrach, hat das Glück beider begründet. Noch lautete die Antwort des Vaters, „der von Bismarck viel Übles und wenig Gutes gehört hatte," auf den Werbebrief sehr zurückhaltend; namentlich rückte er die Voraussetzung religiöser Übereinstimmung scharf in den Vordergrund; doch gab er die Erlaubnis zu einem Besuch Bismarcks, und am 12. Januar 1847 erfolgte die Verlobung, am 28. Juli die Hochzeit. Die Trauung vollzog Pastor Sauer in der holzgedeckten Dorfkirche von Alt-Kolziglow bei Reinfeld. Die Hochzeitsreise führte das junge Paar nach Berlin, Dresden, Prag, Wien, ins Salzkammergut, Berchtesgaden, Meran, Venedig (wo Bismarck den König Friedrich Wilhelm IV. traf und von ihm zur Tafel gezogen wurde), Mailand, die oberitalienischen Seen, Genf, den Vierwaldstädtersee, den Rigi,

*) Erich Marcks, Bismarck 1, 320 ff.

Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg, den Rhein; am 6. Oktober waren sie wieder daheim.

Bismarck hatte den köstlichsten Schatz gewonnen, ein treues, feinsinniges, edles und kluges Weib, das ihr Leben lang in vollendeter Selbstlosigkeit für ihn und sein Wohl und für ihre Kinder besorgt war; er hatte das Gefühl: ohne dich, wo wäre mein Himmel? Der Ehe entsproßten drei Kinder: Marie (geb. 21. August 1848 zu Schönhausen), Herbert (geb. 28. Dezember 1849 zu Berlin) und Wilhelm (geb. 1. August 1852 in Frankfurt). Herbert ist später des Vaters bewundernder und treuer Gehilfe geworden; er starb am 18. September 1904; wir haben seiner noch öfter zu gedenken. Wilhelm trat in den Verwaltungsdienst, heiratete 1885 sein Bäschen Sibylle von Arnim (die Tochter von Oskar von Arnim und Malwine von Bismarck), ward 1895 Oberpräsident von Ostpreußen und starb am 30. Mai 1901 in Varzin. Dem Vater war er so ähnlich, daß sie deshalb sich manchmal weniger leicht vertrugen als der ältere Sohn und der Vater dies vermochten. Marie verlor den ersten Bräutigam, Grafen von Eulenburg, durch einen jähen Tod und heiratete dann 1878 den Grafen Kuno von Rantzau; ihrer Kindheit gedenkt Bismarck in köstlichen Briefen.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Eintritt ins politische Leben. Vereinigter Landtag. Revolution. 1847—1851.

Während sich die geschilderten tiefen Wandlungen in Bismarcks inneren und äußeren Zuständen vollzogen, denen er ein neues Leben voll Glück und Schwung verdankte, hatte sich ihm auch der Schauplatz des öffentlichen Wirkens aufgetan. Der Deichhauptmann der Strecke Fischbeck-Schönhausen war seiner Aufgabe nicht gewachsen, so daß 1845 die Elbe den Deich zerriß und das Land weithin unter Wasser setzte und 1846 die Gefahr sich erneuerte. Da nahm Bismarck die Sache als einer der Nächstbetroffenen in die Hand, erwirkte die Absetzung des unfähigen Mannes und ward selbst im Oktober 1847 zum Deichhauptmann ernannt, wobei er, was für seine Gutmütigkeit und seine edle Sinnesart bezeichnend ist, dem Abgesetzten dauernd einen Teil des bescheidenen Gehaltes überließ. Bei der Erledigung dieser Dinge geriet er in einen scharfen Kampf mit der Bureaukratie, welche die wirklichen Ver-

hältnisse und die Leistungsfähigkeit der zum Deichbau Verpflichteten mißachtete und die Arbeiten verschleppte; ihr trat Bismarck als Mann der „ständischen Opposition" gegen die bureaukratische Schablone und als Verfechter der praktischen Interessen gegen die Herrn vom grünen Tisch gegenüber, ein Gegensatz, der bei ihm bleibend geworden ist und noch in den glänzendsten Tagen seiner höchsten politischen Macht und schaffenden Tätigkeit uns begegnen wird. In demselben Sinne hat er, mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Magdeburg, Ludwig von Gerlach, einem der Führer der ständisch-konservativen Partei, bekannt geworden, die Frage angefaßt, wie die von alter Zeit noch bestehende, aber durch die Bauernbefreiung unhaltbar gewordene sogenannte Patrimonialgerichtsbarkeit der Grundherren umzugestalten sei. Die Liberalen wollten sie ganz abschaffen, und manche Gutsherren stimmten zu, da sie damit auch der Lasten dieser Einrichtung entledigt zu werden hofften. Bismarck aber trat dafür ein, daß die Ernennung einer großen Anzahl richterlicher Beamten (denn selbst konnten die Gutsherren das Recht längst nicht mehr sprechen) ein wichtiges ständisches Recht der Ritterschaft sei, auf das zu verzichten einen Verlust an Ansehen und Einfluß bedeuten würde, und so wollte er die Gerichtsbarkeit nicht fahren lassen, sondern sie an Einzelrichter (nicht aber an Kollegien) übertragen, welche ihren Bezirk genau kennen sollten, immerhin aber zu kollegialen Gesamtsitzungen, etwa alle vier Wochen, zusammentreten mochten. Der Einzelrichter vertrat die Dezentralisation, die Fühlung mit den lebendigen Menschen und Verhältnissen, das Kollegium die Bureaukratie, den Schematismus; damit war Bismarcks Stellungnahme zur Sache gegeben.

War Bismarck schon mit dieser Tätigkeit als Politiker aufgetreten, so eröffnete sich ihm bald ein viel weiterer und höherer Schauplatz für die Entfaltung seiner politischen Anlagen, und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß er selbst durch das Gesetz seiner innersten Natur auf dieses Gebiet sich hingewiesen fühlte. Preußen hatte zwar 1815 den beabsichtigten Übergang vom absoluten zum verfassungsmäßigen Regiment nicht sofort vollzogen; aber König Friedrich Wilhelm III. hatte in einer feierlichen amtlichen Kundgebung vom 22. Mai 1815 sein Wort dafür verpfändet, „daß die Repräsentation des Volkes werde gebildet werden," und er hatte am 17. Januar 1820 für den Fall, daß der Staat zur Aufnahme von Darlehen schreiten müsse, dies nur für zulässig erklärt „mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständi-

schen Versammlung." Am 25. Juni 1823 waren auf Grund des Erlasses von 1815 Provinzialstände geschaffen worden, aus denen nach den Verheißungen von 1815 „eine Repräsentantenkammer gewählt werden sollte, deren Wirksamkeit sich auf die Beratungen über alle Gegenstände der Gesetzgebung erstrecken sollte, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen." Im Jahr 1847 nun löste Friedrich Wilhelm IV. endlich diese Versprechungen ein, indem er angesichts der Notwendigkeit einer Anleihe für Zwecke des Eisenbahnbaus am 3. Februar die sämtlichen Ständemitglieder der acht preußischen Provinzen zum „vereinigten Landtag" nach Berlin einberief. Damit war der Forderung genügt, welche immer dringender von der öffentlichen Meinung im Sinne einer liberalen Gestaltung der preußischen Staatseinrichtungen erhoben wurde; insbesondere geschah dies von den Rheinländern und den Ostpreußen. Aber freilich entwickelte sich sofort zwischen der Mehrheit des ersten preußischen Parlaments und der Regierung ein tiefer Gegensatz, weil die Befugnisse des vereinigten Landtags nach der Ansicht der Mehrheit nicht in Gemäßheit der Verheißungen von 1815 bemessen waren, und weil der König auch nicht die regelmäßige Berufung des vereinigten Landtags in gewissen Zeiträumen (die sogenannte Periodizität) zugestehen wollte, sondern diese Berufung jeweils von seinem freien Willen abhängig machte. Die Periodizität wurde selbst von der konservativen Minderheit des vereinigten Landtags gewünscht, welche sonst die Macht des Königtums nicht weiter eingeschränkt sehen wollte. Bismarck, dessen politische Ansichten der Berufung einer ständischen Volksvertretung durchaus nicht widerstrebten, der den Absolutismus vielmehr nur als Verhüllung der Herrschaft der Bureaukratie ansah (S. 18. 28), wurde von der Ritterschaft der Provinz Sachsen, in der er ja seit Ende 1845 ansässig war (S. 15), zwar nicht sofort, weil man zunächst seine Wahl in Pommern als wahrscheinlich ansah, aber doch nach dem Austritt des Abgeordneten von Brauchitsch in die sächsischen Provinzialstände gewählt und trat auf Grund dessen am 12. Mai 1847 in den vereinigten Landtag ein. Er hielt sofort am 15. Mai eine kurze Rede für die Regierung, welche die königlichen Verheißungen seiner Ansicht nach nicht umgangen habe, und für den Adel gegen den Liberalismus. Am 17. Mai rief er dann gewaltige Erregung hervor, indem er gegen den Abgeordneten von Saucken-Tarputschen auftrat, welcher die jetzige Entfremdung zwischen Regierung und Volk beklagte und behauptete, 1813 habe sich das preußische Volk nicht

aus Nationalhaß, den ein edles, gebildetes Volk gar nicht kenne, gegen die Franzoſen erhoben, ſondern „damit der König ausführen könnte, was er in weiſer Abſicht beſchloſſen hatte," alſo, wenn man die verſchleierten Worte gut deutſch auslegt, damit er eine Verfaſſung geben könne. Nicht die Befreiung alſo vom äußeren franzöſiſchen Joch war nach der Anſicht dieſes Liberalen, der damit nur die liberale Anſicht über das Jahr 1813 ſelbſt wiedergab, das Ziel der glorreichen Erhebung von 1813 geweſen, ſondern die politiſche Freiheit im Innern ſollte dadurch errungen werden. Gegen dieſe Anſicht erhob ſich Bismarck, waffenklirrend, den Speer direkt gegen den Feind erhoben, ein ſtolzer Deutſcher und ein ſtolzer Preuße bei dem erſten Auftreten, wie er es bei ſeinem letzten ſein ſollte. „Eine hohe Geſtalt," ſo ſchildert ſein erſter Biograph Heſekiel ſein damaliges Auftreten, „von mächtigem Bau, das dichte Haar kurz geſchnitten, das geſund gerötete Antlitz von einem ſtarken blonden Vollbart eingerahmt, die blanken grauen Augen etwas vorſtehend, à fleur de tête, wie die Franzoſen ſagen: ſo ſtand er da, blickte einen Augenblick in die Verſammlung und ſprach dann ſchlicht, mitunter ſtockend, mit einem ſcharfen, zuweilen ſchneidenden, nicht eben angenehmen Klang in der Stimme." „Ich fühle mich gedrungen," ſagte er, „dem zu widerſprechen, als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeſchrieben werden müßte, und es eines anderen Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unſerem Lande geboten." Hier unterbrach ihn Murren und lautes Rufen; Bismarck zog ruhig die Spenerſche Zeitung aus der Taſche und las darin, bis der Landtagsmarſchall die Ruhe wieder hergeſtellt hatte. Dann fuhr er fort: „Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen ſchlechten Dienſt erweiſen (wiederholtes Murren), wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend geweſen ſeien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu laſſen." Hierauf erhob ſich großer Lärm, und die Abgeordneten Krauſe und Gier beſtritten Bismarck das Recht, über eine Bewegung zu urteilen, die er nicht ſelbſt miterlebt habe. Hierauf gab Bismarck zurück: „Es tat mir ſtets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt geweſen iſt, an dieſer Bewegung teilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich ſoeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtſchaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen

habe: ſoeben bin ich aber belehrt, daß ſie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht ſehr dankbar für dieſe Aufklärung." (Sturm und Bravo.)

Erich Marcks hat die Anſicht ausgeſprochen (1, 402 ff.), daß Sauckens Worte nicht eigentlich dazu geartet waren, um Bismarcks Ausfall zu rechtfertigen; er hat ein Konzept über die Rede vom 17. Mai gefunden, welches offenbar nicht gegen Saucken aufgeſetzt geweſen ſei, ſo daß anzunehmen wäre, Bismarck habe ſich bereit gehalten, um beim nächſten halbwegs geeigneten Anlaß das Ausſpielen des Jahres 1813 für die Verfaſſungswünſche zurückzuweiſen. Das mag ſich ſo verhalten; aber uns ſcheint doch, als ob Bismarck den letzten Sinn, der hinter von Sauckens, wie wir oben ſagten, verſchleierten Worten lag, ſehr richtig aufgefaßt hat, und er packte dann den Stier kurz entſchloſſen bei den Hörnern.

Den Liberalen galt Bismarck ſeit dieſem Zuſammenſtoß für einen Ausbund des reaktionären Junkertums, und daß er am 1. Juni zwar die Periodizität des Landtags „zu einer wahren Lebensfähigkeit desſelben für notwendig" erklärte, es aber ablehnte, den König, der von Gottes Gnaden, nicht von Volkes Gnaden ſei, zu drängen und ein von ihm etwa gemachtes Zugeſtändnis damit als erpreßt erſcheinen zu laſſen, was den Feinden Preußens eine Freude machen würde, und daß er weiter am 15. Juni ſich als Angehörigen des chriſtlichen Staats bekannte, das Chriſtentum alſo als erforderlich für die Geſetzgeber dieſes Staats und für die Beamten bezeichnete und folglich die Zulaſſung der Juden zu obrigkeitlichen Ämtern verwarf — das alles trug noch mehr dazu bei, ihn der Linken, zu der die Juden hielten, verhaßt zu machen. Dafür ſah die Rechte in ihm einen mutigen und ſchlagfertigen Verfechter der konſervativen, chriſtlichen und monarchiſchen Sache, „und ſeine Freunde blickten bei manchen Unverſchämtheiten der andern Seite erwartungsvoll um, ob nicht von ſeinem Platz ein Vorkämpfer der Wahrheit erſtehen werde." Die Mehrheit des Landtags aber blieb bei der Forderung, daß die königlichen Verheißungen beſſer eingelöſt werden müßten, als dies bis jetzt geſchehen ſei; auch die Zuſage des Königs, den Landtag nach vier Jahren wieder zu berufen, genügte ihr nicht. Sie erachtete dieſen Landtag mit ſeiner, abgeſehen von Steuerſachen, nur beratenden Stimme und ſeiner ſtark ariſtokratiſchen Zuſammenſetzung gar nicht für die Verſammlung, welche Anlehen bewilligen dürfte, und lehnte deshalb am 8. Juni ſogar das, an ſich doch gewiß äußerſt wünſchenswerte, Anlehen zur Erbauung der Oſtbahn von Berlin nach Königsberg mit 360 gegen

179 Stimmen ab — vergeblich wies Bismarck am 1. Juni darauf hin, daß, wenn die königlichen Verheißungen je nicht klar genug sein sollten, doch nur der, welcher sie gab, also der König, zu ihrer Auslegung befugt sei und diese Auslegung eben in dem Patent vom 3. Februar erfolgt sei. Es war zwischen der Mehrheit und Friedrich Wilhelm IV. kein Sich-Verstehen mehr zu erhoffen; am 26. Juni ward der Landtag in Ungnade entlassen. Für Bismarck hat er noch die besondere Folge gehabt, daß er während der Verhandlungen mit dem nächsten Freunde des Königs, dem General Leopold von Gerlach, dem Bruder Ludwigs von Gerlach, bekannt ward; seine Rede vom 1. Juni beruhte nicht ganz, aber gutenteils auf Gedanken, welche dieser charaktervolle Vertreter ständisch-aristokratisch-royalistischer Grundsätze ihm mitgeteilt hatte. Auch der König und dessen Brüder Albrecht und Wilhelm wurden auf Bismarck aufmerksam; am 20. Juni war er mit mehreren Abgeordneten der Rechten zu Hof geladen „und wurde von den hohen Herrschaften sehr verzogen." Hinter dem tapferen Junker aber blickte schon der nationale Staatsmann späterer Tage verheißungsvoll hervor, wenn er am 15. Juni den Liberalen zurief: „Ich möchte den Herren, die so gerne ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, eines zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet: das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmenswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen!" Man hat wohl gemeint, er habe von den beiden Gerlach und der Regierung Förderung seiner politischen Laufbahn erwartet und sich deshalb an sie angeschlossen; aber dem gegenüber erwäge man den von ihm gegebenen Rat, als damals über die Gründung einer konservativen Zeitung beraten wurde, sie „unabhängig von der Regierung zu halten" und die Abwehr der Angriffe auch der Bureaukratie ihr als Aufgabe zuzuweisen. Nein — er war schon in seinen Anfängen voll Verständnis für die Kraft und Bedeutung der Krone und der Regierung; er nahm seine Stellung auf ihrer Seite; aber er tat es aus innerem Antrieb, weil ihn sein ganzes Wesen in diese Richtung drängte, in unbewußtem Hinstreben zu einer Politik, welche er einst in einzigartiger Weise zum Heil Deutschlands handhaben sollte.

Wenn der vereinigte Landtag eine liberal zusammengesetzte Volksvertretung verlangt hatte, die in bestimmten Zeitabschnitten zusammentreten und bei Gesetzgebung und Finanzverwaltung beschließend mitwirken sollte, so war der romantischen Grund-

auffassung des Monarchen jede Verfassung „ein beschriebenes Blatt, das sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land gleichsam als eine zweite Vorsehung eindrängt, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen" — das waren die berühmten Worte, die er bei Eröffnung des Landtags sprach: niemals, hatte er mit erhobener Stimme erklärt, werde er sich dazu verstehen. Der Widerhall der Opposition einer an sich so wenig demokratisch zusammengesetzten Versammlung gegen den König im Lande war groß, und der Radikalismus nutzte die Lage kräftig zur Erregung der Unzufriedenheit aus. In welchem Grade ihm dies gelang, davon sollte man sich bald überzeugen. Auf die Nachricht vom Sturz des Orleansschen Königtums in Frankreich durch die Pariser Revolution vom 24. Februar 1848 entstand in Deutschland eine gewaltige Gärung; die eingeschüchterten Regierungen verstanden sich überall dazu, an Stelle der konservativen Ministerien die liberalen „Märzministerien" einzusetzen, und versprachen, dem lange unterdrückten Streben nach Deutschlands Einheit und Freiheit ihre Förderung angedeihen zu lassen. Auch Friedrich Wilhelm IV. wich vor der Bewegung zurück und berief am 12. März den vereinigten Landtag zum zweitenmal auf den 27. April, dann schon auf den 2. April. Infolge der revolutionären Vorgänge vom 18. März aber, wo es zu Kämpfen zwischen dem Heer und aufrührerischen Scharen in Berlin kam und der König sich zum Befehl der Räumung der Hauptstadt seitens der siegreichen Truppen entschloß, drohte die Monarchie selbst aus den Fugen zu gehen, und Bismarck bewaffnete (wie er in seinen Gedanken und Erinnerungen 1, 20 ff. selbst ausführlich erzählt) seine für den König begeisterten Bauern in Schönhausen, um das Aufziehen der revolutionären schwarz-rot-goldenen Fahne auf dem Kirchturm zu verhindern, das Abgesandte aus der Stadt Tangermünde verlangten. Dann eilte er nach Potsdam, um am 21. März den General von Prittwitz zu einem erneuten Waffengang zu bewegen, durch den der in Berlin gebliebene König aus den Händen der Aufrührer befreit werden sollte. Als Prittwitz sich dessen weigerte, solange er nicht vom König dazu ermächtigt werde, versuchte Bismarck, mit einem Legitimationsschreiben des Prinzen Karl (des Bruders des Königs) versehen, zum König zu gelangen, um von ihm den Befehl an Prittwitz zu erwirken. Die Wachen ließen ihn aber nicht durch, so daß er sich begnügen mußte, durch den Fürsten Boguslaw Radziwill dem König auf schlechtem Papier einige Zeilen der Ermutigung zu übermitteln. Friedrich Wilhelm IV. war über dieses „erste

Zeichen von Sympathie," das ihm in der drangvollen Lage zukam, sehr erfreut; einen Befehl zum Angriff aber gab er nicht; auch die Generale waren in ihren Ansichten geteilt, und so kehrte Bismarck nach Schönhausen zurück. Hier hatte er Mühe, die Bauern von einem bewaffneten Zug nach Berlin, der unter den gegebenen Umständen sinnlos war, abzuhalten; um sie zu beruhigen, führte er eine Abordnung von Schönhausen und den nächsten Dörfern nach Potsdam, wo sie den König selbst sahen und sich überzeugten, daß er nicht gefangen gehalten werde. Bismarck trat dann in den Marmorsaal des Schlosses ein, wo der König zu den Offizieren sprach, und war tief bewegt Zeuge davon, wie bei den Worten des Königs: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger," angesichts des offenen Widerspruchs zwischen diesen Worten und den handgreiflichen Tatsachen „sich ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden erhob, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird."

Der vereinigte Landtag trat am 2. April zum zweitenmal zusammen,*) und das liberale Ministerium Camphausen legte ihm sofort ein Wahlgesetz für eine Versammlung vor, die nach dem allgemeinen indirekten Wahlrecht zur Vereinbarung einer preußischen Verfassung berufen werden sollte, ebenso einen Erlaß betreffs einiger Grundlagen dieser Verfassung. Als Antwort beantragte der Fürst Felix Lichnowsky eine Dankadresse an den König, zu welchem Zweck alsbald ein Ausschuß eingesetzt werden sollte. Bismarck sprach dagegen, und er gehörte zu den wenigen Abgeordneten, welche mit Nein stimmten, nicht weil er nicht eingesehen hätte, „daß die Vergangenheit begraben sei und keine menschliche Macht imstande sei, sie wieder zu erwecken," aber weil er diese Tatsache für unheilvoll ansah: er war so bewegt, daß er in einen Weinkrampf verfiel, der ihn zwang, die Tribüne zu verlassen.**) Der König hatte erklärt, daß Preußen künftig in Deutschland aufgehe: Bismarck sah „diesem phaëthonischen Flug der preußischen Politik" mit schwerer Besorgnis zu: das alte wetterfeste Preußen drohte sich zugunsten einer Bewegung zu zersetzen, deren demokratisch-revolutionärer Charakter nichts Gutes verhieß. Die Absicht des westfälischen Abgeordneten

*) Mähl, Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System durch den zweiten vereinigten Landtag. I. Vorgeschichte. Greifswalder Dissertation 1910.

**) Gedanken und Erinnerungen 1, 32.

Georg von Vincke, den König zur Abdankung zu bewegen und durch den Landtag eine Regentschaft der Prinzessin von Preußen für ihren noch nicht achtzehnjährigen Sohn Friedrich Wilhelm zu errichten, warf sich Bismarck, dessen Zustimmung als des Führers der äußersten Rechten Vincke für notwendig ansah, mit aller Lebhaftigkeit entgegen: er werde mit dem Antrag auf gerichtliches Verfahren wegen Hochverrats antworten.*) Bei den Wahlen zu der verfassunggebenden Nationalversammlung trat Bismarck „aus Gewissenspflicht" als Kandidat für seinen Heimatbezirk auf,**) unterlag aber, weil die Bauern gegen die Städter nicht aufkamen, zum Teil auch selbst vom Strudel erfaßt waren. Die revolutionäre Bewegung beherrschte den ganzen Sommer über das Land und führte in Berlin zu allerlei schweren Ausschreitungen des Pöbels, insbesondere zu dem schmählichen Sturm auf den Sammelplatz aller kriegerischen Trophäen Preußens, das Berliner Zeughaus am 14. Juni. Diese Maßlosigkeiten erzeugten aber von selbst einen großen Rückschlag in der Stimmung des Volks, und Bismarck tat während des Sommers, was er konnte, um diese Entwicklung namentlich beim Landvolk zu fördern, indem er u. a. in einem Zeitungsartikel, von dem aber nicht bekannt ist, in welchem Blatt er erschien, die Bauern darauf hinwies, daß die revolutionäre, hauptsächlich in der städtischen Bevölkerung wurzelnde Bewegung dazu führen werde, die Staatslasten nicht gleichmäßig auf das Vermögen, sondern überwiegend auf den immer steuerbaren (d. h. leicht faßbaren) Grund und Boden zu legen und statt des für die ackerbautreibende Bevölkerung nötigen freien Handels das Schutzzollsystem zugunsten inländischer Fabrikation und Gewerbe einzuführen. Um diese Ziele leichter zu erreichen, verdächtige man der ländlichen Bevölkerung diejenigen ihrer Mitglieder, deren Bildung und Intelligenz sie befähigen könnte, die Interessen des Landes auf der Nationalversammlung mit Erfolg zu vertreten. In einer Zuschrift an die Magdeburger Zeitung verwahrte er sein eigene Person gegen solche Verdächtigungen und lehnte den Vorwurf ab, als ob er in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handle, Neigung habe, seine Kräfte an reaktionäre Versuche oder an Verteidigung der unbedeutenden, den Gutsherren noch verbliebenen Rechte zu vergeuden; er betrachte die Herstellung rechtlicher Ord-

*) Gedanken und Erinnerungen 1, 36—37.

**) s. Otto Tschirch, Bismarck als preußischer Abgeordneter 1848—50, Grenzboten 1908 Nr. 31.

nung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit des Vaterlandes als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden, dessen Blick nicht durch Parteiinteressen getrübt sei.*) Zur Förderung dieser Bestrebungen half er ein großes konservatives Blatt ins Leben rufen, die „Neue Preußische Zeitung", welche am 1. Juli 1848 erstmals erschien und nach dem ihren Kopf schmückenden eisernen Kreuz kurzweg die „Kreuzzeitung" genannt wurde. Dem König Friedrich Wilhelm IV. sagte Bismarck zu Anfang Juni im Garten von Sanssouci in rückhaltloser Weise die Wahrheit,**) daß die Räumung Berlins das Vertrauen zu seinem Beistand im Kampf gegen die Revolution vernichtet habe. „Wie können Sie so zu dem König sprechen?" sagte die Königin entrüstet. „Laß mich nur, Elise," versetzte der König, „ich werde schon mit ihm fertig werden," und zu Bismarck: „Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürzten Thron wieder aufzurichten; dazu bedarf ich des Beistandes und tätiger Hingebung, nicht der Kritik." „Die Güte, mit der er dies und ähnliches sagte," erzählt Bismarck, „überwältigte mich. Ich war gekommen in der Stimmung eines Frondeurs, dem es ganz recht sein würde, ungnädig weggeschickt zu werden, und ging, vollständig entwaffnet und gewonnen." Auch dem wegen seiner Unbeliebtheit (als „Kartätschenprinz") einige Zeit nach England geschickten und von da am 7. Juni zurückkehrenden Prinzen Wilhelm von Preußen ließ Bismarck über die Stimmung keinen Zweifel, welche der vom König am 19. März befohlene Abzug des Heeres aus Berlin im Heer hervorgerufen hatte; er las ihm ein Gedicht vor, welches diese Stimmung packend ausdrückte, und der Prinz brach darüber in heftiges Weinen aus.

Der König sah dem Gebaren der Nationalversammlung, welche schließlich am 12. Oktober sogar einen Beschluß über Abschaffung der Worte „von Gottes Gnaden" im Titel des Königs mit 217 gegen 134 Stimmen annahm, mit Langmut zu, weil er die Versammlung „für die deutsche Sache nutzbar zu machen" hoffte; wenn er sich mit ihr endgültig überwarf, so mußten seine auf die deutsche Einheit gerichteten Bestrebungen durchkreuzt werden. Am Ende blieb aber doch nichts anderes übrig, als mit dem Radikalismus, der eine immer steigende Zuchtlosigkeit des Pöbels im Gefolge hatte, aufzuräumen; der König berief schließlich seinen Oheim, den Grafen von Brandenburg, an die Spitze des Ministeriums der Tat, und

*) Gedanken und Erinnerungen 1, 33.

**) Ebenda S. 43 ff.

dieſer ſchlug unter den Männern, mit welchen er ſich umgeben wollte, auch Bismarck vor, der aber dem König noch nicht der Mann der Lage zu ſein ſchien; wie der General Leopold von Gerlach Bismarck erzählt hat, ſchrieb der König an den Rand zum Namen Bismarck: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett ſchrankenlos waltet.“ Er ſah ihn alſo an als den Miniſter des Bürgerkriegs. Bismarck hat aber weſentlich durch ſeinen Rat bei der Entſcheidung mitgewirkt,*) welche dadurch herbeigeführt wurde, daß der König am 8. November die Nationalverſammlung nach Brandenburg verlegte und auf ihre Weigerung der Oberkommandierende in den Marken, General von Wrangel, mit dem Heer am 10. November wieder in Berlin einrückte. Am 12. November wurde das Kriegsgeſetz über Berlin verhängt, und der Beſchluß der Nationalverſammlung vom 15. November, der Regierung die Steuern zu verweigern, blieb im ganzen ein Schlag ins Waſſer. Bismarck hätte es für richtiger gehalten, wenn der König die Verſammlung ſofort aufgelöſt und Berlin beim geringſten Widerſtand mit Gewalt erobert hätte, um recht gründlich mit dem Radikalismus aufzuräumen: ein Beweis, daß Friedrich Wilhelm IV. ihn richtig beurteilt hat. Die Auflöſung mußte dann, am 5. Dezember 1848, doch erfolgen, weil die Verſammlung in Brandenburg nicht in beſchlußfähiger Zahl zuſammenkam, beziehungsweiſe zuſammenblieb. Am gleichen Tag erließ der König, um den Vorwurf des Zurücklenkens zum Abſolutismus zu entkräften, eine Verfaſſung, welche im weſentlichen ganz nach den demokratiſchen Wünſchen geſtaltet war, und eröffnete durch Artikel 110 die Möglichkeit einer Durchſicht dieſer Verfaſſung durch die nächſte Volksvertretung.

Die Wahl dieſer Volksvertretung wurde ſofort anberaumt, und Bismarck trat für ſie als Bewerber in dem Schönhauſen benachbarten Kreis Brandenburg-Weſthavelland-Zauche-Belzig auf. Sein Gegner war der Oberbürgermeiſter Ziegler, der zu den ſteuerverweigernden Abgeordneten der aufgelöſten Verſammlung gehörte und bei den Liberalen großes Anſehen genoß; trotzdem wurde Bismarck, für den die Handwerker und Bauern eintraten, in der indirekten Wahl am 5. Februar 1849 mit 161 gegen 129 Stimmen gewählt, weil auch eine Anzahl von liberalen Wählern dem König für die freiwillige Gewährung der Verfaſſung ſich erkenntlich zeigen wollte. Ziegler ward übrigens in Berlin ebenfalls in die Verſammlung gewählt. Nach der Wahl fand ein Siegeseſſen für vier-

*) Gedanken und Erinnerungen 1, 49—53.

hundert Personen statt; „am andern Tage hatte ich einen leichten Kopfschmerz, und alle Muskeln der rechten Hand taten weh von dem vielen Händedrücken. Am dritten Tag wurden meinen Feinden die Fenster eingeworfen und einige mißhandelt, während ich schon ruhig bei Johanna saß.“ Bismarcks Wahlprogramm lautete: „Anerkennung der Verfassung; Verteidigung gegen Anarchie; Gleichheit vor dem Gesetz, aber keine Abschaffung des Adels; gleiche Verteilung der Steuern nach dem Vermögen, soweit es erreichbar; Wahl nach Interessen; Abschaffung geldwerter Rechte nur gegen Entschädigung; keine Verminderung des stehenden Heeres; strenge Preß- und Klubgesetze.“ Das war nicht das Programm eines Absolutisten und fanatischen Reaktionärs, sondern eines Konservativen, der für wohl erworbene Rechte, für Ordnung und Gesetz, besonders für das Heer eintritt, der aber die Mitwirkung des Volks an den öffentlichen Dingen durch seine Vertreter als gegeben anerkennt. Es war so, wie er später am 14. Februar 1851 in der zweiten Kammer gesagt hat, daß er die Verfassung ehrlich angenommen habe: „Der Absolutismus fällt bei uns nach den gegebenen Zuständen zusammen mit der Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelhafter Professorenweisheit hinter dem grünen Tisch: dieses Produkt, die Bureaukratie, habe ich nie geliebt.“ (Vgl. S. 19.) Von den landläufigen liberalen und demokratischen Ideen wollte er allerdings nichts wissen; am 21. März 1849 wandte er sich in einer Rede gegen die ungezügelte Freiheit der Presse und der Versammlungen und bestritt der Kammer, daß sie das Volk repräsentiere: „Wir sind gewählt von der Mehrheit der Wahlmänner, und diese wiederum von der Mehrheit der Urwähler; wir repräsentieren also nur die Mehrheit einer Mehrheit, vielleicht etwas über ein Viertel der auf der Wahl wirklich erschienenen Urwähler, und da kommen einzelne Fraktionen und wollen uns ihre Ansichten als die Ansicht des großen preußischen Volkes unterschieben!“ (Vgl. S. 94.)

Um diese Zeit hatte die in Frankfurt seit 18. Mai 1848 zur Beratung einer deutschen Verfassung in der Paulskirche versammelte deutsche „Nationalversammlung“ ihr Werk insoweit vollendet, als sie am 28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen beschloß, die erbliche Kaiserkrone von Deutschland dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen anzutragen. Es war ein großer Augenblick unserer Geschichte: eine Versammlung, die aus dem allgemeinen, völlig freien, aus guten Gründen von keiner Regierung beeinflußten Wahlrecht hervorgegangen war, hatte nach langen, heißen Kämpfen mit einer starken Mehrheit von etwa $^{6}/_{11}$ ihres Bestandes

(die noch weit größer wurde, wenn man die Österreicher abzog) die unlösbare Verbindung der Nation mit dem Hohenzollernhause beschlossen. Es schien, daß alles gewonnen war, wenn der König in die dargebotene Hand einschlug. Er hat es nicht getan; am 3. April antwortete er den sechsunddreißig an ihn abgesandten Abgeordneten, daß er zwar den Wert des Anrechts zu schätzen wisse, das der Ruf der Vertreter des deutschen Volkes ihm gewähre, daß er aber ohne das freie Einverständnis der Fürsten und freien Städte Deutschlands nicht annehmen könne. Diese müßten jetzt in gemeinsamer Beratung prüfen, ob die Verfassung dem einzelnen wie dem Ganzen fromme.*) Diese Antwort war eine Ablehnung in kaum verhüllter Form; das freie Einverständnis aller zum preußischen Erbkaisertum war damals schlechterdings nicht zu erhalten, und die Verfassung mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht und mit dem nur suspensiven Veto des Kaisers gegen Reichstagsbeschlüsse war nicht geartet, jene Prüfung zu bestehen. Bismarck hat die Ablehnung des Königs aus voller Seele gebilligt; in einer großen Rede vom 21. April 1849 hat er diesen seinen Standpunkt offen vor aller Welt dargelegt. Fassen wir das Wesentliche seines Gedankengangs zusammen, so fehlte es ihm gewiß nicht an deutschem Patriotismus, den er als Knabe schon im Plamannschen Institut eingesogen hatte (S. 7); er erkannte auch die Gefahr, die in dem Liebäugeln der Regierung mit den polnischen Autonomiebestrebungen lag, und er wünschte die Wahrung der wirklichen Rechte der Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark, nur nicht „mittelst revolutionärer Waffengewalt gegen ihren Landesherrn.“ **) Es war so, wie er am 6. September 1849 in der Kammer ausrief: „Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittige von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite!“ Er war sogar der Ansicht, daß, wenn der König in den zwei Augenblicken, wo Preußen imposant dastand, weil es den eigenen Aufruhr gedämpft, beziehungsweise den in Sachsen niedergeworfen hatte, am 19. März 1848 und am 6. Mai 1849, kühn und entschlossen die Lage in nationalem Sinn ausgenutzt hätte, die deutsche Einheit in strengerer Form zu erreichen gewesen wäre, als ihm selber das später gelungen sei.***) Ja er wünschte geradezu, daß nicht bloß das badische, was

*) Text u. a. bei Jäger u. Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1893, S. 261—262.

**) Rede vom 5. April 1848 und vom 3. Dezember 1850.

***) Gedanken und Erinnerungen 1, 41. 55. 59.

geschah, sondern auch ein Teil des bayerischen und württembergischen Militärs sich dem Aufruhr anschließen möchte, weil dann zwar ein größerer Kampf, aber auch ein gründlicherer Sieg über die Revolution erfolgen würde — genau, wie er im November 1848 in Berlin den Widerstand der Bürgerwehr gegen Wrangel gern gesehen hätte, um das Geschwür „nicht unterkötig" werden zu lassen.*) Wenn er also für den deutschen Beruf Preußens nicht unempfindlich war, so hielt er doch die von der Paulskirche vorgeschlagene Lösung für absolut unannehmbar, und zwar aus vier Gründen, die er am 21. April mit eindringlichen Worten entwickelt hat. Erstens bringe sie das Prinzip der Volkssouveränität, das sich am schlagendsten im Suspensiv-Veto des Königs ausdrücke; sie verwandle dessen bisher freie Krone in ein Lehen der Frankfurter Versammlung, die durch einen dreimaligen Beschluß sogar bewirken könne, daß der König und jeder andere Fürst aufgehört habe zu regieren. Zweitens bringe sie die direkten Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht, durch welche die Linke, welche die Massen in den Städten beeinflusse, bevorzugt werde; sie könne leichter 2—3000 Wähler auf einen Kandidaten vereinigen als die Rechte, deren Wähler zerstreut in den verschiedenen Hütten und Bauernhöfen wohnen; außerdem sei es leichter, sich über das zu einigen, was man nicht wolle, als über das, was man bewahren oder an Stelle des jetzt Vorhandenen setzen wolle. Überdem werde Preußen durch die Zusammensetzung des sogenannten Staatenhauses (der ersten Kammer) benachteiligt, da erst 400 000 Preußen in dieses Haus einen Abgeordneten wählen sollten, dagegen ebenso einen schon 200 000 Bayern, 120 000 in Weimar, 26 000 in Hessen-Homburg, von Liechtenstein nicht zu reden, „das so viel Einwohner hat als Schöneberg hier vor dem Halleschen Tor." Drittens solle das Budget jährlich bewilligt werden, so daß die Mehrheit, die aus dem Lottospiel dieser direkten Wahlen hervorgehe, durch Nichtbewilligung des Budgets die Staatsmaschine in jedem Augenblick zum Stillstehen bringen könne. Endlich verlange die Frankfurter Verfassung von dem zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland schaffe, so wie es früher den deutschen Bund gebildet habe; der Kaiser werde also genötigt sein, nach Österreich kaiserlich deutsche Kommissare zu schicken und dort das Zoll- und Münzwesen zu regulieren, die dortigen Armeen in Eid und Pflicht zu nehmen usw.; wenn sich Öster-

*) Ebenda 1, 52. 63.

reich oder Bayern dem nicht unterwerfen, so müßte der Kaiser die dortigen Fürsten als Rebellen behandeln. Es werde nicht lange dauern, so werden die Radikalen vor den neuen Kaiser hintreten mit dem Reichswappen und ihn mit einem Zitat aus dem Freischütz fragen: „Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?“ „Die deutsche Einheit,“ rief er aus, „will ein jeder; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht!“ Friedrich Meinecke *) hat vorzüglich dargelegt, daß die erbkaiserliche Partei, überzeugt, daß ein deutsches Reich und der preußische Staat nicht neben einander bestehen könnten, darauf ausging, den preußischen Staat zum „unmittelbaren Reichsland ohne staatliche Persönlichkeit“ zu machen und also eine preußische Verfassung zu verhindern; Bismarck aber wollte sein Preußen erhalten sehen, um so mehr, als es im Gegensatz zu den von der Revolution überwältigten Klein- und Mittelstaaten die Probe seiner Lebenskraft und seines festen Gefüges bestanden hatte. „Was uns gehalten hat,“ rief er in der Sitzung vom 6. September 1849 aus, *war gerade das spezifische Preußentum*, der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Staat, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht ... Frei wollen wir den preußischen Adler sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt! Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben!“

Man wird es immer tragisch finden, daß das mühselige, entsagungs- und doch so hoffnungsvolle Werk der glänzendsten Volksvertretung, welche Deutschland je gehabt hat, an dem Nein des Herrschers scheiterte, dem diese Vertretung die deutsche Kaiserkrone bot; man wird es nicht minder tragisch finden, daß diese Versammlung und der Staatsmann, welcher später unsere Einheit schuf, sich in unüberbrückbarem Gegensatz gegenüber standen. Wir können auch zur Ehre dieser Versammlung sagen, daß ihre führenden Männer nur in der äußersten Not, um überhaupt zu einem positiven Ergebnis zu gelangen, dem für das Zustandekommen der Mehrheit unentbehrlichen linken Zentrum die verhängnisvollen Zugeständnisse des Suspensiv-Vetos und des allgemeinen unbeschränkten Wahlrechts gemacht haben und daß sie für den Wert und die Kraft

*) In dem ausgezeichneten Werk: Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1908, S. 340 ff.

der Dynastien nicht so blind gewesen sind, wie Bismarck dies (in seinen Gedanken und Erinnerungen 1, 56) unter dem Eindruck dieser Zugeständnisse angenommen hat. Aber alles wohl erwogen, stehen wir nicht an zu sagen, daß uns Bismarcks ablehnender Standpunkt doch richtig erscheint, und die deutsche Einheit auf den Frankfurter Grundlagen nicht hätte sicher und dauerhaft begründet werden können. Wir mußten durch diese Wirrsale hindurch gehen, um auf den richtigen Weg hingedrängt zu werden, der in dem gleichmäßigen Zusammenwirken des monarchischen und des volkstümlichen national-liberalen Prinzips, und zwar unter Führung des ersteren, sich auftat; wie so oft, mußte der erste Anlauf scheitern, damit der zweite mit richtiger Berechnung der nötigen Sprungweite unternommen werden konnte.

Die im Februar 1849 gewählte zweite preußische Kammer mußte schon am 27. April aufgelöst werden, weil sie im Gegensatz zu der Politik des Königs den Antrag des Abgeordneten Rodbertus auf Anerkennung der Frankfurter Verfassung und den Antrag Waldeck-von Unruh auf Beseitigung des Belagerungszustandes in Berlin annahm. Bei der Neuwahl vom 28. Juli, die nun auf Grund des Dreiklassensystems vollzogen wurde, ward Bismarck mit 172 gegen 144 Stimmen, welche auf seinen Gegner Pochhammer fielen, in seinem Wahlkreis wieder gewählt. Inzwischen hatte Friedrich Wilhelm IV. am 28. April Kaiserkrone und Reichsverfassung endgültig abgelehnt und unternahm nun den Versuch, durch die Union oder das sogenannte „Dreikönigsbündnis“ mit Sachsen und Hannover die deutsche Frage zu lösen. Auch gegen diese Form sprach sich Bismarck in der schon erwähnten Rede vom 6. September aus, weil auch sie die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggebe, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäube; im Staatenhaus werde Preußen nur ein Viertel der Stimmen haben; das Volkshaus werde ohne Zweifel eine überwiegend demokratische, also preußenfeindliche Zusammensetzung haben, weil die konservative Landbevölkerung sich in der Mehrzahl an den Wahlen nicht beteilige. Doch stimmte er am 7. September für die ihm verfehlt erscheinenden Vorlagen des Ministeriums, „als des Repräsentanten gesellschaftlicher und staatlicher Zivilisation,“ und erntete dafür das Lob der demokratischen „Vossischen Zeitung“:

„Darin, daß der Abgeordnete von Bismarck seine preußische Überzeugung der preußischen Regierung in deren Schritten für den Bundesstaat zum Opfer brachte, liegt ein Edelmut, eine Hochherzigkeit, die uns als Muster dasteht. Mögen die edeln Männer, die fürs isolierte Preußen aus patriotischen Überzeugungen sind, uns deutschgesinnten Preußen helfen! Sollte es schief ablaufen, so sei diesen Herzen im voraus die rückhaltlose Umkehr zur alten Fahne zugesagt!"

Im Verlauf der Dinge berief der von dem General von Radowitz beratene König den Reichstag der Union nach Erfurt, und Bismarck ward von seinem Wahlkreis auch in diese Versammlung entsandt, in der er abermals gegen die vorliegende Verfassung der Union sprach, weil sie, während von 21 Millionen Menschen der Union 16 Millionen Preußen seien, doch den König von Preußen der Mehrheit des Fürstenrats unterstelle und ihn zwinge, dessen Beschlüsse auch gegen seinen Willen auszuführen, ihn also in seinem eigenen Land zum Exekutor eines fremden Willens mache. „Wenn Sie diese Verfassung dem preußischen Geist aufzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Herrn und Reiter mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand setzt!"

Wie er hier für sein Preußen und die Rechte seines Königs auftrat, so setzte er sich immer und überall gegen alle Bestrebungen der Demokratie, die feste Ordnung der Gesellschaft und des Staates zu untergraben. Er hat das damals im Reichstag zu Erfurt getan, wo er die politischen Vereine gesetzlichen Beschränkungen, und zwar nicht bloß vorübergehenden, unterworfen und den „Geschäftsreisenden der Demokratie" das Handwerk gelegt wissen wollte, wie in der zweiten preußischen Kammer, wo er am 24. September 1849 und am 24. Februar 1850, wie in Vorahnung eigener künftiger Kämpfe, gegen das Steuerverweigerungsrecht des Landtags sprach; dadurch werde die Macht des preußischen Königtums geschwächt, das seine Krone nicht wie in England, Frankreich und Belgien aus den blutigen Händen der Revolution empfangen habe, unter Bedingungen, wie die Revolution für gut fand, jenen Dynastien aufzulegen. Er focht in der Kammer seinen Grundsätzen treu für die Zwangsinnung und gegen die Gewerbefreiheit, gegen „diese Auswüchse der inländischen Konkurrenz." Er trat für den preußischen Adel als einen um den Staat hochverdienten Stand ein (24. Oktober 1849 und 8. April 1851: „wir werden den Namen des Junkertums

noch zu Ehren und Anſehen bringen!") und lehnte alle falſchen Beziehungen auf England und Frankreich mit preußiſchem und deutſchem Stolze ab (24. September 1849 und 24. Oktober 1849). Er bekämpfte die Zivilehe als einen Gallizismus und ſprach ſeine Hoffnung aus, daß das Narrenſchiff der Zeit an dem Felſen der chriſtlichen Kirche ſcheitern werde (15. November 1849). Er griff die auf Ablöſung der gutsherrlichen Rechte gerichteten und dabei von einer wirklich ausreichenden Entſchädigung abſehenden Beſtrebungen mit dem Satz an, daß die Theorie der Revolution immer die Nützlichkeit über das Recht ſtelle und in Preußen jetzt die Norm gelte: „Das Eigentum iſt unverletzlich, aber nicht für alle" (7. Dezember 1849), und er verlangte, daß neben die Grundſteuer, damit dieſe gerecht ſei, eine Steuer auf das Kapital trete (18. Februar 1850). Die geforderte Zinsgarantie für die Bahn Aachen-Düſſeldorf lehnte er (18. Januar 1850) ab, weil Preußen zu arm ſei für lokale Wohltaten. Er nahm ſich der zu gering entlohnten Soldaten tapfer an und rühmte den Wert des preußiſchen Unteroffizier- und Offizierskorps (20. Februar 1850). In ſeiner Abneigung gegen die großen Städte als Brutneſter der Demokratie bezeichnete er ſie am 5. April 1851 als die naturgemäße Heimat der Verbrechen und rief am 20. März 1852 aus: „Ich mißtraue der Bevölkerung der großen Städte, ſo lange ſie ſich von ehrgeizigen und lügenhaften Demagogen mißleiten läßt, und ich finde dort das wahre preußiſche Volk nicht. Letzteres wird vielmehr, wenn die großen Städte ſich wieder einmal erheben ſollten, ſie zum Gehorſam zu bringen wiſſen, und ſollte es ſie vom Erdboden tilgen!" Man kann ſich vorſtellen, daß viele dieſer kühnen und manchmal auch über die Schnur hauenden Ausdrücke großes Aufſehen und ſcharfe Antworten der Gegner hervorriefen. Einmal, am 15. März 1852, Bismarck war ſchon Geſandter am Bundestag, hat er ſogar ein Duell mit Georg von Vincke gehabt, weil dieſer ihn ironiſch einen namhaften Diplomaten nannte, von deſſen diplomatiſchen Leiſtungen ihm nichts bekannt ſei, als die bekannte brennende Zigarre (ſ. unten S. 42). Vincke ſchoß ziellos in die Luft, worauf Bismarck dasſelbe tat. Man wird aber auch nicht in Abrede ziehen können, daß die ſpätere Entwicklung, man denke nur an die Frage der Innungen, Bismarck gegen ſeine Zeitgenoſſen recht gegeben hat, und ſein Wort über die großen Städte als naturgemäße Heimat der Verbrechen erfährt eine Beſtätigung durch ein Wort, das kürzlich in einer großen franzöſiſchen Zeitung zu leſen ſtand: Paris ſei zurzeit unſicherer als viele barbariſche Länder!

Inzwiſchen war auch das Dreikönigsbündnis, das ſich auf das

ganze außeröſterreichiſche Deutſchland ausdehnen ſollte, an dem Widerwillen und der Treuloſigkeit Sachſens und Hannovers und an dem Widerſtand Bayerns und Württembergs geſcheitert, den Öſterreich unter der Leitung des auswärtigen Miniſters Fürſten Felix von Schwarzenberg in offener Feindſeligkeit gegen Preußen unterſtützte, und auf der Zuſammenkunft des neuen preußiſchen Miniſterpräſidenten Otto von Manteuffel mit Schwarzenberg in Olmütz (29. November 1850) trat Preußen, das nach des Kriegsminiſters von Stockhauſen Äußerung gegen Bismarck zurzeit militäriſch nicht ſchlagfertig war, einen ſchmählichen Rückzug an und fügte ſich ſchließlich in die einfache Wiederherſtellung des Bundestags, der ſich im Juli 1848 ſelbſt aufgelöſt hatte. Bismarck gehörte zu denen, welche das Olmützer Abkommen billigten, und er iſt am 3. Dezember 1850 in der Kammer als ſein Anwalt aufgetreten: „eine prächtige, muskulöſe, echt ritterliche Geſtalt," wie das „Deutſche Muſeum" damals ſchrieb, „der man in jedem Zuge die Bravour und doch auch wieder die Feinheit des auf dem Lande erzogenen Ariſtokraten anſieht." Er ſchilderte die ſchweren Gefahren eines Krieges Preußens gegen Öſterreich und auch Rußland, wobei Frankreich lauernd zur Seite ſtehe; er beſtritt, daß die Unionsverfaſſung, welche Preußen zugunſten der Kammern der Kleinſtaaten mediatiſiert hätte, überhaupt einen Krieg wert geweſen wäre, und wandte ſich gegen die, welche Öſterreich als Ausland behandelten: es gehöre mit demſelben Rechte zu Deutſchland wie Heſſen und Holſtein, deren ſich die Linke ſo ſehr annehme. Dieſe Rede iſt ohne Zweifel ein weſentlicher Anlaß dazu geworden, daß ein entſcheidender Wendepunkt in Bismarcks Lebensgang eintrat; der Mann, der dem König ſchon lange als einer der ſchneidigſten Vorkämpfer der monarchiſchen Rechte galt, empfahl ſich von ſelbſt, ſeit er die Politik von Olmütz vor dem Lande als vernünftig verteidigt hatte, als Vertreter Preußens in dem auf Öſterreichs Verlangen hergeſtellten und von Preußen wieder zu beſchickenden Bundestag; ſeine Ernennung dorthin erwuchs aus der ganzen Situation.

Zweites Buch.

Am Bundestag und auf Botſchafterpoſten.

Erſtes Kapitel.

Bismarck am Bundestag 1851—1859.

Am 10. Mai 1851 erſchien Bismarck, kaum 36 Jahre alt, auf Grund einer zwei Tage vorher erfolgten königlichen Ernennung zum geheimen Legationsrat in Frankfurt am Main, als Begleiter des Herrn von Rochow, der, an ſich Geſandter Preußens in St. Petersburg, für kurze Zeit nach Deutſchland zurückberufen war, um Preußen bei der Herſtellung des deutſchen Bundestages zu vertreten. Von vorn herein war es die Abſicht, daß Rochow nach einiger Zeit an den ruſſiſchen Hof zurückkehre und Bismarck dann Bundestagsgeſandter werde; der König Friedrich Wilhelm IV., von ſeinem Generaladjutanten General Leopold von Gerlach auf Bismarck hingewieſen, durch deſſen öffentliche Tätigkeit, durch ſein ſchneidiges Eintreten für die Monarchie und durch ſeine öſterreichiſchen Sympathien für ihn gewonnen, entſchied ſich leicht für ihn, während ein Gerede von Le Coq als Nachfolger Rochows hatte wiſſen wollen. „Ich bin bei weitem nicht ſo ehrgeizig," ſchrieb Bismarck am 22. Juni 1851 an Gerlach, „als Ihr Bruder (Ludwig von Gerlach) von mir anzunehmen ſcheint; ich würde ſehr gern Landrat im Schönhauſer Kreis geworden und geblieben ſein ... Nachdem aber die Nachricht von meiner beabſichtigten Anſtellung als Bundestagsgeſandter auf glaubwürdige Weiſe ins Publikum gelangt iſt, würde in einer Änderung dieſer Abſicht die Deutung liegen, daß man ſich von meiner Unreife zu dieſer Stellung überzeugt habe, eine Auffaſſung, von der ich mit Hamlet ſagen möchte: ‚Das alles iſt ohne Zweifel ſehr wahr, und ich ſelbſt glaube feſtiglich daran, aber ich halte es nicht für ſchön, es gedruckt zu ſehn.' ... Jetzt lege ich allerdings einen ambitiöſen Wert auf meine Ernennung." Sie iſt denn auch ohne Schwierigkeit am 18. Auguſt 1851 erfolgt; die Bedenken der Ängſtlichen, ob Bismarck nicht zu jung ſei, entkräftete Gerlach mit den Worten: „Wer ſchwimmen lernen will, muß ins Waſſer ſpringen; wir beſchäftigen uns zu viel mit Perſonenfragen." So wohnte Bismarck, „was niemand vor einem Jahr gedacht hätte, für 5000 Gulden zur Miete und hielt einen franzöſiſchen Koch, um Diners an Königs Geburtstag zu geben." „Ich finde mich in alles; aber meiner armen

Hanne wird das nie gefallen; sie wird sich schwer an die kalten und spitzigen Berührungen mit dieser Art von Welt gewöhnen." *)

In dem Augenblick, da Bismarck den diplomatischen Dienst antrat,**) lag eine ungeheure Enttäuschung auf der deutschen Nation. Die mit so ausschweifenden Hoffnungen bis ins feudalste Mecklenburg hinein begrüßte Erhebung des Jahrs 1848, von der man die Einheit und Freiheit des Vaterlandes erhofft hatte, war, wie wir sahen, völlig gescheitert; die Herstellung des vor drei Jahren unter der allgemeinen Mißachtung und Unzufriedenheit zusammengebrochenen Bundestags und der erneute Eintritt Preußens in ihn — des Staates, der sein Erbe hatte antreten sollen — zeigten an sich mit grausamer Deutlichkeit, daß alle Aussichten auf eine bessere Zukunft des Vaterlandes vorerst zerronnen waren. Bismarck hat das an sich nicht bedauert; wir wissen, daß er von einem Bündnis des preußischen Königtums mit der Revolution, selbst mit ihren loyalsten Söhnen, was doch die Erbkaiserlichen der Frankfurter Nationalversammlung waren, sich nichts Gutes versprach, daß er eine Zersetzung Preußens als Staat und des preußischen Geistes davon befürchtete. Insofern Österreich der unbeugsamste Gegner der Revolution und der revolutionären Zersetzung war, sah Bismarck in ihm ein Bollwerk auch Preußens, und der Tag von Olmütz war für ihn nicht sowohl ein Tag der Demütigung, als der Selbstbesinnung und Selbstwiederfindung seines Landes.

Wenn man aber wohl gemeint hat, daß Bismarck sozusagen als Österreicher nach Frankfurt gekommen sei und erst nach langen Jahren und herben Erfahrungen es als Feind Österreichs verlassen habe, so ist das doch eine Verkennung des wahren Sachverhalts. Die Art, wie der österreichische Minister Fürst Felix von Schwarzenberg 1850 gegen Preußen vorgegangen war, das er nach seinem bekannten Ausspruch „herabwürdigen und dann zerstören" wollte, ist auch von Bismarck sehr bitter empfunden worden, und seine vertraulichen Äußerungen gegen den General Leopold von Gerlach gleich aus der ersten Frankfurter Zeit beweisen klar, daß er von Anfang an unter dem Eindruck dieser Vorgänge stand. Er schildert die Mitglieder der österreichischen Bundesgesandtschaft, Graf Thun, Baron Brenner und Baron Nell, gleich

*) Brief an seinen Bruder, 22. September 1851.

**) Bismarcks Berichte aus Frankfurt hat v. Poschinger unter dem Titel „Preußen im Bundestag, 1851—1859" in vier Bänden herausgegeben (Leipzig 1882—1884); dazu: Bismarck und der Bundestag, Berlin 1906.

im erſten Brief vom 22. Juni 1851 ſehr anſchaulich und fügt hinzu: „Alle drei Herrn haben durchaus nichts, was Vertrauen erweckt; vorſichtige Unaufrichtigkeit iſt der bemerkbarſte Charakterzug in ihrem Verkehr mit uns. Redensarten von der Notwendigkeit eines gemeinſamen und einheitlichen Wirkens mit Preußen haben ſie bis zum Überdruß im Munde; wenn es ſich aber darum handelt, unſere Wünſche zu fördern, ſo iſt ein offizielles ‚nicht entgegen ſein wollen‘ und ein heimliches Vergnügen, uns Hinderniſſe zu bereiten, das einzige, was wir meines Erachtens zu erwarten haben.“ Er beklagt ſich weiter über die kleinlichen Beſtrebungen der drei, „den formellen Vorrang Öſterreichs, den ihm niemand beſtreite, oſtenſibel und handgreiflich darzuſtellen;“ kurz, er fühlt, daß er mit wenig Wohlwollen für ſeinen Staat ſeitens der Präſidialmacht zu rechnen hat, und er nimmt ſofort demgemäß ſeine Stellung in dem Sinn, daß er um ſo entſchiedener über den Intereſſen Preußens wacht. Er verhehlt ſich nicht, „daß es ſich trotz der entente cordiale hier faſt nur um die Parteiſtellungen von öſterreichiſch oder preußiſch zu handeln ſcheint, während eine richtige Teilungslinie ſo liegen müßte, daß man entweder öſterreichiſch und preußiſch oder keins von beiden wäre.“ Die Mehrzahl der am Bunde vertretenen Staaten war für Öſterreich und gegen Preußen; die Hilfe, welche dieſes 1849 den Regierungen von Sachſen, Bayern und Baden gegen ihre aufrühreriſchen Untertanen geleiſtet hatte, war vergeſſen; nur die norddeutſchen Kleinſtaaten hielten ſich zu Preußen, das ohne kräftige Unterſtützung Öſterreichs für keinen von ihm beabſichtigten Vorſchlag mehr als drei bis vier Stimmen auftreiben konnte. Es iſt bezeichnend, daß Bismarck als ein Mittel, dieſer Iſolierung Preußens zu ſteuern, mit realpolitiſchem Sinn die Betreibung der „deutſch-materiellen Fragen“ ins Auge faßte. „Diejenige Stelle, welche darin die Initiative ergreift, wird einen großen Vorſprung in den Sympathien der Beteiligten haben; denn die Sachen, quae numero et pondere dicuntur (welche zähl- und wägbar ſind), ſind der Mehrheit der Deutſchen wichtiger als Ihnen und mir, und wenn ich auch eine Gleichheit von Maß, Gewicht, Wechſelrecht und anderen derartigen Schnurrpfeifereien nicht ſehr hoch anſchlage und für ſchwer ausführbar halte, ſo ſollte man doch den guten Willen zeigen und zu Ehren des Handwerks damit klappern.“ Die Unausführbarkeit ſolcher Gedanken, von der Bismarck ſpricht, hat in Wahrheit nicht beſtanden; er hat ſpäter ſelbſt, allerdings als die Zeit noch mehr gereift war, ſie faſt ſpielend in die Wirklichkeit umgeſetzt und ſogar noch weit ſchwerere Dinge möglich gemacht. Aber der Ge-

danke, Antipathien zu überwinden durch Interessen, war ein fruchtbarer, gesunder und staatsmännischer, und insofern ist es lehrreich zu sehen, wie der angehende Diplomat sofort versteht, wie der Franzose sagt, tourner les choses, den Schwierigkeiten, die von vorn unüberwindlich scheinen, von der Seite beizukommen.

Die österreichische Politik hatte Preußen in Olmütz gezwungen, nachzugeben und sich ihren Gesichtspunkten anzuschließen; es galt diesen Erfolg in Frankfurt festzuhalten und sozusagen auszubauen; Preußen sollte lernen sich als zweiten im hergestellten Bunde zu betrachten und als zweiter sich zu betragen. Der österreichische „Präsidialgesandte" Graf von Thun brachte diese Politik auf seine Weise zum Ausdruck; halb gemütlicher Lebemann, halb hochmütiger Aristokrat, leitete er die Sitzungen des Bundestags in kurzer Jacke von hellem Stoff, ohne eine Weste darunter, ließ er die Personen, welche ihn sprechen wollten, und mochten es selbst seine Kollegen vom Bundestag sein, nach seiner Bequemlichkeit im Vorzimmer eine Viertelstunde und noch länger warten; wenn er die Nacht durch im Klub gespielt oder Sekt getrunken hatte, beeilte er sich nicht, empfangsfähig zu sein. Er begrüßte Bismarck bei dessen erstem Besuch mit der Zigarre im Mund, ohne aufzustehen, und bot ihm nicht einmal einen Sitz an; es heißt, er sei selbst der Hitze wegen in Hemdsärmeln gewesen. Bismarck fühlte sehr wohl heraus, daß dieser flegelhafte Ton, der anscheinend als „gemütlich wienerisch" genommen sein wollte, eine politische Absicht barg; Thun behandelte die deutschen Diplomaten formlos, um anzudeuten, wie hoch man sich in Wien über die Kleinen erhaben fühle, auch über Preußen; statt des Gegenbesuchs sandte er nur seine Visitenkarte. Bismarck gab beim nächsten Besuch, als sich die Sache wiederholte, die allein richtige Antwort; er legte, ohne ein Wort zu sagen, auch den Rock ab, nahm sich einen Stuhl und zündete sich eine Zigarre an. Thun machte ein verdutztes Gesicht, zog sich aber sofort die nötigen Lehren aus dem Vorgang. Bismarck hatte um so mehr Anlaß, sich eine solche Behandlung nicht gefallen zu lassen, als in Frankfurt Vertreter der Großmächte beglaubigt waren, Gortschakow für Rußland, Cowley für England, Marquis de Tallenay für Frankreich; und diese Fremden beobachteten natürlich mit Spannung, ob Thuns Benehmen von dem preußischen Bevollmächtigten ebenso demütig hingenommen würde, wie von dem Bayerns oder Hannovers.

Der Gegensatz, der zwischen Preußen und Österreich obwaltete, trat zunächst auf dem Gebiet der Zollpolitik hervor. Preußen hatte am 1. Januar 1834 mit 18 deutschen Staaten den

Zollverein errichtet, und die wirtſchaftliche Einheit, in welche es mit dieſen Staaten getreten war, kam am letzten Ende auch der politiſchen Einheit zu gute; es war unmöglich, daß die Staaten, welche wirtſchaftlich auf einander angewieſen waren und mit einander immer enger verwuchſen, ſich auf die Dauer politiſch bekämpften. 1849—1850 war das noch vorgekommen; es war auch ſpäter noch möglich; aber es mußte einmal ein Ende nehmen. Hier, wenn irgendwo, galt es, nur nicht ungeduldig zu werden, ruhig zu warten, bis die Dinge reiften und der wirtſchaftliche Zuſammenſchluß ganz von ſelbſt, wenn auch unter Kriſen, den politiſchen heraufführte. Es war ſo, wie Hoffmann von Fallersleben 1840 im erſten Teil ſeiner „unpolitiſchen Lieder“ richtig geſungen hatte:

Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käſe, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Laugen, Trichter,
Nüſſe, Tabak, Gläſer, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs
Und ihr andern deutſchen Sachen,
Tauſend Dank ſei euch gebracht!
Was kein Geiſt je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht;
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutſche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr, als unſer Bund, dies Band!

Öſterreich hatte im Lauf der Zeit dieſe notwendigen Folgen des Zollvereins erkannt, und da er zunächſt auf zwanzig Jahre geſchloſſen war, alſo am 31. Dezember 1853 ablief, ſo verſuchte es, ihn nicht einfach erneuern zu laſſen, ſondern bei ſeiner Erneuerung ihn zu erweitern: Schwarzenberg verlangte ſchon am 30. Mai 1850, daß Handels- und Zollfragen Bundesſache werden ſollten, womit Öſterreichs Eintritt in den Zollverein von ſelbſt gegeben geweſen wäre; dann ſtand Preußen nicht mehr allein im Felde, ſondern hatte auch hier Öſterreich neben ſich. Nun ſchloß Preußen am 7. September 1851, wenige Wochen nach Bismarcks Ernennung zum preußiſchen Bevollmächtigten zum Bundestag, mit den bisher noch außerhalb des Zollvereins ſtehenden Staaten des ſogenannten „Steuervereins“, Hannover, Braunſchweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe,

einen Vertrag, kraft dessen sie am 1. Januar 1854 gegen sehr bedeutende Zugeständnisse dem Zollverein beizutreten sich verpflichteten. Damit war die preußische Einflußsphäre noch mehr vergrößert; um so mehr betrieb Österreich auch seine Aufnahme in den Zollverein. Aus dieser Sachlage ergab sich ein doppeltes Vorgehen: Schwarzenberg lud die deutschen Mittelstaaten zu Besprechungen nach Wien ein, welche am 4. Januar 1852 eröffnet wurden und auf Errichtung eines Zollvereins ohne Preußen abzielten; anfangs April hielten Bayern, Sachsen, beide Hessen, Württemberg und Nassau Besprechungen in Darmstadt, worin sie sich zu gemeinsamem Vorgehen und zum Abschluß eines Zollvereins mit Österreich verpflichteten. Nun ging aber der preußische Minister des Auswärtigen, Manteuffel, durch den plötzlichen Tod Schwarzenbergs am 5. April 1852 ermutigt, auch seinerseits mit einer Einladung an die Zollvereinsstaaten nach Berlin auf 19. April 1852 vor. Tags darauf schlossen die Wiener Verhandlungen ohne ein unmittelbares Ergebnis ab; in Berlin aber schlugen die Darmstädter Verbündeten vor, den Zollverein in der Weise zu erneuern, daß Österreich in ihn aufgenommen werde. Manteuffel erklärte das wegen der wirtschaftlichen Verschiedenheit Österreichs und des industriell weit mehr entwickelten Deutschlands für unmöglich, war aber bereit, zwischen dem Zollverein und Österreich einen Handelsvertrag abzuschließen. Es erwies sich als rätlich, diesen Gedanken in Wien weiter zu betreiben, und so ward Bismarck, als mit der ganzen Sache sehr vertraut, am 8. Juni nach der Kaiserstadt geschickt, wo er mit Schwarzenbergs Nachfolger, dem Freiherrn von Buol, bis anfangs Juli verhandelte; während dieser Zeit reiste er auch nach Pesth, um dem dort weilenden Kaiser Franz Joseph sein Beglaubigungsschreiben vorzulegen. Er hatte von dem 22jährigen Herrscher, den er damals zuerst sah, einen sehr guten Eindruck. „Franz Joseph hatte Feuer, Würde, Besonnenheit, einen guten Blick, viel Freimut und Offenheit, besonders wenn er lachte.“ Die Gegensätze ließen sich aber nicht überwinden: Buol sah in dem Abschluß eines bloßen Handelsvertrags das Zugeständnis, daß Österreich kein deutsches Land sei; er wollte es aber nicht als fremde Macht behandeln lassen; er verlangte, daß die materiellen Interessen ganz Deutschlands verschmolzen würden. Vergeblich betonte Bismarck, daß der Zollverein, wie die Geschichte der letzten Jahre zeige, an sich keinen politischen Einfluß Preußens begründe, daß Preußen sich nicht aus politischen Hintergedanken, sondern lediglich aus pflichtmäßiger Fürsorge für die wirtschaftlichen Interessen des Zollvereins zu mehr als

einem Handelsvertrag nicht verſtehen könne. Buol fühlte wohl heraus, daß ein Zollverein ohne Öſterreich ſchließlich zu einem politiſchen Verein der deutſchen Staaten ohne Öſterreich führen werde. So wurden die Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen; am 8. Juli 1852 war Bismarck wieder in Berlin. Als die Verhandlungen auch in Berlin nicht von der Stelle rückten, erklärte Preußen ſie für geſchloſſen, und ſchickte ſich an, nur noch mit jedem Staat einzeln zu verhandeln. Die Beſorgnis, daß darüber der Zollverein ſich auflöſen könnte, erregte aber eine ſolche Unruhe in der mittelſtaatlichen Bevölkerung, deren Gedeihen völlig vom Zollverein abhing, daß man in Öſterreich, auch vom Zaren Nikolaus I. im Hinblick auf die von Frankreich drohende Gefahr zur Verſöhnlichkeit ermahnt, am 19. Februar 1853 in die Erneuerung des Zollvereins in alter Weiſe einwilligte. Nun gelangte man raſch zum Ziel; im März 1853 ward in Berlin durch eine Konferenz die Erneuerung des Vereins auf 1. Januar 1854 beſchloſſen. Der öſterreichiſche Verſuch, ſich neben Preußen einzudrängen oder dieſes gar hinauszudrücken, war geſcheitert, und Bismarck hatte an dieſem negativen Ergebnis des öſterreichiſchen Vorſtoßes einen weſentlichen Anteil. Sein erſter diplomatiſcher Feldzug endigte mit einem vollen Erfolg.

Der Gegenſatz zwiſchen Preußen und Öſterreich, welcher die Frage des Zollvereins beherrſchte, trat aber überall hervor, und Bismarck hat ihn nirgends zu vertuſchen geſucht. Mit Thun war er bei deſſen Ehrlichkeit noch erträglich ausgekommen; ſeit aber dieſer im Dezember 1852 zum Geſandten in Berlin ernannt und der bisherige öſterreichiſche Geſandte in Berlin, Prokeſch Ritter von Oſten, im Februar 1853 an ſeine Stelle getreten war, fiel auch das perſönlich mildernde Moment weg. Prokeſch (1795 bis 1876, ſeit 1871 zum Grafen erhoben) galt wenigſtens nach Bismarcks Angabe für einen falſchen Menſchen, „der, wenn er log, die Hand des andern ergriff, ſie an ſeine Bruſt drückte und mit feuchten Augen zum Himmel emporſah;“ er war in den Verhandlungen maßlos weitſchweifig, hörte ſich ſelbſt gern ſprechen und verſuchte gern kleine Übergriffe im Geſchäftsgang, „wie unzüchtige Leute beim Blindekuhſpiel, indem er ſich unerfahren ſtellte.“ „Er hatte bis jetzt in einfachen Stellungen ſich mit jedermann verfeindet,“ ſchien alſo den verwickelten Frankfurter Verhältniſſen erſt recht nicht gewachſen. Bismarck geriet mit ihm oft hart aneinander, ſo bei den Verhandlungen über die deutſche Flotte, welche 1848 ins Leben gerufen worden war, nach dem Scheitern der Einheitsbewegung aber ſozuſagen herren- und obdachlos geworden war, über den Ausbau

der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, über die schleswigholsteinische Frage. Auch die Zusammenstöße süddeutscher Staaten mit der römischen Kirche betrachtete Bismarck unter dem Gesichtspunkt, daß Österreich daraus Gelegenheit suchen könnte, die katholischen Sympathien sich zuzuwenden. Für die deutsche Flotte hatte Preußen 1848 die von der Zentralgewalt in Frankfurt ihm abverlangten Beiträge gezahlt, weil es gerade damals die Wehrlosigkeit seiner Küsten und seines Handels selbst gegenüber dem kleinen Dänemark bitter empfand. Österreich hatte nichts entrichtet und interessierte sich für die Flotte nur, sofern sie populär war. Preußen aber strebte die Bildung eines Flottenvereins der Regierungen an, welcher der Flotte eine neue und haltbare Grundlage geben sollte; Bismarck erblickte darin mit Recht ein Mittel, Preußens Stellung in Deutschland zu verstärken, und riet zum Zusammengehen mit dem nach Preußen größten Küstenstaat, mit Hannover, und Preußen und Hannover setzten am 16. Februar 1852 auch den Bundesbeschluß durch, der die Flotte für Eigentum des Bundes erklärte. Österreich hatte natürlich keine Lust, eine Sache zu fördern, welche Preußens Einfluß verstärken mußte; am Ende ist auch bekanntlich die Flotte nicht weiter entwickelt, sondern im Spätherbst 1852 im Auftrag des Bundes durch den oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer versteigert worden. Daß Preußen die vorhandenen sechs Dampfkorvetten nicht kaufte, hat Bismarck in seinem Brief an Leopold von Gerlach vom 4. Dezember 1852 ausdrücklich bedauert. An dem Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt hatte Österreich umgekehrt ein größeres Interesse, ihrer Lage im Süden wegen, als an der Flotte; es wünschte aus Rastatt ein großes verschanztes Lager für 40 000 Mann zu machen oder, falls dies auf Widerstand stieß, Ulm entsprechend auszubauen. Bei einer ehrlich freundschaftlichen Haltung Österreichs wäre nach Bismarcks Ansicht eine bequeme Möglichkeit gewesen, die Interessen beider Mächte gegen einander auszugleichen und Preußen die Flotte, Österreich die Festungen zu gewähren. So hätte Preußen im Norden, Österreich im Süden sich verstärkt; noch im Mai 1866 ist Bismarck bereit gewesen, auf eine solche Teilung der Vormachtstellung einzugehen. Aber Prokesch brachte die österreichischen Anträge an den Bund, ohne sich vorher mit Bismarck ins Benehmen zu setzen; das empfand dieser als die übliche österreichische Rücksichtslosigkeit und schlug seitens Preußens die Ablehnung vor, um so mehr, als er auch sachliche Bedenken hatte. „Rastatt liegt so nahe bei Straßburg, daß die Franzosen im Ernstfall acht Tage früher

vor der Stadt ſein könnten als wir.“ Überdies ſei es für den Widerſtand ſchon hinlänglich feſt genug, Ulm nicht minder, deſſen Michelsberg Bismarck für faſt uneinnehmbar anſah. So riet er zur Ablehnung, ſchon um den Fall zur Erziehung des Wiener Kabinetts zu benutzen.

Die religiös-kirchliche Frage war vor allem in Baden brennend, wo der Staat im November 1853 jede Veröffentlichung eines kirchlichen Erlaſſes ohne ſtaatliche Genehmigung verbot und der Erzbiſchof von Freiburg, Hermann von Vicari, ſich dagegen entſchieden auflehnte; in Naſſau entſtanden ähnliche Streitigkeiten. An ſich war Bismarck als guter Proteſtant jeder Anmaßung der römiſchen Kirche abgeneigt und entrüſtete ſich „über den kriegeriſchen, unerſättlichen, unverſöhnlichen Geiſt, der ſeit zehn Jahren in proteſtantiſch regierten Ländern einen Teil des katholiſchen Klerus beſeelt;“ aber er war zu ſehr Politiker, um die Gefahr zu überſehen, daß man durch eine Parteinahme Preußens gegen die Biſchöfe die katholiſche Bevölkerung Öſterreich in die Arme treiben werde. Namentlich auf Bayern traf dieſe Erwägung zu, und auf Bayern ſetzte Bismarck im diplomatiſchen Kampf mit Öſterreich große Hoffnungen. Er kannte aus der Geſchichte den Gegenſatz, der die Häuſer Habsburg und Wittelsbach früher oft entzweit hatte; er glaubte, daß man dieſen Gegenſatz auch jetzt wieder verwerten könne, und er faßte die Möglichkeit ins Auge, wenn Öſterreich mit Preußen nicht teilen wollte, die Hegemonie im Süden Bayern anzubieten und ſo mit ihm zuſammen Deutſchland zu leiten. Es iſt für Bismarcks ſpäteres Verhalten gegen Bayern höchſt lehrreich zu leſen, daß er ſchon im Februar 1852 äußerte: „Wenn man ſich das Anſehen gibt, die Wichtigkeit Bayerns anzuerkennen, ſo läßt ſich mit Bayern manches ausrichten;“ er bat deshalb den Herrn von Manteuffel, im Fall er, Bismarck, einmal eine Vertretung brauche, ſie nicht durch Öſterreich, ſondern durch Bayern ausüben laſſen zu dürfen: das ſei beſſer als etwa Hannover einzuſetzen, wie Manteuffel meinte: man vermeide ſo auch den Anſchein eines norddeutſchen Sonderbundes. Eben die Rückſicht auf Bayern beſtimmte ihn, ſeinem Staat in den erwähnten kirchlichen Streitigkeiten zu größter Zurückhaltung zu raten.

Auch die ſchleswig-holſteiniſche Frage machte Bismarck zu tun. Die Erhebung der Herzogtümer gegen Dänemark war 1850 geſcheitert; öſterreichiſche Truppen hatten ſchließlich Holſtein beſetzt, und drei Kommiſſäre, ein öſterreichiſcher, ein preußiſcher und ein däniſcher, regierten das Land. Sein rechtmäßiger

Herzog war ohne Frage damals noch der dänische König Friedrich VII.; da er aber kinderlos war, so erhob sich die Frage, ob der Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der als Gemahl einer Schwestertochter des Königs Christian VIII., der Prinzessin Luise von Hessen, zur Nachfolge in Dänemark berufen war, auch als Herzog über Schleswig-Holstein herrschen dürfe. Der Zar Nikolaus I. von Rußland, welcher als Haupt der älteren Linie des Hauses Gottorp Ansprüche erheben konnte, verzichtete zu Christians Gunsten; aber nach der Rechtsüberzeugung der Herzogtümer gingen die Rechte des Herzogs Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg dem aller anderen Bewerber vor. Bismarck erhielt von seiner Regierung den Befehl, diesen Fürsten zum Verzicht zu bewegen, und in der Tat gelang es, den Herzog durch eine Zahlung von 2 250 000 dänischen Talern und Ablösung seiner Schulden dahin zu bringen, daß er sich in seinem Namen und dem seiner Familie verpflichtete, nichts zu unternehmen, was den Frieden der Staaten des Königs Friedrich VII. stören könnte. Nun erkannten die fünf Großmächte, welche es damals gab — Rußland, England, Frankreich, Österreich und Preußen — und der König von Schweden durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 an, daß die Aufrechthaltung der Unversehrtheit der dänischen Monarchie von hoher Wichtigkeit für den Frieden sei; daß der Prinz Christian von Glücksburg, als Erbe der dänischen Krone, das Recht habe, in der Gesamtheit der jetzt unter dänischem Zepter vereinigten Staaten nachzufolgen; daß aber die Rechte und wechselseitigen Verpflichtungen, welche zwischen Seiner Majestät dem König von Dänemark und dem Deutschen Bund betreffs der Herzogtümer Holstein und Lauenburg bestehen und auf der Bundesakte von 1815 beruhen, durch diesen gegenwärtigen Vertrag nicht abgeändert werden. Dieser Vertrag erschien fast allen Deutschen deswegen als Frucht eines Gewaltstreichs, weil mit dem Prinzen von Glücksburg in Dänemark die weibliche Linie der Oldenburger zum Thron gelangte, in Schleswig-Holstein aber nach Landesrecht nur die männliche Linie erbberechtigt war; diese aber war vertreten durch die Augustenburger, und der Sohn Christian Augusts, der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, nahm nach dem Verzicht seines Vaters seine Ansprüche auf, ohne sich dadurch gebunden zu halten, daß sein Vater auch für seine ganze Familie verzichtet hatte. Bayern und Oldenburg protestierten feierlich gegen das Londoner Protokoll als gegen eine rechtswidrige Verfügung, und Bismarcks Versuche, die Bundes-

verſammlung zur Anerkennung des Londoner Protokolls zu vermögen, blieben ergebnislos; für die Großmächte und Schweden rechtskräftig, entbehrte es demgemäß in Deutſchland jeder Wirkung. Zunächſt empfand dies Bismarck als einen Mißerfolg; ſpäter ſollte er aus dieſer Sachlage für die Befreiung der Herzogtümer Nutzen ziehen.

Während alle dieſe Fragen verhandelt wurden, rückte eine große Kriegsgefahr für ganz Europa näher und näher. Der Kaiſer Nikolaus von Rußland hatte durch die Ereigniſſe von 1848 bis 1850 eine Stellung gewonnen, wie ſie noch kein Zar inne gehabt hatte. Während alle Throne wankten oder ſtürzten, während ſelbſt England durch die Wühlerei der chartiſtiſchen Sozialiſten, welche für das allgemeine Wahlrecht zwei Millionen Unterſchriften aufbrachten, hart an den Rand des Bürgerkrieges geführt ward, verhielt ſich das ruſſiſche Volk allein ruhig, und Nikolaus konnte ſogar dem Kaiſer Franz Joſeph, der aus eigener Kraft ſeine aufſtändiſchen Untertanen in Ungarn nicht bezwingen konnte, durch ein ruſſiſches Hilfsheer den Sieg über dieſen Aufſtand ermöglichen. Das Verhalten des Zaren ward 1850 weſentlich mit Urſache, daß Friedrich Wilhelm IV. in der deutſchen Frage, welche er ohne ein gewiſſes Handinhandgehen mit der Revolution nicht löſen konnte, zurückwich und die öſterreichiſchen Bedingungen in Olmütz annahm. Nikolaus durfte ſich als den Schiedsrichter Europas betrachten; er hielt deshalb die Zeit für gekommen, die alten Ziele der ruſſiſchen Politik zu erreichen und Konſtantinopel „zwar nicht als Eigentum, aber als Verwahrer“ zu beſetzen, damit es nicht jemand anders in die Hände falle. Im Januar und Februar 1853 hatte er mit dem engliſchen Geſandten Lord Seymour die berühmte Unterredung, in der er die Türkei „den kranken Mann“ nannte, deſſen Ende plötzlich eintreten könne und deſſen Erbſchaft man alſo vorſichtigerweiſe beizeiten regeln ſolle. Er erklärte, daß er niemals die Gründung eines neuen byzantiniſchen Reiches, überhaupt nie eine Ausdehnung Griechenlands zugeben werde — als Slawe nicht: ebenſo wenig, daß die Türkei ſich in kleine Staaten auflöſe, welche für Leute wie Mazzini, Koſſuth und andere Revolutionäre Zufluchtsſtätten werden würden. Er ließ alſo durchblicken, daß die ganze feſtländiſche Türkei in irgend einer Form unter ruſſiſche Aufſicht kommen müſſe; als Entgelt könnten die Engländer Ägypten und etwa auch Kreta nehmen, auf deren Beſitz es ihnen ankommen müſſe. Von anderen Mächten ſprach er gar nicht, weder von Öſterreich, deſſen Lebensintereſſen doch bei jeder Veränderung am goldenen Horn ins Spiel

kamen, das er aber seit dem ungarischen Krieg als seinen Vasallen betrachtete, und auch nicht von Frankreich, dessen Kaiser Napoleon III. er als eine Ausgeburt der Revolution ansah und dem er die übliche Anrede mon frère nicht zugestand; er sprach ihn in seinen Schreiben nur mon cousin an. Nun wollte aber England von einer Teilung der Türkei, welche die Teilung Polens in Erinnerung rief, nichts wissen, und Napoleon III. fand Gelegenheit, für die ihm persönlich zugefügte Beleidigung sich in einer Weise zu rächen, welche nicht ihn, sondern die Ehre und das Ansehen Frankreichs in den Vordergrund stellte. Nikolaus erhob den Anspruch, daß der Schutz über das heilige Grab in Jerusalem, den Frankreich seit 1535 kraft seiner Verträge mit dem Sultan Suleiman dem Prächtigen als ihm zustehend ansah, Rußland gebühre, und ließ diese Forderung durch seinen Abgesandten Fürst Menschikoff in Konstantinopel in drohender Weise geltend machen. Die an sich geringfügige Sache ward zu einer Frage, an welcher Ansehen und Herrschaft im Osten selbst hingen, und Frankreich war nicht willens, vor dem Zaren zurückzuweichen, an dem der Bonaparte überdies die Niederlage seines Oheims 1812, der Franzose den Einmarsch russischer Truppen in Paris 1814 zu rächen hatte. Seit dem Oktober 1853 stand fest, daß die Türkei, England und Frankreich es lieber auf einen Krieg ankommen lassen, als Nikolaus I. Ansprüchen sich fügen würden; nach langem Hin und Her der Verhandlungen verließen die Gesandten des Zaren am 4. Februar 1854 Paris und London, und am 28. März ward der Krieg erklärt, der von seinem Hauptschauplatz, der russischen Halbinsel Krim im schwarzen Meer, der Krimkrieg genannt wird.

Wie verhielten sich nun zu diesen Dingen die beiden deutschen Großmächte?

Österreich war 1849, wie wir sahen, durch russische Hilfe in Stand gesetzt worden, die ungarische Empörung niederzuwerfen und seinen Bestand als einheitliches Reich zu retten; es war Rußland, das für seine Hilfe nichts begehrt hatte, zu Dank verpflichtet. Es stand ferner durch seine absolutistische Regierungsform der russischen Selbstherrschaft nahe. Aber alle diese Erwägungen traten vor der Besorgnis zurück, daß Rußland sich zum Herrn der Balkanhalbinsel und damit der unteren Donau machen wolle, wodurch Österreichs wirtschaftliche Entfaltung in Abhängigkeit von Rußland geraten wäre. So glitt Österreich unmerklich, aber unaufhaltsam ins Lager der Westmächte hinüber; ohne durch das empörte Geschrei der Russen über den „Dank vom Hause Österreich“ sich aufhalten

zu laſſen, unterſtützte Graf Buol das Ultimatum, das die Weſtmächte im März 1854 in St. Petersburg überreichten und das die Räumung der Donaufürſtentümer durch die dort eingerückten ruſſiſchen Truppen forderte. Buol ließ an Preußen die Aufforderung ergehen, ſich dieſem Schritt anzuſchließen, aus dem die weſtmächtliche Kriegserklärung vom 28. März unmittelbar hervorging.

In Berlin ſtanden ſich nun zwei Richtungen ſchroff entgegen. Die Konſervativen (voran ein Teil der nächſten Umgebung des Königs, die ſogenannte Kamarilla, die beiden Gerlach vor allem) waren aus alter Gewohnheit und Überlieferung für Rußland, den ſtarken Hort und Rückhalt der konſervativen Grundſätze, den alten Waffengenoſſen gegen das revolutionäre Frankreich. Aus dem entgegengeſetzten Grund waren die Liberalen für den Anſchluß an die Weſtmächte; in Rußland konnte und ſollte der brutale Abſolutismus getroffen werden; der preußiſche Geſandte in England, Chriſtian Freiherr von Bunſen, und der Kriegsminiſter General Bonin ſtanden an der Spitze dieſer Partei und ſuchten ihren großen Einfluß auf den König in ihrem Sinn geltend zu machen. Der Miniſterpräſident Otto von Manteuffel war vor allem gegen jeden Bruch mit Öſterreich. Merkwürdigerweiſe ſtieß des Königs Bruder, Prinz Wilhelm, der vorausſichtliche Thronfolger, in dasſelbe Horn wie die Liberalen; nicht weil er gleich den Liberalen Rußland an ſich verabſcheute, ſondern weil er glaubte, daß deſſen brutale Herrſchſucht eines Dämpfers bedürfe, auch im Intereſſe Preußens, das 1850 in Olmütz dieſe Herrſchſucht erfahren hatte. Er hielt ein Zurückweiſen Rußlands auch in deſſen eigenem Intereſſe für geboten; ſein Vorgehen im Orient werde es mit ganz Europa verfeinden und in eine ſchwere Niederlage hineindrängen; er wollte Rußland mit Gewalt zwingen, gemäßigt zu ſein und es ſo gegen ſeinen Willen vor Schaden bewahren. Deshalb ſtimmte er dafür, daß Friedrich Wilhelm IV. ſich auf die Seite der Gegner ſeines Schwagers Nikolaus I. ſchlage und dieſen zur Vernunft bringe.

Gegen dieſe Beſtrebungen ſetzte ſich nun Bismarck mit aller Macht. Nach ſeiner Anſicht hatte Preußen an den orientaliſchen Dingen kein unmittelbares Intereſſe; ſie waren, wie er 1876 von Bosnien geſagt hat, nicht die Knochen eines pommeriſchen Grenadiers wert, und ſo riet er zur Neutralität. Er tat es um ſo mehr, als, wenn Preußen ohne Not ſich an dem bevorſtehenden Krieg beteiligte, mit Unabwendbarkeit der Eindruck entſtehen mußte, daß es anderen die Kaſtanien aus dem Feuer hole, daß es als Vaſall Öſterreichs das Schwert zu ziehen ſich anſchicke.

Das aber war gerade das Gegenteil von dem, was Preußen nach Bismarcks Ansicht zu tun hatte; es hatte nicht Österreichs Pläne zu fördern, sondern ihm überall entgegenzutreten, bis das Haus Habsburg dahin gebracht war, Preußen den Weg seiner historischen Größe frei zu geben. Weiter schien es Bismarck ganz verkehrt, ohne Not sich die Feindschaft eines Reiches zuzuziehen, das auf Hunderte von Meilen Preußens Grenznachbar war und also Preußen sehr viele Ungelegenheiten bereiten konnte. Viertens wußte er, daß die Mittelstaaten gegen einen Bruch mit Rußland waren und von Preußen dabei unterstützt zu werden hofften; endlich fürchtete er, daß Frankreich sich plötzlich treulos mit dem Zarenreich verständigen und die Deutschen im Stich lassen werde. So ward Bismarck nicht müde, brieflich und mündlich den König und den Ministerpräsidenten von Manteuffel vor verfehlten Schritten zu warnen; er ist anfangs März 1854 und wieder im Mai, damals vom König gerufen, persönlich in Berlin erschienen, um abzuwenden, was ihm verderblich schien. Zwei Zwischenfälle aus dieser Zeit verdienen festgehalten zu werden. Am 4. März 1854, bei Bismarcks erster Anwesenheit in Berlin, wurde er zu dem Prinzen von Preußen befohlen, der von ihm verlangte, „er solle dem König im westmächtlichen und antirussischen Sinne zureden." Bismarck widersprach dem Prinzen mit aller Entschiedenheit; Preußen habe keinen Grund, mit Rußland zu brechen, im Gegenteil, und würde also durch den Krieg mit dem Zaren die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen habe, oder (wie 1812) aus Furcht vor Frankreich und England deren gehorsamer Bundesgenosse sein. Es war dasselbe, wenn er fünf Tage nachher, am 9. März 1854, an Leopold von Gerlach schrieb, Krieg gegen Rußland aus Furcht vor einem Krieg mit Frankreich und England führen heiße aus Furcht vor dem Tode Selbstmord begehen. Der tapfere Prinz, dessen seltsam verschränkter Gedankengang ja ein ganz anderer war, brauste heftig auf, als er von Vasallengeist und Furcht hörte: „von Vasallen und Furcht ist hier gar nicht die Rede;" er ließ sich von Bismarck nicht überzeugen, der nach seiner Meinung die Gefahr von Rußland und für Rußland nicht einsah, und warf ihm vor, er treibe Politik wie ein Gymnasiast, d. h. wie ein Schüler, nicht wie ein Meister, wie ein unüberlegter Junge, nicht wie ein reifer Mann. Welch eine Auffassung!

Die andere Episode betrifft eine Unterredung Bismarcks mit dem französischen Botschafter Marquis de Moustier in Berlin;

wir kennen ſie nur aus den „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks (1, 129) und wiſſen ihr genaues Datum nicht. Der Marquis verſuchte, von Manteuffel darum erſucht, den beim König ſo einflußreichen Mann zur weſtmächtlichen Politik zu bekehren, und als er das nicht ſo leicht fand, riß ihn ſein lebhaftes Temperament hin, im Hinblick auf die preußiſche Neutralität von 1795—1806 und deren Folgen, zu ſagen: „Die Politik, welche Sie machen, wird Sie nach Jena führen.“ Worauf Bismarck ſchlagfertig antwortete: „Warum nicht nach Leipzig oder Roßbach?“ d. h. nicht zur Niederlage *durch*, ſondern zum Sieg *über* Frankreich. Mouſtier war eine ſo unabhängige Sprache nicht gewohnt; er wurde ſtumm und bleich vor Zorn; der König aber, bei dem der Franzoſe Beſchwerde führte, lobte Bismarck wegen der richtigen Antwort, die er gegeben habe. Sie war mehr als eine augenblickliche Abfuhr einer kecken franzöſiſchen Drohung; ſie war eine Vorahnung großer Zeit.

Hin und her gezogen zwiſchen den ſich bekämpfenden Einflüſſen ſchwankte der König, wie es gewöhnlich ſeine Art war. Am 20. April 1854 ſchloß er mit Öſterreich ein Schutz- und Trutzbündnis, welches Preußen unter Umſtänden zu einer Hilfeleiſtung mit 200 000 Mann verpflichtete; mit völligem Umſchlag ſeines Willens entließ er aber einige Tage nachher Bunſen und Bonin, die Hauptvorkämpfer eines Zuſammengehens mit Öſterreich und den Weſtmächten, aus ihren Ämtern, worüber der Prinz von Preußen ſich ſo entrüſtete, daß er von einem Bruch des Vertrags vom 20. April ſprach, ſeinem Bruder einen ſehr ſcharfen Brief ſchrieb und als Antwort einen vierwöchentlichen „Urlaub“ nach Baden-Baden erhielt; einige urteilten, daß der König ein Recht gehabt hätte, den Schreiber des Briefes wegen Unehrerbietigkeit auf die Feſtung zu ſchicken. Schließlich behielt aber doch die von Bismarck empfohlene Politik der Neutralität inſofern die Oberhand, *als Preußen tatſächlich den Verſuchen, es in den Krieg für dieſe oder jene Seite hineinzudrängen, widerſtand*. Natürlich wurde ihm dies von Frankreich und England ſehr verdacht; man gab ſich den Anſchein, als ob man einer Macht, welche in den großen Welthändeln abſeits ſtehe, ein Gewicht nicht beimeſſe, und ſchien nicht übel Luſt zu haben, Preußen bei den Pariſer Friedensverhandlungen gar nicht beizuziehen. Schließlich erhielt Manteuffel zwar, weil auch die von Preußen einſt mit unterzeichneten Verträge über die türkiſchen Meerengen einer Durchſicht unterzogen werden mußten, eine Einladung, nach Paris zu kommen und an der Unterzeichnung des ſogenannten Pariſer Vertrags teil-

zunehmen; aus der Erzählung Cavours über diese Dinge *) geht aber hervor, wie sehr man Preußen damit eine Gnade erwiesen zu haben glaubte. Bismarck selbst war der Ansicht, daß Preußen auf die endlich erfolgte Einladung hin nicht sofort hätte annehmen, sondern einige Tage warten sollen; „etwas kühler, äußerlich wenigstens, wäre würdiger gewesen; wir haben zu viel Empressement gezeigt." Genau dieselbe Ansicht hatte Cavour.

Aus dem Krimkrieg ging der Stern Napoleons III. strahlend hervor; er schien der Schiedsrichter Europas zu sein; bald erlangte er durch den Neuenburger Zwischenfall eine neue Möglichkeit, als Vermittler zwischen Preußen und der Schweiz aufzutreten und die Lösung durchzusetzen, welche die wegen Revolution verhafteten Anhänger des Königs in Neufchatel straffrei setzte und dafür diesen Kanton aus der 150jährigen Verbindung mit den Hohenzollern löste. Napoleons Verhältnis zu Rußland war dem zweier Menschen zu vergleichen, welche in einen Streit geraten waren, der weniger inneren als äußeren Gründen entsprang, welche sich versöhnt haben und nun durch geflissentliche Zuvorkommenheit sich gegenseitig zeigen wollen, daß der Hergang keine weitere Bedeutung haben soll, daß sie sich eigentlich recht gut sind. Schon während des Krimkriegs hatte Bismarck immer es für möglich gehalten, daß Frankreich und Rußland sich plötzlich, als durch keine Grenznachbarschaft in schleichendem Gegensatz erhalten, mit einander verständigen könnten; jetzt sprach man in diplomatischen Kreisen offen davon, daß die Kaiser an Seine und Newa — in St. Petersburg war auf Nikolaus I. am 2. März 1855 sein Sohn Alexander II. gefolgt — sich wieder zur Beherrschung der Welt verbinden könnten, wie es 1807 geschehen war. Unter diesen Umständen ward von einigen der Gedanke befürwortet, daß Preußen sich mit England näher verbinden solle; der Plan, den Prinzen Friedrich Wilhelm mit der princess royal Viktoria von England zu verheiraten, hatte hier eine seiner Wurzeln. Bismarck war nicht der Meinung, daß man hiedurch etwas Wesentliches für Preußen erzielen könne; in einer der prächtigsten Stellen seiner prächtigen Briefe an Leopold von Gerlach (vom 19. März 1856) schreibt er

*) Bianchi, la politique du comte Camille de Cavour, Turin 1885 S. 125. Vgl. dazu in F. de Martens, recueil des traités conclus par la Russie 15 (1909) 281 die hochmütige Bemerkung: la Prusse n'y fut admise que grâce aux instances de la Russie et seulement en qualité de signataire de la convention de Londres de 1841 au sujet des détroits, au congrès de Paris. So behandelte man das vorbismarckische Preußen.

einmal, daß die engliſche Politik an der Drehkrankheit leide: „Die Erbweisheit iſt den Leuten ſeit der Reformbill (von 1830, welche das Wahlrecht zum Unterhaus demokratiſierte) verloren gegangen; ſtark iſt der Bulle immer noch, aber wo er hinſtößt, weiß er nicht mehr, ſeit der Naſenring der Oligarchie ihm abgenommen iſt.“ So vertrat Bismarck die Anſicht, daß, wenn Napoleon und der neue Zar Alexander II. ſich verbänden, Preußen der Dritte im Bunde ſein müſſe; man dürfe dieſe Rolle nicht etwa Öſterreich überlaſſen, weil ſonſt Preußen vollends ins Hintertreffen geraten und ſeine Stellung in Deutſchland wie in Europa tief herabgedrückt, die Möglichkeit eines Aufſteigens ihm unterbunden werden müßte. Durch die Befürwortung eines Bündniſſes mit dem Emporkömmling in Paris, der allen rechtgläubig konſervativen Kreiſen in Preußen als Pflegeſohn und Beförderer der Revolution galt, entfernte ſich Bismarck von den Grundſätzen der Kamarilla (S. 51), welche ihn bisher als den Ihren betrachtet hatte. „In der inneren Politik,“ ſo ſchrieb er an Gerlach am 2. Mai 1857, ſind wir einſtimmig (aber auch hier hatte Bismarck den früheren überkonſervativen Feuereifer längſt abgedämpft); in Ihre Auffaſſung der äußeren kann ich mich nicht hineinleben; Sie ignorieren die Realitäten... Ich geſtehe, daß ich das Prinzip der Legitimität meinem ſpezifiſch preußiſchen Patriotismus vollſtändig unterordne... Ich kann als Romantiker eine Träne für das Geſchick Heinrichs V. haben (des Grafen von Chambord, der ſeit 1830 von dem durch Erbrecht ihm gebührenden Thron Frankreichs ausgeſchloſſen war); als Diplomat würde ich ſein Diener ſein, wenn ich Franzoſe wäre; ſo aber zählt mir Frankreich, ohne Rückſicht auf die jeweilige Perſon an ſeiner Spitze, nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachſpiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe. Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Perſonen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienſt meines Landes nicht zu rechtfertigen; es iſt darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient.“ Dieſe Worte offenbaren zwei Grundzüge Bismarckiſcher Politik, an denen er ſtets feſtgehalten hat: erſtlich die Würdigung der realen Verhältniſſe, welche der wirkliche Staatsmann in ſeine Rechnung einſtellen muß, wenn ſie nicht einen verhängnisvollen Grundfehler enthalten und ihr Gebäude auf Wolken oder Sand aufführen ſoll; dann die Leitung der auswärtigen Politik ſchlechterdings nur gemäß den Intereſſen des

preußischen Königtums und des preußischen Landes, unter bewußtem Absehen von jeder Rücksicht auf persönliche Liebhabereien und Voreingenommenheiten. Wie er 1857 bereit war, mit dem tatsächlich vorhandenen Frankreich Napoleons III. zu gehen, wenn es im Interesse Preußens lag, so hat er nach 1870 die französische Republik im Gegensatz zur legitimen Monarchie der Bourbons gefördert, weil er von dieser eher die Herstellung der Bündnisfähigkeit Frankreichs befürchtete, und hat er in den siebenziger und achtziger Jahren geraten, die Magyaren in Ungarn nicht durch unvorsichtige Parteinahme für die ungarländischen Deutschen ins Lager der Feinde Deutschlands zu treiben, und so geringere, wenn auch gemütlich wertvolle Interessen den viel größeren zu opfern.

Bismarck hat in jenen Jahren den französischen Kaiser auch persönlich kennen gelernt; er war im August 1855 und im April 1857 in Paris, das einemal, um den preußischen Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeldt, zu besuchen, das anderemal, um in der Neuenburger und in der Schleswig-Holsteiner Frage zu verhandeln. Bei der zweiten Anwesenheit, wo er amtlich auftrat, wurde er vom Kaiser und dem Hof mit besonderer Auszeichnung empfangen und durch Festlichkeiten aller Art geehrt. Im Gespräch bewunderte Bismarck an Napoleon III. seine schnelle Auffassung und seine gefällige, leichte Unterhaltung. Der Kaiser sprach mit Bismarck andeutungsweise von seiner Absicht, den Italienern gegen Österreich zu Hilfe zu kommen; am Rhein suche er nichts, „als höchstens eine kleine Grenzberichtigung;“ das Mittelmeer müsse der Schauplatz für Frankreichs Ehrgeiz werden; Preußen, dessen wohlwollende Haltung bei solchen Plänen für ihn von handgreiflicher Wichtigkeit war, möge sich im Norden Deutschlands und auch zur See stärken. Der Kaiser äußerte im Verlauf der Unterhaltung ein Wort, das golden ist für alle Zeit: „Man könnte die Zeit von 1806—13 jetzt vergessen; wenn alle Welt sich an die Politik der Erinnerungen klammern wollte, müßten zwei Nationen, welche einmal im Krieg mit einander gewesen sind, es für alle Ewigkeit sein; Politiker müssen sich mit der Zukunft beschäftigen.“ Bismarck waren solche realpolitische Gedanken aus der Seele gesprochen; er ward in seiner Überzeugung bestärkt, daß ein Besuch des Kaisers in Preußen von großem Nutzen sein würde. „Es braucht sich gar nichts Politisches daran zu knüpfen, und wir können ganz ehrliche Leute dabei bleiben. Aber wenn er im Herbst einem Korpsmanöver bei uns assistierte, so würde, wie die Dinge

in Europa einmal liegen, dieſer Beweis guten Einvernehmens mit Frankreich unſern Einfluß in allen diplomatiſchen Vorkommniſſen wirkſam erhöhen." Das waren freilich Gedanken, die bei dem König und ſeinem Miniſter glatt zu Boden fielen; als der Prinz Jerôme Napoleon, des Kaiſers Vetter, im Mai 1857 nach Berlin kam (über Frankfurt, wo er bei Bismarck den Eindruck von viel Intelligenz und geſundem Menſchenverſtand hinterließ), da wurde er, der Sohn einer württembergiſchen Prinzeſſin, von der „Kreuzzeitung" und ihrem Anhang ſehr unwirſch behandelt und offene Einſprache gegen einen Beſuch des Kaiſers ſelbſt erhoben. Bismarck hielt das für grundverkehrt; aber er mußte ſich darein finden und gab den Gedanken des Beſuchs auf, ohne den Wunſch einer Annäherung an Frankreich ſelbſt fallen zu laſſen.

Inzwiſchen erkrankte König Friedrich Wilhelm IV. an jenem Gehirnleiden, das binnen einiger Jahre zu ſeinem Tode führen ſollte. Damit trat ſein Bruder, Prinz Wilhelm von Preußen, in den Vordergrund, ſehr zum Mißvergnügen der Kamarilla, welche ihren langjährigen Einfluß dadurch einbüßen mußte. Sie verſuchte deshalb die dauernde Übernahme der Regentſchaft durch den Prinzen zu verhindern: die vorübergehende auf je ein Vierteljahr war ohnehin nicht zu umgehen. Bismarck trat ihr aber aus zwei Gründen entgegen; es werde erſtens nichts helfen, und man könne zweitens die Gewalt der Krone nicht auf längere Zeit lähmen, was mit einer kurzfriſtigen und damit an weitausſchauenden Plänen gehinderten Regentſchaft notwendig verknüpft war. So hat er in der Tat weſentlich dazu beigetragen, daß die Ränke der Kamarilla ſcheiterten. Das perſönliche Verhältnis Bismarcks zu dem Prinzen war trotz ihrer Gegnerſchaft vom Jahr 1854 nicht unterbrochen; er wurde wiederholt von dem Prinzen zur Erſtattung von Berichten über politiſche Fragen veranlaßt. Aber davon, daß er zu den hervorragenden Werkzeugen des Prinzen hätte gehören können, als dieſer am 26. Oktober 1858 die Regentſchaft „bis zur Geneſung des Königs" — das heißt für die Dauer — übernahm, war doch keine Rede; Bismarck ward vielmehr am 29. Januar 1859 zum Geſandten in St. Petersburg ernannt und in Frankfurt durch den Grafen Uſedom erſetzt. Dieſer Wechſel in ſeiner Stellung bedeutete keine direkte Ungnade, war aber doch ein Anzeichen, daß man ihn in gewiſſem Sinn ehrenvoll „kalt ſtellte"; dieſen Ausdruck hat er ſelber gebraucht.

Zweites Kapitel.

Bismarck in St. Petersburg und Paris. 1859—1862.

Zunächst begab sich Bismarck am 6. März 1859 von Frankfurt nach Berlin, um hier beim Regenten und dem Ministerium sich vorzustellen und mündliche Weisungen zu empfangen, um ferner die nötigen Einkäufe zu machen und die Überführung seines Haushalts nach der russischen Hauptstadt in die Wege zu leiten. Er war entsetzt, wie teuer sich alles stellte, und seine Vermögensverhältnisse waren nicht derart, daß ihm das gleichgültig sein konnte. Er bekam als Ersatz der Umzugskosten 3000 Taler und hatte 13 000 dafür auszugeben! Am 22. März erhielt er plötzlich den Befehl, auf seinen Posten abzureisen, und tat dies am 23. früh. Da die Eisenbahn damals zunächst nur bis Königsberg führte, von da aus bis Pskow am Südufer des Peipussees 96 Stunden im Wagen zurückzulegen waren und erst hier wieder die Eisenbahn begann, so brauchte Bismarck sechs Tage, bis zum 29. März, um in St. Petersburg anzulangen. Die Strapazen dieser Schlittenfahrt, wo der Thermometer bei Nacht zwölf Grad Kälte aufwies, wo sechs bis acht Pferde kaum imstande waren, den Schlitten durch den tiefen Schnee zu bringen, hat Bismarck seiner Frau in den Briefen vom 25. März ff. anschaulich geschildert.

In Petersburg ward er von dem Zaren Alexander II. sehr gnädig aufgenommen; seine ausgeprägt konservativ-royalistische Parteistellung empfahl ihn dem Selbstherrscher nicht minder als seine bekannte Gegnerschaft gegen Österreich, das wegen seiner „undankbaren" Haltung im Krimkrieg den Russen tödlich verhaßt war. Die auswärtigen Angelegenheiten des Zarenreichs leitete seit Nesselrodes nach vierzigjähriger Ministerschaft 1856 erfolgtem Rücktritt der Fürst Gortschakow, ein kluger, fleißiger, vorsichtiger, Rußlands Kräfte nach den Kriegsverlusten sammelnder Mann, der Bismarck sehr wohlwollend, aber zugleich etwas herablassend entgegenkam. Besonders angenehm für einen Vertreter Preußens war es, daß des Kaisers Mutter noch lebte, die Tochter der Königin Luise und Friedrich Wilhelms III., Charlotte; sie überhäufte Bismarck mit Liebenswürdigkeiten und lud ihn öfters an ihren Tisch, ohne andere Gäste zuzuziehen, um lange und vertraulich mit ihm plau-

dern zu können; er speiste wohl, da sie kränkelte, an ihrem Bett. Sonst hatte er den Eindruck, daß die alte, vornehme, deutschfreundliche Gesellschaft im Aussterben war und ein neues Geschlecht heranwuchs, das eine starke Abneigung gegen Preußen und Deutschland hatte.

Die nächsten Geschäfte des preußischen Gesandten waren der Schutz der etwa 40 000 Preußen, welche in Rußland wohnten, vor Belästigung durch die russische Polizei und Justiz, und infolge davon viel Schreiberei „mit allen Polizeiagenten von der Weichsel bis zum Ural." Eine solche Arbeit, so viel Geschäfte sie auch nach Bismarcks wiederholtem Zeugnis mit sich brachte, ließ sich auch durch untergeordnete Kräfte besorgen; Bismarck selbst hatte Zeit, sich der hohen Politik zu widmen, und diese war damals bewegt genug.

Am Neujahrstag 1859 hatte Napoleon III. zu dem österreichischen Gesandten in Paris, Baron Hübner, das Wort gesprochen: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie in der vergangenen Zeit; ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Empfindungen für ihn nicht verändert sind." Nach Hübners Tagebüchern sagte er diese Worte zu ihm mit leiser Stimme und ohne daß sie sofort als Anzeichen einer bedrohlichen Stimmung Aufsehen gemacht hätten; aber es wurde anders, als sie am 4. Januar im „Constitutionnel" gedruckt zu lesen standen. Napoleon hatte sich am 21. Juli 1858 mit dem Minister Viktor Emanuels II. von Sardinien, mit Graf Camillo Cavour (S. 54) in dem lothringischen Bade Plombières verständigt, daß er sich des in sieben Staaten (Sardinien, Österreichisch-Italien, Parma, Modena, Toskana, den Kirchenstaat, das Königreich beider Sizilien) zerrissenen Italien annehmen und Österreich, dessen Herrschaft in Venedig und Mailand jeder nationalen und liberalen Entwicklung der Halbinsel einen Riegel vorschob, mit Waffengewalt aus Italien verdrängen wolle; als Lohn sicherte ihm Cavour die Abtretung des Stammlandes des sardinischen Königshauses, Savoyens, und der Grafschaft Nizza zu, also zweier Provinzen von 10 800 und 3700 Quadratkilometern mit etwa 450 000 und 250 000 Einwohnern. Sofort nach dem Sturmsignal, das in Paris ergangen war, begann Sardinien zu rüsten; Österreich ward unruhig, fragte nach dem Grund dieser militärischen Maßnahmen und stellte schließlich am 23. April 1859 ein Ultimatum, wonach Sardinien entweder in drei Tagen sein Heer auf den Friedensfuß zurückführen oder des Krieges gewärtig sein sollte. Als Cavour am 26. April kalt antwortete, daß sein König die Zumutung ablehne und die

ganze Frage der Zukunft Italiens einem europäischen Kongreß vorbehalte, erfolgte die Kriegserklärung Österreichs und der Übergang seines italienischen Herres unter Feldzeugmeister Gyulay über den Tessin.

Diese Dinge erregten in Deutschland das Volksempfinden in seinen Tiefen. Seit dem unbefriedigenden Ausgang des langen Kampfes mit dem revolutionären Frankreich 1815, welcher trotz der zweimaligen Einnahme von Paris unsere Westgrenze schutzlos unter den Kanonen Straßburgs gelassen hatte, war die Überzeugung in Deutschland allgemein, daß Frankreich nicht bloß der Erbfeind sei, sondern daß es auch gefährlich geblieben sei, daß es das 1797—1814 von ihm besessene linke Rheinufer werde zurückerobern wollen und daß nichts anderes übrig bleibe, als mit ihm noch einmal die Schwerter zu kreuzen, im Falle des Sieges es hinter die Vogesen und die Mosel zurückzuwerfen und ihm Elsaß und Lothringen abzunehmen: erst dann werde der Welsche auf die Dauer gebändigt sein. Jetzt erhob Frankreich gegen einen Staat die Waffen, den man trotz seiner zu drei Vierteilen slawischen oder magyarischen Einwohnerschaft als einen wesentlich deutschen ansah, weil das Herrscherhaus deutscher Herkunft war und das deutsche Element damals noch in dem Völkergewirr der Donaumonarchie die beherrschende Stellung behauptete. Die religiösen Sympathien aller deutschen Katholiken mit ihren österreichischen Glaubensgenossen, die Stammesverwandtschaft im Süden, die politische Hinneigung aller Mittelstaaten zu Österreich, das nach ihrer Ansicht 1850 sie vor der Unterjochung durch Preußen bewahrt hatte, riefen eine leidenschaftliche Erhitzung der öffentlichen Meinung Deutschlands hervor; das Schlagwort kam auf, man müsse den Rhein am Po, beziehungsweise am Mincio verteidigen, und selbst die deutschen Liberalen, welche doch Österreich als den Hort aller Reaktion und alles Absolutismus fürchteten und haßten, konnten sich dieser Strömung nicht ganz entziehen. Auch in Preußen war sie mächtig; die konservative Partei und ihr Organ, die „Kreuzzeitung", sahen, wie oben erwähnt (S. 55) in Napoleon III. den Mann der Revolution, der man sich mit aller Kraft entgegenwerfen müsse, und der Prinzregent Wilhelm erinnerte sich seiner Jünglingsjahre, da er 1814 als noch nicht Siebzehnjähriger an der Seite der Russen und Österreicher in den Krieg nach Frankreich hinein geritten war, und sah es als selbstverständlich an, daß, wenn die Franzosen jetzt Österreich angriffen, sie es machen wollten wie 1805 und 1806, wo sie zuerst die Österreicher, dann die Preußen, jeden Teil einzeln, gepackt hatten.

Moltke, den der Prinzregent 1858 zum Generalstabschef gemacht hatte, war ganz dieser Ansicht; er sprach davon, daß Preußen Österreich beistehen müsse ohne allen Vorbehalt, ohne eine Gegenleistung zu fordern; denn es handle so nur in seinem eigensten Interesse. Das alles lief nun Bismarcks Standpunkt direkt zuwider. Ihm stand fest, daß die große und unausweichliche Aufgabe Preußens die Auseinandersetzung mit Österreich war; wenn er dieses 1850 nicht hatte als Ausland gelten lassen (S. 35), so legte er ihm nunmehr direkt diese Bezeichnung bei. Preußen mußte Raum haben, sich zu entwickeln, die deutschen Staaten eng mit sich zu verbinden, ob es nun Österreich lieb oder leid war; und deswegen hatte Preußen alles zu unterlassen, was den sicheren Gegner stärken, ihm selbst also die Erreichung seines Ziels erschweren mußte. Bismarck sah mit Zorn, daß die amtliche Politik seines Landes, auf welche er an seinem jetzigen Aufenthaltsort, in einer Art von Verbannung, keinen Einfluß hatte, jenen verkehrten Weg doch einzuschlagen im Begriff war und daß man dies mit der Erinnerung an den gemeinsamen Kampf gegen Frankreich 1813—15 zu begründen und aufzuputzen suchte. Am 8. Mai 1859 schrieb er grimmig an seinen Bruder, „er sei in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813er von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen." „Nachgemacht": also die Stimmung von 1859 erschien ihm als erschlichen und ertrogen durch Vorspiegelung einer Ähnlichkeit der Lage von 1813 mit der von 1859; und daß er hiemit ganz recht hatte, ergibt die bloße Gegenüberstellung der beiden Jahre mit ihrer so von Grund aus verschiedenen Lage: damals galt es ein unerträglich gewordenes, für Deutschland, Preußen, Österreich gleich verderbliches welsches Joch abzuschütteln; jetzt sollte das österreichische Joch, das bleiern auf Deutschland und Italien lastete, durch preußisches Blut befestigt werden. In einem oft, aber nicht immer sorgsam gedruckten Brief, den Bismarck am 12. Mai 1859 aus St. Petersburg an seinen Vorgesetzten, den auswärtigen Minister Freiherrn von Schleinitz richtete,*) beharrt er darauf, „daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden; daß die Mittelstaaten und Österreich ein gemeinsames Interesse haben, gegen Preußen zusammen zu halten, und jede Fortentwicklung seines Einflusses und seiner Macht

*) Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn von Schleinitz 1858—1861, Stuttgart 1905, S. 11—18.

nieder zu halten; daß also Preußen das bestehende Bundesverhältnis mit diesen Gegnern als ein Gebrechen betrachten muß, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen." „Wenn heute," so schließt der Brief, „lediglich der deutsche Bund aufgehoben würde, ohne etwas anderes an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältnisse hätten, wie Österreich vermöge der jetzt angefochtenen Verhältnisse sie zu den italienischen Herzogtümern hatte, so läge mutatis mutandis schon darin ein großer Fortschritt für uns." Und nun sollte Preußen, welches das ganze bestehende Verhältnis zu Österreich und dem Bund als einen schweren Schaden empfand, dazu beitragen, es zu befestigen! Glücklicherweise verhütete der Gang der Dinge selbst, daß es zu diesem Widersinn kam. Die Österreicher erlitten durch die Franzosen und Sardinier in der Lombardei bei Magenta und Solferino am 4. und 24. Juni zwei schwere Niederlagen; und als nun der Prinzregent von Preußen die Mobilisierung von sechs preußischen Armeekorps befahl und am 4. Juli beim Bundestag die Forderung stellte, daß ihm der Oberbefehl über die auch zu mobilisierenden vier Korps der andern deutschen Staaten übertragen werde, da erschraken sowohl Napoleon III. als Franz Joseph, der erste, weil es schien, daß er nun mit 400 000 Deutschen am Rhein zu kämpfen haben werde, der zweite, weil zu befürchten stand, daß Preußen bleibend die militärische Führung in Deutschland an sich reißen und Österreich daselbst überflügeln werde. Um diesen Gefahren vorzubeugen, schlossen die beiden Kaiser am 12. Juli den vorläufigen Frieden von Villafranca, kraft dessen Österreich die Lombardei an den König von Sardinien abtrat, Venetien aber behielt. Der Friede ward dann am 10. November in Zürich endgültig abgeschlossen, und damit entfielen auch für Deutschland und Preußen alle weiteren Maßregeln und Möglichkeiten. Für den Prinzregenten und die Masse der Preußen bedeutete das einen empfindlichen Fehlschlag, der noch dazu mit großen Kosten verbunden war; weder die Einheit Deutschlands noch Preußens Machtstellung hatten etwas gewonnen. Bismarck aber war erfreut, daß sein Land nicht dem Hauptgegner die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte; er sah in dem lahmen Ende einer sentimentalen Politik ein großes Glück für sein Land.

Persönlich hat er in dieser Zeit sehr viel Unliebsames erfahren. Nachdem er Anfang Juni 1859 einen Abstecher nach Moskau gemacht hatte, ging er, wie er in den Gedanken und Erinnerungen 1, 234 erzählt, nach anhaltendem Reiten in einer überheizten Petersburger Reitbahn ohne Pelz nach Hause, was Ende Juni in dem Klima von St. Petersburg mehr als gewagt war, und zog sich dadurch einen Rheumatismus zu, über den er auch in einem Brief an seine Schwester vom 29. Juni berichtet. Als dieser Anfall bis auf einen geringen Schmerz im linken Bein gewichen war, wollte Bismarck nach Deutschland reisen, um dort seinen Urlaub zu verbringen und seine Familie dann nach St. Petersburg mitzunehmen. Da ein Arzt Dr. Walz ihm sagte, der Schmerz im Bein könne unterwegs sich verschlimmern, und es für ratsam erklärte, vorzubeugen, gab sich Bismarck in seine Behandlung; der Arzt, dessen Unfähigkeit Bismarck erst zu spät erkannte, legte ihm ein Pflaster mit einer so ätzenden Salbe auf, daß eine Vene zerstört wurde und Bismarck im Juli erst recht krank nach Deutschland — zur See — reisen mußte; am 22. Juli traf er in Berlin ein. Der berühmte Chirurg Pirogow hatte sogar die Abnahme des Beins für rätlich gehalten! Durch die Bäder von Nauheim, auf welche ihn sein alter Frankfurter Arzt hinwies, hergestellt, begleitete Bismarck den Prinzregenten zu einer Zusammenkunft mit Zar Alexander II. (23. Oktober) nach Breslau, und trat endlich im November 1859 mit den Seinen die Reise nach St. Petersburg an. Aber unterwegs erkrankte er bei seinem Freunde, dem Herrn von Below auf Hohendorf in Preußen, sehr schwer, weil sich ein Blutgerinnsel in der zerstörten Vene losriß, in den Blutumlauf geriet und eine Lungenentzündung hervorrief; Bismarck litt unerträgliche Schmerzen und machte sein Testament. Die Kraft seiner Natur blieb indes siegreich, und zu Anfang März 1860 konnte er von Hohendorf nach Berlin zurückreisen, um seine Gesundheit herzustellen. Während er in Berlin war und an den Sitzungen des Herrenhauses teilnahm, wollten seine Freunde, der Kriegsminister Roon und der Chef des Militärkabinetts Edwin von Manteuffel, den Prinzregenten bestimmen, Bismarck an Schleinitz' Stelle das auswärtige Amt zu übertragen; aber da er eine scharfe Gegenüberstellung gegen Österreich und eine Annäherung an Frankreich vertrat, während der Prinzregent nach konservativer Schablone in Napoleon die Verkörperung der Revolution verabscheute, so unterblieb die Sache, und eine Begegnung Napoleons III. mit dem Regenten in Baden-Baden (17. Juni 1860) schwächte den Gegensatz beider nicht ab.

Ende Mai war Bismarck imstande, die ein halbes Jahr vorher unterbrochene Übersiedlung seines Haushalts nach St. Petersburg zu bewerkstelligen; am 5. Juni traf er dort ein, nach einer Abwesenheit von 10½ Monaten, und am 16. schrieb er an einen preußischen Diplomaten (vielleicht den Legationsrat von Wentzel in Frankfurt), daß es ihm und den Seinigen ziemlich gut gehe; ihm persönlich sogar besser als in Deutschland, und die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens — nach so langem Wohnen in Wirtshäusern — taten das ihrige zu seinem Wohlbehagen. Mit Spott und Grimm hörte er, daß seine politischen Gegner in Deutschland auch jetzt noch befürchteten, er könnte an Stelle des Herrn von Schleinitz Minister werden, und ihn als einen blinden Anhänger der Franzosen und Russen, ja als einen Bonapartisten verschrieen. „Gerade im nationalen Aufschwung hoffte ich Abwehr und Kraft zu finden; wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer." „Gelegentliche Andeutungen," schreibt er am 22. August 1860 aus Petersburg, „gelangen hierher, als würde von der Presse — Nationalverein, Magdeburger, Ostpreußische Zeitung und dergleichen — ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Borries *) sein u. dgl. Ich zahle demjenigen tausend Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß derartige russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes (im Sommer 1859) niemals etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift."

Einige Zeit nachher starb König Friedrich Wilhelm IV. in der Nacht vom 1. zum 2. Januar 1861, und der Prinzregent überkam dreiundsechzigjährig als Wilhelm I. selbst die preußische Krone. Bereits war das Werk im Gang, welches als das Lebenswerk des Königs gelten muß: das der Reorganisation des

*) Sprich: Borrjes, reaktionärer Minister in Hannover 1855—62, strammer Partikularist.

preußischen Heeres. Von 1814—59 waren die Grundlagen dieses Heeres nicht wesentlich verändert worden, als daß man nach 1831 die gesetzliche dreijährige Dienstzeit in der Linie tatsächlich auf zwei Jahre ermäßigt hatte. Die Bevölkerung Preußens war in den 45 Jahren von 10 Millionen auf über 18 angewachsen; gleichwohl wurden nach wie vor nur etwa 40 000 Rekruten jährlich ausgehoben, und etwa 30 000 kriegstüchtige junge Leute blieben ohne militärische Ausbildung. Die Folge war, daß bei Kriegsgefahr, wenn außer den drei Jahrgängen der Linie auch die zwei der Reserve und die sieben der Landwehr ersten Aufgebots aufgeboten wurden, ältere Jahrgänge meist verheirateter Männer dem Feind entgegen gesandt werden mußten, während jüngere, unverheiratete zu Hause sitzen blieben. Bei der Mobilmachung von 1859 waren in einer Landwehrkompagnie von 250 Mann 242 verheiratet gewesen. Welche Folgen für zahllose Familien mußten sich ergeben, wenn in einem Krieg solche Kompagnien hart mitgenommen wurden! Hier war eine Änderung dringend notwendig; das Heer mußte mit der Volksziffer in Einklang gebracht, also vergrößert, und es mußte verjüngt werden. Daher der Plan des Königs, unter Festhaltung der zwölfjährigen militärischen Verpflichtung alle tüchtigen jungen Leute von 20—23 Jahren drei Jahre in die Linie, alle von 24—27 Jahren vier Jahre in die Reserve, alle von 27—32 fünf Jahre in die Landwehr einzureihen. Da man jährlich unter Anrechnung der durch körperliche Fehler Abgängigen auf 63 000 durchaus tüchtige Rekruten zählen konnte und im Krieg nur Linie und Reserven sofort ausrücken sollten, so ergab sich ein Stand des Kriegsheeres von $7 \times 63\,000 = 441\,000$ Mann; mit andern Worten: elf Zwölftel derselben Zahl, welche man bisher unter Heranziehung der Landwehr erzielt hatte ($12 \times 40\,000 = 480\,000$), ergaben sich künftig bei der Reorganisation ohne Heranziehung der Landwehr. Diese, aus älteren und verheirateten Leuten bestehend, brauchte nur bei Bedrohung der Heimat einzugreifen; oder, wenn sie sofort aufgeboten ward, hatte Preußen etwa 300 000 Mann mehr zur Hand als bisher; es war erst dann in der Lage, von den tatsächlich vorhandenen Kräften auch wirklich für große politische Entscheidungen Gebrauch zu machen. Die Reorganisation war ein wohl durchdachtes, militärisch wie politisch äußerst bedeutungsvolles Werk, und vermöge der Durchführung der Gleichheit in Ableistung der Wehrpflicht eine echt demokratische, vermöge der Rücksicht auf Alter und Familienverhältnisse eine vom Geist der Billigkeit und Menschlichkeit getragene

Maßnahme; die Heranziehung der Männer von 32—39 Jahren, welche bisher noch gesetzlich möglich gewesen war, fiel völlig weg. Aus den neuen Truppen sollten 117 Bataillone und 72 Schwadronen gebildet werden; die jährlichen Mehrkosten hiefür wurden auf 9½ Millionen Taler (28½ Millionen Mark) geschätzt. Zur Vertretung der Reorganisation vor dem Landtag und zu ihrer Durchführung hatte der König noch als Regent im Dezember 1859 an Stelle des Kriegsministers von Bonin einen der bedeutendsten preußischen Generale aller Zeiten, Albrecht von Roon, berufen (1803 bis 1879), einen hochbegabten, wissenschaftlich von Grund aus durchgebildeten, zuverlässigen Mann, der politisch allerdings zu der äußersten Rechten zählte. Da das reorganisierte Heer ein Werkzeug aus einem Guß, die Landwehr mit der Linie fest zusammen geschlossen und das Ganze unbedingt in der Hand des Königs war, so hatte die Reorganisation auch politisch eine große Tragweite, welche sie freilich der demokratischen Partei nicht eben empfahl. Gerade gegen diese richtete sich aber Roons ganze Energie: er bestärkte den König in seiner Absicht, trotz der Verfassung den alten Huldigungseid von seinen Untertanen zu verlangen, und war sehr unglücklich, als der Widerstand des liberalen Ministeriums diesen Plan zum Scheitern brachte, der König sich mit der Krönung in Königsberg zu begnügen beschloß und die Umgestaltung des Ministeriums in ein rein konservatives unterblieb. Nur Herr von Schleinitz trat zurück und ward am 10. Oktober 1861 durch den Grafen Bernstorff ersetzt.

Bismarck begrüßte die Reorganisation des Heeres seinem ganzen Standpunkt nach mit Freuden; er hat, nachdem er am 9. Juli in Berlin eingetroffen war, im Juli 1861 in Baden-Baden, wo er Zeuge des verrückten Mordanschlags des Studenten Oskar Becker gegen seinen Monarchen (14. Juli) war, eine Denkschrift an den König*) gerichtet, deren Gedanken ohne ein reorganisiertes Heer nicht zu verwirklichen waren. Bismarck stellte darin fest, daß die heilige Allianz, welche Deutschland die Sicherheit und den Frieden verbürgte, unwiderruflich dahin ist, seit Rußland und Österreich entzweit sind. Deutschland ist auf sich selbst angewiesen, und hier hat Preußen mit seinen 18 Millionen Einwohnern tatsächlich die Last der Verteidigung eines Gebiets von 40 Millionen zu tragen, ohne daß es beim Bund ein stärkeres, seinen Leistungen entsprechendes Recht besitzt. Die unnatürliche

*) Abgedruckt von Horst Kohl im Bismarck-Jahrbuch 3, 193 = Bismarckbriefe 1836—72, von demselben, Bielefeld 1897, S. 216—222.

Mannigfaltigkeit seiner Landgrenzen und das maßlos gesteigerte Souveränitätsgefühl der Einzelstaaten, welche sich nichts auflegen lassen wollen, verschärfen die Lage. *Preußen muß also darnach streben, diese Lage zu verbessern*; als Mittel hiezu empfiehlt sich vielleicht *die Errichtung einer nationalen Vertretung des deutschen Volks beim Bund*, welche gegenüber den auseinander strebenden dynastischen Interessen ein Bindemittel und ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Diese Vertretung kann *durch Delegationen der Landtage* gewonnen werden — ob dieser Weg freilich ganz der richtige ist, bezweifelt Bismarck selbst, und es wird wohl Max Lenz *) recht haben, wenn er annimmt, daß Bismarck die direkte Wahl der Nationalvertretung nur deshalb nicht sofort vorschlug, weil dieser Weg dem König zu radikal scheinen mochte; es galt, ihn erst für die Idee der Volksvertretung im Grundsatz zu gewinnen; dann konnte später die beste Art, sie zu schaffen, leichter durchgesetzt werden. Die Wirksamkeit dieser Vertretung dachte sich Bismarck nicht nach dem Vorgang des Frankfurter Parlaments, das sich konstituierend nannte und in allen Dingen schlechthin maßgebend für die Einzelstaaten sein wollte; er wollte seinem Parlament nur die Gesetzgebung über das Heer, das Zoll- und Handelswesen zuweisen; er nannte es geradezu „Zollparlament"; sonst sollte die Regierungsgewalt im Innern jedem Staat unverkümmert bleiben. Er wollte auch *keine Zentralgewalt über den Regierungen* schaffen, sondern eine *aus den Regierungen* selbst hervorgehende, der die Nationalvertretung als Hilfe und Stütze nach außen und innen zur Seite treten sollte. *Österreich kann an diesem neuen Deutschland nicht teilnehmen*, selbst wenn zwischen seinen deutschen und seinen nichtdeutschen Landschaften bloße Personalunion (und nicht das Band des Einheitsstaates) bestünde. Auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege werden diese Änderungen nicht wohl durchzusetzen sein; Bismarck sagt nicht mit dürren Worten, daß dazu Gewalt notwendig sein wird; er denkt es gewiß, aber er will den König nicht abschrecken und weist auf den Weg von Verhandlungen hin, welche aber mit der bestimmten Erklärung zu eröffnen sind, daß die Dinge so, wie sie jetzt sind, nicht bleiben können, daß, wenn die Verbündeten nicht zustimmen, Preußen ihre Sinnesänderung von der Zeit erwarten und einstweilen *in freiwilligen Vereinbarungen*

*) Bismarck, Seite 129.

neben dem Bund einen Ersatz für die fehlenden Bundeseinrichtungen suchen werde. Was er damit meinte, spricht er am Ende der Denkschrift und in einem Brief an Herrn von Below-Hohendorf vom 18. September 1861 aus. Im Jahr 1860 hatte Herzog Ernst von Koburg-Gotha einen Militärvertrag mit Preußen abgeschlossen, kraft dessen sein kleines Heer einfach ein Bestandteil des preußischen Heeres wurde; freiwillig hatte der deutschpatriotische Kleinfürst auf seine hohle Souveränität zum Wohl des Ganzen verzichtet. Man könnte, schließt Bismarck, eine Anzeige dieses Militärvertrags bei den anderen Regierungen zweckmäßig als Anknüpfungspunkt für die ganze Erörterung benützen und den Bundesgenossen in überzeugender Weise dartun, daß Preußen weder eigennützige Zwecke, noch rechts- und geschichtswidrige Umgestaltungen erstrebt, sondern daß es in der Befestigung der Wehrkraft des Bundes nur die Mittel sucht, in Treue für die Rechte der Bundesgenossen den gesamten Rechtsbestand der deutschen Staaten gegen äußere Gefahren wirksamer zu schützen. Dadurch kann auch im Volk der entmutigenden Besorgnis entgegen getreten werden, als fände Preußen den Gang der deutschen Entwicklung mit dem heutigen Bundestag abgeschlossen und strebe nicht ernstlich nach dessen fortschreitender Reform. Man fühlt überall den tiefen Unmut über die jetzigen Zustände, welche für Preußen und für Deutschland gleich unwürdig und gefährlich sind; im Innern Bismarcks kocht es; aber er fühlt, daß er dem alternden und vor Gewalt gegen angebliche Bundesgenossen noch zurückschreckenden König nicht sofort mit den äußersten Ratschlägen kommen darf, wenn er nicht gleich an der Schwelle zurückgewiesen werden will. Mag der König erst sein Heil in gütlichem Zureden und Verhandeln versuchen; stößt er auf eigensinnigen und engherzigen Widerstand, so wird seine Geduld schon reißen und er wird mit dem Schwert fordern, was das Wort nicht erreichen kann. Bismarcks innerste Empfindungen aber brechen in jenem Brief an von Below vom 18. September 1861 hervor; er schreibt da im Gegensatz gegen das konservative Programm, welches den Ausdruck von „der Solidarität der konservativen Interessen“ enthielt: ein solches System sei gefährlich, solange es nur von Preußen, nicht auch von den andern Ländern befolgt werde; es werde zur Donquixoterie und schwäche den König ab für die Durchführung seiner eigensten Aufgabe, Preußen gegen Unrecht zu schützen. „Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundes-

verhältnis als Piedestal benützen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen... Wir haben Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir aber die notwendige Änderung auf rechtmäßigem Weg offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so notwendig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament,*) so zimperlich zurückschrecken... Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten."

Man erstaunt, wenn man alle diese Darlegungen durchdenkt. Aus ihnen spricht die feste Entschlossenheit, den jetzigen Zustand nicht länger zu dulden; er ist gutenteils dadurch verschuldet, daß die deutschen Fürsten, welche einst Untergebene des Kaisers waren und im Fall von Pflichtversäumnis der Absetzung unterlagen, wider das Recht und die Geschichte der Nation sich in den Wahn hineingesteigert haben, als hätten sie ein Recht auf eine Souveränetät, welche ihnen erst zuwuchs, als das Reich zerfiel und welche sie am letzten Ende Napoleon I. verdankten; dieser aber ging bei seiner Politik wahrlich nicht darauf aus, Deutschland zu stärken, sondern es zu zerrütten. Vor dieser Souveränetät hat Bismarck keinerlei Achtung; sie unter den Schutz des konservativen Prinzips zu stellen, erscheint ihm als Torheit. Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo — er weiß, daß der Trotz der Fürsten gebändigt werden kann durch die Hilfe der Nation, welche er deshalb aus dem Zustand der Unmündigkeit und Machtlosigkeit erlösen will, indem er

*) Im Bunde: also für den deutschen Bund, mit politischen Befugnissen. Im Zollverein (der neben dem Bund bestand): also nur mit Zollbefugnissen. Sollte nicht „Zollvereinsparlament" zu lesen sein? Das „und" ist sinnlos.

ihr ein Sprachrohr, ein Parlament, gewährt. Aber immer bleibt sein Blick auf das Notwendige und Erreichbare gerichtet: die Zentralgewalt, welche er an die Stelle des unfruchtbaren Bundestages setzen will, soll nicht über den Einzelstaaten sich erheben, so daß zwischen ihr und ihnen Gegensatz und Kampf die Lösung wäre, sondern sie soll aus ihnen selbst hervorgehen; was der einzelne Fürst auf dem Altar des Vaterlandes opfert, soll er sozusagen wiederfinden, indem er an der Zentralgewalt Teil hat. Es sind die Grundlinien des späteren deutschen Reiches, welche uns schon jetzt in voller Klarheit bei Bismarck entgegentreten. Indem er anfängt, ist er schon der Meister; er wird sich entwickeln; aber es ist nur ein Umsetzen dessen in die Tat, was schon fertig als Gedanke in ihm vorhanden ist.

Von Baden aus begab sich Bismarck nach seinem Gute bei Reinfeld in Pommern (südlich von Schievelbein) und nach dem Seebad Stolpmünde. In dieser Zeit verlor seine Schwester Malwine, die an Oskar von Arnim verheiratet war, einen hoffnungsvollen Sohn von fünfzehn Jahren, der auf der Jagd durch einen Unfall getötet wurde. In einem ergreifenden Brief aus Reinfeld vom 16. August 1861, einem der schönsten, die er geschrieben hat, deutet Bismarck den Sinn solcher Heimsuchungen dahin: „Wir sollen uns an diese Welt nicht hängen, noch in ihr heimisch werden. Es wäre das Anziehen und Ausziehen nicht wert, wenn es damit vorbei wäre.“ Er versteht den heißen, scharfen Schmerz, der die Herzen der Eltern durchdringt, und er will ihnen nicht mit schwachen Trostgründen lästig werden; aber er mahnt sie, den gerechten Schmerz nicht mit Bitterkeit und Murren zu mischen, sondern daran zu denken, daß sie das geliebte Kind fünfzehn Jahre besessen haben und sich als Gesegnete betrachten müssen im Vergleich mit den vielen, welche Elternfreuden nicht gekannt haben. Alles tief und fromm empfunden; kein Pfarrer könnte etwas Besseres sagen, und keine Worte bloßen, angeblich religiösen, Geschwätzes.

Am 18. Oktober 1861 war Bismarck bei der Krönung in Königsberg, wo der König seine Krone vom Altar nahm und sie sich selbst aufs Haupt setzte, um zu zeigen, daß er sie von niemand habe als von Gott und nur ihm verantwortlich sei: was seiner tiefsten Überzeugung entsprang und die geheimste Kraft seines langen und tatenreichen Lebens gewesen ist. Der Regen königlicher Gnadenerweisungen, der an diesem Tage niederging, brachte Bismarck den Rang eines wirklichen ge-

heimen Rats und den Titel Exzellenz. Von Königsberg reiſte er ſofort nach St. Petersburg und blieb hier noch ein volles halbes Jahr, mit dem alten Behagen an den dortigen Verhältniſſen, vom Kaiſer ſo ausgezeichnet, daß dieſer in ſeiner Gegenwart die Zigarre nicht weglegte, an Schlittenfahrten und Bärenjagden ſich erfreuend; er zog ſich einmal einen jungen Bären auf, „der den Tod ſeiner Mutter geſtern durch einen Biß in meinen Finger gerächt hat;“ er hätte am liebſten die pommeriſchen Wälder „mit dieſer ebenſo unſchädlichen als intereſſanten Wildgattung“ bevölkert. Den Dingen in der Heimat folgte er mit geſpanntem Intereſſe; die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, deſſen Friſt abgelaufen war, ergaben im Dezember 1861 ein ſtarkes Anwachſen der neu gebildeten „Fortſchrittspartei“, und als das Haus eine größere Spezialiſierung des Staatshaushalts verlangte und ſich der Heeresorganiſation abgeneigt zeigte, ward es am 11. März 1862 ſofort wieder aufgelöſt und das ſeit 1858 beſtehende liberale Miniſterium „der neuen Ära“ am 18. März entlaſſen. Roon und der Finanzminiſter von der Heydt, ein altliberaler rheiniſcher Großinduſtrieller, waren die Seele des neuen, ſonſt aus lauter ſtramm konſervativen Männern (von Jagow, Itzenplitz, Graf zur Lippe) beſtehenden Miniſteriums, und Roon bezeichnete den Umſchwung mit den Worten, daß es nun mit dem Buhlen und Kokettieren mit der ſogenannten öffentlichen Meinung vorbei ſei; in Preußen beſtehe nicht ein Scheinkönigtum wie das Louis Philipps, ſondern ein echtes Königtum von Gottes Gnaden — das, ſo war ſein Sinn, nicht von dem Parlament geſchoben wird, ſondern ſelber dem Staatsſchiff den Kurs anweiſt. Graf Bernſtorff blieb als Miniſter des Auswärtigen, aber nicht ſowohl aus eigenem Wollen, als weil der König es wünſchte; ſeine Tage waren gezählt; die Stunde, da man Bismarck brauchte, rückte immer näher. Vorerſt rief man ihn aus St. Petersburg ab, wohin im März der bisherige Geſandte bei der hohen Pforte, von der Goltz, ernannt wurde. Bernſtorff befahl Bismarck, raſch nach Berlin zu kommen, und in aller Eile mußte dieſer packen und zweihundert Abſchiedsbeſuche machen; anfangs Mai 1862 verließ er die ruſſiſche Hauptſtadt, wo er mehr als drei Jahre beglaubigt geweſen war und zweiundzwanzig Monate zugebracht hatte.

Der St. Petersburger Aufenthalt war ſowohl für Bismarck als für Preußen von großer Wichtigkeit. Für ihn ſelbſt war es ſpäter von hohem Wert, daß er einen der wichtigſten Schauplätze der europäiſchen Diplomatie gründlich kennen lernte, daß er vor allem

dem Zar Alexander II. selbst und seinem auswärtigen Minister Fürsten Gortschakow näher trat. Er fand an dem Zaren einen ehrlichen, edlen und uneigennützigen Sinn, eine gewisse Neigung zur Weichheit und Rührsamkeit, eine von Formalitäten freie liebenswürdige Art, wenig Neigung für tieferes Eingehen auf auswärtige Dinge, mehr Interesse für militärische und innere Angelegenheiten, und nahm wahr, daß er in der Frage liberaler Staatseinrichtungen von seinen Ratgebern nach wohlkombinierten Plänen auf Wegen geleitet wurde, die nicht dahin führten, wo er selbst anzukommen wünschte (s. Bismarcks Briefwechsel mit Freiherrn von Schleinitz, 1905, S. 68. 72. 135. 138. 141. 156. 185). Gortschakow, sein „ministerieller Freund," war nach Bismarcks Urteil an sich mitteilsam, so daß er in auswärtigen Dingen seine Ansichten durch selbstgeschriebene Zeitungsartikel (für den Brüsseler „Nord") urbi et orbi kundgab. Über französische Dinge war er zurückhaltend, vielleicht weil er nichts über sie wußte. Die Aussicht, vor russischen Notabeln glänzende Staatsreden halten zu können, welche von der Welt bewundert werden würden, begeisterte ihn für die Pläne einer russischen Verfassung. Dilettantische Urteile über Österreichs bevorstehende Auflösung lehnte er als Mann vom Fach ab. Die russischen Fasten beobachtete er mit äußerster Strenge, so daß er alles vom lebenden Tiere, Fische und mit Tierkohle geläuterten Zucker in dieser Zeit verschmähte und körperlich ganz erschöpft wurde. Er war der Mittelpunkt aller auswärtigen Geschäfte, vielseitig, in Geldsachen unbestechlich, hervorragend befähigt und arbeitskräftig (s. ebenda S. 115. 151. 157. 158. 159. 166. 174. 178. 185). Vor allem war Bismarck auch Gelegenheit gegeben, die polnischen Bestrebungen und das Verhalten der Russen dazu zu studieren; er sah mit Staunen, daß die Nationalitätsschwärmer unter den Russen geneigt waren, das eigentliche Polen mit seinen drei Millionen Seelen sich selbständig organisieren zu lassen und dafür vielleicht von Österreich den ruthenischen Teil Galiziens einzutauschen; der Zar berief auch polnische Notable und zeigte den Polen bei bäuerlicher Widersetzlichkeit eine Nachgiebigkeit, welche er seinen eigenen russischen Bauern nicht bewies (ebenda S. 117. 156 f. 163. 168). Für Preußen hatte Bismarcks russische Periode den großen Wert, daß der Zar in Bismarck einen aufrichtigen Freund des guten Einvernehmens zwischen St. Petersburg und Berlin und einen Gegner Österreichs kennen lernte; das Zutrauen zur preußischen Politik, welche im Krimkrieg schwankend gewesen war, empfing eine bedeutsame Stärkung, und Bismarck sammelte in

dieſen Jahren ein Kapital von politiſchem Kredit an, das ſpäter reiche Zinſen tragen ſollte.

Nach der Eile, mit welcher Bismarck nach Berlin beſchieden wurde, hätte man annehmen müſſen, daß ihm dort eine wichtige Rolle zugedacht war; und an Anlaß, ſich ſeiner zu bedienen, fehlte es nicht. Die Neuwahlen zur Kammer hatten jenen großen Sieg der Fortſchrittspartei gebracht, wodurch die vorher ſchon geſpannte Lage ſehr verſchärft wurde; es galt entweder gegen die Kammer anzugehen oder vor ihr die Segel zu ſtreichen; mit dem Lawieren hatte es ein Ende. Zweitens hatte Bernſtorff am 29. März 1862 einen freihändleriſchen Handelsvertrag mit Frankreich abgeſchloſſen, der, da Preußen ein Glied des Zollvereins war, an dieſen gebracht werden mußte; Öſterreich ſah aber in dieſem Vertrag eine Verletzung des durch Vertrag vom 19. Februar 1853 zwiſchen ihm und dem Zollverein begründeten Verhältniſſes (S. 45) und den Anfang vom Ende der Handelsbeziehungen zwiſchen ihm und dem Zollverein; deshalb proteſtierte der Miniſter des Auswärtigen, Graf Rechberg, am 7. Mai gegen die Annahme des Handelsvertrags, der aber am 2. Auguſt von Bernſtorff unterzeichnet ward. Während in Sachſen Regierung und Kammer einmütig ihm zuſtimmten und der preußiſche Landtag dasſelbe tat, ſchloß ſich der ſchutzzöllneriſche Süden dem Widerſtand Öſterreichs an. Drittens hatte der Kurfürſt Friedrich Wilhelm von Heſſen 1860 ſeinem Land ſtatt der liberalen Verfaſſung von 1831 eine reaktionäre Verfaſſung gegeben, und als die Kammer dagegen proteſtierte, löſte er ſie am 8. Januar 1862 auf und verlangte, daß jeder Staatsbürger, welcher zum Landtag wählen wolle, dieſe neue Verfaſſung anerkennen müſſe. Den Bürgern, welche dem Kurfürſten nun die Steuern verweigerten, wurden durch Militärſchloſſer die Schränke erbrochen und aus dieſen das ſchuldige Geld entnommen, oder es wurden ihnen Hausgerätſchaften, Kleider und Waren gepfändet. Eine ſolche Willkürherrſchaft war ſelbſt in dem reaktionären Deutſchland nach 1848 unerhört geweſen; niemand wollte die Verantwortung dafür mit übernehmen. Öſterreich und Preußen beantragten am 8. März, daß der Bundestag den Kurfürſten zur Herſtellung der Verfaſſung von 1831 auffordern ſolle, und der Bundestag nahm dieſen Antrag am 24. Mai 1862 mit allen Stimmen gegen die Mecklenburgs und Holſteins an. Hierauf erklärte der Kurfürſt am 22. Juni in der Tat die Verfaſſung für hergeſtellt, nicht ohne daß Preußen gedroht hatte, zur Ahndung beleidigenden Benehmens des Kurfürſten gegen den preußiſchen Geſandten General von Williſen zwei Armeekorps

auf Kriegsfuß gegen Hessen zu stellen; jetzt erhielten die bis an die kurhessische Grenze vorgerückten Regimenter Befehl zum Rückmarsch. Viertens hatte der Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha am 31. Oktober 1861 beim Bundestag die Bildung einer wirksamen deutschen Zentralgewalt und einer Nationalvertretung angeregt, wodurch ein einheitliches Heer, eine einheitliche Flotte, eine einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gewährleistet werden sollten, und am 13. Dezember 1861 hatte der badische Ministerpräsident Freiherr von Roggenbach in der Kammer zu Karlsruhe sich in ähnlicher Weise ausgesprochen; es gehe nicht an, daß diese höchsten Fragen immer nur in Vereinen und auf der Straße, in den Herzen und Köpfen aller, niemals aber in ernster geschäftlicher Weise betrieben würden. In allen diesen Fragen hatte Graf Bernstorff sich weit rühriger und tätiger als sein Vorgänger von Schleinitz gezeigt; besonders in der deutschen Frage trat er viel fester auf und bezeichnete die Schaffung eines engeren Bundes ohne Österreich mit einem Parlament als Preußens Ziel; auch schreckte er vor einem Einvernehmen mit Frankreich und vor der Anerkennung des Königreichs Italien nicht zurück, das von den Stockkonservativen als eine Ausgeburt der Revolution verabscheut wurde. Aber Bernstorff fehlte doch die eiserne Festigkeit, welche von der schwierigen Lage erfordert wurde, und die notwendige souveräne Erhebung über die inneren Gegensätze, welche Preußen zerklüfteten; er war persönlich ein Konservativer, der es mit seiner Partei hielt, und doch zwang ihn die politische Lage, in der sich Preußen befand, nach außen als Vorkämpfer liberaler, ja selbst sogenannter revolutionärer Grundsätze aufzutreten. So ward ihm selbst seine Stellung unbehaglich, und er dachte noch vor Ablauf eines Jahres daran, sich wieder auf einen Gesandtschaftsposten zurückzuziehen. Für diesen Fall war Bismarck sein gegebener Nachfolger im auswärtigen Amt; es wurde jetzt auch sehr ernsthaft über die Sache mit Bismarck verhandelt, auch seitens des Königs selbst; es kam auch schon die Übertragung des Ministerpräsidiums an Bismarck in Frage. Aber nach wie vor schreckte Wilhelm I. davor zurück, einen Mann an die Spitze des Auswärtigen und gar der ganzen Regierung zu stellen, der die Reform der deutschen Bundesverfassung rücksichtslos gegen Österreich und unter Nichtachtung des „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten“ durchsetzen wollte. „Wenn Sie Krieg mit Hessen wollen,“ sagte Bismarck am 15. Mai 1862 zu Bernstorff, „so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; ich mache mich anheischig, in vier Wochen einen inneren Krieg erster

Qualität zu entfesseln." Als Bismarck sah, daß der König zu keinem Ja kommen konnte, erklärte er dem Grafen, er solle ihm, der nun vier Wochen zwischen Tür und Angel stand und im Gasthof lebte, einen Posten geben oder seine Entlassung annehmen. Jetzt sich von Bismarck trennen, wo nur noch die Konservativen die königliche Regierung im Kampf um die Heeresreorganisation unterstützten, hätte geheißen die einzigen Freunde verletzen, die man noch hatte; Bernstorff erwirkte also am 22. Mai die Ernennung Bismarcks zum Botschafter in Paris, wo Graf Pourtalès vor kurzem gestorben war.

Bismarck reiste sofort auf seinen neuen Posten ab, allerdings mit dem Gefühl, daß es voraussichtlich nicht auf lange Zeit sein werde, und traf am 29. Mai 1862 in Paris ein, wo er in der Rue de Lille, in einem von Vizekönig Eugen Beauharnais erbauten weitläufigen Hause, „wie eine Ratte in einer leeren Scheune," Wohnung nahm. Am 1. Juni ward er von Napoleon III. empfangen, ohne daß dabei mehr als die gewöhnlichen Redewendungen ausgetauscht wurden. Dagegen hatte er am 26. Juni in Fontainebleau, wohin der Kaiser ihn einlud, eine lange Unterredung mit diesem, wobei Napoleon III. ihn direkt fragte, ob der König wohl geneigt wäre, eine Allianz mit ihm abzuschließen? Sein Gedanke ging auf eine „diplomatische Allianz", in der man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annehme und für schwierige Lagen auf einander rechnen lerne; also auf das, was man heute eine entente cordiale, ein herzliches Einvernehmen, zu nennen sich gewöhnt hat. Bismarck, der die Stimmung seines Königs sehr wohl kannte, antwortete, daß der König für den Kaiser die freundschaftlichsten Gesinnungen hege, daß aber zu einem Bündnis doch ein Beweggrund, ein bestimmter Zweck gehöre. Im Verlauf des Gesprächs sagte der Kaiser, daß in Österreich über Bismarcks Ernennung nach Paris und das gleichzeitige Eintreffen des russischen Gesandten Barons von Budberg daselbst ein panischer Schrecken entstanden zu sein scheine und der österreichische Gesandte, Fürst Metternich, im Auftrag seiner Regierung ihm mitgeteilt habe, daß er unbegrenzte Vollmachten habe, sich mit Frankreich über alle und jede Frage zu verständigen, die der Kaiser anregen werde. Bismarck zog aus der einigermaßen unvorsichtigen Mitteilung Napoelons den Schluß, daß es nur an Frankreich, nicht an Österreich lag, wenn nicht schon ein französisch-österreichisches Bündnis gegen Preußen zustande gekommen war; er hielt Österreich für fähig, Venetien oder das linke Rheinufer zu opfern, wenn dafür auf dem rechten eine Bundesverfassung mit ge-

sichertem Übergewicht Österreichs über Preußen zu erkaufen sei. Der Kaiser äußerte, er habe eine fast abergläubische Abneigung dagegen, sich mit dem Geschicke Österreichs zu verflechten, das nach seiner ganzen Zusammensetzung dem von Napoleon III. vertretenen Nationalitätsprinzip todfeindlich gegenüber stehen mußte.

Bismarck benützte die Gelegenheit, in Paris alle bedeutenden Persönlichkeiten kennen zu lernen und sich über die vorhandenen Bestrebungen zu unterrichten. Er nahm wahr, daß es dreierlei politische Richtungen gab, die amtliche, die vor dem Senat und dem gesetzgebenden Körper vertreten wurde; die persönliche des Kaisers, die durch geheime Botschaften und Intriguen sich betätigte, und die der Kaiserin, die „katholisch, konservativ, papistisch, selbst österreichisch war" und auf enges Zusammengehen der katholischen Mächte — Frankreich, Österreich, Spanien — abzielte. Er besuchte den Minister des Auswärtigen Thouvenel und den des Innern Persigny, welcher Anlaß nahm, ihm zu raten, daß der König Wilhelm sich durch das Schicksal Ludwigs XVI., Karls X. und Ludwig Philipps warnen lasse, niemals seinen Degen ablege und lieber die Kammer dreimal auflöse, als sich vor ihr zurückzuziehen. Schon in den vierziger Jahren hatte Bismarck einmal die Bekanntschaft von Thiers gemacht; jetzt nahm er keinen Anstand, den Salon dieses Führers der Opposition aufzusuchen, und nach einem allerdings von dritter Hand stammenden Bericht machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube und entwickelte mit aller Kaltblütigkeit seinen Plan, Deutschland umzugestalten. Ebenso offen verfuhr er auf einem gelegentlichen Abstecher nach London, wo er die Weltausstellung besuchte und dem Toryführer Disraëli erklärte, er werde demnächst ans Ruder kommen und dann den Krieg an Österreich erklären, den deutschen Bund auflösen und Deutschland unter Preußens Führung einigen. „Geben Sie auf diesen Menschen acht," sagte Disraëli zu dem sächsischen Gesandten Vitzthum von Eckstädt; „er führt das im Schilde, wovon er spricht." Inzwischen dauerte die Ungewißheit in Berlin beständig fort; Roon lag dem König immer an, daß er Bismarck das Ministerpräsidium übertragen solle; auf ein Ministerium ohne bestimmten Auftrag, wobei er wesentlich als parlamentarischer Sprechminister hätte dienen sollen, wollte sich Bismarck nicht einlassen, und was das Auswärtige anbetraf, so wollte weder der immer schwankende Bernstorff sich zum Rücktritt entschließen, noch der König ihn dazu drängen — schon um nicht für Bismarck sich entscheiden zu müssen. Er empfand, daß Bismarck berufen hieß, sich auf seine Politik verpflichten; immer noch konnte er sich dazu

nicht aufraffen. So nahm Bismarck am 25. Juli einen sechswöchigen Urlaub, um in den Süden von Frankreich zu reisen, wobei er auch nach dem spanischen San Sebastian gelangte, und die Bäder von Biarritz zu gebrauchen; wir verdanken dieser Reise eine Anzahl meisterhafter, in ihrer Ursprünglichkeit und Frische unvergleichlicher Briefe an seine Gattin, worin er die Reize jenes Landstrichs und das Badeleben mit den Orlows unübertrefflich schildert. Aber trotz des vielen Schönen, das er sah und genoß, „kam er sich doch wie ein Verbannter vor, und war mit seinen Gedanken mehr am pommerischen Fluß Kamenz, als am Adour;“ „ich habe ein schlechtes Gewissen, daß ich so vieles Schöne ohne Dich sehe“ (Brief vom 29. Juli aus Bayonne, und vom 4. August aus Biarritz). Von Biarritz reiste er über Toulouse, Montpellier und Avignon nach Paris, höchst mißvergnügt, daß er immer noch nicht wußte, ob er den Winter über in Paris zu bleiben habe, in welchem Falle er seine Familie dorthin nachkommen lassen wollte; der bisherige Zustand, wo „ich meine Familie in Hinterpommern, meine Möbel in St. Petersburg, meine Wagen in Stettin, meine Pferde in Schönhausen habe und ich selbst nicht weiß, wo ich diesen Winter mein Haupt hinlegen soll,“ war ihm unleidlich. Da erhielt er am 18. September in Paris ein Telegramm von Roon: „Periculum in mora. Dépêchez-vous,“ aus dem er entnahm, daß — wie ihm von Roon schon nach Avignon telegraphiert worden war — „die Birne reif sei“ und er jetzt ungesäumt nach Berlin sich aufmachen solle. Der Augenblick, wo er von der Peripherie ins Zentrum vorrückte, von der zweiten Stellung in die erste übergehen sollte, war gekommen.

Drittes Buch.

Bismarck als preußiſcher Miniſter-präſident und Bundeskanzler.

Erſtes Kapitel.

Miniſterpräſidium. Militärkonflikt. Konvention Alvensleben. Öſterreichiſcher Reformentwurf.

Wie war es gekommen, daß die ſo lange verzögerte Entſcheidung nun endlich herannahte? Das Abgeordnetenhaus ſtellte ſich mit Nachdruck auf den Standpunkt, daß Preußen ein Rechtsſtaat und kein Militärſtaat ſei; es beſtand alſo darauf, daß auch das Militärweſen ſtreng unter die Vorſchriften der Verfaſſung falle und kein Soldat in der Front ſtehen dürfe, für den das Geld nicht ordnungsgemäß bewilligt ſei. Durch die Verfaſſung war das Recht des abſoluten Königs, die Heeresſtärke beliebig zu beſtimmen, gefallen, und im Fall der äußerſten Anſpannung des Prinzips konnte das Parlament die Heergewalt des Königs völlig matt ſetzen. Eben daran, daß auch für das Heer die parlamentariſche Genehmigung nötig ſei, ſollte ſich nun erproben, ob das Parlament etwas bedeutete oder ob es nur ein Scheinweſen war. Am 11. September 1862 begann die entſcheidende Beratung des Militäretats, der bisher immer wieder, aber immer nur vorläufig, bewilligt worden war. Die Fortſchrittspartei, ein ſtarkes Drittel des Hauſes, neigte zur gänzlichen Ablehnung der Reorganiſation und zur Rückkehr zu dem Zuſtand von 1860; nur unter einer Bedingung wollte ſie die Reorganiſation annehmen, wenn nämlich die zweijährige Dienſtzeit wieder — und zwar geſetzlich — eingeführt werde. Dann werde es auch möglich ſein, ohne Mehrkoſten nicht bloß 63 000, ſondern ſogar 80 000 Rekruten jährlich einzuſtellen und ſo Preußens Wehrkraft um ein volles Viertel zu erhöhen. Es war umſonſt, daß die Regierung durch äußerſte Einſchränkung die Koſten um vier Millionen Taler verringert hatte; das Parlament wollte nicht bloß Gelderſparnis, ſondern prinzipielle Nachgiebigkeit. Am 17. September erklärte ſich Roon bereit, die Frage der zweijährigen Dienſtzeit zu überlegen; es verdient bemerkt zu werden, daß er zu dieſem, wie er ſchreibt, „ſchwächlichen Verſöhnungsverſuch“ durch die Mehrheit des Miniſteriums gedrängt wurde, namentlich durch Schleinitz (als Miniſter des königlichen Hauſes), Bernſtorff und von der Heydt. Er ſelbſt war dagegen, weil er an einem Auskommen mit dieſem Abgeordnetenhaus doch verzweifelte und es alſo für unnütz hielt,

ihm Zugeſtändniſſe zu machen; vor dem offenen Konflikt mit dem Parlament aber, welcher Preußens Anſehen ſehr ſchaden und ſeine Kräfte zerrütten mußte, ſchreckte er doch zurück. An ſich war die zweijährige Dienſtzeit zu ertragen, wenn man das Ausbildungsperſonal verſtärkte, wenn man namentlich tüchtige „Kapitulanten“ (welche gegen gewiſſe Vorteile als Unteroffiziere weiter dienten) zu finden vermochte; Bismarck ſelbſt teilte dieſe Anſicht, welche ja auch 1893 im Deutſchen Reich obgeſiegt hat. Aber der König und der Chef des Generalſtabs, Moltke, waren der Meinung, daß ohne dreijährige Anweſenheit unter der Fahne tüchtige Soldaten, welche auch unter ſchwierigen Umſtänden Probe hielten, nicht zu gewinnen ſeien; der Verſöhnungsverſuch ſchlug alſo fehl, und nun ließ Roon am 18. September jene Depeſche an Bismarck abgehen.

Die Verhandlungen in der Kammer nahmen einen ſolchen Verlauf, daß der König zweifellos bald vor die Wahl geſtellt wurde, entweder die Reorganiſation zurückzuziehen oder ſie ohne parlamentariſche Bewilligung aufrecht zu halten; das zweite aber war offener Rechtsbruch, was auch Roon ſelbſt nicht beſtritten hat. Die Mehrheit der Miniſter war gegen einen ſolchen Konflikt; Bernſtorff und von der Heydt erklärten, daß ſie, wenn nicht ein Einvernehmen mit der Kammer durch Annahme der zweijährigen Dienſtzeit erzielt werde, ihre Entlaſſung erbitten müßten; wahrſcheinlich war es, daß auch andere Miniſter dasſelbe tun würden. Der König war aufs tiefſte bekümmert; er faßte jetzt den Entſchluß ins Auge, abzudanken und legte ſeinem Sohn Friedrich Wilhelm, den er am 18. September aus dem thüringiſchen Luſtſchloß Herzog Ernſts, Reinhardsbrunn, herbeigerufen hatte, die Abdankungsurkunde — noch ohne ſeine Unterſchrift — vor. Der Kronprinz weigerte ſich aber, das Schriftſtück auch nur zu leſen; er wollte die Krone unter dieſen Umſtänden nicht annehmen, da er erſtens ſelbſt für die dreijährige Dienſtpflicht war, zweitens ſeine Regierung nicht mit einem Rückzug vor dem Parlament — vollends in einer ſo hochwichtigen Sache — beginnen wollte, drittens die Gegenſätze durch den von der Kammer ertrotzten Verzicht des Königs nur noch verſchärft worden wären und die Konſervativen in dieſem Kampfe notgedrungen den Vater gegen den zu liberalen Anſichten ſehr hinneigenden, Preußens Wehrkraft vernachläſſigenden Sohn ausgeſpielt hätten. Viertens widerſprach es des Kronprinzen kindlichem Gefühl, des Vaters Bedrängnis gewiſſermaßen zur Gewinnung der Krone auszunutzen, für welche der Vater an ſich Kraft und Fähigkeit noch übergenug beſaß. Eine Unterredung des Kronprinzen mit Bismarck am 20. September,

über die nichts weiter bekannt iſt, als daß Bismarck um ſeine Anſicht gefragt wurde, verlief ohne Ergebnis. So mußte Wilhelm I. auf dem Poſten bleiben, um was ihn auch das Staatsminiſterium eindringlich bat, und nun weigerte er ſich nicht länger, Roons und Manteuffels erneuten Vorſtellungen nachzugeben und den Mann herbeizurufen, vor deſſen gigantiſcher Größe und Unwiderſtehlichkeit er (nach einer Mitteilung des geheimen Rats Sammer) auch jetzt noch „einen innerlichen Widerwillen“ hatte, der aber der einzige Ferge war, der jetzt das Schiff durch die Klippen bringen konnte.*)

Es war am Morgen des 22. September 1862, daß Bismarck im königlichen Arbeitszimmer des Schloſſes Babelsberg bei Potsdam vor ſeinen König trat und auf deſſen Erklärung, daß er abdanken wolle, weil er weder gegen ſeine Überzeugung regieren könne, noch auch Miniſter finde, die ihm gegen die Mehrheit der Kammer beiſtehen, antwortete: er ſei, wie Seiner Majeſtät bekannt ſei, ſeit Mai bereit, in das Miniſterium einzutreten; er ſei gewiß, daß Roon neben ihm im Amte bleiben werde und daß es gelingen werde, das Kabinett zu vervollſtändigen, falls andere Mitglieder ſich durch ſeinen Eintritt zum Rücktritt bewogen finden ſollten. Der König fragte, ob Bismarck auch bereit ſei, als Miniſter für die Heeresreorganiſation ſelbſt gegen die Mehrheit des Landtags und deren Beſchlüſſe einzuſtehen. Bismarck antwortete mit Ja, was ſich nach ſeiner Zuſage, überhaupt unter den jetzigen Umſtänden einzutreten, von ſelbſt verſtand, und damit war der Grund, den der König für ſeine Abdankung namhaft gemacht hatte, das Fehlen von Miniſtern, hinfällig: jetzt konnte er hoffen, daß er, mit Bismarcks Hilfe, nach ſeinem Gewiſſen regieren könne. Er ſchloß alſo dieſen erſten Teil des Geſprächs mit den Worten: „Dann iſt es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu verſuchen, und ich danke nicht ab.“ Darauf forderte er Bismarck auf, ihn zu einem Spaziergang in dem Park zu begleiten, und legte ihm einen (acht eng geſchriebene Seiten umfaſſenden) Entwurf vor, den er offenbar für den Fall aufgeſetzt hatte, daß Bismarck ihm durch ſein Angebot, Miniſter

*) Promnitz, Bismarcks Eintritt ins Miniſterium, Berlin 1908, S. 240, meint, daß der König bei Bismarcks Berufung nicht beabſichtigt habe, mit Bismarck wo irgend möglich über ſeinen Eintritt ins Miniſterium einig zu werden und ihn zu ernennen. Das widerſpricht der Situation. Vermittlungsverſuche des Kronprinzen zwiſchen König und Abgeordnetenhaus (Promnitz S. 202) kann ich aus Albrecht v. Stoſchs Denkwürdigkeiten S. 52 nicht herausleſen; der Brief vom 28. September 1862 iſt offenbar falſch datiert (8. September?) und iſt recht dunkel.

zu werden, das Verbleiben auf dem Thron ermögliche. Der Entwurf enthielt eingehende Erörterungen aller ſchwebenden Fragen, namentlich die Forderung einer Reform der Kreisordnung als ein Zugeſtändnis an die Liberalen, und Bismarck hatte den Eindruck, daß der Entwurf vielleicht zur Sicherſtellung gegen eine ihm vom König zugetraute konſervative Durchgängerei dienen, ihm alſo möglichſt die Hände binden ſollte; er vermutete, daß der Entwurf auf die Königin Auguſta zurückzuführen ſei, von deren politiſcher Einſicht ihr Gemahl eine hohe Meinung hatte. Bismarck ſchnitt aber die Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs mit den Worten ab, daß es ſich jetzt nicht um konſervativ oder liberal handle, ſondern um die Frage, *ob in Preußen das königliche Regiment oder die Parlamentsherrſchaft maßgebend ſei*; er wolle lieber mit dem König untergehen, als ihn in dieſem Kampfe im Stich laſſen. Noch nach dreißig Jahren, als er die „Gedanken und Erinnerungen“ diktierte, erinnerte ſich Bismarck, daß dieſe Auffaſſung damals in ihm „durchaus lebendig und maßgebend“ war. Nicht darauf alſo kam nach ſeiner Anſicht es jetzt an, ob in Preußen konſervativ oder liberal regiert wurde, ſondern ob der König, der eine große Maßregel zur Stärkung Preußens und zur Betätigung einer kraftvollen preußiſchen Politik in die Wege geleitet hatte, dieſe Maßregel aufrecht zu halten vermochte oder ob er vor einem Parlament, in welchem „Negation und Phraſe“ mächtig waren, zurückweichen mußte. Nachdem der König zur Erkenntnis gekommen war, daß die Heeresreorganiſation eine Staatsnotwendigkeit erſten Ranges ſei, welche er gewiſſenshalber und im Hinblick auf das Wohl Preußens durchführen müſſe, war ein Rückzug in der Tat nicht mehr möglich, ohne daß eine Kataſtrophe der Monarchie ſelbſt die Folge war. Dieſe galt es zu verhüten, weil durch ſie die wurzelfeſteſte politiſche Gewalt, welche es in Deutſchland gab, zum unberechenbaren Schaden Preußens und Deutſchlands vernichtet worden wäre. So feſt dieſer Entſchluß aber auch ſtand — die Ereigniſſe der nächſten Wochen zeigen, daß der König und Bismarck eins wurden, zunächſt noch alle Möglichkeiten einer friedlichen Löſung des Knotens zu verſuchen und die Verantwortlichkeit für einen Bruch möglichſt dem Parlament zuzuſchieben.

Am Tag nach dieſer denkwürdigen und folgenreichen Unterredung, am 23., erfolgte die entſcheidende Abſtimmung über die Militärvorlage im Abgeordnetenhaus. Abgeſehen von 200 000 Talern, welche für den bereits geſchehenen Ankauf von drei kleinen

Kriegsfahrzeugen nachträglich bewilligt wurden, lehnte das Haus alle Neuforderungen zu Heereszwecken mit 273 Stimmen der Fortſchrittspartei und des linken Zentrums gegen 68 konſervative, bezw. altliberale Stimmen (dieſe unter Georg von Vinckes Führung) ab, und genehmigte darauf das ſo abgeänderte Geſetz über den Staatshaushalt mit 308 Stimmen gegen 11. Dieſe kleine Minderheit ſtellte damals den ganzen Beſtand der konſervativen Fraktion dar, welche heute bei demſelben Wahlrecht auf das Vierzehnfache dieſer Ziffer angewachſen iſt. Als Roon und Bismarck dem König am Nachmittag des 23. das Ergebnis der Abſtimmung überbrachten, zögerte dieſer nicht, die Antwort zu geben, welche die Lage klärte: er ernannte noch am 23. September, unter Gewährung des Abſchiedsgeſuchs des Miniſterpräſidenten Fürſten Adolf von Hohenlohe-Ingelfingen, Bismarck zum Staatsminiſter mit dem einſtweiligen Vorſitz im Miniſterium. Der König forderte dabei von Bismarck ausdrücklich die Fortführung der Bernſtorffſchen Politik in der deutſchen Frage und in der des Handelsvertrags, was Bismarck beides ohne Schwierigkeiten zuſagen konnte, da es ſeinen Anſichten entſprach (S. 69 und S. 74. 92).*) Die Gegenzeichnung dieſes königlichen Erlaſſes übernahm Roon als der dienſtälteſte der Miniſter.

Die Aufnahme dieſer Ernennung **) war ihrer Bedeutung entſprechend. Zwar faßte bloß die (demokratiſche) Fortſchrittspartei, welche Bismarck völlig und allein nach ſeinem Auftreten in den Jahren 1847—50 beurteilte, ſeinen Eintritt ins Kabinett als eine Herausforderung auf und tat ihn kurz und höhniſch als Typus des „Junkers“ ab. Die liberalen Organe aber verfuhren in anderer Weiſe nicht beſſer, ſondern faſt noch ſchlimmer, indem ſie ihn wegen der Offenherzigkeit, mit der er ſeine politiſchen Anſichten und Abſichten kundgab, als leichtſinnigen Politiker hinſtellten, der nicht recht ernſt zu nehmen ſei; die von Guſtav Freytag geleitete, an-

*) Ob dieſe Forderungen des Königs über die auswärtige Politik ſchon am 22. September oder erſt in der zweiten Unterredung am 23. nachmittags erhoben wurden, wie Promnitz S. 245 ff. nachzuweiſen ſich bemüht, bleibe dahin geſtellt. Sie könnten auch erſt zwiſchen dem 23. September und dem 2. Oktober geſtellt ſein. Siehe Bernſtorff, Im Kampf für Preußens Ehre, Berlin 1906, S. 546, wo in einem Brief vom 2. Oktober die Tatſache dieſer Forderungen mitgeteilt iſt.

**) Otto Nirnheim, Das erſte Jahr des Miniſteriums Bismarck und die öffentliche Meinung, Heidelberg 1908. Promnitz S. 255.

geſehene und vortreffliche Wochenſchrift „Die Grenzboten“ ſprach die Meinung aus, daß er ſich kein Jahr werde halten können und daß auch eine größere Kraft als er gegenüber dem Abgeordnetenhaus, deſſen beſonnene und feſte Haltung ſehr gelobt ward, ſcheitern müßte. Auch eine größere Kraft — daß eine ſolche damals auf dem Erdenrund nicht zu finden war, davon hatten die „Grenzboten“ und ihre Geſinnungsgenoſſen keine Ahnung. In Paris hatte man, obwohl Bismarck dort nur zwei Monate zugebracht hatte, doch den Eindruck erhalten, daß er kein gewöhnlicher Menſch ſei; aber man ſtand doch auch unter dem Berliner Bann und ſah in ihm einen rückſtändigen Junker, den hobereau et féodal arriéré, der durch den Zeitgeiſt bald weggefegt ſein werde. In Petersburg begrüßte man Bismarcks Ernennung mit großer Genugtuung, in Wien mit Sorge und Verdruß.

Das erſte Auftreten Bismarcks im Abgeordnetenhauſe — am 29. September 1862 — war keineswegs derart, um die Anſicht zu rechtfertigen, als ob nun Kampf gegen den inneren Feind die unbedingte Loſung ſein ſolle; indem die Regierung den freihändleriſchen Handelsvertrag mit Frankreich abgeſchloſſen hatte, war ſie ja in wirtſchaftlichen Dingen auf den liberalen Standpunkt getreten: vielleicht ließ ſich hierauf weiter bauen. Bismarck hat zunächſt Beſprechungen mit zwei hervorragenden Führern des linken Zentrums, mit Florenz von Bockum-Dolffs (der Oberregierungsrat in Koblenz war) und mit dem Profeſſor des Rechts an der Berliner Univerſität, Rudolf von Gneiſt, abgehalten; er bat ſie um Verwilligung eines vorläufigen Zwölftels des Budgets für 1863, damit man Zeit zu Verhandlungen gewinne, und war ſelbſt bereit, als Zeichen, daß er kein einſeitiger Parteimann ſei und kein konſervatives Parteiregiment aufrichten wolle, einige altliberale Politiker in das noch nicht völlig neu gebildete Miniſterium zu nehmen. Die Bedingung war natürlich, daß ſie zwar ſonſt für ihre liberalen Anſichten Raum haben ſollten, daß ſie aber für die dreijährige Dienſtzeit eintreten müßten, und daran zerſchlug ſich dieſer Plan ſofort; „täten wir das,“ ſagte Simſon, der einſtige Präſident des Frankfurter Parlaments, der auch im Abgeordnetenhauſe ſaß, „ſo wären wir Offiziere ohne Soldaten.“ Im Abgeordnetenhauſe zog Bismarck dann am 29. die Vorlage über den verſtümmelten Staatshaushalt zurück und erklärte ſeine Abſicht, bei Beginn der nächſten Seſſion, alſo nach Neujahr, einen neuen Staatshaushaltsentwurf und dazu ein umgearbeitetes Militärgeſetz — wohl mit einzelnen Zugeſtändniſſen, aber unter Feſthaltung des Weſent-

lichen der Reorganiſation — einbringen zu wollen. Die Verhandlungen wurden am 29. und 30. September in der Kommiſſion fortgeſetzt; Bismarck zeigte dem Abgeordneten von Bockum-Dolffs als Zeichen ſeiner verſöhnlichen Abſichten einen Ölzweig, „den er aus Avignon mitgenommen habe und nun der Fortſchrittspartei als Friedenszeichen anbiete. Er ſehe freilich, daß es noch nicht Zeit dazu ſei.“ Als in der Kommiſſion ein Abgeordneter den Satz hinwarf, der Miniſter ſcheine die Löſung des Konflikts durch einen Vorſtoß in der äußeren Politik ins Auge zu faſſen, lehnte Bismarck dieſe Unterſtellung entrüſtet ab, geſtand aber zu, daß Preußens Stellung im Bund und der Zuſtand ſeiner Grenzen es zwinge, eine zu ſchwere Rüſtung für ſeinen ſchmalen Leib zu tragen, Anſichten, welche wir ſchon aus ſeinem Brief an Herrn von Below vom 18. September 1861 kennen. Und er fügte jetzt hinzu: „Nicht auf Preußens Liberalismus ſieht Deutſchland, ſondern auf ſeine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus nachgeben, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweiſen. Preußen muß ſeine Kraft zuſammenhalten auf den günſtigen Augenblick, der ſchon einige Male verpaßt iſt; *nicht durch Reden und Majoritätsbeſchlüſſe werden die großen Fragen der Zeit entſchieden* — das war der Fehler von 1848 und 1849 — *ſondern durch Eiſen und Blut*.“ Eine höchſt einfache Wahrheit, welche die Geſchichte tauſendfach beſtätigt; aber in der jetzigen geſpannten Lage wirkten ſie herausfordernd und wurden bald, wie es mit den geflügelten Worten zu gehen pflegt, von ihrem Zuſammenhang losgeriſſen und entſtellt weitergetragen, wie wenn Bismarck Eiſen und Blut oder, wie das Wort nun weiter flog, Blut und Eiſen ſchlechthin zu ſeiner Loſung gemacht, ſie über das Recht geſtellt hätte. Selbſt der langſamere Roon machte Bismarck, als ſie ſich nach Hauſe begaben, Vorwürfe über ſeine „geiſtreichen Exkurſe“, welche der Sache nicht förderlich ſeien. Der König war nach Baden-Baden gefahren, um dort mit ſeiner Gemahlin deren Geburtstag bei den badiſchen Kindern zu feiern; er wurde von Frau, Tochter und Sohn ſehr bedenklich gemacht, ſo daß ihm bei ſeiner Rückkehr Bismarck auf der Eiſenbahn von Berlin nach Jüterbogk entgegenfuhr, dort in ſeinen Wagen ſtieg und ihm Mut zuſprach.*) Damals hat der König zu ihm geſagt: „Ich ſehe genau voraus, wie das alles endigen wird. Da, vor dem Opernplatz, unter meinen Fenſtern, wird man Ihnen den Kopf abſchlagen und etwas

*) Siehe Gedanken und Erinnerungen 1, 284 ff.

ſpäter mir.“ Er dachte an das Schickſal des engliſchen Miniſters Strafford und ſeines Königs, Karls I., 1642 und 1649. „Nun wohl,“ ſagte Bismarck, „ſterben müſſen wir doch einmal; Karl I. iſt immer eine vornehme hiſtoriſche Erſcheinung, weil er für ſein Recht das Schwert gezogen und ſeine königliche Geſinnung mit ſeinem Blut bekräftigt hat.“ Das Wort traf den tapferen König im Innerſten; er fühlte ſich „bei ſeinem Portepée,“ bei ſeiner Offiziersehre, gefaßt und kam wie verwandelt, entſchloſſen zum Kampf, in Berlin an. Solche Geſinnung war auch vonnöten; am 7. Oktober erklärte das Abgeordnetenhaus ſich mit 251 gegen 36 Stimmen für den Antrag von Forckenbecks, welcher die rechtzeitige Vorlegung des Budgets forderte, ſo daß es vor dem 1. Januar 1863 beſchloſſen werden könne, und jede nicht vom Abgeordnetenhaus genehmigte Ausgabe als verfaſſungswidrig bezeichnete. Bismarcks Verſuch, Zeit zu gewinnen, war damit kurz und ſcharf als verfaſſungswidrig abgewieſen. Darauf erfolgte am 8. Oktober Bismarcks endgültige Ernennung zum Präſidenten des Staatsminiſteriums und — an Bernſtorffs Stelle, der als Botſchafter nach London zurückkehrte — zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten. Das Herrenhaus aber kam der Regierung zu Hilfe; es lehnte am 10. Oktober den verſtümmelten Etat ab und genehmigte den unverſtümmelten, alſo einſchließlich der Koſten für die Reorganiſation, mit 114 gegen 44 Stimmen. Als dann das Abgeordnetenhaus am 13. Oktober den Beſchluß des Herrenhauſes mit allen abgegebenen 237 Stimmen — acht Konſervative hatten ſich vorher entfernt — für verfaſſungswidrig erklärte, da das Herrenhaus nur den von ihm genehmigten Etat annehmen oder verwerfen, nicht aber auf den Regierungsvorſchlag zurückkommen könne, da erhob ſich Bismarck und lud die Herren im Namen des Königs auf drei Uhr zum Schluß der Tagung in den weißen Saal des Schloſſes. Hier wurde in Abweſenheit des tief verſtimmten Monarchen durch Bismarck der Entſchluß der Regierung zur Aufrechterhaltung der Reorganiſation als eine Pflichtſache bezeichnet und der Landtag dann entlaſſen.

Mit dieſer Maßregel war der Konflikt zwiſchen Regierung und Parlament gegeben. Er war nach des Königs und Bismarcks Anſicht unvermeidlich, wenn nicht Staatsintereſſen höchſten Rangs preisgegeben werden ſollten. Ihre Meinung war aber keineswegs, daß die Regierung bei ihrem Verhalten jeder Rechtsgrundlage entbehre. Obwohl die Thronrede bei der Entlaſſung ausdrücklich zugab, daß der Staats-

haushalt jetzt ohne die in der Verfaſſung vorausgeſetzte Unterlage geführt werden müſſe, ſo lehnte Bismarck doch die ausſchließliche Verantwortung für dieſe Situation ab. Schon in den letzten Tagen, welche dem Landtagsſchluß vorausgingen, iſt der Gedankengang vom Miniſtertiſch aus angedeutet worden, welchen Bismarck dann am 27. Januar 1863 in dem Abgeordnetenhaus ausführlich entwickelt hat. Darnach beſtimmt Artikel 99 der Verfaſſung: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müſſen für jedes Jahr im voraus veranſchlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden. Dieſer wird jährlich durch ein Geſetz feſtgeſtellt.“ Wie aber ein Geſetz in Preußen zuſtande kommt, ſagt Artikel 62 mit unwiderleglicher Klarheit, nämlich durch Übereinſtimmung der Krone und der beiden Kammern. Wenn dieſe Vorausſetzung nicht erfüllt iſt, ſo iſt eine Lücke in der Verfaſſung vorhanden, da dieſe nicht beſtimmt, was in einem ſolchen Falle geſchehen ſoll. Das Abgeordnetenhaus gebärdet ſich allerdings ſo, wie wenn es der allein maßgebende Faktor im Staate wäre; es iſt der Anſicht, daß es das Recht habe, das Budget durch ſeinen alleinigen Beſchluß in ſeiner Hauptſumme und in allen Einzelheiten feſtzuſtellen, die Entlaſſung der etwa widerſtrebenden Miniſter vom König zu fordern, den Beſtand und die Organiſation der Armee nach ſeinem Gutbefinden feſtzuſtellen und auch die Beziehungen der Staatsregierung zu ihren Beamten zu kontrollieren. Damit würde das Abgeordnetenhaus im Beſitz der vollen Regierungsgewalt in dieſem Lande ſein. Auf dieſen Standpunkt wird ſich das Miniſterium ſchlechterdings nicht einlaſſen; das Recht des Königs und des Herrenhauſes auf die Geſtaltung des Staatshaushalts iſt ſo unbeſtreitbar wie das des Abgeordnetenhauſes. Zwiſchen dieſen in der Theorie gleich unbegrenzten Rechten muß man praktiſch einen Ausgleich ſuchen; das ganze Verfaſſungsleben iſt eine Reihe von Kompromiſſen; kommen ſolche durch den doktrinären Abſolutismus eines Faktors nicht zuſtande, ſo entſtehen Konflikte, und da das Staatsleben nicht ſtillſtehen kann, da die Maſchine nicht aufhören kann zu arbeiten, ſo werden Konflikte zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in ſeinem Sinne vor.*) „Was die Ver-

*) Aus dieſen Worten leitete der Abgeordnete Graf Schwerin ſofort den Vorwurf her, „Bismarcks Rede kulminiere in dem Satz: Macht geht vor Recht.“ Bismarck hat ſofort gegen dieſe Auslegung ſeiner Worte Ver-

faſſung Ihnen an Rechten zubilligt," rief Bismarck der Mehrheit des Hauſes zu, „ſoll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte der Krone mit Ausdauer wahrnehmen. Das preußiſche Königtum, dem durch ein eigentümliches Zuſammentreffen gerade heute ein Thronerbe geboren worden iſt (der Prinz Wilhelm, der ſpätere Kaiſer Wilhelm II.), hat ſeine Miſſion noch nicht erfüllt; es iſt noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfaſſungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maſchinenteil dem Mechanismus des parlamentariſchen Regiments eingefügt zu werden."

Zieht man die Summe aus dieſen Worten, ſo ergibt ſich folgendes. Erſtens: Die regelmäßige Funktion des Staatsorganismus iſt zweifellos geſtört; für den Staatshaushalt fehlt das ihn anerkennende Geſetz. Zweitens: An dieſem Zuſtand trägt nicht bloß der Umſtand die Schuld, daß das Abgeordnetenhaus dem Regierungsvorſchlag ſein Ja verſagt hat, ſondern auch, daß ſein Gegenvorſchlag des ebenſo notwendigen Ja der Krone und des Herrenhauſes entbehrt. Drittens: So lange ein Geſetz über den Staatshaushalt nicht zuſtande kommt, muß die Regierung, da der Staat leben muß, da er nicht ſtillſtehen kann, in Gottes Namen ohne ein Geſetz die erforderlichen Ausgaben machen. Viertens. In der wirklichen Welt darf man nicht bloß auf ſein Recht pochen; man muß auch das Recht der andern achten; das Abgeordnetenhaus tut dies aber gerade nicht: es will das letzte Wort im Staate haben, will alle Gewalt an ſich reißen, und damit verletzt es, während es andere des Rechtsbruchs anklagt, ſelbſt das Recht und zwingt die Miniſter des Königs zum Widerſtand. Damit war vor aller Welt offenbar, daß jetzt erprobt werden mußte, ob der, welcher „den Beutel führte", dadurch in Stand geſetzt ſei, alles nach ſeinem Willen zu richten. Es war wirklich die Frage, ob das Abgeordnetenhaus durch Verſagen der Mittel für das Heer die Befehlsgewalt des Königs über das Heer tatſächlich zunichte machen konnte. In dem Artikel der Verfaſſung, welcher die Rechtmäßigkeit aller Ausgaben von der Zuſtimmung des Parlaments abhängig machte, lag ein Zunder verborgen, der bei doktrinärem Abſolutismus des Parlaments, den Bismarck wirkungsvoll dem monarchiſchen Abſolutismus entgegen ſtellte, das

---

wahrung eingelegt, und das mit offenbarem Recht. Er hat nicht eine Loſung ausgegeben, ſondern eine Tatſache feſtgeſtellt; ganz wie am 30. September. Siehe oben Seite 87.

ganze Staatsgebäude in Brand ſtecken konnte. Der Kampf, der jetzt begann, war ſchon deswegen bedeutungsvoll, weil er auf die Gefahren, welche in der Verfaſſung ſchlummerten, aufmerkſam machte und alle ihrer Verantwortlichkeit ſich bewußten Männer zur Vorſicht und zur Nachgiebigkeit mahnte.

Vorerſt war Bismarck indeſſen ſeit dem 13. Oktober 1862 das Parlament los, und er brauchte dieſe Zeit, um zunächſt den Kurfürſten von Heſſen, der ſich noch nicht ganz gefügt hatte, zur Annahme des preußiſchen Standpunktes zu zwingen. Es war eine ſeltſame Lage, daß der Miniſter, welcher zu ſeinem Landtag in ſo ſchroffen Gegenſatz getreten war, einem Fürſten gegenüber auftrat, der mit ſeinem Landtag noch viel ſchlimmer umſprang, indem er einfach allen Vorlagen an den heſſiſchen Landtag ſeine Zuſtimmung verſagte und damit die parlamentariſche Maſchine gänzlich zum Stillſtand brachte. Gewiß aber wollte Bismarck zeigen, daß die preußiſchen Verhältniſſe eigenartig ſeien, daß er deswegen, weil er in Preußen notgedrungen ein budgetloſes Regiment führte, nicht geſonnen war, das nun zum Syſtem in Deutſchland auszurufen. Er hob gefliſſentlich hervor, daß in Heſſen der Landtag nachgiebig und zu Kompromiſſen geneigt geweſen ſei, der Kurfürſt halsſtarrig und doktrinär abſolutiſtiſch: es war eine prächtige Beleuchtung des Satzes: si duo idem faciunt, non est idem, daß er jetzt unter Einſatz aller ſeiner Energie den Tyrannen in Kaſſel mürbe machte. Als Friedrich Wilhelm am 20. November ſein Miniſterium entließ und den Landtag auf unbeſtimmte Zeit vertagte, überbrachte ein preußiſcher Feldjäger — denn der diplomatiſche Verkehr war zwiſchen Preußen und Kurheſſen noch nicht wieder hergeſtellt — am 24. November dem Kurfürſten einen Brief Bismarcks, in welchem die Beilegung des vieljährigen Streits gefordert wurde. Preußen könne dieſen Herd immer erneuter Aufregung mitten zwiſchen ſeinen Provinzen nicht länger dulden und werde unter Zuziehung der Agnaten Seiner königlichen Hoheit dauernde Bürgſchaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißſtände ſchaffen. Damit war die Bildung einer Art von Familienüberwachungsausſchuß in Ausſicht geſtellt, der im Intereſſe der geſamten heſſiſchen Dynaſtie den frechen und faſt unzurechnungsfähigen Kurfürſten unter eine ſcharfe Vormundſchaft nehmen und ihm das Handwerk legen ſollte. Auf dieſem Ohr hörte der Kurfürſt ſehr fein, und es hätte des Eingreifens Öſterreichs vom 25. November, das im gleichen Sinn wie das Vorgehen Preußens geſchah, wohl gar nicht mehr bedurft, um Wandel zu ſchaffen: am 27. November ſetzte

Friedrich Wilhelm das Miniſterium wieder ein und berief den Landtag auf 4. Dezember. Er war ſo klein gemacht, wie er es verdiente.

Weit wichtiger war die Frage des franzöſiſchen Handelsvertrags und der damit im Zuſammenhang ſtehenden Kriſis im Zollverein (S. 73). Der Handelsvertrag war auf der Grundlage des Freihandels entworfen, und in der Rede, mit der Bismarck namens des Königs den Landtag geſchloſſen hatte, war ausdrücklich betont worden, daß die einmütige Zuſtimmung beider Häuſer zu dieſem Vertrag eine Bürgſchaft dafür abgebe, daß die wirtſchaftlichen Grundſätze freien Verkehrs, welche dem preußiſchen Staat durch ſeine Intereſſen und Traditionen vorgezeichnet ſeien, fortan die Grundlage der preußiſchen Handelspolitik bilden würden. Auf dieſe Politik wollte ſich aber, wie oben erwähnt, der ſchutzzöllneriſch geſinnte deutſche Süden nicht einlaſſen; wenn er den Vertrag verwarf, ſo war der Zollverein geſprengt, und hier ſetzte nun der (ſeit 1859 im Amt befindliche) öſterreichiſche Miniſter des Auswärtigen Graf Rechberg ein, um den alten Plan der Aufnahme Öſterreichs in den Zollverein, falls dieſer beſtehen blieb, jetzt durchzuſetzen: wenn die Abſicht gelang, ſo war Preußens bisherige Arbeit vereitelt, der engere wirtſchaftliche Zuſammenſchluß des nichtöſterreichiſchen Deutſchlands aufgehoben. Wenn aber der Zollverein auseinander brach, ſo konnte es geſchehen, daß Öſterreich ſich im Süden an Preußens Stelle drängte, indem es wenigſtens mit dem Süden ſich wirtſchaftlich verband und dieſen dadurch feſt und für immer an ſich kettete. Die Verhandlungen über die wirtſchaftlichen Probleme riefen von ſelbſt auch das Eingehen auf die politiſchen Aufgaben hervor. Öſterreich, Bayern, Württemberg, Sachſen, Hannover, beide Heſſen und Naſſau hielten in Wien Beſprechungen und brachten am 14. Auguſt 1862 einen gemeinſamen Antrag an den Bund, daß eine Verſammlung von Delegierten der deutſchen Kammern berufen werde, um über die Schaffung eines Bundesſchiedsgerichts, eines deutſchen Zivilprozeſſes und Obligationenrechts zu beraten. Hier war es, daß Bernſtorff, der damals noch im Amt war, in Frankfurt erklärte, daß dieſe Vorſchläge das tiefſte Bedürfnis der Nation nach Einheit bei weitem nicht befriedigten, daß vor allem eine einheitliche Exekutive und eine Nationalvertretung notwendig ſeien und dieſe ſo lange, als zwei Großmächte im Bund ſeien, nicht geſchaffen werden können; Preußen ſtrebe alſo einen engeren Bund mit den kleineren norddeutſchen Staaten an — der natürlich nur ein Anfang ſein und den Kriſtalliſationspunkt

für das außeröſterreichiſche Deutſchland bilden ſollte. In dieſer Lage traf Bismarck Ende September 1862 die Dinge an. Er ſtellte ſich aus eigenem Antrieb wie dem Verlangen des Königs gemäß (S. 85) auf den Standpunkt Bernſtorffs und verlangte, daß dem Bund die geſetzgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und alſo eine Nationalvertretung geſchaffen werde, welche aus direkten Wahlen — dies ſpricht er jetzt (S. 67) offen aus — hervorgehen und deren Zahl ſich nach der Bevölkerung der einzelnen Staaten richten ſollte. Nur mittelſt einer ſolchen Vertretung könne die Nation die Einwirkung auf die gemeinſamen Angelegenheiten, die ihr gebühre, ausüben. In dieſer Forderung, daß das Parlament nach Maßgabe der Volkszahl der Einzelſtaaten gebildet werden ſolle, drückte ſich die Überzeugung aus, daß ein Hauptſchaden des Bundes, die Nichtberückſichtigung der Machtverhältniſſe der einzelnen Glieder bei der Bemeſſung des Stimmrechts, unter allen Umſtänden geheilt werden müſſe. Jetzt hatten Öſterreich und Preußen ebenſo eine einzige Stimme wie etwa Kurheſſen oder Naſſau: es war der Bund von Rieſen mit Zwergen auf der Grundlage gleichen Stimmrechts. Daß Öſterreich in dem umgeſtalteten Bund keinen Raum habe, ſprach Bismarck offen aus; er ſagte zu dem Geſandten Franz Joſephs, Grafen Karolyi, daß Öſterreich ſeinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen, d. h. daß es auf Einfluß im Weſten verzichten und ſeine Aufgaben im Oſten ſuchen müſſe. Als Bismarck Ende Oktober noch einmal in Paris war, um ſich perſönlich vom Kaiſer Napoleon zu verabſchieden, äußerte er zu dem öſterreichiſchen Botſchafter Fürſten Richard Metternich, dem Sohn des Staatskanzlers, daß Preußen in einem Öſterreich, das ihm die Wege verlege, nichts ſehe als eine fremde Macht; gegen die Phraſen vom „Bruderkrieg“ ſei er ſtichfeſt. Im weiteren Verlauf faßte Bismarck die Auflöſung des Bundes mit voller Kaltblütigkeit ins Auge; es focht ihn wenig an, daß am 28. Oktober etwa 400 meiſt ſüddeutſche Politiker in Frankfurt den „deutſchen Reformverein“ zu dem Zweck gründeten, „allen deutſchen Staaten das Verbleiben in der vollen Gemeinſamkeit zu ermöglichen;“ ihr Ziel war alſo ein Großdeutſchland mit Öſterreich. Die Berufung eines Delegierten-Parlaments ward indes am 22. Januar 1863 vom Bundestag mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt, weil Preußen, das ein direktes Parlament wollte, von den rein reaktionären Regierungen, die gar kein Parlament wollten, Hilfe erhielt: der Gedanke war damit vertagt, wenn auch nicht beſeitigt.

Als dies geſchah, war das Abgeordnetenhaus (am 14. Januar) wieder zuſammengetreten und hatte in ſchärfſter Weiſe gegen das Miniſterium Stellung genommen. In einer Adreſſe wurde dieſem vorgeworfen, daß es die Verwaltung ohne Etat verfaſſungswidrig fortgeführt, ſelbſt ſolche Ausgaben, welche durch Beſchlüſſe des Hauſes definitiv und ausdrücklich abgelehnt ſeien, verfügt, verfaſſungstreue Beamte mit drückenden Maßregeln heimgeſucht *) und den Artikel 99 der Verfaſſung zunichte gemacht habe. Der König ward deshalb gebeten, die ehrliche Stimme der geſetzlichen Volksvertreter von dem Rat derer zu unterſcheiden, welche im Kampf der Parteien ihre an ſich ohnmächtigen Beſtrebungen durch den erhabenen Namen der Majeſtät zu decken ſich bemühen, und dem Lande durch Rückkehr zu verfaſſungsmäßigen Zuſtänden den inneren Frieden und die Kraft nach außen wiederzugeben. In den Verhandlungen, welche über dieſe Adreſſe ſich entſpannen, verteidigte Bismarck am 27. Januar ſeinen Standpunkt in der oben ſchon dargelegten Weiſe, daß er eine Lücke in der Verfaſſung feſtſtellte und dem Abgeordnetenhaus den Vorwurf machte, daß es ſeinerſeits über ſeine verfaſſungsmäßigen Rechte hinausgreife und die Regierungsrechte auf die Majorität des Hauſes übertragen wolle — wobei der ſtenographiſche Bericht große Unruhe und Rufe: ganz richtig! vermerkt. In einer Polemik mit dem Abgeordneten Profeſſor Dr. Virchow, der mit geringſchätzigem Ton geſagt hatte, der Miniſter ſpreche eine preußiſche Sprache, die hier niemand verſtehe, rief Bismarck am 28. Januar: „Meine Herren, ich bin ſtolz darauf, eine preußiſche Sprache zu reden, und Sie werden dieſelbe noch oft von mir hören!“ Am 29. Januar ſuchte Bismarck das Selbſtgefühl der Mehrheit zu dämpfen, indem er ihr vorrechnete, daß an den Wahlen ſich höchſtens 34 Prozent, vielleicht nur 27 Prozent der Wähler beteiligt hätten, daß alſo die Mehrheit höchſtens 20—25 Prozent der Wählerſchaft hinter ſich habe; für 75—80 Prozent des Volks beſitze ſie keinerlei Legitimation (vgl. die früheren Äußerungen vom Jahr 1848 S. 28).

Nun kam aber zu allem, was Parlament und Miniſterium trennte, noch eine auswärtige Frage hinzu, die polniſche. In Ruſſiſch-Polen herrſchte ſeit geraumer Zeit eine gewaltige Gärung, hervorgerufen durch die alte Unzufriedenheit mit dem ruſſiſchen Regiment und geſchürt durch die von Napoleon III. verkündete

*) So war der dem König perſönlich beſonders unangenehme v. Bockum-Dolffs von Koblenz nach Gumbinnen verſetzt worden.

Lehre vom Recht der Nationalitäten, welche ſoeben in der Errichtung des italieniſchen Nationalſtaats einen großen, andere unterdrückte Völker ermunternden Triumph gefeiert hatte. Der Verſuch des Zaren Alexander II., durch die Ernennung des polniſchen Marquis Wielopolski zum Statthalter und durch liberale Zugeſtändniſſe die Polen zufrieden zu ſtellen, ſchlug völlig fehl, genau ſo wie ähnliche Verſuche der preußiſchen Regierung nur die Wirkung gehabt hatten, den Polen den Glauben an die Schwäche Preußens beizubringen; und in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1863 fanden verabredetermaßen in dreizehn Garniſonsorten der Bezirke Plozk, Warſchau, Lublin und Radom Überfälle bewaffneter polniſcher Banden auf die ruſſiſchen Truppen ſtatt; eine Anzahl ruſſiſcher Soldaten wurde ermordet. Der Befehl zu dieſen tückiſchen Überfällen ging von dem geheimen Revolutionskomitee in Warſchau aus, das trotz aller Spürhunde der ruſſiſchen Polizei nicht entdeckt und dingfeſt gemacht werden konnte; erſt ſpäter iſt bekannt geworden, daß es ſich in aller Ruhe und Sicherheit im Univerſitätsgebäude zu verſammeln pflegte. Von ihm ging ein Aufruf „gegen die fremde Räuber-Regierung“ aus, welcher den Bauern den Beſitz ihrer Grundſtücke, den Gutsbeſitzern dafür eine Entſchädigung und allen Kämpfern für Polens Befreiung ein Landlos verhieß; von ihm ein weiterer Aufruf an die unter preußiſchem und öſterreichiſchem Zepter ſtehenden Polen, der ſie anwies, nicht ſelbſt ſich zu empören, ſondern alle Kräfte gegen den furchtbarſten Feind, den Zaren, zu vereinigen, indem ſie den ruſſiſchen Polen Mannſchaft, Waffen und Geld ſchickten. Damit waren die Regierungen Öſterreichs und Preußens völkerrechtlich verpflichtet, ihren Untertanen die Schürung des Aufruhrs in dem befreundeten Nachbarſtaat unmöglich zu machen; aber Öſterreich, das ſeine Polen ſtets ſehr entgegenkommend behandelte, ſchlug ſich wie 1854 auf die Seite der Gegner Rußlands, und vom April bis Auguſt 1863 verlangte es in Gemeinſchaft mit England und Frankreich, daß der Zar den Polen ſechs Punkte gewähre: 1. Amneſtie, 2. ein Parlament, 3. eine national-polniſche Verwaltung, 4. volle Religionsfreiheit, 5. polniſche Amtsſprache und 6. ein regelmäßiges Rekrutierungsſyſtem (während der Statthalter Marquis Wielopolski Studenten, die an ſich militärfrei waren, als politiſche Gegner ins Heer geſteckt hatte). Am ruſſiſchen Hof war eine polenfreundliche Partei, von der wir ſchon aus Bismarcks Briefen an Herrn von Schleinitz wiſſen (S. 72); zu ihr gehörte der Großfürſt Konſtantin und der Miniſter des Auswärtigen Gortſchakow; ihre Abſicht ging auf einen Verſuch,

die Ruſſen mit den Polen auszuſöhnen, indem man Polen links der Weichſel freigebe und nur Warſchau als „Brückenkopf nach Europa“ behaupte. Das entſprach den Ideen der Panſlawiſten, welche alle ſlawiſchen Völker unter ruſſiſcher Führung gegen das Germanentum zuſammenfaſſen wollten. In der Linie ihrer Politik lag ein Zuſammengehen mit Frankreich, das aus Abneigung gegen die Deutſchen den Polen ſeit Jahrhunderten dutzendmale ſeine Sympathien und ſeine Hilfe geliehen hat; zwiſchen Slawen und Romanen eingekeilt ſollte das Deutſchtum im Schach gehalten, vielleicht zermalmt werden. Es war alſo ein offenſichtliches deutſches Intereſſe, das Steuerruder Rußlands nicht in die Hände der polenfreundlichen Richtung in St. Petersburg geraten zu laſſen; ebenſo entſprach es unſeren Exiſtenzbedingungen, es nicht dahin kommen zu laſſen, daß die Provinz Poſen, in welcher über 38 Prozent der Bevölkerung deutſch ſind, und die Provinz Weſtpreußen, wo 66 Prozent Deutſche wohnen, wieder von Preußen losgeriſſen werden und Berlin der Grenze auf ein paar Tagemärſche nahe gerückt wird; ſobald aber Polen wieder ſelbſtändig war, mußte mit einer ſolchen Gefahr gerechnet werden.*)

Aus allen dieſen Gründen entſchloß ſich Bismarck, den General Guſtav von Alvensleben in beſonderer Sendung nach St. Petersburg zu ſchicken, damit er ein eigenhändiges Handſchreiben des Königs Wilhelm an den Zaren überbringe. Dieſes Schreiben hob — im Einklang mit Alvenslebens Anweiſung — hervor, daß die Intereſſen Preußens und Rußlands durch jede polniſche Schilderhebung gleichermaßen gefährdet ſeien; daß alſo beide Höfe Bundesgenoſſen ſeien, welche von einem gemeinſchaftlichen Feind bedroht werden; daß es ſomit angemeſſen erſcheine, gemeinſam gegen die Gefahr Vorkehr zu treffen; es ſollten demgemäß die Truppenführer an beiden Seiten der Grenze angewieſen werden, einander jede zur Herſtellung der Ruhe erforderliche Hilfe zu leiſten. Vor 28 Jahren, 1835, hatten als Beweis der engen Freundſchaft zwiſchen Berlin und St. Petersburg gemeinſame Manöver beider Heere bei Kaliſch ſtattgefunden; jetzt ſollten ſie direkt militäriſch gegen die Polen zu-

*) Deshalb ſagte Bismarck zu dem franzöſiſchen Spezialgeſandten General Grafen Fleury: „Lieber ſterben, als unſern Beſitzſtand in Poſen erörtern laſſen (auf einem europäiſchen Kongreß); noch lieber würde ich unſere Rheinlande abtreten.“ Siehe das amtliche franzöſiſche Werk: les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, Paris 1910, 1, 4. Bericht Fleurys vom 24. Dezember 1863.

ſammen wirken. Auf dieſer Grundlage unterzeichneten Alvensleben und Gortſchakow am 8. Februar 1863 einen Vertrag, der ſogar in Ausſicht nahm, daß die Ruſſen nötigenfalls die preußiſche Grenze überſchreiten dürften und die Preußen die ruſſiſche, um fliehende Rebellen zu verfolgen und zu vernichten. Der Vertrag wurde nur auf direkten Befehl des Zaren von Gortſchakow unterſchrieben; er lief ja ſeinen Anſichten von der polniſchen Frage direkt zuwider, und Alvenslebens Sendung war ihm „in jeder Beziehung abſcheulich.“ Er tat auch nachher, was in ſeinen Kräften ſtand, um den Vertrag wirkungslos zu machen, und bediente ſich zu dieſem Zweck ſelbſt der Lüge, ſo daß man nicht begreift, daß ihm ſeine Ränke nicht die Ungnade des Zaren und die Entlaſſung eintrugen. Gleich am 9. Februar machte er dem franzöſiſchen Botſchafter Grafen Montebello von dem Vertrag Mitteilung, und bei der allgemeinen Sympathie, welche die Liberalen in ganz Europa für die „edlen Polen“ als die bemitleidenswerten Opfer der zariſchen Brutalität ſeit Jahrzehnten hegten, erregte der Vertrag überall ihre ſtärkſte Mißbilligung. Auch im preußiſchen Abgeordnetenhaus ward Bismarck aufs heftigſte wegen der Abkunft getadelt; der Abgeordnete von Unruh erklärte, daß Preußen ſtets von Rußland nur als Vormauer benützt worden ſei, daß Rußland aber eine ſelbſtändige preußiſche Politik nie dulden werde; wenn Bismarck das Land in einen Krieg verwickle, ſo werde das Haus dazu nicht einen Taler bewilligen. Andere Redner hoben hervor, daß „ein Gürtel von 500 Quadratmeilen den Greueln ruſſiſcher Kriegführung preisgegeben werde.“ Bismarck antwortete, daß ein ſelbſtändiges Polen Preußen kaum im Beſitz von Danzig und Thorn zu befeſtigen ſuchen würde; die „Gürtelidee“ ſei ein Phantaſiegebilde, eine vollſtändig müßige Erfindung; es bleibe jedes Überſchreiten der Grenze, ſei es durch ruſſiſche, ſei es durch preußiſche Truppen, von unſerer Einwilligung vollkommen abhängig. Vielleicht hat er damit die Möglichkeit, daß ruſſiſche Truppen in Verfolgung polniſcher Abteilungen die preußiſchen Grenzgebiete kriegeriſch überzogen, mehr abgeſchwächt als an ſich zutreffend war; jedenfalls aber tat gerade dieſer Artikel des Vertrags aller Welt dar, wie eng verbunden Rußland und Preußen in dieſem Augenblick daſtanden, und er ſchnitt jedes Liebäugeln Rußlands mit Polen und Franzoſen aufs gründlichſte ab. Darin lag, wie wir wiſſen, der Hauptwert des Vertrags. Für ſpäter aber war es von großer Bedeutung, daß Preußen 1863 wie 1856 ſich von jeder Verlockung, Rußlands Verlegenheiten zu vermehren, fern gehalten hatte und allein

von allen Großmächten ihm treu zur Seite geſtanden war. Der Aufruhr wurde übrigens in der zweiten Hälfte des März 1864 ohne zu große Schwierigkeiten im weſentlichen niedergeworfen, wenn er auch da und dort noch fortglomm; Polen ward vollſtändiger als je unterjocht, und die Großmächte, welche ihm hatten beiſtehen wollen, mußten einen völligen Mißerfolg ihrer Politik verzeichnen. Bismarck aber erhielt am 3. April 1863 aus Warſchau ein Todesurteil, das das Polenkomitee über ihn verhängt habe, und am 21. Mai ein Käſtchen „aus Oſtcoczyn bei Thorn," in welchem ein Strang mit einer ſchwarz-weißen Schleife lag. Die Drohung ward indes nicht ausgeführt und erwies ſich als bloßer Schreckſchuß; ſie bewies lediglich, daß die Polen ihren erfolgreichſten Gegner erkannt hatten.

War es ſchon aus Anlaß der polniſchen Dinge zu neuen ſcharfen Zuſammenſtößen zwiſchen dem Miniſterium und dem Abgeordnetenhaus gekommen, ſo erfolgte ein völliger Bruch zwiſchen beiden am 11. Mai 1863. An dieſem Tag verteidigte ſich der Kriegsminiſter von Roon gegen perſönliche Vorwürfe, die bei Beratung der Novelle zum Geſetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienſt gegen ihn erhoben worden waren, und bezeichnete ſie „als ganz unberechtigte Anmaßung." Hierauf unterbrach ihn der Vizepräſident von Bockum-Dolffs, um ihm dieſen Ausdruck zu verweiſen; Roon beſtritt, daß der Präſident befugt ſei, ihn zu unterbrechen, ward aber niedergeſchrien, und da er wiederholt erklärte, daß die Gewalt des Präſidenten am Miniſtertiſch endige, ſo wurde der Tumult ſo groß, daß von Bockum-Dolffs ſich ſeinen Hut bringen ließ, ſein Haupt bedeckte und die Sitzung auf eine Stunde vertagte. Aus dieſem Konflikt erwuchſen eine Erklärung des ganzen Miniſteriums, daß Artikel 60 der Verfaſſung, der ſeinen Mitgliedern das Recht verbürge, jederzeit gehört zu werden, durch die Unterbrechung verletzt ſei; eine königliche Botſchaft vom 20. Mai, in der der König das Haus zur Anerkennung der Rechte des Miniſteriums ermahnte; eine Adreſſe vom 22. Mai, welche die ſchärfſten Klagen gegen das Miniſterium enthielt, welche aber vom König nicht angenommen wurde; endlich eine neue königliche Botſchaft vom 26. Mai und der Schluß des Landtags am 27. Mai. Hiebei wurden ihm im ernſteſten Tone ſeine Angriffe auf die auswärtige Politik der Monarchie und deren lähmende Wirkung, ſowie ſeine Aufkündigung des Zuſammenwirkens mit der Regierung vorgehalten. Die Botſchaft ſchloß mit der Verſicherung, daß die Regierung den vollen Ernſt der Lage erkenne, ſich aber ſtark fühle im

Bewußtſein, daß es die Bewahrung der wichtigſten Güter des Vaterlandes gelte, und daß ſie an dem Vertrauen feſthalte, durch eine beſonnene Würdigung dieſer Intereſſen ſchließlich zu einer dauernden Verſtändigung mit der Landesvertretung zu gelangen.

Klang aus dieſen Worten etwas wie ein Wunſch und eine Hoffnung auf Verſöhnung hervor, ſo war es doch noch weit bis dahin; einſtweilen war Krieg die Loſung, und es hieß: à la guerre comme à la guerre! Wohl iſt wahr, daß auch im Abgeordnetenhaus gemäßigte Männer und gemäßigte Gruppen vorhanden waren, welche gern Frieden gehabt hätten, und ſelbſt von Forckenbeck brachte Anträge ein, welche den Weg zum Ausgleich ebnen ſollten; aber von zwei Forderungen ging auch der rechte Flügel der Mehrheit nicht ab: Vermehrung des Heeres nur gegen Gewährung der zweijährigen Dienſtzeit, und Rücktritt dieſes Miniſteriums, mit dem das Tiſchtuch ein- für allemal zerſchnitten ſein ſollte. Bismarck hatte gegen ſich das Parlament, die meiſt liberale Beamtenſchaft, den Kronprinzen, der unter dem Einfluß ſeiner engliſchen Gemahlin jeden Kampf gegen die Mehrheit des Unterhauſes als verfehlt, das Verfahren Bismarcks als aufreizend und verbitternd anſah. Bismarck hatte für ſich nur die Konſervativen im Parlament, netto und brutto elf Mann, ſo daß ſie, wie ſpäter Eugen Richter einmal ſagte, alle in einem einzigen Omnibus ins Abgeordnetenhaus fahren konnten; und auch dieſe folgten dem Miniſter nur im Innern, wenn es gegen den verhaßten Fortſchritt ging, nicht aber in der auswärtigen Politik, wo Bismarck die Auseinanderſetzung mit Öſterreich herbeiführen wollte; ſie ſahen ja in Olmütz nicht eine Niederlage, ſondern wie Bismarck ſelbſt einſt, ein große moraliſche Tat, die Abſage an alles revolutionäre Werk und Weſen, deſſen Hauptgegner eben das alte Öſterreich war. Für Bismarck war ganz und unbedingt jetzt nur der König, der ihm ſein tapferes Einſtehen für Reorganiſation und Krongewalt hoch anſchlug und es mit heller Freude begleitete; aber auch dieſes Bollwerk ſuchten allerlei Intriguen zu erſchüttern. So galt es die bedrohte Stellung mit jedem Mittel zu ſtärken. Der Miniſter des Innern Graf Friedrich Eulenburg und der der Juſtiz Graf zur Lippe maßregelten ihre liberalen Beamten rückſichtslos durch Strafverſetzung und Verſagung von Alterszulagen und ſuchten ſo ein Beamtentum zu ſchaffen, auf das ſich die Krone auch in Kämpfen gegen das Parlament unbedingt verlaſſen konnte, das ohne mit der Wimper zu zucken auf der ganzen Front einſchwenkte, wenn der König gebot. Unterſtützung der königlichen Politik auch bei Wahlen,

ſo ſchärfte ein Erlaß Eulenburgs ein, ſei oberſte Pflicht vor allem der Verwaltungsbeamten, dann aber aller Beamten überhaupt.*) In einem Schreiben an den Oberpräſidenten von Senfft-Pilſach vom 17. September 1863 ſtimmt Bismarck völlig in dieſen Ton ein: alle Beamten dürfen ihren etwaigen oppoſitionellen Überzeugungen keinesfalls erkennbaren Ausdruck geben; die politiſchen Beamten, auf deren Unterſtützung jede Regierung angewieſen iſt, müſſen auch aktiv mitwirken, namentlich bei Wahlen. Schärfer als ſelbſt in dem Jahrzehnt der Reaktion wurden die Zügel angezogen, und kaum war der Landtag nach Hauſe geſchickt, ſo erfolgte am 1. Juni eine Verordnung über die Preſſe,**) nach welcher gegen Zeitungen, deren Beſtreben dahin gehe, die Ehrfurcht und Treue gegen den König zu untergraben und die Einrichtungen des Staats, die öffentlichen Behörden und deren Anordnungen dem Haß oder der Verachtung auszuſetzen, zunächſt zweimalige, mit Gründen unterſtützte, ſchriftliche Verwarnungen ſeitens des zuſtändigen Regierungspräſidenten erfolgen ſollten; bleiben ſie fruchtlos, ſo ſollte das Erſcheinen der betreffenden Blätter zeitweiſe oder dauernd verboten werden. Dieſe „Preßordonnanzen“ erregten in den liberalen und demokratiſchen Kreiſen einen Sturm des Unwillens, da ſie eine Sache durch Miniſterialverfügung erledigten, welche dem Recht nach nur geſetzlich geregelt werden konnte, und da ſie in ihrer ſchneidigen Schärfe in der Tat die Unterdrückung der geſamten oppoſitionellen Preſſe ermöglichten. Man wies darauf hin, daß ſelbſt in dem deſpotiſch regierten Frankreich der Befehl zur Unterdrückung eines Blattes auf beſtimmte Tatſachen ſich gründen müſſe, daß aber in Preußen nunmehr ſchon die allgemeine Haltung eines Blattes genüge, ihm einen Strick zu drehen. Der Erlaß vom 1. Juni hatte eine ſehr unerwartete Folge: der Kronprinz, der im Miniſterrat dem Erlaß als einem geſetzwidrigen und gefährlichen widerſprochen hatte, der noch am 31. Mai ſeinen Vater in einem Brief ***) voll Zärtlichkeit und Ernſt beſchworen hatte, ſich durch das Miniſterium nicht zu einem verſchleierten Verfaſſungsbruch bereden zu laſſen, ſagte ſich in einem Schreiben an Bismarck vom 3. Juni aus Graudenz „von jeder Teil-

*) S. Bismarck-Jahrbuch 6, 200—201.

**) Abgedruckt bei Jäger u. Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenſtücke zur Geſchichte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1893, S. 384—385.

***) Nur teilweiſe und engliſch gedruckt in dem Annual register for the year 1863 (London 1864); deutſch vollſtändig bei Philippſon, Das Leben Kaiſer Friedrichs III., Wiesbaden 1900, S. 110—111.

nahme an ſolchen Maßregeln los," trug ihm auf, dieſe ſeine Verwahrung zur Kenntnis des Staatsminiſteriums zu bringen und ſagte, von ſeiner Frau zu einem energiſchen und klaren Schritt getrieben, am 5. Juni in Danzig zu dem Oberbürgermeiſter von Winter, der ihn namens der Bürgerſchaft öffentlich willkommen hieß: „Ich bedaure, zu einer Zeit nach Danzig gekommen zu ſein, wo zwiſchen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten iſt. Ich habe keinen Anteil an den Ratſchlägen gehabt, die dazu geführt haben. Aber wir alle, und ich am meiſten, der ich die edlen landesväterlichen Intentionen und die hochherzigen Geſinnungen Seiner Majeſtät des Königs am beſten kenne, wir alle haben die Zuverſicht, daß Preußen unter dem Zepter Seiner Majeſtät der Größe ſicher entgegengeht, die ihm die Vorſehung beſtimmt hat." Daß dieſe Äußerung des Thronerben auf die Oppoſition wirkte wie eine direkte Aufforderung, im Hinblick auf die aufgehende Sonne den Kampf gegen die Regierung des gegenwärtigen Monarchen fortzuſetzen, verſteht ſich von ſelbſt; daß der König ſie als eine unerhörte Diſziplinloſigkeit empfand, als direkte Auflehnung des Sohnes gegen den Vater, verſteht ſich nicht minder. Im erſten heißen Zorn erwog er, ob er nicht den Sohn mitten aus ſeiner Dienſtreiſe zurückrufen, ihm ſeine militäriſchen Ämter entziehen und ihn auf die Feſtung ſchicken ſolle. Es war dem Eintreten der Königin Auguſta und dem Bismarcks zu verdanken, wenn Schritte unterblieben, welche den Feinden Preußens das Schauſpiel offenen Haders im Königshaus geboten und damit Preußen bloß geſtellt hätten. Der König begnügte ſich, in einem Brief vom 7. Juni ſeinen Sohn, dem er die Geſetzwidrigkeit der Ordonnanz nicht zugab, einen ſcharfen Verweis zu erteilen, ihn zur Zurücknahme ſeiner Worte aufzufordern und ihn zu verpflichten, ſolche Äußerungen nicht wieder zu tun; andernfalls werde ſeine Abberufung nach Berlin erfolgen, wo dann werde beſtimmt werden, ob er ſeine Kommandoſtelle noch behalten könne. Der Kronprinz antwortete umgehend, daß er um Entſchuldigung bitte, wenn er gefehlt habe, daß aber ohne Rückſicht auf ihn Beſchlüſſe gefaßt worden ſeien, welche ſeine und ſeiner Kinder Zukunft gefährden. „Ich werde mit demſelben Mute für meine Überzeugung eintreten, wie Du für die Deine. Ich kann deshalb nichts zurücknehmen, werde aber ſchweigen." Noch konnte aus der Weigerung einer Zurücknahme der Bruch zwiſchen Vater und Sohn hervorgehen; wieder war es Bismarck, der, perſönlicher Verſtimmung keinen Raum gebend, nur das Intereſſe von Staat und Dynaſtie ins Auge faſſend,

dem König am 10. Juni auf einer Fahrt von Babelsberg nach dem Neuen Palais in Potsdam zuredete, „ſäuberlich mit dem Knaben Abſalom zu verfahren," den Kronprinzen nicht zum Märtyrer zu machen, was der Politik des Königs nur neue Hemmniſſe bereiten konnte, und die Sache ſo raſch und glimpflich als möglich beizulegen. Es war ein Moment, da Bismarcks menſchliche Größe, an welcher ſeine Nörgler ſo oft gezweifelt haben, und ſein politiſcher Scharfblick ſich in wunderbarer Weiſe verbunden offenbarten. Wilhelm I. ließ ſich überzeugen; in einem Brief vom 11. Juni verzieh er dem Sohn und beſtand nicht auf Zurücknahme der Danziger Rede, um ſo mehr aber auf künftiger Zurückhaltung: worein der Kronprinz ſich auch gefunden hat, allerdings zu großer Enttäuſchung der Liberalen, die um ihn als ihren Führer ſich zu ſchließen gehofft hatten. Der König brauchte aber lange, um den Zwiſchenfall zu verwinden; noch am 24. Juli ſchreibt Bismarck aus Gaſtein an ſeine Frau, daß die kronprinzliche Sache dem König am Herzen nage; er ſei ſtill und in ſich gekehrt und forciere ſich, heiter zu ſein.

In dieſen Wochen dauerten die früher erwähnten Verhandlungen der Großmächte wegen Polens noch fort, und die Unfreundlichkeit, welche namentlich Frankreich und Öſterreich dabei dem Zarenreich bekundeten, erregte, in Verbindung mit dem noch fortglimmenden Feuer des Aufruhrs in dem weiten und dünn bevölkerten Lande, in St. Petersburg ſolche Entrüſtung, daß Alexander II. im Juli 1863 den König von Preußen durch ein eigenhändiges Schreiben aufforderte, den Bund vom Februar noch enger zu ſchließen und an Frankreich und Öſterreich den Krieg zu erklären. Da Rußland wegen des polniſchen Kriegs 400 000 Mann*) unter Waffen hatte, wovon die Hälfte an der Weſtgrenze ſtand, und Preußen dank der Reorganiſation ein ebenſo ſtarkes Heer binnen wenigen Wochen aufſtellen konnte, ſo war als ſicher anzuſehen, daß das unvorbereitete Öſterreich ſchnell niedergeworfen werden konnte, ehe die Franzoſen heran waren: dann war Preußen imſtande, Deutſchland nach ſeinen Wünſchen und Intereſſen, unter Ausſchluß Öſterreichs, neu zu geſtalten, und wehe den deutſchen Fürſten, welche ſich ihm da widerſetzten. Gleichwohl hat Bismarck ſeinem König abgeraten, das Angebot an-

*) So v. Sybel, Die Begründung des Deutſchen Reichs, München 1889, 2, 518. Nach Simon, l'Allemagne et la Russie au 19. siècle, Paris 1893, S. 207 betrug die Zahl ſogar 500 000 Mann.

zunehmen — im letzten Grunde gewiß, weil bei allen Bündniſſen der Satz gilt: qui a compagnon, a maître: weil alſo, wenn man Öſterreich mit ruſſiſcher Hilfe niederwarf, Rußland auch bei den Friedensbedingungen und bei der Neugeſtaltung Deutſchlands gehört werden mußte. Da konnte dann Preußen nicht ſo vorgehen, wie es wollte; ein ruſſiſches Kuckucksei ward ihm in das deutſche Neſt gelegt und die Selbſtändigkeit der Neuſchöpfung von vorn herein gefährdet. Dazu kam noch die Möglichkeit, daß ſich Rußland mit Frankreich, das ja auch bekriegt werden ſollte, vielleicht ebenſo direkt hinter Preußens Rücken verſtändigte, wie das 1807 geſchehen war. Kurz, das ruſſiſche Angebot, zunächſt ſehr verlockend, zeigte bei näherer Betrachtung allerlei Schattenſeiten; es war gewißlich beſſer, es zu verwerfen und Deutſchlands Zukunft nur mit dem preußiſchen Hammer zu ſchmieden. So lehnte König Wilhelm den Vorſchlag ſeines Neffen ab, was ihm um ſo leichter fiel, als er perſönlich damals noch weit davon entfernt war, mit Öſterreich ſich überhaupt ſchlagen zu wollen. In ſeinem Brief an Alexander II. wählte er den Weg vollſter Ehrlichkeit: er vertraue dem Zaren perſönlich vollkommen; aber es gebe in St. Petersburg eine franzöſiſche Partei (er zielte auf Gortſchakow): wenn dieſe unter dem Drang der Verhältniſſe (gegen den Willen des Zaren ſelbſt) zu Macht gelange, ſo wäre Preußen in einer ſehr unangenehmen Lage, mit Frankreich verfeindet, Rußlands nicht mehr ſicher. Es war die Feſtſtellung der Tatſache, daß auf die Gruppierung der Mächte, die 1813 ſich gebildet und 1840 ſich nochmals bewährt hatte, unter den heutigen Verhältniſſen nicht mehr feſt zu rechnen ſei. Der Zar ward nachdenklich, gab ſeinem Oheim recht und ließ ſeinen Plan fallen — ein Beweis, daß er mehr einer augenblicklichen Aufwallung, als tieferen Gründen entſprungen war und daß Bismarck auch deshalb recht gehabt hatte, auf ihn nicht einzugehen.

Öſterreich war ſomit, ohne es zu wiſſen, durch Preußen vor einer ſchweren Gefahr bewahrt worden — und gerade in dieſem Augenblick verſuchte Kaiſer Franz Joſeph die deutſche Frage gegen Preußens ihm bekannten Standpunkt zu löſen. Er nahm an, daß der innere Konflikt die Kräfte Preußens lähmen werde, indem der König an dem Miniſterium Bismarck feſthalte, die Kammer aber dieſem Miniſterium keinen Taler bewillige; Preußen ſei alſo der Möglichkeit, jetzt die Vorhand zu ergreifen, beraubt und werde ſich wohl oder übel genötigt ſehen, den öſterreichiſchen Abſichten beizutreten. Es war dieſelbe Erwägung, welche den König Friedrich VII. von Dänemark

ſchon am 30. März ermutigt hatte, im Vertrauen auf die Zerriſſenheit und Zerfahrenheit Deutſchlands das ſogenannte Märzpatent*) herauszugeben, kraft deſſen er dem Programm der „eiderdäniſchen“ Partei gemäß, um die Einwirkung des deutſchen Bundes auf den däniſchen Staat abzuſchneiden, das deutſche Bundesland Holſtein vom übrigen Körper der Monarchie durch Errichtung eines beſonderen holſteiniſchen Heerweſens abſonderte und eben damit Schleswig als unzertrennlichen Beſtandteil dieſer Monarchie erklärte. Darin lag die Tragweite des Patents, wie die engliſche Wochenſchrift „Saturday Review“ ganz richtig hervorhob: Holſtein mochte deutſch bleiben, wenn nur dafür Schleswig von ihm losgeriſſen und ganz däniſch, Dänemark alſo bis zur Eider erſtreckt würde. Sofort legten Öſterreich und Preußen als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852 am 15. April Verwahrung gegen dieſen Staatsſtreich ein, und Bismarck ließ der däniſchen Regierung erklären, daß mit dem Märzpatent die Bedingungen verletzt ſeien, unter denen Preußen im Jahr 1852 in die Zurückgabe der Regierungsgewalt in die Hände des König-Herzogs gewilligt habe; die Schuld der daraus möglicherweiſe erwachſenden Verwicklungen müſſe er Dänemark zuſchieben. Der Deutſche Bund, zu dem Holſtein gehörte, deſſen Recht auf ewige Verbindung mit Schleswig jetzt zerriſſen war, forderte am 9. Juli die Wiederaufhebung des Patents, widrigenfalls er weitere Maßregeln ergreifen werde. Die Dänen lachten darüber, da ſie nicht an die Möglichkeit ſolcher Maßnahmen glaubten, denen überdies die anderen Großmächte äußerſten Falls ſich, ſo hofften ſie, widerſetzen würden.

Die Dänen ſahen auf Deutſchlands Schwäche; in Wien faßte man die üble Lage Preußens ins Auge. Der Militärkonflikt wuchs ſich in der Tat mehr und mehr zu einem Verfaſſungskonflikt überhaupt aus; zuerſt war das Bewilligungsrecht der Zweiten Kammer angetaſtet worden, dann die politiſchen Rechte der Beamten, jetzt die Freiheit der Preſſe; je reaktionärer das Miniſterium Bismarck vorging, deſto tiefer wurde ſein Gegenſatz zu der liberalen Partei, welche ſeit 1859 überall ſich kräftig regte und welche mit den freiheitlichen zugleich nationale Ziele verfolgte. Am 16. September 1859 hatte in Frankfurt anläßlich eines volkswirtſchaftlichen Kongreſſes die Gründung des ſogenannten Nationalvereins ſtattgefunden, der — im Gegenſatz zum

*) Damals in allen Zeitungen im Wortlaut gedruckt; jetzt am bequemſten zu leſen im „Staatsarchiv“ Bd. 5 (1863), S. 192—194.

deutſchen Reformverein (S. 93) — Deutſchlands Einheit unter preußiſcher Führung anſtrebte und an deſſen Spitze bald der vornehme und geiſtig hochbedeutende Hannoveraner Rudolf von Bennigſen (1824—1902) trat. Gerade dieſe Partei, auf welche er ſonſt hätte rechnen können, ſtieß Bismarck durch ſeine antiliberale Politik vor den Kopf; überall faßten die ultramontanen Gegner des preußiſchen Staats Mut, der ſeine nächſten Freunde nicht an ſich zog, ſondern ſich entfremdete. Wie ſchön hob ſich von dieſer dunklen preußiſchen Folie der Kaiſerſtaat ab, der ſeit dem 26. Februar 1861 wieder eine Verfaſſung und vermöge dieſer ein Abgeordnetenhaus beſaß, in welchem das Miniſterium Antons von Schmerling über eine deutſchliberale Mehrheit verfügte. Gewiß empfand man es in den Kreiſen des Nationalvereins ſehr gut, und wußte es von 1849 her, daß Schmerling ebenſo ein Gegner Preußens und der Einigung Deutſchlands ohne Öſterreich war, wie die Ultramontanen; aber ſeine liberale Parteiſtellung hatte doch etwas für ſie Anziehendes; ein im Zeichen der Reaktion durch Preußen geeinigtes Deutſchland wäre nach ihrer Anſicht eine Mißgeburt geweſen und wäre niemals von der Nation angenommen worden. So wandte ſelbſt Herzog Ernſt von Koburg, der zuerſt der Einheitsidee nicht bloß mit Worten, ſondern mit der Tat gehuldigt hatte (S. 68), ſich Öſterreich zu und ſtattete Franz Joſeph in Wien einen viel bemerkten Beſuch ab. Das Wochenblatt des Nationalvereins und das Tagesorgan der ſüddeutſchen Preußenfreunde, die „Süddeutſche Zeitung“, führten gegen das in Preußen beſtehende Regiment eine ſo ſcharfe Sprache, daß der Miniſter Eulenburg beide Blätter in Preußen auf Grund des Artikels 52 des Preßgeſetzes von 1851 verbot. Unter dieſen Umſtänden beſchloß Franz Joſeph, das Eiſen zu ſchmieden, ſolange es warm war, alſo die im Januar ins Stocken geratene Politik wieder aufzunehmen und Deutſchland auf öſterreichiſche Art zu einigen, wodurch die freie Bewegung für Preußen noch mehr eingeengt werden mußte als bisher. Unter dem Datum des 31. Juli 1863 erließ der Kaiſer eine Einladung an alle deutſchen Bundesfürſten und die freien Städte, ſie möchten ſich am 16. Auguſt in Frankfurt behufs Beratungen über eine Reform des Deutſchen Bundes verſammeln. Die Einladung an Preußen zu bringen übernahm der Kaiſer perſönlich, da König Wilhelm gerade, von Bismarck begleitet, in Wildbad Gaſtein im Salzburgiſchen zur Kur war. Am 2. Auguſt traf der Kaiſer dort ein und drang in den König, er ſolle den früher eingenommenen Standpunkt aufgeben und ſich an der ſo dringend notwendigen Reform beteiligen, welche — das gab er offen zu —

ohne Preußens Teilnahme nicht zuſtande kommen könne; der König möge ſeiner Pflichten gegen Deutſchland eingedenk ſein und angeſichts der ſchwierigen Weltlage dem Bund helfen, daß er ſich aus ſeinem tiefen Verfall erheben könne. Franz Joſeph traf die Töne vortrefflich, welche den König bewegen mußten; alte Sympathien von 1813 her, das Gefühl für neue Notwendigkeiten der Gegenwart verſetzte er in die erforderliche Schwingung. Aber Bismarck war überzeugt, daß der ganze von Öſterreich vorgeſchlagene Weg im Prinzip verfehlt ſei, weil die deutſche Frage nicht *mit* Öſterreich gelöſt werden *könne*, ja *ohne* Öſterreich und wahrſcheinlich *gegen* Öſterreich gelöſt werden *müſſe*. Es gelang ihm, ſeinen Herrn hart zu machen gegen alle Verſuche, ihn herüberzuziehen, und er vereitelte das Eingehen auf eine Politik, welche Preußen nur in eine Sackgaſſe führen konnte. Was der Kaiſer von ſeinen Vorſchlägen *) mitteilte, war nur geeignet, Bismarcks Widerſtand zu vermehren. Es handelte ſich um *eine Reformakte von 35 Artikeln*, nach welcher die vollziehende Gewalt des Bundes einem aus Preußen, Öſterreich, Bayern und noch zwei deutſchen Fürſten beſtehenden fünfköpfigen „Direktorium“ unter Öſterreichs Vorſitz und Preußens Vizepräſidium übertragen werden ſollte; dem Direktorium ſollte ein namentlich bei Kriegserklärung zuſtändiger Bundesrat (von 21 Stimmen, worunter drei für Öſterreich und drei für Preußen) und eine Volksvertretung zur Seite ſtehen, um die Geſetzgebung und den Haushalt des Bundes wahrzunehmen. Die Volksvertretung ſollte von den einzelnen Landtagen und aus der Mitte der Landtage gewählt werden, in der Weiſe, daß ein Drittel aus den erſten, zwei Drittel aus den zweiten Kammern hervorgehen ſollten. Ferner ſollten je nach Schluß des Bundesparlaments Fürſtentage ſtattfinden, um zu den Beſchlüſſen des Parlaments Stellung zu nehmen und die beiderſeits angenommenen Geſetze zu verkündigen. Endlich ſollte ein oberſtes Bundesgericht geſchaffen werden, das von Bundesregierungen wie von Privatperſonen in einer Anzahl näher beſtimmter Fälle ſollte angerufen werden können. Bismarck bezweifelte, ob die Fürſtentage eine praktiſche Einrichtung ſeien, und zog Miniſterkonferenzen vor; er verſprach ſich von einem Bundesparlament, das nur ein Abſud der Einzelparlamente ſein ſollte, nichts als eine Verſtärkung der partikulariſtiſchen Tendenzen, nicht aber eine ſolche der Einheitlichkeit; und er wollte überhaupt

*) Siehe deren Text bei Jäger-Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenſtücke, S. 387—396.

nicht den Kopf in das vorgehaltene Joch ſtecken und Preußen in die Lage bringen, ſowohl im Direktorium mit 4 gegen 1, als im Bundesrat mit 18 gegen 3, als im Parlament mit 225 gegen 75 Stimmen majoriſiert zu werden; denn von den 300 Abgeordneten ſollten nach der Reformakte unter ganz ungehöriger Bevorzugung der Kleinen, welche etwa doppelt ſo viele Abgeordnete bekommen ſollten, als ihnen der Volksziffer nach zuſtanden, Öſterreich und Preußen je 75, Bayern 27, Sachſen, Hannover und Württemberg je 15, Baden 12, beide Heſſen je 9, beide Mecklenburg zuſammen 6, Holſtein mit Lauenburg 5, Luxemburg und Limburg je 4, Naſſau 4, Braunſchweig, Weimar, Oldenburg je 3, Meiningen, Koburg-Gotha und Altenburg je 2, die andern vierzehn Staaten je 1 Abgeordneten entſenden. Es ließ ſich mit Sicherheit vorherſehen, daß in dieſem Parlament Öſterreich und die Preußen abgeneigten Mittelſtaaten Bayern, Sachſen, Hannover, Württemberg, beide Heſſen, Naſſau ſtets eine Mehrheit von etwa 169 gegen 131 Stimmen haben würden. Eine ſolche Reform war gefährlicher als der bisherige Zuſtand; ſie ſetzte das bisher ſouveräne Preußen dauernder Majoriſierung aus. Davon überzeugte ſich auch der König, und ſo lehnte er einfach die Teilnahme an den Beratungen von vorn herein ab. Sie wurden am 16. Auguſt gleichwohl unter Vorſitz Franz Joſephs und unter Anteilnahme aller Fürſten außer denen von Preußen, Dänemark und Lippe-Detmold in Frankfurt eröffnet, und als Wilhelm I. ſeiner Gewohnheit nach Ende Auguſt nach Baden-Baden kam, überbrachte ihm, da die Stimmung in Frankfurt ohne Preußen natürlich nicht eben hoffnungsfreudig war, der ehrwürdige und kluge König Johann von Sachſen am 19. Auguſt namens aller Fürſten eine nochmalige dringende Einladung, er ſolle ſich nicht allein von dem patriotiſchen Werk ausſchließen. „Dreißig regierende Herrn und ein König als Kurier!“ rief Wilhelm I. aus; wie kann man da, wollte er ſagen, ſich noch ſträuben? Es bedurfte eines langen und harten Kampfes, an deſſen Schluß beide, König und Miniſter, krankhaft erſchöpft waren, um den König bei ſeinem Nein feſtzuhalten. Damit aber war der ganze öſterreichiſche Plan geſcheitert. Zwar bekam der Entwurf in der zehnten Sitzung der Fürſten am 1. September alle Stimmen mit Ausnahme der von Altenburg, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Waldeck und Weimar; aber daß der Entwurf ohne Preußen ein totgeborenes Kind war, hatte der Kaiſer ſelbſt in Gaſtein zugegeben, und das zeigte ſich jetzt ſofort handgreiflich. Die Aufforderung, welche an Preußen zum Beitritt erging, rief am 15. September

einen Bericht *) des geſamten Staatsminiſteriums an den König hervor, der unter Wiederholung der oben (S. 106) dargelegten Bedenken in dem Rat gipfelte, die vorgeſchlagene Organiſation des Bundes abzulehnen, da ſie jede Bürgſchaft dafür vermiſſen laſſe, daß bei ihrer Durchführung die wahren Bedürfniſſe und Intereſſen der deutſchen Nation und nicht partikulariſtiſche Beſtrebungen zur Geltung kommen werden; es müßten ganz andere Grundlagen für die Reform geſucht werden, wofür der Weg von Miniſterialkonferenzen ſich empfehle. Volle Parität Preußens mit Öſterreich, ein Veto Preußens gegen Kriegserklärung, die Berufung „einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung“ wurden als unerläßliche Grundpfeiler jeder neuen Ordnung Deutſchlands bezeichnet. Auf dies befahl der König am 23. September mit einem die Vorſchläge der Fürſten, wie ſie waren, ablehnenden Beſcheid zu antworten. Und nun war es merkwürdig, wie ſchnell das Frankfurter Kartenhaus zuſammenbrach. Es hatte auch dadurch einen Stoß erhalten, daß einer ſeiner Hauptpunkte, das Parlament der Landtagsdelegierten, auf das Öſterreich wegen ſeiner zu erwartenden partikulariſtiſchen Grundſtimmung entſcheidendes Gewicht legte, von einem deutſchen Abgeordnetentag, der unter von Bennigſens Führung am 21. und 22. Auguſt etwa 300 Mitglieder deutſcher Landtage in Frankfurt vereinigte, ganz entſchieden abgelehnt worden war. Völlig im Einklang mit der Auffaſſung des verhaßten Bismarck ward von dieſer Verſammlung der Gedanke des Delegiertenparlaments als höchſt bedenklich bezeichnet und eine von der Nation ſelbſt erwählte Vertretung als unerläßliche Vorbedingung für das Gelingen der Reform bezeichnet; nur eine ſolche, einheitlich gewählt, konnte einheitlich wirken. Am 21. Oktober verſammelten ſich die Miniſter von elf der dreiundzwanzig Staaten, deren Fürſten in Frankfurt geweſen waren, unter Vorſitz des Grafen von Rechberg, öſterreichiſchen auswärtigen Miniſters, in Nürnberg, und verwarfen die preußiſchen Bedingungen, beſonders das direkt gewählte Parlament, als ganz unannehmbar; aber für den Antrag Rechbergs und des Sachſen von Beuſt, daß die Staaten, welche den Entwurf Öſterreichs gebilligt hatten, nun einen Bund für ſich bilden ſollten, war gar keine Stimmung vorhanden; die Herren geſtanden damit ein, daß ohne Preußen nichts zu machen war und daß ſie in einem Bund mit Öſterreich, ohne das preußiſche Gegengewicht, nur Öſterreichs Vaſallen geweſen wären. Nun ent-

*) Abgedruckt bei Hahn, Fürſt Bismarck, Berlin 1878, I 149—154.

rüſtete ſich auch Rechberg und ſagte drohend, daß der Weg nach Berlin für Öſterreich nicht weiter ſei als für die andern. Man begann in Wien einzuſehen, daß es nicht klug geweſen war, ſich ſo offen gegen Preußen zu wenden und es an die Wand drücken zu wollen, und ein unerwarteter franzöſiſcher Vorſtoß reifte dieſe Erkenntnis noch ſchneller. Am 2. November ſagte Kaiſer Napoleon bei Eröffnung des geſetzgebenden Körpers, daß die Verträge, durch welche 1815 Europa geordnet worden ſei, ſo oft durchbrochen worden ſeien, daß ſie keinen Halt mehr hätten; er werde alle europäiſchen Staaten zu einem Kongreß nach Paris einladen, welcher Europas Frieden auf neue Grundlagen ſtellen ſolle. Am 4. November erfolgte in der Tat nach allen Seiten (auch an Bayern, Württemberg, Hannover, Sachſen) die Einladung, welche von der Notwendigkeit ſprach, die legitimen Wünſche und ſouveränen Rechte der Völker zu befriedigen: Worte, aus welchen die Abſicht einer völligen Umwälzung, namentlich Öſterreichs Ausweiſung aus Italien, Rußlands aus Polen, herausgeleſen werden konnte, obwohl der Kaiſer verſprach, daß Europa „ohne Erſchütterung befriedigt werden ſolle.“ Öſterreich fühlte jetzt das dringende Bedürfnis nach einer Anlehnung; es konnte ſie, wie die Dinge lagen, nur in Preußen finden. Im Moment, wo es dies empfand, kam ihm Bismarck auf halbem Weg entgegen: die Gründe lagen in der Wendung, welche ſoeben die ſchleswig-holſteiniſche Sache genommen hatte.

In dem Augenblick, da dieſe Frage brennend wurde, war auch in Preußen ein bedeutſames Ereignis eingetreten. Am 4. September hatte König Wilhelm die Auflöſung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauſes ausgeſprochen, da mit ihm eine Verſtändigung über die ſchwebenden Streitfragen nicht zu erhoffen ſei, und der Umſtand, daß auf dem Gebiet der deutſchen Bundesverfaſſung Beſtrebungen hervorgetreten ſeien, wodurch Preußens Machtſtellung in Deutſchland und Europa verkümmert werden ſolle, dem preußiſchen Volk eine Kundgebung für die Unabhängigkeit und Würde Preußens zum Bedürfnis machen werde. Deutlich genug war hier die patriotiſche Saite angeſchlagen; ausdrücklich ward betont, daß ſolchen Gefahren gegenüber die politiſchen Meinungsverſchiedenheiten zurücktreten müßten. Die Wahlen am 1. November ergaben zwar abermals den Sieg der Oppoſition, von der 148 Abgeordnete auf die Fortſchrittspartei, 93 auf das linke Zentrum entfielen; bei 352 Abgeordneten im ganzen hatten dieſe zwei Fraktionen mit 241 Stimmen die große Mehrheit; aber die 11 Konſervativen wuchſen doch auf 37 an; ihre Zahl hatte ſich mehr

als verdreifacht. Daneben wurden 19 Altliberale, 28 Ultramontane und 27 Polen gewählt. Bismarck hatte einen Sieg gar nicht erwartet; er ſchrieb nach der Auflöſung am 4. September an ſeine Frau: „Ich habe kein Herz dazu; aber es geht nicht anders; Gott weiß, wozu es gut iſt. Es gehört ein demütiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unſeres Landes nicht zu verzweifeln. Möge er vor allem dem König langes Leben und Geſundheit ſchenken!“

Zweites Kapitel.

Die ſchleswig-holſteiniſche Frage bis zum Wiener Frieden 1864.

Wir haben der „allerhöchſten Bekanntmachung“ des däniſchen Königs Friedrich VII. vom 30. März 1863 oben (S. 104) gedacht. Durch ſie ward der Verſuch gemacht, Holſtein von Schleswig als einem von nun an unlöslichen Beſtandteil der däniſchen Monarchie zu trennen, und damit uralte Zuſammenhänge und feierlich verbrieſte Rechte zu löſen; Schleswig, das als däniſches Kronlehen betrachtet wurde, ſollte — trotzdem 1460 der erſte König-Herzog Chriſtian I. gelobt hatte, daß beide Herzogtümer „up ewig ungedeelt“ bleiben ſollten — nunmehr einfach ein däniſcher Bezirk werden. Der Deutſche Bundestag überwies das Märzpatent auf Anrufen der holſteiniſchen Stände den „vereinigten Ausſchüſſen“ zur Prüfung, und in deren Namen erſtattete der bayeriſche Geſandte am 18. Juni in der 19. Sitzung des Bundestags einen Bericht,*) welcher zugeſtand, daß das Patent dem Herzogtum Holſtein dem Anſchein nach einige wichtige Rechte gewähre, aber auch nur dem Anſchein nach; in Wahrheit werde das Normalbudget von 1856, das urſprünglich als vorläufiges Budget bezeichnet worden ſei, durch Artikel 2 des Patentes wenigſtens für Holſtein als ein endgültiges hingeſtellt, ſo daß den holſteiniſchen Ständen jede Mitwirkung bei ſeiner ſpäteren Abänderung entzogen ſein ſolle und ſie bloß über etwaige Zuſchüſſe zu dieſem Budget Beſchluß faſſen dürften. Dazuhin ſei nicht klar feſtgeſtellt, ob dies bloß von Zuſchüſſen aus den beſonderen holſteiniſchen Finanzen gelten ſolle oder von denen aus den gemeinſchaftlichen Einnahmen und Geldern des ganzen Königreichs; nur wenn die Stände auch über die letzteren Beſchluß faſſen dürften, hätten ſie wirklich

*) Abgedruckt im „Staatsarchiv“ 5 (1863) 218—245; dort ſtehen auch die unten erörterten Aktenſtücke.

etwas Wesentliches zu sagen. Die Schaffung einer besonderen holsteinischen Heeresabteilung gereiche an sich dem Bund zur Befriedigung, nicht aber, daß die Kosten dafür Holstein allein zu tragen haben solle (während es doch am andern Militäretat auch noch mitzahlen mußte) und daß es somit mehr als bisher belastet werde. Auch daß die bisher Holstein allein gehörigen Domänen und Forsten künftig als gemeinsamer Besitz behandelt werden sollten, sei unbillig; ebenso, daß nach dem überaus gewundenen Text des Artikels 5 gemeinsame Gesetze selbst dann sollten ergehen können, wenn Holstein ihnen nicht zustimmte. Aus allen diesen Gründen schlugen die Ausschüsse vor, Dänemark aufzufordern, „daß es dem Patent eine Folge nicht gebe," d. h. daß es das Patent zurückziehe; und am 9. Juli nahm der Bundestag diesen Antrag an. Dänemark ließ sich mit seiner Antwort bis zum 27. August Zeit; sie fiel dann dahin aus, daß der König Holstein, das von einer gemeinsamen Repräsentativverfassung nichts wissen wolle, Autonomie gewährt habe; damit sei alles geschehen, was das Land selbst wünsche, und auch alles, was der Bund nur irgend erwarten könne; wozu also der Lärm? Auf die Klauseln und Haken, welche für Holstein in dem Patent enthalten waren, ließ sich der dänische Minister des Auswärtigen, Hall, klüglicherweise gar nicht ein. Am 3. September aber richtete er ein Rundschreiben *) an alle dänischen Vertreter im Ausland, worin er hervorhob, daß, wenn der Deutsche Bund zur Besetzung Holsteins schreiten sollte, dafür selbst vom Standpunkt des Bundesrechts aus kein Vorwand bestünde; ein solcher Schritt würde nicht darauf abzielen, für Holstein eine autonome und unabhängige Situation zu erobern (welche es nach dänischer Ansicht ja schon hatte), sondern den König zur Annahme ganz anderer Forderungen zu zwingen, die Einkünfte des Landes mit Beschlag zu belegen und die andern Teile der Monarchie allein mit der öffentlichen Schuld zu belasten. In diesem Kampf würden nicht bloß Dänemarks Geschicke den Einsatz bilden, sondern auch die geheiligtsten Interessen des ganzen Nordens. Trotz dieser dänischen Hornstöße beantragten die Ausschüsse des Bundestags am 19. September, da das Märzpatent, dieser Abschluß einer Reihe dänischer Vertrags- und Rechtsverletzungen, von Dänemark nicht außer Kraft gesetzt werde, solle die Bundesexekution eintreten, und zwar solle sie Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover in der Weise aufgetragen werden, daß Sachsen und Hannover je 6000 Mann und je einen Zivilkommissar zur Übernahme der Ver-

*) „Staatsarchiv" 5, 411—412.

waltung nach Holſtein entſenden, Öſterreich und Preußen aber die ausreichenden Streitkräfte bereit halten ſollten, um die Durchführung der Exekution gegen jeden Widerſtand ſofort vollſtändig zu ſichern. Als dieſer Antrag bekannt wurde, richtete der engliſche Miniſter des Auswärtigen, Lord Ruſſell, am 29. September an ſeinen Geſandten beim Bundestag ein Schreiben, worin er erklärte: wenn der Ausſchußbericht nicht weiter gegangen wäre, als zu verſichern, daß das königliche Patent den Beſchlüſſen des Bundes nicht genüge; daß der Herzog von Holſtein kein Recht habe, ohne die Zuſtimmung ſeines Landtags über das Geld von Holſtein zu verfügen; daß die langen Ausflüchte Dänemarks eine Exekution notwendig gemacht hätten: ſo würde Ihrer Majeſtät Regierung nicht haben leugnen können, daß die aufgeſtellten Grundſätze die geſunden und in Wahrheit grundlegenden Prinzipien konſtitutioneller Regierung ſeien. Aber es könne nicht behauptet werden, daß die ganze däniſche Monarchie der Gerichtsbarkeit des Deutſchen Bundes unterworfen ſei. Wenn der Landtag von Holſtein in der Lage wäre, ein Veto gegen die Maßnahmen des däniſchen Parlaments und der däniſchen Regierung zu haben, ſo läge auf der Hand, daß die notwendigſten Maßnahmen der Verteidigung Dänemarks gegen einen fremden Feind verhindert werden könnten und daß damit der Beſtand und die Unabhängigkeit Dänemarks ernſtlich gefährdet wären. England, Öſterreich und Preußen ſeien durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 verbunden, die Unabhängigkeit Dänemarks zu achten; Ihrer Majeſtät Regierung könnte alſo eine kriegeriſche Beſetzung Holſteins nicht mit Gleichgültigkeit anſehen; ſie erſuche deshalb den deutſchen Bund, die ſtrittige Frage der Vermittlung derjenigen Mächte zu unterſtellen, welche an der Frage ſelbſt nicht, jedoch an dem Frieden Europas und der Unabhängigkeit Dänemarks tief intereſſiert ſeien.

Das Aktenſtück iſt ſehr charakteriſtiſch für die Auffaſſung der deutſch-däniſchen Streitfrage nicht bloß in England, ſondern in Europa überhaupt. Das Recht Holſteins auf Selbſtändigkeit wurde an ſich nicht beſtritten; im Vertrag von 1460, wo Chriſtian I. als Herzog über Schleswig-Holſtein von den Landſtänden angenommen wurde, war die Ungeteiltheit beider Herzogtümer und die Trennung der Verwaltung von der däniſchen in allen weſentlichen Stücken ſo deutlich als möglich ausgeſprochen; aber wenn das Recht auf Selbſtändigkeit ernſtlich geltend gemacht wurde, ſo ſchloß es die Macht ein, in gemeinſamen Angelegenheiten Nein zu ſagen und damit die Tätigkeit des däniſchen Staats zu unterbinden; das aber ſollte nicht

ſtatthaben. Folglich blieb nichts übrig, als entweder Hereinziehung auch Holſteins in den däniſchen Staat, was ſich aber ſofort als undenkbar erwies, oder ſeine vollſtändige Loslöſung; dieſe aber zog, wegen des Rechtsſatzes „up ewig ungedeelt“ den Bruch der Verträge von 1460 oder die Loslöſung auch Schleswigs nach ſich. Der Bundestag kümmerte ſich um die engliſche Einſprache nichts; er ſah die Sache eben nicht als eine ſtrittige an, welche vor ein Schiedsgericht zu bringen wäre, ſondern als eine unzweifelhafte, und ſo nahm er am 1. Oktober mit allen Stimmen gegen die von „Dänemark wegen Holſtein und Lauenburg,“ wie der amtliche Ausdruck lautete, und die „der Niederlande wegen Luxemburg und Limburg“ den Ausſchußantrag an. Dänemark enthielt ſich; die Niederlande — die zweite ausländiſche Macht im Bunde — ſtimmte bezeichnenderweiſe mit Nein. Da auch Öſterreich und Preußen mit Ja ſtimmten, ſo ſtand der Exekution — nach Ablauf der bundesmäßigen Friſt von ſechs Wochen — nichts im Wege, und es wurden, unter Fortführung nutzloſer Verhandlungen durch Dänemark, die Vorkehrungen zu ihrer Durchführung getroffen. Während ſie im Gang waren, drängte die ſogenannte „eiderdäniſche Partei“, welche Dänemark bis zur Eider erweitert ſehen, alſo Schleswig mit ihm vereinigen, Holſtein aber fahren laſſen wollte, und welche mit der ſogenannten Geſamtſtaatspartei nicht zu verwechſeln iſt, den König Friedrich VII. zur Annahme einer neuen Verfaſſung, welche die unlösliche Zugehörigkeit Schleswigs zu Dänemark ausſprechen ſollte. Es war kein Zweifel, daß damit der Grundvertrag von 1460 und beſonders auch alle Zuſagen von 1852 ſchnöd gebrochen wurden; der engliſche Geſandte in Kopenhagen, Paget, nannte die neue Verfaſſung geradezu eine Kriegserklärung an Deutſchland, und der allen wohlwollende Lord Ruſſell, deſſen beſondere Fürſorge für Dänemark wir aber kennen, äußerte: wenn die Verfaſſung auch nicht wörtlich Schleswig einfach einverleibe, ſo bahne ſie dies doch an und enthalte ſomit einen Vertragsbruch. Nicht anders ließ ſich der ſchwediſche Miniſter Manderſtröm vernehmen; er hat direkt in Kopenhagen vor der Annahme der Verfaſſung gewarnt. Es war alles umſonſt; *am 13. November 1863 nahm der däniſche Reichstag mit 40 gegen 16 Stimmen, alſo mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die Verfaſſung an.* Aber als der Miniſter Hall nach Glücksburg hinüberfuhr, um Friedrichs VII. Unterſchrift zu holen, fand er einen ſterbenden Mann, der ſich mit der endgültigen Verantwortung für eine Politik, der er bisher ſich notgedrungen gefügt hatte, im letzten

Augenblick ſeines Lebens nicht belaſten wollte. „Ich will nicht zeichnen," rief er aus; „Chriſtian mag es tun." *) Am 15. November ſtarb er. Sein Nachfolger, der wackere Herzog Chriſtian von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg (geb. 1818, geſt. 1906), als König Chriſtian IX., zauderte einen Augenblick, den verhängnisvollen Schritt zu tun, der Dänemark außerhalb des klaren Rechts und ſeines Schutzes ſtellte; er antwortete einer Abordnung des Kopenhagener Stadtrats, die ihn um die Unterzeichnung bat, er müſſe ſich ſeinen Entſchluß überlegen. Sofort ſchäumte die däniſche Volksſeele auf, welche ein Dänemark ohne Schleswig als verſtümmelt und lebensunfähig anſah; der neue König war ſeines Thrones, ja ſeines Lebens nicht ſicher, wenn er nicht nachgab; ſo ſetzte er am 18. November ſchweren Herzens ſeine Unterſchrift unter die Verfaſſung. Es war das Zeichen zum Losbruch des Sturmes.

Eine doppelte, unerhörte Rechtsverletzung lag nämlich in den Vorgängen der drei Tage: Schleswig ſollte von Holſtein losgeriſſen werden, mit dem es durch ein Jahrhunderte altes Recht unlöslich verknüpft war, und es ſollte das durch einen Mann geſchehen, der nach der Überzeugung der Schleswig-Holſteiner überhaupt kein Recht hatte, über ſie zu herrſchen. Das war ja der bewegende Grund für alle dieſe Wirren, daß nach dem däniſchen „Königsgeſetz" vom 14. November 1665 die Erbfolge in Dänemark der männlichen und weiblichen lutheriſchen Nachkommenſchaft der Oldenburger zuſtand, in Schleswig-Holſtein aber nach dem hier geltenden Landesrecht nur ihre männliche Nachkommenſchaft thronberechtigt war. Als das Ausſterben der männlichen Linie in abſehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten ſtand, hatte Chriſtian VIII. in ſeinem „offenen Brief" vom 8. Juli 1846 verkündigt, daß nach ſeiner Überzeugung die weibliche Linie auch in Schleswig erbberechtigt ſei, wogegen „über einzelne Teile von Holſtein" nicht mit derſelben Beſtimmtheit das Erbrecht in Anſpruch genommen werden könne. Gegen dieſen erſten Verſuch, Schleswig anders als Holſtein zu behandeln und es auf alle Fälle für Dänemark zu ſichern, hatte 1848—50 eine Erhebung der Herzogtümer ſtattgefunden, welche aber mit dem durch alle Großmächte unterzeichneten Londoner Protokoll (S. 48) geendigt hatte; dieſes erkannte Chriſtian von Glücksburg als Thronerben der ganzen Monarchie an, aber unter ausdrücklicher Wahrung der Rechte der

*) v. Sybel, Die Begründung des Deutſchen Reichs 3, 142.

Herzogtümer, insbesondere also unter Ausschluß der Einverleibung Schleswigs. Jetzt nun nahm Christian IX. die Rechte des Londoner Vertrags für sich in Anspruch; aber sofort erhob sich gegen ihn der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und machte, trotzdem sein Vater Christian August am 30. Dezember 1852 gegen eine Summe von 2 225 000 dänischen Talern „für sich und seine Familie" auf jeden Versuch einer Störung des Friedens des dänischen Staats verzichtet hatte, geltend, daß ihm, der diesen Verzicht nicht auch geleistet habe, nach dem klaren Erbrecht die Herzogtümer Schleswig-Holstein zugefallen seien; und nach der fast einstimmigen Ansicht aller Schleswig-Holsteiner, ja aller Deutschen hatte der Erbprinz mit diesem Schritt das Recht völlig auf seiner Seite. Am Bundestag regte sich eine Strömung, welche dem Gedanken des augustenburgischen Erbrechts den schärfsten Ausdruck geben wollte, indem mit dem Tod Friedrichs VII., als des letzten rechtmäßigen König-Herzogs, der bereits gefaßte Beschluß der Bundesexekution als hinfällig bezeichnet wurde; die Exekution könne sich ja ihrem Begriff nach nur gegen ein Bundesglied richten; ein solches sei aber Christian IX. gar nicht; er sei bloß Ausländer, und die Exekution müsse also in eine Okkupation, eine Besitznahme verwandelt werden. In diesem Sinn stellte Hessen-Darmstadt den Antrag, daß an Stelle der Exekution eine Besetzung Holsteins „zum Schutz aller Rechte" erfolgen solle; diese Fassung enthielt aber eine so unzweideutige Lossagung von dem Grundsatz des (vom Bundestag allerdings nie angenommenen) Londoner Protokolls, daß Österreich und Preußen sich darauf nicht einlassen konnten. Der Antrag Hessens fiel denn auch im Bundestag am 7. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen, und die Vornahme der Exekution ward unter Vorbehalt der Entscheidung über die Erbfolge endgültig beschlossen. Vom 24. Dezember ab wurde sie durch Sachsen und Hannoveraner vollstreckt, ohne Schwierigkeit, da die Dänen sich kampflos hinter die Eider zurückzogen. Hier machten die deutschen Truppen Halt, da sie Schleswig, als außerdeutsches Land, zu besetzen kein Recht hatten. Der Erbprinz von Augustenburg aber erschien, von einer großen Volksversammlung in Elmshorn gerufen, noch vor Ablauf des Jahres in Kiel und erließ am 31. Dezember eine Proklamation, worin er die Schleswig-Holsteiner kurzerhand als „seine getreuen Untertanen" bezeichnete; „der hohe, stattliche Mann mit einem Antlitz von regelmäßiger Schönheit, mit seiner besonnenen, ernsten und doch freundlichen Art erwarb sich rasch die Liebe und das Vertrauen

ſeiner ſonſt etwas ſchwerfälligen Landsleute." *) Er errichtete ſofort in Kiel eine Hofhaltung und ein Miniſterium, deſſen treibender Geiſt der bisherige koburgiſche geheime Rat Karl Samwer (aus Eckernförde, geb. 1819) war, und wenn auch dieſes Miniſterium formell kein Feld einer Tätigkeit hatte, ſo hatte es doch tatſächlich etwas zu bedeuten, da für die von den beiden Zivilkommiſſaren beſtellte „Landesregierung", welche aus lauter zuverläſſigen Anhängern des Erbprinzen gebildet wurde, die Ratſchläge des Miniſteriums ſo gut wie Befehle waren. Das war um ſo mehr der Fall, als ſo ziemlich ganz Deutſchland den Erbprinzen als den rechtmäßigen Herzog anſah, nicht am wenigſten König Wilhelm, ſein Sohn, der Kronprinz, und last not least das preußiſche Abgeordnetenhaus, das ſchon am 2. Dezember 1863 mit 231 gegen 63 Stimmen den Beſchluß gefaßt hatte: die Ehre und das Intereſſe Deutſchlands fordern es, daß ſämtliche deutſche Staaten den Erbprinzen als Herzog von Schleswig-Holſtein anerkennen und ihm beiſtehen, ſeine Rechte geltend zu machen.

Das war nun freilich durchaus nicht die Anſicht Bismarcks. Er hatte ſelbſt 1852 bei den Verhandlungen mit dem Vater des Erbprinzen über deſſen Verzicht die wichtigſte Rolle geſpielt (S. 48) und war der feſten Überzeugung, daß die „für Uns und Unſere Familie bei fürſtlichen Worten und Ehren" abgelegte Verpflichtung des Herzogs Chriſtian, nichts gegen die Erbfolge Chriſtians IX. zu unternehmen, auch den Sohn Friedrich binde und daß das Londoner Protokoll durch dieſen Vertrag mit Auguſtenburg nach allen Seiten gültig geworden ſei. Abgeſehen vom Rechtsſtandpunkt aber ſchien es Bismarck direkt gegen Preußens Intereſſe, einen neuen Mittelſtaat in Deutſchland aufzurichten, der ſofort am Bundestag die antipreußiſche Mehrheit verſtärken und Preußens Stellung noch mehr erſchweren würde. Drittens ſah Bismarck in Deutſchlands Intereſſe es als notwendig an, daß gerade an dieſer Stelle, an dem Berührungspunkt von Nord- und Oſtſee, ein ſolcher Mittelſtaat nicht errichtet werde, welcher aus eigener Kraft dieſe Stellung nicht behaupten und ihre Vorteile nicht ausnützen konnte; hier mußte eine Macht ſich auftun, die von ſich ſelbſt aus jedem Feind ein: Hände weg! zurufen konnte. Längſt war Deutſchlands Handel und Induſtrie in frohem, ſtolzem Wachstum begriffen; die preußiſche Schiffsexpedition nach China und Japan vom Herbſt

*) Karl Samwer und Karl Janſen, Schleswig-Holſteins Befreiung, Wiesbaden 1897, S. 173.

1860 hatte als letzten Beweggrund das Streben, überſeeiſche Beziehungen für unſer immer mächtiger ſich entfaltendes Erwerbsleben anzuknüpfen. In einer ſolchen Zielen zugewandten Zeit durfte die wundervolle Meeresſtellung, welche Schleswig-Holſtein darbot, durfte der tief eingefurchte Hafen von Kiel, einer der beſten der Welt, in dem die ſchwerſten Kriegsſchiffe bis hart ans Land herankommen und zu Hunderten Raum finden können, nicht in Hände geraten, welche zu ſchwach waren, ihn zu behaupten. Bismarck war der Anſicht, daß, wenn es gelinge, die Dänen aus den Elbherzogtümern hinauszuwerfen, niemand an ihre Stelle treten dürfe als Preußen, im eigenen wie im deutſchen Intereſſe. Er erzählt in den „Gedanken und Erinnerungen“ (2, 8), daß er gleich nach dem Tode Friedrichs VII. in einem Miniſterrat dies offen ausgeſprochen und den König daran erinnert habe, daß jeder ſeiner Vorfahren ſeit dem großen Kurfürſten für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe; er beſtand darauf, „obwohl der Kronprinz die Hände erhob, als ob er an meinen geſunden Sinnen zweifelte,“ daß dieſer Ausſpruch ins Protokoll aufgenommen werde.

Wie aber ſollte die Erwerbung der Herzogtümer möglich werden? Vor aller Welt ſagen durfte man ſo etwas ja nicht, wollte man nicht von vorn herein alles verderben; es galt den Gedanken vorerſt geheim zu halten, aber alles ſo einzurichten, daß er, wenn auch auf langen Umwegen, verwirklicht werden konnte: toujours y penser, wie Gambetta von der Revanche an Deutſchland geſagt hat, jamais en parler. Dem franzöſiſchen Geſandten Baron von Talleyrand, der ſeiner Regierung am 26. Januar ſchrieb, daß die preußiſchen Rüſtungen ſo groß ſeien, daß man an weiter ausgreifende Pläne glauben müſſe, an die Abſicht von Eroberungen und Vergrößerung Preußens, erklärte Bismarck am 9. Februar, die einfältigſte Politik wäre für Preußen, bei der Errichtung eines neuen deutſchen Großherzogtums mitzuwirken und einen Fürſten zu ſchaffen, der im Frieden in Frankfurt gegen Preußen ſtimmen und im Kriegsfall es bloßſtellen, wo nicht gar verraten werde. Für ein Kerlchen (pleutre) wie den Prinzen von Auguſtenburg verſchwende Preußen nicht das Blut ſeiner Soldaten und das Geld ſeiner Kaſſen; die Einverleibung zweier ſo ſchöner Landſchaften ſei wohl geeignet, den Ehrgeiz Preußens zu reizen; aber der König ſei von allen Souveränen der uneigennützigſte, und die andern Mächte würden ohne Entſchädigung einer Vergrößerung Preußens nicht zuſtimmen; Rußland könnte die ſeinige in der Oſtſee ſuchen. Er befolgte alſo die Taktik, von der Einverleibung zu ſprechen, als wenn ſie ebenſo

erwünſcht als unausführbar wäre; er ſtellte ſich, als ob er unter dieſen Umſtänden die Herzogtümer am liebſten bei Dänemark ließe, und ſchläferte damit den Argwohn Frankreichs ein.*)

Die nächſte Aufgabe war, Öſterreich für ein gemeinſames Vorgehen zu gewinnen, um ſo Europas Mißgunſt und Übelwollen leichter im Zaum zu halten; was 1909 gelungen iſt, daß Europa vor dem Bund Deutſchlands und Öſterreichs zurückwich, ward ſchon 1863 mutatis mutandis betätigt. Öſterreich aber ließ ſich um ſo leichter gewinnen, als es aus Angſt vor Frankreich und Rußland nach einer Stütze emſigen Auslug hielt und die auguſtenburgiſche Sache allen konſervativen Öſterreichern ſchon deswegen verdächtig war, weil ſie von allen Liberalen und Demokraten Deutſchlands mit ſolchem Eifer unterſtützt wurde. So gewann Bismarck den Grafen Rechberg für einen Antrag am Bunde, der am 28. Dezember gemeinſam eingebracht wurde und im weſentlichen lautete: „Dänemark ſolle von hoher Bundesverſammlung aufgefordert werden, das Grundgeſetz vom 18. November bezüglich des Herzogtums Schleswig nicht in Vollzug zu ſetzen, ſondern es definitiv wieder aufzuheben; im Fall der Weigerung werde der Bund im Gefühl ſeines Rechts und ſeiner Würde ſich durch die militäriſche Beſetzung Schleswigs ein Pfand für die Erfüllung der däniſchen Verpflichtungen von 1851 und 1852 verſchaffen. An dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage werde durch die Annahme dieſes Antrags nichts geändert.“ Der Antrag ging alſo davon aus, daß die Verträge von 1851—1852, d. h. vor allem das Londoner Protokoll mit ſeinen Klauſeln bezüglich der Rechte Schleswig-Holſteins, die Rechtsgrundlage bildeten, von der aus man an Dänemark Forderungen ſtellen könne. Für Preußen und Öſterreich verſtand ſich das eigentlich von ſelbſt, da ſie das Londoner Protokoll mit unterzeichnet hatten. Ganz anders ſtand der deutſche Bund zu dem Protokoll, das für ihn, wie wir ſahen (S. 49) unverbindlich war; und die Nation vollends ſchäumte vor Empörung darüber, daß an einem Vertrag, welcher nach deutſcher Volksauffaſſung die Erbfolge in Schleswig-Holſtein in gänzlich rechtswidriger Weiſe geordnet hatte, von deutſchen Staatsmännern unverbrüchlich feſtgehalten werde. Ein deutſcher Abgeordnetentag, der am 21. Dezember in Frankfurt ſtattgefunden hatte und von 447 Abgeordneten der Klein- und Mittelſtaaten, aber nur von 47 Preußen und gar nur 7 Öſter-

*) Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, Paris 1910, 1, 202. 231 f.

reichern besucht war, hatte einstimmig ohne Debatte beschlossen, daß mit allen gesetzlichen Mitteln darnach gestrebt werden solle, daß der deutsche Bund Herzog Friedrich anerkenne; jede dafür eintretende Regierung sollte unterstützt, jede gegnerische bekämpft werden; ein deutsches Parlament sollte baldmöglichst zusammentreten. Der französische Gesandte Baron Talleyrand hörte eben im Januar 1864 in Berlin, daß ein Ränkespiel im Gang sei, Bismarck zu stürzen, sobald die deutschen Truppen einmal in Schleswig seien, und ihn durch einen Minister zu ersetzen, der den deutschnationalen Ideen ergeben sei; er bezeichnet die Königin Augusta und den Minister Schleinitz als Beförderer dieser Ränke und meldet, daß Bismarck ihm mit mehr Nachdruck als je von seinem Wunsch gesprochen habe, sich zurückzuziehen und auf seine undankbare Aufgabe zu verzichten.*) Angesichts dieser augustenburgischen Strömung, von deren Unwiderstehlichkeit auch fremde in Deutschland angestellte Diplomaten, wie der englische Konsul Ward in Hamburg, überzeugt waren,**) wagte der Bundestag nicht als Verräter an der nationalen Sache zu erscheinen und lehnte zuerst am 12. Januar 1864 den österreichisch-preußischen, ganz folgerichtigen, Antrag auf Ausweisung des Erbprinzen aus Holstein mit 9 gegen 7 Stimmen, am 14. Januar den Antrag auf Inpfandnahme Schleswigs mit 11 gegen 5 Stimmen (Österreich, Preußen, Kurhessen, Mecklenburg, 16. Kurie) ab. Alsbald gaben die Bevollmächtigten der beiden Großmächte, von Kübeck und von Sydow, namens ihrer Regierungen die Erklärung ab, daß diese gemäß ihrer besonderen Stellung zu den 1851—52er Verträgen, sowie wegen der großen Dringlichkeit der Sache die Geltendmachung der Rechte des Bundes in die eigenen Hände nehmen würden.

Diese Erklärung, welche den kleinen Bundesgliedern ihre Ohnmacht in schneidender Weise zum Bewußtsein brachte, rief große Erbitterung hervor, und Sachsen erhob sogar offenen Einspruch gegen den Durchmarsch der Österreicher und Preußen durch Holstein, das jetzt in Bundesverwaltung stehe und ohne Erlaubnis des Bundes von niemand betreten werden dürfe. Es klang ganz ungeheuerlich, daß deutsche Mächte unter dem Schlachtruf: Erhaltung der schimpflichen Verträge von 1851—52! gegen Dänemark in den Kampf zogen. Was Bismarck anbetraf, so schien das der Auffassung, daß er ein eigenmächtiger, allen patriotischen deutschen Gefühlen

*) Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, 1, 203. 282.
**) v. Sybel 3, 188.

völlig unzugänglicher, hartgeſottener preußiſcher Junker ſei, endgültig Recht zu geben; es ſah ſo aus, als ob er ſich in Mißachtung und Verhöhnung der nationalen Empfindungen der Deutſchen geradezu gefalle. Und doch war dieſe Auffaſſung eine von Grund aus falſche, ungerechte und kurzſichtige. Mit beißendem Spott hatte Bismarck am 21. Dezember 1863 bei den Beratungen des Herrenhauſes den politiſchen Dilettantismus ſeiner parlamentariſchen Gegner durch den Vergleich gekennzeichnet, daß ſie von den Schwierigkeiten und Gefahren der europäiſchen Politik nicht mehr verſtünden als der Bewohner einer Ebene von den Schwierigkeiten und Gefahren einer Bergbeſteigung. Dem einfachen Mann ſchien nichts klarer, als daß man den Auguſtenburger auf Grund ſeines für unzweifelhaft erachteten Erbrechts als Herzog anerkenne und für alles weitere den lieben Gott ſorgen laſſe. In Wahrheit war dieſe Anerkennung im europäiſchen Völkerrecht nicht nur nicht begründet, ſondern durch dieſes direkt ausgeſchloſſen; wollte man den Erbprinzen als Herzog anerkennen, ſo zwang man England, Frankreich, Rußland als Bürgen des Londoner Protokolls, den Dänen zu Hilfe zu eilen, und auch Öſterreich und Preußen konnten ſich dieſer Pflicht nur durch Wortbruch entziehen: ob man es nun angenehm oder unangenehm empfand, auch ſie hatten das Protokoll unterſchrieben und mußten zu ihrer Unterſchrift ſtehen. Dieſes Protokoll war ein Beſtandteil des Völkerrechts, und von ihm mußte ausgehen, wer, ohne einen allgemeinen Krieg zu entzünden, Dänemark ins Unrecht ſetzen und ihm Schleswig-Holſtein entreißen wollte. Glücklicherweiſe war das kraft derſelben Verträge möglich, welche Chriſtian IX. zum König der Geſamtmonarchie machten. Dieſe Verträge enthielten nicht bloß Dinge zugunſten Dänemarks, ſondern auch ſolche zugunſten der beiden Herzogtümer; *) ſie ſicherten ihnen ihre alten Rechte, insbeſondere ihre unlösliche Zuſammengehörigkeit, ſie verboten Schleswigs Einverleibung. Gerade dieſen Teil der Verträge hatten die Dänen gebrochen; im Namen der Verträge konnte man ſie zur Rechenſchaft ziehen, ohne daß die andern Großmächte Einſpruch erheben durften. Im Gegenteil, wenn ſie redlich verfahren wollten, mußten ſie ſich auch auf den Standpunkt ſtellen, daß das Londoner Protokoll, ſo wie es lautete,

*) In der Formel, daß die Regelung der däniſchen Erbfolge „die Beziehungen des Herzogtums Holſtein zum deutſchen Bunde nicht beeinträchtigen ſolle".

in seiner Ganzheit gehalten werden mußte, daß es den Dänen nicht erlaubt sein durfte, das, was ihnen paßte, festzuhalten und das andere den Deutschen vor die Füße zu werfen. Mit einer Genialität und Kühnheit ohnegleichen erfaßte Bismarck diese Sachlage; aus dem geschmähten und verachteten Londoner Protokoll schuf er sich die Angriffswaffe, mit welcher er Dänemark unwiderstehlich zu Leibe ging, und zugleich den schützenden Schild, mit welchem er das Übelwollen der anderen Großmächte von sich abhielt, welche mit Knirschen zusehen mußten, wie der große Staatsmann im Namen des Völkerrechts dessen kecken Verächter zur Verantwortung zog, die Elbherzogtümer aus einer ihnen und uns verhängnisvollen Verbindung mit einem ausländischen Reiche befreite und uns die Stellung an der See eroberte, welche uns erst zu Herren in unseren Meeren machte und damit auch unserer überseeischen Entwicklung die gesicherte Grundlage verschaffte.

Bereits am 16. Januar wurde in Wien ein österreichisch-preußischer Vertrag unterzeichnet, welcher folgende Hauptpunkte enthielt: 1. An Dänemark ergeht die Aufforderung, das Grundgesetz vom 18. November binnen 48 Stunden zurückzunehmen. Im Weigerungsfall wird Schleswig von den Truppen beider Mächte besetzt. 2. Alsdann werden in Schleswig alle dänischen, Augustenburger und demokratischen Kundgebungen verhindert und das Land unter dem obersten Befehl des höchsten Truppenbefehlshabers durch Zivilkommissare verwaltet. 3. Wenn es zu Feindseligkeiten in Schleswig kommt und also die Verträge zwischen den deutschen Mächten und Dänemark hinfällig werden, so werden Österreich und Preußen die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnis feststellen; insbesondere werden sie die Frage der Erbfolge nicht anders als im Einverständnis mit einander entscheiden. Die Fassung dieses letzten Punktes war von Bismarck entworfen; Rechberg hätte lieber gesehen, wenn das Prinzip der Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfang als Ziel beider Mächte hingestellt worden wäre; denn er wünschte am Bestand dieser Monarchie nicht zu rütteln. Genau das Gegenteil erstrebten Bismarck und König Wilhelm; ihr Entschluß war, die Herzogtümer auf alle Fälle vom dänischen Joch zu befreien. Um aber Österreichs Mitwirkung nicht zu verlieren, hielten sie mit ihrem letzten Gedanken zurück; sie ließen sich nicht auf den Bestand Dänemarks festlegen; aber sie gestanden eine Fassung zu, welche Rechberg wenigstens Sicherheit bot, daß Preußen nicht einseitig über das künftige Los der Herzogtümer entscheiden konnte.

Der öſterreichiſche Botſchafter in Berlin, Graf Karolyi, der mehr als das von Bismarck Angebotene verlangte, ließ ſich überzeugen, daß man ſich im Kriegsfall alle Möglichkeiten offen halten, nicht dem Feinde ſelbſt eine letzte Schanze bauen müſſe; der Zorn über den Eigenſinn der Mittel- und Kleinſtaaten und die Wahrnehmung, daß Napoleon ihnen den Rücken ſteife, alſo ihre Hilfe gegen Öſterreich ſuche, gaben auch bei Rechberg den Ausſchlag. So erteilte Kaiſer Franz Joſeph ſeine Zuſtimmung zu dem Vertrag, und alsbald erging die Forderung nach Kopenhagen, die November-Verfaſſung zurückzunehmen. Am 28. Januar 1864 gab der neue Miniſter des Auswärtigen, der eiderdäniſche Biſchof Monrad, die ablehnende Antwort. *Die Würfel waren gefallen; die Bahn war frei*; mit dem erſten Kanonenſchuß wurden alle Verträge, welche Preußen und Öſterreich an Dänemark zum Schaden Deutſchlands banden, zerriſſen und die Möglichkeit beſſerer Verhältniſſe eröffnet.

Alsbald wurden die kriegeriſchen Vorbereitungen getroffen, und am 1. Februar überſchritten 37 000 Preußen und 23 000 Öſterreicher unter dem gemeinſamen Oberbefehl des greiſen Feldmarſchalls Wrangel, dem beſonderen von Prinz Friedrich Karl und General Gablenz die Eider. Die 40 000 Dänen konnten das Danewerk, das ſie quer über die Halbinſel angelegt hatten, nicht zu halten wagen, obwohl Kaiſer Napoleon der Anſicht geweſen war, daß die Deutſchen zwei Jahre davor liegen würden; ſie wichen vielmehr auf Flensburg zurück, konnten aber auch dieſe Stadt nicht behaupten, ſondern mußten in der ſtarken Stellung der Düppeler Schanzen auf einer Halbinſel nordwärts von Flensburg Zuflucht ſuchen. Infolge davon langten die Verbündeten bald an der Nordgrenze von Schleswig an, und wenn es nach den Öſterreichern gegangen wäre, ſo hätten ſie hier Halt gemacht und Jütland nicht betreten, als ein unzweifelhaft däniſches Land, das in dem ganzen Streit direkt nicht in Betracht kam und auf das ſich die deutſchen Anſprüche weder erſtrecken konnten noch erſtreckten. Als im Verfolg des Kriegs eine Abteilung der preußiſchen Gardehuſaren die Dänen über die jütiſche Grenze zurückwarf und aus dieſem Anlaß am 18. Februar die jütiſche Stadt Kolding beſetzte, erklärte der engliſche Miniſterpräſident Lord Palmerſton im Parlament, daß der verbrecheriſche Krieg dadurch doppelt frevelhaft geworden ſei, und verſuchte Kaiſer Napoleon zu einer Einmiſchung zu beſtimmen. Der Generalſtabschef Moltke aber ſagte zu König Wilhelm, daß, da Napoleon uns wegen Schleswigs den Krieg nicht angekündigt habe, er es auch

wegen Jütlands nicht tun werde; es ſei aber geboten, dieſes Land zu beſetzen, damit die Dänen nicht von hier aus die Verbündeten in Schleswig fortwährend ungeſtraft bedrohen könnten. Bismarck hielt die Beſetzung des Landes aus dem andern Grunde für notwendig, damit man für die zu erwartende und bald in der Tat verkündete Blokade der deutſchen Häfen durch die überlegene däniſche Flotte und für die Wegnahme deutſcher Schiffe Vergeltungsmaßregeln ergreifen könne. Nicht ohne große Mühe gelang es ihm, durch den nach Wien entſandten General Edwin von Manteuffel den Kaiſer Franz Joſeph zur Zuſtimmung zu bewegen, und ſo nahmen die Öſterreicher und eine preußiſche Gardediviſion im März Jütland bis hinauf zum Lymfjord in Beſitz. Am 18. April erſtürmten dann die Preußen unter Prinz Friedrich Karl die von 11 000 Dänen verteidigten Düppeler Schanzen und warfen die Dänen mit einem Verluſt von 4700 Mann und 118 Geſchützen nach der Inſel Alſen hinüber. Abgeſehen von dieſer Inſel waren nunmehr Holſtein und Schleswig von den Dänen befreit, und die offiziöſe Berliner „Provinzialkorreſpondenz“ verkündigte ſofort, daß nunmehr die Zuverſicht erhöht ſei, daß die Befreiung der deutſchen Länder vom däniſchen Joch wahrhaftig und vollſtändig erreicht werde und der Tyrannei und Tücke der Dänen in deutſchen Gauen ein- für allemal ein Ende gemacht werde.

In dieſer Lage verſuchte England durch Berufung einer Konferenz nach London eine Vermittlung eintreten zu laſſen, und ſowohl die Verbündeten als Dänemark gingen auf den Vorſchlag ein, die erſteren unter der Bedingung, daß auch der deutſche Bund zu den Verhandlungen mit zugezogen werde. Am 25. April wurde die Konferenz eröffnet und zunächſt ein Waffenſtillſtand vom 12. Mai ab auf vier Wochen vereinbart, während deſſen Dänemark die Blokade der deutſchen Küſten aufzuheben hatte; der Stillſtand wurde dann am 6. Juni nochmals um zwei Wochen verlängert. Bismarck nahm auf der Konferenz den grundſätzlichen Standpunkt ein, daß, nachdem Dänemark alle gerechten Forderungen abgelehnt, bewaffneten Widerſtand unternommen und bis zuletzt ihn fortgeſetzt habe, Preußen ſich von allen Pflichten vollkommen frei fühle, welche aus den Verträgen von 1851—1852 gefolgert werden könnten, und Öſterreich gab die gleiche Erklärung ab. Am 17. Mai bezeichneten ſie als die Vorausſetzung eines dauerhaften Friedens, der den Herzogtümern unbedingte Bürgſchaften gegen die Wiederkehr fremder Unterdrückung gewähre und Deutſchland die notwendige Sicherheit im Norden verſchaffe, die vollſtändige Unabhängigkeit

der durch gemeinſame Einrichtungen eng verbundenen Herzogtümer. Da die Dänen dieſen Standpunkt gänzlich ablehnten und auf die Perſonalunion der Herzogtümer mit Dänemark nicht eingingen, welche Chriſtian IX. als Herrn der — freilich von Dänemark ganz losgelöſten — Herzogtümer belaſſen hätte, ſo traten Öſterreich, Preußen und der Bund am 28. Mai mit der Erklärung hervor, daß ſie die vollſtändige Aufhebung jeder Verbindung Schleswig-Holſteins mit Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staat unter der Souveränetät des Erbprinzen von Auguſtenburg verlangen, „welcher nicht bloß in den Augen Deutſchlands die größten Erbfolgerechte geltend zu machen habe und deſſen Anerkennung ſeitens des Deutſchen Bundes geſichert ſei, ſondern welcher auch unzweifelhaft die Stimmen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung auf ſich vereinige.“ Dieſe Erklärung war geeignet, das größte Erſtaunen hervorzurufen; nicht weil der ſächſiſche Miniſter Herr von Beuſt, der Vertreter der Frankfurter Bundesverſammlung, ſeinen Namen unter ſie ſetzte — denn der Bund war ja von jeher auguſtenburgiſch geweſen —, ſondern weil Öſterreich, das bisher in dem Erbprinzen Friedrich weſentlich den Günſtling der verhaßten deutſchen Demokraten ſah, und Preußen für ihn eintraten. In Preußen waren zwar der König Wilhelm und ſein Sohn ebenfalls für den Auguſtenburger eingenommen; Bismarck aber war ſchon deshalb gegen ihn, weil er, wie wir wiſſen, die Herzogtümer im tiefſten Grunde ſeines Herzens für Preußen gewinnen wollte und der Erbprinz, wie die Dinge lagen, als der gefährlichſte Mitbewerber um die Herzogtümer anzuſehen war. Erklären läßt ſich Öſterreichs Verhalten nur daraus, daß Graf Rechberg die verlorenen Sympathien in Deutſchland wieder gewinnen wollte und daß er rechtzeitig zu verhüten bemüht war, daß Preußen den Preis des Sieges allein an ſich bringe. Bei Bismarck aber muß man annehmen, daß er ſich jetzt im Angeſicht des Auslandes nicht in Widerſpruch zu Öſterreich ſetzen, auch dieſes nicht einen Vorſprung bei der deutſchen Nation gewinnen laſſen wollte; er fand es alſo gut, die Schwenkung zum Auguſtenburger hinüber vorerſt äußerlich mitzumachen, und er tat es um ſo eher, als zu erwarten war, daß die Sache des Erbprinzen bei den andern Mächten keinen Anklang finden werde. Dieſer hatte zwar ſchon am 2. Dezember ſich brieflich an Napoleon III. als den Vorkämpfer hohen Gerechtigkeitsſinns und des Rechts der Nationalität gewandt, aber eine kühle Antwort, den Hinweis auf den Londoner Vertrag, erhalten; in England ſah man in ihm den entſchiedenſten Dänen-

feind, und Rußlands Zar Alexander II. glaubte als Gottorp-Oldenburger ſelbſt ſehr gute Anſprüche auf Schleswig-Holſtein zu beſitzen. So fand die auguſtenburgiſche Sache außerhalb Deutſchlands keinerlei Unterſtützung.

Gleichwohl brachte das offizielle Eintreten der drei deutſchen Vertreter für den Auguſtenburger es mit ſich, daß Bismarck es nun doch für unvermeidlich hielt, mit dieſem Prinzen ſich auseinander zu ſetzen und ſich zu überzeugen, ob er Preußens in ſeinen Lebensintereſſen begründeten Wünſchen ſo weit entgegenzukommen bereit ſei, daß man ſchließlich von dem direkten Erwerb der Herzogtümer abſehen konnte und die Einſetzung des Prinzen ſich mit dem preußiſchen Intereſſe zur Not vereinigen ließ. Dem Erbprinzen war ſchon am 16. April von König Wilhelm durch Vermittlung des Kronprinzen zu wiſſen getan worden, daß Preußen auf fünf Punkten *) beſtehen müſſe: erſtens der Gewinnung einer Flottenſtation und eines feſten Anhaltspunktes für die Entwicklung der preußiſchen Marine; zweitens der Erklärung Rendsburgs zu einer Bundesfeſtung mit preußiſcher Beſatzung; drittens der Sicherung des zu erbauenden Nordoſtſeekanals für den preußiſchen Verkehr und die preußiſche Flotte; viertens einer Militärkonvention nach dem Muſter der koburgiſchen; fünftens des Beitritts der Herzogtümer zum Zollverein, wenn dieſer ihre Grenzen berühre. Der Erbprinz nahm am 29. April alle dieſe Bedingungen an und bot noch überdies eine Marinekonvention an, wollte alſo auch die zu bauende ſchleswig-holſteiniſche Flotte nach Organismus und Ausbildung der Mannſchaften eng an die preußiſche Flotte anſchließen. Beim Zollverein machte er nur den Vorbehalt, „falls dieſer auf den Grundlagen des franzöſiſchen Handelsvertrags abgeſchloſſen werde," was aber, da Preußen ja eben dieſes Ziel verfolgte, eher als eine Förderung der preußiſchen Pläne denn als eine Ausflucht angeſehen werden muß.**) Auf Bismarcks Betreiben kam der Erbprinz von Kiel am 1. Juni 1864 nach Berlin, und hatte hier vormittags eine Zuſammenkunft mit dem Kronprinzen in Potsdam, um ſechs Uhr eine mit dem König in Berlin und endlich nachts von neun bis zwölf Uhr eine geheime Beſprechung mit Bismarck im auswärtigen Amt, über welche ſowohl eine Nieder-

*) Der Wortlaut bei Samwer-Janſen, Schleswig-Holſteins Befreiung, Wiesbaden 1897, S. 326, einem den auguſtenburgiſchen Standpunkt gegenüber Bismarck mit Schroffheit durchführenden Buche.

**) Samwer-Janſen S. 327.

ſchrift Bismarcks als eine des Erbprinzen vorliegt.*) Die Unterredung trug auch nach auguſtenburgiſcher Darſtellung „keinen gereizten oder heftigen Charakter; im erſten Teil war ſie angenehm, im zweiten auf Bismarcks Seite ein Markten um Vorteile.“ Die Hauptgegenſtände der Erörterung waren die Zugeſtändniſſe, welche Preußen fordern zu müſſen glaubte, und die Bürgſchaft, welche der Erbprinz leiſten ſollte, daß die Herzogtümer nicht „ein zweites Koburg“ würden, d. h. ein Herd liberaler Agitation, die, auf parlamentariſche Regierung in Deutſchland gerichtet, dem konſervativen Preußen Ungelegenheiten bringe. Schließlich zerſchlug ſich die ganze Verhandlung daran, daß der Erbprinz zwar ſeine Bereitwilligkeit beteuerte, ſeine Verſprechungen vom 29. April zu halten, daß er aber die Zuſtimmung der Landſtände der Herzogtümer dazu vorbehielt; ſich darüber hinwegzuſetzen, laufe gegen ſeine Ehre. Er hatte den Eindruck, daß Bismarck von Billigkeit und Rechtsgefühl und von Rückſicht auf ſeine ſchwierige Lage weit entfernt ſei; umgekehrt meinte Bismarck aus ſeinen Worten unverkennbar herauszuhören, daß der Erbprinz ſich bereitwillig durch die Stände von ſeinen gerechten Zuſagen entbinden laſſen werde, daß alſo ſeine Zuſagen keinen wirklichen Wert hätten. Der Erbprinz und ſeine Räte waren der Anſicht, daß Bismarck ihn wegen ſeiner innigen Beziehungen zum Kronprinzenpaar und zur Verfaſſungspartei haſſe und im letzten Grunde auch am 1. Juni nicht die Herzogtümer, wenn auch gegen Zugeſtändniſſe, an den Auguſtenburger überlaſſen, ſondern ſie für Preußen behalten wollte. Bismarck hatte dagegen ſeinerſeits den Eindruck, daß der Erbprinz für die Notwendigkeit eines Einverſtändniſſes zwiſchen ſeiner Sache und den Intereſſen Preußens und Deutſchlands nicht ſo zugänglich ſei, wie es nach Lage der Dinge hätte erwartet werden dürfen; er fand ihn, wie er in der „Provinzialkorreſpondenz“ vom 8. Juli 1864 ſchreiben ließ, von ſeinem vermeintlich allein maßgebenden Recht ſo durchdrungen, daß er jede andere Rückſicht, ſowohl Preußen und Öſterreich, als auch Deutſchland gegenüber beiſeite ſetzte; er ſchrieb ihm die „glaubwürdig mitgeteilte“ Äußerung zu: „Für mich und meine Sache wäre es beſſer geweſen, wenn Preußen ſich gar nicht in die ſchleswig-holſteiniſche Sache gemiſcht hätte.“ **) Wie ſich dieſe Anklagen mit dem deutlichen Angebot des Erbprinzen vom 29. April und ſeiner Äußerung reimen, daß er ſeine

*) Die Bismarcks bei von Sybel 3, 337—338; die des Erbprinzen bei Sammer-Janſen S. 336—344.

**) Ludwig Hahn, Fürſt Bismarck, 1, 254. 255.

Zugeständnisse gar nicht als Opfer ansehe, sondern als geboten durch das eigene Interesse der Herzogtümer selbst,*) ist freilich schwer zu verstehen, außer unter der allerdings nahe liegenden Annahme, daß Bismarck befürchtete, die Anerbietungen des Erbprinzen seien nur für den Augenblick gemacht, um Preußen zu ködern, und er werde sie später unter Berufung auf die Abneigung der Landstände wieder hinfällig machen. An dem Tisch des auswärtigen Ministeriums saßen am 1. Juni 1864 zwei Männer, welche sich nicht recht trauten, welche gegen einander eingenommen waren, und wenn der Erbprinz Bismarcks Mißtrauen hätte entwaffnen wollen, so hätte er rückhaltslos sich für Preußen entscheiden und erklären müssen, daß er von den Landständen die bedingungslose Annahme seiner Zugeständnisse vom 29. April fordern und seinen Regierungsantritt davon als von einer Sache abhängig machen werde, die seine Ehre als Mann und Fürst erheische. Eine solche Sprache hätte Bismarck doch wohl gewonnen, sein Mißtrauen beschwichtigt und ihm Bürgschaft gegeben, daß nicht Preußen schließlich nach allen Opfern an Blut und Geld der Getäuschte sein werde, indem es in einer Zeit, welche stürmisch nach Einheit drängte, einen neuen hinterhältigen und abgeneigten Mittelstaat an einer Schicksalsstätte deutscher Zukunft selbst habe errichten helfen. Die Erklärung, wie Bismarck sie erwarten und wünschen mußte, erfolgte nicht; der durchaus liberal gesinnte Erbprinz fühlte sich an seine Pflicht als konstitutioneller Fürst gebunden, daß die Landstände freie Hand haben müßten, ja oder nein zu sagen, und so verlief die Unterredung ohne Erfolg. Für Bismarck aber zeitigte sie das Ergebnis, daß er mit diesem Thronbewerber ein- für allemal fertig war und sein Entschluß feststand, von nun an auf die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen als einziges vom preußischen Standpunkt aus zu verantwortendes Ziel hinzuarbeiten.

Auf der Londoner Konferenz trat England, das nun auch seinerseits die Verträge von 1852 als tatsächlich hinfällig geworden ansah, unter Preisgabe des unhaltbar gewordenen Grundsatzes der dänischen Gesamtmonarchie mit dem Vorschlag hervor, — der für Dänemark möglichst viel retten sollte — Schleswig zwischen Dänemark und Deutschland zu teilen, und zwar schlug es als Grenzlinie die Schlei vor, wodurch die Städte Schleswig, Husum, Bredstedt, Flensburg, Tondern, Apenrade und Hadersleben zu Dänemark geschlagen worden wären. Da dadurch eine beträchtliche Anzahl

*) Sammer-Jansen S. 327.

deutſcher Bezirk endgültig unter däniſche Herrſchaft geraten wäre, ſo lehnten Öſterreich und Preußen zwar nicht den Vorſchlag der Teilung an ſich, aber doch dieſe Grenzlinie ab, weil bei ihrer Annahme die Gründe der jetzigen Erregung nicht beſeitigt, ſondern verewigt werden würden, und Bismarck ſchlug eine nördlichere Linie — Flensburg-Bredſtedt oder Apenrade-Tondern — vor. Schließlich beantragte England, daß die Feſtſtellung der Grenze einem Schiedsrichter übertragen werden ſolle; allein die Dänen lehnten das unbedingt ab und beſtanden auf der Linie der Schlei, überdies mit dem Anhang, „daß dabei alle militäriſchen und alle Handelsintereſſen Dänemarks gewahrt werden müßten;“ ſie wollten alſo offenbar auch an der Schlei noch allerlei Vorteile für ſich herausſchlagen. Bismarck hatte mit der Halsſtarrigkeit der Dänen gerechnet, als er ſich den Anſchein gab, auf eine Teilung Schleswigs einzugehen; ſo fiel auch dem Feind ausſchließlich die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Konferenz zu, welche am 25. Juni ſich ergebnislos auflöſte. Vier Tage nachher, am 29., ſetzten 16 000 Preußen trotz aller Schwierigkeiten, namentlich trotz der ihnen von dem däniſchen Panzerſchiff „Rolf Krake“ drohenden Gefahr nach der Inſel Alſen über und zwangen die dort ſtehenden 10000 Dänen mit einem Verluſt von 700 Toten und Verwundeten, 2600 Gefangenen, 108 Kanonen und 2 Kanonenbooten zu eiliger Flucht nach Fünen. Der Sieg koſtete Preußen nicht über 200 Mann. Damit war das letzte Stück ſchleswigſcher Erde zurückerobert, der ganze Streitgegenſtand den Dänen entriſſen. Auch aus Jütland wurden ſie nun völlig vertrieben, indem eine preußiſche Heeresabteilung am 10. Juli den Lymfjord überſchritt und Kap Skagen beſetzte; am 14. Juli ritt Prinz Albrecht, des Königs Neffe, mit ſeinem Gefolge bis zu dem Punkt, wo die Wellen von Nord- und Oſtſee zuſammenfließen — noch niemals in langen Jahrhunderten waren deutſche Waffen ſo hoch in den Norden hinauf getragen worden.

Damit war aber auch die Widerſtandskraft der trotzigen Dänen gebrochen. Das Heer, das durch eine verfehlte Politik in hoffnungsloſe Kämpfe verwickelt worden war, wo es am letzten Ende trotz aller Tapferkeit nicht ſiegen konnte, war über die demokratiſchen Machthaber ſo ergrimmt, daß es ſie am liebſten durch einen militäriſchen Gewaltſtreich weggefegt hätte. Der König Chriſtian IX. gewann dadurch den Mut, ſich des Miniſteriums Monrad zu entledigen und am 12. Juli ein neues konſervatives Kabinett unter dem Vorſitz Bluhmes zu berufen,

welches sofort Friedensverhandlungen einleitete, da andernfalls mit einem Übergang der verbündeten Heere nach der Insel Fünen zu rechnen war; er war so gut ausführbar als der nach Alsen, und dann hatte Dänemark, dessen Heer auf etwa 20 000 Mann zusammengeschmolzen war, das Äußerste zu befürchten. Nachdem ein Waffenstillstand abgeschlossen war, wurde schon am 1. August *der Vorfriede in Wien*, wohin sich Bismarck begeben hatte, zustande gebracht. Er enthielt den Verzicht des dänischen Königs auf Schleswig-Holstein und Lauenburg zugunsten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen und bestimmte, daß die für Rechnung der dänischen Monarchie aufgenommenen Schulden zwischen Dänemark und den Herzogtümern nach der Kopfzahl geteilt werden sollten und daß die Herzogtümer für die Kriegskosten aufzukommen hätten. Der Waffenstillstand wurde, um Zeit zu den endgültigen Vereinbarungen zu schaffen, auf drei Monate verlängert; am 30. Oktober 1864 ist der endgültige *Friede in Wien* abgeschlossen worden. Er bestätigte den Vorfrieden und setzte weiter fest, daß die Abtretung Schleswigs alle Inseln in sich begreife, welche zu diesem Herzogtum gehörten, und daß ebenso alle jütischen Enklaven in Schleswig (Mögeltondern, die Insel Amrum, die jütischen Teile der Inseln Föhr, Sylt und Romö) abgetreten würden, wogegen das schleswigsche Gebiet, das Ribe vom übrigen Jütland trennt, an Dänemark fiel. Der Anteil der Schulden des dänischen Gesamtstaats, den die Herzogtümer übernehmen sollten, wurde, um die unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Einzelausgleichung von Anrechten und Ansprüchen abzuschneiden, in Bausch und Bogen auf 29 Millionen dänische Taler (= 21 750 000 preußische Taler) festgesetzt. Das Recht, sich die Kriegskosten von den Herzogtümern zurückzahlen zu lassen, behielt Artikel 12 den beiden Siegern ausdrücklich vor. Mit diesem Wiener Frieden war eine alte Wunde am Körper Deutschlands für immer geschlossen; Dänemark, welches eine zu zwei Dritteln deutsche Provinz hatte an sich reißen wollen, hatte das Spiel endgültig verloren; Deutschland, das 1814 Schweden den letzten Rest seines deutschen Raubs entrissen hatte, war nunmehr auch Herr seiner ihm von Dänemark lange vorenthaltenen Nordmark.

Drittes Kapitel.

Die Entwicklung des Gegensatzes zu Österreich.

Während des ganzen im Vorstehenden geschilderten Zeitraums vom November 1863 bis zum Oktober 1864 war auch ein handelspolitischer Feldzug von größter Tragweite durch Bismarck geführt und gewonnen worden. Wie wir wissen (S. 73), hatte Preußen am 2. August 1862 einen auf freihändlerischen Grundlagen ruhenden Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen, und zwar im Namen und Auftrag des Deutschen Zollvereins; allein als der Vertrag fertig vorlag, erhob eine Anzahl von Staaten (Bayern, Württemberg, Hannover, Nassau und Hessen-Darmstadt) Einwände und verlangte, daß der Zollverein vor allem eine enge Verbindung mit Österreich schließe und der Handelsvertrag mit Frankreich nur insoweit in Kraft trete, als dies mit jener Verbindung vereinbar sei. Wieder offenbarte sich das österreichische Bestreben, das 1850 so energisch betätigt worden war, eine Zollgemeinschaft mit den deutschen Staaten zustande zu bringen und dadurch den Vorsprung einzuholen, den Preußen seit 1834 wirtschaftlich und politisch in Deutschland erlangt hatte. Bismarck hielt es für klug, eine engere Handelsverbindung mit Österreich nicht grundsätzlich abzulehnen; aber er bezeichnete sie erst als möglich, wenn vorher die Fortdauer des — Ende 1865 ablaufenden — Zollvereinsvertrags unter Festhaltung des französischen Vertrags auf weitere zwölf Jahre gesichert sei. Nach langen erfolglosen Verhandlungen griff Bismarck endlich energisch durch und berief auf 5. Dezember 1863 eine Beratung nach Berlin, die Klarheit darüber schaffen sollte, welche Staaten den Handelsvertrag annehmen und im Zollverein verbleiben wollten, welche nicht. Auch jetzt noch suchte Bayern die Sache möglichst zu verschleppen; Sachsen und Baden aber sprachen im Mai 1864 ihre Zustimmung zu der Erneuerung des Zollvereins auf der erwähnten Grundlage aus; Kurhessen tat bald das gleiche, und im Juli folgte auch Hannover nach, womit die Brücke zwischen der östlichen und westlichen Hälfte Preußens geschlossen und die weitere Abrundung des Vereins ermöglicht war. Als man so weit war, setzte Bismarck als letzte Frist für den Beitritt den 1. Oktober 1864 fest, und in der

Furcht, schließlich allein zu bleiben, von ihren Bevölkerungen, soweit sie vom Handel lebten, nachdrücklich um Fügsamkeit bestürmt, gaben auch Bayern und Württemberg ihren Widerstand auf. Am 12. Oktober wurde der Vertrag mit ihnen unterzeichnet; der Zollverein in seiner bisherigen Gestalt hatte sich als unzerstörbar erwiesen; die preußische Handelspolitik hatte einen vollkommenen Erfolg errungen. Mit Österreich ward in Prag über einen neuen Handelsvertrag beraten, wobei sich aber herausstellte, daß bei den von Österreich festgehaltenen hochschutzzöllnerischen Grundsätzen eine Einigung in absehbarer Zeit nicht möglich war. König Wilhelm I. gab persönlich den Ausschlag dafür — gegen Bismarcks Ansicht — daß der Paragraph 25 des bisherigen Handelsvertrags, wonach nach Ablauf der zwölfjährigen Zollvereinsperiode neue Verhandlungen über einen Zollverband mit Österreich stattfinden sollten, nicht mehr erneuert wurde; der hauptsächlichste Ratgeber des Königs in Handelsfragen, Ministerialdirektor Delbrück, war es, der den Paragraph zu Fall brachte. Die Sache wurde, so wenig ihr auch wohl praktische Bedeutung zukam, und so wenig der König dabei die Absicht einer Unfreundlichkeit gegen Österreich hatte, in Wien doch als eine Unfreundlichkeit *empfunden*, und das Ende des ganzen Handelsfeldzugs führte den Sturz des auswärtigen Ministers, Grafen Rechberg, und seine Ersetzung durch den Grafen *Alexander von Mensdorff-Pouilly* herbei. Da Rechberg das Zusammengehen mit Preußen durchgeführt hatte, so kam dem Ministerwechsel eine nicht zu verkennende politische Bedeutung zu.

Man hätte denken können, daß die unbestreitbaren großen Erfolge der Bismarckschen Staatsleitung *auf den inneren Konflikt in Preußen mildernd eingewirkt hätten*. In der Tat wurden auch einzelne der Gegner Bismarcks allmählich schwankend und fragten sich, ob es nicht am Ende geraten wäre, das Kriegsbeil zu begraben und der Fahne des Staatsmannes zu folgen, der Preußens Schiff mit so fester, sicherer und erfolgreicher Hand steuerte und der dem vorher mißachteten Staat ein ganz neues Ansehen in der Welt verschafft hatte. Aber auf die große Masse der Abgeordneten blieben die Ereignisse des Jahres 1864 ohne Wirkung; sie standen einfach auf dem Standpunkte, wie die Budgetkommission dies im Juni 1865 einmal ausgesprochen hat, daß vor Wiederherstellung des Ausgabebewilligungsrechts des Landtags und vor Ordnung des Budgetwesens seit 1863 keine Genehmigung irgend einer einzelnen Ausgabe zulässig sei, und so wurden alle Geldforderungen des Ministeriums schlankweg ab-

gelehnt, auch die notwendigſten und an ſich berechtigtſten. Am 22. Januar 1864 fiel die zu den Zwecken des däniſchen Kriegs verlangte Anleihe von zwölf Millionen Talern mit 275 gegen 51 Stimmen; am 2. Juni 1865 eine zweite Anleihe von zehn Millionen zur Herſtellung und Befeſtigung zweier Kriegshäfen in der Kieler Bucht und in der Jahde, ferner zur Anſchaffung von Panzerfregatten und ſchweren Gußſtahlkanonen; endlich am 13. Juni 1865 die Vorlage, welche nahezu neunzehn Millionen aus den Verwaltungsüberſchüſſen und dem Staatsſchatz zur Beſtreitung der Kriegskoſten forderte. Es half nichts, daß die Staatsfinanzen in ſo gutem Stande waren, daß man die verlangten Mittel leicht hätte aufbringen können; nichts, daß Bismarck in ergreifenden nationalen Tönen um die Gewährung der Möglichkeit bat, „Deutſchland zur See wehrhaft zu machen in dem Umfange, in dem uns dies mit den Mitteln der Herzogtümer erlaubt ſein wird," und daß er mit Bitterkeit und Schmerz ausrief, „er habe nicht geglaubt, daß der maritime Ehrgeiz der liberalen Partei inſoweit reduziert ſei, wie er dies aus den Reden der Liberalen entnehmen müſſe; der Kommiſſionsbericht enthalte eine indirekte Apologie Hannibal Fiſchers, der 1852 die deutſche Flotte unter den Hammer brachte." Der Abgeordnete Aßmann beſtritt am 21. Januar 1864 mit dürren Worten Bismarcks Befähigung zur Politik, was dieſer mit berechtigtem ätzendem Hohn erwiderte, und der Abgeordnete Virchow bezweifelte am 2. Juni 1865 Bismarcks Wahrheitsliebe wegen der erwähnten Äußerung über den Kommiſſionsbericht, worüber es zu einer Forderung auf Piſtolen kam, welche nur mit Mühe durch Roons Vermittlung beigelegt wurde.

Die wichtigſte Frage war nun eben die, welche zur Forderung der zehn Millionen Anlaß gegeben hatte: die des weiteren Schickſals von Schleswig-Holſtein. Kraft des Wiener Friedens hatte Chriſtian IX. ſeine auf dem Londoner Protokoll beruhenden, alſo im europäiſchen Völkerrecht begründeten Rechte auf die Herzogtümer — ſamt denen auf Lauenburg — an Öſterreich und Preußen abgetreten; dieſe waren damit die Souveräne von Schleswig-Holſtein geworden, allerdings Souveräne, denen ihr Recht durch den Erbprinzen von Auguſtenburg beſtritten wurde. Nach Bismarcks Auffaſſung hatte Preußen ein zweifelloſes Recht, mit ſeinem neuen Beſitz zu verfahren, wie es ihm gut ſchien, unter der Vorausſetzung, daß es Öſterreich als dem Mitbeſitzer nicht verwehrte, das gleiche zu tun. Zunächſt wurden die Sachſen und Hannoveraner, welche ſeit Dezember 1863 Holſtein beſetzt hielten, auf-

gefordert, das Land zu räumen; und da sich Sachsen weigerte, das von sich aus zu tun, führten Österreich und Preußen am 5. Dezember 1864 mit 9 gegen 6 Stimmen einen Bundesbeschluß herbei, der das Exekutionsverfahren für beendet erklärte und die hannöverischen und sächsischen Truppen und Zivilkommissare anwies, Holstein zu verlassen. Die Minderheit bestand aus Bayern, Württemberg, Sachsen, beiden Hessen, den sächsischen Häusern, Braunschweig und Nassau. Ihr Rechtsstandpunkt war der, daß niemand mehr Rechte übertragen könne als er selbst habe, daß aber Christian IX. auf die Herzogtümer bloß insofern einen eventuellen Erbanspruch besitze, als er nach dem Aussterben des ganzen augustenburgischen Hauses zur Nachfolge berufen wäre; vorerst, solange dieses Haus noch bestehe, habe er kein Recht und habe ein solches also auch nicht an Österreich und Preußen abtreten können. Daß dem so sei, hätten die beiden Großmächte ja am 28. Mai selbst auf der Londoner Konferenz anerkannt, wo sie vorgeschlagen hätten, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog einzusetzen. So einleuchtend das alles auch war — die Mehrheit trug den tatsächlichen Machtverhältnissen Rechnung, und am 7. Dezember übergaben die bisherigen Zivilkommissare von Könneritz und von Nieper die Regierung an die österreichischen und preußischen Kommissäre von Lederer und Zedlitz, und die Truppen zogen ab.

Der nunmehr bestehende Zustand des „Kondominiums", der gemeinsamen Herrschaft von Österreich und Preußen, konnte natürlich nicht andauern. Die am 1. Februar 1865 (unter Auflösung der holsteinischen Landesregierung) von Österreich und Preußen eingesetzte gemeinsame „schleswig-holsteinische Landesregierung" mit dem Sitz auf Schloß Gottorp vermochte nur so lange ihres Amtes zu walten, als völlige Einigkeit zwischen den beiden Besitzern herrschte; wenn sie über irgend etwas abweichender Ansicht waren, legte ein Teil in der Regierung den andern lahm. Tatsächlich war natürlich Preußen als den Herzogtümern benachbart im Vorteil; Österreich war zu weit entfernt. Am liebsten hätte man in Wien ein Tauschgeschäft gemacht und Schleswig-Holstein gegen Abtretung eines Teils von Schlesien, etwa der Grafschaft Glatz, an Preußen überlassen; aber König Wilhelm war zur Preisgabe alter und treuer Gebiete des preußischen Staats nicht zu bewegen. Als man dies in Wien wahrnahm, erörterte Mensdorff die Frage in dem Sinn, daß drei Möglichkeiten bestünden. Einmal die Einverleibung in Preußen, welche aber in Deutschland sehr übel aufgenommen werden und den fremden Mächten unter Berufung auf das gestörte Gleichgewicht

Anlaß geben würde, Ausgleichungen für ſich zu fordern. Dann die Gründung eines halbſouveränen Staats, der auf ſeine Hoheitsrechte über ſein Heer und ſeine Flotte, etwa auch auf Poſten und Telegraphen (zugunſten Preußens) zu verzichten hätte. Das widerſpreche aber dem Bundesrecht, das nur ſouveräne Staaten kenne; die deutſchen Fürſten müßten alle gleichberechtigt ſein. Drittens die Errichtung eines ſelbſtändigen Bundesſtaats, die in der Tat bei der Ungangbarkeit der erſten Wege allein übrig bleibe. Und nun neigte Öſterreich abermals dahin, dieſen Bundesſtaat dem Auguſtenburger zu übertragen, weil ſich die große Mehrzahl der Bundesfürſten für dieſen Bewerber feſtgelegt hatte; nur Oldenburg und Hannover widerſtrebten dem, das erſte, weil ſein Großherzog als der Gottorper Seitenlinie des ausgeſtorbenen däniſchen Herrſcherhauſes zugehörig ſelbſt Anſprüche erhob und darin von ſeinem mächtigen Verwandten, dem Zaren, unterſtützt wurde.*) Dem gegenüber blieb Bismarck auf dem alten Standpunkt, daß das Haus Auguſtenburg durch den Vertrag vom 30. Dezember 1852 ſeine Rechte ſelbſt ein- für allemal aufgegeben habe. Er machte weiterhin geltend, daß die Herzogtümer (wie alle deutſchen Gebiete) allmählich aus vielen einzelnen Teilen zuſammengewachſen ſeien und die Anſprüche irgend eines Hauſes nicht auf alle dieſe Teile gleichmäßig begründet ſeien — in der Tat, auf den Landkarten trugen die Herzogtümer jetzt eine gleichmäßige Farbe und ſahen wie ein geſchloſſenes Ganzes aus; eine hiſtoriſche Karte aber ergäbe ein ganz anderes, ſehr buntſcheckiges Bild. Anſprüche konnte nach Bismarck auch das Haus Hohenzollern erheben, weil der Kurfürſt Joachim I. 1502 die däniſche Prinzeſſin Eliſabeth, Tochter Johanns I., geheiratet hatte und dabei die Erbrechte dieſer Prinzeſſin an Schleswig-Holſtein ausdrücklich anerkannt worden waren. Schon am 25. November 1864 brachte die „Voſſiſche Zeitung" eine Artikelreihe, welche auf dieſen Verhältniſſen bauend ihre Schlüſſe zog, und am 15. Dezember erging ein königlicher Befehl an die preußiſchen Kronjuriſten, der ſie anwies, die rechtlichen Anſprüche ſämtlicher Bewerber zu prüfen.

---

*) Nach dem Werk les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71 1, 342 wäre Bismarck in einem früheren Moment, am 20. Februar, geneigt geweſen, für Oldenburgs Anſprüche einzutreten, welche infolge der Abtretung der ruſſiſch-gottorpiſchen Rechte „zahlreicher ſeien als die des Auguſtenburgers, welche ſich kaum auf ein Drittel der Herzogtümer erſtreckten." Dabei ſollte nur der deutſche Teil Schleswigs an Oldenburg kommen, der däniſche an Dänemark. Die Nachricht klingt fraglich.

Die öffentliche Meinung Deutschlands war immer noch augustenburgisch; aber allmählich begann doch da und dort auch eine andere Ansicht sich hervorzuwagen, und vor allem erhoben sich Stimmen, welche sich an die juristischen Zwirnsfäden des Bundesrechts nicht kehrten und eine enge Verbindung der Herzogtümer mit Preußen im nationalen Interesse forderten. Zu dieser Ansicht bekannte sich der berühmte Geschichtschreiber Roms an der Berliner Universität, Theodor Mommsen, selbst ein Schleswiger aus Harding, politisch ein sehr liberaler Mann, und am 22. Dezember 1864 richteten Baron Scheel-Plessen und sechzehn andere meist der Ritterschaft angehörige Schleswig-Holsteiner eine Adresse *) an den Kaiser Franz Joseph und König Wilhelm, worin sie eine unparteiische Prüfung der Erbfolgefrage forderten und für alle Fälle „den engsten Anschluß an Preußen" unter Wahrung der inneren Selbständigkeit des Landes als geboten bezeichneten. Dann trat Graf Reventlow auf, der die Gefahr wohl erkannte, welche in der Gründung eines neuen Kleinstaats an der Elbe für eine gesunde, nationale Entwicklung Deutschlands lag, und der auch, an den Beratungen des augustenburgischen Ministerrats beteiligt, immer deutlicher das Anwachsen der partikularistischen Gesinnung unter den Ratgebern des Erbprinzen wahrnahm. Auf sein Betreiben bildete sich auf einer Versammlung in Rendsburg am 12. Februar 1865 die „nationale Partei", die, zunächst nur aus 38 Männern bestehend, verlangte, daß Preußen als der Schutzmacht der Herzogtümer die volle Militärhoheit zu Wasser und zu Lande, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung eingeräumt werden sollten, und zwar seien diese Rechte vor der endgültigen Ordnung der inneren Verhältnisse sicher zu stellen — natürlich damit der Erbprinz, *wenn* er je Herzog werde, eine vollzogene Tatsache vorfinde, an der er nicht mehr rütteln könne. So stand Bismarck nicht mehr allein, als er am 22. Februar 1865 seine Depesche nach Wien absandte, in welcher er die Bedingungen bekannt gab, *an deren Erfüllung Preußen die Übertragung seiner durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte an einen andern im Interesse Deutschlands wie im eigenen knüpfen müsse*. Es waren ihrer sechs. 1. Ewiges Schutz- und Trutzbündnis Preußens und der Herzogtümer, kraft dessen deren gesamte Wehrkraft zu Wasser und zu Land

*) Vergl. hierüber und über das Folgende: Christoph v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten, Leipzig 1905, S. 415 ff.

zur Verfügung des Königs von Preußen ſtehen ſollte, damit er ſie zum Schutz der Intereſſen beider Länder verwende. Die Dienſtpflicht und die Stärke der Mannſchaften ſollten ſein wie in Preußen; die Aushebung durch preußiſche Behörden geſchehen; die Standorte ſollten in und außerhalb der Herzogtümer ſein, je nach dem Ermeſſen des Königs, der auch preußiſche Truppen nach den Herzogtümern legen könne. Die Mannſchaften ſollten demgemäß dem König den Fahneneid leiſten. 2. Die Bundespflicht des künftigen Herzogs ſollte dieſelbe bleiben; er ſollte alſo das holſteiniſche Bundeskontingent aus den nichtpreußiſchen Truppenteilen der unter dem Befehl des Königs ſtehenden gemeinſamen Armee beider Länder ſtellen. 3. Rendsburg ſollte Bundesfeſtung werden, aber, bis dies beſchloſſen ſei, von Preußen beſetzt bleiben. 4. Zum wirkſamen Schutz der Herzogtümer werden an Preußen mit vollen Souveränetätsrechten abgetreten die Stadt Sonderburg mit einem entſprechenden Gebiet auf beiden Seiten des Alſenſundes, das mindeſtens einen Halbmeſſer von einer halben Meile (3¾ Kilometer) haben ſollte; die Feſte Friedrichsort und auf der Oſtſeite des Hafens von Kiel ein Platz für Befeſtigungen; an den Mündungen des zu erbauenden Nordoſtſeekanals das für die Anlage von Befeſtigungen und Kriegshäfen nötige Gelände; auch ſollte Preußen die Leitung des Kanalbaus und die Beſtimmung ſeiner Richtung zuſtehen. 5. Schleswig-Holſtein tritt dem Zollverein und für immer dem preußiſchen Zollſyſtem bei. 6. Die Verwaltung der Poſten und Telegraphen ſamt allen damit zuſammenhängenden Rechten und Pflichten geht an Preußen über.

Zur Begründung dieſer Forderungen wies Bismarck in ſeinem Begleitſchreiben darauf hin, daß Preußen bei Einrichtung eines neuen Staates von dieſem ein unauflösliches Bündnis verlangen müſſe, da es ſich nicht ſelbſt einen eventuellen Gegner ſchaffen dürfe. Ebenſo ſehr bedürfe der neue Staat zu ſeinem Schutz eines ſolchen Bündniſſes; die Herzogtümer bildeten vermöge ihrer Lage und der politiſchen Verhältniſſe einen ſehr ausgeſetzten Angriffs- und Verteidigungspunkt, der auch die Sicherheit ganz Deutſchlands in ſich begreife. Preußen werde daher unter allen Umſtänden die Herzogtümer ſchützen müſſen, und wenn es ſolche Opfer und Verpflichtungen auf ſich nehmen ſolle, ſo müſſe es auch die Mittel erhalten, um dieſe Verpflichtungen jederzeit in wirkſamer Weiſe erfüllen zu können. Der deutſche Bund könne ſeinen Schutz nicht auf Schleswig ausdehnen, das nicht zu ihm gehöre; von der Sicherheit Schleswigs aber hänge die Holſteins ab; es müßten alſo die Streitkräfte

beider Herzogtümer gleich organisiert und mit dem preußischen Heer verbunden werden, was Artikel VIII der Bundeskriegsverfassung gemäß sei; denn dieser Artikel gestatte, die Organisation der Bundeskriegsmacht den besonderen Verhältnissen und Interessen der einzelnen Staaten gemäß zu gestalten. Die Selbständigkeit des holsteinischen Bundeskontingents, wie sie aus Artikel V der Bundeskriegsverfassung sich ergebe, werde gewahrt, indem es nicht mit dem preußischen Kontingent verbunden werde, sondern fortfahre, ein Teil des zehnten Bundesarmeekorps zu sein. Die verlangten Gebietsabtretungen seien notwendig und kaum ein Ersatz für die von Preußen zum Zweck der Befestigungen zu bringenden Geldopfer. Daß Holstein kein besonderes Zollgebiet sein dürfe und die Posten und Telegraphen von Preußen zu verwalten seien, ergebe sich aus den Interessen des allgemeinen Verkehrs. Endlich die Aufsicht über den Kanal müsse Preußen in Anspruch nehmen, da er die Verbindungslinie für die preußische Marine in Nord- und Ostsee darstelle. Die Herzogtümer könnten aus dem Schutz Preußens und Österreichs nur entlassen werden, wenn sie in eine Lage gebracht werden, welche diesen Schutz für sie selbst, für Deutschland und Preußen ersetze. Ohne die vollständige und bindende Regelung dieser Verhältnisse könne Preußen zu einer Veränderung des status quo nunc seine Zustimmung nicht geben. Wer nach Ordnung aller dieser Dinge Souverän werden solle, bleibe weiteren Verhandlungen vorbehalten; aber die Bedingungen Preußens seien von der Person des Souveräns unabhängig, weil sie auf der Natur der Dinge und der von Preußen zu übernehmenden Pflichten beruhen.

So einleuchtend auch vom heutigen deutschen Standpunkt aus diese Ausführungen sein mögen — für 1865 bedeuteten sie eine zweifellose Revolution. Nach der Bundesakte sollten alle Bundesglieder souverän sein; der unter den Februarbedingungen eingesetzte Herzog von Schleswig-Holstein wäre nichts gewesen als ein einer gründlichen capitis deminutio unterzogener, keinem andern Fürsten gleich gestellter preußischer Vasall. Mit dem Bundesrecht, wie es war, sind diese Bedingungen in der Tat gänzlich unvereinbar gewesen; sie zielten auf einen Umsturz des Bundes und eine neue Gestaltung Deutschlands, in welcher die militärische Leitung der Nation vertragsmäßig dem König von Preußen zufiel, diesem also eine überragende Stellung, griechisch gesprochen die Hegemonie, zuerkannt und überdies die einheitliche Gestaltung wichtiger wirtschaftlicher Betriebe wie der Posten und Telegraphen festgelegt war.

Aus der ſchleswig-holſteiniſchen Frage wuchs ſofort die deutſche Frage überhaupt heraus; lange theoretiſch erörtert, mußte ſie jetzt praktiſch entſchieden werden, da es ſich darum handelte, ob nach dem Grundſatz der anorganiſchen Welt per solam ixta-positionem, durch einfache Aneinanderreihung, ein neuer Mittelſtaat geſchaffen oder nach dem Muſter der organiſchen Welt eine neue Form der deutſchen Gemeinſchaft errichtet werden ſollte. Öſterreich war entſchloſſen, das zweite nicht zu dulden, um ſo weniger, als die Depeſche Bismarcks mit rückſichtsloſer Geradheit bloß Intereſſen Deutſchlands, Preußens und Schleswig-Holſteins kannte, von Öſterreich aber gar nicht ſprach; dieſem ward damit zu verſtehen gegeben, daß es in der erſtrebten Neuordnung gar keinen Raum habe; und indem ihm auch nicht eine einzige Gegenleiſtung für den Übergang der Herzogtümer an Preußen geboten wurde, ſprach Bismarck es aus, daß die von ihm vorgeſchlagene Löſung im deutſchen Intereſſe ſich von ſelbſt verſtehe und dafür ein Preis nicht und an niemand gezahlt werde. Graf Mensdorff hatte ſich nun zu fragen, ob er Preußens Forderungen mit allen Konſequenzen annehmen und dafür allerdings ein dauerndes Friedensverhältnis zu Preußen eintauſchen wolle, oder ob er es vorziehe, die Zuſammenfaſſung Deutſchlands unter Preußens Führerſchaft als für ſeinen Staat unannehmbar anzuſehen und dagegen bis aufs Meſſer zu kämpfen. Es war eine folgenſchwere Entſcheidung, und nach allem, was ſeit 1849 ſich abgeſpielt hatte, kann es nicht wundernehmen, daß der — ohnehin großer Gedanken nicht fähige — Staatsmann dem Schwergewicht der Vergangenheit erlag und ſeinem 34jährigen Kaiſer, der unter Schwarzenberg (S. 35) ſeine politiſche Lehrzeit durchgemacht hatte, riet, ſich den preußiſchen Forderungen zu widerſetzen. Am 5. März lehnte Mensdorff die preußiſchen Bedingungen ab; am 19. erließ er ein Rundſchreiben an die Mittelſtaaten, worin er ſich bereit erklärte, den Antrag, den Bayern und Sachſen einzubringen im Begriff ſtanden, zu unterſtützen. Der Antrag wurde am 27. März geſtellt und lautete: „Hohe Bundesverſammlung wolle die vertrauensvolle Erwartung ausſprechen, es werde Öſterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Auguſtenburg das Herzogtum in eigene Verwaltung zu übergeben.“ Der Antrag ging alſo über die Frage, ob nicht etwa andere Bewerber beſſer berechtigt ſeien als der Erbprinz, ſtillſchweigend weg und nahm ebenſo

wenig Notiz von Bismarcks Erklärung vom 22. Februar, daß vor Bestellung eines neuen Herzogs die Forderungen Preußens erledigt sein müßten. Mit 9 Stimmen gegen 6 (Preußen, Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, die 15. und 17. Kurie — Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg; die vier freien Städte) ward der Antrag angenommen; Österreich stimmte in der Tat mit der Mehrheit. Damit war Preußen der Fehdehandschuh hingeworfen; es beantwortete den Beschluß mit der sofortigen Verlegung der Danziger Militärstation nach Kiel, was einer Besitznahme dieses Hafens gleich kam, und bereits am 29. Mai 1865 wurde in einem Ministerrat, dem der Kronprinz und Moltke anwohnten, die Frage des Krieges gegen Österreich erörtert. Moltke erklärte, daß das Heer, will sagen das Offizierskorps, für die Einverleibung der Herzogtümer und für den Krieg sei; daß er selbst den Sieg für möglich, die ziffernmäßige Überlegenheit Preußens für wahrscheinlich halte. Die sämtlichen Minister, außer dem der Finanzen, von Bodelschwingh, und dem des Innern, Grafen Friedrich Eulenburg, stimmten daraufhin für die Einverleibung, selbst auf die Gefahr eines Kriegs, Bismarck an erster Stelle, der bald nachher, am 23. Juli, den Versuch gemacht hat, Bayern durch Angebot der Hegemonie im Süden auf die preußische Seite zu ziehen und so die Aussichten auf Sieg zu steigern. Der Kronprinz aber warnte vor gewaltsamen Schritten, welche die Zerfleischung Deutschlands und das Eingreifen des Auslandes herbeiführen würden, und befürwortete dem Bundesbeschluß gemäß die Einsetzung des Erbprinzen, wodurch man alle Schwierigkeiten beseitigen und einen gut preußisch gesinnten Herzog bekommen werde, der alle notwendigen Zugeständnisse zu machen erbötig sei. Der König konnte sich nicht entschließen, sofort eine Entscheidung zu treffen, und hob die Beratung ohne Ergebnis auf. Der Kronprinz hatte den Eindruck, als ob Bismarck der inneren Schwierigkeiten durch einen Krieg Herr werden wolle, und setzte deshalb auch in der nächsten Zeit allen Versuchen des Ministerpräsidenten, ihn zu gewinnen, einen zähen Widerstand entgegen. Aus allen diesen entgegenwirkenden Momenten erklärte es sich, daß am Ende in einer persönlichen Zusammenkunft König Wilhelms mit seinem Neffen Kaiser Franz Joseph (dessen Mutter Sophie war die Schwester Elisabeths von Bayern, der Gemahlin Friedrich Wilhelms IV.) im Wildbad Gastein am 14. August 1865 ein Ausgleich zustande gebracht wurde, dem Bismarck, der bereits in Florenz über ein Bündnis mit Italien sondiert hatte, widerwillig seine Zustimmung

gab.*) Die Unterzeichnung fand durch beide Monarchen in Salzburg am 20. Auguſt ſtatt. Die Urkunde beſagte, daß das Kondominium zu Unzukömmlichkeiten geführt habe und Ihre Majeſtäten deshalb zu dem Entſchluſſe gelangt ſeien, die Ausübung ihrer Rechte auf Schleswig-Holſtein geographiſch zu teilen. Unbeſchadet der Fortdauer der Rechte beider Mächte an der Geſamtheit der Herzogtümer — hier bemerkt man ſofort die Abänderung des urſprünglichen Bismarckſchen Entwurfs — ſollte alſo die Verwaltung von Holſtein auf Öſterreich, die von Schleswig auf Preußen übergehen. Bis eine deutſche Flotte mit Kiel als Bundeshafen geſchaffen ſei, was beide Mächte zu beantragen ſich verpflichteten, habe Preußen im Kieler Hafen Kommando und Polizei zu üben; auch ſei es befugt, Befeſtigungen und Marineanſtalten dort zu errichten. Rendsburg ſollte Bundesfeſtung werden. Preußen erhielt zwei Militärſtraßen durch Holſtein, eine über Lübeck nach Kiel, die andere von Hamburg nach Rendsburg. Die Herzogtümer ſollten dem Zollverein beitreten; den Nordoſtſeekanal ſollte Preußen anlegen und beaufſichtigen dürfen. Die Kriegskoſten ſollten nach der Volksziffer auf beide Herzogtümer umgelegt werden. Lauenburg ward von jeder Beitragspflicht dazu befreit und gegen ein Entgelt von 2 500 000 däniſchen Talern (vgl. S. 129) von Öſterreich an Preußen überlaſſen. Die Teilung der Verwaltung ſollte ſofort in die Wege geleitet und bis 15. September beendigt werden.

Überblickt man dieſen Vertrag von Gaſtein, ſo ſpringt in die Augen, daß er für Preußen weſentliche Vorteile enthielt. Zwar hatte Schleswig, das es in Verwaltung nahm, nur 406 000 Einwohner, während das in öſterreichiſche Leitung übergehende Holſtein 565 000 zählte.**) Aber die Teilung war ja nur eine tatſächliche, keine rechtliche; Preußen behielt ſeine Rechte auf Holſtein, wie Öſterreich ſeine auf Schleswig. Dann aber wurde Preußen jetzt ſchon die wirkliche Herrſchaft über den Hafen von Kiel

*) Der von Bismarck ſelbſt verfaßte urſprüngliche Entwurf des Vertrags iſt von Horſt Kohl mitgeteilt im Bismarckjahrbuch 4 (1897) 196—199. Darnach ſollten 1. die Rechte auf Schleswig und Lauenburg an Preußen, die von Holſtein auf Öſterreich übergehen; 2. ſollte das Beſatzungsrecht in Kiel und Rendsburg Preußen für immer zuſtehen, wofür es beim Bund dafür wirken wollte, daß das Beſatzungsrecht in Raſtatt an Öſterreich überlaſſen werde. 3. ſollte ſich Öſterreich verpflichten, daß Holſtein einem andern Beſitzer nur unter Anerkennung der preußiſchen Rechte übergeben werde.

**) Richard Feſter hat in ſeiner Studie: Biarritz, Deutſche Rundſchau 113 (1902) S. 222 vortrefflich dargelegt, warum ſo geteilt wurde. Erhielt

zugeteilt; es durfte auf zwei Straßen seine Truppen durch Holstein nach Schleswig ziehen lassen; der Bau des Nordostseekanals und dessen Beaufsichtigung gingen ohne Rücksicht auf den künftigen Herzog jetzt schon an Preußen über; unter der Form einer Bundesfestung wurde Rendsburg, im Mittelpunkt des Landes gelegen, von preußischen Truppen wenigstens zum Teil besetzt, und wirtschaftlich traten die Herzogtümer in eine enge Lebensgemeinschaft mit Preußen als Glieder des Zollvereins. Dazu erwarb Preußen das kleine, aber wohlhabende Herzogtum Lauenburg (1182 Quadratkilometer, 55 000 Einwohner) mit voller Souveränetät. Man kann sagen, daß Preußen durch den Gasteiner Vertrag um ein nicht unwesentliches Stück seinem Ziel näher kam; aber freilich — in der Hauptsache brachte der Vertrag keine Lösung, sondern nur eine Verkleisterung des Gegensatzes, der zwischen den beiden Großmächten in betreff des Schicksals der Herzogtümer, ja der Neugestaltung Deutschlands bestand. Österreich hielt sein Mitrecht an den Herzogtümern fest; über die Frage der Erbfolge war nichts entschieden, und die Landmacht der Herzogtümer konnte nach dem Vertrag in voller Unabhängigkeit von Preußen organisiert werden. Es scheint, daß Bismarcks Gedanken, die er aber jetzt nicht durchsetzen konnte, sofort auf eine wirkliche Lösung der Frage gingen, indem er Schleswig und Lauenburg alsbald auch rechtlich und restlos an Preußen bringen und diesem in dem an Österreich abzutretenden Holstein tatsächlich die militärische und wirtschaftliche Obmacht für immer sichern wollte. Wenn Bismarck angesichts dessen überhaupt den abgeänderten Vertrag hinnahm und nicht entweder von seinem Amt zurücktrat oder auf einer gründlichen Lösung, selbst mit Gewalt, bestand, so erklärt sich dies wohl nur daraus, daß er der Haltung Napoleons und Italiens, auf deren wohlwollende Neutralität oder tätige Mitwirkung er gehofft hatte, im entscheidenden Augenblick doch nicht sicher genug war, um den kühnen Wurf zu wagen. Der Kaiser hatte dem König Viktor Emanuel, der, um Venetien zu gewinnen, zum Krieg gegen Österreich bereit war, sagen lassen, daß er Italien nicht hindern wolle, es aber auch nicht

---

Preußen Holstein, so war dieses bei der Nähe des preußischen Gebiets so gut wie einverleibt; deshalb nahm es Österreich. Erhielt Österreich Schleswig, so konnte es dieses Land möglicherweise den Dänen als Preis ihrer Bundesgenossenschaft gegen Preußen überlassen: deshalb war es sicherer in Preußens Hand aufbewahrt.

ſchützen werde; man ſolle nichts übereilen: vielleicht ſei Öſterreich auf dem Weg einer Verſtändigung mit Italien, wodurch Venetien dieſem dann ohne Schwertſtreich zufallen mußte. König Wilhelm war es ganz zufrieden, daß die Dinge ſo, wie geſchehen, beigelegt waren; er erhob ſeinen Miniſterpräſidenten am 16. September 1865 in den erblichen Grafenſtand und ernannte ihn zum Miniſter von Lauenburg, deſſen Stände am 26. September nach altem Herkommen in die Hand des Königs ihre „rechte Erbhuldigung“ ablegten und ſich zu der Loſung bekannten: „Preußens Glück iſt von nun ab Lauenburgs Glück, und Preußens Wehe Lauenburgs Wehe!“ Die Vereinigung war aber zunächſt nur perſönlicher Natur, keine Einverleibung.

Der Eindruck des Gaſteiner Vertrags in Deutſchland war ein ſehr niederſchlagender; die Mittelſtaaten, deren Standpunkt Öſterreich ſich eben erſt zu nähern geſchienen hatte, fühlten ſich von ihm verraten, und die demokratiſchen und die nationalvereinlichen Zeitungen verdammten die Verfügungen über Schleswig-Holſtein, ohne daß deren Stände gehört worden waren, als einen Bruch aller Rechtsordnung und aller Rechtsſicherheit an Deutſchland. Ein Abgeordnetentag in Frankfurt am Main, der von Preußen aus aber gar nicht beſchickt wurde, ſchloß ſich am 1. Oktober dieſer Auffaſſung an. In Preußen war die Landtagsmehrheit durch den inneren Gegenſatz gelähmt, der in ihr nach dem Verſchwinden der früheren auguſtenburgiſchen Sympathien ſich auftat; während die Maſſe der Abgeordneten nach wie vor alles zurückſtieß, was von Bismarck kam, regte ſich bei anderen Leuten doch immer ſtärker das Gefühl, daß die einzige gründlich befriedigende Löſung die Angliederung der Herzogtümer an Preußen ſei. Das Gutachten der Kronſyndici, das mittlerweile ausgearbeitet war, hielt den Satz aufrecht, daß Chriſtian IX. — ſowohl erſtens kraft des Londoner Protokolls, als zweitens kraft des Verzichts des Herzogs Chriſtian von Auguſtenburg auf jede Störung der Ruhe und der Erbfolge in Dänemark — rechtmäßiger Herr von Schleswig-Holſtein geweſen ſei, alſo ſeine Rechte gültig habe an andere übertragen können, und daß ein bevorzugtes Erbrecht des Auguſtenburgers nicht beſtehe. In Paris wetterten alle Zeitungen über die Heuchelei der deutſchen Großmächte, welche früher die Untrennbarkeit Schleswigs von Holſtein ſo ſehr betont und nun gleichwohl die Sonderung vollzogen hätten, und ein Rundſchreiben des auswärtigen Miniſters Drouyn de l'Huys vom 29. Auguſt, das dieſer in der Brüſſeler „Indépendance Belge“ veröffentlichen ließ, ſtieß mit auffallender Rückhaltloſigkeit

in dasselbe Horn. König Wilhelm ward durch dieses Rundschreiben sehr verletzt; Bismarck aber entschloß sich nach Überwindung des königlichen Widerstandes im Oktober 1865, mit seiner Frau und Tochter, deren Gesundheitszustand den Besuch eines Seebades notwendig machen sollte, nach Biarritz*) zu reisen, wo der kaiserliche Hof sich aufhielt, und persönlich mit Napoleon sich ins Klare zu setzen. Er hatte schon vorher durch den Botschafter von der Goltz dem Kaiser auseinandersetzen lassen, daß für Preußen eine entscheidende Stunde herannahe; bisher habe es an der Allianz mit Rußland und Österreich, die 1813 gegen Frankreich geschlossen worden war, festgehalten, weil es der Meinung lebte, daß ihm die hauptsächlichsten Gefahren von Frankreich her drohten; wenn sich ihm aber die Möglichkeit eröffne, das preußische und norddeutsche (man beachte diese Worte!) Element zu einer selbständigen Großmacht zu entwickeln, welche ohne Anlehnung, durch eigene Macht, sich sicher fühle, so werde es auf das überlieferte Bündnis mit den Kaiserhöfen des Ostens verzichten und eventuell ebenso gegen Österreich Front machen, wie früher gegen Frankreich. Jetzt fand er den Kaiser durch die beginnende Krankheit des Blasensteins, welche sein Tod werden sollte, körperlich hart mitgenommen, nicht mehr im Besitz seiner einstigen Spannkraft, mehr im Schlepptau seiner Minister, als diesen Richtung und Ziel weisend, und durch den Verlauf des mexikanischen Abenteuers (wo er 1864 den Erzherzog Maximilian von Österreich zum Kaiser gemacht hatte, dieser aber die Republikaner unter Präsident Juarez nicht bezwingen konnte und nun die Vereinigten Staaten auf Grund der Monroelehre den Abmarsch der Franzosen verlangten) aufs schwerste bloßgestellt und vorerst auch mit einem Teil seiner militärischen Kräfte **) noch über See festgelegt. Der Kaiser und Bismarck, der absichtlich ganz nahe bei der kaiserlichen „Villa Eugenie" sich einmietete, gingen mit einander auf der Terrasse der Villa, im Angesicht des

*) R. Fester, Biarritz, Deutsche Rundschau 113 (1902) 221—238. Während Fester dort in Bismarcks Seele den Reichsgedanken entstehen läßt, weil nur so Frankreich im Zaume gehalten werden konnte, vertritt W. Busch, Hist. Zeitschrift 103, 60, die Auffassung, daß in Biarritz Bismarck nur die Ausdehnung der preußischen Vorherrschaft auf den Norden verlangte. Dies ist gewiß das Richtige.

**) Nur mit 28 000 Mann, 5845 Pferden und 50 Geschützen, während Frankreich 450 000 Mann, 10 944 Kanonen, 1 800 000 Gewehre und Pulver für zehn Jahre hatte: gegen übertreibende Vorstellung hat sich Ollivier (l'empire libéral 7, 486) nicht mit Unrecht gewendet.

blinkenden Meeres, auf und ab, Napoleon matt, geknickt, ſchwerfällig, Bismarck hoch aufgerichtet, innerlich und äußerlich voll Spannkraft, durch das Gefühl der herannahenden großen Stunde unſeres Volkes gehoben; „geiſtreicher," urteilte der feine Beobachter Mérimée, „als einem Deutſchen zukommt, ein diplomatiſcher Humboldt." Über ihre Unterredung haben wir einen Bericht Bismarcks an den König,*) deſſen Vollſtändigkeit in Frage gezogen wird,**) aus dem ſich aber jedenfalls ergibt, daß er die Gedanken wiederholte, welche er ſchon durch Goltz hatte vorbringen laſſen: Preußen wolle ſich mit Norddeutſchland zuſammen zu einer Großmacht entwickeln, welche auf eigenen Füßen ſtehen könne; man denkt unwillkürlich an Voltaires Wort über Friedrich den Großen, den er wegen des zerriſſenen preußiſchen Staatskörpers den roi des lisières, den König der Grenzen, nannte: Preußen ſollte dieſe Beſchränkung auf allen Seiten abſtreifen, ſollte eine feſt geſchloſſene Macht werden, indem es auch militäriſch und politiſch, wie ſchon wirtſchaftlich, die norddeutſchen Kleinſtaaten ſich angliederte. Wir dürfen annehmen, daß Bismarck damit ſeinen wirklichen Gedanken ausſprach; erſt am 23. Juli 1865 hatte er ja von der Pfordten die bayeriſche Führerſchaft über den Süden angeboten (S. 139), und noch das Jahr nachher iſt er bereit geweſen, Öſterreich die Hegemonie im Süden zu überlaſſen, wenn es in Norddeutſchland Preußen freie Hand gab, nicht zur Annexion, aber zu bundesſtaatlicher Organiſation. Er würde gern die deutſche Frage ſofort ganz gelöſt haben; aber er war auch mit Abſchlagszahlungen zufrieden. Napoleon war dieſen Wünſchen nicht abgeneigt; ſein ſpäterer Miniſter Ollivier ***) hat es bezeugt, „daß ihm ein großes, von öſterreichiſcher und ruſſiſcher Leibeigenſchaft befreites Preußen ein wertvoller Bundesgenoſſe ſchien, deſſen Intereſſen am beſten mit denen Frankreichs übereinſtimmten," und daß er an das Wort ſeines Oheims dachte: „Wenn ich 1809 in Schönbrunn ermordet worden wäre, ſo wäre das für Frankreich weniger verderblich geweſen, als daß ich mich mit Öſterreich verband." †) Es entſtand aber doch die Frage, ob Frankreich nicht eine Ausgleichung fordern müſſe, wenn Preußen ſich mit Hannover, Sachſen und den norddeutſchen Kleinſtaaten

*) Sybel 4, 213—221.

**) Von Feſter a. a. O.

***) L'empire libéral 7, (1903) 485.

†) Der Grund der Abneigung des Kaiſers gegen Öſterreich tritt ſehr lehrreich in einem Artikel John Lémoinne's im Journal des Débats vom

für immer verband und so an Macht gewaltig zunahm. Aber welche Entschädigungen sollten das sein? Der Kaiser wollte nach den französischen Berichten Olliviers sich nicht auf Kosten der französischen Kantone der Schweiz bereichern, weil er in diesem Land einst mit seiner Mutter eine Zuflucht gefunden hatte; Belgien war zwar ein Land, dessen König Leopold den Kaiser Napoleon haßte, so daß er den giftigsten Feinden des Kaisers ein Asyl gewährte; aber das Land war wohl geordnet, seit mehr als einem Menschenalter selbständig und würde seine Unabhängigkeit mit aller Kraft verteidigt haben, so daß ein gehässiger Eroberungskrieg in Aussicht stand, in dem Belgien überdies auf Englands Beistand rechnen durfte. Blieb das Rheinland; aber Napoleon sagte sich — wieder nach Ollivier —, daß Preußen dies nicht abtreten werde, und daß, wenn es das selbst täte, die Rheinländer von Paris aus nur sehr schwer zu regieren sein würden. Ob er so sentimental war, wie er sich in diesen Worten gab, ob er aus lauter Gefühl die welsche Schweiz nicht nehmen und Belgiens Fortbestand nicht antasten wollte, wird man billig bezweifeln dürfen: über seine rationes dubitandi, seine Gründe zu zögern und zu schwanken, kam er doch nicht hinaus. Von Preußen hatte Frankreich jedenfalls keine Abtretung zu erwarten, und wenn Ollivier recht hat, so hat der Kaiser zwar einmal vom Rhein gesprochen, aber nur, um den Gedanken an dessen Abtretung selbst abzulehnen; Bismarck aber sagte nach Ollivier von Belgien nichts; „es ist schwierig, einem (Napoleon) fremdes Gut anzubieten, der dieses Gut nicht will." Ob dieses Thema von Bismarck ganz so zurückhaltend behandelt worden ist, wird bezweifelt;*) jedenfalls aber stimmen alle Berichte darin überein, daß bei den Unterredungen schließlich nichts Wesentliches herauskam **) und

12. Juli 1866 hervor, den der Kaiser als „ganz seine Gedanken ausdrückend" bezeichnete. „Österreich ist der Gegenrevolution verschrieben; es kann hierin sich so wenig ändern als der römische Hof." Reiset, mes souvenirs, Paris 1903, S. 492.

*) Von Lenz S. 273, von Ollivier (a. a. O.) und Ernest Denis, la fondation de l'empire allemand, Paris 1906, der S. 318 erklärt: „Der Bericht Sybels ist in seinen Einzelheiten von unbedingter Unwahrscheinlichkeit." Auffallend ist gewiß, daß in dem Bericht von etwaigen Gebietsansprüchen Frankreichs keine Rede und der Grundton sehr optimistisch ist. Fester glaubt, daß Bismarck dem König absichtlich die Gefahren verschwieg, um ihn leichter zum Kriege gegen Österreich zu bringen.

**) Nach Sybel kam Bismarck von Biarritz in gehobener Stimmung zurück; nach Fester S. 232 von tiefem Mißtrauen gegen Napoleon erfüllt.

am allerwenigſten ein Vertrag — nach dem Vorgang Cavours 1858 — zwiſchen den beiden Staatsmännern abgeſchloſſen wurde, wie man damals und ſpäter oft behauptet hat.*) Nach Ollivier war Napoleons einziger Wunſch, ſein Verſprechen von 1859: Italien frei bis zur Adria! endlich zu erfüllen und ihm Venetien zu verſchaffen, womit ſeine Idee vom Recht der Nationalitäten ihre Krönung gefunden hätte. Da aber feſtſtand, daß Franz Joſeph gutwillig auf Venetien nicht verzichten werde, weil ihm dies unwürdig ſchien, auch die öffentliche Meinung in Öſterreich ſelbſt im ganzen dagegen war, ſo blieb bloß der Weg der Gewalt übrig; dieſen konnte aber Italien allein nicht betreten, weil es zu ſchwach dazu war, und ſo faßte Napoleon den Gedanken, daß nun, wenn Öſterreich und Preußen in Krieg verwickelt wurden, Italien die Möglichkeit erlangen werde, ſeine nationale Einheit zu vollenden. Es galt alſo auf dieſen Krieg hinzuarbeiten; er wurde aber dann vorausſichtlich verhindert, wenn Frankreich jetzt ſich für Preußen erklärte, wenn es damit Öſterreich einſchüchterte und es zur friedlichen Vereinbarung mit Preußen geneigt machte: dann ging Italien leer aus. Verhielt der Kaiſer ſich aber zugeknöpft, ließ er über ſeine wirklichen Abſichten ein Dunkel beſtehen, ſo würde Öſterreich Preußen gegenüber weniger nachgiebig ſein und der Krieg ausbrechen. In deſſen Verlauf konnten die Dinge ſich ſo geſtalten, daß Napoleon Gelegenheit erhielt, ſeine 1863 in die Welt geworfene und damals geſcheiterte Idee eines europäiſchen Kongreſſes doch noch durchzuſetzen und auf ihm als Schiedsrichter der Welt aufzutreten, auch vielleicht für Frankreich eine „Grenzberichtigung“ am Rhein kraft europäiſchen Spruches herauszuſchlagen. Aus dieſen Gründen hielt er nach Ollivier in Biarritz an ſich,**) nicht aus Mangel an Macht oder aus Unentſchloſſenheit, ſondern in klarer Abſicht, und die Begegnung mit Bismarck verlief ohne Ergebnis. Bismarck wußte nur, daß Frankreich einen Krieg Preußens und Italiens mit Öſterreich nicht nur nicht hindere, daß es ihn wünſche: er konnte ſich nicht verhehlen, daß der Kaiſer auf der Lauer lag, ſich

*) Randon (Kriegsminiſter 1865) mémoires 2, 129: Der Graf reiſte ab, n'ayant rien promis et n'ayant rien obtenu.

**) Denis S. 318 hat noch einen andern Grund: l'empereur ne savait pas au juste ce qu'il voulait. Auch daran wird etwas Wahres ſein: er hätte gerne von Preußen etwas herausgeſchlagen, wußte aber nicht, wie das zu machen ſei.

seine Passivität bezahlen zu lassen; es war aber vielleicht möglich, die Dinge so zu führen, daß er mit leeren Händen aus dem Spiel hervorging. Auf der Heimreise in Paris nahm Bismarck Anlaß, dem italienischen Botschafter am Kaiserhof, Ritter von Nigra, gegenüber sich dahin auszusprechen, daß der Krieg zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich sei und daß Frankreich dabei Preußen keine Feindschaft zeigen werde, und mit einer Verwendung des bekannten Verses Voltaires über Gott fügte Bismarck hinzu, daß, wenn Italien nicht existierte, man es erfinden müßte. Im Zusammenhang mit der gesamten Lage besagte das nichts anderes, als daß Preußen Italiens bedürfe und also mit ihm gegen den gemeinsamen Feind sich zu verbinden geneigt sei. Der Handelsvertrag zwischen Italien und dem Zollverein, dessen Abschluß seit Jahresfrist im Zuge war, wurde jetzt im Dezember 1865 fertig, und König Viktor Emanuel II. erhielt aus diesem Anlaß den schwarzen Adlerorden seitens desselben preußischen Königs, der noch vor fünf Jahren das revolutionäre Vorgehen Sardiniens gegen die anderen italienischen Höfe so entschieden mißbilligt hatte.

Über all dem kam das Jahr 1866 heran, und es mußte wieder der preußische Landtag berufen werden. Am 15. Januar geschah die Eröffnung durch Bismarck als Ministerpräsidenten mittelst einer Thronrede, welche auf die befriedigende Lage der Finanzen und der wirtschaftlichen Zustände, auf die damit gegebene Möglichkeit einer Gehaltsaufbesserung für die geringer besoldeten Beamtenklassen, auf den Abschluß eines Schiffahrtsvertrags mit England, des Handelsvertrags mit Italien u. a. hinwies und bezüglich des Militärkonflikts an der Notwendigkeit der Heeresreorganisation festhielt; dem war der Ausdruck des Bedauerns angefügt, daß bis jetzt ein Einvernehmen mit dem Haus der Abgeordneten nicht erzielt worden sei. Der Übergang Lauenburgs an die Krone Preußens ward als vollzogene Tatsache behandelt; was die beiden andern Herzogtümer betreffe, sei durch den Besitz Schleswigs und durch die in Holstein gewonnene Stellung ein ausreichendes Pfand dafür vorhanden, daß die letzte Entscheidung nur in einer Weise erfolgen werde, welche den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entspreche; der König sei, gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsyndici bestärkte Rechtsüberzeugung, entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Ziels unter allen Umständen festzuhalten; zum Bau des Nordostseekanals werde die Mitwirkung des Landtags nachgesucht werden. Ausdrücklich wies die Thronrede auf die „nationalen Ziele“

hin, welche dem preußiſchen Staat oblägen, und zwar in verſtärktem Maße vermöge ſeiner Beziehungen zu den Elbherzogtümern. Am Schluß erfolgte ein lebhafter Aufruf an den Landtag, das Erreichte und das, was noch mit Hilfe der Landesvertretung zu erſtreben ſei, unbefangen, leidenſchaftslos und rein ſachlich zu prüfen: dann werden ſich genug der Zwecke und Ziele finden, in denen ſich alle Parteien eins wiſſen.

Bismarck hatte vor acht bis neun Monaten, als er den Krieg mit Öſterreich betrieb, daran gedacht, den Konflikt dadurch beizulegen, daß er dem Abgeordnetenhaus die zweijährige Dienſtzeit gegen eine ſtärkere Einſtellung von Kapitulanten (ſolchen gedienten Leuten, welche nach Ablauf ihrer Pflichtzeit freiwillig weiter dienten, ſiehe S. 82) gewähre, und Roon hatte ſeine Zuſtimmung dazu erklärt. Der König aber hatte das abgelehnt, einmal weil er das Zugeſtändnis im Intereſſe des Heeres nicht für ſtatthaft anſah, und dann, weil er ein Entgegenkommen gegen die öffentliche Meinung als ganz unnötig betrachtete; die zwei Miniſter wollten durch Beilegung des Konflikts die Schlagkraft Preußens im Krieg mit Öſterreich verſtärken; eben dieſen Krieg aber wollte der König gar nicht unternehmen. Jetzt vollends war von Ausſöhnung mit dem Abgeordnetenhaus keine ernſthafte Rede; der wiedergewählte Präſident Grabow erklärte in ſeiner Antrittsrede die Lage des Landes für noch düſterer als vorher und gab der Beſorgnis Ausdruck, daß Preußen durch Öſterreich in Erfüllung ſeines deutſchen Berufes überholt werde, indem die öſterreichiſche Verfaſſungskriſis — Kaiſer Franz Joſeph hatte am 29. Juli 1865 das Miniſterium des Grafen Belcredi, eines tſchechenfreundlichen Föderaliſten, eingeſetzt und die zentraliſtiſche Verfaſſung von 1861 einſtweilen aufgehoben — möglicherweiſe doch einen der Freiheit günſtigen Verlauf nehme, und daß Öſterreich die Zuneigung Deutſchlands gewinne. Dieſe Vermutung war damals ſo unwahrſcheinlich, daß ſie förmlich an den Haaren herbeigezogen erſcheint; Preußen hatte zwar ſeinen Konflikt, aber es hatte noch ſeine Verfaſſung und ſeinen Landtag, während beides in Öſterreich „ſiſtiert“ war. Um ſo deutlicher trat an Grabows Worten die Verſtimmung der Kammermehrheit über den Fortbeſtand des Miniſteriums zutage; die liberalen Männer, welche auf Bismarck allmählich mit der ſteigenden Hoffnung blickten, daß er Preußen und Deutſchland endlich ans Ziel bringen werde, wie der junge Herausgeber der tapferen „Preußiſchen Jahrbücher“, der große Hiſtoriker Heinrich von Treitſchke, hatten im preußiſchen Landtag nichts zu ſagen. Selbſt die erfreuliche Tatſache, daß Preußen

seit Gastein durch Personalunion mit dem Herzogtum Lauenburg verbunden war, rief neuen Streit hervor. Das Abgeordnetenhaus war der Ansicht, daß diese Verbindung ohne Zustimmung beider Häuser des Landtags nicht gültig sei, während Bismarck darauf verwies, daß Artikel 55 der Verfassung nur besage: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein;" Lauenburg sei aber weder fremd noch ein Reich. Das Haus verwarf am 3. Februar 1866 mit 251 gegen 44 Stimmen die Personalunion mit Lauenburg. Es war um so unnachgiebiger, als am 29. Januar das Obertribunal, im Widerspruch mit seiner eigenen früheren Rechtsprechung, den Artikel 84 der Verfassung, der den Abgeordneten unter allen Umständen Redefreiheit verbürgte, dahin ausgelegt hatte, daß er nicht unbedingt jede Anklage gegen Abgeordnete wegen ihrer im Parlament getanen Äußerungen ausschließe. Demgemäß hatte das Obertribunal dem Verlangen der Staatsanwaltschaft stattgegeben, das darauf hinausging, eine Untersuchung gegen die Abgeordneten Twesten und Frenzel wegen früherer Reden in der Kammer (vom 20. Mai 1865) einleiten zu dürfen. Der Beschluß war im Obertribunal mit nur einer Stimme Mehrheit gefaßt worden, und nur, weil vom Justizminister Grafen zur Lippe dem Kriminalsenat des Obertribunals auf Antrag des Präsidenten Uhden an Stelle erkrankter Richter zwei Hilfsrichter (die Appellationsgerichtsräte Finck und Donalies) beigegeben worden waren. Bei der Besetzung mit lauter regelmäßigen Mitgliedern würde der oberste Gerichtshof nach der Ansicht der Opposition die Entscheidung nicht gefaßt haben, und die Opposition war der Überzeugung, daß der Minister absichtlich durch Einschiebung von Hilfsrichtern die Selbständigkeit des Gerichts gebeugt habe (was er freilich in der Kammer am 9. Februar 1866 entschieden bestritten hat). Die Entscheidung des Obertribunals muß angesichts des Wortlauts des Artikels 84 als unhaltbar bezeichnet werden; *) denn es leuchtet ein, daß der Artikel die Abgeordneten teils ganz vor Rüge schützen, teils sie nur der Rüge des Präsidenten unterstellen will. Für den Be-

*) Er lautete: „Die Mitglieder beider Häuser des Landtags können für ihre Abstimmungen im Landtag niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb des betreffenden Hauses auf Grund der Geschäftsordnung desselben zur Rechenschaft gezogen werden." Die Mehrheit des Obertribunals ging davon aus, daß persönliche Angriffe gegen Minister keine „Meinungen", also gesetzlich nicht geschützt seien. Angriffe beruhen aber auf Meinungen.

ſchluß des Obertribunals kann Bismarck direkt nicht verantwortlich gemacht werden; das in ſeiner Amtsführung unabhängige oberſte preußiſche Gericht hatte ihn nach eingehender Beratung gefaßt und hatte ihn auch zu vertreten. *Aber Bismarck billigte den Beſchluß*; er verwarf in der Debatte vom 9. Februar die Anſicht, als ob die roheſten Beleidigungen, welche, öffentlich begangen, mit harten Strafen geahndet würden, dann, wenn ſie in der Kammer ausgeſprochen würden, höchſtens mit der Bezeichnung „unparlamentariſch“ gerügt werden dürften. Das Recht eines jeden Preußen ſei ſo heilig als das Recht der Abgeordneten, und das Obertribunal habe durch ſeinen Beſchluß die Annahme beſeitigt, als ob die preußiſche Geſetzgebung mit dem häßlichen Flecken doppelten Rechts behaftet ſei, eines gewöhnlichen für die Maſſe der Staatsbürger, welche für Beleidigungen geſtraft werden, und eines Ausnahmerechts für die Abgeordneten, welche beleidigen und verleumden dürften, ohne gerichtlich dafür einſtehen zu müſſen. Den Antrag des Abgeordneten von Hoverbeck, daß die Kammer gegen den Beſchluß und alle ſeine Konſequenzen proteſtieren ſolle, bezeichnete Bismarck als einen Verſuch, das höchſte Gericht des Landes der Autorität des Abgeordnetenhauſes zu unterwerfen und in Preußen zwar keine Kabinetts- aber eine Kammerjuſtiz zu ſchaffen. Der Antrag von Hoverbeck wurde trotzdem mit 263 gegen 35 Stimmen angenommen, und es wurde hervorgehoben, daß in der Mehrheit ſich 88 Juriſten, darunter viele Staatsbeamte, befanden. Man kann der Entrüſtung Bismarcks gegen den gehäſſigen Mißbrauch der parlamentariſchen Redefreiheit durchaus beipflichten, und wird doch der Anſicht ſein müſſen, daß erſtens formell die Auslegung des Artikels 84 durch das Obertribunal eine mehr als gewagte war, und daß ſie zweitens einen vernichtenden Schlag gegen die parlamentariſche Redefreiheit ſelbſt führte, welche die Bürgſchaft der Unabhängigkeit des Parlaments bildet; es würde um dieſe geſchehen ſein, wenn der, politiſch doch notwendig nicht unbefangene, Staatsanwalt zu befinden hätte, welche „Meinungen“ er als ſtatthafte und welche er als unſtatthafte Angriffe unter Verfolgung ſtellen will. Wer dieſe Unabhängigkeit für ein hohes Gut, für eine der Grundlagen der Verfaſſung hält, der muß auch die Schattenſeiten der Redefreiheit mit in den Kauf nehmen, wie man in vielen ähnlichen Fällen des Lebens das Böſe um des Guten willen ertragen muß. Politiſch war der Beſchluß und das Eintreten des Miniſteriums für ihn ein Fehler, weil dadurch der Argwohn neue Nahrung erhielt, als ob Bismarck mit allem verfaſſungsmäßigen Recht in Preußen rückſichtslos aufräumen

wolle. Als der Präsident Grabow dem Staatsministerium von den Beschlüssen des Hauses über Lauenburg und über den Artikel 84 amtlich Kenntnis gab, sandte Bismarck die Schriftstücke als unbefugte Ansprüche enthaltend zurück, und am 23. Februar 1866 wurde der Landtag wieder, ohne daß ein Gesetz über den Staatshaushalt zustande gekommen wäre, geschlossen. Es war die letzte Tagung dieses Landtags überhaupt.

Zur Zeit, da die Kammern entlassen wurden, war die allgemeine politische Lage bereits wieder sehr gespannt. Der Gasteiner Vertrag, weit entfernt, den Gegensatz zwischen Preußen und Österreich zu beseitigen, war nur ein Waffenstillstand, ja kaum dies. Der österreichische Statthalter General von Gablenz nahm dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg gegenüber eine äußerst freundliche Haltung ein und ließ es geschehen, daß er von der Bevölkerung durchaus als rechtmäßiger Landesherr, der nur am Regierungsantritt noch verhindert sei, behandelt wurde; die Presse Holsteins griff die preußische Regierung als Vertreterin einer brutalen Gewaltpolitik in den schärfsten Ausdrücken an, ohne daß der Statthalter dagegen einschritt. Als Bismarck gegen diese Dinge ein Vorgehen auf Grund der in Holstein bestehenden dänischen Strafgesetze verlangte, erhielt er die Antwort, daß diese Gesetze nicht mehr gültig seien, worauf Bismarck erwiderte, dann bestehe in Holstein überhaupt kein gesetzlicher, sondern ein selbstherrlicher Zustand, so daß man der Presse umso ungehinderter zu Leibe gehen könne, wenn man nur wolle. Am 20. Januar 1866 richtete Bismarck an den Gesandten in Wien, Herrn von Werther, einen sehr energischen Erlaß, der dem Grafen Mensdorff vorhielt, Österreich habe die Pflicht, die Rechte Preußens auf Holstein, deren Schutz ihm durch den Gasteiner Vertrag anvertraut worden sei, gegen jeden zu verteidigen, der sie antaste; dies aber tue der Erbprinz, indem er sich als den eigentlichen Herrn des Landes aufspiele. Für Österreich, das Holstein nicht für sich behaupten könne, möge dies gleichgültig sein; anders stehe es bei Preußen, für welches die Herzogtümer immer von großer Bedeutung sein würden; aber auch Österreich möge bedenken, daß die Entschädigung, welche es von Preußen für Holstein fordern könne, immer geringer werden müsse, je mehr Schwierigkeiten den vorausgesetzten preußischen Plänen entgegengestellt würden. Der monarchische Sinn und die konservativen Interessen würden in Holstein durch Österreich geschädigt, und seine feindselige Haltung müsse auf Preußens Verhalten zurückwirken. Während dieser Erlaß in Wien gelesen wurde, gestattete Gablenz die Abhaltung einer großen

Verſammlung der ſchleswig-holſteiniſchen „patriotiſchen Vereine“ in Altona am 23. Januar, welche von 3000 Perſonen, darunter vier Vorſtandsmitgliedern des Nationalvereins aus Frankfurt, Bayern und Heſſen beſucht war; die Büſte des Erbprinzen ſtand auf der Rednerbühne und wurde mit dreimaligem Hoch begrüßt. Der Beſchluß der Verſammlung ging auf Berufung der Ständeverſammlung der beiden Herzogtümer, von der mit aller Sicherheit eine überwältigende Kundgebung für den Auguſtenburger zu erwarten war; die Partei Scheel-Pleſſens (S. 135), obwohl ihr die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“ in Flensburg tapfer die Stange hielt, war doch noch in hoffnungsloſer Minderheit. Auf die Nachricht von der Altonaer Verſammlung ließ Bismarck am 26. Januar einen zweiten Erlaß nach Wien ergehen, worin dem Grafen Mensdorff auf den Kopf zugeſagt ward, daß, wenn er nicht anders verfahre, Preußen die Überzeugung erhalten müſſe, daß Öſterreichs Politik wieder in den überlieferten Antagonismus gegen Preußen zurückgefallen ſei; damit erlange auch Preußen die volle Freiheit ſeiner Bewegung zurück und werde davon den Gebrauch machen, den es ſeinen Intereſſen entſprechend halte. Auf dieſe unverhüllte Drohung antwortete Mensdorff am 7. Februar mitelſt Erlaſſes an den Grafen Karolyi in ganz ablehnendem Sinne; Öſterreich erhalte Preußens Rechte auf Holſtein in statu quo nunc bis zum Eintritt einer künftigen Verſtändigung, wie es dazu verpflichtet ſei; aber dieſe Verpflichtung beziehe ſich bloß auf die Subſtanz; das Recht einer Kontrolle über die Art, wie es die Verwaltung Holſteins führe, folge für Preußen aus dem Gaſteiner Vertrag nicht, und Öſterreich laſſe ſich eine ſolche Aufſicht nicht gefallen; daß es die monarchiſchen und konſervativen Intereſſen in Holſtein untergraben laſſe, ſei eine Anklage, „welche das Gewiſſen des geſamten Europa mit uns verwerfen wird.“ Öſterreich behauptete alſo ſozuſagen, daß es Holſtein als Land von ſo und ſo vielen Quadratkilometern und mit ſo und ſo vielen Menſchen ja nicht wegtragen laſſe, ſondern Preußen jederzeit ſein Recht daran wieder geltend machen könne; Bismarck aber war der Anſicht, daß, wenn der Auguſtenburger unter öſterreichiſcher Duldung dort immer feſter Wurzel faſſe, eines ſchönen Tages Holſtein ihm nicht mehr oder nur ſehr ſchwer werde entriſſen werden können; und da in Holſtein jetzt immer mehr die demokratiſche Partei Boden gewinne, ſo werde das Land „unter dem Schattenregiment eines von ihr abhängigen machtloſen Souveräns“ ein Herd revolutionärer Umtriebe werden, die ſich auch nach Preußen verzweigen würden. Dieſer Satz war wohl mehr auf den König

Wilhelm und seine Umgebung berechnet, als daß Bismarck ihn selbst so ernst genommen hätte; er selbst schreckte vor Verbindung mit der Demokratie nicht zurück und hat sogar mit dem genialen Organisator der Arbeiterklasse Lassalle, der allerdings Anhänger eines „sozialen Königtums" war, 1863 Beziehungen unterhalten, die sich gegen den Liberalismus richteten als gegen den gemeinsamen Feind.*) Jedenfalls war der König mit den Erlassen nach Wien völlig einverstanden, und bereits am 28. Februar 1866 fand eine wichtige Beratung in Berlin statt, zu der außer den Ministern der Statthalter von Schleswig, Edwin von Manteuffel, der Chef des Generalstabs von Moltke und der Gesandte in Paris, Graf von der Goltz, zugezogen wurden. Bei dieser Beratung wurde vom König der Gewinn der Herzogtümer für Preußen als eine Notwendigkeit bezeichnet, welche dem Wunsch des Volkes entspreche und auf welche ohne schweren Schaden an Ansehen nicht verzichtet werden könne; auch würde ein Zurückweichen die Übergriffe Österreichs gegen Preußen nur noch steigern. Bismarck sprach sich in demselben Sinne aus; man müsse mit Österreich sich kriegerisch auseinander setzen und solle dies in der jetzigen vorteilhaften Lage tun, nicht aber dem Gegner die Wahl der günstigen Stunde überlassen. Alle Minister außer dem Finanzminister v. Bodelschwingh (S. 139) traten diesem Standpunkt bei; Bodelschwingh hielt auch jetzt noch an der Hoffnung eines friedlichen Ausgleichs fest. Der Kronprinz verharrte auf seiner uns von früher (S. 139) bekannten Ansicht, daß ein Krieg mit Österreich und den Mittelstaaten ein verwerflicher Bruderkrieg sei und die Einmischung des Auslands mit Sicherheit nach sich ziehen werde. Moltke machte die Aussicht auf Erfolg abhängig von der Mitwirkung Italiens; werde diese erreicht, so habe man die Möglichkeit, den 240 000 Österreichern dieselbe Anzahl Soldaten entgegen zu stellen, und behalte noch 50 000 Mann gegen die Süddeutschen übrig, deren Übergang zu Österreich er — mit Recht — als sicher ansah, während Bismarck, der die Abneigung des bayerischen Ministers von der Pfordten gegen Österreich kannte, noch auf eine andere Haltung Bayerns — und dann wohl auch des Südens überhaupt — hoffen zu dürfen glaubte. Das Ergebnis der Beratung faßte der König in vier Sätze zusammen. 1. Die Herzogtümer sind eines Krieges wert. 2. Eine friedliche Erreichung des Ziels ist vorzuziehen. 3. Die Entscheidung darüber hängt von Österreichs Verhalten ab. 4. Preußen hat, um

*) Hermann Oncken, Lassalle, Stuttgart 1904, S. 338 ff.

für alle Fälle günſtige Kriegsausſichten zu gewinnen, zunächſt diplomatiſche Schritte zu unternehmen, natürlich vor allem bei Frankreich und Italien, um ſich womöglich zu vergewiſſern, ob Napoleon Preußen in einem Krieg mit Öſterreich wohlwollend werde gewähren laſſen und ob Viktor Emanuel II. bereit ſei, mit den Preußen Schulter an Schulter zuſammen zu kämpfen. Bereits trat aber bei den Beratungen deutlich die Notwendigkeit hervor, mit der ſchleswig-holſteiniſchen Frage eine noch viel größere zu verbinden — die deutſche Frage ſelbſt (S. 138). Es war nicht möglich, bei der Einverleibung der Herzogtümer in Preußen ſtehen zu bleiben; die Sicherheit Preußens und Deutſchlands erforderte einen engeren Zuſammenſchluß beider, welcher die volle Ausnützung und die einheitliche, zielbewußte Leitung aller deutſchen Streitkräfte zu Waſſer und zu Lande gewährleiſtete; und nicht minder drängten Erwägungen wirtſchaftlichen Gedeihens auf dieſen dauernden und allgemeinen Zuſammenſchluß ſeit langem hin. Der Geſandte von der Goltz hat dem Kaiſer Napoleon am 5. März den Plan entwickelt, den deutſchen Norden unter preußiſche Leitung zu ſtellen, aber mit größerer Schonung der Selbſtändigkeit der einzelnen Staaten, als dies 1848—49 beabſichtigt war, auch mit größerer Einſchränkung der Befugniſſe des Parlaments. Bayern könne dann, falls es mit Preußen zuſammengehe, die militäriſche Leitung des Südens überlaſſen werden. Der Kaiſer ſprach ſein volles Einverſtändnis mit dieſer Politik aus, welche auf die in Frankreichs Augen unerträgliche volle deutſche Einheit unter Preußens Führung verzichtete, wenigſtens zunächſt, und er ließ jetzt durchblicken, daß die Entſchädigungen, welche Frankreich für das Anwachſen der preußiſchen Macht fordern müſſe, nach der Anſicht ſeines militäriſchen Sachverſtändigen, des Marſchalls Niel, in der Rückgabe der 1814 zu Deutſchland geſchlagenen Städte Landau und Saarbrücken beſtehen würden.

Man konnte alſo in Berlin immerhin darauf rechnen, daß Frankreich den Waffengang Preußens mit Öſterreich werde vor ſich gehen laſſen, ohne ſich Öſterreichs anzunehmen. Um ſo ſicherer war das zu erwarten, wenn das von Napoleon 1859 gewiſſermaßen ins Leben gerufene Italien als Bundesgenoſſe an Preußens Seite trat, um ſeine Einheit durch die Eroberung Venetiens ihrer Vollendung einen neuen Schritt näher zu führen. Neben dem politiſchen Wert, den ſo Italiens Mitwirkung hatte, fiel ſchwer ins Gewicht die militäriſche Ablenkung, welche Öſterreich durch einen Angriff von Süden her erleiden mußte. Es war davon die Rede, einen italieniſchen

General nach Berlin zu bitten, um mit ihm die militärischen Dinge zu verhandeln; der Gesandte von Usedom hat diesen Wunsch in Florenz der italienischen Regierung übermittelt. Dann kam in Frage, daß General von Moltke, welcher den Wert der italienischen Hilfe in der Beratung vom 28. Februar so sehr betont hatte, selbst nach Florenz reisen solle, um mit den dortigen maßgebenden Männern sich zu besprechen. Aber ehe dies geschah, kam am 14. März von dort der General Govone, ein Veteran von 1848, 1855 und 1859, im Auftrag des Ministerpräsidenten Lamarmora nach Berlin, um sofort ein militärisches Abkommen mit dem Ziel ungesäumten Losschlagens abzuschließen.*) So weit war man in Berlin, wie wir sahen, aber noch nicht, und als Govone dies erkannte, stieg in ihm der Verdacht auf, daß Preußen mit Italien nur ein Spiel treibe und das Bündnis bloß anstrebe, um damit einen Druck auf Österreich auszuüben und es so zum Nachgeben zu veranlassen. Lamarmora selbst war von dem gleichen Mißtrauen erfüllt, um so mehr, als er seinerseits dieses Mißtrauen verdiente: in seinem tiefsten Herzen lebte der Wunsch, ohne Krieg ans Ziel zu gelangen, durch altre combinazioni, andere Verbindungen und Maßnahmen, Österreich zur Aufgabe Venetiens zu bestimmen. Als am 23. Februar 1866 in Bukarest der Hospodar der Moldau und Walachei, Alexander Cusa, durch eine Militärrevolution „wegen der unter ihm herrschenden Anarchie, Korruption, Gesetzesmißachtung und Verschwendung" gestürzt wurde, hegte das Florentiner Kabinett den Gedanken, Österreich mit den Donaufürstentümern für Venetien zu entschädigen: es werde damit ein Gebiet von 130 000 Quadratkilometern und fast 4 Millionen Seelen gegen eines von 24 000 Quadratkilometern mit 2½ Millionen gewinnen, also bereitwillig zugreifen. Der Gedanke wäre verflucht gescheit gewesen, wäre er nicht herzlich dumm zu nennen; denn dabei war die Rechnung ohne Rußland gemacht, das Österreich gutwillig niemals sich dort wird festsetzen lassen, und ohne die Rumänen selbst, welche ihre volle Selbständigkeit erringen, nicht für die türkische Oberherrschaft die österreichische eintauschen wollten. Bismarck persönlich hat Govone im höchsten Grad imponiert. Das ist Cavour, schrieb er nach der ersten Unterredung nach Hause, wie er leibt und lebt! Aber Bismarck verhehlte ihm nicht, daß er noch drei bis vier Monate brauchen werde, um den König so weit zu

*) Vergl. das von Govones Sohn auf Grund der Briefe und Tagebücher seines Vaters herausgegebene Werk: Il Generale Giuseppe Govone, Turin 1902.

haben, wie er ihn haben wolle; er könne den Krieg nicht um Schleswig-Holſtein führen; das ſei ein zu kleines Ziel; um die öffentliche Meinung in Deutſchland auf ſeine Seite zu bringen, bedürfe er ein größeres Ziel, die Neugeſtaltung Deutſchlands. Er werde die Berufung eines deutſchen Parlaments vorſchlagen, und damit werde der Knoten unlösbar geſchürzt ſein. Dazu aber brauche er Zeit, und damit der König nicht inzwiſchen ihm abtrünnig werde, ſolle Italien ſich jetzt ſchon zur Hilfe verpflichten, wogegen Preußen verſpreche, daß die venetianiſche Frage mit der deutſchen gleichzeitig entſchieden werden ſolle. Wohin Govone hörte, überall warnte man ihn, ſich mit den unzuverläſſigen Preußen einzulaſſen: ſo ſprach ſich der Geſandte ſeines Königs in Berlin, Graf Barral, aus, ſo der engliſche Vertreter, Lord Loftus, ſo der franzöſiſche, Graf Benedetti; dazu war mit Händen zu greifen, daß das preußiſche Volk einen Krieg mit Öſterreich genau ſo anſah wie der Kronprinz, als einen verwerflichen Bruderkrieg. Eines Tages, ſchrieb Govone, kann ein General von Berlin nach Wien geſchickt werden, und alles wird ausgeglichen ſein. Aber trotz dieſer Schwierigkeiten blieb der Bund Italiens mit Preußen der einzige Weg, auf dem Venetien zu erlangen war, ſeit „das rumäniſche Nebelbild zerfloſſen war.“ Dort wurde der Prinz Karl von Hohenzollern am 20. April mit franzöſiſcher und preußiſcher Hilfe zum Fürſten gewählt. So willigte Govone, durch den Beginn der Rüſtungen Öſterreichs gegen Preußen (13. März) ermutigt, am Ende am 8. April in einen Vertrag, der eine gewiſſe mittlere Linie darſtellte. Italien erlangte nämlich zwar kein Verſprechen, daß Preußen unbedingt losſchlagen werde, und verpflichtete ſich doch, falls Preußens Verhandlungen mit den andern deutſchen Regierungen ſcheitern ſollten und Preußen zu den Waffen greife, alsbald den Krieg an Öſterreich zu erklären. Dieſe Faſſung allein nahm König Wilhelm an: er wollte die Entſcheidung über Krieg und Frieden in der Hand behalten. Aber die Verpflichtung Italiens ſollte nicht unbeſtimmte Zeit dauern, ſondern erlöſchen, wenn drei Monate nach Unterzeichnung des Vertrags der bezeichnete Fall nicht eingetreten ſei. Darin lag eine gewiſſe Bürgſchaft, daß Italien nicht an der Naſe herumgeführt werde, ſondern nach Ablauf einer verhältnismäßig kurzen Friſt, wie ſie Bismarck ſelbſt geſetzt hatte, ſeine völlige Freiheit zu handeln wieder gewann.*)

*) Daß dies ein an Italien gemachtes Zugeſtändnis war, geht aus Sybel 4, 310, aus Lamarmora, un po più di luce S. 96 ff (deutſche Ausgabe 1873) und aus Govones Briefen mit Beſtimmtheit hervor. Urſprünglich

Als Grund des Vertrags, der als „Offensiv- und Defensivbündnis“ erscheint, ward in der Einleitung der Wunsch bezeichnet, die Bürgschaften des allgemeinen Friedens — durch Lösung der deutschen und italienischen Frage nämlich — zu befestigen und die berechtigten Bestrebungen der beiden Nationen zu verwirklichen. Der Krieg sollte mit aller Kraft geführt und nur mit gemeinsamer Zustimmung beendigt werden; diese sollte nicht verweigert werden dürfen, wenn Österreich das lombardisch-venetianische Königreich an Italien und an Preußen ein entsprechendes Gebiet abzutreten bereit sei. Im letzten, sechsten, Artikel war ein Zusammenwirken der Flotten Preußens und Italiens im Fall des Einlaufens der österreichischen Flotte in die Ostsee ins Auge gefaßt. Die Tatsache des Abschlusses eines preußisch-italienischen Vertrags wurde durch die Wiener „Neue freie Presse“ der Welt bekannt, und in Süddeutschland wurde dadurch der längst glühende Haß der Ultramontanen und Demokraten gegen Preußen und gegen den Junker Bismarck noch mehr angefacht. Man setzte sich kurzerhand mit Österreich selbst gleich; den Stoß gegen Österreich empfand man als einen Stoß gegen sich selbst, und mit leidenschaftlichen Worten ward das Bündnis als Verrat an Deutschland gebrandmarkt, ohne Rücksicht darauf, daß das damalige Österreich ein zu drei Vierteilen slawischer oder magyarischer Staat war. In Wahrheit gibt es kaum ein Ereignis, das vom Standpunkt des ungeschriebenen heiligen Rechts der Nationen auf ein staatliches Dasein erhebender wäre als dieses Bündnis, durch welches zwei von Österreich gleichermaßen an diesem nationalen staatlichen Dasein verhinderte Völker sich mannhaft zusammenschlossen, um Schulter an Schulter in ehrlichem Schwerterkampf den gemeinsamen Feind niederzuringen und ihre Einheit und Selbständigkeit zu erkämpfen. Es war so, wie der Franzose Thiers ausrief: „Das ist das größte Ereignis der europäischen Politik.“ Indem das Bündnis im weiteren Verlauf der Dinge zum Ziel führte, ward die Gestalt Europas für immer verändert.

Am Tag, nachdem Barral und Govone den Vertrag gut geheißen hatten — die Unterzeichnung durch die Könige erfolgte am 20. April — tat Bismarck den Schachzug, der „den Knoten unlöslich machen“ sollte. Am 9. April überreichte der preußische Gesandte

---

hatte Graf Barral zwei Monate vorgeschlagen; schließlich gingen die Italiener auf die von Bismarck gewünschten drei Monate ein, Lamarmora a. a. O.

beim Bundestag, Herr von Savigny, einen „dringlichen Antrag *) zu beſchleunigter Erwägung und Beſchlußfaſſung," der von der Tatſache ausging, welche allſeitig anerkannt und durch den däniſchen Krieg aufs neue erhärtet ſei, daß der deutſche Bund für die Sicherſtellung der nationalen Unabhängigkeit und die Erforderniſſe einer aktiven Politik nicht genügend ſei. Der beſtehende Antagonismus zwiſchen Preußen und Öſterreich hebe vollends die Vorausſetzungen auf, unter denen allein die Durchführung der Bundesverfaſſung möglich ſei. Eine Abhilfe gegen dieſe Zuſtände ſei weder von einſeitigen Verhandlungen unter den Regierungen zu erhoffen, noch von Debatten und Beſchlüſſen einer gewählten Verſammlung; die Regierungen bedürften, wenn ſie über den Austauſch von Meinungen und die Anhäufung endloſen Materials hinauskommen ſollten, der ausgleichenden und treibenden Kraft des nationalen Geiſtes, welcher die partikulariſtiſchen Gegenſätze überwinde. Ein ſolcher Faktor ſei in einer aus allen Teilen Deutſchlands gewählten Verſammlung zu finden. Einer ſolchen Verſammlung allein könne man aber die Sache auch nicht überlaſſen, weil ſonſt wie 1848 dieſelben Gefahren der Überhebung und der Nichtachtung des in deutſcher Eigentümlichkeit Begründeten wieder erwachen und die Hoffnungen des deutſchen Volkes abermals enttäuſcht werden würden. Nur durch ein Zuſammenwirken beider Faktoren könne das Ziel erreicht werden; deshalb ſchlage Preußen die Berufung einer durch direkte und allgemeine Volkswahl zuſtande gekommenen Verſammlung vor, und zwar zu einem jetzt ſchon genau zu beſtimmenden Termin, damit die Verhandlungen der Regierungen über die der Verſammlung zu unterbreitenden Vorlagen ſich nicht ins Ungewiſſe hinausziehen könnten. Über den Inhalt dieſer Vorlagen ward zunächſt nichts Näheres vorgeſchlagen: Bismarck verlangte zunächſt nur eine grundſätzliche Entſcheidung über den zu betretenden Weg.

Die Nachricht von dieſem preußiſchen Vorgehen, ſofort öffentlich bekannt gegeben, wirkte, wie ich noch aus eigener Erinnerung bezeugen kann, in ganz Deutſchland wie ein Donnerſchlag. Mit einem Male erhob ſich der Gedanke der deutſchen Einheit über all den Jammer und Zank des Tages, über all das öde Parteitreiben und das perſönliche Wichtigtun mit ſieghafter Majeſtät empor. Lange in die Rumpelkammer geworfen oder mit

*) Bei Hahn 1, 383—387.

hohlen Worten beredet und geradezu übergossen, trat dieser Gedanke jetzt plötzlich als die dringlichste und größte Aufgabe der Nation hervor, die sofort ins Reich der Wirklichkeit überführt und gelöst werden sollte. Nicht ein Traum sollte die nationale Einheit mehr sein, sondern eine Wahrheit sollte sie werden, jetzt, sofort, und die Nation sollte an ihrer Durchführung in der Form mitwirken, welche ihr von 1848 her teuer und hehr war, durch Anwendung des direkten allgemeinen Stimmrechts, das Bismarck in seinem Antrag „für das konservative Prinzip förderlicher erachtete, wie irgend einen anderen auf künstlicher Kombination beruhenden Wahlmodus." Das Parlament von 1848, das viel gefeierte und viel, mit Unrecht, verspottete Professorenparlament, das in schweren Kämpfen die einzig mögliche Lösung des deutschen Problems, das Erbkaisertum der Hohenzollern, erarbeitet hatte und nur gescheitert war, weil diese Lösung mit unannehmbaren Begleitdingen belastet war, dieses Parlament schien wieder zu erstehen, um unter besseren Sternen sein Werk zu vollenden; die Lahrer Dorfzeitung machte den Vorschlag, daß alle noch lebenden Mitglieder jenes Parlaments von selbst als rechtmäßige Vertreter ihrer Wahlkreise in die neue Versammlung eintreten und der Präsident des alten Parlaments, Eduard Simson, auch dem neuen vorstehen solle. Man fühlte: indem der König von Preußen jetzt die Sache in die Hand nahm, konnte sie nicht mehr im Sande verlaufen. Freilich, dieser König war beraten von dem Mann, der noch zur Stunde im grimmigsten Kampf mit dem preußischen Parlament lag, von dem man nichts als Unterdrückung der Volksfreiheit erwartete, und es schien ein blutiger Hohn zu sein, daß gerade dieser Mann den Gedanken in die Welt schleuderte, das deutsche Volk zur Wahl einer Vertretung zu berufen, von der der frische und mächtige Antrieb zur Einheit ausgehen sollte. War Bismarck wirklich der beschränkte Junker, als der er alle die Jahre her verschrien war? Hatte er nicht am Ende wirklich gerade deswegen die heiße Fehde mit seinem Landtag begonnen und durchgeführt, weil dieser ihm die Mittel verweigerte, die deutsche Einheit nötigenfalls mit den Waffen zu erstreiten? Noch brach die richtige Anschauung von dem Mann, „der, wenn einem Teufel, dann dem teutonischen verschrieben war," nicht sieghaft überall und mit einem Male durch; aber sie begann zu dämmern; die Nation fing an ihren Führer zu erkennen. Es war freilich ein verhängnisvoller, indessen durch einen Staatsministerialbeschluß vom September 1863 (S. 108) gedeckter, Schritt, daß Bismarck das Parlament, mit dessen Hilfe er die Regierungen zwingen

wollte, auf das Wahlrecht der Reichsverfaſſung von 1848 begründete und damit die Übernahme dieſes ſchrankenloſen Wahlrechts in den neuen Staat der Deutſchen entſchied. Aber gerade dieſer Schritt, auf den Bismarcks Verkehr mit Laſſalle eingewirkt hat,*) zeugt von der Wucht ſeines nationalen Entſchluſſes. Wie er uns in ſeinen „Gedanken und Erinnerungen“ 2, 58 geſagt hat, ſollte dieſes Wahlrecht „eine Waffe in dem Kampf gegen Öſterreich und weiteres Ausland“ ſein, „eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen, um das monarchiſche Ausland abzuſchrecken von Verſuchen, die Finger in unſere nationale Omelette zu ſtecken.“ Die elementare Kraft der Nation rief er zu ſeinem Bundesgenoſſen auf; die Fremden ſollten wiſſen, daß, wenn ſie uns hindern wollten, unſern nationalen Staat zu errichten, ſie es nicht bloß mit einem König und einem Miniſter zu tun haben würden, ſondern mit einem ganzen großen Volke. Dieſem Volke aber gab Bismarck, indem er ihm das allgemeine Wahlrecht ſozuſagen als Angebinde zubrachte, einen Beweis hochherzigen Vertrauens, deſſen es ſich wohl nicht immer, aber doch in großen Stunden der Entſcheidung würdig gezeigt hat. Schon jetzt ſpann dieſer Beweis des Vertrauens feſte Fäden zwiſchen der Nation und dem Staatsmann, der aus dem Nebel des Parteikampfes auf die Hochwarte nationaler Geltung emporſtieg.

Der preußiſche Vorſchlag ward in einem Moment eingebracht, wo Deutſchland ſchon von Waffenlärm erdröhnte. Ein Marſchallsrat in Wien hatte am 13. März gegen die Anſicht des Grafen Mensdorff beſchloſſen, die Beſatzungen in Böhmen auf die Stärke von 80 000 Mann zu bringen; darauf antwortete ein Miniſterrat in Berlin, dem der König vorſaß, am 27. März mit dem Beſchluß, daß die ſchleſiſchen Feſtungen in Kriegszuſtand verſetzt, Pferde für die Artillerie angekauft und 11 000 Mann zur Verſtärkung des Heeres einberufen werden ſollten. Darauf begannen auch die anderen deutſchen Staaten ihre Truppen „in bundesmäßigen Stand zu ſetzen,“ um etwaigen Anforderungen des Bundes entſprechen zu können. Namentlich geſchah das von Sachſen, das auf den erſten Stoß ſeitens der Preußen gefaßt ſein mußte, falls es ſich nicht auf ihre Seite ſchlug, und davon wollte der Miniſter von Beuſt nichts wiſſen, trotz aller Erfahrungen, welche Sachſen betreffs der Ge-

*) Laſſalle hatte Bismarck den Gedanken entwickelt, daß die Maſſen der Monarchie folgen, wenn dieſe ſich ihrer Not annehme; ſie ſeien monarchiſcher als das liberale Bürgertum. Oncken, Laſſalle, S. 345 ff.

fahren einer antipreußischen Politik 1744, 1756 und 1813 gemacht hatte. Mensdorff richtete am 7. April das Verlangen nach Berlin, daß beruhigende Erklärungen über die teilweise angeordnete Mobilisierung gegeben werden möchten. Daraus entwickelte sich eine Korrespondenz, deren Ergebnis ein österreichischer Vorschlag vom 18. April war, daß beide Mächte ihre Rüstungen gleichmäßig, Zug um Zug, rückgängig machen sollten. Es war schwer, diesen Vorschlag abzulehnen, ohne sich vor aller Welt als Friedensstörer hinzustellen; die natürliche Friedensliebe König Wilhelms, der stets seinen bestimmten Willen hatte und keineswegs eine Drahtpuppe in der Hand seines Ministers war,*) kam hinzu, und Bismarck war in Verzweiflung; der ganze Anlauf zum energischen Durchhauen des Knotens schien ins Stocken zu kommen. Govone fand ihn am 19. April „sehr unzufrieden und entmutigt," und war seinerseits in der Stimmung, alles für verloren zu halten, so daß er, als in Berlin jetzt unnütz, eine Reise nach Hamburg und Kiel antrat. Da zerstörten die Österreicher selbst die Wirkung ihres Schachzugs, indem Kaiser Franz Joseph auf Grund von Nachrichten über italienische Rüstungen, welche zum Teil begründet, zum Teil irrig waren, am 21. April überstürzt befahl, die Südarmee auf Kriegsfuß zu setzen. Am 26. April antwortete der Ministerrat in Florenz mit dem Beschluß, die von der Kammer für Festungszwecke verwilligten 300 Millionen Lire zur Verstärkung der Werke Bolognas und Cremonas und zur Aufstellung eines Beobachtungskorps unter General Cialdini bei Bologna zu verwenden; überdies sollten Pferde aufgekauft und in Piacenza und Brescia „Übungslager" errichtet werden: mehr und mehr kam der Stein ins Rollen. Wenn Österreich gegen Italien mobil machte, so konnte Preußen seine Maßregeln nicht rückgängig machen; denn einmal war es moralisch, wenn auch vielleicht nicht durch den Buchstaben des Vertrags, gezwungen, Italien im Ernstfall nicht allein zu lassen, und dann konnte jeden Augenblick das im Süden kriegsbereit gemachte Heer nach Norden geworfen werden. Man erwog in Wien, daß Venetien auf die Dauer doch nicht oder jedenfalls nur um den Preis zu behaupten war, daß man Italien immer sprungbereit sich gegenüber sehen mußte; eine große Versuchung für jeden Feind Österreichs, das, so lange es mit Italien in dieser Weise verfeindet war, bloß noch

*) v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 255. „Der Einfluß Seiner Majestät auf Bismarcks politische Entschlüsse ist ein viel bedeutenderer gewesen, als von vielen angenommen wird."

Kriege mit zwei Fronten zu führen Ausſicht hatte. Da war es am Ende beſſer, das Land, deſſen Beſitz ſolche Gefahren mit ſich brachte, aufzugeben, auf alle Herrſchaftsgelüſte im Bereich der Apenninhalbinſel zu verzichten und dafür die ganze Kraft zur Behauptung der führenden Stellung in Deutſchland und zur Niederhaltung Preußens zu verwenden. Daraus erwuchs der geheime, nach Paris geſandte, Vorſchlag, daß Franz Joſeph Venetien an Napoleon abtreten wolle, worauf dieſer es weiter an Viktor Emanuel II. abgeben werde. Es ſcheint, daß Napoleon damals, erzürnt darüber, daß Preußen ihm am Rhein keine „Entſchädigungen" einräumen wollte, ſich Öſterreich zuwandte; jedenfalls teilte er am 4. Mai den Italienern den öſterreichiſchen Vorſchlag mit. Viktor Emanuel II. hatte vor vier Wochen ſich Preußen gegenüber auf drei Monate in der uns bekannten Weiſe verpflichtet; er lehnte die Zumutung eines unverhüllten Wortbruchs entrüſtet ab, ſo verführeriſch auch die Ausſicht war, ohne Blutvergießen Venetien zu erlangen, und ſeine Miniſter taten unter dem Druck der Volksſtimmung das gleiche; die italieniſche Nation wollte Venetien nur mit Ehren erlangen, und der andere Weg brachte unauslöſchlichen Makel mit ſich. Freilich blieb die Gewißheit, daß man in der Wiener Hofburg ſich auf den Verluſt Venetiens bereits eingerichtet hatte, nicht ohne verhängnisvolle Rückwirkung auf die Art der ſpäteren italieniſchen Kriegführung: für ein Ziel, deſſen Erreichung ſo oder ſo ſicher iſt, ſetzt man nach menſchlicher Art nicht die volle Kraft ein, welche man im bitteren Ernſtfall aufbieten würde. Einen eigentlichen Druck übte Napoleon auf Italien indeſſen nicht aus, ſo, daß er es zur Annahme des Angebots beſtimmt hätte. Er hatte damals wieder den Gedanken gefaßt, einen europäiſchen Kongreß nach Paris zu berufen und ihm die Frage der Elbherzogtümer, der deutſchen Bundesreform und des Schickſals Venetiens vorzulegen; was 1863 geſcheitert war, ſollte 1866 gelingen. In welchem Sinn die franzöſiſche Nation die Anmaßung, daß Europa über die eigenſten Fragen unſerer Zukunft zu Gericht ſitzen ſollte, verſtand, zeigte die berühmte Rede, welche Thiers am 3. Mai im geſetzgebenden Körper zu Paris hielt*) und deren letzter Sinn war, daß die Zerriſſenheit Deutſchlands die Grundbedingung des „legitimen" franzöſiſchen Übergewichts in Europa ſei, alſo die deutſche Einheit ſchlechterdings verhütet werden müſſe. Der amtliche Sitzungsbericht ſtellt feſt, daß ein Sturm des Beifalls von allen

*) Vgl. de Mazade, monsieur Thiers, Paris 1884, S. 292.

Seiten des Hauses, von der Opposition wie von der Mehrheit, diese Worte begleitete. Der Kaiser kam dieser Stimmung entgegen, indem er beabsichtigte, Österreich für den Verlust Venetiens durch Schlesien zu entschädigen, dafür Preußen durch Sachsen und einige Kleinstaaten zu vergrößern und ihm die militärische Führung des Nordens zu überlassen; die so ihrer Länder beraubten deutschen Fürsten sollten in der Rheinprovinz, welche Preußen zu diesem Zweck auch hätte hergeben sollen, entschädigt und der Süden und Westen Deutschlands sollten zu einem neuen Rheinbund zusammengeschlossen werden, der sich naturgemäß an Frankreich hätte anlehnen müssen. Also statt der deutschen Einheit eine Dreiheit — das war die Anwendung des „Rechts der Nationalitäten," welche Napoleon für uns im Sinne trug. England, Rußland, dann auch Preußen und Italien stimmten dem Kongreß zu, zu dem am 28. Mai die Einladung aus Paris erging — auf den 12. Juni —: Bismarck nahm an, wahrscheinlich weil er hoffte, ehe der Kongreß zusammentrete, mit Schwertes Schärfe eine vollendete Tatsache und eine neue Situation zu schaffen, und dann weil er darauf rechnete, daß sonst irgendwo ein Hindernis auftauchen werde. Es kam in der Tat, und zwar ging das Hindernis von Österreich aus, das am 1. Juni die Annahme des Kongresses von zwei Bedingungen abhängig machte: daß auch der Papst zugezogen werde und daß keine Macht einen Gebietszuwachs erlange. Die erste Bedingung, welche eine ausgesuchte Schroffheit gegen Italien enthielt, stieß auf allgemeinen Widerstand; die zweite schnitt den Erwerb Venetiens für Italien und auch Frankreichs geheime Hoffnung auf Saarbrücken und Landau ab. *Damit war der Kongreßgedanke begraben*; bei solchen Beschränkungen hatte der Kongreß ja kaum etwas zu tun. Österreichs Widerstand ist übrigens nicht ein Ergebnis seines Ungeschicks,*) sondern sehr begreiflich; auf einem Kongreß mit voller Beschlußfreiheit hatte es voraussichtlich die Zeche zu bezahlen: es verlor Venetien, ohne Schlesien dafür zu gewinnen (was ja Preußen niemals zugestanden hätte), und mußte noch durch Zustimmung zu einer Bundesreform Preußen in Deutschland in den Sattel helfen.

Während dieser Verhandlungen hatte der König am 3. Mai die Mobilmachung des zweiten, dritten, vierten, fünften, sechsten und achten Armeekorps und des Gardekorps verfügt; nur das erste

*) So Maurenbrecher, Gründung des Deutschen Reichs (4. Aufl. 1910) S. 175. Dagegen Matter, Bismarck et son temps, Paris 1906, 2, 427.

Korps in Oſtpreußen und das ſiebente in Weſtfalen blieben von der Maßregel noch ausgeſchloſſen. Die Erregung über den bevorſtehenden Krieg ward in Deutſchland allgemein; man entſetzte ſich über den „Bruderkrieg“ gegen Öſterreich, das in aller Naivetät als eine deutſche Macht angeſehen ward, und faßte auf zahlreichen Volksverſammlungen flammende Proteſte dagegen. Bismarcks Name ward den Maſſen im Süden und Weſten verhaßter als je. Ein Zeichen dieſer Stimmung war der Mordanſchlag, der am 7. Mai 1866 gegen Bismarck verübt ward. Er hatte eben abends fünf Uhr dem König Vortrag gehalten und kehrte durch die Straße Unter den Linden zu Fuß nach dem auswärtigen Amt in der Wilhelmsſtraße heim; da feuerte ein zweiundzwanzigjähriger jüdiſcher Student der Landwirtſchaft, der von Hohenheim bei Stuttgart nach Berlin gereiſt war, Ferdinand Cohen, ein Stiefſohn des bekannten demokratiſchen Flüchtlings Blind in London, auf ihn — es war in der Nähe der ruſſiſchen Geſandtſchaft — einige Revolverſchüſſe ab, von denen aber wunderbarerweiſe nur einer eine leichte Quetſchung einer Rippe verurſachte. Mit Hilfe eines Buchbindermeiſters Bannerwitz und eines Kaufmanns Elias, auch einiger Schutzleute, die raſch herbeieilten, wurde der Mörder feſtgenommen, der, an ſich ein ſtiller, fleißiger Menſch, Bismarck als den böſen Dämon Deutſchlands anſah; er öffnete ſich im Gefängnis während des Verhörs eine Pulsader und ſtarb am 8. Mai morgens um vier Uhr. „Erſchrick nicht, mein Herz, es hat jemand auf mich geſchoſſen,“ ſagte Bismarck, als er kurz nach dem Anſchlag ins Zimmer ſeiner Gattin trat; „ich bin aber durch Gottes Gnade unverletzt geblieben.“ Das verabſcheuenswerte Ereignis brachte doch viele zur Beſinnung; am Abend des 7. Mai ſammelte ſich eine Menge Menſchen vor dem auswärtigen Amt und brachte dem Manne unaufhörliche Hochrufe, der am Morgen noch vielleicht von denſelben Leuten mit Haß betrachtet worden war. Man empfand dunkler oder klarer, daß am Leben dieſes Mannes unſer Schickſal hing. „Für unſern König und das Vaterland das Leben zu laſſen,“ ſagte Bismarck aus dem Fenſter zu der unten ſtehenden Menge, „ob auf dem Schlachtfelde oder auf dem Straßenpflaſter, halte ich für ein hohes Glück und erflehe von Gott, daß mir ein ſolcher Tod vergönnt ſei. Seine Majeſtät, unſer König und Herr, lebe hoch!“ Es war das Gefühl, das einſt Richelieu ſprechen ließ: „Ich habe keine andern Feinde als die des Königs!“

Trat in dem Attentat Cohens noch einmal die populäre Abneigung gegen Bismarck zutage, ſo waren andere Gegner in hohen

Regionen unausgesetzt gegen ihn tätig. Vor allem hielt der Kronprinz an seiner Ansicht fest, daß ein Krieg mit Österreich nicht bloß moralisch verwerflich, daß sein Ausgang auch unsicher sei und eine zerschmetternde Niederlage Preußens mit dem Verlust Schlesiens und der Rheinprovinz für wahrscheinlicher gelten müsse als das Gegenteil. Daß Bismarck die deutsche Frage in Angriff nahm, erschien dem Thronerben vollends verkehrt; nicht ein Konfliktsminister, sondern nur ein den Forderungen der Zeit entsprechendes liberales Kabinett sei zur Lösung dieser Aufgabe befähigt. Wie ihr Sohn war Königin Auguſta von liberalen Ansichten erfüllt und gegen Bismarck eingenommen (S. 119); die Gemahlin des Kronprinzen stand als Engländerin einem Minister, der die Mehrheit des Unterhauses mißachtete, mit unverhohlener Mißbilligung gegenüber. Herzog Ernst von Koburg, ihr Oheim, war auch gänzlich in den damals üblichen liberalen Auffassungen befangen. Und an demselben Strang zogen die entschiedensten Gegenfüßler der Liberalen, die altpreußischen Stockkonservativen und Ultrareaktionären, welche Österreich als den Hort alles Konservatismus betrachteten und den Minister, der auf die Politik Friedrichs des Großen zurückgriff, als den Mann des Unheils ansahen. An ihrer Spitze stand König Wilhelms Bruder Prinz Karl, auch persönlich ein Mann von unholdem Wesen, der direkt Bismarcks Sturz anstrebte und ihm so zu schaffen machte, daß Bismarck (nach einem Brief Roons vom 4. April 1866) *) damals vor dem Entschluß stand, den seine Kräfte aufreibenden Kampf aufzugeben und seine Entlassung zu nehmen. Auch die Offiziere waren zum Teil in Erinnerung an die Kameradschaft mit der österreichischen Armee von 1813—15 und von 1864 gegen den Krieg mit den früheren Waffengenossen. Endlich ließ sich die verwitwete Königin Elisabeth Luise, die Gemahlin Friedrich Wilhelms IV., gegen Bismarck vernehmen: **) sie war eine bayrische Prinzessin, nichts weniger als ultramontan — war sie doch 1830 zum evangelischen Glauben übergetreten —, aber doch von Sympathien für den deutschen Süden, dem sie entstammte, und für Österreich beseelt.***) So war die Stellung des Ministers dornenvoll

*) Siehe Bismarck-Jahrbuch 3, 244—245.

**) In dem Bericht des italienischen Gesandten Grafen Barral bei Lamarmora, un po più di luce S. 93, vom 19. März werden die drei hohen Damen und der Kronprinz direkt als die bezeichnet, welche die Audienz Govones beim König zu hintertreiben suchten.

***) In dem Buch „Die Damenpolitik am Berliner Hof 1830—70", Berlin 1906, wird S. 99—101 ein Brief eines ehemaligen liberalen Ministers,

und gefährdet; aber er zwang den Unwillen und das Gefühl der Erſchöpfung mannhaft nieder und hielt aus, im Bewußtſein, daß dank ſeiner Genialität und Ausdauer endlich die große Stunde nahe, wo Preußens Aar den höchſten Siegesflug nehmen und Deutſchlands Geſchick ſich entſcheiden werde. Er hoffte, daß das preußiſche Volk in dieſer Kriſis ſich auf ſich ſelbſt beſinnen werde. Am 9. Mai erfolgte die Auflöſung des Abgeordnetenhauſes und bald die Anſetzung der Neuwahlen auf den 3. Juli.

Wie wenig aber er damals noch hoffte, gleich auf den erſten Wurf ans Ziel zu kommen, ſieht man aus ſeinem Verhalten zu jenem Friedensvermittler auf eigene Fauſt, dem Freiherrn Anton von Gablenz, dem Bruder des öſterreichiſchen Statthalters in Holſtein. Anton von Gablenz war preußiſcher Staatsangehöriger und eine Zeitlang Mitglied des Landtags, ein tüchtiger, allgemein geachteter Mann, dem die Gefahr eines Krieges, in welchem ſein Staat gegen den Staat des Bruders ſtehen würde, durch die Seele ſchnitt. Er fand ähnliche Geſinnungen bei ſeinem Bruder, und ſo arbeitete er einen Vorſchlag aus, nach welchem Schleswig-Holſtein einem preußiſchen Prinzen übergeben werden, ſeine ſtaatliche Sonderexiſtenz aber behalten ſollte; der Kieler Hafen ſollte gegen eine Abfindungsſumme von fünf Millionen Talern von Öſterreich an Preußen abgetreten werden. Die Bundesverfaſſung ſollte dahin umgeſtaltet werden, daß Öſterreich in Krieg und Frieden den Oberbefehl über die ſüddeutſchen, Preußen den über die norddeutſchen Truppen führen ſollte; Raſtatt ſollte bloß von Öſterreich, Rendsburg bloß von Preußen beſetzt werden; beide aber ſollten Bundesfeſtungen ſein. Gablenz unterbreitete ſeinen Vorſchlag, für deſſen ſtramme Durchführung mit der geeinten furchtbaren Kraft beider Großmächte ſein Bruder Feuer und Flamme war, zuerſt in Wien, und ward von Mensdorff an Bismarck weiter geſchickt. Dieſer erkannte in den Gedanken des Freiherrn „eine geeignete Grundlage für Verhandlungen;“ alle die Jahre daher war er dafür eingetreten, daß es für Preußen an ſich genüge, mit Norddeutſchland eng verknüpft zu ſein, daß der Süden geographiſch, hiſtoriſch, konfeſſionell und nach ſeiner Volksart ſchließlich mehr zu Öſterreich neige; er war eben jetzt noch bereit, Bayern durch das erneute Angebot der Führerſchaft über den Süden auf die preußiſche

---

der beim König viel galt, aus dieſen Tagen mitgeteilt, worin der König beſchworen wird, den Mann zu entlaſſen, „der das Vertrauen E. Majeſtät bei allen andern Mächten geraubt hat“.

Seite zu ziehen: so wenig trachtete er unbedingt nach der Vorherrschaft Preußens über den Süden, und so sehr war er überzeugt, daß der Staatsmann nicht in den alten Fehler der Deutschen verfallen dürfe, „alles erreichen zu wollen oder nichts;" daß man zufrieden sein müsse, auch nur einigermaßen dem Ziel der deutschen Einheit näher zu kommen. Aber schließlich empfing Gablenz vom Kaiser Franz Joseph, bei dem er am 25. Mai eine Audienz hatte, den Bescheid, es sei zu bedauern, daß diese Vorschläge nicht vor sechs bis acht Wochen gemacht worden seien; jetzt sei es zu spät; das Mißtrauen auf beiden Seiten sei für eine unmittelbare Unterhandlung schon zu groß. Es scheint, daß man in Wien fürchtete, Bismarck, in dem man den eigentlichen Urheber der Vorschläge vermutete,*) wolle nur den Österreichern irgend eine Falle stellen, ihnen etwa die Zuneigung der Süddeutschen, welche in Gablenz' Vorschlag als gute Beute für Österreich erschienen, endgültig entziehen. Aber auch ohne diesen Verdacht waren die Dinge schon zu weit gediehen, als daß noch eine solche Wendung möglich gewesen wäre. Der geschworene Feind Preußens, der überaus einflußreiche Referent über die deutschen Angelegenheiten im auswärtigen Amt, von Biegeleben, war unbedingt für den Krieg; Graf Belcredi erklärte, daß die inneren Schwierigkeiten des Reichs politischer und finanzieller Art — man stand vor dem Bankerott — nur durch einen Krieg beseitigt werden könnten; der Finanzminister Graf Larisch war derselben Ansicht; auch Graf Moritz Esterhazy (Minister ohne Portefeuille) schloß sich an: so ward Mensdorff überstimmt.

*) Dieser Punkt ist in der Tat nicht hinlänglich aufgeklärt. Gablenz sagte dem Kaiser zwar ausdrücklich, daß die Vorschläge nicht von Bismarck herrührten, sondern von ihm, Sybel 4, 385. Auffallend ist aber, daß sie so sehr mit Bismarcks Ansichten wörtlich zusammenstimmen, im Hauptpunkt der Beschränkung des preußischen Einflusses auf den Norden und besonders was die Behandlung der Plätze Rastatt und Rendsburg betrifft; s. oben S. 140. Hat Gablenz, ehe er seine Vorschläge endgültig formulierte, mit Bismarck verhandelt, dann aber alles auf seine Kappe genommen? Bei Sybel 4, 375—376 steht nichts davon, eher das Gegenteil. Aber Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 4. Auflage, Stuttgart 1909, 1, 546 f., teilt eine Unterredung mit, welche er am 13. Juni 1890 in Friedrichsruh mit Bismarck hatte; darnach sprach der Fürst damals von „unserer Sendung des Herrn v. Gablenz", worin doch das Zugeständnis einer gewissen Initiative Bismarcks zu liegen scheint. Vergleicht man dann weiter die Darstellung Bismarcks bei Friedjung mit der Erzählung v. Sybels, so ergeben sich, abgesehen von diesem Punkt, noch zwei weitere

Das Heer Öſterreichs war groß und tüchtig; an dem Feldzeugmeiſter Benedek glaubte der Kaiſer einen hervorragenden Feldherrn zu beſitzen; der Italiener meinte man ſich mit Hilfe des Feſtungsvierecks — Peschiera, Mantua, Verona und Legnago — leicht erwehren zu können; der Süddeutſchen, welche entweder Ultramontane oder Demokraten waren und in beiden Fällen das ketzeriſche und reaktionäre Preußen grimmig haßten, war man ſo ſicher, daß nicht einmal des Königs Wilhelm Schwiegerſohn, Großherzog Friedrich von Baden, ſich von dem Krieg ausſchließen konnte. So entſchied man ſich in Wien zum Losſchlagen, und man wählte denjenigen Anlaß zum Bruch, der Öſterreich am meiſten Sympathien in Süddeutſchland einbringen mußte: die ſchleswig-holſteiniſche Frage. Für Deutſchland war es ein Glück, daß Öſterreich ſelbſt den Plan der Teilung Deutſchlands nach der Mainlinie zum Scheitern brachte, und auch Bismarck ſelbſt ſagte 1890 zu dem öſterreichiſchen Hiſtoriker Friedjung: er wäre zwar damals zufrieden geweſen, der Einheit Deutſchlands auch nur auf drei Schritte näher zu kommen; ob aber die Ordnung eine endgültige geweſen wäre und nicht ſpäter doch ein Waffengang zwiſchen Öſterreich und Preußen notwendig geweſen wäre, wiſſe er nicht.

Immer hatten es die Mittelſtaaten beſonders ſchwer empfunden, daß Öſterreich in der Angelegenheit der Elbherzogtümer ſeit dem Ende des Jahres 1863 alle Rückſicht auf ihre Wünſche beiſeite geſetzt und ſich mit Preußen gegen ſie verbündet hatte. Um ſo auffälliger mußte es ſein, wenn Öſterreich jetzt eine völlige Schwenkung vollzog; und das geſchah am 1. Juni, indem der öſterreichiſche Ge-

---

Unterſchiede: 1. bezeichnet Bismarck die Abſicht bei der Verhandlung geradezu als die: Öſterreich und Preußen ſollten ſich in die Herrſchaft über Deutſchland teilen. Das war auch jedenfalls des Pudels Kern, wenn der militäriſche Oberbefehl, wie erwähnt, geteilt werden ſollte; an eine Art polniſcher Teilung iſt natürlich nicht zu denken; die einzelnen Staaten ſollten beſtehen bleiben. 2. — und das iſt die Hauptſache, wovon bei v. Sybel gar nichts ſteht — ſchlug Bismarck vor, daß Öſterreich und Preußen, ſchlagfertig wie ſie ſeien, *ſich gemeinſam gegen Frankreich wenden und die Herausgabe des Elſaßes erzwingen ſollten*; Öſterreich könne dann Straßburg nehmen, Preußen Mainz behalten. Offenbar ſollte die Teilung Deutſchlands einen national wuchtigen Abſchluß erhalten, der ihr zur Rechtfertigung diente, und Öſterreich und Preußen ſollten durch den gemeinſamen Gegenſatz gegen Frankreich unlöslich zuſammengeſchmiedet werden. Vgl. meinen Aufſatz im Deutſchen Wochenblatt (Berlin, Walther) 1898, 406—407.

sandte am Bundestag, Freiherr von Kübeck, im Namen seiner Regierung erklärte, daß sie dem am 24. Mai gestellten Antrag der (in Bamberg zur Beratung versammelt gewesenen) Mittelstaaten auf allgemeine Entwaffnung der kriegsbereiten Mächte nachkommen werde, wenn erst in Schleswig-Holstein, auf das Preußen rechtlose Ansprüche erhebe, der rechts- und verfassungsmäßige Zustand hergestellt sei; zu diesem Behufe stelle Österreich die Frage über das Schicksal der Herzogtümer der Bundesversammlung anheim, und es habe zugleich seinen Statthalter angewiesen, die Stände Holsteins einzuberufen, deren Wünsche und Anschauungen für die Entscheidung wesentlich seien. Damit waren die Verträge vom 16. Januar 1864 und 14. August 1865 zerrissen, welche Preußen vor einer ohne seine Zustimmung sich vollziehenden Entscheidung über Schleswig-Holstein sicherten; es war eine Herausforderung ohnegleichen, welche vor allem die Wirkung hatte, die letzten schweren Bedenken des Königs Wilhelm gegen einen Krieg zu zerstreuen. „Ich weiß es," sagte er damals einem Vertrauten, „sie sind alle gegen mich! Aber ich werde selbst an der Spitze meiner Armee den Degen ziehen und lieber untergehen, als daß Preußen diesmal nachgibt." Bereits ward auch die Stimmung in Preußen einigermaßen anders. Im katholischen Westen zwar, wo man sich zu Österreich hingezogen fühlte, stieß die Einziehung der Reservisten und Landwehrleute da und dort auf Schwierigkeiten, und Protestversammlungen gegen den Krieg erfolgten immer noch; aber in den alten Provinzen entsprach das Volk in Waffen ohne Schwanken, wenn auch ohne Begeisterung, dem Ruf seines königlichen Herrn, und die Magistrate der Städte Breslau, das doch in erster Linie bei einem Krieg mit Österreich bedroht war, und Halle sprachen sich in mannhafter Weise für die Verteidigung des Vaterlandes und gegen einen schmählichen Rückzug aus. Rasch erfolgten nunmehr die letzten Schläge. Als Gablenz am 5. Juni die holsteinischen Stände trotz des preußischen Widerspruchs auf den 11. Juni nach Itzehoe einberief, rückten am 7. Juni 20 000 Preußen unter Manteuffel in Holstein ein und besetzten Rendsburg, Kiel und Itzehoe. Gablenz wich mit seinen 4800 Mann nach Altona und dann ins Hannoversche zurück. Am 10. Juni überreichte der preußische Bundesgesandte von Savigny in Frankfurt die Grundzüge einer Bundesreform: Ausschluß der österreichischen und niederländischen Gebiete vom deutschen Bund; Berufung eines Parlaments, mit dem die neue Verfassung vereinbart werden soll;

Unterſtellung der norddeutſchen Truppen unter den preußiſchen, der ſüddeutſchen unter bayriſchen Oberbefehl (wobei aber Nord- und Südarmee doch als ein Ganzes gedacht waren); Feſtſetzung der neuen Beziehungen zwiſchen dem Bund und Öſterreich unter Mitwirkung des Parlaments. Die Kriegsflotte ſollte ausſchließlich unter preußiſcher Leitung ſtehen. Darauf rief Öſterreich ſeinen Geſandten, Grafen Karolyi, aus Berlin ab und ſtellte am 14. Juni den Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres mit Ausnahme des preußiſchen Teils. Er ward unter Mißachtung aller in der Bundesverfaſſung vorgeſchriebenen Sühnemöglichkeiten am 16. Juni mit neun gegen ſechs Stimmen angenommen — ob dieſe amtliche Zählung ganz richtig war, kann man dahin geſtellt ſein laſſen; auf juriſtiſche Zwirnsfäden kam es nicht mehr an. Öſterreich hatte alle größeren Staaten für ſich außer Baden, das ſich der Abſtimmung enthielt und eine Vermittlung des Bundes wünſchte; der guten Geſinnung Frankreichs war Öſterreich ſogar kraft förmlichen Vertrags vom 12. Juni ſicher, wenn es Venetien preisgab; es ſollte ſich dafür an Schleſien ſchadlos halten. Als das Ergebnis der Abſtimmung von dem Vorſitzenden von Kübeck verkündigt war, erhob ſich alsbald von Savigny und erklärte, daß ſeine Regierung den Bundesvertrag für gebrochen, alſo nicht mehr verbindlich anſehe und beabſichtige, mit denjenigen Staaten, welche ihr dazu die Hand reichen wollen, einen neuen Bund zu errichten.

Die Würfel waren geworfen; der Krieg begann. Er mußte der langen Unklarheit über Preußens Zukunft ein Ende bereiten; ſo wenig als 1813 war der Sieg ſicher. Aber die Dinge hatten ſich ſo geſtaltet, daß die Entſcheidung geſucht werden mußte: fiel ſie gegen Preußen aus, ſo war Bismarck, wie er dem engliſchen Geſandten Lord Loftus in der Nacht des 16. Juni ſagte, entſchloſſen „beim letzten Angriff zu fallen."

Viertes Kapitel.

Der böhmiſche Krieg von 1866.

Sofort am 15. Juni richtete Bismarck an die Höfe von Sachſen, Hannover und Kurheſſen das Verlangen, daß ſie ihre Heere auf den Friedensfuß ſetzen, neutral bleiben und der Berufung eines deutſchen Parlaments zuſtimmen ſollten. Wenn ſie ſich dazu bereit erklärten, ſo ſollte ihnen ihre Souveränetät, ſoweit ſie nicht durch das

Parlament beſchränkt werde, verbürgt ſein. Mit allem Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß Bismarck von den drei Mittelſtaaten nicht forderte, ſie ſollten ihre Waffen mit denen Preußens vereinigen und gegen Öſterreich und den Süden kämpfen. Die Forderung wäre durchaus berechtigt geweſen; ſie wurde gleichwohl nicht geſtellt. Nichts ward verlangt als erſtens Neutralität und zweitens die Zuſtimmung dazu, daß die deutſche Nation Gelegenheit erhalte, ihre Anſicht durch gewählte Vertreter kund zu tun. Indem die drei Staaten — und zwar Hannover und Kurheſſen im Gegenſatz zu ihren Landtagen — das preußiſche Verlangen ablehnten und ihre Kriegsbereitſchaft aufrecht erhielten, ergriffen ſie die Partei der Gegner Preußens; ſie appellierten, in der Meinung, daß die Bundestreue das mit ſich bringe, an das Schwert, und ſie mochten ſich vorſehen, daß das unvorſichtige und frevelhafte Wort des württembergiſchen Miniſters von Varnbüler, der im Landtag am 4. Juni Preußen im Fall ſeiner Niederlage das Vae victis! Wehe den Beſiegten! zurief, nicht an ihnen ſelbſt ſich erfüllte. Sofort nach Ablehnung des preußiſchen Antrags überſchritten die preußiſchen Truppen am Abend des 15. und am Morgen des 16. Juni die Grenzen, „damit ſie nicht im Rücken angegriffen würden, während ſie ſich gegen Öſterreich verteidigten," wie eine amtliche Erklärung beſagte; und binnen ein paar Tagen waren die drei Staaten in den Händen Preußens, ihre Heere auf dem Rückzug, die Fürſten gefangen oder vertrieben. Die norddeutſchen Kleinſtaaten einſchließlich der Hanſeſtädte, aber ausſchließlich Braunſchweigs, deſſen Herzog ſich für neutral erklärte, jedoch die preußiſche Bundesreform annahm, und ebenſo die thüringiſchen Staaten außer Sachſen-Meiningen und Reuß ä. L. ſchloſſen ſich an Preußen an und erklärten demgemäß zwiſchen den 20. und 29. Juni ihren Austritt aus dem Bunde. Der Großherzog von Oldenburg, Peter, ſprach es am 25. Juni offen und tapfer aus, daß er es für ſeine patriotiſche Pflicht halte, „in dem jetzt gegen die norddeutſche Großmacht ausgebrochenen Vernichtungskampfe unbedingt und ohne Rückhalt auf Preußens Seite zu ſtehen," und Herzog Ernſt von Altenburg bekannte ſich mannhaft zu der Loſung: Kein mächtiges, blühendes Deutſchland ohne ein mächtiges, hervorragendes Preußen! *) Dieſes führte den Krieg mit ganzer Wucht gegen Öſterreich, während gegen deſſen deutſche Verbündete nur ein Heer von 50 000 Mann unter General Vogel von Falkenſtein geſandt wurde. Drei Heere unter dem Kronprinzen,

*) Siehe die Aktenſtücke im Staatsarchiv 11, 148 ff.

dem Prinzen Friedrich Karl und dem General Herwarth von Bittenfeld brachen am 22. Juni aus Schleſien, der Lauſitz und Sachſen in Böhmen ein und erfochten hier in der Gegend von Gitſchin und Nachod eine Reihe von Siegen. Der König und Bismarck blieben in den erſten Tagen des Krieges noch in Berlin. Auf die Nachricht von den ſich raſch häufenden böhmiſchen Erfolgen zog am Abend des 29. Juni eine große Menſchenmenge nach dem auswärtigen Amt, um Bismarck eine ſtürmiſche Huldigung darzubringen. Er erinnerte in ſeinen Dankesworten, die er vom Balkone des Hauſes herab ſprach, an das Verdienſt des Königs, der unabläſſig bemüht geweſen ſei, eine tapfere und ſtarke Armee zu ſchaffen; er mahnte in ſchlichten und ſchönen Worten, man möge der Verwundeten, der Witwen und Waiſen der Gefallenen gedenken, und als heraufziehender Donner ſeine Worte verſchlang, rief er: „Der Himmel ſchießt Salut!“

Am 30. reiſte der König mit Bismarck, Moltke und Roon ab. Abends trafen ſie in Reichenberg ein, und der König übernahm den Oberbefehl über alle drei Heere. Am 3. Juli, am gleichen Tag, an dem die preußiſchen Landtagswahlen die bisherige Mehrheit zerſtörten und etwa 140 Konſervative gewählt wurden, erfolgte dann der große Schlag des Krieges, der Sieg der vereinigten preußiſchen Heere bei Königgrätz oder Sadowa über die Öſterreicher unter Feldzeugmeiſter Benedek und die ihm unterſtellten Sachſen unter Kronprinz Albert. Indem der Kronprinz von Norden her die rechte Flanke des Feindes eindrückte, den Friedrich Karl und Herwarth von Weſten her in der Front gefaßt hatten, erfolgte eine ungeheure Niederlage und zum Teil eine wilde Flucht der Beſiegten. Am Abend trafen ſich König Wilhelm, den Bismarck pflichtmäßig damals hat warnen müſſen, ſich dem Granatfeuer nicht allzu ſehr auszuſetzen,*) und ſein Sohn auf dem Schlachtfeld, auf einer Wieſe bei Problus. Es war eine weltgeſchichtliche Stunde, welche Preußens Größe vollendete; jetzt war vergeſſen, was Vater und Sohn einſt getrennt hatte (S. 101); in tiefer Bewegung fielen ſie ſich um den Hals, und der König nahm den eigenen Orden pour

*) Bismarck an ſeine Frau, aus Hohenmauth 9. Juli 1866. „Der König exponierte ſich am 3. allerdings ſehr, und es war gut, daß ich mit war; denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, ihn ſo hart anzureden, wie ich es mir erlaubte, nachdem die Granaten den Herrn in unangenehmſter Nähe umſchwirrten. Es iſt mir aber lieber ſo, als wenn er die Vorſicht übertriebe.“

le mérite von der Bruſt, um ihn dem ſiegreichen Sohne umzuhängen. Vor ihnen und um ſie lagen Haufen von Toten und Verwundeten, weggeworfene Waffen und Rüſtungsſtücke, alles Zeichen einer jähen, ſchreckenvollen Flucht. „Eure Majeſtät," ſagte Moltke zum König, „haben nicht bloß die Schlacht, ſondern den Feldzug gewonnen." „Ja," ſagte Bismarck, „die Streitfrage iſt alſo entſchieden; jetzt gilt es, die alte Freundſchaft mit Öſterreich wieder zu gewinnen." Welch ein Mann! Seit nahezu vier Jahren lag er mit dem eigenen Lande in heißem Kampf, um ihm die Mittel zu einer Reorganiſation ſeines Heeres abzuringen, welche das Werkzeug zu Preußens Größe liefern ſollte und welche ſich eben an dem blutigen Tage, der ſich nun zu Ende neigte, glanzvoll bewährt hatte. Aufs bitterſte war er geſchmäht, aufs heftigſte angegriffen worden als brutaler und beſchränkter Junker, als tollkühner Spieler, welcher, nur um ſich am Ruder zu erhalten, das Glück ſeines Landes zum Einſatz mache; als unfähig, anmaßend, verwegen, leichtfertig; die Mordwaffe war gegen ihn erhoben worden. Nun waren alle Vorwürfe durch den überwältigenden Erfolg widerlegt, alle Gegner beſchämt und zum Verſtummen gebracht; ſieghaft hob ſich Bismarcks Geſtirn am politiſchen Himmel Europas empor, alle andern Sterne weit überſtrahlend; es gab niemand, der ſich nicht bewundernd oder knirſchend vor ihm neigte. Gewiß zog all das durch ſeine Seele, als er Öſterreichs Armada zerſtäubt fliehen ſah. Aber dieſes Gefühl des Stolzes und der Genugtuung vermochte dieſe große Seele nicht zu irren; der Triumph der Politik und der Waffen trat zurück hinter der ſtets vor ihm ſtehenden Pflicht: es gilt — nicht etwa zu feſten und zu feiern und ſich im Erfolg zu ſonnen, ſondern fortzuarbeiten gilt's, damit der Sieg von heute dauernde Wirkungen übe. Es gilt die alte Freundſchaft mit Öſterreich, der einſt der erſte Bonaparte erlag, nun, da das Duell ausgefochten und Deutſchlands Recht auf eine ungeſtörte und unverkümmerte nationale Exiſtenz erkämpft iſt, wieder zu gewinnen und auf neuer Grundlage zu feſtigen, damit an der unerſchütterlichen Freundſchaft der Zentralmächte des Weltteils, Deutſchlands und Öſterreichs, ſich alles Übelwollen der Feinde breche wie an einem rocher de bronze. Als aller Tugenden größte erſchien den Hellenen die Sophroſyne, die kernhafte Geſundheit des Geiſtes, welche ſich nicht durch das Unglück und nicht durch das Glück erſchüttern und ins Schwanken bringen läßt, ſondern mit ſicherem Maßhalten beide meiſtert; wie ergreifend hat an der

Schwelle der griechiſchen Lyrik das Archilochos ausgedrückt. Ich weiß nicht, ob jemals dieſe Tugend in großartigerer Weiſe betätigt worden iſt, als durch Bismarck am Abend des Tages, der das Werk langer Jahre krönte und unſerem Volk die Pforten der Zukunft aufſchloß.

In Wien war der Eindruck der Niederlage ein niederſchmetternder. Der glänzende Sieg, den Erzherzog Albrecht am 24. Juni bei Cuſtoza über das italieniſche Heer davon getragen hatte, war nicht bloß völlig ausgeglichen; das Übergewicht war vielmehr jetzt unbedingt auf ſeiten der Gegner des Kaiſerſtaats, und es lag auf der Hand, daß Öſterreich nicht mehr imſtande war, ſich gegen beide zugleich zu behaupten. So entſchloß ſich Franz Joſeph ſofort am 4. Juli das zu tun, wozu er ſich Frankreich gegenüber am 12. Juni anheiſchig gemacht hatte: er telegraphierte an ſeinen Geſandten Fürſt Metternich nach Paris, daß er Venetien, vorbehaltlich einer Geldentſchädigung für die Feſtungen, an Frankreich abtrete, unter der Bedingung, daß Frankreich einen Waffenſtillſtand mit Italien vermittle; dadurch mochte es dann möglich werden, die 90 000 Mann des Erzherzogs Albrecht nach Norden zu ziehen und den Preußen, die alsbald nach ihrem Sieg den Vormarſch auf Wien antraten, Halt zu gebieten. Für Napoleon bedeutete dieſer öſterreichiſche Schachzug eine ernſte Verlegenheit. Wir wiſſen, daß er perſönlich weit mehr zu Preußen neigte als zu Öſterreich; daß er mit Preußens Hilfe die italieniſche Einheit vollenden wollte; daß er bereit war, Preußen mit Norddeutſchland ſich eng vereinigen zu laſſen, unter der Bedingung, daß Frankreich einen Ausgleich für dieſe Machtverſchiebung durch ein Stück Land am Rhein empfange. Eben weil Bismarck beſtändig erklärte, daß er ſelbſt zwar mit ſich reden laſſen würde, daß aber ſein König von Abtretung deutſchen Gebiets nun und nimmer etwas wiſſen wolle, hatte ſich der Kaiſer verärgert am 12. Juni mit Öſterreich dahin verſtändigt, daß Öſterreich Venetien opfere und dafür Schleſien wieder zurücknehme. Gegen weitere Schmälerung wollte er Preußen, deſſen Niederlage man im allgemeinen in Paris bei Kriegsausbruch als wahrſcheinlich anſah, großmütig ſchützen und als Dank dafür den bisher verweigerten Landgewinn am Rhein einkaſſieren. Dem Kaiſer ſelbſt lag an einer ſolchen Erwerbung vielleicht nicht ſehr viel; er war derjenige Franzoſe, der — vermöge ſeiner von der Augsburger Jugendzeit her beſtehenden Vertrautheit mit deutſcher Art — uns noch am beſten begriff und uns am wohlwollendſten gegenüberſtand. Aber Napoleon mußte mit

der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnen, deren getreuſter Dolmetſcher Thiers war (S. 162); ſchon die italieniſche Einheit ward in Paris als eine Beeinträchtigung der franzöſiſchen Vormachtſtellung angeſehen; noch mißmutiger blickte man auf die Beſtrebungen nach Durchführung der deutſchen Einheit. Als nun die Nachricht von Königgrätz kam, waren die Franzoſen wie vom Donner gerührt; „bei Sadowa," ſagte der glänzende Reiterführer Marquis von Galliffet, „ſind mehr noch wir geſchlagen worden als die Öſtrreicher. Laſſen wir alles gehen, wie es geht, geben wir dem Herrn von Bismarck Zeit, ſein Heer, das teufliſch gelitten haben muß, wieder in Stand zu ſetzen, ſo ſind wir verloren und werden die zerſchlagenen Töpfe zu bezahlen haben." *) Bei einer ſolchen Stimmung konnte Napoleon unmöglich den Dingen einfach den Lauf laſſen, obſchon er wußte und es wiederholt ſagte, daß er zu einer tätigen Rolle militäriſch nicht vorbereitet war; auch war die Mehrheit des geſetzgebenden Körpers unter dem Eindruck des Fehlſchlags in Mexiko gegen neue kriegeriſche Abenteuer; man knirſchte über den Sieg der Preußen; aber man ſchreckte doch davor zurück, mit ihnen in Kampf zu geraten. Der Kaiſer wäre am liebſten ſo lange als möglich in ſeiner zuwartenden Haltung verblieben, wenn nur zu hoffen geweſen wäre, daß dabei nichts verloren wurde; jetzt zwang ihn der Verlauf des Krieges und das Angebot Öſterreichs zu handeln. Den Wunſch der Öſterreicher, Italien ins erhobene Schwert zu fallen und damit Preußen zu vereinzeln, erfüllte er indes nicht; er übernahm vielmehr die Rolle eines Vermittlers, trug ſich als ſolcher den Preußen und Italienern gleichzeitig an und forderte beide zur Vereinbarung eines Waffenſtillſtandes mit Öſterreich auf. In dieſer Weiſe ward der Entſchluß des Kaiſers am 5. Juli durch einen kurzen Artikel in der Amtszeitung, dem „Moniteur", Frankreich und der Welt kundgegeben. Wenn alles gut ging, konnte der Bonaparte den Schiedsrichter zwiſchen den kämpfenden Parteien ſpielen und ſo ohne beſonderes Wagnis dem Ehrgeiz der franzöſiſchen Nation eine große Befriedigung gewähren. Freilich — der Staatsminiſter Rouher und der Miniſter des Innern Lavalette fragten, ob eine ſchiedsrichterliche Rolle durchführbar ſei, ohne daß man ſich auf 300 000 Mann ſtützen könne, und woher ſollten dieſe genommen werden? Lavalette führte dem Kaiſer auch die Widerſprüche ſeiner Politik nachdrücklich zu Gemüte; zuerſt habe man dem preußiſch-italieniſchen Bündnis insgeheim den Segen ge-

*) Vitzthum v. Eckſtädt, London, Gaſtein und Sadowa (1889) S. 248.

geben und dann ebenſo insgeheim ſich mit Öſterreich über den Tauſchhandel Venetien—Schleſien verſtändigt; wie man vor Europa daſtehe, wenn die italieniſche Regierung den Schleier von dem Geheimnis wegziehe? Schließlich laufe man Gefahr, mit Preußen und Italien in offenen Konflikt zu geraten, und das könne niemand verantworten.

In Deutſchland war der Eindruck der Vorgänge des 4. und 5. Juli ein gewaltiger. „Alle Welt in Preußen," ſchreibt der däniſche Agent Hanſen,*) „iſt außer ſich, Bürger, Offiziere, einfache Soldaten; man will nichts wiſſen von einem franzöſiſchen, einem faulen Frieden." In Süddeutſchland rief die Kunde von dem öſterreichiſch-franzöſiſchen Zwiſchenſpiel einen Umſchwung der Stimmung hervor: nun war es Öſterreich, das mit dem Erbfeind zuſammenging, und von Preußen mußte man die Wahrung der deutſchen Ehre erhoffen. Der König Wilhelm rief, als er am 5. Juli in Horſchitz die Nachricht von dem Schritt Öſterreichs in Paris empfing: „Das iſt unglaublich!" und Bismarck ſagte: „Das ſoll uns Louis teuer bezahlen; es iſt ein faſt infamer Streich, daß ſich Öſterreich dem Kaiſer der Franzoſen zu Füßen wirft, ſeinen Lieblingsplan mit Venetien ausführt und Preußen zu vereinzeln ſucht." Man kann dieſen Unmut verſtehen: ganz billig war das Urteil über Öſterreich nicht, das ſich eben half, wie es konnte. Der König wollte dem Kaiſer mit einem feſten Programm antworten, welches die Einverleibung Schleswig-Holſteins, die Bundesreform unter preußiſcher Führung, Kriegskoſtenerſatz, Abdankung der Herrſcher von Hannover, Kurheſſen, Naſſau, Meiningen zugunſten ihrer Thronfolger, Abtretung Oſtfrieslands und der Erbfolge in Braunſchweig ſeitens Hannovers und eine Grenzberichtigung in Böhmen **) enthielt. Man ſieht: in Norddeutſchland wollte der König nur beſcheidene Vorteile für Preußen verlangen; aber er wollte ſofort die deutſche Frage löſen, die deutſche Einheit unter Preußens Vorantritt mit einem Schlage verwirklichen. Bismarck war mit dieſem Programm nicht ganz einverſtanden; es war ihm zu präzis; er zog eine unbeſtimmtere Faſſung vor, um je nach den Umſtänden auch noch mehr fordern zu können; und zunächſt wollte er Zeit gewinnen, damit die Preußen bis vor Wien vordringen könnten und Öſterreich ſich zum Friedensſchluß gedrängt ſehe. Das war um ſo dringlicher,

*) In ſeinem Buch les coulisses de la diplomatie, S. 91.

**) Die Gedanken und Erinnerungen 2, 38 nennen auch die Abtretung Öſterreichiſch-Schleſiens, wovon Sybel 5, 221 nichts weiß.

als man zunächſt nicht wußte, wie Italien das Anerbieten Öſterreichs aufnehmen werde, welches ihm den Preis des Krieges trotz der Niederlage von Cuſtoza in den Schoß warf. Aber eben das ward von der ganzen italieniſchen Nation, von hoch und nieder, vom König bis zum letzten Taglöhner als unerträglich empfunden, daß man ſich das venetianiſche Land, das man bis jetzt vergebens zu erobern verſucht hatte, als Almoſen ſollte ſchenken laſſen. Selbſt der dem Kaiſer demütig ergebene Miniſterpräſident Lamarmora telegraphierte nach Paris, daß es erniedrigend für Italien wäre, Venedig als Geſchenk von Frankreich anzunehmen, und daß alle Welt glauben werde, Italien habe Preußen verraten. Auch die Folgen für die innere Politik drängten ſich ihm auf: „man wird Italien nicht mehr regieren können; das Heer wird jedes Anſehen verlieren.“ „Ein einziger, täglich anwachſender Schrei der Entrüſtung erſcholl von Meſſina bis Mailand,“ ſagt Heinrich von Sybel (5, 224); beſonders das Heer, das zum größten Teil noch keinen Schuß abgegeben hatte und das die Schmach von Cuſtoza ebenſo zu rächen brannte, als es ſie zu rächen hoffte, war gegen einen treuloſen Abfall von dem Bundesgenoſſen, deſſen Siege auf den böhmiſchen Schlachtfeldern das öſterreichiſche Angebot erzwungen hatten. „Noch heute,“ ſagte am 6. Juli ein Glied des königlichen Hauſes, der Prinz von Carignan, welchen König Viktor Emanuel als Stellvertreter in Florenz zurückgelaſſen hatte, „wird der General Cialdini an der Spitze von acht Diviſionen den Brückenkopf von Borgoforte am unteren Po angreifen und den Strom überſchreiten.“ In Petersburg und London aber ſah man wohl mit Mißbehagen auf Preußens jähen Siegeslauf und war der Anſicht, daß die deutſche Bundesverfaſſung 1815 unter Mitwirkung Europas ins Leben getreten ſei und ohne Europa nicht abgeändert werden dürfe; aber ohne Europa — daß Frankreich allein ſich in die Sache miſchte, empfand man an der Newa wie an der Themſe als eine Anmaßung, welche ſcharfe Abweiſung erheiſchte; „eine ſolche Demütigung,“ hieß es in St. Petersburg, ſich unter franzöſiſchen Schutz verkriechen zu ſollen, iſt unerhört in der Geſchichte eines großen Reiches.“

So brachte Napoleons unüberlegter Schritt vom 5. Juli ihn nur in große Verlegenheit; kein Menſch in Europa erhob ſich für ihn; von den Nächſtbeteiligten erfuhr er die entſchiedenſte Ablehnung; am 8. Juli überſchritt Cialdini wirklich bei Rovigo auf drei Schiffbrücken den Po, während die Preußen am gleichen Tag mit 8000 Mann Prag beſetzten, demütig von dem Kardinalerzbiſchof Fürſten Schwarzenberg und dem Bürgermeiſter Dr. Bielsky

empfangen. Der öſterreichiſche Geſandte Fürſt Metternich verlangte jetzt von Napoleon, daß, da Öſterreich den Vertrag vom 12. Juni durch Abtretung Venetiens erfüllt habe, der Kaiſer dieſe neue franzöſiſche Provinz vor dem Einmarſch der Italiener durch Abſendung eines franzöſiſchen Heeres ſchütze: überall ſah ſich der Kaiſer von Schwierigkeiten umgeben, der Gefahr äußerſter Bloßſtellung ausgeſetzt. Unter dieſen Umſtänden empfand er als eine Wohltat, daß der König Wilhelm ſich noch am 6. Juli dahin entſchied, telegraphiſch von Horſchitz aus den Vorſchlag Frankreichs im allgemeinen anzunehmen, und ſich bereit zeigte, mit dem Kaiſer über die Mittel zur Herſtellung des Friedens ſich zu verſtändigen. Bereits hatte auch der Kaiſer Franz Joſeph am 5. Juli bei König Wilhelm durch General Gablenz um Waffenſtillſtand nachgeſucht, da der Feldzug ja entſchieden und das öſterreichiſche Heer nicht mehr widerſtandsfähig ſei; er hatte aber den Beſcheid erhalten, daß der König zwar ſofort über den Frieden zu verhandeln bereit ſei, nicht aber über einen bloßen Waffenſtillſtand, der die Ausnutzung des Siegs verhindert und eine ſichere Bürgſchaft für die Früchte des Siegs nicht dargeboten hätte. Die Bedingungen des Friedens wünſchte auch Napoleon zu kennen, und *hier nun unterſchied ſich Bismarcks Standpunkt von dem ſeines königlichen Herrn*. Der König wollte, wie wir ſahen, ſofort ganze Arbeit machen und die deutſche Bundesverfaſſung neu geſtalten; ſtand Preußen an Deutſchlands Spitze, ſo konnte es auf eine weitere Vergrößerung als durch Schleswig-Holſtein und Oſtfriesland verzichten. Bismarck aber war an ſich der Anſicht, daß Preußen, um in Deutſchland die Führung behaupten zu können, ſtärker ſein müſſe als jetzt, wo es knapp die Hälfte Deutſchlands ausmachte; vor allem mußte Preußens Zweiteilung durch den Erwerb des dazwiſchen liegenden Hannover beſeitigt werden. Schon vor dem Krieg hegte Bismarck dieſe Abſicht, wie Äußerungen aus dem Mai 1866 deutlich zeigen;*) jetzt, wo man Hannover in gerechtem, von ihm ſelbſt gewolltem Krieg erobert hatte, durfte es zweimal nicht wieder herausgegeben werden, um ſo mehr, als der „gott- und rechtloſe Souveränetätsſchwindel der deutſchen Fürſten“ (S. 68) nirgends tiefere Wurzeln gefaßt hatte als in Hannover. Dann aber wußte Bismarck ſehr wohl, daß den Franzoſen nichts mehr auf die Nerven fiel als das Geſpenſt der deutſchen Einheit; „ein Deutſchland,“ ſagte Napoleon am 10. Juli dem zu ihm entſandten Prinzen Reuß, „das nach Aus-

*) Vgl. Wilhelm Buſch, hiſtoriſche Zeitſchrift 92, S. 446 ff.

ſchluß Öſterreichs allein von Preußen beherrſcht wird, erſcheint der öffentlichen Meinung Frankreichs als unzuläſſig.“ Die Kaiſerin Eugenie äußerte gegen den Prinzen, die Preußen hätten eine ſolche Kraft und Schnelligkeit bewieſen, daß ſie eines Tages unverſehens vor Paris ſtehen könnten; „ich könnte abends als Franzöſin einſchlafen und morgens als Preußin erwachen.“ Daß dieſe Macht ſich über ganz Deutſchland ausdehne, ſchien ihr mit Frankreichs Sicherheit nicht vereinbar; lieber noch ſollte Preußen gewiſſe deutſche Gebiete ſich einverleiben und dabei ſtehen bleiben, als allen Deutſchen vorſtehen. Aus dieſen beiden Gründen beſchloß Bismarck, ſeinem alten Standpunkt getreu, daß man zufrieden ſein müſſe, der deutſchen Einheit ſchrittweiſe näher zu kommen, vorerſt mit der Erſtreckung der preußiſchen Führung auf Norddeutſchland ſich zu begnügen und die Vollendung des Werks der Zukunft anheimzuſtellen.*) Wohl konnte man alles auf eine Karte ſetzen und es darauf ankommen laſſen, ob Frankreich äußerſten Falls den Ereigniſſen mit militäriſcher Kraft eine andere Wendung geben wolle und könne; ganz ausgeſchloſſen war es nicht, ſogar trotz der Cholera, welche im preußiſchen Heer ausgebrochen war, daß man auch ihm gegenüber durchdrang, aber weit wahrſcheinlicher war es doch, daß 60000 Franzoſen — ſo viele waren kriegsbereit — dem Krieg in Deutſchland einen neuen gefährlichen Anſtoß gaben.**) Damit drohte dann die Gefahr, daß man auch das wieder verlor, was jetzt gewonnen war. Dieſes Wagnis wollte Bismarck nicht verantworten; dieſelbe Sophroſyne, dieſelbe Kraft, Maß zu halten, die er auf dem Schlachtfeld von Königgrätz gezeigt hatte, beſtimmte auch jetzt ſeinen Entſchluß. „Wenn wir,“ ſchrieb er am 9. Juli an ſeine Frau, „nicht übertrieben in unſeren Anſprüchen ſind, und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, ſo werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert iſt.

*) Daß er die Zuſammenfaſſung Norddeutſchlands nicht als letztes Ziel betrachtet hat, bei dem Preußen es für immer bewenden laſſen könnte, ſondern nur als „Etappe zur großen Einheit“, iſt ganz zweifellos: dieſen letzten Ausdruck brauchte er am 4. Juli in einem Geſpräch mit dem Kronprinzen. Vgl. auch W. Buſch, hiſtor. Zeitſchrift 103, 72.

**) Gedanken und Erinnerungen 2, 34. Thimme, hiſtor. Zeitſchrift 89 (1902) 401—456, hat beſtritten, daß die Rückſicht auf Frankreich maßgebend geweſen ſei; mir ſcheint das ganz verfehlt. Gegen ihn W. Buſch, Bismarck und die Entſtehung des Norddeutſchen Bundes, hiſtor. Zeitſchrift 103 (1909) 52—78.

Aber wir (d. h. der König) ſind ebenſo ſchnell berauſcht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Waſſer in den brauſenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, ſondern mit noch drei Nachbarn, die uns haſſen und neiden." Demgemäß wies er am gleichen Tag den Geſandten von der Goltz an, in Paris zu ſondieren, welchen Eindruck und welche außerdeutſchen Ausgleichsforderungen in Frankreich die volle Einverleibung von Sachſen, Hannover, Kurheſſen, Oberheſſen, Naſſau und Schleswig-Holſtein hervorrufen werde; dafür war er bereit, vorerſt mit der Verfügung über die Kräfte von Norddeutſchland ſich zu begnügen. Sollte aber Preußen zum Äußerſten gedrängt werden, ſo werde es einen im Verhältnis zu ſeinen Erfolgen unehrenvollen Frieden keinesfalls annehmen, ſondern auf der vollen Grundlage der Reichsverfaſſung von 1849 die nationale Erhebung Deutſchlands bewirken und jedes Mittel ohne Rückſicht auf einen Parteiſtandpunkt zur Kräftigung des Widerſtands der Nation anwenden. Damit war den Franzoſen deutlich geſagt, weſſen ſie ſich zu verſehen hätten; flectere si nequeo superos, Acheronta movebo! war auch jetzt Bismarcks Loſung; gelang es nicht, die Regierung in Paris für Preußens unbedingte Vorherrſchaft im deutſchen Norden zu gewinnen, ſo entfeſſelte er rückſichtslos die nationale Bewegung, und Frankreich mochte dann zuſehen, ob es dabei beſſer fuhr.

Während nun von der Goltz mit dem Kaiſer in Paris verhandelte, erſchien auf eine am 7. Juli erteilte Weiſung ſeiner Regierung der franzöſiſche Geſandte Marquis Benedetti plötzlich am 12. Juli im preußiſchen Hauptquartier zu Zwittau in Mähren, um darauf zu dringen, daß der Sieger Maß in ſeinen Anſprüchen halten ſolle. Zwiſchen ein und zwei Uhr nachts trat er nach einer vorherigen kurzen Anmeldung durch ſeinen Sekretär, an ſich völlig unerwartet, in Bismarcks Schreibzimmer, da er von Berlin her wußte, daß der Miniſter vielfach die Nacht zum Tag machte und umgekehrt, und hörte mit Entſetzen von den preußiſchen Einverleibungsabſichten, welche ihm ſo ungemeſſen erſchienen, daß er Bismarck bemerklich machte: „Europa iſt nicht mehr in der Zeit Friedrichs des Großen, wo man einfach behalten konnte, was man zu nehmen vermochte." Benedetti begleitete das Hauptquartier, obwohl er mit ſcheelen Augen angeſehen wurde, bis zum 15. Juli, wo er telegraphiſch zur Berichterſtattung nach Paris befohlen wurde. Am Tag vorher, am 14. Juli, hatte Napoleon bereits auf Grund mündlicher Erörterungen ſich durch von der Goltz

die vorläufigen Friedensbeſtimmungen, auf welche Preußen vorausſichtlich eingehen konnte, ſchriftlich vorlegen laſſen und ſie rückhaltslos angenommen als ſein eigenes Programm. „Ein Autokrat hätte dieſe Bedingungen ſelbſt abgefaßt; ein verfaſſungsmäßiger Herrſcher hätte ſeinen auswärtigen Miniſter damit betraut; Napoleon III. überließ die Sache dem preußiſchen Geſandten," ſagt der franzöſiſche Biograph Bismarcks nicht ohne Bitterkeit bei dieſem Vorgang, den auch Heinrich von Sybel *) als „ſelten in den Annalen der Diplomatie" bezeichnet. Die Bedingungen waren: 1. Öſterreich erkennt die Auflöſung des alten deutſchen Bundes an und widerſetzt ſich einer neuen Organiſation Deutſchlands nicht, an der es ſelbſt nicht teilnimmt. 2. Preußen bildet einen Verein der Staaten nördlich vom Main, deren Truppen ſeinem Oberbefehl unterſtellt werden. 3. Die Staaten ſüdlich vom Main haben die Freiheit, unter ſich einen Verein zu ſchließen, der eine internationale, unabhängige Stellung hat. Die zwiſchen den beiden Vereinen zu erhaltenden nationalen Bande werden nach beiderſeitigem freiem Ermeſſen geregelt. 4. Die Elbherzogtümer werden mit Preußen vereinigt, außer denjenigen Bezirken Nordſchleswigs, welche in freier Abſtimmung die Rückkehr zu Dänemark wünſchen werden. 5. Öſterreich und deſſen Verbündete erſetzen Preußen einen Teil der Kriegskoſten. 6. Öſterreichs Beſitzſtand wird erhalten, mit Ausnahme von Venetien. Alle dieſe Sätze ſtammten von von der Goltz, mit Ausnahme des ſechſten, den Napoleon auf Wunſch des Kaiſers Franz Joſeph anfügte, und der Worte im fünften Satz: „einen Teil der Kriegskoſten;" der Geſandte hatte: „die Kriegskoſten" geſchrieben. „Sie haben ganz meine Gedanken ausgedrückt," ſagte der Kaiſer am Schluß des Geſprächs ſehr befriedigt zu dem Geſandten, und dieſer ſchmunzelte — wohl nicht bloß, wie von Sybel meint, wegen dieſer Anerkennung ſeines ſchriftſtelleriſchen Talents, ſondern auch, weil Preußens Forderungen jetzt als Napoleons Wunſch erſchienen, alſo von Frankreich kein Hindernis mehr zu befürchten ſtand; die Ernte war ſo gut wie unter Dach. Eines freilich ſchien zu fehlen, was von größter Wichtigkeit war, die ausdrückliche Anerkennung der preußiſchen Einverleibungen im Norden; aber Napoleon hatte von der Goltz erklärt, daß er ſich um die Art, wie ſich Preußen im Norden einrichte, nicht weiter kümmere; hier galt: qui tacet, consentire videtur, wer nichts ſagt, gilt als zuſtimmend. Kein

*) Paul Matter, Bismarck et son temps, 2, 467. H. v. Sybel, Begründung des Deutſchen Reichs, 5, 261.

Wunder, daß der auswärtige Miniſter des Kaiſers, Drouyn de l'Huys, ſeinem Kabinettschef Chaudordy ſagte: „Maintenant il ne nous reste qu'à pleurer.“ *)

Der ſo feſtgeſtellte Vermittlungsvorſchlag gelangte am 15. Juli nach Wien, wo er als weit hinter der Abkunft vom 12. Juni zurückbleibend mit großem Mißbehagen aufgenommen wurde; Bismarck erhielt ihn erſt am 17., da die telegraphiſchen Verbindungen in Böhmen ſehr oft geſtört wurden. Da ihm Frankreichs endgültige Stellungnahme ſehr ungewiß erſchien, bot er ein paar Tage vorher durch Vermittlung des Brünner Bürgermeiſters Dr. Giskra der öſterreichiſchen Regierung nochmals die Hand zu einer direkten Verſtändigung. Öſterreich ſollte Preußen nördlich vom Main freie Hand laſſen; aber mit Süddeutſchland ſollte es ſich nach ſeinem Ermeſſen in Verbindung ſetzen dürfen; Gebietsabtretungen ſollten ihm, abgeſehen von Venetien, nicht zugemutet werden, auch nicht die Zahlung einer Kriegsentſchädigung; jede Einmiſchung Frankreichs aber ſollte abgelehnt werden: das war die condicio sine qua non. Nochmals alſo war Bismarck bereit, eine Teilung des maßgebenden Einfluſſes in Deutſchland eintreten zu laſſen; ſelbſt jetzt noch, wo das öſterreichiſche Heer unter Benedek in einem Gefecht bei Tobitſchau am 15. Juli 18 Kanonen den tapferen weſtpreußiſchen Küraſſieren hatte überlaſſen müſſen und wo es vom direkten Weg nach Wien oſtwärts abgedrängt worden war, wo ein letzter entſcheidender Zuſammenſtoß von 240 000 Preußen und 120 000 Öſterreichern unter dem neuen Generaliſſimus Erzherzog Albrecht mit der endgültigen Niederlage der Öſterreicher und dem Verluſt ihrer Hauptſtadt endigen zu müſſen ſchien, war der leitende Staatsmann bereit, Öſterreich ungefähr dasſelbe zu bieten, was er ihm hart vor Ausbruch des Kriegs angeboten hatte. Zunächſt war man in Wien ſehr erfreut über dieſe unerwartete Ausſicht; bald aber regte ſich Mißtrauen in die Ehrlichkeit des Gegners, der vielleicht nur darauf abziele, Öſterreich und Frankreich unter einander zu verhetzen, und der Brünner Handelsgerichtspräſident Baron Herring, welcher bei Giskras dienſtlicher Unabkömmlichkeit die preußiſchen Anträge nach Wien überbracht hatte, kam am 19. Juli in das preußiſche Hauptquartier Nikolsburg mit dem Beſcheid Franz Joſephs, daß dieſer ſtatt der privaten Aufforderung eine ſolche durch amtliche Organe verlangen müſſe, um des Erfolges ſicher zu ſein. Eine Stunde, ehe Herring ankam, hatte Bismarck die mittler-

*) Matter 2, 468.

weile anhängig gewordene franzöſiſche Vermittlung auf der Grundlage des am 14. Juli feſtgeſtellten Programms angenommen, womit der Zwiſchenfall erledigt war; denn bei dem ganzen Verſuch galt es ja eben eine direkte Verſöhnung mit Öſterreich, unter Ausſchluß Frankreichs, zu erreichen — vielleicht wollte Bismarck ſogar, wie bei der Vermittlung Antons von Gablenz, den gemeinſamen Stoß gegen Frankreich daraus hervorgehen laſſen. Daß es ihm mit dem Angebot ernſt geweſen war, daß das Mißtrauen der Öſterreicher alſo keinen Grund hatte, davon iſt Heinrich von Sybel (5, 281) vollſtändig überzeugt; wir müſſen uns dabei beſcheiden.

Inzwiſchen hatte Benedetti vom 16. an in Wien auf Öſterreichs Annahme der Vermittlung hingearbeitet, und am 20. konnte der franzöſiſche Geſandte in Wien, Herzog von Gramont, Bismarck melden, daß der Kaiſer Franz Joſeph ebenfalls zuſtimme. Nun wurde vom 22. Juli mittags zwölf Uhr ab ein Waffenſtillſtand von fünf Tagen vereinbart, während deſſen die Friedenspräliminarien abgeſchloſſen werden ſollten. In dem Augenblick, wo dies verabredet wurde, hatte General Franſecky bereits die March bei Marchegg überſchritten, war in Ungarn eingedrungen und lieferte am 22. den Öſterreichern bei Blumenau hart vor Preßburg das letzte Gefecht dieſes Krieges, das, als die Mittagsſtunde ſchlug, ohne Entſcheidung abgebrochen wurde.

Die Grundlage der Friedensverhandlungen bildete gemäß dem franzöſiſchen Vermittlungsantrag das Ausſcheiden Öſterreichs aus Deutſchland; die Vereinigung der Staaten nördlich vom Main zu einem Bund unter Preußens Führung; die Zuſtimmung zu weitgehenden Einverleibungen und als Gegenleiſtung der Verzicht Preußens auf öſterreichiſches Gebiet wie auf die Durchführung der vollen Einheit Deutſchlands auch über den Süden. Nach Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ (2, 43) hätte noch am 23. Juli zu Nikolsburg in Bismarcks Zimmer, weil er krank war, ein Kriegsrat oder „Generalsvortrag, wie die Militärs das genannt haben wollen,“ (ebenda 2, 37) *) ſtattgefunden, wobei der Miniſter zur Annahme der öſterreichiſchen Bedingungen riet, aber von der Mehrheit der Militärs bekämpft wurde; da der König dieſer Mehrheit beitrat, ſtand Bismarck ſchweigend auf und ging in ſein Schlafzimmer, wo er vor nervöſer Erregung von einem Weinkrampf befallen wurde

*) Weil Moltke beſtritten hat, daß jemals 1866 und 1870 „Kriegsrat“ gehalten worden ſei.

(vgl. S. 24). Am 24. legte er dem König ein Schriftſtück vor, welches unter Hinweis auf die Cholera *) und auf die Schwierigkeiten eines Feldzugs in den ungariſchen Steppen dringend riet, Öſterreich entgegenzukommen und es nicht durch zu harte Bedingungen den Franzoſen und Ruſſen in die Arme zu treiben: dies um ſo mehr, als durch die angeſtrebte Abtretung öſterreichiſchen Gebiets mit einer widerwilligen Einwohnerſchaft Preußens Stärke doch nicht vermehrt werden würde.**) Es iſt zweifellos, daß dieſe Dinge in die Lage, wie ſie am 24. Juli war, gar nicht mehr hineinpaſſen; an dieſem Tag war die Frage, ob Öſterreich zu Gebietsabtretungen gezwungen und in ſeinem Machtbeſtand ſehr geſchwächt werden ſollte, ſchon vollkommen und mit Nein entſchieden, eben durch die Annahme der franzöſiſchen Vorſchläge; auch war, wie wir aus den Erinnerungen des geheimen Regierungsrat Abeken ***) wiſſen, an jenem Tag Bismarck nicht krank. So hat man denn Bismarcks ganze Erzählung als auf ungenügender Erinnerung beruhend verworfen. †) Mit Recht aber iſt dem entgegen gehalten worden,††) daß dann das Urteil über den Quellenwert von Bismarcks Denkwürdigkeiten geſprochen wäre, daß die „Erinnerungen“ völlig abgetan werden müßten und nur die „Gedanken“ übrig blieben. Zu einem ſolchen Schluß ſind wir aber nicht gezwungen; vielmehr läßt ſich Bismarcks Erzählung ſehr wohl in die Lage einreihen, wie ſie zwiſchen dem 17. und 19. Juli beſtand, ehe die Annahme der franzöſiſchen Vorſchläge durch den König entſchieden war. Damals beſtand der König und mit ihm die Mehrzahl der

*) Sie wütete nach Blumenthals, des Generalſtabschefs des Kronprinzen, Denkwürdigkeiten (unter dem 22. Juli) ſeit Mitte Juli im preußiſchen Heere. Eine Zeitlang war nur die Hälfte der Mannſchaften dienſtfähig; geſtorben ſind an der Seuche 6427 Mann, eine überaus große Zahl.

**) Arnold Senfft von Pilſach hat in ſeinem durch den Titel etwas irreführenden Büchlein „Aus Bismarcks Werkſtatt“ (Stuttgart 1908), das in Wahrheit eine ſehr geiſtvolle, immer feſſelnde, aber öfters fehlgreifende Kritik des ganzen Bismarckſchen Lebenswerks enthält, den Nachweis zu führen verſucht, daß Bismarcks damalige Politik gegen Öſterreich, ſein Streben, ein künftiges Bündnis mit Öſterreich offenzuhalten und deshalb den Waffenerfolg von Königgrätz nicht voll auszunutzen, „dermaßen unbismarckiſch“ — weil mit einer nebelhaften Zukunft rechnend — ſei, daß es ſchwer falle, an ihre Tatſächlichkeit zu glauben (S. 15). Bismarcks wahrer Beweggrund ſei geweſen, die Militärs, welche ohne politiſche Rückſichten den Krieg bis zum äußerſten Erfolg durchführen wollten und dann ihn in den Hintergrund gedrängt und den Ton angegeben hätten (S. 20), ſich nicht über den Kopf wachſen zu laſſen; er mußte ſeine Stellung be-

Generale (nicht aber Roon und Moltke, welche für Mäßigung waren) darauf, daß Öſterreich als der Hauptſchuldige ſowohl an Gebiet als an Geld empfindlich geſtraft werden müſſe; die Generale konnten auch geltend machen, daß durch eine, nach ſtrategiſchen Geſichtspunkten bemeſſene, Abtretung von Gebiet Preußens Lage in einem ſpäteren Krieg gegen Öſterreich von vorn herein günſtiger ſein würde. Bismarck aber, der einſah, daß im Hinblick auf ſpätere Möglichkeiten europäiſcher Politik es dringend geboten war, ein ehrliches Zuſammengehen Preußens mit Öſterreich nicht zum voraus unmöglich zu machen, der ſchon auf dem Schlachtfeld von Königgrätz dieſer Erkenntnis Worte geliehen hatte (S. 173), bekämpfte als der für Preußens und Deutſchlands Zukunft verantwortliche Staatsmann die einſeitig militäriſchen Ratſchläge aus aller Kraft, und es iſt ebenſo begreiflich, daß er, der ſeit Wochen ſeine Nerven aufs äußerſte anſpannte, endlich ſeine Kraft zuſammenbrechen fühlte, ſich zurückzog und in konvulſiviſches Schluchzen ausbrach, *als es unſeres Ermeſſens ganz unmöglich iſt, daß er eine ſolche Szene beſchrieben haben ſollte, ohne ſie tatſächlich erlebt zu haben.* Hier muß es auch geweſen ſein, daß Bismarck die von ihm ſkizzierte Denkſchrift dem König unterbreitete, daß er, unfähig den Widerſtand des Königs zu überwinden, erwog, ob es nicht beſſer wäre, wenn er ſich vier Stockwerke hinabfallen ließe, und daß endlich der Kronprinz die Entſcheidung für ihn herbeiführte, indem er von Eisgrub herüberkommend ſich auf Bismarcks Seite ſtellte: was dann den Ausſchlag gab. Der König ſchrieb mit Bleiſtift eine Rand-

---

haupten, um ſein Werk, die deutſche Einheit, zum Ende zu führen (S. 29). Gewiß bietet der Kampf in Nikolsburg auch dieſe Seite dar, daß Bismarck mit dem militäriſchen Hauptquartier die Kräfte maß; aber ſein Grundmotiv war doch das, welches er ſchon am Abend des Schlachttages ausſprach: „Jetzt gilt es das alte Bündnis mit Öſterreich wieder zu gewinnen.“ Das war nicht nebelhafte Politik, ſondern hatte tiefe Wurzeln in unſerer Geſchichte und hat ſich bekanntlich auch nicht lange nach 1870 durchgeſetzt. Wenn Senfft Seite 15 noch ſagt, durch die Cholera ſeien auch die Öſterreicher geſchwächt worden, nicht bloß die Preußen, ſo iſt zu antworten: nicht aber die Franzoſen, und auf dieſe kam es an.

***) „Ein ſchlichtes Leben“, Berlin 1898, S. 340.

†) Max Lenz, Zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899, 59—132.

††) Von Wilhelm Buſch, Der Kampf um den Frieden im preußiſchen Hauptquartier, hiſtoriſche Zeitſchrift 92 (1904) 418—443.

bemerkung auf das Schriftſtück, welche nach Bismarck lautete: „Nachdem mein Miniſterpräſident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außer ſtande bin, ihn zu erſetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da ſich derſelbe der Auffaſſung des Miniſterpräſidenten angeſchloſſen hat, ſehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach ſo glänzenden Siegen der Armee in dieſen ſauren Apfel zu beißen und einen ſo ſchmachvollen Fieden anzunehmen.“ *)

Mit dem Zugeſtändnis des Königs in der Behandlung des „Hauptſchuldigen“ waren aber noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Als die öſterreichiſchen Unterhändler am 23. Juli in Nikolsburg eintrafen, verlangte der König als Ausgleich für den Verzicht auf öſterreichiſches Gebiet eine um ſo höhere Kriegskoſtenentſchädigung, was zuzugeſtehen bei Öſterreichs ohnehin troſtloſer Finanzlage den Unterhändlern ſehr ſchwer fiel; und dann forderte der König die Einverleibung auch Sachſens in Preußen. Hier mußte Bismarck am 24. abermals eine Denkſchrift **) verfaſſen, worin er auf die großen geſicherten Erfolge, aber auch auf die ſchwere Gefahr hinwies, ſie durch einen Umſchlag der Stimmung in Paris und die Einmiſchung Englands und Rußlands wieder zu verlieren. Der ruſſiſche Geſandte Oubril forderte gerade jetzt in Berlin die Berufung eines europäiſchen Kongreſſes zur Regelung der deutſchen Frage und bezeichnete ohne deſſen Genehmigung alle Gebietsveränderungen in Deutſchland als non avenues (nicht geſchehen).***) Der König ſolle alſo in Sachſens Erhaltung willigen, auf welcher zu beſtehen Kaiſer Franz Joſeph im Hinblick auf

*) Die Entſcheidung müßte am 19. Juli gefallen ſein, wenn anders v. Sybel 5, 281, recht hätte, daß der Präſident Baron Herring am 19. in Nikolsburg eintraf und Bismarck ihm ſagte, daß er eine Stunde zu ſpät komme (ſ. oben S. 182). Damit ſtimmt aber nicht, was wir über die Reiſe des Kronprinzen aus ſeinem und Blumenthals Tagebuch ſicher wiſſen. Den Kronprinzen hatte Bismarck telegraphiſch herbei gebeten; er fuhr deshalb ſofort am 18. nach Brünn, wo das große Hauptquartier aber vor einer halben Stunde nach Nikolsburg aufgebrochen war. Er verlegte dann ſein Hauptquartier ſüdwärts am 19. nach Groß-Seelowitz, am 20. nach Schloß Eisgrub und fuhr am 20. vormittags 10 Uhr mit Blumenthal nach Nikolsburg. Vgl. Buſch a. a. O. S. 434. Die Ankunft von Herring muß alſo doch wohl erſt am 20. erfolgt ſein.

**) Mitgeteilt, mit Datum, bei v. Sybel 5, 294—298.

***) Rothahn, la politique française en 1866, Paris 1879, S. 211. 300. 327.

die Treue dieſes Bundesgenoſſen eine Ehrenpflicht ſchien und welche auch von Napoleon gefordert wurde. Bismarck erklärte es für verkehrt, um des Gewinnes einiger Quadratmeilen willen alles wieder aufs Spiel zu ſetzen, und machte abermals auf die Verminderung der Schlagkraft des Heeres durch die Cholera aufmerkſam. Er ſei bereit, jede von Seiner Majeſtät befohlene Bedingung pflichtmäßig zu vertreten; aber jede Erſchwerung des Abſchluſſes erfolge gegen ſeinen ehrfurchtsvollen Rat und Antrag. Wenn die Erzählung, welche Hans Delbrück von dem Kronprinzen gehört hat,*) auf richtiger Erinnerung beruht, ſo hat der Kronprinz damals als in einem Moment, „wo der König die Integrität Sachſens nicht zugeben wollte und der König und Bismarck ſich eingeſchloſſen hatten und keiner zum andern wollte," wieder den Vermittler gemacht. „Es wurde ein Kriegsrat berufen und die Sache verhandelt. Da wandte ſich der König, das einzige Mal, wo er das getan hat, an mich und ſagte: Sprich du im Namen der Zukunft." Der Kronprinz trat auch hier auf Bismarcks Seite, welcher auch noch den Geſichtspunkt geltend machte, daß man ja einen Vertrag mit Sachſen ſchließen könne, welcher deſſen ganze Kraft dem König zur Verfügung ſtelle; das genüge. Der König gab ſchließlich nach, auch hier mittelſt einer Randbemerkung, welche beſagte: wegen nebenſächlicher Forderungen ſolle das Hauptergebnis nicht gefährdet werden; aber es gelte doch möglichſt viel zu bekommen; gehe es aber nicht, vom Beſiegten das zu erlangen, was Land und Armee erwarten dürften, ſo müſſe eben der Sieger vor den Toren Wiens ſich fügen und der Nachwelt das Urteil überlaſſen.**) Noch verſuchte er, wenigſtens nach einer Quelle,***) ſtatt eines Teils der Kriegskoſten ein Gebiet von Öſterreich zu erlangen, alſo Menſchen ſtatt Geld, das zu zahlen den Gegnern ſo ſchwer fiel; und um die Entthronung deutſcher Fürſten zu vermeiden, die auszuſprechen ihn ſchwer ankam,†) wollte er alle Staaten, welche gegen Preußen gefochten hatten, verkleinern und ſo die gewünſchte Verſtärkung Preußens erreichen, aber keinen Staat ganz beſeitigen. Es hieß das nichts anderes, als alle Dynaſtien ſchwer verletzen und ihnen gleichzeitig

*) Perſönliche Erinnerungen an den Kaiſer Friedrich, Preußiſche Jahrbücher 1888 = Erinnerungen, Aufſätze und Reden von Hans Delbrück, Berlin 1903, S. 83.

**) Daß ihn nämlich eine Schuld nicht treffe.

***) Blumenthals Tagebücher, Stuttgart 1902, S. 47 (vom 24. Juli).

†) Stoſchs Denkwürdigkeiten, Stuttgart 1904, S. 104 (20. Juli) und 105 (24. Juli).

die Möglichkeit belaſſen, gegen Preußen zu wühlen und die Rückerlangung des Verlorenen zu betreiben. Weit beſſer war es, entweder ihnen gar nichts zu nehmen und ſie ſo zu Dank zu verpflichten oder ſie ganz zu beſeitigen und ihnen ſo die Möglichkeit, zu ſchaden, abzuſchneiden. Auch war zu erwarten, daß die Landſchaften ſelbſt lieber beiſammen blieben und ſich, wenn einverleibt, ſo eher in die neuen Verhältniſſe finden würden. Auch dem Kronprinzen fiel es nach Stoſchs Zeugnis ſehr ſchwer, die Herrſcher von Hannover, Naſſau und Kurheſſen aus ihrem Beſitz zu vertreiben; des Königs Bruder Prinz Karl, den wir ſchon oben als Haupt der reaktionärſten Gruppe am Hofe kennen lernten (S. 165), machte allen ſeinen Einfluß in legitimiſtiſchem Sinn geltend. Schließlich ſetzte Bismarck aber auch in dieſen beiden Punkten ſeinen Willen durch. Der Verſuch des Grafen Karolyi, Sachſen von der Pflicht des Eintritts in den Nordbund zu befreien, wurde kurz abgewieſen, obwohl auch Napoleon das wünſchte;*) Bismarck erklärte, daß eine ſolche Forderung mit Erneuerung des Kriegs gleichbedeutend ſei. Am 26. Juli wurden die vorläufigen Friedensbedingungen unterzeichnet. Ihr weſentlicher Inhalt entſpricht dem, was wir wiſſen: 1. Öſterreichs Gebietsbeſtand bleibt, abgeſehen von Venetien, beſtehen. 2. Es erkennt die Auflöſung des bisherigen deutſchen Bundes an, verſpricht das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches Preußen nördlich vom Main begründen wird, und erklärt ſich damit einverſtanden, daß die Staaten ſüdlich dieſes Fluſſes in einen Verein zuſammentreten, deſſen nationale Verbindung mit dem norddeutſchen Bund der näheren Verſtändigung zwiſchen beiden vorbehalten bleibt. 3. Der Kaiſer von Öſterreich überträgt ſeine Rechte an Schleswig-Holſtein auf den König von Preußen, mit der Maßgabe, daß die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark abgetreten werden, wenn ſie durch freie Abſtimmung dies verlangen. 4. Öſterreich zahlt an Preußen 40 Millionen Taler Kriegskoſten, wovon aber 20 Millionen für die öſterreichiſche Forderung von Kriegskoſten an Schleswig-Holſtein (S. 129) und für die Verpflegung der preußiſchen Truppen bis zum endgültigen Frieden abgerechnet werden ſollten, ſo daß bar nur 20 Millionen zu entrichten waren. 5. Die Gebietsveränderungen, welche der König von Preußen im Norden vornehmen wird, erkennt der Kaiſer zum voraus an. 6. Preußen wird Italiens Beitritt zum Frieden erwirken, ſobald das venetianiſche Königreich durch Er-

*) v. Sybel 5, 256.

klärung des Kaiſers der Franzoſen zur Verfügung des Königs von Italien geſtellt ſein wird.

Damit war der Krieg im großen erledigt; es blieb noch die Auseinanderſetzung mit Öſterreichs ſüddeutſchen Verbündeten, welche Franz Joſeph mit Ausnahme Bayerns geringſchätzig ihrem Schickſal überließ. Um den 26. Juli war ihre militäriſche Lage eine ſehr ungünſtige geworden; die preußiſchen Heere hatten Frankfurt am 16. Juli beſetzt und den Bundestag zur Flucht nach Augsburg gezwungen, wo er ſich dann ſchließlich aufgelöſt hat. Darauf warfen die Preußen die Gegner hinter die Tauber zurück und eroberten Würzburg, Heidelberg und Mannheim; am 30. Juli rückte der Großherzog Franz von Mecklenburg in Nürnberg ein, womit die Bayern umgangen waren: die Sieger verlegten ihnen den Weg zur Donau und nach München. So erſchienen die Miniſter der Südſtaaten in Nikolsburg und baten um Frieden; Bismarck, der ihre Angelegenheiten nicht mit der großen öſterreichiſchen Sache vermiſchen wollte, verwies ſie nach Berlin, wo der König und er am Abend des 4. Auguſt eintrafen, am Bahnhof von einer begeiſterten Menge mit endloſen, ſtürmiſchen Hurrarufen begrüßt. Gleich am andern Morgen *trat ein neues Moment in Erſcheinung*. Frankreich hatte wohl den Frieden vermittelt, aber an den Verhandlungen in Nikolsburg keinen Anteil genommen; nachdem beide Parteien ſeine Bedingungen angenommen hatten, hatte es ihnen überlaſſen, ſich über die Einzelheiten zu verſtändigen. Erſt am 23. Juli hatte Benedetti, der in Nikolsburg eingetroffen war, angefragt, was für „Vorteile“ (avantages) ſeitens Preußens Frankreich am Rhein verbürgt werden könnten; am 26. hatte Bismarck ihn auf Belgien verwieſen, da der König preußiſches Land nicht aufgeben werde. Jetzt, am Morgen des 5. Auguſt, eben als der König ſich anſchickte, den neu gewählten Landtag feierlich zu eröffnen, brachte Benedetti die Forderungen Frankreichs auf den Befehl ſeines Vorgeſetzten, des Miniſters Drouyn de l'Huys, amtlich in Berlin an — auf Befehl ſeines Souveräns kann man kaum ſagen; denn Napoleon III. war damals in Vichy dermaßen an ſeinem Blaſenleiden erkrankt, daß Drouyn einmal nach einer Audienz ſagte: „Ich habe in Wahrheit niemand mehr, mit dem ich ſprechen kann.“ Es iſt köſtlich zu hören, daß Benedetti „im Hinblick auf den Widerſtand, welchen unſer Vorſchlag finden würde, und um die unmittelbare Wirkung der erſten Eindrücke abzuſchneiden und ſich nicht bedauerlichen Auseinanderſetzungen auszuſetzen,“ *) beſchloß, ſein Anſuchen zunächſt brieflich

*) Benedetti, ma mission en Prusse, Paris 1871, S. 180.

vorzutragen, nicht mündlich. Laut dieſes Schriftſtücks verlangte Frankreich die Gebiete, welche es einſt unter Ludwig XIV. erobert hatte, welche ihm aber 1815 entriſſen worden waren, von Preußen Saarlouis, von Bayern Landau, und dazu noch zwei Landſchaften, welche es wenigſtens 1797—1815 auch beſeſſen hatte: die bayriſche Rheinpfalz und Rheinheſſen mit Mainz. Eine Entſchädigung des Königs von Bayern und des Großherzogs von Heſſen war vorbehalten; das Großherzogtum Luxemburg ſollte aus dem deutſchen Bund austreten. Bismarck erhielt dieſen Brief im Lauf des 5. Auguſt; es war ein wichtiges, für gewiſſe Fälle unbezahlbares Aktenſtück, das er ſorgfältig zurücklegte. Am 6. empfing er dann Benedettis Beſuch und ſagte ihm ſofort offen, daß ſein König keinen Fußbreit preußiſchen Gebiets abtreten werde und das preußiſche Volk ſo etwas auch nicht dulden würde. Auf das ausdrückliche Verlangen des Botſchafters gab er gleichwohl ſeinem Herrn Kunde von der franzöſiſchen Forderung; am Abend des 7. teilte er Benedetti mit, daß der König es ablehne, ſie anzunehmen, und kündigte ihm an, daß, wenn der Kaiſer darauf beſtehen ſollte, Preußen ſofort die ganze deutſche Nation aufrufen und den endgültigen Frieden mit Öſterreich abſchließen werde; es werde ihm Süddeutſchland überlaſſen, ſelbſt die Herſtellung des Bundestags ſich wieder gefallen laſſen und gemeinſam mit Öſterreich und Deutſchland an der Spitze von 800 000 Mann auf Frankreich fallen und das Elſaß zurückerobern. Alles eher als Eingehen auf das ſchmachvolle Anſinnen! Öſterreich werde dieſem Verhalten ſich nicht widerſetzen, ſondern mindeſtens den Frieden abſchließen; deſſen könnten die Franzoſen ſicher ſein; und als Benedetti meinte, der Kaiſer ſei, wenn er die geforderten Abtretungen nicht erlange, der Gefahr einer Revolution ausgeſetzt, antwortete Bismarck, daß gerade ein aus dieſer Frage entſprungener Krieg mit revolutionären Schlägen geführt werden könnte; daß aber gegenüber einer revolutionären Gefahr die deutſchen Dynaſtien ſich feſter begründet zeigen würden als die Napoleons. Der Sinn des Satzes iſt nicht völlig deutlich; er ſcheint zu meinen, daß, wenn aus dem Verlauf des Krieges revolutionäre Zuckungen entſtehen ſollten, etwa infolge von Niederlagen, die alteingeſeſſenen deutſchen Fürſten ſicherer daſtehen würden als der erſt vor anderthalb Jahrzehnten von der ſchwankenden Volksgunſt emporgetragene Cäſar an der Seine — eine Vorherſagung, welche 1870 ſich an ihm wörtlich erfüllen ſollte.

Benedetti reiſte ſofort nach Paris, um über die Ablehnung ſeiner Forderungen perſönlich zu berichten; zur gleichen Zeit ward von

König Wilhelm der Oberſt von Loë nach Paris geſandt, um von der Goltz von dem Vorgang zu unterrichten und über die Lage des franzöſiſchen Heeres genaue Kunde einzuziehen. Man mußte es als möglich anſehen, daß Napoleon zum Schwert greifen werde; Moltke war für alle Fälle vorbereitet, ſelbſt für den, daß Öſterreich den vorläufigen Nikolsburger Frieden brach und mit Frankreich gemeinſame Sache machte; er wollte allerdings dann defenſiv ſich halten, mit vier Korps in Prag den Öſterreichern, mit 200 000 Preußen und 80 000 Süddeutſchen — welche ja von Frankreichs Ländergier beſonders bedroht waren — am Rhein den Franzoſen trotzen. Aber Napoleon war nicht imſtande, Krieg zu führen; es fehlte ſeinem Heer vor allem an Pferden, ſo daß von den neun Batterien eines Artillerieregiments je nur zwei beſpannt werden konnten;*) die 30 000 Mann in Mexiko (S. 143) erforderten fortgeſetzt Nachſchübe an Mannſchaft, Schießbedarf und Vorräten, da ſie ſonſt das Feld nicht einmal bis zu ihrem bevorſtehenden Abzug halten konnten; auch hatte das franzöſiſche Fußvolk noch keine Hinterladergewehre.**) So entſchloß ſich der Kaiſer zum Rückzug und erklärte die ganzen Forderungen an Preußen für ein Mißverſtändnis, in das er während ſeiner Krankheit durch Drouyn de l'Huys verwickelt worden ſei. Der unglückliche Miniſter wurde am 12. Auguſt entlaſſen und durch den Marquis de Mouſtier (S. 52) erſetzt; Benedetti ſollte in Berlin erklären, der Vorſchlag vom 5. Auguſt ſei als nicht geſchehen zu betrachten.

Die Forderungen Frankreichs hatten aber gleichwohl eine weitere Wirkung, und zwar auf die Süddeutſchen. Vergebens hatten dieſe verſucht, von Kaiſer Napoleon Hilfe zu erlangen; eine Reiſe Beuſts nach Paris, eigenhändige Briefe der Könige von Bayern und Württemberg und des Großherzogs von Heſſen an den Kaiſer***) hatten nichts gefruchtet; aus dem Leib Bayerns und Heſſens wollte der Bonaparte ſich ſeine Entſchädigung herausſchneiden. Klarer als der Tag war es, daß die ſüddeutſchen Staaten nirgends Schutz fanden, nicht bei Öſterreich, das ſie im Stich gelaſſen hatte, nicht bei Frankreich, das auf ihre Koſten ſich vergrößern wollte,

*) Loë, Erinnerungen aus meinem Berufsleben, Stuttgart 1906, S. 124.

**) Wenn Ollivier (l'empire libéral 7, 486) dieſen Punkt wegen des vortrefflichen franzöſiſchen Vorderladers und gewiſſer Nachteile des preußiſchen Gewehrs als nicht weſentlich hinſtellt, ſo macht das nicht den Eindruck der Richtigkeit.

***) So behauptet der General Ducrot (la vie militaire du général Ducrot, Paris 1894; 2, 140; Ausſage vom 6. November 1866).

nicht bei England und Rußland, welche für ſie nichts einſetzen konnten als Worte. Wenn es noch eine Zuflucht für ſie gab, ſo war ſie nur bei ihrem Beſieger zu finden, bei Preußen, das in den Krieg mit der Loſung der deutſchen Bundesreform, d. h. der Herſtellung der deutſchen Einheit, gezogen und nur unter dem Druck der Situation von dieſem Programm zurückgewichen war. Zuerſt war es der Vertreter Württembergs bei den Friedensverhandlungen in Berlin, der Miniſter des Auswärtigen Freiherr von Varnbüler (S. 171), welcher erklärte, daß Württemberg von der Freiheit, mit den anderen ſüddeutſchen Staaten einen beſonderen Bund zu bilden, Gebrauch nicht machen wolle. Ein ſolcher Bund konnte nur Sinn haben, wenn Bayern in ihm die Führerrolle hatte, und Bayern ſich unterzuordnen war König Karl nicht geneigt; militäriſchen Schutz für das Daſein ſeiner Glieder konnte der Bund überdies nur in ungenügendem Maße bieten. Allein aber in Europa dazuſtehen war für das kleine Württemberg eine unheimliche Sache; und ſo ſchlug Varnbüler den Abſchluß eines (vorerſt geheimen) Schutz- und Trutzbündniſſes vor, nach welchem im Kriegsfall die württembergiſchen Truppen unter preußiſchem Oberbefehl ſtehen ſollten. Auf dieſer Grundlage wurde am 13. Auguſt der Friede abgeſchloſſen; er legte Württemberg nichts auf als die Zahlung von 8 Millionen Gulden (13 600 000 Mark) Kriegsentſchädigung an Preußen. Zar Alexander II. hatte für den Gemahl ſeiner Schweſter Olga ein gutes Wort eingelegt; auch ohne das würde Bismarck Gebietsabtretungen nicht verlangt haben, weil er die Süddeutſchen ebenſo ſchonend behandeln wollte wie die Öſterreicher; er ſah ja in ihnen ſchon vor dem Abſchluß des Schutz- und Trutzbündniſſes die künftigen Verbündeten. Mit Baden ward am 17. Auguſt ebenfalls ein Schutz- und Trutzvertrag geſchloſſen; die zu zahlende Geldſumme betrug 6 Millionen Gulden (10 200 000 Mark). Von Bayern verlangte der König urſprünglich die Abtretung Bayreuths und 30 Millionen Gulden (51 Millionen Mark). Als der Miniſter von der Pfordten dieſe Bedingungen ſehr hart fand, „wechſelte Bismarck," wie von Sybel (5, 396) erzählt, „plötzlich den Ton und erklärte, es gebe noch einen andern Weg zur Verſöhnung. Er teilte nun dem Miniſter Benedettis Begehren und Preußens Antwort darauf mit und fragte, ob Bayern bereit ſein würde, im Kampf gegen die auswärtigen Gegner treu und feſt mit Preußen, der Deutſche mit dem Deutſchen, zuſammenzuſtehen. Die Antwort läßt ſich denken: beide Männer umarmten ſich, und ſo erwarb Bayern durch die Unterzeichnung des Schutz- und Trutzbünd-

nisses Erhaltung seines Landbesitzes (gegen Preußen) und Deckung der Rheinpfalz gegen etwa sich wiederholende Gelüste Frankreichs." Der Friede ward am 22. August abgeschlossen; darnach zahlte Bayern „behufs Deckung eines Teils der für Preußen aus dem Kriege erwachsenen Kosten" die Summe von dreißig Millionen Gulden in Silbertalern oder Silberbarren, zehn Millionen sofort, zehn Millionen binnen drei und zehn binnen sechs Monaten, und trat an Preußen drei Enklaven ab, das Bezirksamt Gersfeld mit 23 361 Einwohnern ganz, das Landgericht Orb ohne Aura mit 9109 Einwohnern und Caulsdorf (bei Saalfeld). Der Schutz- und Trutzvertrag ward der Friedensurkunde als geheimer Zusatzartikel angehängt; darnach verbürgten sich beide Könige gegenseitig die Unversehrtheit ihres Gebiets und verpflichteten sich, im Fall eines Kriegs ihre volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen; der König von Bayern übertrug für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen dem König von Preußen. In München hatte man allen Grund, mit diesem Ausgang des Krieges zufrieden zu sein, und aus dieser Stimmung heraus bot König Ludwig am 30. August zum Zeichen der festen und dauernden Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach König Wilhelm I. an, daß sie die ehrwürdige Burg der Hohenzollern in Nürnberg, auf deren gewaltsame Zurücknahme König Wilhelm verzichtet hatte, gemeinsam besitzen wollten. Bismarck aber erhielt den höchsten bayerischen Orden, den Hubertusorden, und das Band des Zutrauens, das er zwischen Preußen und Bayern gewoben hatte, sollte sich als unzerreißbar erweisen.

Am 23. August wurde der endgültige Friede mit Österreich in Prag unterzeichnet, nicht ohne daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären, welche von den Forderungen Italiens an Österreich und Österreichs an Italien herrührten. Der Friede durfte aber nach dem Bündnisvertrag vom 8. April nur gemeinsam von Italien und Preußen geschlossen werden. Schließlich kam alles ins Geleise, woran Bismarck ein wesentliches Verdienst hatte; er hat überall die Schwierigkeiten ausgeglichen, um die reiche Ernte unter Dach zu bringen. Der Südbund sollte gemäß den Abreden vom 14. Juli (S. 180 f.) laut Artikel 4 des Friedens eine unabhängige internationale Existenz genießen, was Bismarck um so ruhiger zugestand, als er wußte, daß Baden und Württemberg einen solchen Bund niemals abschließen würden. Sonst entsprach der Prager Friede dem Abkommen von Nikolsburg; insbesondere hielt Artikel 5 das Recht Nordschleswigs aufrecht, sich

durch freie Abſtimmung den Anſchluß an Dänemark zu erwirken — Öſterreich wäre bereit geweſen, dieſe Klauſel fallen zu laſſen; aber Frankreich beſtand darauf, einmal wegen des Nationalitätenprinzips, dann um den alten däniſchen Freunden einen Gefallen zu erweiſen, endlich um darzutun, daß der Frieden weſentlich unter ſeinem Einfluß ſeine endgültige Geſtalt gewonnen habe. Am 3. September erhielt auch Heſſen-Darmſtadt ſeinen Frieden; es bezahlte drei Millionen Gulden (= 5,1 Millionen Mark) Kriegskoſten, ließ das bisher Thurn- und Taxisſche Poſtweſen in ſeinem Gebiet nunmehr an Preußen übergehen und trat die Landgrafſchaft Heſſen-Homburg, die Kreiſe Biedenkopf und Vöhl ganz und von dem Kreis Gießen deſſen nordweſtlichen Teil an Preußen ab, in deſſen Bereich dieſe Gegenden lagen, wogegen es einige in Heſſen eingeſprengte preußiſche Enklaven erhielt; endlich ſchloß es ſich für die Provinz Oberheſſen, auf deren gewaltſame Erwerbung Preußen nun auch verzichtete, an den nördlich vom Main zu ſtiftenden Bund an; ſein oberheſſiſches Truppenkontingent trat dadurch unter preußiſchen Befehl. Damit hatte Heſſen eine doppelte Exiſtenz, innerhalb und außerhalb dieſes Bundes, ward aber naturgemäß von dem ſtärkeren Teil magnetiſch angezogen und konnte im Kriegsfall nicht anders handeln, als ſich Preußen rückhaltslos anzuſchließen; inſofern erſchien ein beſonderes Schutz- und Trutzbündnis hier nicht nötig zu ſein, und da der Miniſter von Dalwigk mit Frankreich in engen Beziehungen ſtand, ſo traute Bismarck ihm auch nicht, daß er einen derartigen Vertrag vor Napoleon geheim halten werde. Die Verhandlungen mit Sachſen zogen ſich noch lange hin, weil man preußiſcherſeits ſich hier ſo ſehr als möglich gegen eine abermalige künftige Abſchwenkung Sachſens zu Preußens Feinden ſichern zu müſſen glaubte; man beabſichtigte das ſächſiſche Heer völlig mit dem preußiſchen zu verſchmelzen und Leipzigs Abtretung zu erzwingen, wofür indeſſen Bismarck, der ſeiner Nerven wegen ſich am 26. September nach Putbus auf Rügen zurückgezogen hatte, nicht verantwortlich war. Selbſt der Friede zwiſchen Öſterreich und Italien, deſſen Beſitznahme Venetiens anerkannt ward und das als Anteil an der Venetien treffenden Staatsſchuld 35 Millionen Gulden zahlte, kam (am 3. Oktober) früher zuſtande, als der zwiſchen Preußen und Sachſen. Schließlich gelang es aber König Johann, durch einen unmittelbaren Appell an den König Wilhelm, den Frieden am 21. Oktober 1866 auf weſentlich derſelben Grundlage zu erlangen, wie ihn die anderen deutſchen Staaten erhalten hatten; die ſächſiſche Zahlung für die Kriegskoſten betrug

zehn Millionen Taler. Sachſen verſprach dem neuen Bund beizutreten, und der wackere König Johann hat ſein Verſprechen, daß er dieſem Bunde dieſelbe Treue halten werde, wie er ſie dem alten bewieſen habe, unentwegt und ritterlich eingelöſt.

Während dieſer Verhandlungen war auch *der ſeit vier Jahren wütende innere Streit in Preußen glücklich beigelegt worden*. Auf den 30. Juli war der Landtag berufen worden, der eine ſo ganz andere Zuſammenſetzung aufwies als ſein Vorgänger (S. 172), und Bismarck trat dafür ein, daß ſchon in der Thronrede offen die Abſicht angekündigt werde, für die ohne geſetzliche Unterlage geführte Finanzverwaltung der letzten vier Jahre Indemnität zu begehren, d. h. auszuſprechen, daß der bisherige Zuſtand nicht der Verfaſſung entſprochen habe und nachträglicher Genehmigung durch das Abgeordnetenhaus bedürfe. Gegen dieſen Standpunkt erhob ſich die Mehrheit des Miniſteriums mit Ausnahme des trefflichen Finanzminiſters von der Heydt, welcher gleich bei ſeinem Wiedereintritt ins Amt (5. Juli 1866) das ſpätere Verlangen nach Indemnität zur Bedingung ſeines Eintritts gemacht hatte, und faſt die geſamte konſervative Partei. Was heiße das Begehren anders, als daß die Regierung bekenne, im Unrecht geweſen zu ſein, während ſie doch bisher ſtets die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens behauptet habe; wie man ihr, nachdem die Reorganiſation des Heeres ſich ſo glänzend bewährt habe, zumuten könne, ein pater peccavi zu ſagen? Das komme der Oppoſition zu, den heilloſen Schwätzern, die mit ihrer Prinzipienreiterei den Staat hätten wehrlos machen wollen; der Gedanke drängte ſich hervor, daß, da das Königtum den Staat gerettet, das Parlament ihn gefährdet habe, man am beſten täte, die Quelle des Unheils zu verſtopfen und die Verfaſſung wieder abzuſchaffen. *Bismarck wies alle ſolche Gedanken weit von ſich*; er ſah, daß durch ein ſolches Vorgehen der innere Hader noch unendlich verſchärft, die ſo nötige Verſöhnung unmöglich werden mußte, und er wollte Frieden ſchaffen, um die Kräfte der Nation ungeteilt auf das eine große Ziel des Ausbaues des nationalen Staats hinzulenken und, wenn es not tat — und bereits am 20. Auguſt brachte Benedetti wieder das Verlangen Frankreichs nach Landau-Saarlouis, weiterhin nach Luxemburg und Belgien vor! — das ganze deutſche Volk geſchloſſen dem Erbfeind entgegenzuſtellen. Er beſtritt, daß die Forderung der Indemnität eine Demütigung der Regierung einſchließe: im Gegenteil, wenn das Parlament ſie erteile, ſo erkenne es damit an, daß die Gründe der Regierung ſtich-

haltig geweſen ſeien und alſo nachträglich gebilligt werden müßten. Er gewann endlich den König für ſeine Anſicht, und das Abgeordnetenhaus kam ihm entgegen. Zwar wurde bei der Wahl eines Präſidenten, auf welche Grabow (S. 151) der Verſtändigung wegen hochherzig verzichtete, am 10. Auguſt nicht der konſervative Kandidat von Arnim-Heinrichsdorf gewählt, auf den 136 konſervative und 22 altliberale Stimmen entfielen, ſondern das Mitglied der Fortſchrittspartei, von Forckenbeck, allerdings nur mit 12 Stimmen Mehrheit, mit 170 Stimmen. Aber er hatte von jeher zu den verſöhnlichen Mitgliedern des Hauſes gehört; ſeine Wahl war alſo doch ein Zeichen des Entgegenkommens, und am 3. September nahm das Haus die Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen an; die Minderheit ſtellte der Fortſchritt, einige vom linken Zentrum und die katholiſche Fraktion. Indem das Herrenhaus am 8. September ſich, wenn auch zögernd, der Indemnität anſchloß, welche es an ſich nicht für nötig hielt, war der innere Friede hergeſtellt, und wenn auch der König öffentlich am 25. Auguſt vor einer Abordnung des Abgeordnetenhauſes erklärte, daß er pflichtmäßig gehandelt habe und vorkommendenfalls wieder ſo handeln würde, ſo fügte er doch hinzu: „Aber, meine Herrn, es wird nicht wieder vorkommen," und er hat bis heute recht behalten. Am 7. September hieß das Abgeordnetenhaus auch die Angliederung der Länder Hannover, Kurheſſen, Naſſau und der freien Stadt Frankfurt an Preußen mit 273 gegen 14 Stimmen gut, mit der Maßgabe, daß nicht die bloße Perſonalunion (wie die Regierung wollte), ſolange Platz greifen ſollte, bis die volle Verſchmelzung eintreten könne, ſondern daß ſofort die volle Realunion ausgeſprochen werde, doch ſo, daß ein Jahr Zeit zur Überleitung in die neuen Verhältniſſe angeſetzt werde; die preußiſche Verfaſſung ſollte alſo erſt am 1. Oktober 1867 daſelbſt in Kraft treten. Am 20. September unterzeichnete König Wilhelm das Geſetz. Die Einverleibung Schleswig-Holſteins, welche das Miniſterium am 8. September beantragte, wurde infolge der am 25. September nötig gewordenen Vertagung des Landtags erſt am 20. Dezember mit allen gegen etwa 20 Stimmen gut geheißen. Durch einen Vertrag mit dem Großherzog Peter von Oldenburg vom 27. September ward der Beſitz der Elbherzogtümer, den Bismarck auf die Friedensſchlüſſe von 1864 und 1866 begründete, nach allen Seiten unanfechtbar; der Großherzog, als Vertreter der jüngeren Linie des Schleswig-Holſtein-Gottorpiſchen Hauſes, der Zar Alexander II. die Rechte der älteren (Petersburger) Linie übertragen hatte (S. 134),

erkannte gegen Abtretung des holſteiniſchen Amtes Ahrensböck (das zum Fürſtentum Eutin geſchlagen ward) und Zahlung einer Million Silbertaler den König von Preußen für ewige Zeiten als allein rechtmäßigen Landesherrn von Schleswig und Holſtein an. Noch freilich war der unglückliche Erbprinz Friedrich von Auguſtenburg mit ſeinen Anſprüchen da: über ſie war die Geſchichte mit ehernem Schritt weggegangen; er verwahrte am 2. Januar 1867 ſeine Rechte, gab aber, um die Gewiſſen nicht zu beſchweren, hochherzig ſeinen Anhängern ihr Wort zurück und entband ſie von allen ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Realunion von Lauenburg mit Preußen ward erſt 1876 vollzogen.

Damit war ein ungeheures Ringen zum glücklichen Abſchluß gebracht und ein militäriſch-politiſches Werk von allergrößter Bedeutung gekrönt; die Bahn zur Errichtung des norddeutſchen und damit auch des deutſchen Staates war frei. Preußen, das die Politiker von 1848 hatten als Staat zerſchlagen und deſſen Provinzen ſie ſozuſagen hatten zum Kaiſer- und Reichsland machen wollen, ging aus dieſen Kämpfen mit einem Zuwachs von 73 000 Quadratkilometern und 4 800 000 Menſchen hervor; es konnte nun den feſten Kriſtalliſationspunkt des werdenden Nationalſtaats abgeben, und alle Erfolge waren erreicht ohne Demütigung und Gebietsverluſt an den weſtlichen Nachbar, der ſich die italieniſche Einheit 1860 mit zwei Provinzen von zuſammen über 14 000 Quadratkilometern und 750 000 Seelen hatte bezahlen laſſen. Daß all das erreicht war, dazu hatten viele zuſammengewirkt, von dem klarblickenden und willensſtarken König bis zum letzten Soldaten; aber das Hauptverdienſt hatte doch der Mann, der am 20. September bei dem Einzug des ſiegreichen Heeres in Berlin in ſeiner Küraſſieruniform hinter ſeinem König ritt, bleich, aufs äußerſte angegriffen durch alle die Kämpfe der letzten Monate, ſo daß ein engliſcher Berichterſtatter vom „Daily Telegraph“ den Eindruck hatte, „er ſei — wie es auch war — von einem Krankenlager aufgeſtanden, das er nicht hätte verlaſſen ſollen;“ „aber trotz Doktorenrat, trotz Schmerzen und gewöhnlichſter Vorſicht war er da, damit ſein Werk zu Ende geführt werde,“ und mochte auch die Maſſe die ſiegreichen Feldherren mit rauſchenderem Beifall grüßen, ſo war er doch dem Engländer und allen tiefer Blickenden „der wahre Held der glänzenden Verſammlung.“ Man hatte wohl erwartet, daß der König, der am 21. September durch eine Amneſtie für alle politiſchen Vergehen in den alten und neuen Landesteilen Preußens ſeine Herzensgüte und ſeine politiſche Klugheit bekundete, den Miniſter, den er nach Lauen-

burgs Erwerbung zum Grafen erhoben hatte, nach den ſo ungleich größeren Erwerbungen des jetzigen Augenblicks nun zum Fürſten erheben werde. Es geſchah nicht; Bismarck wurde nur zum Generalmajor und zum Chef des ſiebten ſchweren Reiterregiments der Landwehr befördert und erhielt, trotzdem er gebeten hatte, von ihm abzuſehen, nach dem ausdrücklichen Willen des Abgeordnetenhauſes von den Ende November für Geſchenke (Dotationen) an verdiente Generale geforderten und bewilligten anderthalb Millionen Talern die Summe von 400 000 Talern. Neben ihm wurden Moltke, Roon, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falkenſtein bedacht. Am 12. Februar 1867 erfolgte durch königliches Handſchreiben die Anweiſung der Summe; der König erkannte darin an, daß „weſentlich Ihrem Scharfblick, Ihrer Energie und Ihrer geſchickten Leitung die Erhebung des Vaterlandes zu danken iſt.“ Die Fortſchrittler von Hoverbeck und Virchow waren freilich anderer Meinung: Roon und Bismarck hätten für ihre Sünden Strafloſigkeit erhalten; ſie noch zu belohnen, ſei zu viel der Ehre. Ein Mann aber, der als beſonderer Anhänger des Kronprinzen Bismarck von Haus aus nicht mit günſtigem Vorurteil betrachtete, der ſpätere General und Chef der Admiralität Albrecht von Stoſch, hat in dieſen Monaten des großen Krieges über ihn geſchrieben (S. 95 und 102 ſeiner Denkwürdigkeiten): „Der Eindruck, den ich von Bismarck beim erſten perſönlichen Verkehr empfing, hat mich geradezu überwältigt. Die Klarheit und Größe ſeiner Anſchauungen boten mir den höchſten Genuß; er war ſicher und friſch in jeder Richtung, bei jedem Gedanken eine Welt umfaſſend.“ „Die Herren des auswärtigen Amtes ſprechen von ihrem Chef mit einem heiligen Reſpekt, wie der Gläubige vom Propheten.“

Von der Dotation kaufte Bismarck am 23. April 1867 das gräflich Blumenthalſche Gut Varzin in Hinterpommern und überließ dafür das Gut Kniephof einem Sohn ſeines Bruders.

Fünftes Kapitel.

Der norddeutſche Bund.

Die ungeheuren Anſtrengungen, welchen Bismarck ſich ſeit Monaten unterzogen hatte, blieben nicht ohne ſchwere Folgen. Unmittelbar nach den geſchilderten Ereigniſſen mußte er am 26. September 1866 Urlaub nehmen, um ſich zuerſt bei einem Verwandten, dem

Grafen von Bismarck-Bohlen, auf Gut Karlsburg in der Gegend von Greifswald und dann auf Rügen zu erholen. Kaum war er dort eingetroffen und in einem Gasthof zu Putbus abgestiegen, am 6. Oktober, so kam eine äußerst schmerzhafte Erkrankung des Magens zum Ausbruch,*) welche ihm die furchtbarsten Krämpfe und solche Qualen verursachte, daß Opiumeinspritzungen notwendig wurden; auch sie brachten nur wenig Linderung. Als der Fürst von Putbus davon erfuhr, kam er sofort herüber und bestand darauf, daß die ganze Familie in ein ihm gehöriges „allerliebstes Gartenhaus" übersiedelte. Aber die Krankheit dauerte Wochen; „er liegt so blaß, so matt, so traurig da," schreibt die Gräfin; „trotz allem Pflegen und Sorgen und Beten sieht er so jämmerlich aus, wie seit 1859 nicht. Ach, das ist so traurig, daß man stundenlang weinen möchte." Sechs Wochen lang gestattete der Arzt das Schreiben nicht; von Briefen durften bloß solche angenehmen Inhalts ihm mitgeteilt werden. Erst anfangs Dezember 1866 war es so weit, daß Bismarck nach Berlin zurückkehren konnte, um die Leitung der Geschäfte wieder zu übernehmen.

Das Nächste und Wichtigste war nunmehr, die auf dem Schlachtfeld gewonnenen Ergebnisse für die deutsche Einheit in eine rechtliche Form zu bringen. Von Anfang an hatte Bismarck seitens aller der kleinen und mittleren Staaten, welche in der großen Krisis es mit Preußen gehalten hatten, sich der grundsätzlichen Zustimmung zur Berufung eines Parlaments versichert, welchem der Entwurf einer Bundesverfassung vorgelegt werden sollte. Ursprünglich war eine Verfassung für das ganze außerösterreichische Deutschland in Aussicht genommen worden; wie die Dinge jetzt lagen, mußte man sich vorerst auf Norddeutschland beschränken. Die geheimen Räte, welche Bismarck zur Eingabe von Vorschlägen aufgefordert hatte, Hepke, Max Duncker, selbst Lothar Bucher **) (1817—92), der alte Achtundvierziger, den Bismarck 1864 ins auswärtige Amt berufen und 1866 zum vortragenden Rat gemacht hatte, waren alle der Ansicht, daß man auf einen straff zentralisierten Bundesstaat mit einem verantwortlichen Ministerium und einem in Oberhaus und Unterhaus zerfallenden Parlament ausgehen müsse; im Oberhaus sollten die Fürsten vertreten sein. Bismarck verwarf diese Auffassung; er war der Ansicht, daß ein zentralistisches Ministerium auf den Wider-

*) Siehe die Briefe der Gräfin Johanna bei Robert von Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, Berlin 1901, S. 313 ff.

**) Siehe Keudell a. a. O. 326.

ſtand der Einzelſtaaten, namentlich ihrer Häupter, ſtoßen, ein aus Mitgliedern der Dynaſtien gebildetes Oberhaus ein Hort des Partikularismus ſein werde; auch erſchien ihm ein Apparat von zwei Kammern allzu ſchwerfällig neben einem Bundestag der Regierungen, von dem er nicht abſehen zu dürfen glaubte. Er war überhaupt dafür, daß man tunlichſt an das Gegebene anknüpfe, um den Übergang vom alten zum neuen Deutſchland möglichſt unmerklich ſich vollziehen zu laſſen. So kam er dazu, den Bundestag unter dem Namen Bundesrat fortbeſtehen zu laſſen und die Stimmenverteilung ebenfalls auf die bisherige zu begründen. Demgemäß erhielt Preußen zu den früheren 4 Stimmen, welche ihm Artikel 6 der „teutſchen Bundesakte“ vom 8. Juni 1815 im Plenum der Bundesverſammlung gewährt hatte, die 4 für Hannover, die 3 für Kurheſſen, die 3 für Holſtein, die 2 für Naſſau und die 1 für Frankfurt, zuſammen alſo 17 Stimmen. Sachſen behielt nach demſelben Vorgang 4 Stimmen, Braunſchweig, Mecklenburg-Schwerin 2, dann Heſſen-Darmſtadt für Oberheſſen, Oldenburg, Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Meiningen, Altenburg, Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolſtadt und Schwarzburg-Sondershauſen, Waldeck, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Hamburg und Bremen je 1 Stimme: zuſammen 43. Die Beſorgnis, daß Preußen in dieſem Bundesrat überſtimmt werden könnte, ſchlug Bismarck nicht hoch an; bei ſeinem tatſächlichen ungeheuren Übergewicht werde es ſtets die maßgebende Stellung behalten; auch war es ja unmöglich, ihm die Mehrheit der Stimmen zu geben, wenn nicht der ganze Bundesſtaat eine Poſſe werden ſollte. Dem Bundesrat aber hat nun Bismarck einen total anderen Charakter verliehen, indem er ihm, in Ausführung eines längſt in ihm gereiften Gedankens (S. 67), wie Max Lenz mit glücklicher Wiederaufnahme von Gagerns Wort vom Juni 1848 ſagt, durch einen wahrhaft „kühnen Griff“ eben die Befugniſſe übertrug,*) welche ſeine Räte der Schablone nach einem Miniſterium zugedacht hatten: der Bundesrat ſollte ſelbſt die Regierungsbehörde des neuen Bundesſtaats ſein und für die verſchiedenen Geſchäftszweige des Handels, der Zölle, der Eiſenbahnen uſw. Fachkommiſſionen von drei bis fünf Mitgliedern aus ſeiner Mitte bilden. Bei 43 Mitgliedern werde die Gelegenheit gegeben ſein, dem Bundesrat die Kapazitäten zuzuführen, deren er in jedem beſonderen Zweig ſeiner Geſetzgebung bedürfe. Was das

*) v. Keudell S. 327. 335.

Wahlrecht zum Reichstag anbetrifft, so dachte Bismarck in Putbus am 30. Oktober daran, etwa die Hälfte der Abgeordneten von den Höchstbesteuerten wählen zu lassen, deren je hundert auf einen Wahlkreis von 200 000 Seelen gehen sollten, die andere Hälfte aber von den Urwählern, beides *) in direkten Wahlen. Schließlich kam er aber doch auf den am 9. April 1866 öffentlich gemachten (S. 158) und nun nicht mehr wohl zurücknehmbaren Vorschlag zurück, daß das Parlament nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu wählen sei; er hielt das indirekte Wahlrecht für gefährlich, weil es den König hindere, mit den Massen des Volks, welche in Preußen zu neun Zehntel royalistisch seien, unmittelbar in Berührung zu treten, und er erwartete von einem nach dem Vermögen abgestuften Wahlrecht die Verewigung der Vorherrschaft der liberalen Klassen, welche ihm vier Jahre lang so viel Mühe gemacht hatten.

In Putbus hatte Bismarck schon alles so reiflich durchdacht und teilweise seiner Frau in die Feder diktiert, auch lagen so gründliche Vorarbeiten über Zölle und Handel von Delbrück, über die Eisenbahnen von Reck, über das Kriegswesen von Roon vor, daß er imstande war, bald nach seiner Ankunft in Berlin, die am 1. Dezember erfolgte, den ganzen Verfassungsentwurf am 13. Dezember nachmittags in einem Zuge Lothar Bucher zu diktieren; dieser treffliche Mann stellte dann über Nacht nach dem Stenogramm eine fertige Niederschrift her und schaltete auch die erwähnten ministeriellen Vorarbeiten an den richtigen Stellen ein. So konnte der Entwurf bereits am 14. Dezember in einem Kronrat beraten und genehmigt und am 15. Dezember den Bevollmächtigten der übrigen Staaten zugestellt werden. Als Hauptgesichtspunkt des Entwurfes hob Bismarck hervor, daß dadurch die zwei Hauptgebrechen des ehemaligen deutschen Bundes, die fehlende Sicherheit nach außen und die Unfähigkeit zur Hebung der inneren Wohlfahrt durch gemeinnützige Einrichtungen, beseitigt werden sollten. Zu diesem Zweck ward *das Präsidium des neuen Bundes* dem König von Preußen übertragen, mit der Maßgabe, daß er den Bund nach außen vertrete, Krieg und Frieden in dessen Namen erkläre, alle Bundesbeamten ernenne, die Bundesbeschlüsse ausführe oder ihre Ausführung überwache und Heer und Flotte des Bundes befehlige.

*) Dieses Wort scheint S. 327 bei v. Keudell irgendwo dem Sinn nach eingesetzt werden zu müssen. An die Wahl von Wahlmännern zu denken ist wegen des Wortlauts: „Mitglieder einer alleinigen Versammlung“ nicht möglich.

Die Vertretung der Regierungen ſollte der Bundesrat (mit dem oben ſchon genannten Stimmenverhältnis) darſtellen; er war Träger der Bundesſouveränetät und ſowohl mit geſetzgeberiſchen als mit Verwaltungsbefugniſſen ausgeſtattet. Das Volk ſollte durch einen Reichstag vertreten ſein, gewählt nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, mit dem Recht der Initiative (des Vorſchlags von Geſetzen) ausgeſtattet, aber ohne Geldentſchädigung für ſeine Mühewaltung. Als Bundesſachen wurden bezeichnet Heer und Flotte, auswärtige Politik, Poſt und Telegraphie, Zölle und Handel. Die Geldmittel des Bundes ſollten aus den Zöllen, den gemeinſamen Steuern, den Erträgen von Poſt und Telegraphie und, ſoweit das alles nicht zureiche, aus „Matrikularbeiträgen" beſchafft werden, welche von den einzelnen Staaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung zu leiſten ſeien. Die Bevollmächtigten nahmen den Entwurf über Neujahr mit nach Hauſe und traten am 18. Januar in Berlin unter Vorſitz des früheren preußiſchen Bundestagsgeſandten von Savigny wieder zuſammen: von ihren zahlloſen Verbeſſerungsanträgen hieß Bismarck 18 gut; ſo ward der Entwurf am 2. Februar allſeitig angenommen.

Er ging nun an den am 12. Februar gewählten konſtituierenden Reichstag, deſſen politiſches Geſicht durch zwei neue Parteibildungen beſtimmt wurde. Am 26. September 1866 war durch diejenigen Fortſchrittler und Mitglieder des linken Zentrums, welche nicht in unfruchtbarer Oppoſition verharren, ſondern vergangen vergangen ſein laſſen und mit Bismarck am Auf- und Ausbau des neuen Deutſchland zuſammenarbeiten wollten, die nationalliberale Partei begründet worden; ſie erhielt bald aus Hannover, deſſen Bevölkerung in ihrer Mehrzahl ſich auf den neuen Boden ſtellte, kräftigen Zuzug und in Rudolf von Bennigſen ihren Führer,*) neben dem ſo angeſehene Männer wie Graf Schwerin, Forckenbeck, Simſon, Hammacher, Lasker, Michaëlis, Tweſten und von Unruh ſtanden. Wie ſich von der Linken die nationalen Elemente ablöſten, ſo von der Rechten; unter der Führung der ſchleſiſchen Magnaten, Graf von Bethuſy-Huc, Graf Fred Frankenberg, Herzog von Ujeſt, Herzog von Ratibor bildete ſich, nicht ohne Rückſicht auf die bekannten liberalen Geſinnungen des Kronprinzen, die freikonſervative Partei (im Reichstag ſeit 1871 „deutſche Reichspartei" genannt), mit der Abſicht, neben der Wahrung der Autorität der Krone die Grundſätze maßvoller

*) Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigſen. 2 Bände. Stuttgart 1910.

bürgerlicher Freiheit und beſonnenen Fortſchritts zu verfechten. Bei den Wahlen zum Reichstag erlangten die Nationalliberalen 79, die Freikonſervativen 36 Sitze, die Altliberalen 27; die Rechte (Konſervative) zählte 59, die Fortſchrittspartei nur 19 Mann. Auf die Partikulariſten entfielen 17 (darunter 9 aus Hannover, 7 aus Schleswig-Holſtein, 1 aus Frankfurt), auf die Polen 13, die Dänen 2, die Sozialdemokraten 1 Sitz. Somit waren die äußerſten Richtungen in dem (am 24. Februar eröffneten) Parlament in entſchiedener Minderheit, und Bismarck durfte hoffen, daß aus den Beratungen ein brauchbares Ergebnis hervorgehen werde. Dem war auch ſo; zum Präſidenten der Verſammlung wurde ein Nationalliberaler, Simſon, der einſtige Präſident des Frankfurter Parlaments, gewählt, und alle Anſtände, welche ſich erhoben, wurden, obſchon nicht ohne heiße Kämpfe, beſeitigt. Die erſte Schwierigkeit betraf die Verkürzung des Budgetrechts des Reichstags in Militärſachen gegenüber dem preußiſchen Landtag; der Reichstag ſollte ein für allemal für jeden bei der Fahne dienenden Soldaten jährlich 225 Taler als Pauſchalſumme bewilligen, und ein Prozent der Bevölkerung ſollte unter der Fahne gehalten werden (ſogen. Äternat). Hier erklärte ſelbſt ein Nationalliberaler, Tweſten, daß ohne eine Änderung dieſes Punktes der preußiſche Landtag ſchließlich die Verfaſſung auf jede Gefahr verwerfen müſſe. Gegen dieſen Standpunkt erhob ſich Bismarck am 11. März 1867 in einer gewaltigen Rede. „Was würden Sie wohl einem Invaliden von Königgrätz antworten, wenn er nach den Ergebniſſen der gewaltigen Anſtrengungen des Jahres 1866 fragte? Sie würden ihm etwa ſagen: ‚Ja freilich, mit der deutſchen Einheit iſt es wieder nichts geworden; die wird ſich bei Gelegenheit finden; aber wir haben das Budgetrecht des preußiſchen Abgeordnetenhauſes gerettet, das Recht, jedes Jahr die Exiſtenz der preußiſchen Armee in Frage zu ſtellen; darum haben wir mit dem Kaiſer von Öſterreich unter den Mauern von Preßburg gerungen. Du tröſte dich damit, Krieger, und auch die Witwe mag ſich tröſten, die ihren Mann begraben hat.‘ Meine Herren, dieſe Situation iſt eine Unmöglichkeit! Arbeiten wir raſch, ſetzen wir Deutſchland in den Sattel; reiten wird es ſchon können!“ Dieſer mächtige Anruf an das nationale Pflichtgefühl, dieſe packende Warnung vor doktrinärer Grundſatzreiterei verfehlten ihres Eindrucks nicht; und Bismarck trat dann bei den Verhandlungen über einen Ausgleich der Gegenſätze für tunlichſte Nachgiebigkeit der Regierungen in dieſer Frage ein. Schließlich wurde durch die Vermittlung Bennigſens und des Herzogs von Ujeſt ein Ausgleich ge-

troffen, wonach die 225 Taler ſo lang gezahlt werden ſollten, bis ein Bundesgeſetz anders beſtimme; es war alſo doch eine wenn auch unbeſtimmte Ausſicht auf ein Ende dieſes Zuſtands eröffnet. Die Verausgabung der Summen ſollte jährlich durch das Haushaltgeſetz feſtgeſtellt werden, ſo daß der Reichstag darauf Einfluß ausüben könnte. Ein zweiter Punkt betraf die Frage der Taggelder (Diäten) für die Abgeordneten. Wie wir wiſſen, hatte ſich Bismarck ſchließlich für Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag entſchieden, und der Reichstag hatte gegen den Widerſpruch des hannöveriſchen Partikulariſten und Ultramontanen Windthorſt noch das Erfordernis des geheimen Wahlrechts (ſtatt des öffentlichen, wie in Preußen) hinzugefügt. Um ſo entſchiedener aber hielten die verbündeten Regierungen daran feſt, daß die Diätenloſigkeit das notwendige Gegenſtück des allgemeinen Wahlrechts ſei: entweder dieſes und keine Diäten, oder Diäten und beſchränktes Wahlrecht — auf irgend eine Weiſe ſollte bewirkt werden, daß die beſitzenden Elemente vorzugsweiſe die Mitglieder des Parlaments ſtellten. Am 30. März gab Bismarck die beſtimmte Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen ſich unter keinen Umſtänden auf Bewilligung oder auch nur Zulaſſung von Diäten einlaſſen könnten. Der Reichstag faßte zwar damals gleichwohl den Beſchluß auf Diäten, aber nur mit 136 gegen 130 Stimmen, und als die Regierungen feſtblieben, ließ der Reichstag die Diäten fallen. So war eine vollſtändige Einigung erzielt, und am 16. April wurde die Verfaſſung des „norddeutſchen Bundes“ im Reichstag mit 230 gegen 53 Stimmen (bei einer Geſamtzahl von 296) genehmigt. Die einzelnen Landtage gaben in den nächſten Monaten auf dieſe Verfaſſung hin ihre Zuſtimmung zu dem Eintritt ihrer Staaten in den norddeutſchen Bund, und am 1. Juli trat dieſer ins Leben. Bismarck übernahm in ihm nach Artikel 12 das Amt des Bundeskanzlers, mit dem der Vorſitz im Bundesrat verknüpft war. Sein wichtigſter Gehilfe und ſein Stellvertreter war Rudolf Delbrück (1817—1903),*) der in Gewerbe- und Steuerfragen als Autorität erſten Ranges galt und als Präſident des ſogenannten Bundes- (ſeit 1871 Reichs-) kanzleramtes dieſes Amt zu hoher Bedeutung brachte; alle Fäden der Bundesverwaltung liefen hier zuſammen, alle Fragen wurden hier vorbereitet.**)

*) R. Delbrück, Lebenserinnerungen, Berlin 1905, zwei Bände.

**) Vgl. Fr. v. Poſchinger, Fürſt Bismarck als Volkswirt, 1, 56.

Ein ungeheurer Fortschritt in der deutschen Einheitsbewegung war durch die Errichtung des norddeutschen Bundes erzielt. Ganz Norddeutschland, einschließlich des nördlich vom Main liegenden Teils des Großherzogtums Hessen, der Provinz Oberhessen, war damit politisch, militärisch und wirtschaftlich in einer Weise geeinigt, wie dies kaum in den Zeiten unserer mächtigsten Kaisergeschlechter der Fall gewesen war. In dieser Einigung, welche durch die unbedingt vorwaltende Macht Preußens verbürgt war, lag die Gewähr größter Sicherheit nach außen und einer mächtigen Entwicklung im Innern. Indem Preußen durch die geheimen Schutz- und Trutzverträge mit den süddeutschen Staaten militärisch für alle Fälle aufs engste verbunden war, bestand bereits eine Einheit der gesamten Nation nördlich wie südlich des Mains, an welcher alles Übelwollen des Auslandes und alle seine Waffenmacht ein unüberwindliches Hindernis finden mußte.

Eine Probe auf diese Einheit wurde bereits während der Verhandlungen über die Errichtung des norddeutschen Bundes gemacht. Kaiser Napoleon, von Preußen mit seinen Versuchen auf Belgien und Luxemburg*) hingehalten, verlangte am 18. März von König Wilhelm III. von Holland, daß er einen Vertrag eingehen solle, nach dem er als Großherzog von Luxemburg dem Kaiser seine Rechte auf dieses Land gegen eine Summe von 5 Millionen Franken abtrete; aber der König forderte, da er nur ungern sich zu dem Vertrag herbeiließ, daß die Zustimmung Preußens erwirkt werde, ohne welche auch er nicht gebunden sein sollte. Nun hatte Bismarck, als Benedetti ihm von den Absichten seines Souveräns auf Luxemburg sprach, sich nicht unbedingt widersetzt, aber zwei Forderungen gestellt: erstens daß die Sache abgemacht sein müsse, ehe der Reichstag beisammen sei, weil dieser sonst sich der Angelegenheit bemächtigen und das nationale Gefühl aufgeregt werden würde, was auf die Haltung Preußens nicht ohne bestimmenden Einfluß sein könnte; zweitens daß Preußen erst in Kenntnis gesetzt werde, wenn die Sache zum Abschluß gebracht sei, damit ihm eine formelle Zustimmung zu einer erst vorzunehmenden Abtretung erspart werde. Beide Bedingungen wurden von Napoleon nicht eingehalten; er zögerte mit den Verhandlungen bis Mitte März, und er konnte Wilhelm III. auch da nicht zu einem sofortigen rückhaltlosen Ja be-

*) Mattschoß, Die Kriegsgefahr von 1867, Bunzlau 1908. Vgl. die Besprechung dieser Schrift von Guyot in der Chuquetschen Zeitschrift feuilles d'histoire 1 (1909) 307—320.

ſtimmen. Da Luxemburg von einem deutſchen Volksſtamm bewohnt und bisher Glied des deutſchen Bundes geweſen war, überdies die Stadt als bisherige deutſche Bundesfeſtung noch von 6000 Preußen beſetzt gehalten wurde, ſo war für Bismarck die formelle Preisgabe des Ländchens ohne Beeinträchtigung der Nationalitätsidee nicht möglich. Er ließ deshalb gleich am 19. März im Staatsanzeiger den bisher geheim gehaltenen Schutz- und Trutzvertrag mit Bayern, dann auch die Verträge mit Württemberg und Baden veröffentlichen, um den Franzoſen zum Bewußtſein zu bringen, daß ſie es im Kriegsfall mit ganz Deutſchland zu tun haben würden; und nun leitete auch Heſſen-Darmſtadt, obwohl dort der preußenfeindliche Miniſter von Dalwigk noch am Ruder war, Verhandlungen über einen ähnlichen Vertrag mit Preußen ein, welche am 11. April zum Abſchluß führten. Im Reichstag war die Erregung über die franzöſiſchen Abſichten auf ein deutſches Land ſehr groß, und von Bennigſen faßte ſofort den Entſchluß, in Form einer Anfrage über den Stand der Sache an die Regierung eine nationale Gegenkundgebung herbeizuführen. Bismarck war es ſehr angenehm, wenn er, der diplomatiſche Rückſichten auf Frankreich nehmen mußte, aber auch Luxemburg nicht preisgeben wollte, von der Nationalvertretung gedrängt wurde, nicht nachzugeben, und aus Bennigſens Briefen wiſſen wir, daß Prinz Friedrich Karl ihn vor der Sitzung im Vorzimmer aufſuchte und dringend die Einbringung der Anfrage empfahl; auch der Prinz wollte offenbar verhüten, daß aus den diplomatiſchen Redewendungen, welche Bismarck gebraucht hatte, ſich die Preisgabe eines deutſchen Landes in dem Augenblick ergebe, wo der nationale Staat ſich zu bilden ſchien. Die Rechtsfrage war deswegen verwickelt, weil einmal das niederländiſche Königshaus Luxemburg erſt ſeit 1815 beſaß, als Erſatz für ſeine naſſauiſchen Erblande, und zwar kraft eines Vertrags, den alle Großmächte damals gut geheißen hatten; Preußen konnte alſo ſagen, daß dieſelben Mächte auch zuſtimmen müßten, wenn Luxemburg von den Niederlanden getrennt werden ſolle. Dann hatte der Herzog Adolf von Naſſau als Verwandter der Oranier 1839, wo zwei Drittel von Luxemburg an Belgien abgetreten wurden, vertragsgemäß ſich ſein Anrecht auf das ſelbſtändig verbliebene Drittel vorbehalten; er war 1866 durch Preußen aus ſeinem Land verdrängt worden und ſtand eben im Begriff, das gegen 27 Millionen Mark Entſchädigung förmlich anzuerkennen, womit nach preußiſcher Anſicht dann auch ſeine Rechte auf Luxemburg an Preußen übergingen. Endlich beruhte das preußiſche Beſatzungsrecht in

Luxemburg nicht bloß auf dem Bundesvertrage von 1815, sondern es war durch zwei weitere Verträge zwischen Preußen und dem König der Niederlande von 1816 und 1817 näher bestimmt worden. Bismarck suchte den französischen Botschafter Benedetti auch jetzt zu möglichst kaltblütiger Behandlung der Sache anzuhalten und antwortete am 1. April 1867 auf die Anfrage Bennigsens, der jedes Recht des Königs von Holland zum Verkauf eines deutschen Landes bestritt, mit großer Vorsicht. Er ließ aber doch deutlich erkennen, daß Preußen, falls wirklich die Absicht einer Abtretung bestehe, was er noch nicht sicher wisse,*) sich jedenfalls darüber unterrichten müsse, wie die Sache von seinen Bundesgenossen, von der öffentlichen Meinung in Deutschland und von den Unterzeichnern der Verträge von 1839 aufgenommen werde. Keine fremde Macht werde zweifellose Rechte deutscher Staaten und Bevölkerungen beeinträchtigen; die verbündeten Regierungen hoffen, imstande zu sein, solche Rechte durch friedliche Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundlichen Beziehungen zu den Nachbarn zu schützen. Das werde um so eher der Fall sein, je mehr die Beratungen des Reichstags das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen betätigen werden. Dieses: seid einig, einig, einig! verfehlte seine Wirkung nicht; die Streitfragen, welche sich über die Verfassung erhoben hatten, wurden unter dem Druck der nationalen Gefahr in wenigen Wochen, wie wir sahen, alle beglichen und der dauernde Zusammenschluß des Nordens erreicht. In Paris machte die Geschlossenheit der Deutschen auch einen tiefen Eindruck; man knirschte über das Hindernis, das sich auch dieser kleinen Vergrößerung Frankreichs, dieser mäßigen Genugtuung für das 1866 verschobene Verhältnis der Mächte entgegenstellte; aber im Bewußtsein der militärischen Schwäche wagte man es nicht, es auf einen Krieg mit den Deutschen ankommen zu lassen, und der schon um den 8. März unternommene Versuch, Österreich durch das Versprechen Schlesiens oder auch Süddeutschlands als Siegesbeute zum Bundesgenossen zu gewinnen,**) scheiterte an der Erklärung Franz Josephs, daß er einen Krieg zum

*) Benedetti hatte ihm vor der Sitzung von dem Vertrag amtlich und formell Mitteilung machen wollen, auf Bismarcks Mahnung aber, die verhängnisvolle Kugel nicht aus dem Rohr zu lassen, die Sache noch für sich behalten.

**) S. Wilhelm Alter, Deutschlands Einigung und die österreichische Politik, deutsche Rundschau 145 (1910) 104—124: ein auf mancherlei neuen Stoff (Beusts Briefwechsel mit Bray) gestützter Aufsatz.

Zweck der Verminderung deutſchen Beſitzes mit Rückſicht auf ſeine zehn Millionen deutſcher Untertanen nicht unternehmen könne.*) Auch Bismarck wünſchte einen Krieg nicht; ohne zuverläſſige Kenntnis von der jetzigen militäriſchen Lage des Gegners hielt er einen ungünſtigen Ausgang des Kampfs und damit eine ſchwere Gefährdung des Erreichten für möglich; es ſchien ihm beſſer, zuzuwarten, bis das preußiſche Heer die 1866 verbrauchten Vorräte ergänzt habe und die ſüddeutſchen Streitkräfte durch die nun auch dort ſicher bevorſtehende Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entwickelt und mit den norddeutſchen zu einem einheitlichen Körper verſchmolzen ſeien. Das formell Entſcheidende war, daß König Wilhelm III. aufatmend zur großen Freude ſeiner Luxemburger erklärte, daß, da Preußens Zuſtimmung nicht erfolgt ſei, er den Vertrag als hinfällig anſehe. Napoleon mußte ſich damit begnügen, daß am 7. Mai nach dem von Öſterreich ausgegangenen Vorſchlag in London eine Konferenz der Großmächte zuſammentrat, um Luxemburg für alle Zukunft für neutral zu erklären. Am 11. Mai wurde der dieſe Löſung der Frage enthaltende Vertrag unterzeichnet. Mit der nun erfolgenden Räumung der Feſtung Luxemburg durch die Preußen und ihrer Schleifung hatte Napoleon wenigſtens einen gewiſſen Erfolg erreicht; aber freilich, an dem gemeſſen, was er beabſichtigt hatte, war ſein Mißerfolg weit größer. Das einige Italien hatte Frankreich als Preis Savoyen und Nizza zahlen müſſen; von Deutſchland konnte es kein Dorf an ſich bringen, nicht einmal ein Herzogtum, deſſen Einwohnerſchaft nur Sonder- und Kantonsgeiſt, von deutſchem Nationalgefühl aber keine Spur beſaß und ſeit der Auflöſung des deutſchen Bundes formell nach allen Seiten iſoliert daſtand — abgeſehen von der Zugehörigkeit zum Zollverein, an dem das Ländchen um ſeiner wirtſchaftlichen Wohlfahrt willen auch jetzt noch feſthielt und dem es bis heute angehört.

Hinſichtlich des perſönlichen Verhaltens Bismarcks zu der Luxemburger Angelegenheit iſt noch zu ſagen, daß die Mehrzahl der Hiſto-

*) Alters Mitteilung Seite 106 bedarf indes einer Erläuterung. Die „Verminderung deutſchen Beſitzes“ kann ſich natürlich nicht auf eine dadurch herbeigeführte Vergrößerung Öſterreichs beziehen; eine ſolche hätte Franz Joſeph abzulehnen ſich kaum veranlaßt geſehen. Wohl aber iſt darunter eine Vergrößerung Frankreichs auf Koſten Deutſchlands zu verſtehen; zu einer ſolchen konnte der Kaiſer aus Rückſicht auf die Stimmung der Deutſchöſterreicher nicht mitwirken, und damit fiel der ganze Entwurf dahin. Für Öſterreich Eroberungen zu machen und ſelbſt leer auszugehen hatte Napoleon III. natürlich keine Luſt.

riker der Anſicht iſt, er hätte die Abtretung des Ländchens an Frankreich in vollem Ernſt ohne Anſtand hingenommen, wenn ſie unter den angegebenen Bedingungen erfolgt wäre. Bei der beſonderen Natur des Falls, wo es ſich um ein kleines, äußerlich und innerlich ſeit 1648 vom Reich völlig losgelöſtes und erſt 1815 wieder mit Deutſchland verbundenes Ländchen handelte, ſei es wahrſcheinlich, daß der Miniſter deſſen Übergang an Frankreich nicht als einen nationalen Schaden angeſehen hätte, und es habe ihm daran liegen müſſen, ſeine halben Zuſagen zu erfüllen und den Kaiſer und die Franzoſen durch einen wenn auch kleinen Erfolg zu befriedigen. Mattſchoß aber iſt der Meinung, daß Bismarcks innerſter Gedanke darauf gerichtet war, die Franzoſen hinzuhalten und ihr Beſtreben ſchließlich zu vereiteln. So viel iſt ſicher, daß Bismarck jedenfalls von dem Augenblick an, wo die Abtretung Luxemburgs nur noch unter Verletzung des Nationalgefühls möglich war, ſich ihr widerſetzt hat. Die Art, wie die Sache in Paris hingezogen wurde, iſt doch nicht im letzten Grunde ſchuld daran, wenn das eintrat und der Zeitpunkt, wo eine vollendete Tatſache hätte geſchaffen werden können, verpaßt worden iſt. Vom deutſchen Standpunkt iſt das nur erfreulich.

Die nächſte Aufgabe, welche nach Errichtung des norddeutſchen Bundes und der Abwehr der Kriegsgefahr zu löſen war, bezog ſich auf das Verhältnis des norddeutſchen Bundes zu den vier ſüddeutſchen Staaten. Nach dem Prager Frieden Artikel 4 hatte ſich der Kaiſer von Öſterreich damit einverſtanden erklärt, daß, wie Preußen nördlich von der Linie des Mains einen Bund begründe, ſo „die ſüdlich dieſer Linie gelegenen deutſchen Staaten in einen Verein zuſammentreten, deſſen nationale Verbindung mit dem norddeutſchen Bunde der näheren Verſtändigung zwiſchen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Exiſtenz haben wird.“ Dieſer ſogenannte „Süddbund“ war eine Möglichkeit, welche allen national geſinnten Männern ein Dorn im Auge war; ſie wollten nicht zwei Bündniſſe der Deutſchen, ſondern ein einziges, und der nationalliberale Führer Dr. Miquel, damals Bürgermeiſter von Osnabrück, erklärte im Reichstag am 9. März: „Die Mainlinie iſt keine Scheidewand mehr, ſondern nur eine Halteſtelle, auf der wir Atem ſchöpfen, gleichſam um Kohlen und Waſſer einzunehmen und dann weiter zu fahren.“ Dem damit in Ausſicht genommenen Eintritt der ſüddeutſchen Staaten in den norddeutſchen Bund ſtand aber nicht bloß die Abneigung

der Mehrzahl der Süddeutſchen gegen einen ſolchen Schritt im Wege, ſondern auch eben der Prager Friede, der zweifellos das Daſein zweier getrennter Bündniſſe vorausſetzte. Bismarck verhielt ſich deshalb auch ablehnend, als am 18. November 1867 der badiſche Miniſterpräſident Mathy, ein treuer Patriot, dem Guſtav Freytag ein ſo ſchönes biographiſches Denkmal geſetzt hat,*) in einer Denkſchrift namens ſeines ebenfalls kerndeutſchen Großherzogs Friedrich den Eintritt Badens in den norddeutſchen Bund anbot. Andererſeits war aber aus dem Artikel 4 doch nicht mehr herauszuleſen, als daß ein Südbund zuläſſig war; eine Verpflichtung, ihn zu ſchließen, war den Süddeutſchen nicht auferlegt, und er iſt auch nicht zuſtande gekommen, ſchon deswegen, weil Baden unter keinen Umſtänden daran teilnehmen wollte und weil Württemberg und Heſſen dadurch notwendig unter die Führung des weit mächtigeren Bayern geraten wären; wenn man in Stuttgart und Darmſtadt ſich Preußen nicht unterordnen wollte, ſo war man noch weit weniger geneigt, ſich von Bayern ins Schlepptau nehmen zu laſſen. So kam es zunächſt weder zu einer Erweiterung des norddeutſchen Bundes auf den Süden, was Bismarck vorläufig auch deswegen nicht bedauerte, weil ſich ſo der norddeutſche Bund, in dem Preußen ein entſchiedenes Übergewicht hatte, einleben und befeſtigen konnte, noch kam es zur Errichtung des Südbundes. Die nationale Einigung ſtand deswegen doch nicht ſtill. Einmal wurde die militäriſche Organiſation dadurch einheitlich geſtaltet, daß die allgemeine Wehrpflicht 1867—68 im Süden durchgeführt wurde; es verſtand ſich von ſelbſt, daß Staaten, welche ſich im Kriegsfall mit ganzer Macht beiſtehen ſollten, auch die gleichen Leiſtungen übernehmen mußten, daß alſo nicht ein Staat ſeine geſamte Wehrmannſchaft aufbot, ein anderer aber nur einen Teil. Das ſächſiſche Heer bildete kraft Vertrags vom 7. Februar 1867 ein eigenes Armeekorps unter beſonderer Verwaltung, das 12., und die heſſiſche Diviſion wurde durch die Abkunft vom 11. April 1867, welche das Schutz- und Trutzbündnis auf Heſſen erſtreckte, als Teil des 11. Armeekorps ganz ins Heer des norddeutſchen Bundes eingefügt. In Bayern war ſeit 31. Dezember 1866 durch König Ludwig II. der Vorſitz im Miniſterrat, das Miniſterium des königlichen Hauſes und das des Äußeren dem Fürſten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürſt übertragen worden, einem Staatsmann von treuer deutſcher Geſinnung, der in ſeiner Rede in der Abgeordnetenkammer vom

*) Karl Mathy, Leipzig 1868.

17. Januar 1867 *) als Zielpunkt der bayriſchen Politik bezeichnete die Einigung aller, oder ſoweit dies nicht möglich ſei, doch der meiſten deutſchen Stämme zu einem Bund mit kräftiger Zentralgewalt und einer parlamentariſchen Verfaſſung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayern. Solange dieſer Bund wegen des Prager Friedens und wegen der Hinneigung des Nordens zum Einheitsſtaat nicht ausführbar ſei, ſolle Bayern als Staat zweiten Rangs ſich an Preußen anlehnen und im Fall eines Krieges gegen das Ausland ſich offen als ſeinen Bundesgenoſſen erklären — daß Bayern ſich dazu ſchon vor fünf Monaten formell verpflichtet hatte, durfte Hohenlohe in dieſem Augenblick noch nicht offen ſagen; ſeine Sprache mißfiel auch ſo den bayriſchen Ultramontanen und Partikulariſten ſehr. Der Schutz- und Trutzvertrag bedurfte nach der bayriſchen Verfaſſung der Genehmigung durch den Landtag nicht; anders ſtand es in den übrigen Staaten, und die Ultramontanen und Demokraten ſetzten in ihrer Verbohrtheit alles in Bewegung, um die Genehmigung eines Abkommens, das den Süddeutſchen weit mehr nützte als den Norddeutſchen, durch die Landtage zu hintertreiben. Für dieſen Fall war aber Bismarck entſchloſſen, auch die Zollgemeinſchaft mit Staaten abzubrechen, welche Preußen militäriſch im Stich laſſen wollten; es lag auch auf der Hand, daß Wehr- und Zollgemeinſchaft mit einander ſtanden und fielen. So nahmen die ſüddeutſchen Landtage am 18. und 29. Oktober 1867 die Schutz- und Trutzverträge an; der badiſche, in ſeiner großen Mehrheit liberal, tat es mit allen gegen 1, der württembergiſche mit 58 gegen 32 Stimmen. Gleichzeitig wurde auch der durch den Krieg von 1866 hinfällig gewordene Zollverein auf neuen Grundlagen aufgerichtet. Das ſogenannte liberum veto der einzelnen Staaten, vermöge deſſen jeder von ihnen einen Mehrheitsbeſchluß als für ihn nicht rechtsverbindlich ablehnen und damit unwirkſam machen konnte, wurde auf Bismarcks Betreiben beſeitigt, weil dadurch jeder Fortſchritt aufgehalten wurde, und es wurde die Gültigkeit der Mehrheitsbeſchlüſſe eingeführt. Die Zollgeſetzgebung ſollte künftig ebenſo von dem Bundesrat und dem Reichstag ausgeübt werden, wie dieſen ja die übrige Geſetzgebung zuſtand. Der Bundesrat wurde für dieſe Fälle durch 6 bayriſche, 4 württembergiſche, 3 badiſche und 2 weitere heſſiſche Stimmen ver-

*) S. Denkwürdigkeiten des Fürſten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürſt, Stuttgart 1907, 1, 195.

ſtärkt und auf 58 Stimmen gebracht. In den Reichstag ſollten aus Bayern 48, aus Württemberg 17, aus Baden 14, aus dem ſüdlich vom Main gelegenen Teil Heſſens 6 Abgeordnete gewählt werden, zuſammen 85, ſo daß das Parlament für Zollſachen (daher „Zollparlament") 384 Mitglieder zählte. Die Zollgeſetzgebung ſollte ſich auf die Zölle und die Beſteuerung des im Inlande gewonnenen Salzes und des ebenda erzeugten oder eingeführten Tabaks erſtrecken. Auf dieſen Grundlagen wurde der Zollverein wieder auf zwölf Jahre abgeſchloſſen, aber mit der Maßgabe, daß er, falls er nicht gekündigt werde, ohne weiteres abermals zwölf Jahre in Kraft bleiben ſollte. Der neue Vertrag mußte natürlich von den Landtagen der Südſtaaten genehmigt werden, und dieſelbe Oppoſition, welche ſich gegen die Schutz- und Trutzverträge erhoben hatte, der Demokraten, Ultramontanen und konſervativen Partikulariſten, ſuchte auch den Zollvereinsvertrag zum Scheitern zu bringen. Neben dem politiſchen Beweggrund, der Furcht, daß die Einigung in wirtſchaftlichen Dingen die politiſche Einigung naturnotwendig nach ſich ziehen werde, war die wirtſchaftliche Erwägung maßgebend, daß das in Preußen herrſchende freihändleriſche Prinzip der ſüddeutſchen Induſtrie, welche der Schutzzölle nicht entraten zu können glaubte, verhängnisvoll werden müſſe. Die Anhänger Preußens im Süden, welche den norddeutſchen Bund möglichſt bald zum deutſchen Reiche ausbauen wollten, traten für die gemeinſamen Einrichtungen des Zollbundesrats und Zollparlaments in der Hoffnung ein, daß aus ihnen ſich die Reichseinrichtungen von ſelbſt entwickeln würden, und der Handel und die Induſtrie fürchteten von der Auflöſung des Zollvereins noch weit ſchwereren Schaden als von freihändleriſcher Beeinfluſſung der Zollgeſetzgebung. So kam es, daß die bayriſche Abgeordnetenkammer am 22. Oktober den Vertrag mit 117 gegen 17 Stimmen annahm. Hohenlohe verſuchte im letzten Augenblick, durch perſönliche Vorſtellungen bei Bismarck eine Nachgiebigkeit im Punkt des Vetos zu erreichen, da die Kammer der Reichsräte in dieſem Punkt nicht nachgeben wollte. Am 27. Oktober hatte er mittags zwei Uhr eine Unterredung mit Bismarck in Berlin.*) Bismarck wies dabei darauf hin, daß er beim Friedensſchluß die Intereſſen Bayerns gegen entgegengeſetzte Strömungen wahrgenommen und als deutſcher Patriot gehandelt habe; weitere Zugeſtändniſſe könne er aber aus Rückſicht auf die Bundesgenoſſen nicht machen. Hohenlohes Begleiter, Freiherr von Thüngen, ſchlug

*) Hohenlohe 1, 275.

nun vor, daß man, wenn nicht den Regierungen, so doch der Mehrheit der nichtpreußischen Abgeordneten im Parlament ein Veto zugestehen solle; mit Recht aber hielt Bismarck dem entgegen, daß dadurch die norddeutsche Bundesverfassung — welche ein solches liberum veto einer Reichstagsgruppe natürlich nicht enthielt — gefährdet werden würde. Im Verlauf der Unterredung sprach Bismarck die für seine letzten, stets im Auge behaltenen Ziele bezeichnende Hoffnung aus, daß das Verhältnis Preußens zu Österreich sich nach und nach bessern werde; eine (politische) Verbindung Österreichs, der süddeutschen Staaten und Preußens sei die Krönung des begonnenen Werks. Am 28. Oktober hatten die Bayern eine Audienz bei König Wilhelm; dieser trat völlig dem ablehnenden Standpunkt seines Ministers bei und verwarf jede Abänderung des Vertrags, welche eine Veränderung der norddeutschen Verfassung voraussetze. Glaube Bayern nicht beitreten zu können, sagte er kalt, so solle es austreten: das werde aber der Meinung des Landes nicht entsprechen. Als Hohenlohe nach München zurückkam, lehnte die Abgeordnetenkammer den Beitritt zur Forderung der Reichsräte ab, und am 31. Oktober, dem letzten Tag vor Ablauf der Frist, würgte die Reichsratskammer den Vertrag, wie er war, mit 35 gegen 13 Stimmen hinunter. Am gleichen Tag tat die württembergische Kammer mit 73 Stimmen gegen 16 das gleiche, und so war der Partikularismus wenigstens auf diesem Gebiete gründlich aufs Haupt geschlagen. Am 1. Januar 1868 trat der neue Zollverein ins Leben.

Der Sondergeist zeigte freilich seine Macht bei den Wahlen zum Zollparlament, welche am 10. Februar und 24. März 1868 in den süddeutschen Staaten vollzogen wurden. Von 85 Sitzen fielen den Partikularisten in Bayern 27 (gegen 21) zu; in Württemberg wurden in einem wahren Kesseltreiben gegen die im August 1866 dort gegründete „deutsche Partei", an dem sich die Regierung, die Demokraten und Ultramontanen gleichermaßen beteiligten, in allen 17 Wahlkreisen bloß Partikularisten gewählt; in Baden aber drangen 8 Nationalliberale und nur 6 Partikularisten durch, und Hessen entsandte lauter Nationalliberale, 6 an der Zahl. Das Gesamtergebnis stellte sich auf 50 Gegner Preußens und des Eintritts in den norddeutschen Bund, 26 entschiedene Befürworter dieses Eintritts und 9 laue Abgeordnete, welche den Eintritt an sich für ratsam hielten, aber doch mancherlei Wenn und Aber auf dem Herzen hatten. Die 50 Partikularisten bildeten im Zollparlament eine eigene, die „süddeutsche" Fraktion, und der Antrag der National-

liberalen, in einer Antwortadreſſe auf die Eröffnungsrede des Königs von Preußen die Fortbildung des Zollparlaments zu einem politiſchen Parlament in Vorſchlag zu bringen, wurde am 7. Mai mit 186 gegen 150 Stimmen verworfen, da die Konſervativen mit der erreichten Machtſtellung Preußens zufrieden waren, die ſüddeutſche Fraktion mit Austritt aus dem Parlament drohte und die 30 Fortſchrittler die Verfaſſung des norddeutſchen Bundes, weil ſie keine Grundrechte und keine Miniſterverantwortlichkeit enthielt, an ſich als nicht geeignet anſahen, alſo von ihrer Ausdehnung auf den Süden nichts wiſſen wollten. Bismarck hielt bei dieſem Anlaß ſich gänzlich zurück, da er im Augenblick eine Erweiterung des norddeutſchen Bundes über den Süden überhaupt nicht für zeitgemäß anſah; im Herzen aber war er natürlich auf ſeiten der Nationalliberalen, und der 18. Mai gab ihm Gelegenheit zu einem wirkungsvollen Wort. Es ſtand der Antrag der Nationalliberalen zur Erörterung, nach dem der Bundesrat die herabgeſetzten heſſiſchen Weinzölle mit den beſtehenden indirekten Steuern in einen für den heſſiſchen Weinbau erträglichen Zuſammenhang bringen ſollte. Aus dieſem Anlaß beſtritt der württembergiſche Abgeordnete für Biberach, Rudolf Probſt, die Zuſtändigkeit des Zollparlaments zu einem ſolchen Beſchluß und wies darauf hin, daß man im Hinblick auf das Ausland, d. h. Frankreich, das Zollparlament nicht zum Schauplatz politiſcher Kämpfe zwiſchen Nord und Süd machen ſolle, weil dadurch das Ausland gereizt werden könnte. Daraufhin nahm Bismarck das Wort und ſagte: „Wir gefährden die Selbſtändigkeit des Südens in keiner Weiſe; Sie werden von uns weder mit einer Überredung, noch mit einer Bitte, noch auch nur mit einem Wunſche aufgefordert werden, Ihr Programm aufzugeben. Sie halten uns für viel empreſſierter, als wir es ſind! Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasſelbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht vor dem Ausland in deutſchen Herzen niemals ein Echo findet!“ Lebhafter Beifall begrüßte dieſe mannhaften Worte, und der Abgeordnete des bayriſchen Allgäu, der prächtige Joſeph Völk, betonte, daß im Süden auch andere Anſichten beſtünden, als ſie Probſt vorgetragen habe, daß ſelbſt die Deutſchöſterreicher ſchon zu dem neuen deutſchen Staat als einer Stütze der deutſchen Nationalität mit Vertrauen aufblickten, und rief: „*Meine Herrn, es iſt Frühling geworden in Deutſchland!*“ Als am 23. Mai das Zollparlament geſchloſſen wurde, hob die (von Bismarck verfaßte) Thronrede hervor, daß dieſe erſte Tagung des Parlaments das gegenſeitige Vertrauen der deut-

ſchen Stämme und Regierungen zu einander gekräftigt und manche Vorurteile zerſtört oder doch gemindert habe, welche der einmütigen Betätigung der Liebe zu dem gemeinſamen Vaterlande, die das gleiche Erbteil aller Stämme ſei, etwa im Wege geſtanden haben. Mit dem geſchäftlichen Ergebniſſe des Zollparlaments konnte Bismarck freilich zunächſt nicht ſehr zufrieden ſein. Das Beſtreben, der Finanznot der einzelnen Staaten durch eine Tarifreform abzuhelfen, die eine Erdölſteuer und eine erhebliche Erhöhung der Tabakſteuer enthielt, fand bei dem Parlament eine ungünſtige Aufnahme. Bei der zweiten Tagung vom Juni 1869 ward ebenſo wenig erreicht; erſt bei der dritten gelang es, dadurch die Tarifreform durchzuſetzen, daß ſtatt des das Licht verteuernden Erdölzolls der Kaffeezoll auf 17 Mark 50 Pfennig für den Zentner erhöht wurde. Am 7. Mai 1870 ergab ſich für dieſes Tarifgeſetz eine Mehrheit von 179 gegen 65 Stimmen.

Das Zollparlament, dieſes Band zwiſchen Nord und Süd, hatte ſich durch dieſen Beſchluß als fähig zu poſitiver Arbeit erwieſen, und auch ſonſt entwickelten ſich die Beziehungen zwiſchen dem Norden und Süden wenigſtens inſofern günſtig, als die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Südſtaaten (mit dreijähriger Dienſtzeit) und ihre Annäherung an die Einrichtungen des preußiſchen Heerweſens die Grundlage für ein mächtiges, allen Aufgaben gewachſenes deutſches Heer ſchufen. Die politiſche Verſchmelzung aber machte nur ſehr langſame Fortſchritte. In Bayern gewannen die Ultramontanen durch die Wahlen vom 25. November 1869 80 Stimmen gegen 74 liberale, und Hohenlohe mußte infolge davon am 7. März 1870 ſeine Entlaſſung nehmen, da er der nun in der Mehrheit befindlichen Partei als Preußenfreund und als Verfaſſer des Rundſchreibens gegen die beabſichtigte Unfehlbarkeitserklärung des Papſtes vom 9. April 1869 doppelt verhaßt war. In Württemberg erlangten die Demokraten und die Ultramontanen bei der Landtagswahl am 8. Juli 1868 unter 93 Sitzen 46; ſie forderten die Errichtung eines Südbundes, der ſich an Frankreich anlehnen ſollte („lieber franzöſiſch," hieß es, „als preußiſch!"), und verſuchten im Frühjahr 1870 durch Sammlung von 150 000 Unterſchriften für Einführung des Milizſyſtems mit kurzer Ausbildungszeit die einheitliche deutſche Wehrverfaſſung zu durchbrechen und nach ſchweizeriſchem Vorbild ein „Volksheer" zu ſchaffen, das ſich nicht als Werkzeug des „Cäſarismus" zum Völkermord gebrauchen laſſe. Offen ſtrebte die „Volkspartei" nach der Republik; ihr hochbegabter Führer Karl Mayer, der über die Maſſe des württembergiſchen Volkes

eine Gewalt beſaß wie ſie ſeit den Tagen des Bauernkriegs niemand mehr beſeſſen hat, ſprach davon, daß man die Kronen mit Geld ablöſen könne, wie vor zwanzig Jahren Fronden und Zehnten. Dieſes Anſchwellen der demokratiſchen Flut trieb freilich die Regierungen wieder mehr auf die Seite Preußens, das 1849 die ſüddeutſchen Throne gegen die Revolution gerettet hatte. König Karl von Württemberg ließ den Thronfolger Prinz Wilhelm 1869 ins preußiſche Heer eintreten und übertrug am 23. März 1870 als Antwort auf die Unterſchriftenſammlung das Kriegsminiſterium dem entſchiedenſten Anhänger Preußens, den es damals in Württemberg gab, Albert von Suckow, der mit kluger Nachgiebigkeit durch eine Erſparnis von einer halben Million Gulden an den Heereskoſten, welche die Oppoſition zunächſt befriedigte, die preußiſche Organiſation der Truppen bis auf beſſere Zeiten zu retten wußte. Suckow iſt im Mai 1868 in Berlin geweſen, um mit Moltke Rückſprache für den Fall eines franzöſiſchen Krieges zu nehmen, und damals hat ihm Bismarck offen ſeine innerſten Gedanken erſchloſſen.*) „Strategiſch genommen iſt die Verbindung mit dem Süden keine Verſtärkung für uns, und politiſch haben wir kein Bedürfnis, uns mit den heterogenen Elementen im Süden zu verſchmelzen, wo man nicht weiß, ob die Partikulariſten oder die Demokraten die ärgeren Feinde Preußens ſind. Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen; aber für den rechnenden Politiker kommt zuerſt das Notwendige und dann das Wünſchenswerte, alſo zuerſt der Ausbau des Hauſes und dann deſſen Erweiterung. Erreicht Deutſchland ſein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, ſo erſcheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, ſo wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeſchenk von Gott... Mit der Zeit werden die acht Millionen Süddeutſche verſöhnlich werden, zumal wenn wir ihnen keinen Zwang antun und ſo ihre Vorurteile (als ob Preußen darauf ſinne, ſie zu vergewaltigen) Lügen ſtrafen. Den Nationalliberalen habe ich immer geſagt, daß ich die Sache vom Standpunkt des Jägers betrachte. Wenn ich einen Kirreplatz anlegen will, ſchieße ich nicht gleich die erſte Ricke weg, ſondern warte, bis das Rudel die Fütterung angenommen hat.“ Bismarck verſtand unter der „erſten Ricke“ Baden, das ſtets bereit war, für ſich allein

*) Rückſchau von Albert v. Suckow, herausgegeben von Profeſſor Dr. Wilhelm Buſch in Tübingen, Tübingen 1909, S. 140.

in den norddeutschen Bund einzutreten. Als am 24. Februar 1870 der Nationalliberale Lasker den Antrag auf möglichst ungesäumte Aufnahme Badens stellte, lehnte Bismarck ab; er wollte nur das „ganze Rudel" zugleich aufnehmen.*) Hatten sie Baden nicht mehr unter sich, so verfielen Bayern und Württemberg voraussichtlich vollends dem Partikularismus; Bismarck „wollte die Sahne nicht von der Milch abschöpfen, damit diese nicht sauer werde." Er wollte nichts überstürzen, alles langsam reifen lassen: um so sicherer war dann die Ernte. Es scheint allerdings, daß er im Anfang des Jahrs 1870, als die demokratische Flut im Süden immer höher anschwoll und selbst der Zar Alexander II. für den Thron seines württembergischen Schwagers fürchtete, den Gedanken gehabt hat, die Furcht der süddeutschen Dynastien zu benutzen und König Wilhelm zur Annahme des Kaisertitels zu bewegen: um diesen Kaiser sollten sich dann die deutschen Fürsten als um ihren Beschützer nach außen und nach innen scharen, ohne daß die sonstigen Rechtsverhältnisse geändert worden wären. Der Kaisertitel sollte eine Fahne sein, welche weithin sichtbar, deutlicher als der Titel Bundespräsidium, die Einheit der Deutschen in militärischer Hinsicht der Welt verkünden sollte: er würde von selbst weiter zur Ausdehnung der Einheit wirken. Die Sache ist aber noch so wenig authentisch bekannt und geklärt (es steht nicht einmal fest, ob der Titel deutscher oder norddeutscher Kaiser lauten sollte), daß der gewissenhafte Historiker einstweilen kaum mehr tun kann, als sie mit allem Vorbehalt verzeichnen. Bismarck selbst sagt da kein Wort davon, wo man es erwarten müßte, bei der Erörterung der Kaiserfrage in Versailles, Gedanken und Erinnerungen 2, 115 ff.**)

Den freisinnigen Elementen im Süden, die aber daselbst nur eine knappe Mehrheit besaßen, hätte an sich die Entwicklung, welche der norddeutsche Bund nahm, sehr angenehm sein müssen. Bismarck war längst über die konservative Schablone hinausgewachsen und begriff, daß er sein letztes Ziel, die deutsche Einheit, ohne die Beihilfe der Liberalen nicht erreichen konnte. So gab er seine Zustimmung zu der liberalen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, indem die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit eingeführt und der Unterstützungswohnsitz geschaffen wurde; die gesetzlichen Beschränkungen des Zinsfußes wurden

*) Vgl. G. Meyer, Die Reichsgründung u. d. Großherz. Baden S. 47.

**) S. hiezu die vortreffliche Darlegung bei Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910, S. 12—32, der namentlich die Ansicht A. v. Ruvilles widerlegt, als ob Ludwig v. Bayern für den Plan eingetreten sei.

abgeſchafft und im Frühjahr 1870 ein Strafgeſetzbuch verabſchiedet, das unter dem Einfluß der damals herrſchenden milden Beurteilung aller Verbrechen und Vergehen das Maß der Strafen durchgängig herabſetzte. Die Todesſtrafe wurde nur für zwei Fälle (ſtatt bisher vierzehn) beibehalten: für Mord und für Mordverſuch gegen Landesfürſten, welche durch ihre Stellung ſolchen Anſchlägen ausgeſetzter ſind als Privatleute. Die Liberalen hätten nach der damals im Schwange gehenden Anſicht die Todesſtrafe am liebſten ganz abgeſchafft; Bismarck trat aber in einer für ſeine Weltanſchauung außerordentlich bezeichnenden Rede am 1. März 1870 im Reichstag gegen den von dem Abgeordneten Fries geſtellten Antrag ein. Er führte die Abneigung gegen die Todesſtrafe auf die Leugnung eines Lebens nach dem Tode und auf eine die Zeit beherrſchende Scheu vor der Verantwortung zurück, welche von der Verhängung eines Todesurteils untrennbar iſt: ob aber die Verantwortlichkeit nicht ebenſo ſchwer ſei, wenn man einen Menſchen zeitlebens einſperre? Der Antrag ward zwar zunächſt in zweiter Leſung mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen, in dritter aber, da die Regierungen ihre Zuſtimmung zum Strafgeſetzbuch von der Aufrechterhaltung der Todesſtrafe abhängig machten, am 23. Mai mit 127 gegen 119 Stimmen verworfen.

Noch in einer anderen Frage, der Einführung einer juriſtiſchen und nicht bloß moraliſchen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wich Bismarck von den Liberalen ab. Er erklärte am 22. April 1868 im Reichstag, daß dies den Reichskanzler politiſch matt ſetzen hieße, daß er bei jeder Maßregel den Kreisrichter um Rat fragen müßte, ob ſie auch formell zuläſſig ſei, und daß, wenn dieſes Syſtem in den letzten Jahren in Preußen beſtanden hätte, „wir heute noch unter den Ordonnanzen des Frankfurter Bundestags ſtünden.“ Das Geſetz über die Ordnung des Bundesſchuldenweſens, bei deſſen Beratung der erwähnte Gegenſatz hervortrat, ſcheiterte denn auch. In einem Erbſtück aus der Konfliktszeit, der Frage der Strafloſigkeit der Parlamentsredner (ſ. S. 149), kam Bismarck den Liberalen entgegen, indem die Verfolgung von Parlamentsreden zwar nicht durch ein Geſetz verboten, aber tatſächlich unterlaſſen wurde. Die Konſervativen waren ſehr ungehalten darüber, daß der Mann, den ſie faſt vier Jahre lang in ſeinem Kampf gegen die Linke treu unterſtützt hatten, nunmehr ſich dieſer Linken zuneigte; für ſie waren die Nationalliberalen nicht viel beſſer als die Fortſchrittler, und von dieſen höchſtens taktiſch,

nicht aber grundſätzlich verſchieden. In der Frage, ob der Provinz Hannover, um ſie für die neuen Zuſtände zu gewinnen, nicht ein Provinzialfonds oder (was dann durchging), eine Jahresrente von einer halben Million Taler ausgeſetzt werden ſolle, gerieten die Konſervativen, welche den Hannoveranern keinen Vorzug vor den alten Landesteilen zugeſtehen wollten, im Februar 1868 mit Bismarck ſehr ſcharf an einander, und aus ihren Reihen erſchollen bittere Klagen, daß Bismarck keinen Widerſpruch mehr dulde, von unerträglicher Herrſchſucht ſei und von der konſervativen Partei, als zu ſeiner Unterſtützung gewählt, unbedingte Heeresfolge verlange.*)

Auch ſonſt hatte Bismarck in dieſen Jahren mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit Jahren beklagte er ſich über den Geſandten am italieniſchen Hof, Grafen Uſedom, der, ſtatt auf ſeinem Poſten zu ſein, ſich meiſt auf dem Lande aufhalte und mit deſſen Pflichtwidrigkeiten Aktenbände angefüllt ſeien. Der König wollte ſich aber von dieſem Diener nicht in ſchroffer Weiſe trennen und überſah darüber, „daß Bismarcks dienſtliche Laſt durch Unbrauchbarkeit dieſes Mitarbeiters erhöht wurde.“ Um dieſelbe Zeit handelte es ſich darum, der Stadt Frankfurt, wenn es zu einem Rezeß über ihre Forderungen an den Staat komme, 750 000 Taler (2 250 000 Mark) auszuwerfen. Nachdem das Staatsminiſterium hierüber eine Vorlage an den Landtag ausgearbeitet hatte, verſprach der König ihr aus freien Stücken zwei Millionen Gulden (3 400 000 Mark), und das Miniſterium mußte nun über eine als dienſtlich erledigt angeſehene Sache nochmals eine Anzahl von Sitzungen halten und eine neue Vorlage ausarbeiten, obwohl die urſprünglich in Ausſicht genommene Summe auf Grund eines Gutachtens der Kronſyndici feſtgeſtellt worden war. Am 26. Februar 1869 wurde die neue Vorlage eingebracht. Bismarck war aber durch beide Dinge ſo überreizt und abgearbeitet, daß er an den König ein Entlaſſungsgeſuch richtete, in welchem er ſich außer ſtand erklärte, unter ſo beſonderen Erſchwerungen ſein Amt fortzuführen, das ihm ohnehin die Pflicht auferlege, über ſchwierige Fragen die Übereinſtimmung zwiſchen dem König, acht Miniſtern und drei parlamentariſchen Körperſchaften herbeizuführen und bei allem die nötige Rückſicht auf die verbündeten und fremden Regierungen zu nehmen. Der König lehnte

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen von Roon, 4. Auflage. Breslau 1897, 3, 63. 67.

am 22. Februar das Abſchiedsgeſuch ab, das er „ein Verderben drohendes Vorhaben“ nannte; ebenſo wenig wie er ſelbſt ſein Amt niederlegen dürfe, ſei dies Bismarck geſtattet; er ſolle ſich von den Geſchäften ſoweit immer möglich entlaſten, was ihm bei einem ſo getreuen Helfer wie Rudolf Delbrück (dem Präſidenten des Bundeskanzleramtes, S. 204) ja wohl möglich ſei. „Ihr Name ſteht in Preußens Geſchichte höher als der irgend eines preußiſchen Staatsmannes. Den ſoll ich laſſen? Niemals!“ Uſedom, deſſen Geſchäftsbetrieb auch dem König jetzt unleidlich erſchien, ward darauf entlaſſen.*)

Im Herbſt des Jahres 1868 machte das Defizit in den preußiſchen Finanzen der Regierung große Schwierigkeit. Bismarck war der entſchiedenen Anſicht, daß das ſtrengſte Feſthalten an dem altpreußiſchen Grundſatz, die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen zu decken, geboten, alſo die Ausgaben demnach um fünf Millionen Taler zu beſchränken ſeien; gehe das nicht an, ſo müßten vom Landtag Steuerzuſchläge gefordert werden.**) Der Finanzminiſter von der Heydt***) ſchlug aber vor, das Defizit durch Übertragung von Budgetpoſten zu decken, indem zu ſeiner Beſeitigung vorhandene Goldbeſtände verwendet würden, und der König gab zwar Bismarck grundſätzlich recht, ſagte ſich aber, daß die Kammer der Abgeordneten ſo lange Steuerzuſchläge verweigern werde, als bare Mittel vorhanden ſeien; ſie werde deren Heranziehung verlangen und die Regierung das Odium einer Steuererhöhung zu tragen haben.†) Das geſamte Miniſterium trat in Bismarcks Abweſenheit dem Vorſchlag von der Heydts bei, und Bismarck erinnerte ſich des Vorſatzes, den er bei Übernahme ſeines Amtes gefaßt hatte, zwar ſtets pflichtgemäß ſeine Anſichten zu äußern, ſich aber ſtets auch den Beſchlüſſen des Königs zu fügen.††) Er zog alſo ſeinen Widerſpruch zurück, obwohl er als für richtiger anſah, dem Landtag die Notlage rückhaltslos zu offenbaren, welcher

*) S. die Akten im Bismarckjahrbuch 1 (1894) 76—83 und mit den Antworten des Königs vom 22. und 26. Februar 1869 im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1, (Stuttgart 1903) 190—199.

**) S. Brief an v. d. Heydt aus Varzin vom 24. Oktober 1868. Bismarckbriefe S. 327.

***) S. Bergengrün, Staatsminiſter Frhr. Auguſt v. d. Heydt, Leipzig 1908.

†) S. das Schreiben des Königs an Bismarck vom 28. Oktober 1868, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen, 1, 180—183.

††) Anhang 1, 189.

durch von der Heydts Maßregel nur vorübergehend abgeholfen werde, und Tabak, Petroleum, Gas, Zucker, Branntwein mit Hilfe des Zollparlaments schärfer zu besteuern.*) Der König war über Bismarcks Nachgiebigkeit ganz gerührt; er schlug sie ihm „unendlich hoch" an und bat ihn, „dafür seinen wahren Freundesdank zu empfangen." „Für jetzt ist meinem Königsherzen ein furchtbar schwerer Entschluß erspart, der meinem Volke in diesem Augenblicke neue Lasten auferlegt hätte." Die Unterschrift des Briefes lautete: „Ihr treuer Freund Wilhelm."**) Von der Heydt war aber seitdem nicht mehr Bismarcks Mann; er mußte am 26. Oktober 1869 Otto von Camphausen***) Platz machen, der die preußische Staatsschuld im Dezember 1869 in eine unkündbare Rentenschuld zu 4½ Prozent umwandelte und durch die beträchtliche Zinsenersparnis das Gleichgewicht der preußischen Finanzen herstellte. Er schlug auch vor, die Kontrolle der Bundesschuld, über welche ein Gesetz nicht zustande gekommen war (S. 218), der preußischen Oberrechnungskammer zu überweisen, und dadurch wurde jedenfalls zunächst dem praktischen Bedürfnis genügt.

Für das innige Verhältnis des Königs zu seinem ersten Ratgeber, das sich aus den Briefen überall ergibt, mag noch ein bezeichnender Zwischenfall angeführt werden. Im Dezember 1868 wollte des Königs Bruder, Prinz Karl, der Vater des Prinzen Friedrich Karl, wegen eines Hüftleidens nach Nizza reisen und gedachte den Weg über Paris zu nehmen und sich mit seiner Gemahlin bei Hof zu zeigen. Der König fand die Sache an sich seltsam, weil ein Kranker nicht „in Schuh und Strümpfen seine Cour machen" sollte, und hielt es überdem politisch für bedenklich, daß ein preußischer Prinz bei der schwebenden spanischen und orientalischen Frage (aus Spanien war Königin Isabella vertrieben worden, und die Türken und Griechen standen wegen Kretas auf gespanntem Fuß) sich einer politischen Konversation mit dem Kaiser aussetze; auch affichiere die Prinzessin seit ihrer zweimaligen Reise nach Spanien eine deplazierte Intimität mit der Königin Isabella und dürfte sie deshalb in ihrem Unglück nicht ignorieren, sondern müßte ihr in Paris einen Besuch machen, was für beide Teile embarrassant

*) Brief an Roon aus Varzin vom 27. Oktober 1868 = Bismarckbriefe S. 329—330.

**) Anhang 1, 183—184.

***) Sein Schreiben an Bismarck vom 29. Oktober 1869, Anhang 2, 431—434.

wäre. Beſſer wäre es, der Prinz würde, wenn er ſo an Paris hänge, es auf der Rückreiſe beſuchen, bis wohin ſich viele Dinge geklärt haben würden. Es war eine Perſonalangelegenheit des Prinzen; aber ſie hatte politiſche Seiten. Der König verlangte Bismarcks Anſicht zu wiſſen und ließ ſeinen Bruder den Reiſeplan nicht früher feſtſtellen, ehe Bismarcks Antwort da war.*) Wir kennen ſie nicht; aber welcher Grad von Gewiſſenhaftigkeit und welches Vertrauen des Königs ſpricht aus dem Vorgang!

Sechſtes Kapitel.

Entſtehung des franzöſiſchen Kriegs.

Seit zwei Jahren hatte ſich in Spanien eine Kriſis entwickelt, welche in ihrem Verlauf auch für Deutſchland eine verhängnisvolle Bedeutung gewinnen ſollte. Im September 1868 wurde die Königin Iſabella, mit deren unwürdigem perſönlichem Verhalten alles und mit deren klerikaler Politik der freiſinnige Teil des Volkes längſt ſehr unzufrieden war, durch einen Militäraufſtand geſtürzt, und die Spanier ſahen ſich in der Notwendigkeit, entweder die Republik zu errichten oder einen anderen Monarchen zu gewinnen. Da die Mehrheit das erſtere nicht wollte, ſo wurde der Thron zwei katholiſchen Fürſten (evangeliſche kamen natürlich nicht ernſtlich in Betracht) angeboten, dem Titularkönig Ferdinand von Portugal und dem Herzog Amadeo von Aoſta, dem zweiten Sohn Viktor Emanuels. Als dieſe Verſuche ſcheiterten, wandten ſich die in Madrid maßgebenden Männer, der Regent Marſchall Serrano und der Kriegsminiſter Marſchall Prim, im September 1869 **) an den Schwiegerſohn des oben genannten Ferdinand, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, der katholiſch, freiſinnig, von unbezweifelter perſönlicher Tüchtigkeit und Vater mehrerer Söhne war, alſo nicht bloß für ſich ſelbſt, ſondern auch für ſpäter die wünſchenswerten Bürgſchaften bot.***) Leopold war der erſte Sohn Karl Antons, der 1858 als

*) Anhang 1, 185—186.

**) Daß das erſte Angebot im Frühling 1869 erfolgt ſei, behauptet zwar v. Sybel 7, 243, bezw. 264; das iſt aber ein Irrtum. Vgl. u. a. R. Feſter, Deutſche Rundſchau 140 (1909) 33.

***) Was zu ſeinen Gunſten geſagt werden konnte, hat der gleich zu nennende Salazar in einer Flugſchrift zuſammengeſtellt, ſ. Staatsarchiv 19 (1870) 129 ff., beſonders 133.

Haupt des Miniſteriums der neuen Ära politiſch in vorteilhafter Weiſe hervorgetreten und mit König Wilhelm nicht bloß durch die Zugehörigkeit zum gleichen Geſchlecht, ſondern auch durch perſönliche Freundſchaft nahe verbunden war; ſein jüngerer Sohn Karl war im April 1866 durch das Zuſammenwirken Preußens und Frankreichs Fürſt von Rumänien geworden (S. 155). Das ſpaniſche Angebot erfolgte am 19. September 1869 durch den Staatsrat und liberalen Abgeordneten Salazar y Mazarredo auf der nicht weit von Rorſchach gelegenen Weinburg, einem Schloß Karl Antons. Es ſpricht einiges dafür (mehr läßt ſich nicht ſagen), daß das Angebot zwar nicht auf Anregung, aber mit Wiſſen und Willen Bismarcks erfolgte. Dieſer hat wenigſtens ſchon im April 1869 den bekannten Militärſchriftſteller Theodor von Bernhardi nach Madrid geſandt, um, da der preußiſche Geſandte in Madrid, Freiherr von Canitz, ein bornierter Legitimiſt und alſo ganz und ausſchließlich für Iſabella eingenommen war, ſich durch einen unabhängigen Beobachter über die Stärke, die Abſichten und Ausſichten der ſpaniſchen Parteien zu unterrichten. Dann wurde Salazar auf der Weinburg durch den damaligen preußiſchen Geſandten in München, früher in Spanien, Freiherrn von Werthern, eingeführt, und das ſcheint bei der ſtrammen Zucht, die Bismarck von ſeinen Untergebenen verlangte, nicht recht denkbar, wenn Bismarck nicht ſeine Genehmigung dazu erteilt hätte.*) Die Abſicht Bismarcks war, wie Bernhardi am 5. Mai einmal ſchrieb, lediglich, Spanien unabhängig vom franzöſiſchen Einfluß hinzuſtellen. „Das iſt das einzige, was wir im Auge haben.“ Der Verſuch Salazars ſchlug zunächſt fehl, da der Fürſt Karl Anton — wenigſtens nach Sybels, freilich durch keine Beweiſe geſtütztem, Bericht **) — die Bedingung ſtellte, daß König Wilhelm, in deſſen Garde der Erbprinz diente, und Kaiſer Napoleon ihre Zuſtimmung zu der Kandidatur ſeines Sohnes geben müßten, und beides war nicht zu erlangen. Die Verhandlungen wurden aber nicht endgültig abgebrochen; ein Verſuch, den minderjährigen Neffen Viktor Emanuels, den Herzog Thomas von Genua, als König zu gewinnen, ſchlug auch fehl, und im Februar 1870 erſchien Salazar in

*) Nach Lorenz, Kaiſer Wilhelm und die Begründung des Reichs, Jena 1902, S. 233 hätte Werthern Don Salazar bei einem Beſuch der pyrenäiſchen Bäder auf das hohenzolleriſche Haus hingewieſen, das aber vor Bismarck verheimlicht.

**) Das rumäniſche Tagebuch „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Stuttgart 1894, 2, 6 weiß davon nichts.

Berlin,*) um die vertraulichen Schreiben Prims vom 17. Februar an den König, den Erbprinzen und an Bismarck zu überbringen. Bismarck empfing den Spanier am 26. Februar und diktierte am 27. ſeinem Rat von Keudell eine Denkſchrift, welche ſich über die Vorteile der Annahme der ſpaniſchen Krone durch den Erbprinzen ausſprach.**) Sie iſt ohne Frage für die Erkenntnis von Bismarcks Standpunkt eine Urkunde erſten Rangs, und beſagt im weſentlichen folgendes: 1. Wenn wir die Spanier aus der Anarchie reißen, ſo könnte ſich dort ein Gefühl der Dankbarkeit für Deutſchland regen. 2. Wenn jenſeits Frankreichs ein Land liegt, auf deſſen Sympathien wir rechnen könnten und mit deſſen Empfindungen Frankreich rechnen müßte, ſo würde die Friedensliebe Frankreichs gegen Deutſchland wachſen, da ſie ſich nach den Gefahren eines ſolchen Krieges beſtimmt. Ob in Spanien ein (ultramontanes) Regiment wie das Iſabellas oder ein mit Deutſchland ſympathiſierendes beſteht, das macht in einem deutſch-franzöſiſchen Kriege einen Unterſchied von ein bis zwei Armeekorps aus; im erſten Fall wird Frankreich ſeine Grenzen gegen Spanien ungedeckt laſſen können, im zweiten ſie mit einem Armeekorps beſetzen müſſen. 3. Da ſchon in Rumänien die deutſche Dynaſtie die Handelsbeziehungen zwiſchen dieſem küſtenloſen Lande und Deutſchland gefördert hat, ſo würde die Herrſchaft eines Fürſten deutſcher Abſtammung auf der iberiſchen Halbinſel vorausſichtlich den alten blühenden Handel zwiſchen Deutſchland und Spanien wieder beleben. 4. Das Anſehen des hohenzolleriſchen Hauſes und damit der monarchiſche Sinn würden dadurch geſtärkt werden, daß dieſes Haus eine Stellung in Europa erlangte, welche nur in den habsburgiſchen Vorgängen eine Analogie hat. 5. Eine Ablehnung würde die Spanier verletzen und, da ſie in Not ſind und einer Rettung durch einen König bedürfen, als Härte erſcheinen; es würden dadurch auch die Ausſichten der Republik ſteigen, was auf Frankreich zurückwirken und es, um eine Ablenkung zu ſchaffen, zum Friedensbruch drängen könnte. 6. Die Annahme wird die ungefährlichſte Entwicklung der ſpaniſchen Frage ſein; daß die

*) Die Zwiſchenſendung vom November 1869 gibt nur der ſpaniſche Hiſtoriker Pirala (unten S. 229) an, ſonſt niemand, namentlich nicht das rumäniſche Tagebuch.

**) S. Keudell a. a. O. S. 430—433. Bismarcks Äußerungen in den Gedanken und Erinnerungen 2, 79, wonach er „die Frage als eine ſpaniſche und nicht als eine deutſche“ betrachtet haben will, ſtimmen damit nicht durchweg überein; doch enthalten ſie auch wieder vieles, was an die Denkſchrift anklingt.

orleanistische wie die republikanische Lösung abgeschnitten wird, ist auch für Frankreich (lies: den Kaiser) von Wert. 7. Die Wahl wird mit mehr als Dreiviertel aller Stimmen in den Cortes vollzogen werden; das fällt ins Gewicht, und ähnliche Vorgänge haben sich in England bei der Erhebung der Welfen (1714) und in Rußland bei der der Romanows (1613) abgespielt; die Legitimität des Rechts dieser Dynastien ist weniger anfechtbar als die der Bourbons in Spanien, welche 1700 durch eine Gewalttat Ludwigs XIV. erhoben wurden.*)

Gewiß ist diese Denkschrift sehr klug darauf berechnet, auf den widerstrebenden König Wilhelm zu wirken; dahin zählen wir den Hinweis auf das zu erwartende Wachsen des Ansehens des hohenzollerischen Hauses und des monarchischen Sinnes, sowie den geschickten Versuch, legitimistische, dem König sehr nahe liegende Bedenken gegen eine durch Volkswahl zu gewinnende Königskrone (man denke an die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone 1849) zu zerstreuen. Richard Fester geht nun aber weiter als bloß zu der Ansicht, daß Bismarck seine Ausführungen auf den Geschmack seines Königs zuschnitt; in der schon erwähnten Untersuchung „Bismarck und die hohenzollernsche Thronkandidatur“ **) hat er den Nachweis unternommen, daß die Denkschrift gar nicht Bismarcks eigentliche Gedanken über die Kandidatur wiedergebe, daß sie vielmehr nur den König und die Hohenzollern dafür gewinnen sollte; Bismarcks letzter Gedanke sei vielmehr ein anderer gewesen. Seit 1867 waren nämlich zwischen Napoleon und der Königin Isabella Verhandlungen im Zug, daß die in Rom zum Schutz des Papstes stehenden 12 000 Franzosen durch spanische Truppen ersetzt werden sollten. Wenn das geschah, so fiel nach Fester eine Reibungsfläche zwischen Frankreich und Italien und das letzte Hindernis einer italienisch-französischen Allianz — gegen Preußen — weg, und dann konnte auch Österreich, der Sorge vor einem italienischen Rückenangriff gleich dem von 1866 ledig, sich diesem Bunde anschließen. Bis jetzt hatten sich diesem Anschluß zwei Gründe in den Weg gestellt. Einmal verlangte Kaiser Franz Joseph, daß als Veranlassung des Kriegs eine „nicht deutsche Frage“ dienen müsse, weil er sonst seine deutschen Untertanen aufs äußerste vor den Kopf stoßen würde; diese sahen den Kampf von 1866 bereits als eine historische Not-

*) Geschichtlich ist diese Behauptung freilich nicht haltbar.

**) Deutsche Rundschau 140 (1909) 24—59, bes. S. 50—51. 56.

wendigkeit an, wodurch die Deutſchen ihre politiſche Exiſtenz haben erkämpfen müſſen (S. 214), und betrachteten den norddeutſchen Bund als ihren feſten Rückhalt gegen die ſlawiſche Gefahr. Ganz direkt hat Öſterreich es ausgeſprochen, daß der Krieg die durch den Prager Frieden in Deutſchland geſchaffene Lage nicht in Frage ſtellen dürfe.*) Zweitens hatte der Leiter des auswärtigen Amtes in Wien, der frühere ſächſiſche Miniſter von Beuſt, bei allen ſeit 1867 in tiefem Geheimnis geführten Verhandlungen über einen Bund gegen Preußen es immer wieder betont: ohne Italiens ſicher zu ſein, könne Öſterreich in den Krieg gegen Preußen ſich nicht einlaſſen. Viktor Emanuel II. aber hatte erwidert, daß er nur um den Preis der Räumung Roms (das ihm alsdann in kurzer Friſt zufallen mußte) zur Anteilnahme bereit ſei: nur ſo beſtand in der Tat eine Möglichkeit, die Italiener zum Kampf gegen den treuen Verbündeten von 1866 und zu einem (von ihrem Standpunkt aus völlig charakter- und prinzipwidrigen) Krieg gegen ein ſeiner Einheit wie ſie ſelbſt zuſtrebendes Volk zu beſtimmen. Nach Feſters Meinung würde eben die Erſetzung der Franzoſen in Rom durch die Spanier den Italienern Befriedigung gewährt und ſie zum Bund mit Frankreich und Öſterreich bereitwillig gemacht haben; es galt alſo für Bismarck, dieſe Erſetzung zu verhindern, und hier erſchien ihm zunächſt die ſpaniſche Republik, welche liberal oder demokratiſch, keinesfalls aber ultramontan ſein würde, als eine gute Bürgſchaft gegen die drohende Gefahr eines dreifachen Bündniſſes gegen Deutſchland. Dann, als ſich zeigte, daß die Republik in Spanien keine Ausſichten hatte, war ihm die Wahl des Hohenzollern erwünſcht, von dem mit Sicherheit zu erwarten war, daß er ſich zu keinem deutſchfeindlichen Unternehmen hergeben werde. Deshalb hat Bismarck nach Feſter ſeit dem Juli 1868, wo er wahrſcheinlich hinter dem nicht genannten Bankier **) geſtanden ſei, der die hohen-

*) Hierüber vgl. Wilhelm Buſch, die Beziehungen Frankreichs zu Öſterreich und Italien, Tübingen 1900, und den oben (S. 207) erwähnten Aufſatz von Wilhelm Alter beſ. S. 108 und 113, ſowie Eduard Wertheimer, Graf Julius Andraſſy, Stuttgart 1910, 1, 443 ff. Aus deſſen Darſtellung ergibt ſich, daß vor allem Andraſſy als ungariſcher Miniſterpräſident für das Feſthalten am Prager Frieden eintrat: dadurch, daß ſich Öſterreich-Ungarn nicht in den deutſchen Einigungsprozeß miſche, könne man Preußen abhalten, die ungariſchen Ultras aufzuſtacheln. S. ebenda S. 465. Sybel, der Beuſts böſe Abſichten beſtreitet, iſt völlig im Irrtum.

**) Hans Delbrück, Preußiſche Jahrbücher 137, 320, denkt an Bleichröder.

zollerische Kandidatur in Madrid empfahl, für diese Kandidatur gearbeitet. Sie sollte bewirken, daß die spanische Ablösung der Franzosen in Rom nicht eintrete, Napoleons Truppen also dort bleiben müßten, daß somit der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien bestehen, die Wunde offen bleibe; dann war der Friede mindestens vorerst gesichert, weil Frankreich allein voraussichtlich Preußen anzugreifen nicht wagen werde. Die Kandidatur Leopolds hatte also in Bismarcks Sinn einen defensiven Charakter — die Anklage der französischen Historiker und besonders Olliviers, daß Bismarck die Kandidatur in satanischer Weise eingefädelt habe, um Frankreich aufs äußerste zu reizen und den Krieg zu entfesseln, ist völlig falsch*) und verkehrt. An Bismarcks friedliche Absicht muß man deshalb glauben, weil seine unverdächtigen Äußerungen gegen Karl Schurz**) und andere Personen und die Denkschrift vom 27. Februar selbst sonnenklar dartun, daß er zwar den Krieg an sich für kaum vermeidbar hielt, weil die französische Nation sich durch die Stiftung des norddeutschen Bundes um ihre Vorherrschaft in Europa gebracht sah und nach deren Herstellung begierig verlangte, daß er aber entschlossen war, *den Krieg nicht selbst herbeizuführen, sondern die Schuld des furchtbaren Zusammenstoßes ganz und ungeteilt Frankreich zu überlassen*, was für uns von handgreiflichstem moralischem Vorteil sein mußte.***) Er verfuhr

*) Falsch auch in der Wendung, welche Delbrück (Erinnerungen, Aufsätze und Reden S. 337) der Sache gab, wonach Bismarck durch die spanische Kandidatur eine Gegenmine gegen das französisch-österreichisch-italienische Kriegsbündnis legte; dieses sollte, wenn Österreichs Rüstungen fertig seien, 1871 oder 1872 losbrechen. Bismarck habe die Sache zum Bruch gebracht, ehe Österreich kriegsbereit war: also ein „Präventivkrieg", den doch Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 2, 93, direkt verwirft.

**) S. dessen „Lebenserinerungen" 2, 495 ff: „Nie werde ich, sagte ihm Bismarck im Januar 1868, einem Krieg zustimmen, der sich irgend vermeiden läßt, geschweige denn einen solchen Krieg herbeiführen. Aber dieser Krieg mit Frankreich, der wird kommen, der wird uns vom Kaiser der Franzosen aufgedrängt werden... Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten... Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons."

***) Auch der anonyme Brief nach Madrid (siehe unten S. 232), dessen Herkunft von Bismarck Pirala festgestellt hat und den Fester irrtümlicherweise auf den 4. oder 5. Juni setzt, spricht nur „von der Möglichkeit einer

alſo in der Tat nur defenſiv,*) als er die hohenzolleriſche Kandidatur, für welche gewichtige ſpaniſche Intereſſen ſprachen, förderte, und der Mann, welcher damals Wochen lang täglich um ihn war, welcher ſeine Gedanken genau zu kennen in der Lage war, Robert von Keudell, verſichert aufs beſtimmteſte,**) daß ihm nie der Gedanke nahe gebracht worden ſei, daß aus den ſpaniſchen Wirren eine Kriegsgefahr für uns erwachſen könnte.***) Bismarck konnte wirklich im guten Glauben annehmen, daß unter den drei möglichen Löſungen — der dem Kaiſer als Orleans ſehr verhaßte und in den Tod verfeindete Herzog Montpenſier, die Republik, welche auf Frankreich abfärben mußte, und der Hohenzoller — die letzte Möglichkeit immer noch die auch für Napoleon annehmbarſte ſein werde, um ſo mehr, als die Hohenzollern mit den Murats und Beauharnais, alſo auch mit den Bonapartes verwandt waren und zwiſchen ihnen und Kaiſer Napoleon vertraute Freundſchaft beſtand.†)

Wenn man aber auch der Anſicht iſt, daß Bismarck durch die hohenzolleriſche Kandidatur eine Friedensbürgſchaft ſchaffen wollte, ſo ſcheint es uns doch unmöglich, der Anſicht Feſters beizupflichten, nach der Bismarck dadurch die Ablöſung der Franzoſen in Rom ſeitens der Spanier verhindern und ſo den italieniſch-franzöſiſchen

vorübergehenden Beunruhigung in Frankreich" durch die Kandidatur, alſo vom Gegenteil einer Kriegsgefahr und Kriegsabſicht.

*) So urteilt auch Rathleſ, zur Frage nach Bismarcks Verhalten in der Vorgeſchichte des deutſch-franzöſiſchen Kriegs, Dorpat 1903, der alles umſichtig, obſchon mit Vorbehalt gegen Bismarck, abwägt. Walther Schultze, die Thronkandidatur Hohenzollern und Bismarck, Feſtſchrift des thüringiſch-ſächſiſchen Geſchichtsvereins für Ernſt Dümmler 1903, vertritt dagegen die Anſicht, daß 1870 (wie 1756) zwei Offenſiven aufeinander ſtießen, die deutſche und die franzöſiſche. Das iſt für 1870 ſo falſch wie für 1756. Heſſelbarth, die Entſtehung des deutſch-franzöſiſchen Kriegs, Gotha 1910, beſonders S. 57. 70, verficht Bismarcks rein defenſives Verhalten. Vgl. auch die lehrreiche Beſprechung des Rathleſſchen Werks durch H. v. Petersdorff, deutſche Literaturzeitung 1905, Spalte 231—237; Kämmel, kritiſche Studien, Leipzig 1899, S. 47 ff. und Erich Marcks, Fürſt Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899, S. 92 ff.

**) S. v. Keudell, Fürſt und Fürſtin Bismarck, S. 439.

***) Klein-Hattingen, Bismarck und ſeine Welt, 2 Bände, Berlin 1902—1903, meint, daß das für Bismarck ein beiſpielloſes Armutszeugnis ſei. Mit Recht nennt v. Petersdorff a. a. O. Kleins Buch „beſchämend ehrfurchtslos".

†) Die Angabe in Randons Memoiren (2, 396), daß Napoleon ſelbſt Prim den Prinzen Leopold empfohlen habe, iſt von Ollivier, empire libéral 14, 20 völlig widerlegt.

Gegensatz forterhalten und ein Bündnis zwischen Italien und Frankreich verhindern wollte. Es scheint uns diese Ansicht deshalb ganz verfehlt, weil durch die Ablösung der Franzosen in Rom seitens der Spanier *das gerade nicht erreicht wurde, was Fester als die sichere Folge davon ansieht, der Beitritt der Italiener zu dem französisch-österreichischen Bund gegen Preußen.* Für Napoleon III. war der Vorschlag gewiß vorteilhaft; er enthob ihn der trübseligen Pflicht, den Beschirmer des Papstes gegen seine eigenen Untertanen zu machen, und sicherte ihn doch zugleich gegen die Vorwürfe der Klerikalen, daß er den Papst wehrlos an die Revolution ausgeliefert habe. Aber aus eben diesem zweiten Moment ergibt sich, *daß der Vorschlag den Italienern nichts bot als eine Veränderung der Uniformen.* Ob Franzosen oder Spanier Rom in Ruhe hielten, einer Revolution dort vorbeugten und dadurch Italiens Eingreifen — das nach dem bewährten Muster von 1860 unfehlbar erfolgt wäre — verhinderten, das war für die Italiener offenbar ganz gleichgültig; so oder so kamen sie ihrem Ziele, Rom zur Hauptstadt ihres Königreichs zu machen, nicht näher. Was sie verlangen mußten, war, *daß die Franzosen abzogen, ohne den Spaniern ihren Platz abzutreten.* Geschah dies nicht, so war Italien seinem Ziel so fern als je, und es war gar kein Grund vorhanden, weshalb Viktor Emanuel sich um eines Zugeständnisses willen, das für ihn keines war, in einen Krieg gegen Preußen stürzen sollte, für den es ja keinen Lohn gab, am wenigsten den, auf den ihm alles ankam. Weil dem so war, kann auch Bismarck nicht deshalb die Kandidatur Leopolds aufgestellt haben, um den spanischen Einmarsch in Rom mit seinen angeblichen Folgen zu hintertreiben. So bleibt es dabei, daß die Denkschrift vom 27. Februar Bismarcks wahre Beweggründe wiedergibt, und unter ihnen steht der voran, daß ein deutscher Prinz als spanischer König an sich, ohne alle Rücksicht auf die römisch-italienische Frage, eine Verstärkung unserer Stellung in Europa und damit eine Friedensbürgschaft bedeute.*)

*) Nach dem spanischen Historiker Pirala in seiner historia contemporanea (1874) hätte Bismarck im Oktober 1870 den Major Versen (s. S. 231) nach Madrid geschickt, um über die Kandidatur und ein Eingreifen Spaniens in den Krieg zu verhandeln; die Spanier sollten 30 000 Mann gegen Bayonne und 30 000 gegen Perpignan, also im Westen und Osten der Pyrenäen, vorstoßen lassen. Das wären in anderer Form die ein bis zwei Armeekorps der Denkschrift vom 27. Februar. Fester a. a. O.

König Wilhelm lehnte das oben erwähnte Geſuch Salazars um eine Audienz ab, weil ihm die ganze Sache nicht erwünſcht war und er ſie keinesfalls als Staats-, ſondern nur als Familienſache behandeln wollte; er gab deshalb auch dem Staatsminiſterium keinen Befehl, über die Sache zu berichten, lud aber Karl Anton und Leopold zu einer Beſprechung nach Berlin ein. Der Fürſt folgte dem Ruf, und am 15. März fand ein Eſſen *) bei dem im Schloß abgeſtiegenen Fürſten ſtatt, wobei der König, der Kronprinz Friedrich Wilhelm, die beiden Hohenzollern, Vater und Sohn, Bismarck, Moltke, die Miniſter von Roon, von Schleinitz, Delbrück und der Staatsſekretär des Auswärtigen von Thile zugegen waren.**) Hiebei ſprachen ſich „alle Ratgeber" nachdrücklich für die Annahme aus; allein der Erbprinz hatte keine Neigung dazu, weil er die Anſprüche, welche ſo viele Zweige der entthronten Königsfamilie noch auf die Krone erhoben — Don Carlos, der Her-

S. 42 macht aber darauf aufmerkſam, daß Verſen im Oktober 1870 an ſeinen bei Sedan erhaltenen Wunden in Neuwied krank lag, alſo damals unmöglich in Madrid ſein konnte, und meint, die Verhandlungen könnten vielleicht in den Juni 1870 gehören. Mir ſcheint das ganz unmöglich, weil der Verſuch, die Spanier zur Teilnahme an einem noch gar nicht ausgebrochenen Krieg zu veranlaſſen, deſſen Ausſichten gewiß in Madrid anders beurteilt wurden als in Berlin, an ſich unglaublich iſt und weil es das ſicherſte Mittel ſein mußte, den Spaniern alles Deutſche zu entleiden. Anders ſtanden die Dinge im Oktober 1870, wo Frankreich ſchon ſehr im Nachteil war, ein ſpaniſcher Angriff alſo wenig Riſiko und dagegen den möglichen Rückgewinn 1659 verlorener Gebiete verhieß; für Deutſchland war von einer ſolchen Mitwirkung ein raſcheres Ende des Kriegs zu erwarten. Dann aber war jedenfalls nicht Verſen der Überbringer unſerer Aufträge. Ich geſtehe aber, daß mir die ganze Sache ſehr zweifelhaft erſcheint, und auch Feſter verkennt die Gründe des Zweifels nicht.

*) Wenn Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 2, 81 ſagt: „Das in den Memoiren Sr. Maj. des Königs von Rumänien erwähnte Miniſterconſeil hat nicht ſtattgefunden," ſo iſt zunächſt zu ſagen, daß im rumäniſchen Tagebuch 2, 72 nur der Ausdruck „Beratung" gebraucht iſt. Es war eine zwangloſe Beratung, der vom Staatsminiſterium nur Bismarck und Roon anwohnten, dazu Schleinitz. Delbrück hatte den Miniſtertitel, war aber nicht Mitglied des Staatsminiſteriums. Wenn Bismarck bezweifelt, daß „beim Tiſchgeſpräch" die ſpaniſche Frage verhandelt wurde, ſo iſt das formell nicht zu beanſtanden; die Beratung fand erſt nach Tiſch ſtatt.

**) S. das Tagebuch des Königs Karl von Rumänien, 2, 72. Zu bemerken iſt, daß Keudell S. 434 meint, ſtatt v. Schleinitz, deſſen Teilnahme Bismarck nicht erwünſcht geweſen wäre, ſei vielleicht v. Schweinitz zu leſen,

zog von Montpensier, Isabella selbst und ihr Sohn Alfons — allzusehr fürchtete. So kam es zu keinem Ergebnis, was den Fürsten Karl Anton veranlaßte, seinen auch in der Garde dienenden jüngsten Sohn Prinz Friedrich vorzuschlagen, der aber ebenfalls abgeneigt war und nur auf einen direkten Befehl des Königs annehmen wollte. Bismarck entschloß sich nun anfangs April, zwei Beobachter nach Spanien zu senden, seinen vortragenden Rat Lothar Bucher und den Major Max von Versen,*) der auf Reisen in Südamerika des Spanischen mächtig geworden war, damit sie sich überzeugten, wie dort die Dinge eigentlich stünden; Bucher sollte die politische Lage, Versen die militärische beurteilen. Die Reise ging über Paris glücklich von statten, obschon Bucher von der französischen Geheimpolizei sehr scharf aufgepaßt wurde.**) Die beiden wurden in Spanien überaus freundlich aufgenommen — Bucher hatte einen Antwortbrief Bismarcks an Prim zu überbringen ***) — und Versen machte eine Schau von ein paar Madrider Regimentern mit, die ihn sehr befriedigte, und worüber er dem Kronprinzen nach seiner Rückkehr besonders berichtete.†) Da der König den von dem Prinzen Friedrich als Bedingung verlangten Befehl natürlich nicht erteilte, nahm dieser Prinz auch nicht an, und so schien die hohenzollerische Sache endgültig abgetan; Fürst Karl Anton hat in diesem Sinn am 22. April an Bucher nach Madrid telegraphiert. Aber wenn nicht Friedrich, so doch der Erbprinz besann sich schließlich noch eines

---

der Name des Gesandten in Wien. Schleinitz konnte aber in diesem Fall als Minister des kgl. Hauses nicht wohl umgangen werden, und aus Gustav v. Diest, aus dem Leben eines Glücklichen, Berlin 1904, S. 546 f., der das königliche Zirkular betreffs der Beratung mitteilt, geht hervor, daß in der Tat Schleinitz geladen war. Da Bismarck im Zirkular nicht erwähnt wird, so meint v. Petersdorff, daß der der Kandidatur abgeneigte König ihn zunächst nicht bei der Beratung zu haben wünschte, sondern nur Männer, welche der Sache ganz kühl gegenüber standen. Diese Ansicht ist aber irrtümlich, da dem königlichen Zirkular eine Einladung seitens des Fürsten vorausgegangen sein muß, und deren Text ist nicht bekannt.

*) v. Werthern, General von Versen. Berlin 1893. (Versen erhielt 1890 das 3. Korps; daher der Titel General.) Busch, Tagebuchblätter 1, 30. 3, 125.

**) So erzählte er wenigstens selbst Moritz Busch; s. dessen Tagebuchblätter 3 (1899) 222.

***) Vgl. Gedanken und Erinnerungen 2, 81: „Ich weiß nicht mehr, ob ich den Brief selbst redigiert habe."

†) Busch 3, 125.

anderen. Verſen, der dem Kronprinzen Vortrag hielt, bewog dieſen hohen Herrn, ſich der Sache anzunehmen;*) Verſen reiſte am 20. Mai mit einem Brief des Kronprinzen nach Nauheim zu Karl Anton, und am 23. Mai ſchrieb Karl Anton, am 25. Leopold einen Brief an den Kronprinzen, welchen dieſer ſeinem Vater zu übergeben hatte. Die ſpaniſche Regierung hatte ſich dafür verbürgt,**) daß die Cortes den Erbprinzen beſtimmt wählen würden; er war alſo gegen eine empfindliche Bloßſtellung geſichert, und wie es ſcheint, hat doch nicht bloß der Glanz der Krone, ſondern auch das Gefühl, ſich einer Nation, welche ihn in ihren Nöten rief, nicht verſagen zu dürfen, ihn zum Jawort bewogen. Etwas ſpäter ſchrieb Bismarck den oben (S. 227) erwähnten Brief***) nach Madrid, der weder Datum noch Adreſſe †) trägt, worin er von der Kandidatur nur „eine vorübergehende Beunruhigung Frankreichs" vorherſagte, aber wegen dieſer Beunruhigung erſuchte, ſeine Perſon ganz aus dem Spiel zu laſſen; in Wahrheit ſei er ja auch nicht offiziell beteiligt. Am 11. Juni ſagte Prim in den Cortes, indem er die geſcheiterten Verſuche, einen König zu bekommen (Ferdinand, Amadeo und Thomas) aufzählte, mit verſchleierten Worten, daß die Hoffnung auf ein beſſeres Ergebnis noch nicht aufgegeben ſei: was der in der Diplomatenloge ſitzende franzöſiſche Geſandte Mercier de Loſtende ſofort auf Leopold deutete, der in der Tat damals der allein noch mögliche Kandidat war. Am 14. Juni reiſten Bucher und Salazar nach Deutſchland ab; am 20. Juni ſagte der Erbprinz in Sigmaringen Salazar endgültig zu, und am 21. erfolgte die Zuſtimmung des Königs zur Annahme der Krone durch Leopold „nach ſchwerem Kampfe" (Verſens Tagebuch). Rechtlich bedurfte der Erbprinz nach dem hohenzolleriſchen Hausgeſetz dieſer Einwilligung nicht; politiſch war ſie natürlich unerläßlich.

Bis jetzt war die ganze weitere Förderung der Angelegenheit vom Februar an mit äußerſter Sorgfalt geheim gehalten worden, ſo daß nicht einmal der ſpaniſche Geſandte in Paris, Olozaga, von

*) So Werthern a. a. O. S. 82.

**) Sybel 7, 257.

***) S. Feſter a. a. O. S. 46 (nach Pirala, der in ſeinem S. 229 erwähnten Werk Bismarcks Schreiben auf Spaniſch wiedergegeben hat).

†) Mein Kollege an der techniſchen Hochſchule, Prof. Dr. Ernſt Marx, wird demnächſt dartun, daß er wahrſcheinlich an Salazar gerichtet war, keinesfalls (was Feſter annimmt) an Bucher, und daß er zwiſchen 21. und 23. Juni zu ſetzen iſt.

ihr wußte. Prim hatte, ſo ſcheint es, nicht die Abſicht,*) wie das behauptet worden iſt, ſofort nach Salazars Rückkehr die Königswahl durch die in Madrid verſammelten Cortes vollziehen zu laſſen und ſo alle Welt vor eine vollendete Tatſache zu ſtellen. Vielmehr hatte Prim im Sinne, Napoleon im Lauf des Juli in Bad Vichy oder in Paris aufzuſuchen und ihn perſönlich zu bearbeiten, damit er der Kandidatur ſeines hohenzolleriſchen Verwandten beipflichte. Deshalb wurden die Cortes bis auf den 31. Oktober vertagt.**) Da aber der am 26. Juni nach Madrid zurückgekehrte Salazar dem Beamten im dortigen Miniſterium des Innern Rivero, den er für eingeweiht hielt, die Zuſage Leopolds mitteilte (Ollivier 14, 1) und dieſer andere in gutem Glauben in Kenntnis ſetzte, mußte der von Toledo zurückgekehrte Prim ſchon jetzt Farbe bekennen. Mercier erſchien am 2. Juli bei ihm, um ihn zu begrüßen; Prim zeigte ſich verlegen, und plötzlich zog er Mercier in ſein Kabinett, um ihm zu ſagen, daß Spanien Leopold als König brauche, „um die Revolution zu retten;“ er fürchte freilich, die Sache werde dem Kaiſer nicht angenehm ſein; wie werde er ſie wohl aufnehmen? Mercier antwortete: „Es gibt da keine zwei Möglichkeiten.“ Obwohl Prim darüber beſtürzt war, ſchrieb er doch den Zuſammentritt der Cortes nun auf den 20. Juli aus, um ihnen unter Erwägung der ganzen Situation das entſcheidende Wort zu laſſen.

Am 3. Juli erfuhr man in Paris durch eine Depeſche der Agentur Havas den Sachverhalt, *und ſofort ſchäumte das franzöſiſche Nationalgefühl auf*. An ſich war die Angelegenheit eine Sache der ſpaniſchen Nation, welche Herrin ihrer Geſchicke war und offenbar zum König wählen konnte, wen ſie wollte, unter der Bedingung höchſtens, daß, falls ihr Erwählter Erbrechte an ein anderes Land hatte, er darauf verzichtete und nicht möglicherweiſe durch eine allzu große Anhäufung von Macht in *einer* Hand das europäiſche Gleichgewicht geſtört wurde. Dieſer Fall war aber hier nicht von ferne gegeben, weil die ſchwäbiſche

*) Aus dem Leben König Karls 2, 96, wo die Vertagung aber auf ein Mißverſtändnis „bei Eröffnung einer von Berlin nach Madrid geſchickten Depeſche“ zurückgeführt wird (es wurde ſtatt 26. Juni der 9. Juli geleſen; ſo lange konnte man die Cortes nicht zuſammenhalten). Nach Leonardos Aufſatz über Prim (Revue historique von 1900, Bd. 74) und nach Feſter hätte Prim dieſes Mißverſtändnis nur vorgeſchoben.

**) S. hierüber Feſters, wie ich glaube, zutreffende Bemerkungen a. a. O. S. 47. Freilich gibt Sagaſtas Depeſche vom Auguſt 1870, ſiehe Staatsarchiv 19, 125, Anlaß zu Bedenken, die ſich aber heben laſſen.

Linie der Hohenzollern ſeit etwa ſechshundert Jahren von der fränkiſchen, beziehungsweiſe brandenburgiſchen getrennt war und keinerlei Erbrechte auf Preußen beſaß; wenn man den Erbprinzen in Paris kurzweg einen „preußiſchen Prinzen“ nannte, ſo war dieſer Ausdruck ſtreng genommen gänzlich falſch. Mit Preußen hatte er nur den Zuſammenhang, daß er in der Garde diente, und dieſes Verhältnis war leicht zu löſen. Der König hatte auch, wie ſchon erwähnt, nach den Hausgeſetzen kein Recht, dem Erbprinzen die Annahme einer fremden Krone zu verbieten,*) und formell wenigſtens hatte ſich weder der König als ſolcher, noch ſeine Regierung als ſolche an der Sache beteiligt. Welche Gründe bei Napoleon für den Hohenzollern ſprechen mußten, haben wir ſchon S. 228 geſehen: außer dieſem blieb nur die Republik, welche anſteckend auf Frankreich wirken mußte, oder der Orleans, Herzog von Montpenſier; die Orleans aber haßte der Kaiſer inſtinktiv, ſo daß er nach dem Zeugnis ſeines Leibarztes Ménière **) keinen Beamten zu hohen Stellen beförderte, der Orleaniſt war; „jeder Flecken von Orleanismus iſt ein Grund zum Ausgeſchloſſenwerden.“ Trotzdem aber hatte Napoleon ſchon im Mai 1869 zu ſeinem Berliner Botſchafter Marquis Benedetti geſagt: „Die Kandidatur Montpenſiers ſei rein antidynaſtiſch, berühre alſo nur ihn, und er könne ſie hinnehmen; die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern aber ſei weſentlich antinational, das Land werde ſie nicht ertragen und man müſſe ihr zuvorkommen.“ ***) Napoleons auswärtiger Miniſter, der Herzog von Gramont (1819—80), ein Ultramontaner und Preußenhaſſer reinſten Waſſers, der ſeit 1861 als Botſchafter in Wien eifrig an dem Bündnis gegen Preußen gearbeitet hatte, war ſofort überzeugt, daß es ſich wieder einmal um einen teufliſchen Streich Bismarcks handle, der Frankreichs „Ehre und Intereſſe antaſten wolle.“ Er ließ ſofort am 3. Juli durch den Geſchäftsträger Leſourd in Berlin den an Bismarcks Stelle das auswärtige Amt verſehenden Staatsſekretär von Thile befragen und erhielt die Antwort, daß die preußiſche Regierung von der Sache abſolut nichts

*) Hierüber ſiehe Sybel 6, 347. Nach dem Hausgeſetz von 1821 hatte der König als Familienoberhaupt (dies war er ſeit dem Verzicht der ſchwäbiſchen Hohenzollern auf die Souveränetät vom 26. März 1851) nur in vier Fällen etwas zu ſagen: 1. Eintritt der Prinzen in auswärtige Dienſte, 2. Aufenthalt unverheirateter Prinzeſſinnen außer Landes, 3. Heiraten, 4. Vormundſchaften.

**) Revue hebdomadaire 11 (1902) 233.

***) Benedetti, ma mission en Prusse, Paris 1871, S. 307.

wiſſe. Obwohl auch Mercier inzwiſchen berichtet hatte, daß Prim jede Beſchuldigung gegen Bismarck, als ob dieſer der Anſtifter der Kandidatur ſei, als völlig grundlos zurückgewieſen habe, ließ ſich Gramont doch, von der Erregung der Pariſer Bevölkerung vorwärts getrieben und vielleicht in der Hoffnung, jetzt den von Kaiſer Franz Joſeph geforderten „nicht-deutſchen" Anlaß zum Krieg zu haben,*) durch den allgemein geachteten Abgeordneten Cochery am 5. Juli im geſetzgebenden Körper über die ſpaniſche Kandidatur befragen und ſchlug in ſeiner Antwort am 6. Juli ſofort den herausforderndſten Ton an. Hiezu hatte ihn ſein Amtsgenoſſe, der Kriegsminiſter Leboeuf, durch die Erklärung ermutigt, daß er nötigenfalls in vierzehn Tagen 250 000 Mann, in drei Wochen 300 000 Mann regulärer Truppen und 120 000 Mann von der Mobilgarde (Landwehr) bereit haben könne. „Wir glauben nicht," ſagte Gramont wörtlich, „daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns zu dulden verpflichtet, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. ſetzt, ſo zu unſerem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa zerſtört und die Intereſſen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringt. Sollte dem ſo ſein, ſo würden wir, ſtark durch Ihren Beiſtand, meine Herren, unſere Pflicht ohne Zögern und ohne Schwäche zu erfüllen wiſſen." Während die bonapartiſtiſche Rechte dieſe „Kriegsfanfare", wie der franzöſiſche Biograph Bismarcks, Paul Matter (3, 39) ſich ausdrückt,**) mit Beifall begrüßte, empfand ſelbſt das Zentrum ſie als eine ſchwere Herausforderung Preußens; der Abgeordnete Joſſeau fragte ſofort mit ſchwerer Sorge den Herzog: „Das iſt alſo der Krieg?" Einige Miniſter ſagten zu einander: „Haben wir unſere Schiffe nicht etwas zu raſch hinter uns verbrannt?" ***) und Thiers nannte die Worte Gramonts entrüſtet eine Torheit, obwohl er ſelbſt es geweſen iſt, der am 3. Mai 1866 (S. 162) angeſichts des böhmiſchen Kriegs verkündigt hatte, Preußen ſei im Begriff, das Reich Karls V. herzuſtellen, das aber in Berlin ſtatt in Wien ſeine Reſidenz haben und ſich auf Italien ſtatt auf Spanien ſtützen werde. Wenn einer der erſten Hiſtoriker Frankreichs dieſe falſche Münze geprägt hatte, warum ſollte der Herzog von Gramont

*) S. Wilhelm Alter, Deutſche Rundſchau 145 (1910) 112.

*) Ebenſo De la Gorce, hist. du second empire 6 (1904) 228: le manifeste semblait premier acte de guerre plutôt qu'invitation a négocier.

***) Ebenda S. 229.

ſie nicht jetzt in Umlauf ſetzen, wo Preußen ſich auf Spanien ſelbſt, das eigentliche Land Karls V., ſtützen zu wollen ſchien? Eine falſche Münze war es gleichwohl: einmal war Spanien längſt von der ſtolzen Höhe herabgeſunken, welche es zur Zeit Karls V., am Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts, inne gehabt hatte; es war für niemand mehr furchtbar, und zweitens ſollte der Erbprinz doch nur in Madrid zum König erhoben werden, nicht auch in Berlin, und Bismarck ſelbſt war der Anſicht, daß Leopold, einmal in Spanien zur Herrſchaft gelangt, ſich nur von ſpaniſchen Intereſſen leiten laſſen dürfe.*) Von einer Vereinigung Deutſchlands und Spaniens wie unter Karl V. war ja nicht von fern die Rede, und gegen den engliſchen Botſchafter Lord Lyons hat Gramont ſelbſt in merkwürdiger Übereinſtimmung mit einer Stelle in Bismarcks Denkſchrift vom 27. Februar (ſ. oben S. 224) nur geſagt: „Wir können einem Zuſtand nicht zuſtimmen, welcher uns im Fall eines Kriegs mit Preußen zwingen würde, ein Auge auf Spanien zu haben, was eine Diviſion unſeres Heeres lahm legen würde.“ **) Um ſo unverzeihlicher war eine ſo übertriebene Sprache im Angeſicht Europas. Wenn Gramont ſpäter, am 12. Juli, gegenüber dem preußiſchen Botſchafter von Werther behauptet hat, dieſe Sprache ſei zur Beruhigung der aufgeregten Kammer nötig geweſen und er habe ja Preußen gar nicht genannt, ſo iſt das erſte eine direkte Verdrehung des Sachverhalts — Gramonts Sprache hat die Aufregung erſt recht geſchürt und alle beſonnenen Abgeordneten deshalb erſchreckt — und das zweite eine ſo armſelige Ausrede, daß man nur mit Achſelzucken darüber weggehen kann.

Gramonts weiteres Vorgehen bewies denn auch deutlich, daß er abſichtlich Preußen demütigen wollte. Er befahl am 7. Juli dem in Wildbad die Kur gebrauchenden Grafen Benedetti, daß — da die amtlichen Kreiſe in Berlin ſich der Anfrage entzogen hatten und die Sache vom König als Familienſache behandelt wurde — er ſich nach Ems zum König ſelbſt begebe und die Forderung an ihn perſönlich ſtelle, er ſolle die Annahme der Kandidatur mißbilligen und den Erbprinzen zum Rücktritt veranlaſſen.***) Das war ein Anſinnen, welches der König ſtreng genommen gar nicht erfüllen konnte (S. 234 Anm. 1); wenn der Erbprinz bei ſeinem Entſchluß blieb,

*) Er ſagte dies in der Nacht nach Sedan zum Erbprinzen Leopold, Gedanken und Erinnerungen 2, 79.

**) Lord Lyons an Lord Granville, 5. Juli 1870. S. Staatsarchiv 19, 2.

***) Benedetti, S. 316 ff.

so hatte der König keinesfalls Recht und Macht, ihn zu zwingen; er konnte ihn höchstens seiner Eigenschaft als Gardeoffizier entheben. Am 9. Juli trug Benedetti dem König seinen Auftrag vor. Dieser ging auf die direkte Verhandlung, unter Ausschaltung Bismarcks, aus Höflichkeit und als Familienoberhaupt ein und antwortete, seinem bisherigen Verhalten getreu, daß die Sache eine reine Familienangelegenheit sei, die ihn als König nichts angehe; er schickte aber am 11. den Oberst Strantz, der vor anderthalb Jahren in Spanien gewesen war, nach Sigmaringen, um Leopold (der damals gerade in Tirol reiste, weil die Königswahl ja bis zum Herbst vertagt worden war) von den beunruhigenden Nachrichten aus Paris in Kenntnis zu setzen und ihn — so dürfen wir vermuten — wissen zu lassen, daß er, der König, gern einem Abbruch der Verhandlungen mit Spanien beipflichten werde. Am 11. Juli war Benedetti wieder beim König, um zu sagen, daß die Regierung des Kaisers verpflichtet sei, der Unruhe des Senats und des gesetzgebenden Körpers ein Genüge zu tun; wenn der König den Erbprinzen einlade zurückzutreten, so werde alles befriedigt sein. Wilhelm erwiderte, er müsse jetzt die Antwort der Hohenzollern abwarten; er war aber von der Schwere des Augenblicks durchdrungen und schrieb an seine Frau: „Gott gebe, daß die Hohenzollern ein Einsehen haben.“ *) Natürlich war Fürst Karl Anton von all diesen Dingen sehr bekümmert und zog, da Napoleon und Olozaga den rumänischen Gesandten in Paris Strat energisch bearbeiteten, aus Sorge vor den angedrohten französischen Ränken gegen seinen Sohn Karl in Rumänien, ehe Leopold noch aus Tirol zurückgekehrt war, dessen Bewerbung am 12. Juli durch Telegramme nach Madrid und an den spanischen Gesandten in Paris als die eigentlich Interessierten feierlich zurück. Als Grund gab er die peinliche Lage an, in welche das spanische Volk nunmehr geraten sei, in der es nur noch sein Unabhängigkeitsgefühl zu Rate ziehen könnte, und den Mangel an derjenigen Sicherheit und Freiheit des Entschlusses für die Cortes, auf welche sein Sohn gezählt habe. König Wilhelm „war ein Stein vom Herzen,“ **) als er diese Nachricht erhielt; der Zwischenfall schien geschlossen, die Verwicklung gelöst.

Die Befriedigung über diesen Verlauf begreift sich freilich nur vom Standpunkt des Königs aus, der an der Bewerbung nie eine Freude gehabt und *sie streng als Familiensache der*

*) Oncken, Unser Heldenkaiser (Berlin 1897), S. 188.

**) Ebenda S. 190.

Hohenzollern angeſehen hatte. War ſie das aber überhaupt jemals, und war ſie es noch? Bismarck hatte ihr, wenn er ſie auch nicht ſelbſt veranlaßt hatte, jedenfalls frühzeitig eine Seite abgewonnen, von der aus betrachtet ſie ein politiſches Intereſſe Deutſchlands einſchloß; und ebenſo hatte Gramont die Sache angeſehen und deshalb ſeine drohenden Forderungen nicht an den Erbprinzen oder deſſen Vater gerichtet, ſondern an den ſeiner Meinung nach die Kandidatur ſtützenden König von Preußen, ſo daß er ſogar Benedetti direkt verbot, ſich an die Hohenzollern ſelbſt zu wenden.*) Damit hatte der Miniſter Napoleons die Sache ihres von Haus aus fragwürdigen „reinen Familiencharakters“ vollends entkleidet und ſie offenbar zu einer Streitfrage zwiſchen Preußen und Frankreich geſtempelt. Eben damit erſchien nun der Rückzug des Erbprinzen als ein Rückzug Preußens, und zwar als ein Rückzug vor dem Säbelraſſeln des franzöſiſchen Miniſters. Inſofern drohte der Handel am 12. Juli mit einer ſchweren Demütigung Preußens abzuſchließen — Sadowa iſt beinahe ausgewetzt! rief Thiers aus **) — und niemand hat das tiefer empfunden als Bismarck ſelbſt, welcher ſich jetzt in dieſem Stand der Sache fragen mußte, ob er nicht am Ende beſſer getan hätte, die Hand ganz von Spanien zu laſſen. In einem prachtvollen Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ (2, S. 84 ff.) hat er ſich darüber ausgeſprochen, mit allem Stolz eines tapferen und aufrechten Preußen und Deutſchen, der gewohnt iſt, Hieb mit Hieb zu quittieren und lieber alles hinfahren läßt als die Ehre. „Schon Gramonts Äußerung vom 6. Juli war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff. Die Phraſe: la Prusse cane (= Preußen duckt ſich) bildete in der Preſſe eine Erläuterung zu der Tragweite der Parlamentsverhandlungen vom 6. und 7. Juli, die für unſer nationales Ehrgefühl nach meiner Empfindung jede Nachgiebigkeit unmöglich machte. Ich entſchloß mich,***) am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Seiner Majeſtät die Berufung des Reichstags behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wuſſow fuhr, ſtand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofes und grüßte freundlich; meine

*) Benedetti, a. a. O., S. 319.

**) Ollivier, l'empire libéral 14, 220. Ebenſo ſagte der alte Guizot: „Das iſt der ſchönſte diplomatiſche Sieg, den ich je geſehen habe.“ (Ebenda.)

***) Der König beſchied ihn auch ſeinerſeits am 11. Juli nach Ems.

Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte ... Ich hielt diese Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte (Preußens und Österreichs) und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden ... Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah keine Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen ... Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten ... Ich glaubte nunmehr [trotzdem] an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg (den Minister des Innern), dorthin zu reisen und Seiner Majestät meine Auffassung vorzutragen."

In diesem verzweifelten Augenblick erhielt aber die Sache durch den Kaiser und den Herzog von Gramont eine neue unvorhergesehene Wendung. Statt mit dem erreichten Erfolg zufrieden zu sein, wozu ihnen die Botschafter Italiens und Englands, Graf Nigra und Lord Lyons, dringend rieten, und höchstens vor aller Welt diesen Erfolg, wie sie das konnten, recht ins Licht zu stellen, erhoben sie plötzlich neue Schwierigkeiten. Gramont hat noch am 12. Juli um ein Uhr vierzig Minuten, nach Empfang der Nachricht vom Rücktritt Leopolds, an Benedetti telegraphiert, er solle alle Geschicklichkeit anwenden, um festzustellen, daß der Verzicht ihm von König Wilhelm angekündigt oder mitgeteilt sei, damit die Anteilnahme des Königs

von dieſem direkt anerkannt ſei oder doch in greifbarer Weiſe aus den Tatſachen ſich ergebe; das ſei für Frankreich von äußerſter Wichtigkeit. Ehe jedoch Benedetti dieſen Auftrag mit Nachdruck verfolgen konnte — wobei der König aber folgerichtigerweiſe ſeine Beteiligung immer wieder beſtritten haben würde — erklärte Gramont plötzlich *) in einem Geſpräch mit dem ſoeben nach Paris zurückgekehrten preußiſchen Botſchafter von Werther, das am 12. Juli um drei Uhr im auswärtigen Amt ſtattfand, er wünſche zwar keinen Krieg, ſondern friedliche Beziehungen zu Preußen; der Verzicht des Erbprinzen ſei jedoch Nebenſache, da Frankreich ſeine Thronbeſteigung doch niemals zugelaſſen hätte (!); er fürchte aber, daß eine bleibende Verſtimmung zwiſchen beiden Ländern fortdauere, und ein Mittel hiegegen, das er Werthers Erwägung anheimſtelle, wäre ein Brief des Königs an den Kaiſer, in dem geſagt würde, daß der König weder den Intereſſen noch der Würde der franzöſiſchen Nation habe zu nahe treten wollen. Ollivier, der um 3¼ Uhr dazu kam, unterſtützte Gramonts Anregung aufs lebhafteſte. Da Werther aber trotz aller Neigung zur Erhaltung des Friedens das durch die herausfordernde Sprache Gramonts am 6. Juli für „ungemein erſchwert" erklärte und laut Olliviers Zeugnis „den Standpunkt ſeiner Regierung (daß ſie nicht an der Sache beteiligt ſei) mit unbeſiegbarem Stolz aufrecht hielt," ſo führte Gramont ſeine Ankündigung, mit der Anregung dieſer Frage Benedetti zu beauftragen, nicht aus, telegraphierte aber, nachdem er um vier Uhr beim Kaiſer in St. Cloud geweſen war und dieſen mit aller Macht bearbeitet hatte,**) um ſieben Uhr abends an Benedetti eine andere Forderung, ohne vorher den Miniſterpräſidenten Ollivier oder die andern Miniſter zu Rate gezogen zu haben.***) Welches

*) Gramont, la France et la Prusse avant la guerre, S. 120; er behauptet, die Anregung ſei von Werther ausgegangen!! Vgl. Abeken, Ein ſchlichtes Leben (1898) S. 378, und Lehautcourt, hist. de la guerre de 1870—71 (1901) S. 237 ff., und derſelbe: Feuilles d'histoire 1910.

**) Näheres weiß man über ihre Unterredung nicht, De la Gorce 6, 266. Vgl. unten S. 240 und 250 Anm. 3.

***) Dies erklärt Ollivier ausdrücklich in ſeinem vielbändigen Werk l'empire libéral 14 (1909) 267. Wenn er damit ſich von der Verantwortung für die Forderung einer direkten Garantie ſeitens des Königs für alle Zukunft befreien will, ſo hat Pierre Muret in ſeiner vorzüglichen und unparteiiſchen Kritik des Olliverſchen Berichts (revue d'histoire moderne, Paris 1909—10, Band 13, 305—328 und 14, 178—213, vgl. noch ebenda 80—88) mit Recht geſagt, daß die Forderung eines Briefes, der Ollivier ſich anſchloß, weit verletzender war und auch von König

dieſe neue Forderung war, erzählen wir nun nach dem Telegramm,*) welches der geheime Rat Heinrich Abeken, der Sekretär des Königs, in deſſen Auftrag am 13. Juli nachmittags drei Uhr fünfzig Minuten aus Ems an Bismarck richtete: „Seine Majeſtät der König ſchreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich (am Morgen des 13. Juli) auf der Promenade ab, um auf zuletzt ſehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich ſolle ihn autoriſieren, ſofort zu telegraphieren, daß ich mich für alle Zukunft verpflichtete, niemals wieder meine Zuſtimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernſt, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne.**) Natürlich ſagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt ſei

Wilhelm (ſ. unten S. 242) ſo empfunden wurde, als die Garantieforderung. Wenn Muret, a. a. O. 14, 188, die Bismarckſche Charakteriſtik des Briefs als eines Entſchuldigungsbriefs (Bismarck an Bernſtorff in London, 18. Juli), nicht recht gelten laſſen will, ſo iſt doch auch er der Anſicht, daß der Brief eine harte Zumutung war, und verſpottet Olliviers Ausrede, der beſtreitet, daß damit eine förmliche Forderung geſtellt geweſen ſei — „nous n'avons rien demandé! Es war eine rein akademiſche Unterhaltung!“ Ollivier hat allerdings in der Beratung in den Tuilerien vom ſpäten Abend des 13. ein Telegramm durchgeſetzt, das um 11 Uhr 45 Minuten nachts an Benedetti abging und das die Garantieforderung nicht für alle Zukunft aufſtellte, ſondern nur für jetzt; aber wieder hat Muret recht zu ſagen, daß dieſe Beſchränkung nicht viel beſagen wollte; ſie bezog ſich nur auf die Form der Garantie, während König Wilhelm die Garantie an ſich, im Prinzip, abgelehnt hat. Wenn Ollivier weiter im Anſchluß an eine Mitteilung von Chappuis (bei Hof und im Feld, Frankfurt 1902, S. 73) behauptet, Bismarck habe an den König einen „Drohbrief“ für den Fall geſandt, daß der König ſich nicht für den Krieg entſcheide, und der König habe aus Entrüſtung hierüber Bismarck entlaſſen wollen, Gramont aber durch ſeine folle improvisation (das Verlangen der Bürgſchaft für ſpäter) Bismarck gerettet, ſo iſt das im äußerſten Maß unwahrſcheinlich und findet an Chappuis' Worten keinerlei Stütze. Vgl. auch Heſſelbarth hiſt. Z. 106 (1910) 113—126. Übrigens iſt Heſſelbarths Darſtellung des Depeſchenwechſels vom 12. Juli kaum richtig.

*) Gedruckt in dem Reichstagsſtenogramm vom 23. November 1897, bei Abeken, (4. Auflage 1910) S. 387 und in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen 2, 87—88.

**) Die Franzoſen verlangten dieſe Bürgſchaft vom König, „damit nicht der Erbprinz ſeinen Vater verleugne und nach Spanien gehe, wie ſein Bruder es in Rumänien (1866) getan habe.“ Benedetti Seite 373.

als ich, er wohl einſähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel ſei. Seine Majeſtät hat ſeitdem ein Schreiben des Fürſten Karl Anton bekommen. Da Seine Majeſtät dem Grafen Benedetti geſagt, daß er Nachricht vom Fürſten erwarte, hat Allerhöchſtderſelbe, mit Rückſicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beſchloſſen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen,*) ſondern ihm nur durch ſeinen Adjutanten **) ſagen zu laſſen, daß Seine Majeſtät jetzt vom Fürſten die Beſtätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris ſchon gehabt, und dem Botſchafter nichts weiter zu ſagen habe. Seine Majeſtät ſtellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweiſung ſogleich ſowohl unſern Geſandten als in ***) der Preſſe mitgeteilt werden ſollte.'"

Dieſes Telegramm traf bei Bismarck am Abend des 13. ein, in einem Augenblick, wo Roon und Moltke wieder bei ihm zu Tiſch waren; die Generale waren wie Bismarck ſehr niedergeſchlagen und machten ihm Vorwürfe, daß er ſich, nur an ſich denkend, aus dem Dienſt zurückziehen wolle, während ſie als Soldaten bleiben müßten. Mit Recht betonte Bismarck dagegen, daß ſie beide auch nicht in der Lage eines verantwortlichen auswärtigen Miniſters ſich befänden, alſo ohne Verletzung ihres Ehrgefühls auf ihren Poſten verharren könnten. Während der Unterhaltung traf um ſechs Uhr neun Minuten †) das Telegramm aus Ems, von Abeken unterzeichnet, ein, und ſein Wortlaut machte auf die Gäſte einen ſo niederſchlagenden Eindruck, daß ſie Speiſe und Trank verſchmähten. Bismarck aber zog aus dem letzten Satz, der ihm die Veröffentlichung des Hergangs anheimſtellte, den Schluß, daß der König ihm damit

*) Muret glaubt, daß des Königs Weigerung, mit Benedetti perſönlich weiter zu verkehren, durch den inzwiſchen aus Paris eingetroffenen Bericht v. Werthers über die Briefangelegenheit hervorgerufen war. Der König teilt dieſe Zumutung ſeiner Gemahlin übrigens erſt am 13. nachmittags 3 Uhr mit den Worten mit: „Hat man je ſolche Inſolenz geſehen?" S. Oncken, Unſer Heldenkaiſer, S. 191. Radziwill ward um 2 Uhr abgeſandt.

**) Benedetti, ebenda S. 380, ſagt auch nur: par un de ses aides de camp, ohne einen Namen zu nennen. Es war Radziwill; ſ. unten Seite 244.

***) Das Wort „in" ſteht im Reichstagsſtenogramm und in den „Gedanken und Erinnerungen", aber nicht bei Abeken. Der Symmetrie nach ſollte es nicht daſtehen.

†) Dieſe Zeit hat Graf Caprivi im deutſchen Reichstag, 23. Nov. 1893, feſtgeſtellt, wo er die Agitation betreffs der Emſer Depeſche (ſ. S. 248) würdig und ſachkundig beleuchtet und entkräftet hat.

einen Auftrag geben wolle, und da erstens Moltke einen sofortigen Kriegsausbruch für vorteilhafter ansah als einen Verzug; da zweitens die deutsche Ehre eine schneidige Zurückweisung der französischen Unverschämtheit unbedingt erforderte; da drittens, wenn der Eindruck erweckt wurde, daß Preußen sich ducke, das 1866 geschaffene Vertrauen auf Preußens Kraft bei den Süddeutschen und den neu gewonnenen Landesteilen zerstört werden mußte; da endlich viertens die Kluft, welche sich im Lauf der Geschichte zwischen den deutschen Stämmen und Dynastien gebildet hatte, durch nichts wirksamer überbrückt werden konnte als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten uns immer wieder angreifenden Nachbar: *so entschloß sich Bismarck* aus allen diesen vier von ihm in den „Gedanken und Erinnerungen" entwickelten Gründen, *den von Gramont hingeworfenen Handschuh mannhaft aufzunehmen*. Er verkürzte die Depesche in Gegenwart seiner beiden Tischgäste „durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern," *) auf die folgende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, nach Paris zu telegraphieren, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Nachdem Bismarck seinen beiden Gästen die „konzentrierte" **) (zusammengezogene) Fassung vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen anderen Klang. Vorher klang es wie eine Chamade (das Signal zu Verhandlungen), jetzt wie eine Fanfare (Tuschblasen in Antwort auf eine Herausforderung)." An diese von Bismarck selbst mitgeteilte Äußerung Moltkes und an ein Wort Bismarcks gegen Maximilian Harden vom Oktober 1892 ***)

*) Wörtlicher Ausdruck Bismarcks in den Gedanken und Erinnerungen, 2, 90.

**) Ausdruck Bismarcks ebenda S. 91.

***) Gedruckt in Band 2 der „Zukunft" und abgedruckt bei Johannes Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung, Leipzig 1897, 4, 187.

hat nun ein leidenſchaftlicher Verleumdungsfeldzug gegen Bismarck ſeitens ſeiner fortſchrittlichen und ſozialdemokratiſchen Gegner (namentlich Liebknechts) *) ſich geknüpft, welche Bismarck der Fälſchung bezichtigten und ihm vorwarfen, daß er am 13. abends nicht bloß die Depeſche des Königs, ſondern auch eine des Flügeladjutanten und Oberſtleutnants Prinzen Radziwill erhalten habe, in welcher gemeldet war, daß Benedetti ſich bei der Abweiſung ſeines Geſuchs durch den König beruhigt habe; der Zwiſchenfall, ſagen Bismarcks Gegner, ſei alſo erledigt, der Friede geſichert geweſen, und Bismarck habe dadurch, daß er ſeine „konzentrierte Depeſche" veröffentlichte, das Feuer wieder angeblaſen und ſo den Krieg verſchuldet.

Die Depeſche oder vielmehr das „Promemoria" **) Radziwills lautet: „Seine Majeſtät der König, infolge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnen-Promenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr Nachmittag mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu ſchicken: Se. Majeſtät hätte vor einer Stunde durch ſchriftliche Mitteilung des Fürſten zu Hohenzollern aus Sigmaringen die vollkommene Beſtätigung deſſen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in betreff der Verzichtleiſtung des Prinzen Leopold auf die ſpaniſche Thron-Kandidatur, als direkt aus Paris erfahren, mitgeteilt hätte. Se. Majeſtät ſähe

---

„Die Preſſe würde, wenn ich in den Reichstag (für Geeſtemünde, S. 406) ginge, alles entſtellen, was ich ſage. Es iſt ja ſo leicht, ohne Fälſchung, nur durch Weglaſſungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich ſelbſt einmal in dieſem Fache verſucht, als Redakteur der Emſer Depeſche, mit der die Sozialdemokraten ſeit zwanzig Jahren krebſen gehen ... Als ich ſie durch Striche und Zuſammenziehungen redigiert hatte, rief Moltke aus: ‚vorhin war's eine Chamade, jetzt iſt's eine Fanfare.'"

*) Penzler 4, 229. Es iſt nicht notwendig, auf die gehäſſige Darſtellung Welſchingers, eines notoriſchen Preußenfreſſers, in deſſen Werk la guerre de 1870, causes et responsabilités, Paris 1910, 1, 102—131, näher einzugehen, wo die „Fälſchung" breit getreten wird. Wie genau Welſchinger arbeitet, ſieht der, welcher es nicht ſchon von früher weiß, daraus, daß S. 126—128 dreimal Liebneckt gedruckt iſt. Wie wär's, wenn ein Deutſcher ſtatt Jaurès etwa Jaurrez ſchriebe? Ein franzöſiſcher Hiſtoriker von anderer Qualität, der uns natürlich auch nicht wohl will, aber ſachlich iſt, Ernest Denis, la fondation de l'empire allemand, Paris 1906, S. 474, ſagt: il est évident que accusation de faux qui a été souvent lancée contre Bismarck à propos de cette dépêche, *n'a absolument aucun sens . . , son résumé n'était pas inexact.*

**) So nennt es Caprivi im Reichstag, 23. November 1892. Gedruckt im Staatsarchiv 19 (1870) 84—85 und bei Hahn, Fürſt Bismarck 2, 32—33.

hiermit diese Angelegenheit als abgemacht an. Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Sr. Majestät zu erbitten, und nochmals Sr. Majestät den Wunsch des französischen Gouvernements nahe zu legen: 1. die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbieren und 2. die Versicherung zu erteilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen durch mich erwidern, daß Se. Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbierten, in dem Se. Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur getan hätten. Die schriftliche Verzichtleistung hätte Se. Majestät von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, Höchstwelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisiert worden sei. In betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Se. Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchstderselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätten. Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Majestät dankbar entgegen und äußerte, er werde dieselbe, wie er hierzu autorisiert sei, seinem Gouvernement zurückmelden. In betreff des zweiten Punktes müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn von Gramont die ausdrückliche Anweisung hierzu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Sr. Majestät aufrecht erhalten, und wäre es auch nur, um dieselben Worte Sr. Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Sr. Majestät unterbreiten möchte. Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male, nach Tisch, etwa um 5½ Uhr,*) erwidern, Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute morgen gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache und er könne sich lediglich darauf berufen. Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Majestät des Königs beruhigen zu wollen."

Man sieht sofort, daß diese Radziwillsche Depesche sachlich mit der Abekenschen völlig übereinstimmt und nur, weil mindestens

*) S. Staatsarchiv 19. 84. Bei Hahn 2, 33: etwa um 6 Uhr.

einige Stunden nach dieſer verfaßt, noch einen ſpäteren Vorgang des 13. Juli „gegen 5½ Uhr abends“ erwähnt, nämlich den dritten Beſuch Radziwills bei Benedetti. Gleichwohl kann ſie Bismarcks Vorlage ſchon deshalb nicht geweſen ſein, weil „dieſes Promemoria“ nach des Grafen Caprivi, des Nachfolgers Bismarcks, ausdrücklicher Erklärung im deutſchen Reichstag, vom 23. November 1892, nach dem Ankunftsvermerk, dem ſogenannten Präſentat, der ihr aufgedruckt iſt, erſt am 17. Juli in Berlin eintraf: es wurde dem auswärtigen Amt nicht ſofort telegraphiſch übermittelt, ſondern erſt nach der Rückkehr des Königs aus Ems, mit andern ſchon überholten Schriftſtücken über die Emſer Vorgänge. Auch abgeſehen davon kann bei der oberflächlichſten Vergleichung der „konzentrierten“ Depeſche einerſeits mit der von Abeken und andrerſeits mit der von Radziwill niemand im Zweifel ſein, daß die Abekenſche Bismarck als Vorlage gedient hat. Es iſt deshalb eigentlich unnötig, noch die Behauptung der Gegner Bismarcks zu prüfen, nach welcher Benedetti ſich mit ſeiner Abweiſung „beruhigt gezeigt“ haben ſoll; denn wenn dem ſelbſt ſo wäre, ſo ſtünde jedenfalls feſt, daß Bismarck von dieſer angeblichen Beruhigung des Botſchafters nicht unterrichtet war, als er die „Emſer Depeſche“ am 13. Juli etwa um ſieben Uhr abends verkürzte. Aber auch dieſe „Beruhigung“ beruht zweifellos auf einem völligen Mißverſtändnis der Worte und des Sinns Benedettis durch Bismarcks Anfeinder. Benedetti hat ſicherlich nicht ſagen wollen, daß mit der Ablehnung der verlangten Bürgſchaft durch den König der Streitfall erledigt ſei; der Botſchafter hat vielmehr nichts anderes gemeint und nichts anderes meinen können, als daß er nun des Königs letzte Willensäußerung auf ſeine Forderung betreffs der Bürgſchaften für die Zukunft genau und authentiſch kenne, daß er damit hinſichtlich ſeiner Orientierung befriedigt ſei und es nun natürlich ſeiner Regierung überlaſſen müſſe, was ſie dazu ſagen wolle. Daß dieſe mit der erlittenen Abfuhr zufrieden ſein werde, nachdem ſie die perſönliche Verbürgung des Königs als Schutzwall gegen Eigenmächtigkeiten des Erbprinzen für ſo unbedingt notwendig bezeichnet hatte, war ſehr zu bezweifeln. Auch Benedetti ſelbſt nahm weitere Verhandlungen mit Bismarck in Ausſicht, ſobald dieſer da ſei; auf ſolche Verhandlungen hat ihn auch der König verwieſen, als er ſich am 15. von ihm verabſchiedete.*)

*) Vgl. Albert Sorel, histoire diplomatique de la guerre franco-allemande, Paris 1875, 1, 161.

Wenn alſo Bismarck offenkundig nicht gefälſcht hat, ſondern, wie ſein Nachfolger Caprivi im deutſchen Reichstag am 23. November 1892 ſagte, „das, was ſein Monarch ihm aufgetragen hatte, ausführte, und zwar vollkommen korrekt ausführte;“ wenn er alſo auf alle Fälle von den ihm gemachten Vorwürfen völlig entlaſtet iſt, ſo bleibt doch die Frage, ob er nur als Werkzeug ſeines königlichen Herrn gehandelt hat. Unſere ganze Darſtellung ergibt, daß dieſe Auffaſſung ihm nicht gerecht würde; es gibt vielmehr nicht einen zweiten Moment in Bismarcks Leben, wo er mit größerer Selbſtändigkeit gehandelt hat, wo er ſo ins Rieſengroße wächſt, wo er ſo als die Verkörperung der deutſchen Volksſeele erſcheint, wie in dem Augenblick, da er die Abekenſche, aus Ems eingetroffene Depeſche konzentrierte. Wir legen den Nachdruck auf die Worte der Depeſche: „Seine Majeſtät ſtellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweiſung ſowohl unſeren Geſandten als in der Preſſe mitgeteilt werden ſollte.“ Es war möglich, aus dieſen Worten einen Auftrag heraus zu hören, aber doch nur dem, der (wie Bismarck) einen ſolchen Auftrag wünſchte und für geboten hielt; keinesfalls war er klar ausgeſprochen, und Sybel hat ſich völlig geirrt, wenn er (7, 329) den Worten die Deutung gibt: „Bismarck, hieß es, ſollte die franzöſiſche Forderung und deren Zurückweiſung bekannt machen.“ Das hieß es gerade nicht; der König „ſtellte es vielmehr Bismarck anheim.“ Wenn er ein Leiſetreter war, wenn er um jeden Preis um die böſe Sache herumkommen wollte, wenn er nicht empfand, daß jetzt nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele ſtand als die Ehre ſeines Königs und des von dieſem vertretenen Volkes, dann hatte er das Recht, alles in ſeinen Archiven zu begraben. Daß er den kühnen Entſchluß faßte, das nicht zu tun, daß er in kurzer, der Vorlage Wort für Wort entnommener Faſſung die welſche Frechheit und ihre ſchneidige Abweiſung der Welt kund tat, das war ſein Verdienſt, das ſeine Schläfe mit ewig grünem Lorbeer zieren wird bis in die fernſten Zeiten. Er begriff, daß die Welſchen den König demütigen wollten, weil ſie in ihm Preußen und Deutſchland zu demütigen wünſchten; er gab ihrem Wortführer, wie Gramont ſich gegen Ollivier ausdrückte, „eine Ohrfeige“, eine ſchallende Ohrfeige — mochten ſie

ſich damit abfinden, wie ſie wollten: die Hand Germanias ruhte am Schwertknauf, zu allem fertig und bereit. Es war bezeichnend, daß Bismarck am Abend des 13. Juli, als er zu Bette ging, nachdem er ein Lied aus ſeinem Gebetbuch gebetet hatte, einen Eintrag über die Ereigniſſe des Tages machte und die plattdeutſchen Worte beifügte: dat walt Gott und dat kolt Iſen (kalte Eiſen)! *) Wer die unvergeßliche Zeit erlebt hat, da Bismarcks Depeſche in die Welt hinausflog, der wird es beſtätigen, daß allen Patrioten, welchen König Wilhelm viel zu lange und viel zu ſanftmütig mit den frechen Welſchen verhandelt hatte, fürwahr ein Alp von der Seele fiel, als wir wußten: ſie haben ihren Teil dahin. Nachts um elf Uhr fünfzehn Minuten, ſo hat Caprivi im Reichstag die Friſten genau feſtgeſtellt, ging die Depeſche (die man wohl ſelbſt als „Emſer Depeſche“ = Depeſche über Ems bezeichnet) den Geſandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmſtadt und Hamburg zu; am 14. Juli früh zwei Uhr dreizehn Minuten ging dieſelbe Depeſche an die Geſandten in London, St. Petersburg, Florenz, Brüſſel, Haag, Wien, Bern und Konſtantinopel.**) Sie ward auch der „Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung“, Bismarcks offiziöſem Sprachrohr, zugeſtellt, und durch dieſe erfuhr alle Welt am 14. Juli die weltgeſchichtlichen Vorgänge von Ems.

In Paris hatte der Miniſterrat, der am 13. früh in St. Cloud abgehalten wurde, die Zurücknahme der Garantieforderung mit 8 gegen 4 Stimmen verworfen, aber, falls die Forderung von König Wilhelm abgelehnt werde, beſchloſſen, ſie nicht als Ultimatum zu behandeln, ſondern mit ſich reden zu laſſen. Am Morgen des 14., als Ollivier demgemäß in der Kammer friedliche Erklärungen abgeben wollte, trat Gramont bei ihm mit den Worten ein: „Mein Lieber, Sie ſehen einen Mann, der eine Ohrfeige (un gifle) erhalten hat.“ Gleichwohl waren die Miniſter, welche an der Garantieforderung nicht beteiligt waren und ſie als gleichbedeutend mit dem Krieg anſahen, nicht geneigt, ſich von Gramont in den Abgrund mit fortreißen zu laſſen; mochte er nur den wohlverdienten Denkzettel ein-

*) S. Horſt Kohl, Politiſche Reden des Fürſten Bismarck, Bd. 14, Anh. S. 3. Vgl. Baldamus, Neue Jahrbücher (Leipzig, Teubner) 15, 667—668.

**) Daß die Geſandten damit beauftragt waren, auch den Regierungen, bei welchen ſie beglaubigt waren, den Vorgang anzuzeigen, hat Bismarck in ſeinem Memorandum vom 18. Juli ohne Zweifel mit formellem Recht beſtritten. Da aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Depeſche veröffentlichte, kommt darauf allerdings wenig an. Denis, fondation de l'Empire allemand, S. 476.

stecken oder, falls ihm das nicht paßte, zurücktreten. Allein die Stimmung unter der Rechten der Kammer, die aus ultramontanem und nationalem Haß gegen Preußen von Anfang das Kriegsfeuer leidenschaftlich geschürt hatte, und in der Pariser Bevölkerung war so, daß am Nachmittag des 14. doch die Mobilmachung beschlossen wurde; aber den Kaiser reute es sofort wieder, wie er überhaupt nach dem Zeugnis des Marschalls Mac Mahon *) sehr melancholisch und auch körperlich durch sein Steinleiden schwer angegriffen war, und er teilte seine Bedenken dem Kriegsminister durch ein kurzes Schreiben mit. So wurde auf den Abend des 14. nochmals eine Ministersitzung anberaumt, in welcher der Kaiser sein altes Allheilmittel, einen Kongreß, in Vorschlag bringen wollte, um dessen Einberufung der Kaiser Franz Joseph ersucht werden sollte. Die Kaiserin Eugenie hielt das für einen Erweis von Feigheit, und gab dieser Ansicht gegenüber vom Kaiser und von Leboeuf offen und schroff Ausdruck. Der Kaiser las dann nach Mac Mahons Angaben, welche Olliviers Bericht ergänzen, seine Denkschrift über den Kongreß vor, als er sich plötzlich so übel fühlte, daß er abbrechen und für eine halbe oder dreiviertel Stunde den Saal verlassen mußte. Während dieser Zeit bearbeitete die Kaiserin die Minister in einem dem Kongreßplan entgegengesetzten Sinn; es waren nämlich inzwischen Telegramme eingetroffen, welche Gramont vorlegte und von denen eins besagte, daß Benedetti in Ems seine Päße zugestellt erhalten habe, und ein zweites meldete, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord Loftus, seiner Regierung telegraphiert habe: Bismarck habe ihm gesagt, daß er von Frankreich einen Widerruf oder eine befriedigende Erklärung der drohenden Reden Gramonts fordern müsse: ohne dies könnte er keinen weiteren Verkehr mit dem französischen Botschafter pflegen. Nach Ollivier kam noch ein drittes Telegramm, welches als entscheidend angesehen wurde: es stammte von dem französischen Gesandten in Bern, der berichtete, daß in seiner Gegenwart Bismarcks Depesche über die Abweisung Benedettis vom preußischen Gesandten dem Vorstand des auswärtigen schweizerischen Amtes mitgeteilt worden sei.**) Daß Bismarck die

*) Dieser hatte seine Angaben von dem Kammerherrn der Kaiserin Eugenie, Herrn v. Pienne, und teilte, was er wußte, dem Abgeordneten und späteren Minister Grivart am 2. April 1890 in einem Gespräch mit. Grivarts Sohn übergab die Notizen seines Vaters an Welschinger (S. 244), der sie am 27. Oktober 1903 im Journal des Débats veröffentlichte.

**) War das zu viel Eifer? fragt Denis a. a. O. mit Rücksicht auf Bismarcks oben erwähnte Erklärung vom 18. Juli.

Sache nach München mitgeteilt hatte, ſah der Miniſterrat nicht als eine Herausforderung an; daß aber die Schweiz, ein fremder Staat, in Kenntnis geſetzt worden war, glaubte man ſich nicht gefallen laſſen zu können. Als der Kaiſer trotz ſeiner Schmerzen zurückkam, um die Beratung zu Ende zu führen, fand er nach Mac Mahon eine Mehrheit von vier Stimmen für den Krieg vor, und es ward beſchloſſen, am 15. Juli beim geſetzgebenden Körper die Einberufung der Mobilgarde (Landwehr) und die Bewilligung von 66 Millionen für die Mobilmachung von Heer und Flotte zu beantragen. Wer der eigentlich Treibende bei dieſen Beſchlüſſen war, das hat der engliſche Botſchafter in Paris, Lord Lyons, mit folgenden an ſeine Regierung gerichteten Worten ausgeſprochen: „Die Bewegung in Heer und Volk iſt ſo ſtark, daß keine Regierung, die für den Frieden wäre, Beſtand haben könnte.“ (Vgl. S. 261.) In der Kammer hat zwar eine kleine Minderheit der äußerſten Linken — 10 Mann gegen 246!— die den Krieg ankündigenden Beſchlüſſe bekämpft; aber ſelbſt der ſpätere Führer der Republik, Gambetta, hat gleich beim erſten Auftauchen der hohenzolleriſchen Kandidatur ausgerufen, daß jetzt alle Franzoſen ſich zu einem nationalen Kriege vereinigen müßten, und hielt in einer Fraktionsverſammlung eine Rede, in der er die hohenzolleriſche Sache ſelbſt für einen unbedeutenden Zwiſchenfall erklärte und die Schleifung der preußiſchen Feſtungen verlangte, welche die franzöſiſche Grenze bedrohten.*) Nach der Zurückziehung der Kandidatur iſt Gambetta allerdings zur Beſinnung gekommen und hat am 15. Juli zu der winzigen Oppoſition gehört, deren wuchtigſter Vorkämpfer Thiers war.

Aus den erzählten Hergängen kann man auch vielleicht die richtige Auffaſſung über die Rolle gewinnen, welche die Kaiſerin Eugenie bei der Entfeſſelung des Kriegsbrandes geſpielt hat. v. Sybel hat mit Nachdruck die Anſicht vertreten, daß ſie an dem Krieg unſchuldig ſei;**) die Franzoſen***) ſelbſt aber, ſoweit ſie dem zweiten Kaiſerreich abgeneigt waren, haben ſie im Gegenteil angeklagt, zum Krieg getrieben zu

*) Vgl. hiezu Hans Delbrück, Ollivier über den Krieg von 1870, Preußiſche Jahrbücher 137 (1910) 305—334, beſ. S. 308.

**) S. ſeine „Neue Mitteilungen zur Begründung des Deutſchen Reichs“, München 1895, S. 30 ff. H. v. Petersdorff, Forſchungen zur brandenburgiſchen und deutſchen Geſchichte 9 (1897) 68—70.

***) De la Gorce 6, 266 hält für ſehr wahrſcheinlich, daß ſie am 12. Gramont in St. Cloud zum Sieg verhalf.

haben. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte, und es war die Kaiserin nicht von Haus aus für den Krieg, wohl aber, als sie zur Überzeugung gebracht war, daß Frankreichs Ehre es erfordere, das Schwert zu ziehen, also seit dem 14. Juli.*) Von der Wahrung der Ehre Frankreichs hing das Ansehen ihres Gemahls und die Nachfolge ihres Sohnes ab. Daß ultramontane Einflüsse, so gewiß sie auch streng katholisch war, bei ihr gegen Preußen in dem Maße in die Wagschale fielen, daß sie den Krieg gewünscht hätte, scheint doch zweifelhaft. Dagegen ist es nicht unmöglich, und Mac Mahon hat dies zu Grivart gesagt, daß sie von der liberalen Ära, welche der Kaiser durch Berufung Olliviers eingeleitet hatte, das Verderben erwartete, und ein siegreicher Krieg ihr die Möglichkeit zu bieten schien, diese gefährlichen Zugeständnisse zurückzunehmen. Wenn Hans Delbrück die Ansicht vertreten hat,**) daß Napoleon nur einen Krieg „auf kurze Sicht" führen und nach ein paar — natürlich erfolgreichen — Schlachten sich mit Preußen dahin verständigen wollte, daß dieses Süddeutschland, er Belgien nehme, so erhält diese Ansicht, deren Einzelbegründung wir uns nicht aneignen, immerhin eine gewisse Stütze durch Mac Mahons Worte: Une diversion à l'extérieur lui parassait une necessité de salut. Au bout de quinze jours ou trois semaines de guerre, pensait-elle, on aurait obtenu des succès. La paix se ferait alors, et l'empereur, remis en possession de son prestige, pourrait revenir sur les concessions dangereuses qu'il avait faites.***)

Mit der französischen Mobilmachung war die Frage, ob Krieg oder Frieden sein werde, entschieden. König Wilhelm verabschiedete sich am 15. in aller Höflichkeit von Benedetti im Bahnhof zu Ems und kehrte über Koblenz nach Berlin zurück; seine Reise gestaltete sich zu einer Kundgebung nationaler Entschlossenheit und Opferwilligkeit

*) S. meinen Aufsatz in den „Grenzboten" Jahrgang 1904, II, S. 628—632, und vgl. Bismarcks Äußerung vom 29. Juli, unten S. 254.

**) Preußische Jahrbücher 82 (1895), 111 (1903) und 137 (1900) 330. 331 = Erinnerungen, Aufsätze und Reden S. 301—358, bes. 321. 333. 337.

***) Vgl. hiezu Albert Sorel a. a. O. 1, 76: Die Minister erwarteten eine große Schlacht wie die von Solferino; dann ein europäisches Schiedsgericht zugunsten Frankreichs, den Gewinn von Landau und der Grenze von 1814; die Eindämmung der Macht Preußens, das vielleicht Sachsen erhalten und die Rheinlande dafür dem König von Sachsen übergeben sollte; damit ein Ende des preußisch-französischen Gegensatzes usw. Vgl. S. 254. Wir haben die Rechnung dann allerdings anders erledigt.

ohnegleichen: dieſe Geſinnung tönte ihm überall aus den ſtürmiſchen Hurrarufen des in Maſſe zuſammenſtrömenden Volkes entgegen. Auf dem Berliner Bahnhof erließ er den Befehl, daß das ganze norddeutſche Heer auf Kriegsfuß geſetzt werden ſolle; weggefegt waren wie mit einem Schlage die kurz vorher noch ſo lauten Preußenfeinde im Süden; die Völker und die Fürſten, voran der Großherzog Friedrich von Baden und der König Ludwig von Bayern, ſtanden treu zu ihrem 1866 in den Schutzverträgen verpfändeten Wort.*) Am 19. Juli übergab der franzöſiſche Geſchäftsträger Le Sourd Bismarck die Kriegserklärung namens ſeiner Regierung; es iſt das einzige amtliche Aktenſtück, welches in der ganzen Angelegenheit ergangen iſt: archivaliſch angeſehen erſcheint der Krieg von 1870 wie aus der Piſtole geſchoſſen, und in dieſer unglaublich klingenden Tatſache ſpiegelt ſich die beiſpielloſe Überſtürztheit, mit der die franzöſiſche Regierung vorgegangen iſt.

Am gleichen Tag trat der norddeutſche Reichstag zuſammen. Der König verlas eine Thronrede, welche in ihrer Würde und ſchlichten Kraft dem gewaltigen Moment gerecht wurde und zu den größten Meiſterſtücken Bismarcks gehört, dem nicht bloß der ſtaatsmänniſche Lorbeer, ſondern auch der eines Klaſſikers unſerer Sprache gebührt. „In Ihnen wie in uns wird die Überzeugung lebendig ſein, daß der norddeutſche Bund die deutſche Volkskraft nicht zur Gefährdung, ſondern zu einer ſtarken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht war, und daß, wenn wir gegenwärtig dieſe Volkskraft zum Schutze unſerer Unabhängigkeit aufrufen, wir nur dem Gebot der Ehre und der Pflicht gehorchen ... Hat Deutſchland Vergewaltigungen ſeines Rechts und ſeiner Ehre in früheren Jahrhunderten ſchweigend ertragen, ſo ertrug es ſie nur, weil es in ſeiner Zerriſſenheit nicht wußte, wie ſtark es war. Heute, wo das Band geiſtiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutſchen Stämme je länger, deſto inniger verbindet, heute, wo Deutſchlands Rüſtung

*) Das ſonderbare Buch von A. v. Ruville, Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutſchen Reichs, Berlin 1909, meint, daß nur ein geheimes Verſprechen Ludwigs, die Verträge nie „böswillig auslegen zu laſſen", den Schlüſſel zu ſeinem Verhalten bilde (S. 57 ff.). Wenn Preußen auf des Königs Vertragstreue nicht unter allen Umſtänden bauen konnte, würde meines Erachtens auch dieſes myſteriöſe Königswort nichts genützt haben. Gegen Ruville äußern ſich v. Müller, Bayern im Jahr 1866, München 1908, und Georg Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910.

dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat... Man hat uns das Schwert in die Hand gezwungen; Gott wird mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war." Von 280 Abgeordneten waren 230 anwesend, trotzdem wegen der Mobilmachung und der Belegung aller Bahnen mit Truppen das Reisen sehr erschwert war. Die Vorlage, welche 120 Millionen Taler für Kriegszwecke forderte, wurde, nachdem Bismarck am 20. Juli eine kurze Darlegung über den Stand der Dinge gegeben und einige Aktenstücke mitgeteilt hatte, mit allen Stimmen gegen die der zwei Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht bewilligt und bereits am 21. Juli der Reichstag unter Bezeugung des warmen und herzlichen Dankes des Königs durch Bismarck geschlossen.

Während nun das gesamte deutsche Volk mit Ausnahme der unverbesserlichsten Partikularisten, der Sozialdemokraten und der hohen Finanz, welche auch in diesem weltgeschichtlichen Augenblick nur an sich dachte, sich einmütig zum Kriege für seine Existenz, seine Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit erhob, führte Bismarck gegen die französische Regierung den empfindlichsten Schlag, mit dem er sie treffen konnte. Am 25. Juli erschien in der bekannten Londoner Zeitung the Times, welche damals als das erste Blatt der Welt galt, der von Benedettis Hand auf das Papier der kaiserlich französischen Botschaft geschriebene Entwurf eines Schutz- und Trutzvertrags,*) welchen Frankreich „während des Luxemburger Handels und kürzlich abermals" **) Preußen habe antragen lassen und in welchem vorgesehen war, daß Preußen sich Süddeutschlands in

*) Staatsarchiv 19, 144—145 und Hahn, Fürst Bismarck 2, 74—75.

**) So sagt die „Times" in ihrem Vorwort, Hahn 2, 74. Bismarck an den Botschafter Grafen Bernstorff in London am 28. Juli (Hahn 2, 75) drückt sich so aus: „Seit Beginn des dänischen Streites bis vor kurzem." „Der Beginn des dänischen Streits" ist schwer genau zu bestimmen; er hat seit 1846 nie ganz aufgehört; vielleicht meint Bismarck das dänische Patent vom 30. März 1863 (S. 184) oder den Tod Friedrichs VII. am 15. November. Im Rundschreiben Bismarcks an die diplomatischen Vertreter des norddeutschen Bundes (Hahn 2, 76) vom 29. Juli wird die Anfangsfrist mit den Worten „schon vor 1862" etwas weiter hinaufgerückt. Wenn die „Times" das französische Angebot „während des Luxemburger Handels" setzt, so griff sie, deren Einbläser wohl das Mitglied des preußischen Preßbureaus Moritz Busch war, damit einen einzigen Moment aus einer Kette von Anträgen zwischen 1866—70 heraus.

Form „einer föderalen Vereinigung unter billiger Achtung der Souveränetät der Staaten des Südens", Frankreich ſich Belgiens bemächtige. Benedetti erhob ſich freilich ſofort zu einem Proteſt; er erklärte am 29. Juli in einer Zuſchrift an das Journal officiel, daß der Gedanke, Belgien Frankreich zu überlaſſen, nicht von Frankreich, ſondern von Bismarck ausgegangen ſei und ihm, Benedetti, der Entwurf von Bismarck in die Feder diktiert worden ſei; *) aber er fand damit keinen Glauben, und der frühere engliſche Miniſter Malmesbury nannte den Entwurf im Oberhaus „ein entſetzliches (apalling) Schriftſtück".**) Am 29. Juli erließ Bismarck noch eine ausführliche Erklärung an die Vertreter des norddeutſchen Bundes bei den neutralen Mächten, die zur Mitteilung an dieſe Mächte beſtimmt war, worin er darlegte, daß ſchon vor 1862 Frankreich an ihn mit der Abſicht herangetreten ſei, mit Preußens Hilfe ſich in den Beſitz Belgiens und des Rheins zu ſetzen: wenn er die öfters wiederholten Anträge, deren Ausführbarkeit ihm von Anfang an unmöglich erſchienen ſei, nicht gänzlich ablehnend beantwortet habe, ohne jemals eine auch nur mündliche Zuſage zu geben, ſo ſei es in der Erwägung geſchehen, daß die Vernichtung jeder franzöſiſchen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutſchlands und Europas Intereſſe war, gefährden würde. „Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfaſſung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Kriegs weggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufſchub des Bruches zugute kam. Aus dieſem Grunde ſchwieg ich über die gemachten Zumutungen und verhandelte dilatoriſch." Bismarck fügte noch hinzu: „Ich habe Grund zu glauben, daß, wenn die Veröffentlichung (der Anträge) unterblieben wäre, nach Vollendung der franzöſiſchen und unſerer Rüſtungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht ſein würde, gemeinſam an der Spitze einer Million gerüſteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorſchläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der erſten Schlacht Frieden zu ſchließen, auf Grund der Benedettiſchen Vorſchläge, auf Koſten Belgiens" (vgl. S. 251).

*) Vgl. Benedetti, ma mission en Prusse, S. 183—199, beſ. 198. Ollivier veröffentlicht ſoeben in der Revue des deux mondes vom 15. Januar 1911 einen ſcharfen Angriff gegen Bismarcks Angaben, die er als lügenhaft bezeichnet. Ob er damit mehr Glück haben wird als ſeinerzeit Benedetti, ſteht ſehr dahin.

**) Staatsarchiv 19, 146.

Siebentes Kapitel.

Der Sieg über Frankreich und die Gründung des Reiches.

Den Krieg gegen Frankreich zu erzählen, ist nicht unsere Aufgabe; wir haben bloß zu betrachten, was Bismarcks persönlicher Anteil daran war und wie er es verstanden hat, das, was das Schwert gewonnen hatte, mittelst seiner Staatskunst zu sichern.

Es verstand sich von selbst, daß er, wie 1866, als erster Ratgeber seines Königs diesem überallhin nachfolgte, meist auf seiner ausdauernden Stute Röschen, die gelegentlich achtzehn Stunden ohne Futter und Wasser aushielt. Nicht minder verstand es sich von selbst, daß seine Söhne Herbert und Wilhelm den Krieg (im Gardedragoner-Regiment) mitmachten. Die neunundsiebenzig Briefe, welche Bismarck aus Frankreich an seine Frau schrieb, sind im Cottaschen Verlag 1903 als Nachtrag zu der größeren Briefsammlung erschienen, nachdem sie längere Zeit nicht auffindbar gewesen waren, und auch sie bilden einen der wertvollsten Schätze unserer Literatur. Am 16. August waren beide Söhne Bismarcks in der Schlacht von Mars-la-Tour und ritten die heldenhafte Attacke mit, wobei der Oberst v. Auerswald und alle vier Schwadronsführer fielen; Herbert ward durch die Lenden geschossen, glücklicherweise, ohne daß die Knochen verletzt wurden, und „Bill" verlor das Pferd unter dem Leibe; „er ging kopfüber und wurde erst tot gesagt, ist aber dick und lustig." „Unsere Leute schlagen sich wie Helden; ich habe ihnen nur zu große Todesverachtung vorzuwerfen. Im Wetteifer zwischen Bayern und Preußen, oder zwischen erster, zweiter und dritter Armee gehen sie drauf, als wär's ein Wettlauf zum Scherz. Die Bayern schlagen sich gerade so vorzüglich wie unsere. Die Infanterie muß sich das berserkerartige Draufstürzen auf den Feind doch etwas abgewöhnen; denn so gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt. Hier (in Homburg) ist nichts als Himmel und Sachsen, die sehr zornig sind, daß sie nicht an den Feind kommen." Oft begegnen in seinen Äußerungen Stellen von erfrischendem, manchmal groteskem Humor, welche fast an den Mönch Ilsan unserer Heldensage erinnern. „Die Leute hier (in Pont-à-Mousson) müssen mich für einen Bluthund halten; die alten Weiber, wenn sie meinen Namen hören, fallen auf die Knie und

bitten mich um ihr Leben. Attila war ein Lamm gegen mich.“ „Bei Bazeilles (vor Sedan) roch man plötzlich einen kräftigen Duft wie von gebratenen Zwiebeln. Ich bemerkte aber, daß er von dem Dorf herüberkam, und es waren vermutlich die franzöſiſchen Bauern, die von den Bayern, weil ſie aus den Fenſtern auf ſie geſchoſſen, niedergemacht worden und dann in ihren Häuſern verbrannt waren.“ *) „Ich ſah bei Beaumont über tauſend Gefangene auf einem Fleck, in einem Steinbruch interniert, darunter ein Prieſter, der auf unſere Verwundeten geſchoſſen haben ſollte; ich ließ ihm wenigſtens den Prieſterrock gleich ausziehen, und wird er überführt, ſo kommt er in den Orden der Cordeliers,**) aber um den Hals.“ Auch die Gutherzigkeit Bismarcks tritt oft hervor. „Itzenplitz ſoll leider geblieben ſein; ſprich aber nicht davon, da es ſehr ſchwer iſt, Gewißheit zu haben; es kann ein Irrtum ſein. Der Alte tut mir über die Maßen leid, wenn es wahr iſt ... Leb herzlich wohl, trinke und bade in Ruhe, vertrau auf Gott, der unſere Kinder im rechten Todesrachen geſchützt hat.“ „Ein Fiſchbecker, Sohn des Chauſſee-aufſehers, begrüßte mich mit leichter Armwunde. Ich hinterließ ihm, was ich an Geld bei mir hatte.“ ***) Kürzlich hat ein Teilnehmer der Kämpfe †) erzählt, wie ſie nach Mars-la-Tour überall vergeblich Waſſer für ihre Pferde ſuchten, weil die Bevölkerung die Brunnen mit Steinen gefüllt hatte, und Bismarck, als ſie endlich ein brauchbares Rinnſal gefunden hatten, ſagte: „Aber den franzöſiſchen Verwundeten in dem Haus dort müßt ihr das Waſſer doch überlaſſen.“

Während Bismarck 1866 auch bei militäriſchen Dingen zu Rat gezogen wurde, hielt diesmal die Generalität mit Eiferſucht darauf, daß Ziviliſten ihr nicht darein redeten; ſchon am 20. Juli hatte ſich Moltke dagegen aufgelaſſen, daß Bismarck bei der Frage der Kommandoſtellen einwirken wollte.††) Als aber am 1. September die Niederlage des franzöſiſchen Heeres bei Sedan entſchieden war, wurden Bismarck und Moltke beauftragt, mit General Wimpffen

*) Bismarcks Briefe an ſeine Gattin aus dem Kriege 1870—71, S. 22. 15. 20—21. 33. 34. Vgl. Buſch, Tagebuchblätter 1, 164.

**) Sollte hier nicht zu leſen ſein: bekommt er den Orden? La corde der Strick; Cordeliers ein bekannter Mönchsorden (Zweig der Franziskaner).

***) Briefe S. 28. 34.

†) Ludwig Müller v. Hauſen in den „Zeitfragen“ vom 19. September 1910 (Beiblatt der Deutſchen Tageszeitung).

††) Aus Kaiſer Friedrichs Tagebuch, 20. Juli 1870.

über die Kapitulation zu verhandeln. Es dauerte bis ein Uhr früh, ohne daß man zum Abschluß kam. Nach vier- bis fünfstündigem Schlaf ward Bismarck von dem französischen General Reille geweckt, mit der Mitteilung, daß der Kaiser Napoleon ihn zu sprechen wünsche. „Ungewaschen und ungefrühstückt" ritt Bismarck gegen Sedan zu, und als er des Kaisers ansichtig wurde, saß er ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Da der Kaiser den König zu sehen wünschte, der sich über zwanzig Kilometer davon in seinem Quartier befand, bot ihm Bismarck einstweilen sein eigenes Quartier in Donchery an; weil der Kaiser aber vor der möglicherweise sich ansammelnden Menschenmenge sich scheute, stieg er zunächst in einem ärmlichen und unreinlichen einsamen Arbeiterhaus am Wege ab. „In einer Kammer von zehn Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tische und zwei Binsenstühlen saßen wir eine Stunde. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten" — ein Kotillongespräch hat er sie ein anderes Mal genannt. Während Moltke herbeigeholt wurde, geleitete Bismarck den Kaiser nach dem etwa drei bis vier Kilometer von Fresnois entfernten kleinen Schloß, wo dann die Kapitulation mit Wimpffen vollends abgeschlossen wurde. Gegen sechs Uhr früh war Bismarck am 2. September zu Pferde gestiegen; um Mitternacht kam er vom Sattel herunter; „ich war zehn bis elf Meilen geritten, zweimal naß und trocken geworden und hatte seit dem dritten Tag nichts Warmes genossen, als ich zu besagter Mitternacht über einen Schmorbraten geriet, wie ein Wolf davon aß, dann sechs Stunden sehr fest schlief." „Röschen, die jene elf Meilen in schlechten Wegen, Dunkelheit und Regen unter mir gemacht hatte, fraß sofort mit gutem Appetit." Wie doch der deutsche Reiter stets seines treuen Tieres gedenkt, selbst in einem solchen weltgeschichtlichen Augenblick!

Sofort nach der Übergabe von Sedan erfolgte der Weitermarsch auf Paris, den Bismarck an sich nicht als nötig ansah; nach seiner Meinung hätte man sich begnügen können, den großen Teil von Frankreich, den man bis jetzt erobert hatte, gleichsam als Faustpfand besetzt zu halten; die Franzosen würden sich dann unter einander zerfleischen und müßten am Ende zu Kreuze kriechen, da ihre Heeresmacht entweder vernichtet oder hoffnungslos in Metz eingeschlossen war. Am 5. September war das Hauptquartier in Reims, wo es über eine Woche blieb. „In der kriegerischen Ruhe hier haben sich die diplomatischen Korrespondenzen wieder gemehrt,

der aufgeſtaute Tintenbach hat ſich über mich ergoſſen, falſche Friedenstauben ſchwirren umher und girren mich heuchleriſch an, vor allem aber die Verwaltungsorganiſation macht mir viel Reibungen, wegen der unglaublichen Zopfigkeit und Reſſorteiferſucht der Militärs, namentlich im Generalſtabe, dem Poſt- und Telegraphen- und Etappenweſen. Wenn ich mit ſolcher Reſſortverwirrung im Zivil haushalten ſollte, wäre ich längſt geſprungen wie eine Granate. Hier aber denkt keiner daran, ob das Ganze leidet; jeder tut, was ihm befohlen wird, und was nicht befohlen wird, darüber tröſtet er ſich wie der Junge, dem ſein Vater keine Handſchuhe kaufte.*) Vor dem Feinde lauter Helden, aber an ihren Schreibtiſchen wie ein Rattenkönig mit den Zöpfen zuſammengewachſen."

Die deutſchen Siege hatten die Wirkung, daß alle, welche nur auf einen Mißerfolg unſerer Waffen gelauert hatten, um loszuſchlagen, ſich zurückhielten und Gott dankten, daß ſie nicht unvorſichtig geweſen waren. Beuſt, der mit Erzherzog Albrecht zuſammen Jahre lang an einem Bündnis Öſterreichs, Italiens und Frankreichs gegen Preußen gearbeitet und den Franzoſen noch am 20. Juli bewaffnete Hilfe in Ausſicht geſtellt hatte,**) war ganz kleinlaut geworden und „konjugierte das Zeitwort: ich bin neutral, du biſt neutral, wir ſind neutral." ***) Viktor Emanuel, welcher um Roms willen ſofort das Schwert gegen Preußen gezogen hätte, rief nach der Schlacht von Wörth aus: „Zum Teufel, ich bin mit heiler Haut davongekommen!" †) England wollte weder uns wohl noch den Franzoſen, welche Belgiens Beſtand bedroht hatten; es wünſchte durch Lieferung von Kriegsbedarf nach Frankreich Geld zu verdienen und ſchlug vor, eine „Liga der Neutralen" zu gründen, was ausſchloß, daß eine einzelne Macht Deutſchland in den Arm fiel, und einſchloß, daß mindeſtens vorerſt überhaupt nichts geſchah, weil die einzelnen Mächte eine ganz verſchiedene Stellung zu den Kriegführenden einnahmen. In Rußland gab es eine Strömung, welche den Machtaufſchwung Deutſchlands mit großem Mißvergnügen mit anſah; der Staatskanzler Gortſchakow ſuchte ein allgemeines Veto gegen eine etwaige von Frankreich zu leiſtende Landabtretung zuſtande zu bringen, und nur daran, daß Kaiſer Alexander II. ſich

*) Meinem Vater, ſagt dieſer bekanntlich, geſchieht's gerade recht, daß mich ſo friert; warum kauft er mir keine Handſchuhe!

**) S. meine Erörterungen hierüber in Helmolts Weltgeſchichte 8, 328.

***) Beuſt, Erinnerungen 2, 393.

†) Rothan, l'Allemagne et l'Italie 2, 80.

entschieden für Deutschland aussprach und die Muhme des Zaren, die Großfürstin Helene (die Tochter des Prinzen Paul von Württemberg und die Gemahlin des Großfürsten Michael Pawlowitsch) die deutsche Sache bei Hof entschieden verfocht, ist das Scheitern dieser böswilligen Intriguen zu verdanken.*) Um alle derartigen Bestrebungen im Keime zu ersticken, erließ Bismarck in dem Augenblick, in welchem die nach dem Sturz des Kaiserreichs am 4. September errichtete vorläufige republikanische Regierung Thiers an die europäischen Höfe sandte, um eine Vermittlung herbeizuführen, am 13. und 16. September aus Reims und aus Meaux zwei Rundschreiben **) an die norddeutschen Gesandten zur Mitteilung an die betreffenden Regierungen. Er erklärte darin, daß die Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Einmischung der neutralen Mächte nur die Franzosen zur Fortsetzung des Krieges ermutige; auch dieser Krieg sei ein willkürlich heraufbeschworener Eroberungskrieg gewesen, für den (nicht Napoleon allein, sondern) die gesamte Nation verantwortlich sei, und wenn sie erkenne, daß sie allein mit Deutschland ihre Rechnung abschließen müsse, werde sie dem nutzlosen Widerstand bald ein Ende machen. Deutschland müsse sich aber durch den Besitz der Festungen Straßburg und Metz gegen die Wiederholung solcher Anfälle sicher stellen. Indem es das tue, erschwere es den Franzosen künftig den Angriff und handle somit im Interesse des europäischen Friedens. Diese Forderungen waren von nun an, im vollen Einklang mit der öffentlichen Meinung Deutschlands, *der unverrückbare Eckstein der deutschen Politik*. Als der neue Minister des Auswärtigen, der frühere Rechtsanwalt Jules Favre, am 19. September im deutschen Hauptquartier erschien, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln, während dessen eine verfassunggebende und auch über Krieg oder Frieden entscheidende Versammlung gewählt werden sollte, knüpfte Bismarck die Gewährung dieses Waffenstillstandes, welcher in diesem Augenblick unsern Siegeslauf in höchst unerwünschter Weise aufhalten mußte, an die Übergabe von Straßburg, Toul und des Mont Valerien, der Paris beherrschte, oder eines anderen Pariser Forts; auch ließ er Favre keinen Zweifel,

*) S. König Wilhelms nicht genug zu beachtenden Brief an die Königin Augusta, bei Oncken, Unser Heldenkaiser, Berlin 1897, S. 215. Vgl. auch Graf Fleury, la France et la Russie en 1870, Revue de Paris 15. Dez. 1898.

**) Text bei Hahn, Fürst Bismarck 2, 125—128. Das erste ist eingegeben durch den Wunsch, irrtümliche Auffassungen über unser Verhältnis zu Frankreich richtig zu stellen, das andere durch die Sendung von Thiers.

daß Deutſchland beim Friedensſchluß das ganze Elſaß und von Lothringen die Bezirke Saarburg, Chateau Salins, Saargemünd, Metz und Diedenhofen verlangen werde. Die Verhandlungen wurden am 19. September im Schloß Haute Maiſon bei Meaux begonnen und am 20. in dem Rothſchildſchen Schloß Ferrières fortgeſetzt. Bismarck erſchien nach der Schilderung der Franzoſen aufrecht, hoch gewachſen, in Reiterſtiefeln und der Uniform der Küraſſiere, mit hartem Blick unter den vorſtehenden Augbrauen, unerbittlich in ſeinen Forderungen an einen Feind, der nicht hatte hören wollen und nun fühlen ſollte; perſönlich aber war er von einer unvertilgbaren Gutmütigkeit, welche durch alle ſtaatsmänniſche Folgerichtigkeit durchbrach. Jules Favre zeigte ſich in ſtaubigem Überzieher, zerknicktem Hut; er hatte einen feinen, etwas ans Jüdiſche erinnernden Geſichtsſchnitt, dicke Oberlippen, grauen Backenbart; das Geſicht verriet den Kummer, mit dem er, der Vertreter einer kaum vierzehn Tage beſtehenden Regierung, eines Landes ohne verfügbare Heere, eines in Auflöſung geratenen Staatsweſens vor dem Sieger ſtand.*) Während er da war, erſchien ein, wie er behauptete, Abgeſandter der nach England geflüchteten Kaiſerin Eugenie, der früheren Regentin, Regnier, bei Bismarck, um auch über Frieden zu verhandeln, und Bismarck benützte den Abenteurer zu einem Druck auf Favre: er erklärte, daß die Pariſer Regierung ſich auf das große in Metz eingeſchloſſene Heer unter Bazaine nicht verlaſſen könne; dieſes halte zum Kaiſer, und der König könnte auch mit dem Kaiſer Frieden ſchließen und ihn nach Paris zurückführen. „An der Form eurer Regierung liegt uns an ſich nichts; wenn wir aber Napoleon unſern Intereſſen günſtiger finden, werden wir ihn zurückführen. Wir denken lediglich an unſere Sicherheit.“ Favre brach die Unterhandlungen entrüſtet und verzweifelnd ab. Er hatte ſich mit der naiven Hoffnung getragen, daß die Deutſchen ſich darauf einlaſſen würden, nur Napoleon habe den Krieg verſchuldet; nach ſeinem Sturz ſei die Lage ganz verändert; jetzt müſſe man von dem unſchuldigen franzöſiſchen Volk ablaſſen — höchſtens die Zahlung einer Kriegsentſchädigung hielt Favre für erörterbar, nicht aber die Abtretung „auch nur eines Steins unſerer Feſtungen.“ Er erſtattete am Abend des 20. Septembers der Regierung in Paris Bericht über Bismarcks Forderungen und erhielt die Weiſung, dem Miniſter kurz zu ſchreiben: „Die Regierung wünſcht einen Waffenſtillſtand,

*) Matter, Bismarck 2, 130. Buſch, Tagebuchblätter 1, 212. 220: „Chaos in Frankreich.“

um eine Nationalverſammlung wählen zu laſſen, kann aber die Bedingungen nicht annehmen, von welchen Eure Exzellenz ihn abhängig macht." *) Die franzöſiſche Preſſe, der in England der „Standard" kräftig beiſtand, erſchöpfte ſich in Angriffen auf die deutſchen Wüteriche und Barbaren und erklärte die Fortſetzung des Krieges nach Napoleons Sturz für eine unerhörte Ungerechtigkeit, gerade wie wenn der Kaiſer den Krieg mutterſeelenallein und nicht an der Spitze von 300 000 Franzoſen geführt hätte! Dieſen lächerlichen Redensarten gegenüber hat Benedetti in ſeinem öfters angeführten Werk (S. 407) mit ſchonungsloſer Wahrhaftigkeit (welche freilich ihn und Gramont vom Vorwurf, den Krieg verſchuldet zu haben, entlaſten ſollte, aber dadurch nichts an Kraft verliert) es hervorgehoben, daß die Nation 1870 ſelbſt den Krieg, nicht den Frieden gewollt habe; daß die Kriegserklärung avec des transports d'enthousiasme, mit Ausbrüchen begeiſterter Entzückung aufgenommen worden ſei — le nier, ce serait méconnaître une vérité éclatante — und daß eine Zeitung den Nagel auf den Kopf getroffen habe mit dem Satz: „Nicht der Kaiſer hat von ſich aus den gegenwärtigen Krieg erklärt; wir haben ihn dazu gezwungen; wir verhehlen das gar nicht." „Die Regierung," ſagte eine andere Zeitung, „war entſchloſſen; der Entſchluß zum Krieg kam aus den Eingeweiden des Landes." (Vgl. S. 250.) Dieſe ganz offenkundige Tatſache trug auch dazu bei, daß Thiers auf ſeiner Rundreiſe in London, St. Petersburg, Wien und Florenz, deren Zweck war, „für Frankreich zu ſprechen und Europa für ſeine Sache zu erwärmen," keinen Erfolg hatte. Mochte man auch den Deutſchen nichts Gutes gönnen — es war doch unbeſtreitbar, daß der Kaiſer Napoleon trotz des Rücktritts des Hohenzollern von der ſpaniſchen Kandidatur den Krieg erklärt und daß er dabei nur den innerſten Wünſchen der franzöſiſchen Volksſeele willfahrt hatte. Jetzt mochten ſie ausbaden, was ſie eingegoſſen hatten; eine Einmiſchung wurde unzweifelhaft von Deutſchland zurückgewieſen und hatte alſo nur dann Sinn, wenn man entſchloſſen war, ſich äußerſtenfalls am Krieg zu beteiligen; dazu aber hatte niemand Luſt. Auch der Verſuch, den Thiers nach ſeiner Rückkehr unter ruſſiſcher Vermittlung bei Bismarck anfangs November machte, einen Waffenſtillſtand von fünfundzwanzig Tagen zur Wahl einer Nationalverſammlung zu er-

*) S. Favres Bericht in ſeinem Werk le gouvernement de la défense nationale 1, 148 ff.

wirken, scheiterte daran, daß die Franzosen die Verproviantierung von Paris während des Stillstands verlangten, ohne irgend eine Bürgschaft für den aus dem Stillstand erwachsenden Frieden zu geben. Rußland dachte seinerseits jetzt daran, die Wehrlosigkeit Frankreichs zur Durchbrechung des Pariser Friedens vom 30. März 1856 zu benützen; es erließ am 31. Oktober die Erklärung, daß, da dieser Friede schon wiederholt durchlöchert worden sei, so 1859 durch die Vereinigung der Donaufürstentümer zum Fürstentum Rumänien, es sich auch nicht mehr daran gebunden halte, soweit die russischen Souveränetätsrechte im schwarzen Meer dadurch eingeschränkt würden; es nahm also das Recht in Anspruch, im schwarzen Meer wieder einen Kriegshafen anzulegen und eine Kriegsflotte zu halten. Deutschland hatte natürlich kein Interesse, sich mit Rußland wegen dieser Sache zu entzweien; Bismarck verhehlte nicht, daß er die Art des russischen Vorgehens mißbillige, erkannte aber an, daß der Pariser Vertrag für Rußland ungerechtfertigt hart gewesen sei, und auf seinen Vorschlag trat am 17. Januar 1871 eine Konferenz der sieben Großmächte in London zusammen, welche die 1856 beschlossene Neutralität des schwarzen Meeres für aufgehoben erklärte aber die Schließung der Dardanellen und des Bosporus für die Kriegsschiffe der Großmächte (mit Ausnahme natürlich der Türkei) aufrecht erhielt.*)

Durch die deutschen Siege war das Nationalgefühl gewaltig entflammt worden, und stürmisch gab sich überall das Verlangen kund, daß Deutschland jetzt endlich das so oft vergebens erstrebte Ziel seiner vollen Einigung erreichen müsse. Auch die Regierungen widerstrebten nun diesem Verlangen nicht länger; der Großherzog von Baden, der durch und durch national und fest unitarisch dachte, gab gleich am 2. September eine dahin zielende öffentliche Erklärung ab, und am 5. und 7. folgten die Könige von Bayern und Württemberg, wenn auch ohne Zweifel nur ungern und unter dem Druck der öffentlichen Meinung, mit der Zusicherung nach, daß sie bemüht sein wollten, Deutschland die Früchte des Siegs im vollsten Maße zu sichern und die nationale Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme mit ihrer Selbständigkeit in ein richtiges Verhältnis zu bringen.

Daß Bismarck dieses Ziel seit langem ins Auge gefaßt hatte, ist uns bekannt; es konnte sonach gar nicht anders sein, als daß er jetzt den Augenblick für gekommen hielt,

*) Akten bei Hahn 2, 183—192.

ſeine Verwirklichung mit Nachdruck zu erſtreben. Er hatte freilich dabei ſeinen königlichen Herrn nur in beſchränkter Weiſe zum Bundesgenoſſen, inſofern König Wilhelm nur den militäriſchen Zuſammenſchluß Deutſchlands unter Preußens Führung für weſentlich anſah; dieſer war in der Hauptſache ſeit den Schutz- und Trutzverträgen des Auguſt 1866 erreicht und bedurfte nur etwa noch des weiteren Ausbaus durch Militärverträge Preußens mit den Südſtaaten, welche unerledigte Punkte von Bedeutung, wie die gemeinſame Bewaffnung und Einübung, regelten und den preußiſchen Oberbefehl auch im Frieden aufrichteten. Ein politiſches Bündnis mit dem Süden mußte vorausſichtlich die demokratiſchen und ultramontanen Elemente des Nordens kräftigen, was dem König gar nicht erwünſcht war. Anders als der Vater dachte der Sohn. Friedrich Wilhelm teilte auch in der deutſchen Frage den Standpunkt des Liberalismus; *er wollte alſo für Preußen die Kaiſerkrone und die Kaiſergewalt*, neben der die deutſchen Fürſten weſentlich nur noch ihre Titel und ihre Ehrenrechte bewahren ſollten. Dann ſollte und konnte Preußen in Deutſchland, deſſen wahre Herrn von nun an die Hohenzollern ſein würden, aufgehen, ſein Landtag als neben dem Reichstag überflüſſig aufhören (vgl. S. 31). Die Fürſten ſollten zuſammen mit den 1806 „mediatiſierten“ früheren reichsunmittelbaren Geſchlechtern, welche ihre Ebenbürtigkeit bewahrt hatten, ein Oberhaus bilden; die Regierung würde im Namen des Kaiſers von einem dem Reichstag verantwortlichen Reichsminiſterium geführt werden. Man ſieht: *wenn der Vater möglichſt wenig ändern wollte, ſo wollte der Sohn möglichſt viel neu geſtalten*. Auf den Einwurf, daß die ſüddeutſchen Könige ſchwerlich mit der Einrichtung eines ſolchen Kaiſertums zufrieden ſein würden, antwortete der Kronprinz ſchon am 11. Auguſt in einem Geſpräch, das er auf der Höhe der Vogeſen im Gebirgsdorf Petersbach mit Guſtav Freytag führte: „Die Macht ſei bereits vorhanden, Widerſtrebende zu nötigen.“ *) *Was verſtand er unter dieſer Macht?* Militäriſche Gewalt gewiß nicht; im Augenblick, wo man mit den Bayern zuſammen die Franzoſen bekämpfte, konnte man doch nicht mit ihnen die Klingen kreuzen; aber die Wogen der nationalen Erhebung gingen ſo hoch, daß die Dynaſtien ihr vorausſichtlich nicht trotzen konnten, ohne ihren Beſtand

*) Guſtav Freytag, Der Kronprinz und die deutſche Kaiſerkrone. Erinnerungsblätter. Leipzig 1889, S. 22.

zu gefährden. Am 19. September forderten die Münchener Gemeindekollegien den Eintritt Bayerns in den norddeutſchen Bund; am 2. Oktober beſchloß eine aus ganz Württemberg beſuchte Verſammlung in Stuttgart das gleiche für Württemberg; einer der eingefleiſchteſten Partikulariſten, der heſſiſche Miniſter Dalwigk, der kurz vor 1870 innig mit den Franzoſen geliebäugelt hatte, gebärdete am 29. Oktober ſich dem Kronprinzen gegenüber ſo unitariſch, daß er den Antrag auf Reichsminiſter und Oberhaus ſtellen wollte. Das iſt in der Tat nur begreiflich, wenn er entweder an der Möglichkeit des Widerſtandes ganz verzweifelte oder durch ſolche Anträge das ſonſt ſichere Gelingen des Einheitswerks durchkreuzen wollte.*)

Bismarck war von vornherein der Anſicht, daß um einen Zwang und Druck auf die Süddeutſchen es ſich nicht handeln könne, weil ein erzwungener Bund nicht haltbar wäre; ebenſo aber war er entſchloſſen, die patriotiſche Stimmung in Nord und Süd nicht verrauchen zu laſſen, ſondern das Eiſen zu ſchmieden, ſo lang es warm war. Bereits am 1. September erhielt der Präſident des Bundeskanzleramtes in Berlin, Bismarcks Stellvertreter Rudolf Delbrück, ein Telegramm, durch das Bismarck ihn beauftragte, nach Dresden zu reiſen und mit dem dortigen leitenden Miniſter von Frieſen die Zukunft der eroberten und von uns im künftigen Frieden feſtzuhaltenden franzöſiſchen Landesteile zu beſprechen. Am 3. September erſchien Delbrück in Dresden. Hier ergab ſich, daß, da Preußen jene Gebiete ausdrücklich nicht für ſich begehrte und ſie natürlich noch weit weniger mit einem andern deutſchen Staat verbunden werden konnten, ſie nur gemeinſamer Beſitz der Eroberer werden konnten; das ſetzte aber einen Zuſammenſchluß der Eroberer zu einem Rechtsſubjekt, alſo die Ausdehnung des norddeutſchen Bundes auf die ſüddeutſchen Staaten voraus: „Aus dem Reichslande erwächſt," wie Delbrück ſchon am 1. September in Berlin zum Grafen Fritz Eulenburg geſagt hatte, das Reich." **) Delbrück wies den König Johann und den Miniſter von Frieſen auch darauf hin, daß in einem geſamtdeutſchen Bunde

*) Albert v. Ruville a. a. O. iſt der Anſicht, daß die Angſt, durch die in Schloß Cerçay aufgefangenen Papiere öffentlich an den Pranger geſtellt zu werden, ihn zahm gemacht habe. Hierüber ſ. unten S. 277.

**) S. „Einige Erinnerungen an den Staatsminiſter Rudolf von Delbrück," Deutſche Rundſchau 116 (1903), S. 37 ff., wo ein von Delbrück verfaßter Bericht über die Verhandlungen im Jahr 1870 mitgeteilt wird. Die „Lebenserinnerungen" Delbrücks, 2 Bände, Leipzig 1905, reichen leider nur bis 1867.

das föderative Prinzip naturnotwendig kräftiger zur Geltung kommen werde als im norddeutschen Bunde, und daß Sachsen aus der vereinzelten Stellung werde befreit werden, in welcher es jetzt als einziger Mittelstaat zwischen Preußen und den Kleinstaaten sich befinde. Nach Berlin kaum zurückgekehrt, erhielt Delbrück schon am Abend des 5. September die telegraphische Weisung von Bismarck, er solle sich auf kurze Zeit ins Hauptquartier begeben, damit man erwäge, wie man einen schicklichen Anlaß zur Berufung des Zollparlaments finde und das Gewicht dieser Versammlung, einschließlich des Reichstags, zur Wirkung auf die deutschen und europäischen Friedensverhandlungen verwerte. Natürlich war dabei der Hintergedanke vorhanden, daß das Zollparlament sich mit Nachdruck für den Abschluß der deutschen Einheit aussprechen werde. Nach einer schwierigen und mitten in den von den Deutschen nicht besetzten Argonnen auch gefährlichen Reise traf Delbrück am 10. September in Reims ein, und sofort, nach einer kurzen Audienz beim König, begannen seine Beratungen mit Bismarck im Ehrenhof des erzbischöflichen Palastes. Von der Berufung des Zollparlaments riet Delbrück dringend ab, einmal weil abgesehen von einem Handelsvertrag mit San Salvador nichts zur Behandlung vorlag und die Berufung des Parlaments wegen einer solchen Lappalie die eigentliche Absicht zu leicht hätte durchblicken lassen und somit die Zögernden verstimmt hätte. Dann war auch bei der durch die Wahl von 1868 bedingten Zusammensetzung des Parlaments zu erwarten, daß die Mehrzahl der bayrischen und manche württembergische Abgeordnete gegen einen politischen Beschluß stimmen würden, und zwar nicht bloß solche, welche die Zuständigkeit des Zollparlaments zu einem solchen Beschluß bestritten und sachlich Gegner waren, sondern auch solche, die, an sich der Einheit geneigt, doch einen Druck auf ihre Könige *) nicht ausüben mochten. Ein Beschluß, der gegen eine so geartete und erhebliche Minderheit gefaßt worden wäre, würde der Sache selbst, welche man fördern wollte, eher schädlich gewesen sein. Überhaupt vertrat Delbrück die Überzeugung, daß ohne die Initiative der Fürsten 1870 so wenig etwas zustande kommen werde wie 1849; an dieser Initiative aber werde es, diese Hoffnung hatte der kluge Mann von Dresden mit fortgenommen, diesmal nicht fehlen, wenn man nur zu warten verstehe. Delbrück hatte den Eindruck, daß acht siegreiche Schlachten, in denen die Söhne aller deutschen Länder vereint gekämpft und geblutet hatten, im Bewußtsein des

*) So wird a. a. O. S. 40 statt „ihren König" zu lesen sein.

Heeres die Einigung Deutſchlands vollzogen hatten und hier, im Heere, alles für fertig angeſehen wurde; man brauche nur zu wollen, ſo war die Meinung, um auch formell mit der Ausrufung des Kaiſertums alles in Ordnung zu bringen. „Das Heer übertrug ſeine Stimmung ohne weiteres auf die einzelnen Staaten, aus deren Truppenteilen es zuſammengeſetzt war, und wollte deshalb jede andere Stimmung als unberechtigt ignorieren oder niederwerfen."

In dieſem Augenblick ſprach die bayriſche Regierung, an deren Spitze ſeit Hohenlohes Sturz (S. 215) der Graf Bray-Steinburg *) ſtand, am 12. September ihre Überzeugung aus, daß angeſichts der durch die Siege veränderten politiſchen Verhältniſſe Deutſchlands es Zeit ſei, von dem bloß völkerrechtlichen Bande, das bisher beſtanden hatte, zu einem Verfaſſungsbündnis zwiſchen Nord und Süd überzugehen, und bat um die Entſendung Delbrücks nach München, damit man ſich über die beſtehenden Möglichkeiten der Durchführung dieſes Gedankens unterrichten könne. Am 12. September traf auch aus Sachſen eine vom 10. September datierte Anregung **) in München ein, den günſtigen Augenblick zur endgültigen Regelung der Beziehungen Bayerns zu Preußen zu benutzen; ſie kam zu ſpät, um den Entſchluß hervorzurufen, konnte ihn aber nur befeſtigen. Ehe aber Bismarck Delbrück nach München entließ, verlangte er von ihm die Abfaſſung einer Denkſchrift über die künftige Geſtaltung Deutſchlands, und in ſeinem ſtillen Quartier, in einem wohlgepflegten Garten, vor ſich die ſpitzbogigen Niſchen der Kathedrale, in welcher einſt die Könige von Frankreich gekrönt wurden, entwarf Delbrück die Grundzüge deſſen, was ſpäter wirklich zuſtande kam. Am Schluß gab er dem erſtmals Ausdruck, was damals alle Geiſter erfüllte: er begründete die Pflicht des Königs, ſich zur Annahme des Kaiſertitels zu entſchließen, der dem gewiſſenhaften und nüchternen Fürſten als inhaltsleerer Schein erſchien. Am 15. ward Delbrück von ihm in Abſchiedsaudienz empfangen: der König ſtimmte allem zu, behielt ſich aber die Entſcheidung über den Kaiſertitel vor: das wolle reiflich erwogen ſein.

Zwei Tage nachher, am 17. September, traf der von jeher warm national geſinnte württembergiſche Kriegsminiſter von Suckow in

*) Graf v. Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten aus ſeinem Leben. Leipzig 1901.

**) In Richard Freiherr von Frieſen, Erinnerungen aus meinem Leben, Dresden 1910, 3, 132 f. ſteht der Text dieſer Note.

Meaux ein, um König Wilhelm das Großkreuz des württembergischen Militärverdienstordens zu überreichen und im Namen seines Herrn zu versichern, daß dieser zu jedem Opfer bereit sei. Ihm sagte Bismarck: „Unser Grundsatz war und ist, wie Sie wissen, Süddeutschland keinen Zwang anzutun, und gegen Bundesgenossen wäre dies nun vollends unmöglich. Also erwarten wir in der deutschen Sache Ihr freiwilliges Anerbieten.“ *) Er hatte den Gedanken — noch am 5. November hat er ihn den süddeutschen Diplomaten in Versailles vorgetragen —, eine Zusammenkunft aller Fürsten in Versailles zu veranstalten, auf welcher die Frage der deutschen Einheit durch persönliche Fühlungnahme der süddeutschen Herrscher mit König Wilhelm rasch hätte gelöst werden können. Formell wurde die Sache so eingekleidet, daß der Friede nicht mehr fern sei und König Wilhelm diesen Frieden nicht allein abschließen wolle, sondern in Gegenwart und mit Zutun aller deutschen Fürsten, deren Heere ihn erfochten hätten.**) Gegen diesen Plan wurde aber König Karl durch den bayrischen Gesandten in Stuttgart von Gasser so sehr eingenommen, daß er zu jedermann sagte, er gehe durchaus nicht zu dieser Zusammenkunft nach Versailles; Gasser wird ihm gesagt haben, das heiße den Königen das Messer an die Kehle setzen, wenn sie inmitten des Heerlagers über die Beschränkung ihrer Souveränetät verhandeln sollten. Als Suckow nach Stuttgart zurückkam, fand er den König ganz verändert, kühl und verschnupft; die Königin Olga, in der die russische Großfürstin stets die deutsche Fürstin überwog und deren Stolz sich gegen die Unterordnung ihres Gemahls unter Preußen aufbäumte, behandelte Suckow mit eisiger Kälte und erklärte die Pickelhaube für abscheulich.

Am 21. September erschien Delbrück in München, und Graf Bray forderte am gleichen Tag auf einen von der württembergischen Regierung ausgedrückten Wunsch diese auf, sich in München vertreten zu lassen. Dies geschah sofort durch Entsendung des Justizministers Hermann von Mittnacht,***) in dem Delbrück „einen

*) Rückschau von Albert v. Suckow, herausgegeben von Wilhelm Busch, Tübingen 1909, S. 167. Diesen wohl erwogenen Grundsatz, in der Sache mindestens formell alles der freien Initiative des Südens zuzuweisen, hat Bismarck durchweg festgehalten.

**) Graf v. Bray, Denkwürdigkeiten, S. 184.

***) Er hat, teilweise in Gegnerschaft zu der „Rückschau“ seines Kollegen Suckow, „Rückblicke“ geschrieben, welche nach seinem Tod erschienen (Stuttgart 1909).

ſcharfſinnigen Juriſten und nach gelegentlich eingeſtreuten Bemerkungen auch weitblickenden Staatsmann" fand, der, urſprünglich ſtrammer Partikulariſt, nun vom Verſtand beraten dasſelbe erſtrebte, was Suckow mit dem innerſten Herzen erſehnte. Mittnacht hatte ein paar Tage vorher den Beſuch des in der nationalliberalen Partei und damit im Reichstag ſehr einflußreichen Abgeordneten Eduard Lasker erhalten, der wie alle Führer der nationalliberalen Partei damals ſehr geſchäftig war, um die Einheitsfrage in Fluß zu bringen;*) von ihm wußte Mittnacht, daß der Reichstag in Abſicht auf ſelbſtändige Verwaltung der Einzelſtaaten, Poſt und Telegraphie, Bier und Branntwein möglichſt Zugeſtändniſſe machen werde, daß aber die ſtraffe Verfaſſung des norddeutſchen Bundes beſtehen bleiben müſſe und es ſich nicht um eine völlige Neugründung handeln könne. Dieſe Eröffnung geſchah von Lasker nicht ohne Kenntnis von Bismarcks Standpunkt: dieſer wollte an den 1867 gelegten Grundlagen feſthalten, und darin lag eine unbedingte Abſage ſowohl an die Partikulariſten als an diejenigen Liberalen, welche aus dem König von Preußen einen unitariſchen konſtitutionellen Kaiſer machen wollten, aber unter Auflöſung des preußiſchen Staats. Wie 1848, ſo 1870: Bismarck konnte ſich eine haltbare Schöpfung nur denken, wenn Preußen der feſte Rückgrat des neuen Reiches blieb, und glücklicherweiſe fand er bei den Nationalliberalen jetzt für dieſen Standpunkt auch volles oder doch ausreichendes Verſtändnis.

Die Münchener Verhandlungen, die zunächſt nur zur Klarſtellung der Lage dienen ſollten, ſpielten ſich nun ſo ab,**) daß Delbrück nicht ſelbſt Vorſchläge machte, ſondern die bayriſchen Eröffnungen entgegennahm; Bismarck wollte unbedingt jeden Anſchein vermeiden, als ob Preußen Bedingungen ſtelle und einen Druck ausübe. Die Bayern hätten am liebſten ihre Selbſtändigkeit dadurch ſo weit immer möglich vor Antaſtung geſichert, daß ſie nicht in den Norddeutſchen Bund eintraten, ſondern — allein oder mit Württemberg — mit den Norddeutſchen, Baden und Heſſen ein weiteres Bündnis abſchloſſen, das ſich auf gemeinſame

*) S. hierüber jetzt Hermann Oncken, Rudolf von Bennigſen, Stuttgart 1910, 2, 151—212. Beſ. S. 171: im Gegenſatz zur Fortſchrittspartei und den Konſervativen waren allein die Nationalliberalen zu politiſcher Mitarbeit bereit, und S. 182: „ihre Konzeſſionen an die Einzelſtaaten gingen nicht weiter, als ſie hernach Bismarck tatſächlich gemacht hat."

**) S. hierüber Graf Bray, Denkwürdigkeiten, S. 140 ff., und v. Mittnacht, Rückblicke, S. 87 ff.

Kriegführung, gemeinsame auswärtige Politik und gemeinsames Zollwesen beschränkt hätte und in das Bray gar zu gern auch Österreich hineingezogen hätte. Da sie aber sahen, daß eine solche Lösung der deutschen Frage für Preußen und die Nation höchst unbefriedigend, ja unannehmbar sei, wie denn Bismarck den engeren Bund „als die einzige den Wünschen der deutschen Nation entsprechende und für dauernde Institutionen geeignete Basis" bezeichnet hat,*) ließen sie sich herbei, *die Verfassung des norddeutschen Bundes als Grundlage der Verhandlungen anzunehmen*, ohne aber schon die Versicherung zu geben, daß sie, im Fall ihre Abänderungswünsche betreffs dieser Verfassung erfüllt würden, dem norddeutschen Bund nun auch bestimmt beitreten würden. Der württembergische Minister war nicht in der Lage, anders als zuhörend und seine persönliche Ansicht äußernd teilzunehmen, da ein Benehmen zwischen Württemberg und Bayern nicht vorausgegangen war. Mittnacht hat aber der einheitlichen Gestaltung Deutschlands erheblich geringere Schwierigkeiten entgegengestellt als Bray; er hat z. B. keinerlei Vorbehalte über die Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über Staatsbürgerrecht, Gewerbebetrieb, Bestellung von Konsuln erhoben, und *er* — nicht, wie behauptet wurde, Baden — hat die Anregung gegeben, dem Bund auch die Gesetzgebung über Presse und Vereinswesen zuzuweisen.**) Das Endergebnis vom 26. September war günstig; Bayern erhob zwar nicht weniger als zwanzig Anstände gegen die norddeutsche Verfassung; Delbrück nahm aber doch die — freilich etwas optimistische — Hoffnung mit, „daß der deutsche Bund gesichert sei," und die weiteren Verhandlungen bestimmt an dieses Ziel führen würden.***)

Im Auftrag der württembergischen Regierung richtete nun v. Suckow am 7. Oktober ein Schreiben an Bismarck, in dem er anzeigte, daß Württemberg zu Verhandlungen über den Eintritt in den norddeutschen Bund bereit sei und der Justizminister Mittnacht (zugleich provisorischer Vorsitzender des Ministeriums) und er selbst als

*) Bray S. 182.

**) S. den interessanten Nachweis Mittnachts in seinen „Rückblicken", S. 88, auf Grund seiner Notizen und des Protokolls.

***) Ottokar Lorenz in seinem manchfach schiefe Auffassungen enthaltenden Buch „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches", Jena 1902, S. 339 f., behauptet, Bismarck habe die Münchener Verhandlungen wegen der maßlosen bayerischen Ansprüche abbrechen müssen. Das ist sicher falsch; vgl. Mittnacht S. 102.

Kriegsminiſter jederzeit auf eine Einladung ſich in Verſailles einfinden könnten. Dieſe Einladung erging am 12. Oktober, und auf das Vorgehen und den Wunſch Württembergs *) entſchloß ſich auch Bayern, die Verhandlungen nicht in München weiter zu führen, ſondern ebenfalls Bevollmächtigte nach Verſailles zu entſenden. Dort fanden ſich denn am 22. Oktober die Vertreter aller vier ſüddeutſchen Staaten ein, Graf von Bray, der Juſtizminiſter von Lutz und Kriegsminiſter von Prandh für Bayern, von Suckow und von Mittnacht für Württemberg, von Jolly und von Freydorf für Baden, von Dalwigk und Hofmann für Heſſen. Auch der ſächſiſche Miniſter von Frieſen nahm Anteil. Baden **) hatte ſich von den Münchener Verhandlungen fern gehalten, weil es von vornherein zum einfachen und bedingungsloſen Eintritt in den norddeutſchen Bund bereit war; die Regierung Heſſens (deſſen Provinz Oberheſſen ja ſchon von Anfang an dem norddeutſchen Bund angehörte) war, obſchon mit erheblich anderem Grundton der Stimmung, zum gleichen entſchloſſen (S. 264). Die Verhandlungen wurden von Preußen mit jedem Staat geſondert geführt, ohne Zweifel weil Bismarck ſo am raſcheſten zum Ziel zu kommen hoffen durfte; und zwar berieten die Kriegsminiſter die militäriſchen Fragen, während Delbrück mit den Zivilbevollmächtigten über die nichtmilitäriſchen Dinge verhandelte. Den Bayern waren dieſe abgeſonderten Verhandlungen ſehr erwünſcht, weil ſie dabei ihre beſonderen Forderungen viel leichter geltend machen konnten, als wenn ſie mit allen andern, die auf Bayern eiferſüchtig waren, zuſammen beraten hätten. Gern hätte Bray auch jetzt noch die Idee des engeren und weiteren Bundes verfolgt; da das nicht ging, ſo ſtellte er — wohl unter Ausdehnung ſeiner urſprünglichen Vollmacht —***) ohne Beſprechung mit ſeinen beiden Kollegen, von ſich aus zwölf ſehr weit-

*) Am 5. Oktober iſt in Berlin im Einvernehmen mit Bismarck der Antrag Badens auf ſeine Aufnahme in den norddeutſchen Bund geſtellt worden. Er könnte immerhin auf den württembergiſchen Antrag vom 7. eingewirkt haben. Doch iſt dies der zeitlichen Verhältniſſe wegen nicht ſicher. Vgl. Erich Brandenburg, Der Eintritt der ſüddeutſchen Staaten in den norddeutſchen Bund, Berlin 1910, S. 33.

**) Über deſſen Verhalten ſ. das erwähnte Werk von Lorenz, das weſentlich auf badiſchem Material beruht, und Georg Meyer, Das Großherzogtum Baden und die Reichsgründung, Heidelberg 1896; auch den Briefwechſel v. Freydorfs, Deutſche Revue Jahrgang 29.

***) Wir hören über ſie bloß, daß ſie nur zum Abſchluß eines weiteren Bundes ermächtigte (Bray S. 180).

gehende Begehren auf, von denen genannt seien das Verlangen von acht Stimmen im Bundesrat statt bloß sechs, während nach den 1866 zugrund gelegten Stimmenverhältnissen des deutschen Bundes Bayern nur auf vier Anspruch erheben konnte; gemeinsame Vertretung des Reichs durch den Kaiser — diesen Titel schlug Bray selbst vor, aber nur von sich aus, ohne seinen König zu binden *) — und den König von Bayern; gemeinsame Anweisung der Gesandten; Vertretung des Kaisers im Bundesrat im Bedarfsfall durch Bayern, der Reichsgesandten durch die bayrischen Gesandten; verfassungsmäßigen Anteil Bayerns an drei besonders genannten Bundesratsausschüssen; Zuziehung eines bayrischen Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen; Ernennung einer bestimmten Anzahl von Reichsbeamten aus bayrischen Anwärtern auf Vorschlag des Königs von Bayern; Vetorecht bei Verfassungsänderungen, welche bayrische Sonderrechte betreffen.**) Bismarck erklärte diese Forderungen in einer Unterredung mit Mittnacht am späten Abend des 30. Oktober für unannehmbar, und die Verhandlungen mit Bayern gerieten auf mehr als eine Woche ins Stocken, beziehungsweise bestanden sie nur in einem Briefwechsel zwischen Bray und Bismarck, wobei Bray Bismarck zu Vorschlägen über den engeren Bund zu bestimmen suchte.***) Auf die Frage, ob Württemberg bereit sei, auch ohne Bayern mit Preußen abzuschließen, antwortete Mittnacht mit Ja; er war durch seine Anweisung nicht an Bayern gebunden, und der bayrische Anspruch auf eine ganz hervorragende Sonderstellung in dem künftigen Bunde verstimmte die kleineren Staaten natürlich sehr. Baden war besonders empört dadurch, daß Graf Bray auf Wunsch seines Königs auch noch eine Gebietserweiterung durch ein Stück der badischen Pfalz verlangte, wodurch Unterfranken mit der bayrischen Pfalz links vom Rhein verbunden werden sollte; Baden möge dafür mit einem Teil des Elsaß entschädigt werden.†) Die württembergischen Unterhändler förderten dann ihre Angelegenheiten so, daß

*) Mittnacht, Rückblicke, S. 116. Allerdings, weil Bray sah, daß „auf die Idee von Kaiser und Reich hier Gewicht gelegt wird", Bray S. 178.

**) v. Mittnacht, Rückblicke, S. 116. Hierzu kommt noch eine Ausnahmestellung in Eisenbahnsachen. S. S. 272.

***) Bray S. 180—182. Bismarck hielt sich absichtlich zurück, s. S. 267.

†) Näheres hierüber siehe bei Wilhelm Busch, die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum, Tübingen 1906, S. 74 ff. und 149—152. Ebenso hätte, wie es scheint, Württemberg gern Hohenzollern als Lohn seiner Waffenhilfe erlangt; die Königin Olga wenigstens hat, wie ich versichern kann, selbst Gortschakow dafür in Bewegung gesetzt.

binnen insgeſamt zwölf Tagen, am 4. November, ein völliges Einvernehmen erzielt war. Suckow ſtellte mit Roon — im weſentlichen nach dem Vorbild des preußiſchen Abkommens mit Sachſen — den Text einer Militärabkunft feſt, nach der die königlich württembergiſchen Truppen als Teil des deutſchen Heeres ein Armeekorps nach preußiſchem Muſter, mit eigenen Fahnen und Feldzeichen, in ſelbſtändiger Verwaltung, bilden ſollten; ſie ſollten dem König von Preußen als Bundesfeldherrn den Eid der Treue ſchwören; die Offiziere und Beamten hatte der König zu ernennen, den kommandierenden General nach vorgängiger Zuſtimmung des Königs von Preußen. Die gerichtsherrlichen Befugniſſe blieben dem König als Oberhaupt ſeiner Truppen vorbehalten. Von den politiſchen Dingen waren nach den „informatoriſchen“ Münchener Beſprechungen, über welche Mittnacht dem König Vortrag gehalten hatte, nur noch drei Punkte zu ordnen: das Eiſenbahnweſen, das Poſt- und Telegraphenweſen und die Vorſchriften über Abänderung der Verfaſſung. Das Eiſenbahnweſen betreffend verlangte Württemberg keine ſolche Ausnahmsſtellung wie Bayern ſie durch die Nichtanwendbarkeit der Artikel 42—46 der Bundesverfaſſung für ſich herausſchlug (S. 271), ſondern erklärte ſich zur Annahme des Artikels 42 („die Eiſenbahnen ſind wie ein einheitliches Netz zu verwalten“) bereit, „obwohl der Artikel durch ſeine Allgemeinheit und Unbeſtimmtheit zu Bedenken Anlaß gab.“ Das Poſt- und Telegraphenreſervat, das Delbrück in München zugeſtanden hatte, ſtieß auf den begreiflichen Widerſtand des Generalpoſtmeiſters Stephan; da Mittnacht aber mit Recht erklärte, daß er dann dem König Karl neuen Vortrag erſtatten müſſe, und das Ergebnis in dieſem Fall nicht abzuſehen war, ſo ließ Bismarck dieſen Punkt fallen und erhob gegen die eigene Verwaltung der württembergiſchen Poſt und Telegraphie und gegen die Freiheit im inneren Verkehr keinen Einwand mehr. Die Änderung der Verfaſſung konnte nach der norddeutſchen Bundesverfaſſung mit Zweidrittelsmehrheit im Bundesrat erfolgen; Württemberg wünſchte hier eine ſtärkere Bürgſchaft zu erlangen, und ſo wurde die Änderung von einer Dreiviertelmehrheit abhängig gemacht; es ſollten alſo, für den Fall Bayern nicht in den Bund trat und der Bundesrat aus 52 Stimmen beſtand, 39 Stimmen zur Gültigkeit eines derartigen Beſchluſſes gehören; für den Fall Bayern mit 6 Stimmen hinzukam, 45; es genügten dann zur Verhinderung eines ſolchen Beſchluſſes 14 Stimmen (über welche Bayern, Württemberg und Sachſen zuſammen verfügten). Auf dieſer Grundlage gelangte man in einer Beſprechung, die Delbrück

nun am 6. November mit sämtlichen Abgesandten der drei außerbayrischen Südstaaten abhielt, zu dem Ergebnis, daß alle Teilnehmer bezüglich sämtlicher schwebender Fragen einig waren, und Bismarck lud die Württemberger zum Abschluß auf den 12. November ein; weshalb nicht sofort auf den 7., was auffallen muß, wissen wir nicht sicher.*) Die Bayern aber äußerten ihre Absicht, zur Einholung neuer Weisungen nach München zurückzureisen; **) erst am 8. November begannen sie wieder zu verhandeln, und zwar ohne in München gewesen zu sein.

In diesem Augenblick, am 11. November, erfolgte ein völlig unerwarteter Zwischenfall. Die Württemberger erhielten nach einander zwei Telegramme aus Stuttgart; das erste lautete: „Wenn bayrische Bevollmächtigte abreisen, schleunige Anzeige behufs weiterer diesseitiger Entschließung. Taube." (Graf Adolf Taube war nach Varnbülers Sturz 31. August 1870 Minister des Auswärtigen geworden.) Das zweite vom späten Abend besagte: „Schlußsatz heutigen Telegramms bedeutet, daß vor ausdrücklicher Genehmigung Abschluß ohne Bayern keinenfalls erfolgen soll. Taube." Also war in dem Augenblick, in dem die württembergischen Bevollmächtigten mit Bismarck, Delbrück und Roon zu einem völligen Einvernehmen gekommen waren, und die Unterzeichnung des Vertrags vor der Türe zu stehen schien, durch einen abermaligen Wetterumschlag in Stuttgart wieder alles in Frage gestellt; die Bevollmächtigten, die ursprünglich ermächtigt waren, allein abzuschließen, wurden in Stuttgart als Drahtfiguren behandelt, welche man an unsichtbaren Fäden willkürlich hin und her ziehen könne. Kein Wunder, daß Suckow ausrief: „Welche Schmach!" und entschlossen war, entweder den Vertrag, wie er war, durchzusetzen oder zurückzutreten. Mittnacht hatte das Gefühl, daß ihre Stellung in Versailles jetzt unhaltbar sei, und so pflichtete er Suckows Vorschlag bei, daß sie sofort nach Stuttgart reisen und dem König Vortrag erstatten sollten, so peinliches Aufsehen auch ihre Abreise ohne Vertragsabschluß machen mußte. Bismarck er-

*) Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly, Tübingen 1897, S. 195: „Die offen gelassene Frist ist wohl dazu bestimmt, Bayern heranzuziehen." Dann konnten alle Verträge gleichzeitig veröffentlicht werden, was mehr Eindruck machen mußte.

**) Daß es ihnen damit ernst war, bestreitet Brandenburg a. a. O. S. 58 ff. Der König Wilhelm I. und Mittnacht glaubten daran, und nach Brays Brief vom 4. November (a. a. O. S. 162) scheint es auch nicht bezweifelt werden zu können.

fuhr von ihnen das plötzliche Hindernis eben an dem 12. November, auf den die Schlußberatung anberaumt war. „Der Kanzler nahm," ſchreibt Mittnacht, „unſere Eröffnungen ruhig entgegen;" aber „es erhellte doch, daß er ſie nicht leicht nahm," und aus Buſchs Tagebuchblättern, aus Bismarcks Briefen an Roon, aus den Aufzeichnungen des badiſchen Miniſters Jolly *) ſieht man, daß er „etwas verſtimmt" war, nur wenig aß, nervös und in übler Stimmung war; er blieb am Sonntag den 13. ungewöhnlich lang im Bett und ging auch nicht in die Kirche.**) Er dachte ſogar daran, jetzt die öffentliche Meinung in den Südſtaaten gegen ihre Regierungen mobil zu machen.***) In der Tat war durch das Abſpringen Württembergs die geſchloſſene Phalanx der nichtbayriſchen Südſtaaten zertrümmert; Bayern war nicht mehr vereinzelt und ward dadurch vorausſichtlich in ſeinen Anſprüchen noch beſtärkt. Allein konnte es nicht außerhalb des Bundes bleiben, ſondern mußte nachgeben; jetzt hatte es einen Trabanten zur Seite, der von der Rückſichtsloſigkeit, womit Bayern lediglich ſeine eigenen Ziele verfolgte und Vorrechte vor den andern Staaten zu erringen ſtrebte, gar nichts zu merken ſchien. Mit dieſer Blindheit waren freilich nur die maßgebenden Perſonen in Stuttgart geſchlagen, nicht auch Suckow und Mittnacht.†) Zu dieſen maßgebenden Perſonen gehörte vor allem die Königin Olga. Sie ſah mit tiefem Unmut, wie die württembergiſche Souveränetät zum Teil dahinſank; deutſche Geſinnung war ihr als einer Ruſſin von Hauſe aus unbekannt, und überdies ward ſie angetrieben von dem bis ins Mark ultramontanpartikulariſtiſchen bayriſchen Geſandten von Gaſſer ††) und deſſen vertrautem Freund, dem königlichen Kabinettschef Freiherr von Egloffſtein,†††) der nach Mittnacht immer für möglichſte Selbſtändigkeit Württembergs und für geſchloſſenes Zuſammengehen mit Bayern war; endlich von ihrer Staatsdame, der Baronin Eveline

*) Baumgarten-Jolly a. a. O. S. 197.

**) Buſch a. a. O. 1, 390 f.

***) S. Lorenz a. a. O. S. 358, nach Äußerungen Bismarcks gegen den Großherzog Friedrich von Baden.

†) Mittnacht, Rückblicke S. 114. 115. 117.

††) Deſſen Frau war eine Freundin König Ludwigs II. und ſtand mit ihm in fortwährender Korreſpondenz. Buſch, Tagebuchblätter 2, 379.

†††) Mittnacht, Rückblicke S. 12, und Suckows Rückſchau S. 130, der ihn „den großen Trommelſchläger der Partikulariſten" nennt. Über ſeine Entlaſſung Ende 1872 ſiehe Buſch, Tagebuchblätter 2, 384.

von Massenbach. So veranlaßte sie ihren Gemahl, das bedauerliche Telegramm abzusenden.*)

Dieses Telegramm hat den Abschluß der württembergischen Verhandlungen um vierzehn Tage hinausgeschoben, und nach der Ansicht mehrerer Forscher **) hat es auch die verhängnisvolle Wirkung gehabt, daß Bismarck den Bayern nunmehr weit größere Zugeständnisse einräumte, als er sonst getan haben würde. „Da Württemberg sich versagt hatte," äußert Busch, „mit Preußen mittelbar Bayern zum Nachgeben zu nötigen, so mußte dies unmittelbar gewonnen und der dafür geforderte höhere Preis gezahlt werden." Hiezu drängte auch nach Busch der Ernst der kriegerischen Lage, der sich in der Rückeroberung von Orleans durch die französische Loire-Armee und dem Zurückweichen von der Tanns kundgab (8. und 9. November); auch die Verwicklung, welche Rußlands Vorgehen in der Pontusfrage hervorrief (S. 262).***) Es galt unter solchen Umständen jeden Anschein zu vermeiden, als ob die alte deutsche Uneinigkeit wieder ihr Haupt erhebe und die deutsche Waffenbrüderschaft zerbreche. So einleuchtend dies auch scheint, so können wir doch dieser Ansicht nicht beitreten. Einmal bieten die bis jetzt vorliegenden Quellen keinerlei Anhaltspunkte dafür; in Brays Aufzeichnungen steht nichts davon — und so dumm war er nicht, daß er, wenn er die Gunst der Lage ausbeuten wollte, sie gar nicht bemerkt hätte — ebenso wenig bei Suckow, dessen lebhaftes Naturell und nationaler Feuereifer ihn gewiß zu einer scharfen Äußerung über die unheilvollen Folgen der Sache veranlaßt hätten; auch nicht bei Mittnacht, und nur in einem Brief Laskers †) an den nationalliberalen württembergischen Abgeordneten Hölder heißt es: „Der kurze Abbruch der württembergischen Verhandlungen drängte Bismarck, mit Bayern auch um einen höheren Preis fertig zu werden." Lasker aber stand, wie Brandenburg richtig betont, den Versailler Vorgängen ja ganz fern und kann in dieser Frage nicht als Zeuge

*) Mittnacht (a. a. O. S. 139) sagt in der Form zurückhaltend, aber doch deutlich genug, daß nach des Königs eigenen Worten „die Damen" ihn zu dem Telegramm veranlaßt hätten.

**) Busch a. a. O. S. 79 und Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910, S. 109.

***) Man sollte freilich denken, daß dieses Vorgehen die am Krieg nicht beteiligten Großmächte so spaltete, daß Deutschland nunmehr sicher war, seine Rechnung mit Frankreich allein zu begleichen.

†) Angeführt bei Busch a. a. O., 97.

von Bedeutung angeſehen werden. Dann iſt zweitens zu ſagen, daß Bismarck von jeher Bayern als den größten deutſchen Staat nach Preußen mit beſonderer Rückſicht behandelt hat (vgl. oben S. 139 und 193) und daß er auch nie im Zweifel geweſen ſein kann, daß er ihm beſondere Vorrechte einräumen müſſe, wenn er ſeinen freiwilligen und gutwilligen Beitritt zum Deutſchen Reich erlangen wollte. Drittens aber: auch bei den nunmehr wieder aufgenommenen und am 23. November abgeſchloſſenen Verhandlungen hat Bismarck die Verſuche, ein „bayriſches Vizekaiſertum“ *) zu ſchaffen, rundweg abgelehnt, und nicht minder die Gewährung von ſechs Stimmen **) im Bundesrat und namentlich (zur großen Enttäuſchung der Bayern) die von König Ludwig nochmals am 16. November ***) geforderte Gebietserweiterung, gegen die ſich Baden, aus deſſen Haut Bayern ſeine Riemen ſchneiden wollte, entſchieden wehrte. Es iſt auch hervorzuheben, daß Bayern ſchließlich mehr zugeſtanden hat als es im September willens geweſen war.†) Was Bismarck neu einräumte, war 1. eine gewiſſe Beiziehung Bayerns, aber wohl gemerkt, auch Sachſens und Württembergs, zur auswärtigen Politik, die an ſich nicht Sache des Bundesrats war und iſt, indem aus dieſen drei Staaten ein ſtändiger „diplomatiſcher Ausſchuß“ des Bundesrats für die ſämtlichen ††) auswärtigen Angelegenheiten des Bundes unter bayriſchem Vorſitz, aber ohne Teilnahme Preußens gebildet werden ſollte, womit ihm unfraglich die ſelbſtändige praktiſche Bedeutung entzogen war; die Anweſenheit eines preußiſchen Vertreters hätte zu allen möglichen indiskreten Anfragen Gelegenheit gegeben, während ſo die Grenze deſſen, was dem Ausſchuß mitgeteilt werden ſollte, ſtrenger feſtgehalten werden konnte.†††) 2. ſollte den bayriſchen Geſandten die etwa er-

*) Ausdruck Mittnachts a. a. O., S. 137. Bray S. 178 formuliert es ſo: „den König von Bayern neben dem Kaiſer Repräſentanten des Deutſchen Reichs.“ S. oben S. 271.

**) Ich vermute, daß dabei der Gebietszuwachs, „mit dem unzertrennlich ein gewiſſer Machtzuwachs kommt“ (Bray S. 176) ſchon in Rechnung geſtellt war.

***) Bray S. 175 (31. Oktober) und S. 192 (16. November).

†) Bray S. 140.

††) Dieſes Beiwort findet ſich bei Bray S. 195. Es iſt formell ſehr weittragend; eine klare Bezeichnung der Kompetenz des Ausſchuſſes, deren Feſtſetzung Brandenburg S. 76 im Anſchluß an Frieſen 3, 213 vermißt, würde m. E. eher eine Einſchränkung des Zugeſtändniſſes enthalten haben.

†††) So v. Frieſen, Erinnerungen aus meinem Leben, 3, 184.

forderlich werdende Vertretung der Gesandten des Reichs zustehen. Im Anschluß an die schon in München hervorgetretenen Forderungen Bayerns erhielt es weiter das „Reservat" (Vorbehalt) 3. eigener Posten und Telegraphen, 4. eigener Gesetzgebung über die Heimats- und Niederlassungsverhältnisse (unter Ausschluß also des norddeutschen Unterstützungswohnsitzes), 5. eines eigenen Immobilienversicherungswesens, 6. der eigenen Besteuerung des inländischen Biers und Branntweins, wofür es der Reichskasse ein „Aversum" zahlen sollte, 7. einer eigenen Normaleichungskommission, und 8. die Befreiung von der Anwendbarkeit der Artikel 42 bis 46 der Bundesverfassung über die Eisenbahnen. Das wichtigste und das allein wirklich schwerwiegende und bedauerliche Zugeständnis, auf dem die Bayern aber unerschütterlich bestanden sind, war 9. die Zusicherung, daß das bayrische Heer — aber unter der Voraussetzung übereinstimmender Organisation und Ausbildung mit dem preußischen Heer — im Frieden eine vollständig unabhängige Verwaltung haben sollte, so daß sein Etat nur dem bayrischen Landtag, nicht dem Reichstag zur Beratung unterbreitet wird, und dem Kaiser nur das (schon im deutschen Bund 1815—66 bestehende) Recht einer Einsichtnahme (Inspektion) von dem Zustand des bayrischen Heeres zukam. Im Kriegsfall aber sollte dieses Heer unbedingt und ausschließlich unter dem Oberbefehl des Kaisers stehen; vom Tag der Mobilmachung an bis zum Tag des Friedensschlusses hat der König von Bayern über sein Heer nichts mehr zu sagen, und die Verpflichtung zum Gehorsam gegen den Kaiser im Kriegsfall wurde auf Drängen Roons, welcher die bayrische Sonderstellung in militärischen Dingen lange und hartnäckig bekämpft hat, in den bayrischen Fahneneid aufgenommen.

Auf diese Bedingungen hin unterzeichneten Bismarck und Bray am 23. November den Vertrag,*) durch den Bayern dem Reich beitrat, und zwar ohne auf Württemberg zu warten, das sich so krampfhaft an seine Rockschöße gehängt hatte. Da mit Baden und Hessen schon am 15. November abgeschlossen war, so blieb nur

*) A. v. Ruville (a. a. O. S. 260 ff. bes. 289) hat behauptet, daß Bray deshalb nachgegeben habe, weil Bismarck drohte, die am 10. Oktober im Schloß des Staatsministers Rouher, Cerçay bei Paris, erbeuteten Staatsschriften zu veröffentlichen, welche Bayerns frühere Politik 1866 ff. schwer bloß gestellt hätten. Diese phantastische und mehr als romanhafte Geschichte hat Küntzel S. 86 ff. eingehend widerlegt, ihr aber fast zu viel Ehre angetan. Vgl. auch Roloff, Preußische Jahrbücher 139, 137—148. Eine Bloßstellung Bayerns durch jene Papiere ist nicht einmal wahrscheinlich.

Württemberg noch übrig, das ohne den Stuttgarter Querzug ſchon am 12. hätte unterzeichnen können. Da der Reichstag der Verträge wegen auf den 24. November nach Berlin berufen wurde und Delbrück deshalb dorthin abreiſte, ſo mußten Mittnacht und Suckow, nachdem ſie am 19. die Zuſtimmung des Königs Karl endlich erreicht hatten, am 20. abends nach Berlin ſich begeben. Hier fehlte noch der Text der Militärabkunft, welche Roon in Verſailles am 22. zur Poſt gab. Sie war aber am 24. noch nicht da, und ſo konnte Delbrück dem Reichstag nur den Abſchluß mit Bayern, Baden und Heſſen ankündigen und bezüglich Württembergs die Hoffnung ausſprechen, daß eine gleiche Übereinſtimmung über den Weg zum Ziele nicht ausbleiben werde.*) Im letzten Augenblick verlangte Württemberg noch die (allerdings nicht in Vertragsform gebrachte) Zuſicherung, daß die Erzeugung und der Verbrauch des inländiſchen Weines nie von Reichswegen beſteuert werden ſollte, daß es trotz Artikel 42 ſein „amerikaniſches“ Wagenſyſtem (im Gegenſatz zum norddeutſchen Coupéſyſtem) behalten dürfe und vor Erhebung etwaiger aus dem genannten Artikel folgender Zumutungen mit ihm Rückſprache genommen werde; auch verpflichtete ſich der König von Preußen, von der dem Bundesfeldherrn zuſtehenden Befugnis, jeden Teil des Bundesgebiets in Kriegszuſtand zu erklären, für Württemberg in Friedenszeiten nur mit Zuſtimmung des Königs von Württemberg Gebrauch zu machen. Daraufhin wurde der Vertrag von Mittnacht, Suckow und Delbrück am 25. November in Berlin unterſchrieben, und damit war das deutſche Reich vollendet.

Bei dieſen Verhandlungen zeigte ſich Bismarck in allen Dingen, die er nicht unbedingt als gefährlich für den Einheitsgedanken ſelbſt anſah, in hohem Maße entgegenkommend, und zwar nicht bloß im Hinblick auf die geſamte damalige Lage Deutſchlands, ſondern auch in der Erwägung, daß nur ein Bündnis, in das alle Teilnehmer ſchließlich mit zufriedenem Gemüt einträten, die Bürgſchaft der Dauer in ſich trage. Namentlich Bayern gegenüber entwickelte er eine Nachgiebigkeit, welche vielfach, ſo handgreiflich auch der Wert der Gewinnung Bayerns für das ohne Bayern nur einen Torſo bildende Reich war,**) damals und ſpäter herb getadelt worden

*) Text ſeiner Worte bei Hahn, Fürſt Bismarck 2, 255 f.

**) Die Gründe, aus welchen Bayerns Beitritt von großer Bedeutung war, ſind ſehr gut von Mittnacht entwickelt: ſiehe deſſen Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart 1904, S. 236.

iſt.*) Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die von Haus aus vorhandene Selbſtüberhebung der Bayern, welche ſich über alle andern Mittelſtaaten ſtellten (S. 270) und ſich mit Preußen verglichen, recht eigentlich groß gezogen habe. Er mußte den Großherzog von Baden zu ſeinem Beiſtand gegen das Widerſtreben im Hauptquartier aufbieten, wo man beſonders über die militäriſche Sonderſtellung Bayerns empört war, und er geriet über dieſer Frage namentlich mit dem Kronprinzen am 16. November hart zuſammen. Der Kronprinz war nach ſeinem Tagebuch der Anſicht, daß man den Süddeutſchen, d. h. den Württembergern und Bayern — „feſt und gebietend gegenüber treten ſolle;“ Bismarck ſei ſich ſeiner Macht gar nicht genügend bewußt. Als Bismarck einwarf, damit würde man nur dieſe Staaten in Öſterreichs Arme treiben, deſſen auswärtiger Miniſter Beuſt auch jetzt noch immer auf der Lauer gegen Preußen lag,**) antwortete der Kronprinz: darauf könne man es ankommen laſſen; es ſei nichts leichter als kurzerhand von der ſeit ein paar Wochen in Verſailles anweſenden Mehrzahl der Fürſten (den Großherzögen von Baden, Oldenburg und Weimar, dem Herzog von Koburg u. a.) den Kaiſer ausrufen zu laſſen und eine den berechtigten Forderungen des deutſchen Volks entſprechende Verfaſſung zu verkünden; das würde ein Druck ſein, dem die Könige nicht widerſtehen könnten. Bismarck verſetzte, daß zu ſolchen Schritten der König nicht gebracht werden könne; der Kronprinz gab zurück, Bismarcks Nichtwollen genüge freilich, um die Sache bei Seiner Majeſtät unmöglich zu machen. Der Ton der Erörterung wurde eine Zeitlang ſehr gereizt; doch entſchuldigte ſich der Kronprinz am Schluß, er ſei vielleicht zu lebhaft geworden; aber man könne ihm beim Verſäumen eines weltgeſchichtlichen Moments nicht Gleichgültigkeit zumuten.***) Dieſes Verſäumen iſt dann nicht Tat-

*) Vgl. z. B. Heinrich v. Treitſchke, Die Verträge mit den Südſtaaten, Preußiſche Jahrbücher, Dezember 1870 = Zehn Jahre deutſcher Kämpfe 1, 348—359.

**) W. Alter, Deutſche Rundſchau 145, 115 ff., und v. Frieſen 3, 209, nach welchem Beuſt im November ſelbſt von Wien nach München reiſte und Brays Erſatz durch v. d. Pfordten betrieb, da Bray gegen Bismarck viel zu ſchwach ſei; er bot allem auf, Bayerns Anſchluß an das deutſche Reich zu verhindern.

***) Bismarck hat in dem im Staatsanzeiger veröffentlichten Immediatbericht vom 23. September 1888 die Echtheit des Tagebuchberichts angezweifelt, aber nur aus Schonung für das Andenken des Kaiſers Friedrich; in Wahrheit hielt er es für echt, Buſch, Tagebuchblätter 3, 243; und

ſache geworden; Bismarck hat das deutſche Reich gezimmert mit ebenſoviel Tatkraft als Geduld, und der Umſtand, daß ſchließlich alle Widerſtände gütlich überwunden wurden, hat zweifellos es bewirkt, daß die verſchiedenen Stämme ſich ſo leicht in das neue Reich einlebten und von Jahr zu Jahr immer enger mit ihm verwuchſen. Inſofern kann man auch heute noch zugeben, daß das Wort, das Bismarck zugeſchrieben wird und das jedenfalls ſeinen Sinn genau trifft: „Ich will ein zufriedenes Bayern," von tiefer Weisheit und von echt bundesfreundlicher Geſinnung eingegeben war; derſelbe Mann, der einſt den „gott- und rechtloſen Souveränetätsſchwindel der deutſchen Fürſten" ſo ſcharf gegeißelt hatte, kam ihnen nun weit entgegen, ſobald ſie das Reich errichten halfen. Man darf aber beklagen, daß Bayern ſich dieſer Rückſichtnahme ſpäter nicht immer wert gezeigt und durch kleinliche Bekämpfung faſt jedes nationalen Fortſchritts namentlich ſeit Bismarcks Sturz die Geduld ſeiner Bundesgenoſſen mehrfach auf ſehr ſchwere Proben geſtellt hat.

Gleich die Frage des Schlußſteins des ganzen Werkes, *des Angebots der Kaiſerkrone an den König von Preußen*, lieferte den Beweis, wie ſchwer ſich die Bayern zur Erfüllung einer klaren nationalen Pflicht entſchloßen. Der Kronprinz war jetzt *) mit Bismarck darüber völlig einverſtanden, daß dieſer Titel das ganze Werk krönen müſſe. Ihm war das etwas

Bamberger („Nation" Februar 1896) hat gehört, daß „der Kronprinz von einer ſehr heftigen Szene zwiſchen ihm und dem Kanzler" am 16. November erzählte.

*) Seit wann, iſt dadurch unklar geworden, daß Bismarck (Gedanken und Erinnerungen 2, 116) behauptet, er habe noch in Verſailles den Kronprinzen für den Kaiſertitel gewinnen müſſen. Der Kronprinz ſei durch die politiſchen Phantaſten, denen er ſein Ohr lieh, gegen dieſen Titel — als zu transalpinem Ehrgeiz veranlaſſend — eingenommen worden und habe den Titel „König der Deutſchen" gewünſcht. Dieſe Darſtellung kann ich unmöglich für richtig halten, da die Angabe von Freytag — ſiehe oben S. 263 — und die Notizen im kronprinzlichen Tagebuch, deutſche Rundſchau 57, 12, vom 3. September, 19. September uſw. unzweifelhaft dartun, daß der Kronprinz 1870 von den erſten Siegen an den Kaiſertitel erſtrebt hat. Gleichzeitige Niederſchriften haben doch unter allen Umſtänden den Vorrang vor ſpäter abgefaßten Erinnerungen. Bismarck gibt in offenbarer Verwechſlung der Jahre an, der Kronprinz habe den Königen von Bayern uſw. wieder den bloßen Herzogstitel geben wollen, im Gegenſatz zum deutſchen König; das hat er im Juli 1866 verlangt, für welche Situation der Kaiſertitel noch nicht gepaßt hätte, nicht 1870. Vgl. Sybel 5, 464.

ganz Selbſtverſtändliches; die deutſche Einheit hätte ihres glänzendſten Sinnbilds, das Hohenzollernhaus ſeiner Gleichſtellung mit den früheren Herrſcherhäuſern Deutſchlands (und mit den jetzigen Kaiſern von Öſterreich und Rußland) entbehrt, wenn dieſer Titel nicht geſchaffen wurde. Bismarck ſeinerſeits begriff vollkommen, daß der Kaiſertitel „ein werbendes Element für Einheit und Zentraliſation bildete;“ im Norden weniger, wo ſelbſt Männer wie Freytag *) den hohlen Glanz der Kaiſerkrone verſchmähten und die aus dem Kaiſertitel angeblich folgenden Weltherrſchaftsanſprüche mit Argwohn und Sorge betrachteten, wohl aber im Süden: dort riß der von alters her den Menſchen gewohnte und immer noch mit Ehrfurcht und Hingabe genannte Kaiſertitel vorausſichtlich alle Herzen im Sturm mit ſich. Aber zwei Schwierigkeiten ſtellten ſich der Sache in den Weg. Erſtens wollte König Wilhelm von dem Kaiſertitel nichts wiſſen (S. 266), der auch ihm nur anſpruchsvoll erſchien, während er reale Macht nicht verleihe; er äußerte ſich ſpöttiſch: „Was ſoll mir der Charaktermajor?“ (d. h. der bloße Titel). Dann fragte es ſich, wer den Kaiſertitel dem König antragen ſolle. Es war kein Zweifel, daß der Reichstag ſofort dazu bereit ſein werde, ja, daß man ihn ſchwer werde abhalten können, es zu tun, wenn lange gezögert wurde. Aus der Initiative des Reichstags aber wollte der König den Titel auf keinen Fall: ſein Bruder hatte 1849 die vom Parlament ihm gebotene Kaiſerkrone abgelehnt, weil er ſie aus triftigen Gründen nur oder doch in erſter Linie von den Mitfürſten empfangen wollte. Wilhelm I. ſtand jetzt wie 1849 zu dieſer Frage doch wohl etwas freier, als ſein Bruder; aber darüber war auch er ſich klar, daß er nicht Kaiſer nur von Volkes Gnaden ſein dürfe. Mußte die Anregung aber von einem Fürſten ausgehen, ſo konnte in erſter Linie nur König Ludwig II. von Bayern in Betracht kommen, und dieſer verhielt ſich gänzlich zurückhaltend. Schon am 11. November meldet das kronprinzliche Tagebuch, daß der Großherzog von Baden einen ganz wundervollen Brief (am 31. Oktober) an den König geſchrieben habe, der unbeantwortet geblieben ſei; Mitte November überbrachte der Staatsrat Gelzer einen zweiten vertraulichen Brief.**) Am 24. leſen wir, daß die Fürſtenverſammlung, welche

*) Auch Heinrich v. Treitſchke dachte halb und halb ſo (Zehn Jahre deutſcher Kämpfe, Berlin 1879, S. 359), verſchloß ſich aber dem Wert und der Notwendigkeit des Kaiſertitels doch nicht.

**) Luiſe v. Kobell, König Ludwig II. und Bismarck, S. 32.

ſchon am 21. Auguſt von Bismarck in einem Geſpräch mit dem Kronprinzen von Sachſen angeregt war, und zu der bereits die Mehrzahl der Fürſten in Verſailles eingetroffen war (ſ. oben S. 279), energiſch gefördert werden ſollte, indem Fürſt Lynar mit eigenhändigen Schreiben des Königs Wilhelm zu den Souveränen von Bayern, Württemberg und Sachſen reiſen ſollte, um ſie feierlich einzuladen; auf dieſer Verſammlung ſollte dann die Kaiſerfrage gelöſt werden. Von München traf der königliche Oberſtallmeiſter Graf Holnſtein in Verſailles ein, nach Moritz Buſch „ein ſtattlicher, ſtrammer Mann, rotes, volles Geſicht, angenehmes, offenes Benehmen," um die Wohnung und die Ställe in Schloß Trianon anzuſehen, welche König Ludwig II. hätten zugewieſen werden ſollen. Durch Holnſtein kam die Sache endlich zum Abſchluß. In dem Gefühl, daß „an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms die Kaiſerfrage zu ſcheitern drohte," erſuchte Bismarck den Grafen, dem König Ludwig II. ein Schreiben zu überbringen, in welchem er darlegte: die Krone Bayern könne die Präſidialrechte, für welche die bayriſche Zuſtimmung bereits vorlag, dem König von Preußen ohne Verſtimmung des bayriſchen Selbſtgefühls nicht einräumen. Preußiſche Autorität innerhalb der bayriſchen Grenzen ausgeübt ſei neu und werde die bayriſche Empfindung verletzen; ein deutſcher Kaiſer aber ſei ſozuſagen nicht Bayerns Nachbar, ſondern der Landsmann; im erſten Falle bleibe der König von Bayern dem König von Preußen koordiniert, im zweiten ſubordiniert.*) Auf den Rat Holnſteins legte Bismarck dem König zu deſſen Bequemlichkeit dann gleich den Entwurf eines Schreibens an König Wilhelm mit dem Angebot der Kaiſerkrone bei. Außerdem übergab er Holnſtein noch ein drittes,**) privates Schreiben an den König, worin er ſeiner grandioſen Kunſt, die Menſchen ſo zu behandeln, wie es ihren Wünſchen und ihrem Weſen entſprach, die Krone aufſetzte: er wies darauf hin, daß einſt, als der Wittelsbacher Kaiſer Ludwig in der Mark Brandenburg regierte, er der Bismarckſchen Familie während mehr als einer Generation beſonderes Wohlwollen betätigt habe,***) und er alſo jetzt ſeinen

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 118, und H. v. Poſchinger, Bismarck und die Parlamentarier, 1, 270.

**) Darauf hat Kämmel aufmerkſam gemacht, kritiſche Studien zu Fürſt Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Leipzig 1901, S. 104, indem er eine Mitteilung Bismarcks bei H. v. Poſchinger a. a. O. ans Licht zog.

***) So der Wortlaut Gedanken und Erinnerungen 2, 118. Wenn bei Poſchinger a. a. O. 1, 271 es heißt: „Es ſei in der Bismarckſchen Familie

Rat nicht bloß als Staatsmann gebe, sondern als treuer Vasall. Dieser Appell schlug durch. Als Graf Holnstein nach einer viertägigen Reise am 1. Dezember in Schloß Hohenschwangau eingetroffen war und nicht ohne Schwierigkeit zu dem unpäßlichen Monarchen Zutritt erhalten hatte, las Ludwig II. Bismarcks Brief zweimal aufmerksam durch, ließ sofort durch einen Reitknecht Tinte und Papier holen und schrieb im Bett nach Bismarcks Entwurf den Brief ab, in dem er Wilhelm I. die Kaiserkrone anbot. Holnstein reiste sofort mit dem Brief wieder ab und langte am 3. Dezember wieder in Versailles an, worauf der Oheim des Königs, Prinz Luitpold, alsbald gemäß königlichem Befehl das Schreiben dem König Wilhelm überreichte. „Nach Tische," schreibt der Kronprinz zu diesem Tage, „Vortrag Bismarcks, der den Brief verliest, welchen der König so zur Unzeit wie möglich findet, worauf Bismarck bemerkt, die Kaiserfrage habe mit den augenblicklichen Kämpfen (Ausfälle aus Paris, Rückeroberung von Orleans durch Prinz Friedrich Karl) nichts zu tun (d. h. komme also keineswegs zur Unzeit). Als wir das Zimmer verließen, reichten Bismarck und ich uns die Hand; mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt, jetzt ist das fünfundsechzigjährige Interregnum, die kaiserlose, die schreckliche Zeit vorbei; schon dieser stolze Titel ist eine Bürgschaft." Der König aber, so sehr er an dem ebenso einfachen als inhaltsreichen preußischen Königstitel hing und ihn nicht durch einen neuen, glänzenderen, aber an realer Macht armen Titel in Schatten gestellt sehen wollte, mußte sich jetzt fügen; den Einwand mit dem „Charaktermajor" schlug Bismarck durch die glückliche militärische Analogie aus dem Feld: „Eure Majestät besitzen allerdings schon die Befugnisse der Stellung verfassungsmäßig, und der ‚Kaiser' enthält nur die äußerliche Sanktion; gewissermaßen als ob ein mit der Führung eines Regiments beauftragter Offizier endgültig zum Kommandanten ernannt wird. Eure Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, ‚das Präsidium'? In dem Ausdruck Präsidium

---

unvergessen, daß der Stammsitz Schönhausen ein Lehen Heinrichs des Löwen gewesen sei," so liegt hier ein handgreiflicher Irrtum des Berichterstatters vor; Heinrich der Löwe hat mit den Wittelsbachern ja nichts zu tun. Auch sonst ist der Bericht bei Poschinger schief: Bismarck soll noch bei Behandlung der Kaiserfrage mit König Ludwig gesagt haben, bei eigener Initiative der Bundesstaaten könnten sie die Befugnisse der Reichsgewalt auf das Unentbehrliche beschränken — diese Befugnisse standen damals aber durch die Verträge schon fest.

liegt eine Abſtraktion, in dem Worte Kaiſer eine große Schwungkraft." *)

Der weitere Gang der Dinge kann hier kurz zuſammengefaßt werden. Der Reichstag erhob zwar mancherlei Bedenken gegen die durch die Verträge mit dem Süden hervorgerufenen Verfaſſungsänderungen, namentlich gegen den Artikel, welcher die Kriegserklärung im Fall eines Angriffskriegs nicht mehr dem Präſidium überließ, ſondern es für dieſen Fall an die Zuſtimmung des Bundesrats band; dann gegen die Dreiviertelmehrheit des Bundesrats für Verfaſſungsänderungen und gegen den diplomatiſchen Ausſchuß. Man ſagte ſich aber, daß betreffs des erſten Punktes das auswärtige Amt die Dinge immer wieder ſo geſtalten könne, daß jeder Krieg als Verteidigungskrieg erſcheine; daß durch Punkt zwei auch Preußen allein mit ſeinen ſiebzehn Stimmen jede Änderung verhindern könne und die militäriſchen Dinge ja überhaupt nur mit Zuſtimmung des Präſidiums verändert werden dürften; endlich daß der diplomatiſche Ausſchuß, ſchon weil Preußen nicht an ihm Teil hatte, ein totgeborenes Kind ſei (er iſt auch, ſoviel bekannt, nur 1875,**) 1879, 1900 und 1910 zuſammengetreten). Vor allem aber: es war einfach unmöglich für das Parlament, die Einheitsbewegung wegen irgend welcher Einzelnheiten ſcheitern zu laſſen, nachdem Bismarck dieſe Einzelnheiten nicht als ausſchlaggebend erachtet hatte. So nahm der Reichstag am 9. Dezember die Verträge mit Württemberg, Baden und Heſſen faſt einſtimmig, den Vertrag mit Bayern mit 195 gegen 32 Stimmen an — auch der einflußreiche nationalliberale Abgeordnete Ludwig Bamberger, den Bismarck eigens am 4. Dezember hatte zu ſich kommen laſſen, um

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 55. 117—118. Das lange Sichſträuben Bayerns hatte die Folge, daß — da des drängenden Reichstags wegen die Kaiſerfrage am 4. Dezember erledigt ſein ſollte — ſchließlich die Angelegenheit ſo überhaſtet werden mußte, daß keine Zeit blieb, die andern Fürſten zu dem Brief des Königs Ludwig rechtzeitig vorher ihre Zuſtimmung geben zu laſſen; die Sache ſah alſo ſo aus, als ob ſie nicht ganz Deutſchland berühre, ſondern bloß Preußen und Bayern. Nicht einmal die bayeriſchen Miniſter wußten von der Sache. S. v. Frieſen 3, 208. Daß Bismarck an dieſer „nicht recht würdigen Behandlung der Frage" ganz unſchuldig war, betont Frieſen S. 231 nachdrücklich; Bismarck hatte ja die würdigſte Form der Kaiſerausrufung angeſtrebt, durch die verſammelten deutſchen Fürſten in Verſailles, wobei der König von Bayern der Wortführer ſein ſollte.

**) Über dieſe erſte Sitzung ſiehe Näheres bei v. Frieſen 3, 214—218.

ihn zu bearbeiten, ſtimmte mit Ja und gewann die widerſtrebenden Mitglieder ſeiner Partei dafür. „Ich weiß ja," ſagte Bismarck zu ihm, „wenn die Verträge in drei bis fünf Jahren Gegenſtand aller möglichen Ausſtellungen ſein werden, da wird man ſchreien: ‚Wie hat der dumme Kerl ſo etwas unterſchreiben können!'" Am 9. Dezember nahm der Bundesrat, am 10. der Reichstag die Ausdrücke „Kaiſer" und „Reich" an. Am 18. erſchien eine Abordnung von dreißig Reichstagsmitgliedern, mit dem Präſidenten Simſon an der Spitze, in Verſailles, um dem König in ſeinem Hauptquartier im Präfekturgebäude mittags zwei Uhr eine Glückwunſchadreſſe zu überbringen. „Simſons Meiſterrede entlockte mir helle Tränen," ſchreibt der Kronprinz in ſeinem Tagebuch; „auch der König mußte bei ſeiner Antwort vor Rührung einigemal innehalten." Am 18. Januar 1871 wurden dann ſechzig Standarten unter Muſik in den berühmten Spiegelſaal (galérie des glaces) des Schloſſes von Verſailles getragen; das 7. Regiment der Königsgrenadiere, die durch den Sturm auf Weißenburg am 4. Auguſt den Krieg eröffnet hatten, ſtellte die Ehrenpoſten im Schloßhof; fünf- bis ſechshundert Offiziere und Mannſchaften, alle in Verſailles anweſenden Fürſten betraten den Saal; ein Sängerchor ſang: Jauchze dem Herrn, alle Welt! An einem einfachen Feldaltar ſprach der Diviſionspfarrer Rogge ein Gebet — Gott, dem ewigen König, dem Unvergänglichen, Unſichtbaren, allein Weiſen ſei Ehre und Preis in Ewigkeit! — und dann betrat der König eine Erhöhung. Nach einem Brief, den er am gleichen Tag an ſeine Gemahlin ſchrieb,*) „war er in einer ſo moroſen Emotion über die Veränderung des preußiſchen Titels, daß er drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen." Das überwand er, im Gefühl der Pflicht, der er ſich nicht entziehen durfte: er ſprach einige Worte des Dankes an ſeine Verbündeten, und dann verlas Bismarck die berühmte, zweifellos von ihm entworfene Proklamation an das deutſche Volk. Er ſprach nach dem Bericht des weimariſchen Leibarztes Dr. Mälther anfangs „mit einer vor Erregung keuchenden Bruſt, bleichem Antlitz und ſo blutleeren Ohren, daß ſie faſt durchſichtig waren; mit Mühe rangen ſich die erſten Sätze aus der Bruſt; aber allmählich wurde die Stimme klar und durchdrang kräftig den weiten Saal." **) Die Proklamation verkündete, daß der König, dem Rufe der verbündeten Fürſten und Städte Folge leiſtend und eine Pflicht gegen das gemein-

*) Oncken, Unſer Heldenkaiſer, S. 218.

**) H. v. Poſchinger, alſo ſprach Bismarck, Wien 1911, 2, 89.

ſame Vaterland erfüllend, mit Herſtellung des deutſchen Reichs die ſeit mehr denn ſechzig Jahren ruhende deutſche Kaiſerwürde erneuere. „Wir übernehmen die kaiſerliche Würde in dem Bewußtſein der Pflicht, in deutſcher Treue die Rechte des Reichs und ſeiner Glieder zu ſchützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutſchlands, geſtützt auf die geeinte Kraft ſeines Volks, zu verteidigen ... Uns aber und unſern Nachfolgern an der Kaiſerkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutſchen Reiches zu ſein, nicht an kriegeriſchen Eroberungen, ſondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Geſittung.“ *) Es war noch eine Frage geweſen, wie der Kaiſertitel genau beſtimmt werden ſollte. Der König wollte noch am 17. Januar „Kaiſer von Deutſchland“ heißen, was Bismarck beanſtandete, weil darin ein landesherrlicher Anſpruch auf die nichtpreußiſchen Gebiete enthalten ſei, den die Fürſten zu bewilligen nicht gemeint wären, und weil der Titel „deutſcher Kaiſer“ in dem Schreiben König Ludwigs II. angetragen und ſo bereits in Artikel 11 der Verfaſſung aufgenommen ſei. Da der König trotz des Zuredens des Kronprinzen auf ſeinem Willen blieb, ſo erſuchte Bismarck den Großherzog von Baden um ſeine Vermittlung, indem er dieſen ſehr konſtitutionell denkenden Fürſten auf die Reichsverfaſſung hinwies, welche nunmehr maßgebend ſei; und nach einer Unterredung mit ſeinem Schwiegervater löſte Großherzog Friedrich am 18. die Schwierigkeit ſehr einfach dadurch, daß er zum Schluß das Hoch weder auf den deutſchen Kaiſer noch auf den Kaiſer von Deutſchland, ſondern auf Kaiſer Wilhelm ausbrachte. „Seine Majeſtät,“ erzählt Bismarck, „hatte mir dieſen Verlauf ſo übel genommen, daß er beim Herabtreten auf den erhöhten Stand der Fürſten mich, der ich allein auf dem freien Platz davor ſtand, ignorierte, an mir vorbeiging, um den hinter mir ſtehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieſer Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählich die gegenſeitigen Beziehungen wieder in das alte Geleiſe kamen.“

Inzwiſchen neigte ſich der franzöſiſche Krieg ſeinem Ende zu. Die Heere, welche Gambetta in den Provinzen „aus der Erde ſtampfte,“ vermochten trotz aller Anſtrengungen das ſeit 19. September umlagerte Paris nicht zu entſetzen, und nach langem Zögern ging die deutſche Heeresleitung auch dazu über, der von vierzehn

*) Text u. a. bei Ludwig Hahn, Fürſt Bismarck, 2, 276.

Forts umgürteten Stadt durch Beſchießung zuzuſetzen.*) Bismarck war urſprünglich gegen den Vormarſch auf Paris geweſen (ſ. oben S. 257); nachdem man ſich auf ihn eingelaſſen hatte, wollte er möglichſt bald zum Schluß kommen, einmal weil die deutſchen Einſchließungstruppen unter dem Feuer der Forts litten und ihr Mut und ihre Friſche nur erhalten werden konnten, wenn man auch hinüberſchoß; dann, weil die lange Dauer der Belagerung notwendig bei den übelwollenden Neutralen die Luſt zur Einmiſchung wach rufen mußte. Seit Ende September trat auch der Kriegsminiſter von Roon in dieſer Frage Bismarck mit aller Beſtimmtheit zur Seite, weil er die noch in Reims gehegte Hoffnung auf den nahen Fall der Stadt durch Hunger aufgab. Gerade dieſe Erwartung aber hegten der Generalſtabschef des Kronprinzen, General Blumenthal, und der Kronprinz ſelbſt. Moltke, der anfänglich durchaus für den energiſchen Angriff geweſen war, trat Ende Oktober auf ihre Seite hinüber, weil die Herbeiſchaffung der ſchweren Geſchütze aus ſo weiter Entfernung über die eiſenbahnloſe Strecke von Nanteuil ab faſt unüberwindliche Schwierigkeiten bot und er der von ihm ſchon 1844 theoretiſch vertretenen Anſicht war: „Städte von einer halben Million Einwohner werden überhaupt nicht durch Waffengewalt erobert, ſondern fallen durch ſich ſelber.“ Das Wort dieſer Männer wog beim König ſchwer, und nach Bismarcks und Roons Überzeugung *waren es auch weibliche Einflüſſe*, der Königin Auguſta, der Kronprinzeſſin Viktoria und ihrer Mutter, der Königin Viktoria von England, welche aus ſentimentalen Rückſichten und „damit das Lob des Auslands und die Phraſenberäucherung keine Einbuße erleiden,“ **) gegen die Beſchießung einer ſolchen Stadt („das Mekka der Ziviliſation“) als gegen eine Barbarei ſich erhoben. Zu allem hin kam noch der ſchon erwähnte (S. 256) Gegenſatz der Generale gegen Bismarck, der Manteuffel zu dem Ausruf veranlaßte: „Es iſt eine Schande, daß ein ſolcher Politiker mehr Einfluß hat wie die Heerführer,“ ***) und der ſich ſchließlich ſo zuſpitzte, daß Bismarck

*) Wilhelm Buſch, das deutſche große Hauptquartier und die Bekämpfung von Paris im Feldzuge 1870—71, Tübingen 1905, S. 9 ff., S. 35.

**) Bismarck an ſeine Gattin, 28. Oktober. Ganz ebenſo Roon in einem (in den Denkwürdigkeiten 3, 259 abgedruckten) Brief: „Jene, von ſentimentalen Damen ausgehenden ganz unberechtigten Einflüſſe.“ Die Frage iſt geprüft bei Buſch S. 39—42.

***) Buſch S. 45.

und Moltke in eine unverſöhnlich ſcheinende Entfremdung gerieten.*) Der ſpätere Verſuch des Kronprinzen vom 13. Januar, ſie wieder zuſammenzubringen, ſchlug ins Gegenteil um; Moltke erklärte ſchroff: „Ich bin militäriſcher Ratgeber des Königs und habe keine anderen Pflichten zu erfüllen; ich werde mich durch das Urteil des Grafen Bismarck nicht irre machen laſſen.“ Nur langſam drangen Bismarck und Roon beim König durch, den die Gegner ſchließlich namentlich auch dadurch von der Beſchießung abzuhalten geſucht hatten, daß ſie vorherſagten, die Beſchießung werde, auch wenn ſie eingeleitet werde, doch ergebnislos ſein und ſo am Ende zu einer heilloſen Bloßſtellung der deutſchen Waffen führen. Am 29. November befahl der König endlich, der Verſchleppung der Angelegenheit ein Ziel ſetzend, beſtimmt die allergrößte Beſchleunigung des Angriffs auf die Südfront. Am 27. Dezember war alles ſo weit, daß aus 76 Geſchützen die Beſchießung auf den im Oſten wie ein Keil gegen unſere Stellungen vorgeſchobenen Mont Avron, am 5. Januar die Bombardierung von Paris ſelbſt beginnen konnte, und die eigenſinnige Nörgelei der „Nichtſchießer“ gegen die „Schießer“, als ob die „Schießerei“ doch am letzten Ende nutzlos geweſen ſei, wird am beſten durch Moltkes, eines „Nichtſchießers“, Zugeſtändnis in ſeiner Geſchichte des Kriegs von 1870**) widerlegt: „Die Wirkung der nur ſechstägigen Beſchießung war entſcheidend;“ die Bevölkerung mußte von dem ſtark beſchoſſenen Süden ſich nach dem Norden zuſammendrängen, was ihre Lage erheblich verſchlimmerte. Da auch die Lebensmittel in der Stadt allmählich auf die Neige gingen, ſo daß man ſelbſt Hunde, Ratten und Katzen (das Stück zu neun Mark) aß, ſah ſich die Regierung zur Übergabe gedrängt, und am Abend des 23. Januar erſchien Favre, der noch Miniſter des Auswärtigen war, im Hauptquartier, um die Verhandlungen zu eröffnen. Vier Monate früher hatte er in Ferrières jede Abtretung von Land noch rundweg abgeſchlagen; jetzt war ihm dieſe Haltung nicht mehr möglich. Favre hatte ſofort noch am Abend des 23. eine Unterredung mit Bismarck, der ſich nachts elf Uhr in die Präfektur zum Kaiſer begab. Nachdem Favre zweimal, am 24. und 26., wieder nach Paris zurückgekehrt war, um mit der Regierung zu verhandeln, wurde am 27. Januar nachts zwölf Uhr das Feuer der Geſchütze auf beiden Seiten eingeſtellt, und am 28. kam es zur Unterzeichnung eines Vertrages, wornach die Deut-

*) Lorenz a. a. O. S. 479 ff., beſonders 485.

**) Geſammelte Werke 3, 363.

ſchen einen Waffenſtillſtand von einundzwanzig Tagen gewährten, während deſſen eine Nationalverſammlung zur Entſcheidung über Krieg und Frieden frei gewählt werden ſollte; als Ort ihres Zuſammentritts ward Bordeaux beſtimmt. Dafür mußten alle vierzehn Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris mit ihren Kriegsvorräten übergeben werden; die Beſatzungen (Linientruppen, Mobilgarden, Seeſoldaten) von Paris und ſeinen Forts wurden für kriegsgefangen erklärt und hatten ihre Waffen abzuliefern bis auf 12 000 Mann, welche der Regierung „für den inneren Dienſt“ zur Verfügung bleiben ſollten. Die Nationalgarde, deren Entwaffnung Favre bei dem in ihr herrſchenden aufrühreriſchen Geiſt für undurchführbar erklärte, durfte ihre Waffen behalten und ſollte die Ordnung in der Stadt ſichern. Die Ernährung der Stadt wurde (nach erfolgter Übergabe der Forts und nach Entwaffnung der Ringmauern) auf Straßen und Flüſſen frei gegeben. Die Stadt Paris hatte vor dem fünfzehnten Tag des Waffenſtillſtands eine ſtädtiſche Kriegskontribution von 200 Millionen Franken zu entrichten, aus der Bismarck den Südſtaaten gern ihre 1866 an Preußen entrichteten Kriegsentſchädigungen zurückgezahlt hätte; er drang aber damit nicht durch, warum, wiſſen wir nicht.*) Nunmehr war die Hauptſtadt Frankreichs auf Gnade und Ungnade den Deutſchen überliefert, welche in ihr alsbald einrücken konnten, falls die Nationalverſammlung ſich für die Fortdauer des Krieges entſchied. Das war freilich nach Lage der Sache um ſo mehr ausgeſchloſſen, als Frankreichs Heere überall geſchlagen und das Volk tief entmutigt war; der einzige, der auch jetzt noch fechten wollte, Gambetta, wurde durch das nach Bordeaux entſandte Regierungsmitglied Jules Simon am 6. Februar zum Rücktritt genötigt. Die Wahlen vom 8. Februar ergaben denn auch eine große Mehrheit von Anhängern des Friedens, und am 17. Februar wurde der Mann, welcher ſeinerzeit ſo entſchieden gegen den Krieg geſprochen hatte, Thiers, der Vertrauensmann von 26 Departements, zum „Chef der Exekutive“ gewählt. Er begab ſich im Auftrag der Nationalverſammlung am 21. Februar nach Verſailles, um über Frieden zu verhandeln, zu welchem Zweck der Kaiſer den Waffenſtillſtand um zehn Tage, bis zum 26. Februar, verlängerte. Bismarck forderte, was er immer in Ausſicht genommen hatte, die Abtretung des ganzen Elſaſſes, mit Belfort, dann eines Fünftels von Lothringen, mit Diedenhofen und auch Metz, weil Moltke dieſe

*) H. v. Poſchinger, Bismarck und die Parlamentarier 1, 271.

Stadt für unbedingt notwendig zu unſerer Sicherheit erklärte; ferner eine Kriegsentſchädigung von ſechs Milliarden Franken und den Einzug in Paris. Thiers war auf die Forderung der Abtretung der zwei Provinzen von vorn herein gefaßt; „es handelt ſich," hatte er in Bordeaux ausgerufen, „um das Los zweier uns ſehr nahe anliegender Provinzen hier, um das des ganzen Landes dort!" Der Admiral Jauréguiberry hatte durch genaue Berechnung feſtgeſtellt, daß man den 5—600 000 Deutſchen, welche ein volles Drittel Frankreichs beſetzt hielten, nur noch 280 000 Mann gutenteils erſchöpfter und entmutigter Truppen entgegenſtellen konnte; die Bevölkerung forderte vielerorts ſtürmiſch den Frieden: bei ſolchen Umſtänden war von weiterem Krieg nichts zu erwarten als die Überſchwemmung auch des Reſts von Frankreich durch den Feind: „nach Bordeaux!" riefen die Jäger des 5. preußiſchen Korps, als dieſes am 1. Februar den Befehl erhielt, ſich für alle Fälle zum Vormarſch nach dem Süden bereit zu halten. So war Thiers bereit, in dieſem Punkte nachzugeben; aber er wollte begreiflicherweiſe nicht auf der ganzen Linie weichen: er wollte doch etwas an den deutſchen Forderungen herabmindern. Demgemäß wandte er ſich an König Wilhelm mit der Bitte, die ſchweren Bedingungen großmütig zu mildern: allzu große Härte müſſe einen neuen Krieg im Schoße tragen. Der König antwortete gütig, aber ablehnend. „Wenn Sie erblicher König von Frankreich wären, ſagte Bismarck zu Thiers, würde ich mich im Vertrauen auf Sie mit geringeren Bürgſchaften begnügen; ſo aber müſſen wir uns anderweit ſicherſtellen." Am 23. Februar wurde Favre aus Paris als zuſtändiger Miniſter zu den Verhandlungen zugezogen; die beiden ſetzten Bismarck ſo zu, daß er nach Abeken „nachher ſo herunter war, wie ich ihn kaum je geſehen, ſelbſt in den ſchlimmſten Zeiten; er hat mich tief gedauert, und der König ließ ihm auch ſeine herzlichſte Teilnahme ausdrücken. Todmüde, wie er iſt, kann er nun doch nicht ſchlafen, und heute wird's nicht beſſer werden." Der badiſche Miniſter Jolly, der den Dingen anwohnte, fand Favre in ſeinem aufrichtigen Schmerz rührend, würdiger als den wortreichen, gewandten Thiers, der mehr durch die Quantität ſeiner Reden als durch ihre Qualität imponierte. „Der Gedankenſchaum quillt aus ihm," ſchreibt Bismarck ſeiner Frau, „unaufhaltſam wie aus einer geöffneten Flaſche, und ermüdet die Geduld, weil er hindert, zu dem trinkbaren Stoffe zu gelangen, auf den es ankommt. Dabei iſt er ein braver, kleiner Kerl, weißhaarig, achtbar und liebenswürdig, gute altfranzöſiſche Formen, und es wurde mir

ſehr ſchwer, ſo hart gegen ihn zu ſein, wie ich mußte.“ „Bismarck ſelbſt war, nach Jolly (a. a. O. S. 210) geradezu bezaubernd, von großartiger Liebenswürdigkeit und liebenswürdiger Größe; er iſt doch ein ganz eminenter Menſch, der, trotz manchem wunderlich Bizarren, doch, als echtes Genie, bei aller Kraft innerlich maßvoll iſt. Wirklich imponierend war der Hüne zwei-, dreimal, wenn er vollkommen chevaleresk und doch ohne perſönliche Härte, um zum Abſchluß zu kommen, erklärte: ‚Nicht der Sieger hat nachzugeben, ſondern der Beſiegte,‘“ — einſt hatte der Heerführer der Gallier, der Brennus, im eroberten Rom, als der Loskaufpreis dargewogen wurde und die Römer über falſches Gewicht klagten, ein Schwert in die Wagſchale geworfen, damit es auch noch mit Gold aufgewogen werde, und gerufen: vae victis! Nun erfuhren die neuern Gallier dasſelbe in verbindlichſter Form von dem Staatsmann der Germanen, welche ſie in drei Jahrhunderten wohl ein dutzendmal mit Krieg überzogen hatten, und eben jetzt wieder, um ihnen das erſte Recht einer Nation, das auf Ausgeſtaltung ihres Staates zur Einheit, zu beſtreiten: ſie empfingen jetzt, was ihre Taten wert waren. Thiers beanſtandete vor allem die Summe von ſechs Milliarden; ſo viel könne Frankreich nicht leiſten. Bismarck hatte die Summe darauf gegründet, daß Frankreich eine Milliarde Grundſteuer aufbringen konnte; er ließ jetzt eine Milliarde nach; die fünf Milliarden aber belegte er mit dem franzöſiſchen Vorbild von 1807. Damals hatte Frankreich dem auf fünf Millionen Einwohner herabgeſetzten Preußen 700 Millionen Franken abgenommen; es war alſo billig, daß das mehr als ſiebenmal volkreichere und im Verhältnis zu dem Preußen von 1807 weit wohlhabendere Frankreich von 1871 an Deutſchland ſiebenmal mehr (gibt rund fünf Milliarden) entrichtete. Zweitens wollte Thiers, da er Metz nicht retten konnte, wenigſtens Belfort behaupten; drittens lehnte er die Zuſtimmung zu dem Einzug der Deutſchen in Paris ab und berief ſich darauf, daß zwar beide Städte, Belfort und Paris, in die Gewalt der Deutſchen geraten, aber doch nicht eigentlich eingenommen ſeien. Er erklärte, lieber ſolle Frankreich untergehen, als daß er in dieſe Bedingungen willige. Bismarck beriet ſich jetzt mit dem König, der Moltke dazu befahl; ſie kamen überein, daß man Thiers die Wahl laſſe zwiſchen Belfort, das Moltke nicht für unbedingt notwendig zum Schutz Deutſchlands anſah, und dem Einzug. Thiers entſchied ſich dafür, Belfort zu behalten, ohne deſſen Beſitz ein deutſches Heer leicht in das Loch zwiſchen Jura und Vogeſen und damit ins Herz von Frankreich ein-

dringen konnte. Der nunmehr von Thiers, wenn auch mit ſchwerem Herzen, zugeſtandene Einzug in Paris wurde auf 1. März feſtgeſetzt; bis zur Zahlung der fünf Milliarden ſollten Teile Frankreichs beſetzt bleiben, ſo daß mit fortſchreitender Abzahlung eine ſtaffelförmige Räumung ſich vollziehen ſollte. Am 26. Februar 1871 kamen die Verhandlungen zum Abſchluß; weil Bayern, Württemberg und Baden den Krieg noch ſelbſtändig erklärt und bis zum 18. Januar auch als ſelbſtändige Mächte geführt hatten, unterſchrieben ſie auf Bismarcks Wunſch auch den Friedensvertrag, der übrigens nur die grundſätzlichen Fragen, nicht alle Einzelheiten, entſchied und alſo als „Präliminarfriede" bezeichnet ward. Die Einzelheiten ſollten auf den am 26. Februar gelegten Grundlagen in Brüſſel zur Erledigung gebracht werden. Als dort zwiſchen den Vertretern der beiden Mächte, Graf Arnim und Baron Baude, Schwierigkeiten entſtanden, lud Bismarck Favre und den Finanzminiſter Pouyer Quartier auf 6. Mai nach Frankfurt a. M. ein, wo dann raſch der endgültige Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 nachmittags zwei Uhr zuſtande kam. In ihm wurde ein für beide Teile nützlicher Gebietsaustauſch vereinbart, durch den der Umkreis von Belfort vergrößert und dafür an der Luxemburger Grenze weſtlich von Diedenhofen ein von Deutſchen bewohnter Landſtrich mit reichen Staatswaldungen und Steinkohlengruben Deutſchland zugeteilt wurde. Auch verpflichteten ſich beide Teile, die Gräber der gefallenen Soldaten auf ihrem Gebiet in Ehren und in ſtand zu halten. Am 18. Mai hieß die franzöſiſche Nationalverſammlung den Frieden mit 443 gegen 98 Stimmen gut; am 21. Mai wurden in Frankfurt zwiſchen Bismarck und Favre die unterſchriebenen Urkunden ausgetauſcht.

Damit war der gewaltige Krieg zu Ende. Wenn man 1814 hatte klagen müſſen, daß die Feder der Diplomaten verdorben habe, was das Schwert gut gemacht habe, ſo ſtand 1871 die diplomatiſche Führung der Nation mindeſtens auf derſelben ſtolzen Höhe wie die militäriſche. Mit großartigem Scharfblick, rechtzeitig zugreifender Tatkraft und weiſer Mäßigung hatte Bismarck unſer Staatsſchiff durch zahlreiche gefährliche Klippen, deren Vorhandenſein das ungeübte Auge nicht wahrnahm, hindurchgeſteuert bis zu dem Ziele, da unſer Reich neu erſtanden und durch den Erwerb der in Jahren der Schmach verlorenen Weſtmark gegen den Erbfeind ebenſo geſichert wie durch die Pflicht der Verteidigung dieſer Mark für allezeit eng zuſammengeſchloſſen war. Am Einzug

in Paris (1. März) hat sich Bismarck so wenig als der Kaiser beteiligt: er war am 1. bei der glänzenden Heerschau bei Longchamps und ritt hernach mit dem Generalleutnant Gordon von der elften Division durch das Tor Maillot bis zum Triumphbogen, kehrte aber wieder um, weil er nicht vor dem Kaiser dieses Tor passieren mochte. Da der Präliminarfriede am 3. schon von der Nationalversammlung angenommen war, ist der Kaiser dann gar nicht nach Paris gekommen. „Beim Zapfenstreich am Donnerstag," schrieb Bismarck seiner Frau, „sind Tausende Pariser mit unsern Soldaten im Arm gefolgt, und bei ‚Helm ab zum Gebet!' nahm alles die Hüte ab und sagte: voilà ce qui nous manque, und das wird wohl richtig sein." Am 8. März war Bismarck in Saarbrücken, am 9. früh am Anhalter Bahnhof in Berlin; er brachte der Gattin ihre beiden „blauen Jungen" frisch und gesund und mit dem eisernen Kreuz geschmückt zurück. Ihm selbst aber verlieh sein dankbarer König am 21. März 1871 die Würde des Reichskanzlers und den jeweils im ältesten Sohn erblichen Fürstentitel. An den zwölf Millionen Talern, die kraft Reichstagsbeschlusses vom 15. Juni 1871 an verdiente Generale und Staatsmänner als Dotationen verteilt wurden, hat Bismarck keinen Anteil erhalten, weil der König ihn besonders zu beschenken wünschte. Durch einen Vertrag zwischen den lauenburgischen Ständen und dem Herzog-König vom 17. Mai 1871 wurde als fürstliche Domäne für den Landesherrn der Sachsenwald aus dem Landesvermögen ausgeschieden, dessen Wert auf eine Million Taler geschätzt wurde, aber tatsächlich dreifach höher war. Diesen wundervollen Besitz schenkte König Wilhelm am 24. Juni 1871 seinem Kanzler zum vollen Eigentum, und ein paar Jahre nachher erwarb Bismarck das am Rand des Waldes gelegene Schloß Friedrichsruh mit den umliegenden Gebäuden hinzu. Wenn Bismarck den Fürstentitel zunächst hatte ablehnen wollen, weil er den Neid fürchtete und sich nicht reich genug schien, um den mit dem Titel verknüpften Aufwand zu bestreiten, so war die zweite Sorge durch die Freigebigkeit des Monarchen nunmehr hinweggeräumt. Nachdem das Herzogtum Lauenburg am 1. Juli 1876 kraft Gesetzes mit Preußen durch Realunion vereinigt war (S. 142), verlieh der Kaiser am gleichen Tage an Bismarck als „Besitzer des mit der Herrschaft Schwarzenbeck errichteten Fideikommisses" das erbliche Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhaus.

Viertes Buch.

Bismarck als Reichskanzler.

Erſtes Kapitel.

Der Ausbau der Reichseinrichtungen im Einvernehmen mit den Liberalen. Reichsland, Reichsmünze, Reichsheer, Reichsrecht. Stellvertretung des Reichskanzlers. Wahrung der Königsrechte.

Der Reichstag des deutſchen Reiches trat am 21. März 1871 erſtmals in Berlin zuſammen, und zwar in einer Zuſammenſetzung, welche den Beſtrebungen Bismarcks, das neu erbaute Reich zu feſtigen und ſeine Einrichtungen zweckmäßig zu entwickeln, ſehr günſtig war. Wie im norddeutſchen Reichstag waren die Nationalliberalen und die Freikonſervativen (welche ſich im Reichstag den Namen der Reichspartei beilegten) mit 114, beziehungsweiſe 35 Abgeordneten (unter 382) die maßgebenden Parteien, welche noch durch die liberale Reichspartei (29 Mann) Unterſtützung erhielten und ſo über faſt die Hälfte aller Stimmen verfügten. Wenn die Konſervativen (48 Mann) ſich ihnen anſchloſſen, ſo war eine feſte Mehrheit von 226 Stimmen vorhanden. Allerdings waren die Konſervativen zum Teil über die Politik Bismarcks ſehr verſtimmt; ſie warfen ihm ſchon geraume Zeit allzu großes Entgegenkommen gegen die Liberalen vor, und es entwickelte ſich unter ihnen allmählich eine förmliche Fronde gegen Bismarck. Zunächſt aber war der Eindruck der großen Zeit und der großen Verdienſte Bismarcks noch ſo gewaltig, daß die Geſchäfte raſch und befriedigend erledigt wurden. Es handelte ſich um die Verteilung der franzöſiſchen Kriegsentſchädigung, aus der u. a. 560 Millionen für den Invalidenfonds, 350 für neue Feſtungen und Kaſernen, 120 als barer Kriegsvorrat (im Juliusturm zu Spandau) genommen wurden.

Dann galt es, die Stellung der im Frieden mit Frankreich gewonnenen Landſchaften näher zu beſtimmen. Wir wiſſen ſchon (S. 264), daß ſie keinem der deutſchen Staaten, auch Preußen nicht, zugeteilt wurden, ſondern, wie ſie gemeinſam erobert worden waren, ſo wurden ſie als ſogenanntes „Reichsland“ unter der Übertragung der Staatsgewalt an den Kaiſer eingerichtet. Bei der Beratung des Geſetzes führte Bismarck am 2. Mai 1871 im Reichstag aus, daß beide Landſchaften lediglich zu dem Zweck für immer mit Deutſchland vereinigt wür-

den, um uns einen besseren Schutz gegen Westen zu verschaffen und den späteren Geschlechtern eine gesichertere Zukunft zu hinterlassen. Er berief sich auf ein Wort, das ihm während des Krimkrieges König Wilhelm von Württemberg gesagt habe: „Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommt. Straßburg wird, solang es nicht deutsch ist, immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben." Bismarck verkannte nicht, daß zurzeit die Elsässer und Lothringer dem deutschen Reiche noch abgeneigt gegenüber stünden; aber er verwies darauf, daß ihre große Mehrzahl von Hause aus urdeutsch sei und man dadurch, daß man den deutschen Trieb nach Selbständigkeit des einzelnen und der Gemeinden befriedige, sie allmählich innerlich werde gewinnen können. „Wir dürfen uns nicht schmeicheln, sehr rasch an dem Ziel zu sein, daß im Elsaß die Verhältnisse sein würden wie in Thüringen inbezug auf deutsche Empfindungen; aber wir dürfen denn doch auch nicht verzweifeln, das Ziel noch zu erleben." So hat er denn auch Schritt für Schritt den Kreis der elsässischen Selbständigkeit erweitert. Am 1. Januar 1874 trat laut Gesetz von 1871 die Reichsverfassung im Reichsland ins Leben; im Jahr 1877 wurde der Landesausschuß, der aus indirekten beschränkten Wahlen hervorging, mit dem Recht der Beratung und Abstimmung über Gesetze und Landeshaushalt ausgestattet; durch Gesetz vom 4. Juli 1879 wurde die Stelle eines Statthalters und ein besonderes reichsländisches Ministerium geschaffen. Dagegen konnte sich Bismarck nicht entschließen, den sogenannten Diktaturparagraphen des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 zu beseitigen, der dem Oberpräsidenten, beziehungsweise später dem Statthalter, das Recht verlieh, im Fall einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit selbst das Militär aufzubieten; zur Abschaffung dieses Paragraphen ist es erst 1902 gekommen. Gelegentlich, als zu Anfang 1887 ein Krieg mit Frankreich drohte und die Wahlen zum Reichstag in Elsaß-Lothringen am 21. Februar schlecht ausfielen, zog Bismarck auch die Zügel wider straffer an, löste verdächtige Vereine auf, wies alle Wühler aus und stellte den Paßzwang für die wieder her, welche über die Grenze reisten.*)

*) Hierüber vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Stuttgart 1907, 2, 410 ff.

Nachdem durch die Einrichtung einer deutſchen Verwaltung in den Reichslanden die Weſtmark geſichert war, folgte 1871 ein Geſetz über die Reichspoſt und 1873 die Einführung der Goldwährung und der einheitlichen Markrechnung ſtatt der bisherigen Münzvielheit. Hiebei handelte es ſich um die Frage, ob es zuzulaſſen ſei, daß auf die Münzen die Bilder der einzelnen Fürſten geprägt würden, und von unitariſcher Seite wurde dies als dem Reichsgedanken abträglich bekämpft. Bismarck erhob ſich aber gegen den Antrag des Grafen Münſter, der bloß das Bild des Kaiſers zulaſſen wollte, am 17. November 1871 in einer kurzen, aber inhaltsſchweren Rede. Er machte auf zwei Dinge aufmerkſam. Einmal, daß im Bundesrat nach ſorgfältiger und ſchwieriger Arbeit ein Kompromiß zuſtande gebracht worden ſei, wonach auf der einen Seite der Münzen das Bild des Landesfürſten (beziehungsweiſe das Wappen der freien Städte) und auf der anderen das kaiſerliche Reichswappen geſchlagen werden ſolle. Von dieſem Kompromiß könne Preußen nicht zurücktreten, ohne daß er, der Reichskanzler, das Vertrauen des Bundesrats verlieren würde, deſſen er bedürfe. „Wenn es ſich um Intereſſen des Reichs handelt, durch die ſeine Einheit, ſeine Feſtigkeit, ſein Vorteil wirklich bedingt ſind, dann, meine Herren, habe ich ja auch gezeigt, daß die partikulariſtiſchen Bedenken unſerer Bundesgenoſſen mich unter Umſtänden nicht abhalten, bei unſerer Abſtimmung das Recht und die Majorität, die wir etwa im Bundesrate haben, ſoweit geltend zu machen, als die Verfaſſung es uns erlaubt, auch wenn die Grenze zweifelhaft iſt oder von anderer Seite beſtritten wird. In dieſer Frage aber einen politiſch in hohem Grade verſtimmenden Druck auf die Bundesgenoſſen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutſchland angewieſen iſt, nicht gegeben.“ Und neben dieſer, von ihm ſtets feſtgehaltenen billigen Rückſicht auf die Gefühle der Verbündeten und dieſer unwandelbaren Redlichkeit im Verkehr mit ihnen hob er das zweite hervor, daß der Kompromiß auch ſachlich völlig genüge. „Gibt es ein ſtärkeres Bekenntnis der deutſchen Fürſten zum Reiche als in der Prägung der Münzen, wie ſie vorgeſchlagen iſt? Wenn Seine Majeſtät der König von Bayern auf der einen Seite ſein Bildnis ſchlägt und auf der anderen das kaiſerliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches ſein?“ Selbſt der feurige Unitarier Heinrich von Treitſchke pflichtete Bismarck in dieſer Frage bei; die Prägung der Münzen bringe das tatſächliche Verhältnis, das im Reich beſtehe, den Bundesſtaat, zu

ganz richtigem Ausdruck. Der Antrag Münster ward dann auch mit Mehrheit abgelehnt.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Maßregeln der ersten Jahre des Reichs gehörte die auf Grund des Bankgesetzes vom 14. März 1875 erfolgte Errichtung der Reichsbank, in der die bisherige preußische Bank aufging. Die Reichsbank ist eine mit Privatkapital gegründete, aber unter Leitung des Reichs (vermittelst des vom Kaiser ernannten neunköpfigen Reichsbankdirektoriums) stehende Bank, deren Zweck sein sollte, den Geldumlauf im Reich zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und das in Deutschland vorhandene und oft brach liegende Kapital für den Verkehr nutzbar zu machen. Die Aufsicht übte das Kuratorium aus, dessen erster Vorstand Bismarck vermöge seines Amtes als Reichskanzler ward; neben ihm stand sein gesetzlicher Stellvertreter, damals der Präsident des sogenannten Reichskanzleramtes, Rudolf Delbrück, ein vom Kaiser ernanntes und drei vom Bundesrat bezeichnete Mitglieder. Von welcher Bedeutung diese Bank für den Geldverkehr und das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands geworden ist, lehren ihre auf gegen 300 Milliarden angewachsenen jährlichen Umsätze.

Von ganz besonderer Bedeutung war die Frage der Entwicklung der deutschen Heeresorganisation. Durch die Versailler und Berliner Verträge war das deutsche Heer im vollen Sinn des Worts geschaffen worden; genaue Verträge sicherten die wesentlich einheitliche Bewaffnung und Ausbildung aller deutschen Truppenteile, selbst des bayrischen, wenn dieser Teil auch in Friedenszeiten eine selbständige Stellung hatte. Nun war aber im Artikel 60 der norddeutschen Bundesverfassung zwar der Grundsatz, daß ein Prozent der im Jahr 1867 vorhandenen Bevölkerung in Frieden unter der Fahne stehen solle, festgelegt worden, jedoch nur in der zeitlichen Beschränkung bis zum 31. Dezember 1871; für die spätere Zeit sollte die Friedenspräsenzstärke im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden. Bis zu der genannten Frist waren dem Bundesfeldherrn für jeden Kopf der Friedensstärke 225 Taler zur Verfügung zu stellen; nach dem 31. Dezember 1871 sollten diese Beträge von den einzelnen Staaten zur Bundeskasse fortgezahlt werden, bis durch Bundesgesetz die genannte Friedensstärke abgeändert sei. Es war also notwendig, die Stärke des Heeres aufs neue zu bestimmen, und nachdem im November 1871 der bestehende Zustand nochmals auf drei Jahre (bis 31. Dezember 1874) verlängert worden war, legte Bismarck zur Regelung der Sache dem zweiten, am 10. Januar 1874 gewählten Reichstag ein Militär-

geſetz vor, welches bis zu anderweitiger geſetzlicher Regelung wieder eine Friedensſtärke von einem Prozent der zurzeit vorhandenen Volksziffer, alſo 401 659 Mann, erforderte. Obwohl Moltke als Abgeordneter für Memel-Heydekrug dieſe Vorlage in einer gedankenreichen Rede empfahl, worin er darauf hinwies, daß das beſiegte Frankreich ſich die Opfer für eine Friedensſtärke von 471 000 Mann auferlege, ſtieß doch die Sache im Reichstag auf große Schwierigkeiten, nicht bloß bei denen, welchen ein Heer von 401 000 Mann eine unerträgliche Laſt zu ſein ſchien, oder bei denen, welche dieſer Regierung überhaupt nichts bewilligen wollten, ſondern auch bei der ſtarken national geſinnten Mehrheit, in der die Nationalliberalen, durch die Neuwahlen auf 150 Mann angewachſen, den Ausſchlag gaben. Die Mehrheit nahm an der Zahl keinen Anſtoß, wohl aber daran, daß das Parlament dieſe Zahl unwiderruflich bewilligen ſollte, und die Beratungen des Ausſchuſſes, in dem Rudolf von Bennigſen den Vorſitz führte, endigten ergebnislos. Über dieſen Gang der Dinge frohlockten die Konſervativen, welche freilich in dem zweiten Reichstag nur noch 21 Mann ſtark waren, aber nun entweder auf einen Bruch zwiſchen Bismarck und den Liberalen und dabei auf Rückgewinn ihres früheren Einfluſſes oder auf Bismarcks Sturz rechneten.*) Das 1870 neu gebildete ultramontane „Zentrum“, mit der Regierung wegen des Kulturkampfs (ſ. unten) auf den Tod verfeindet, ſtand lauernd beiſeite, um bei dieſem Bruch ſeine Gelegenheit wahrzunehmen. Die Militärs waren über die parlamentariſche Gegnerſchaft gegen ein Geſetz, von dem der franzöſiſche Oberſt Stoffel urteilte, daß es Deutſchland eine feſte Grundlage ſeiner Heereskraft und damit ein Übergewicht über alle ſeine Nachbarn verſchaffe, im höchſten Grade empört, und der beim Kaiſer ſehr einflußreiche Generalfeldmarſchall Edwin von Manteuffel ſprach höhnend von Bismarcks Einflußloſigkeit auf das Parlament. Da Bismarck am 8. März 1874 ernſtlich an Rheumatismus erkrankte und mehrere Wochen das Bett hütete, weil er Füße und Knie nicht gebrauchen konnte,**) wurde die Lage noch kritiſcher. Aber nun ſetzte über die Oſterferien eine Volksbewegung in den Wählerkreiſen ein, welche ſowohl den Abgeordneten als der Regierung die Erwägung nahe legte, daß jetzt die Zeit wahrlich nicht darnach angetan ſei, daß Deutſchland einen neuen Militärkonflikt brauchen könne; Bennigſen hat dieſe Bewegung „ſo ſtark und ur-

*) Roon, Denkwürdigkeiten 3, 401. 424.

**) Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigſen 2, 261.

sprünglich gefunden, wie seit 1848 keine mehr dagewesen ist," *) und die Behauptung der Gegner, sie sei von oben her gemacht, ist handgreiflich nichts als eine Verlegenheitsausrede gewesen. Außer der allgemeinen politischen Lage, wo das über seine Niederlage knirschende Frankreich nach Rache lechzte und ein innerer Streit in Deutschland über das Heerwesen alle unsere Feinde ermutigen mußte, kam zweitens in Betracht, daß, wenn der Kampf mit der römischen Kirche nicht mit einer Niederlage abschließen sollte, eine Entzweiung der Regierung und der nationalen Elemente unbedingt verhütet werden mußte; und drittens, daß ein solcher Streit alle weitere Arbeit am Ausbau des Reiches unmöglich machen mußte.**) So beschloß von Bennigsen, seinem Freunde Lasker, der den linken Flügel der Partei leitete und der Bismarck nie sympathisch war, „die Führung der Partei aus der Hand zu nehmen." Er begab sich am 9. April zu Bismarck, den er immer noch im Bett, aber „so frisch, energisch und genial fand wie nur je," und in vier Besprechungen verabredeten die beiden Staatsmänner ein Kompromiß, das darin bestand, daß Bismarck das sogenannte Äternat, die Bewilligung der 401 659 Mann auf immer, und von Bennigsen die alljährliche Bewilligung fallen ließ und also die Bewilligung auf sieben Jahre („Septennat") erfolgen sollte. Es war nicht ganz leicht, den Kaiser zum Nachgeben zu bewegen; warum sollte das Heer, das so Unvergleichliches für Deutschland geleistet hatte, nicht ebenso auf dauernde Grundlagen gestellt werden wie die andern Einrichtungen, wie z. B. die Verwaltung, die Justiz, die Schule? Warum sollte das parlamentarische Bewilligungsrecht gerade hier seine vornehmste Betätigung finden, gerade hier eine Machtprobe erfolgen? Es war der Gegensatz des Heeres, der festesten Grundlage Preußens, und mit ihm der alten konservativen Elemente gegen das neue liberale, parlamentarische Wesen, der hier scharf, schneidend und gefährlich hervortrat. Eben darum war es aber auch ein Ereignis von außergewöhnlicher Tragweite, daß diese beiden entgegengesetzten Pole sich im Hinblick auf das Wohl des Vaterlandes vertrugen. Am 14. April 1874 wurde der erste grundlegende Artikel des Gesetzes in der erwähnten Fassung (als „Amendement Bennig-

*) Ebenda S. 263.

**) Alle diese Gesichtspunkte finden sich meisterhaft entwickelt in Bennigsens großer Rede im Reichstag vom 12. April. Oncken 2, 261—267.

sen") mit 224 gegen 146 Stimmen, am 20. April das ganze Gesetz in dritter Lesung mit 214 gegen 123 Stimmen angenommen. Die Konservativen und das Zentrum waren über diesen Ausgang wütend; Bennigsen aber urteilte: „Bismarck hat in dieser Sache ein Meisterstück geleistet von seinem Krankenlager ab." *) Auf der Grundlage von 1874 ist dann das Septennat im Jahr 1880 erneuert worden; über die Erneuerung von 1887 berichten wir genauer.

Eine weitere wichtige Angelegenheit betraf die Ausgestaltung des nationalen Rechts. Der Reichstg des norddeutschen Bundes nahm 1869 einen Antrag des Abgeordneten Eduard Lasker an, der die Einheit des gesamten Rechts, des Strafrechts, des bürgerlichen Rechts, des Rechtsverfahrens und der Gerichtsorganisation verlangte. Die Regierungen stimmten damals in Hinsicht des Strafrechts zu, weil es in der Tat auf die Dauer nicht möglich war, z. B. den Mord in Preußen mit dem Tod, in Sachsen mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen (vgl. S. 218). Aber weiter zu gehen, lehnten sie aus Sorge um ihre Souveränetät ab. Gleichwohl wurde der Antrag von Lasker im deutschen Reichstag wieder eingebracht, und nach manchen Widerständen schloß sich auf Bismarcks Rat auch Preußen und am 12. Dezember 1873 auch der Bundesrat dem Antrag an. Die daraus erwachsenden Arbeiten waren freilich so umfassender Natur, daß erst am 1. Oktober 1879 die neue Gerichtsorganisation in Kraft treten konnte; den Abschluß des bürgerlichen Gesetzbuchs vollends im Jahr 1896 hat Bismarck nicht mehr im Amt erlebt. Er hat sich an diesen Dingen naturgemäß nur so weit beteiligt, als es sich um die grundsätzliche Seite der Sache **) und um die Überwindung der partikularistischen Widerstände durch gütliches Zureden handelte, was am Ende auch in München zum Ziele führte.

Bismarck war nach der Verfassung des norddeutschen Bundes der einzige dem Reichstag direkt verantwortliche Beamte des Bundes, und diese Bestimmung ging auch ungeändert in die Reichsverfassung über. Es machte sich aber durch die stets wachsende Masse der Geschäfte immer mehr das Bedürfnis geltend, den Reichskanzler zu entlasten, indem für die einzelnen Geschäftszweige unter seiner formellen Verantwortlichkeit besondere Beamte aufgestellt wurden; sie bildeten das Reichskanzleramt (s. S. 204). Die Wünsche

*) Ebenda S. 261.

**) So bei dem Kompromiß vom Dezember 1876, durch den die Justizgesetze gerettet wurden. Vgl. Oncken a. a. O. 2, 290 f.

der Liberalen aller Schattierungen gingen dabei auf Errichtung verantwortlicher Reichsminister, an deren Spitze der Reichskanzler als Ministerpräsident stehen sollte. Auch der Kronprinz huldigte, wie wir wissen, dieser Ansicht (S. 263). Bismarck aber lehnte diese Lösung aus zwei Gründen entschieden ab, einmal weil er nichts weniger wünschte, als die ihm unleidlichen preußischen Verhältnisse, gemäß welcher die einzelnen Minister fast selbständig waren (vgl. S. 219), auf das Reich zu übertragen und so die ohnehin großen Schwierigkeiten seines Amtes noch zu erhöhen; er wollte die einheitliche Leitung der gesamten Reichspolitik nach innen und außen nicht aus der Hand geben. Der zweite ebenso wichtige Grund war, daß, wenn es Reichsminister gab, die dem Reichstag selbst verantwortlich waren, sie ihren Schwerpunkt in ihrem Verhältnis zum Parlament haben mußten und auf die einzelnen Bundesstaaten, welche den Bundesrat ausmachten, nicht mehr die gleiche Rücksicht nehmen konnten wie auf den Reichstag; es lag also in der Einrichtung von Reichsministerien ein unitarischer Keim, welcher sich entfalten und die föderativen Grundlagen der Reichsverfassung untergraben mußte. Bismarck wies im Reichstag am 10. März 1877 den ganzen Gedanken zurück, unter besonderer Hervorhebung des Umstandes, daß zurzeit der Partikularismus noch stärker sei als die Einheitstendenz. „Reichsminister würden in einer hilflosen Lage sein; sie hätten in keinem Partikularstaat eine bestimmte Wurzel, sie würden nur auf die Reichsgewalt angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Beteiligung sich bewegen. Der erste und mächtigste Widersacher des Reichsministers würde der preußische Finanzminister sein." Mit einem Bild aus den früheren japanischen Verhältnissen nannte Bismarck die Reichsgewalt den Mikado, die Einzelstaaten seien der Taikun; „die Reichsflut ist rückläufig geworden, wir gehen einer Ebbe darin entgegen; ich habe den Haupteinfluß, den es mir gegönnt ist zu üben, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden." Schon in dieser Rede sprach er von den Friktionen, welche er in den Verhandlungen, beziehungsweise Kämpfen, mit seinen Kollegen überwinden müsse; „meine ursprünglich kräftige Konstitution ist dabei zugrunde gegangen; meine Arbeitskraft ist aufgebraucht zum großen Teil. Ich müßte, wenn ich meiner Pflicht halbwegs genügen könnte, zehn bis fünfzehn Stunden den Tag arbeiten können. Das habe ich lange Zeit getan; aber jede Natur, mag sie noch so kräftig sein, wird dabei aufgerieben."

Kurz nachher, am 12. März, bat der Chef der Admiralität,

General von Stoſch, um ſeine Entlaſſung, weil Bismarck in jener Rede am 10. März darauf angeſpielt hatte, daß Stoſch urſprünglich für ſeinen Etat eine höhere Forderung geſtellt habe, als ihm von Bismarck bewilligt werden konnte, und daß er nachher, als der gegen Bismarck äußerſt biſſige Führer der Fortſchrittspartei Eugen Richter auch den von Bismarck zugeſtandenen Geldſatz angriff, mit einem noch geringeren Poſten auskommen zu können erklärt hatte, ohne ſich vorher mit Bismarck ins Benehmen zu ſetzen. Stoſch hielt es für ein Erfordernis der Ehre, nach dieſer Kritik, deren Berechtigung uns unzweifelhaft ſcheint, um ſeine Enthebung vom Amt zu bitten, erkannte aber an, daß er vorher Bismarcks Zuſtimmung hätte einholen ſollen; daß er auf Richters Anregung zurückgewichen ſei, beſtritt er; er habe es auf die eines der Regierung befreundeten Abgeordneten getan. Der Kaiſer entſchied aber am 25., daß Stoſch in gutem Glauben gehandelt und ſeine Fehler eingeſehen habe; er lehnte alſo ſein Geſuch ab.*) Ob Bismarck dieſen Konflikt mit Stoſch geradehin „geſucht“ hat,**) wiſſen wir nicht; daß er durch die Rede eines Opponenten veranlaßt war, die Sache auch ſeinerſeits coram publico zu behandeln, geht aus dem Reichstagsprotokoll hervor. Daß nun aber er am 1. April ſein Entlaſſungsgeſuch eingab, ſcheint uns ſehr begreiflich, und wir möchten es nicht verantworten, aus den wiederholten Entlaſſungsgeſuchen (das vorletzte war im Dezember 1874 erfolgt, als der Reichstag für die Freilaſſung des während der Sitzungen zur Abbüßung einer rechtskräftigen Haft abgeführten Zentrumsabgeordneten Majunke ſich erhob, das letzte wegen Krankheit am 4. Mai 1875***) den Vorwurf herzuleiten, Bismarcks „beliebteſtes politiſches Mittel“ ſei der „Terror“ geweſen, die Einſchüchterung des Kaiſers und der Parteien durch Rücktrittsdrohung,†) und die ergreifenden Klagen des mit Arbeit und Kampf überlaſteten Mannes über das Nachlaſſen ſeiner Kraft halten wir nicht für einen politiſchen Trick, ſondern meſſen ihnen vollen Glauben bei — welche Kraft hielte ſolche Anforderungen auf die Länge aus? Der Kaiſer ſchrieb auf das Rücktrittsgeſuch das berühmte Wort „Niemals!“ und bewilligte Bismarck einen längeren Urlaub, den er zunächſt in Varzin ver-

*) S. die Akten bei v. Tiedemann, ſechs Jahre Chef der Reichskanzlei, Leipzig 1909, S. 125 ff., beſonders S. 130—132.

**) So Oncken a. a. O. 2, 302.

***) S. Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen“, Stuttgart 1901, 1, 251 ff.

†) So drückt ſich Oncken 2, 255 aus.

lebte, um dann in Kissingen die Kur zu gebrauchen. Der Erfolg war aber zögernd und unzureichend, so daß er noch am 11. August dem Kaiser melden mußte: „Wenn auch die unmittelbaren Krankheitserscheinungen seit Kissingen zurückgetreten sind, so ist doch meine allgemeine Schwäche fast größer als vor meiner Abreise nach Kissingen. Jede geistige Arbeit erregt meine Nerven, so daß der Schlaf mich flieht... Ich soll nach Gastein gehen, vermag aber immer noch nicht den Entschluß zur Abreise zu fassen, wegen Schwäche und Menschenscheu.“ *) Der Kaiser, der ihn schon im März 1877 zum Erboberlandjägermeister von Pommern ernannt hatte, erwies ihm die unter den obwaltenden Umständen doppelt bedeutsame Ehre, die am 25. Juli 1877 in Kiel vom Stapel gelaufene Korvette auf den Namen Bismarck taufen zu lassen. Am 17. März 1878 erging dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers, das seine Entlastung bezweckte. Es gestattete ihm, für den gesamten Umfang seiner Geschäfte (und das waren nach Artikel 17 der Reichsverfassung alle Reichsangelegenheiten) sich durch einen Stellvertreter vertreten zu lassen; außerdem konnten für die einzelnen Amtszweige, die sich in der unmittelbaren Verwaltung des Reichs befanden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt werden; doch blieb ihm das Recht vorbehalten, jederzeit jede Amtshandlung selbst vorzunehmen. Aus diesem Stellvertretungsgesetz erwuchsen allmählich die sieben Reichsämter (Staatssekretariate) des Auswärtigen, des Innern, der Finanzen, der Justiz, der Posten und Telegraphen, der Marine und der Kolonien; die Inhaber dieser Ämter erscheinen aber alle bloß als Beauftragte des Reichskanzlers und sind nicht etwa selbständige Minister. Als erster Vertreter Bismarcks wurde Ende Mai 1878 Fürst Otto Stolberg in der Art bestellt, daß er Vertreter des Reichskanzlers im Bundesrat und Vizepräsident des preußischen Ministeriums wurde.

Gegen die liberalen Theoretiker, welche den König völlig hinter seinen Ministern zurücktreten lassen wollten und den Satz aufstellten: le roi règne, mais il ne gouverne pas, der König ist Träger der Staatsgewalt, aber er übt sie nicht selbst aus, und welche deshalb das persönliche Eintreten Wilhelms I. 1881 für die Sozialreform (s. S. 332) als nicht verfassungsmäßig bezeichneten, richtete Wilhelm I. den königlichen Erlaß vom 4. Januar

*) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen“, 2, 276—277.

1882, welcher beſagte: „Das Recht des Königs, die Regierung und Politik Preußens nach eigenem Ermeſſen zu leiten, iſt durch die Verfaſſung eingeſchränkt, nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Miniſters; aber *ſie bleiben Regierungsakte des Königs*, und es iſt Verdunkelung der verfaſſungsmäßigen Kronrechte, wenn deren Ausübung ſo dargeſtellt wird, als ob ſie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Miniſtern und nicht vom König ſelbſt ausginge... Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungsakte betraut ſind, erſtreckt ſich die durch den Dienſteid beſchworene Pflicht auf Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen.“ Wer das nicht will, der muß, das folgt aus dem Erlaß, ſeinen Abſchied als Beamter nehmen. Der fortſchrittliche Abgeordnete Hänel, Profeſſor des Staatsrechts in Kiel, brachte den Erlaß am 24. Januar 1882 im Reichstag zur Sprache und meinte, es werde dadurch der Anſchein erweckt, als ob die Miniſter ſich durch die unverantwortliche Perſon des Königs decken wollten, und es werde die Perſon des Königs in den Wahlkampf gezerrt werden. Bismarck antwortete ihm ſofort, daß der Erlaß in keiner Weiſe neues Recht ſchaffen, wohl aber die konſtitutionellen Legenden zerſtören ſolle, welche ſich wie wucheriſche Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der preußiſchen Verfaſſung legen. Was in andern Ländern Tradition oder Verfaſſung ſei, gehe Preußen gar nichts an; in Preußen ſtehe es ſo, wie der Erlaß ſage: „dem König ſteht hier die vollziehende Gewalt zu; von den Miniſtern iſt gar nicht die Rede.“ Der fortſchrittliche Abgeordnete Theodor Mommſen, der berühmte Geſchichtsſchreiber Roms, hatte Bismarck vorgeworfen, daß er ſich zum Hausmeier der Hohenzollern machen wolle; mit überaus glücklicher Wendung rief ihm Bismarck zu: „Dieſe konſtitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommſen mit einer für einen ſo angeſehenen Geſchichtsſchreiber ungewöhnlichen Feindſchaft gegen die Wahrheit mir vorwirft, dieſe Kanzlerdiktatur wird gerade dann möglich, wenn Sie das Miniſterregiment an die Stelle des königlichen Regiments ſetzen. Wenn Sie uns dieſen ſtarken, in unſerer hundertjährigen ruhmvollen Geſchichte tief wurzelnden König zerſetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, ſo daß wir ihn gar nicht mehr erblicken, ſo bringen Sie uns das Chaos!... Die politiſche Brunnenvergiftung, wie ſie bei den Wahlen (vom 27. Oktober 1881) ſtattgefunden hat, iſt gar nicht möglich, wenn all die Verdächtigungen nicht den unglücklichen

Reichskanzler, sondern den König, den Kaiser treffen... Was fesselt mich noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht!... Lassen Sie doch dem König seinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Inkognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht! Wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen!" Zum Beweis der Richtigkeit und Wichtigkeit dieses Standpunkts führte er an seinen Zuhörern die gewaltige Geschichte der sechziger Jahre vorüber und legte dar, daß, wenn das preußische Königtum diese Macht nicht besessen hätte, es heute gar kein deutsches Reich und keinen deutschen Reichstag gäbe; denn es hätte 1864 und 1866 das reorganisierte Heer nicht gegeben, das der König dem Parlament zum Trotz schuf und erhielt und mit dem die Dänen aus Schleswig-Holstein, die Österreicher aus Deutschland, die Franzosen aus Elsaß-Lothringen hinausgefegt wurden.

Zweites Kapitel.

Der Kulturkampf. Abwendung von den Liberalen. Sozialistengesetz und Zollreform. Sozialreform. Kolonien.

Während dieser Arbeiten und Kämpfe für den Ausbau des Reiches war jener heftige und folgenreiche Kampf Preußens mit der römisch-katholischen Kirche entbrannt, den man nach einer Wendung in dem Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 den „Kulturkampf", Kampf um die Kultur, genannt hat. Die Anlässe dieses Kampfes waren in der Erscheinung mancherlei; im Wesen war es nur eine Ursache: der uralte Gegensatz der zwei mächtigsten Gewalten, welche seit alters in der Geschichte wirksam sind, der Kirche und des Staates. Die Kirche, was in diesem Fall die römische Kirche heißt (denn Luther und Calvin haben die eigentümliche Würde und Berechtigung des Staates als einer auch göttlichen Ordnung grundsätzlich anerkannt), beansprucht für alle Verhältnisse, welche sich auf Glauben und Sitten der Menschen beziehen, die maßgebende Instanz zu sein, und sie erhob diesen Anspruch erst recht, seit am 18. Juli 1870 das vatikanische Konzil die lehramtliche Unfehlbarkeit und das universale, die ganze Christenheit umspan-

nende Bischofsamt des Papstes zum römisch-katholischen Dogma erhoben hatte. Was aber Glaube und was Sitten sind, bestimmt natürlich wieder die Kirche in souveräner Weise, und damit fällt für sie jede Grenze ihres Machtbereichs dahin, welche sie nicht selber sich ziehen will. Der Staat müßte als selbständige Gewalt abdanken, wenn er sich solchen Ansprüchen fügen wollte; er wahrt sich natürlich seine gefährdete Selbständigkeit, und manchmal dreht er wohl den Spieß auch um und sucht sich zum Alleinherrn zu machen und die Kirche zu seiner Dienerin, weil er nur so vor ihr sicher zu sein glaubt. Die Ereignisse von 1866 und 1870 fachten in Deutschland den stets vorhandenen, nur zeitweilig schlummernden Gegensatz aufs neue an; denn indem Österreich aus Deutschland ausscheiden mußte, gerieten die Katholiken dort in die entschiedene Minderheit (62½ Prozent der deutschen Staatsbürger sind heute protestantisch), und mit Österreich und Frankreich erlagen die zwei damals noch ausgesprochen katholischen Großmächte dem überwiegend evangelischen Deutschland. Die Katholiken konnte darüber das Gefühl überkommen, daß sie nunmehr, was die Betätigung ihrer Religion angehe, auf die Gnade der Evangelischen angewiesen seien, und das trieb sie dazu, für alle Fälle — wie das übrigens schon 1852 wegen Verbots der sogenannten Volksmissionen im preußischen Abgeordnetenhaus geschehen war — sich fester zu organisieren, um nötigenfalls sich ihrer Haut wehren zu können. Ein besonderes Ereignis gab den letzten Anstoß: am 16. August 1869 erfolgte in Berlin ein gewaltsamer Ausbruch der Volkserbitterung über die Anlage eines katholischen Klosters in dem Stadtteil Moabit („Moabiter Klostersturm"), wobei die betreffenden Gebäulichkeiten zum Teil zerstört wurden, und Bittgesuche protestantischer Bürger an das Abgeordnetenhaus um Verhinderung der römischen Propaganda in protestantischen Gegenden veranlaßten die Bestellung einer parlamentarischen Kommission, für welche der nationalliberale Abgeordnete Gneist den Bericht in einem den Bittgesuchen beipflichtenden Sinn erstattete. Auf dies hin wurde auf katholischen Versammlungen in Essen und Soest das Programm einer Partei angenommen, welche sich am 13. Dezember 1870 für das Abgeordnetenhaus, am 21. März 1871 für den Reichstag bildete und sich den Namen „Zentrum" beilegte (den die „katholische Fraktion" des Abgeordnetenhauses schon 1858—1867 geführt hatte); er sollte dartun, daß die neue Partei eine Mittelstellung zwischen rechts und links einnehmen und nicht konfessioneller, sondern politischer Art sein wolle. Als Bismarck aus Frankreich zurückkam, fand er die neue Partei vor, und

zwar unter der tatsächlichen Leitung Ludwig Windthorsts (1812—1891), der ihm schon seit vier Jahren im norddeutschen Reichstag als Welfe und Ultramontaner eine zähe und kluge Opposition gemacht hatte. Bismarck faßte demgemäß die Bildung der Partei, welcher sich im Reichstag sofort 59 Abgeordnete anschlossen, als eine „Mobilmachung gegen den Staat" auf (Worte im Reichstag am 30. Januar 1872). Eine der ersten Taten der Partei war, daß sie (entsprechend den Versuchen, welche der polnische Erzbischof von Posen und Gnesen, von Ledochowski, persönlich bei Bismarck in Versailles unternommen hatte) daran ging, die Macht des deutschen Reiches zur Herstellung des im September 1870 vollends von den Italienern zerstörten Kirchenstaats in Bewegung zu setzen. Sie stimmte deshalb am 30. März 1871 gegen die Adresse, mit der der Reichstag die Thronrede des Kaisers beantwortete und welche sich sehr entschieden gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder aussprach; die Adresse wurde aber mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen. Vor zweieinhalb Monaten hatte der Kaiser in Versailles betont, daß er ein Mehrer des Reiches sein wolle nicht an kriegerischen Eroberungen: jetzt suchte ein beträchtlicher Teil der deutschen Volksvertretung das junge Reich auf eine Bahn zu drängen, welche entweder mit einem schmählichen Rückzug, falls man es bei bloßen Vorstellungen für den Papst bewenden ließ, oder mit einem Krieg gegen eine den Deutschen schicksalsverwandte Nation endigen mußte. Auf alle Fälle wurde Mißtrauen in die volle Ehrlichkeit der deutschen Friedensversicherungen erweckt, wenn ein Teil der Nation sich nicht zu ihnen bekannte. Bismarck empfand solche Störungen der auswärtigen Politik natürlich sehr unliebsam. Nun trat ihm das Zentrum aber auch in der inneren Politik entgegen, indem es verlangte, daß außer voller Preß- und Versammlungsfreiheit auch die vieldeutigen Artikel 12 und 15 der preußischen Verfassung über Freiheit des religiösen Bekenntnisses und über die selbständige Verwaltung der Angelegenheiten der Religionsgenossenschaften — durch diese Genossenschaften selbst — in die Reichsverfassung aufgenommen würden. Wenn das geschah, war im ganzen Reiche die Grenzlinie zwischen Staat und Kirche verwischt und eine unabsehbare Reihe von Zusammenstößen zu erwarten. Der Reichstag lehnte auch diesen Antrag am 4. April mit 223 gegen 54 Stimmen ab.

Zu diesen Gegensätzen kam nun als Folge des Unfehlbarkeitsdogmas die Kaltstellung einiger dem Dogma widerstrebender („altkatholischer") preußischer, vom Staat angestellter, Religionslehrer

und Professoren der katholischen Theologie durch die Bischöfe. Diese hatten sich dem anfangs von ihnen bekämpften Dogma unterworfen und forderten nun von allen Geistlichen und Lehrern dasselbe, und es fragte sich, ob der Staat widerstrebende Beamte fallen lassen sollte, obwohl er die Verkündigung des Dogmas nicht gestattet hatte. Selbst der hochkonservative und der römischen Kirche gegenüber nichts weniger als streitlustige Kultusminister von Mühler mochte sich dazu nicht verstehen. Endlich beanspruchte die Kirche den maßgebenden Einfluß auf die Volksschule, weil sie die von Gott ihr auferlegte Pflicht habe, für die religiöse Erziehung der Jugend zu sorgen, und da sie nach dem bestehenden Gesetz, allerdings im staatlichen Auftrag, die Aufsicht über die Volksschule hatte, so besaß sie auch tatsächlich die Herrschaft über die Schule, und die katholische Geistlichkeit in den polnischen Bezirken des Ostens verwandte diese Macht zur Polonisierung der deutschen Kinder; denn die Polen waren zu neun Zehntel katholisch und, insofern sie eine andere als die deutsche Sprache redeten, dem Einfluß des deutschen Protestantismus weit weniger ausgesetzt als die deutsch redenden Katholiken. Die polnische Gefahr aber erschien Bismarck schon damals als so dringend, die Sicherheit des Staates namentlich im Falle einer polnisch-katholisch-österreichischen Politik so sehr bedrohend, daß er ihr mit aller Kraft entgegen zu arbeiten sich verpflichtet fühlte und dem hierin säumigen Minister des Innern Grafen Fritz von Eulenburg ein deutliches Entweder — Oder zurief — entweder Rücktritt oder energischer Kampf gegen diese Gefahr.*)

Die Summe dieser Verhältnisse war, daß Bismarck zur Wahrnehmung der deutschen und staatlichen Interessen sich gedrängt sah. An sich stand er der römischen Kirche nicht feindselig gegenüber, und als der preußische Gesandte in Rom, Graf Harry Arnim, ihm am 14. Mai 1869 vorschlug, Preußen solle die Zulassung eines oder mehrerer „oratores“ (Redner, Vertreter) auf dem Konzil verlangen, um die Beratungen des Konzils zu beeinflussen, hatte er das am 26. Mai 1869 abgelehnt, weil es verfassungsmäßig wie politisch für Preußen nur einen Standpunkt gebe: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Übergriffs auf das staatliche Gebiet.**) Auch den Versuchen des bayrischen Minister-

*) S. seinen Brief an Eulenburg vom 7. Februar 1872, Bismarckjahrbuch 1 (1894) 83—85.

**) S. den Text bei Hahn 2, 369—372.

präsidenten, Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Kurie zu sammeln und so die Beschlußfassung über das Dogma zu verhindern (S. 215), stand er zurückhaltend gegenüber, weil es Preußen als einer vorwiegend protestantischen Macht nicht zukomme, hier voranzugehen. Nun aber war eben das eingetreten, wogegen er von vornherein sich zu wehren entschlossen war, Übergriffe der Kirche auf das staatliche Gebiet,*) Bedrohungen der Ziele der inneren und äußeren Politik durch eine in ihrem ganzen Wesen und ihrer Zusammensetzung, trotz aller Ableugnung, konfessionell-katholische Partei. Das Unfehlbarkeitsdogma an sich hätte Bismarck nicht veranlaßt, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten; es war das ganze in ihm gipfelnde System, was ihn in Harnisch brachte, und der Umstand, daß sich in der Volksvertretung eine starke Partei zur Verteidigung dieses Systems bildete. Es war das staatliche Selbstgefühl, was ihn zur Aufnahme des hingeworfenen Handschuhs trieb. Und nun folgten die scharfen Maßnahmen zur Wahrung der Staatsrechte: die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultministerium, welche Bismarck wie ein feindlicher Posten im eigenen Lager erschien (8. Juli 1871);**) das Strafgesetz gegen Geistliche, „die in Ausübung ihres Berufs öffentlich vor einer Menschenmenge oder in der Kirche vor mehreren, Angelegenheiten des Staats in einer den Frieden störenden Weise behandeln“ (sogenannter Kanzelparagraph des Strafgesetzbuchs, von dem bayrischen Kultusminister Dr. von Lutz angeregt, 8. November 1871 im Reichstag mit 179 gegen 108 Stimmen genehmigt) und, nachdem der nicht

*) Schultheß, Geschichtskalender 11 (1871) 145: Der Kultusminister v. Mühler sagt in einer Antwort an den akademischen Senat in Bonn, es sei dem Herrn Erzbischof von Köln zu erkennen gegeben worden, daß er das rein kirchliche Gebiet überschritten habe, wenn er von den Professoren der katholischen Theologie in Bonn verlangte, sie sollen bei Ausübung ihres Lehramts den Konzilsbeschlüssen treue Folge leisten. Nach § 26 der mit Zustimmung der Kirche erlassenen Statuten der Fakultät und der von ihnen geleisteten professio fidei Tridentina sei eine Norm gegeben, welche ohne Zustimmung des Staats nicht verändert werden könne. Ebenso dürfe nach § 4, 3 jener Statuten auch eine bischöfliche Zurechtweisung der Fakultätsmitglieder, auch in ihrer Eigenschaft als katholischer Geistlicher, nur mit Vorwissen des Staates eintreten.

**) Über sie und ihre staatsfeindliche Tätigkeit siehe des bekannten altkatholischen Professors Joh. Friedrich v. Schulte Lebenserinnerungen, Gießen 1908, 1, 326.

mehr in die Situation passende Kultusminister von Mühler durch den bisherigen geheimen Oberjustizrat Falk (1827—1900) ersetzt war, das (gegen das Zentrum und einen großen Teil der Konservativen durchgesetzte) Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872, das den Grundsatz scharf aussprach: „Alle Beamten üben die Aufsicht über die Schule von Staatswegen aus," und also dem Staat die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Erziehungsanstalten, die Ernennung der Orts- und Kreisaufseher und die Abgrenzung der Aufsichtsbezirke zuschied. Solche Personen, welche das Aufsichtsamt dem Staatsinteresse entgegen handhabten, konnten nun einfach durch zuverlässigere Personen ersetzt werden; was dieses staatliche Aufsichtsrecht bedeutete, hat man u. a. 1901—1907 in dem polnischen Schulstreit und Schulstreik gesehen. Auf Drängen weiter protestantischer und auch antiultramontaner katholischer Kreise wurde durch Gesetz vom 4. Juli 1872 der Jesuitenorden und die ihm verwandten Orden aus dem deutschen Reich ausgeschlossen und Niederlassungen von Jesuiten untersagt. Bismarck ist ohne Zweifel für dieses Gesetz gewesen, aus dem durchschlagenden und für ihn höchst bezeichnenden Grund, den er am 28. November 1885 im Reichstag so gefaßt hat: „Die Gefahr der Jesuiten für Deutschland liegt nicht in ihrem Katholizismus, sondern in ihrer internationalen Organisation, in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall da, wo sie denselben beikommen!"

Im weiteren Verlauf erschien es Falk notwendig, das gesamte Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche klar abzustecken und zu versuchen, ob man nicht durch Regelung der Ausbildung der Geistlichkeit einen Klerus heranziehen könne, der den nationalen Zielen verständnisvoller und williger gegenüberstehe als der damalige. Daraus erwuchsen die vier sogenannten Maigesetze vom Jahr 1873 über die Grenzen des Gebrauchs geistlicher Straf- und Zuchtmittel gegen Laien; über die Vorbildung der Geistlichen auf deutschen Gymnasien und Hochschulen und ihre Anstellung, unter Kontrolle ihres bürgerlichen und staatsbürgerlichen Verhaltens durch den Oberpräsidenten; über den Austritt aus einer Kirche durch einfache Willenserklärung vor dem zuständigen Richter; über die Disziplinargewalt der kirchlichen Behörden gegen Religionsdiener und die Errichtung eines kirchlichen Gerichtshofs, der die Berufungsinstanz für bestrafte Kleriker gegen gesetzwidrig handelnde Obere darstellen sollte. Im Jahr 1875 folgten wegen des scharfen Widerstands der Bischöfe und des katholischen Volks weitere Gesetze nach: das Sperrgesetz, welches

alle ſtaatlichen Leiſtungen an die Kirche ſo lang aufſchob, bis die Biſchöfe ſich den Geſetzen unterworfen hätten; die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preußiſchen Verfaſſung, welche die Freiheit der Kirche und beſonders ihres Verkehrs mit ihren Oberen (dem Papſt) ſicher ſtellten; die Abſchaffung aller geiſtlichen Orden außer denen, welche ſich der Krankenpflege widmen; die Zuerteilung des Mitbeſitzrechts auf die katholiſchen Kirchen an die das Unfehlbarkeitsdogma ablehnenden Altkatholiken; die Verwaltung des Kirchenvermögens durch gewählte Ausſchüſſe der Kirchengemeinden. Das Reich wurde dadurch in Mitleidenſchaft gezogen, daß viele katholiſche Pfarrer wegen Widerſtands gegen die Geſetze gerichtlich abgeſetzt wurden, aber ihr Amt weiter verſahen, und daß die Biſchöfe die neuen Vorſchriften über die Anſtellung von Geiſtlichen nicht anerkannten. So ergingen die Reichsgeſetze über die eventuelle Ausweiſung widerſpenſtiger Prieſter aus einzelnen Orten oder dem ganzen Reich (4. Mai 1874, ſog. Expatriierungsgeſetz) und das über die Bekundung des Perſonenſtandes und Abſchluß der Ehen vor ſtaatlichen Standesbeamten; die Ehe wurde dadurch unabhängig von der Kirche und eine rein weltliche Angelegenheit (Zivilehe).

Für die Einzelheiten dieſer Geſetze iſt Bismarck natürlich nicht verantwortlich, wie er das auch ſelbſt ausdrücklich betont hat: „Die juriſtiſche Detailarbeit der Maigeſetze lag mir reſſortmäßig fern, und weder in meiner Abſicht noch in meiner Befähigung lag es, Falk als Juriſten zu kontrollieren oder zu korrigieren“ (Gedanken und Erinnerungen 2, 130).*) Er überzeugte ſich auch durch die Praxis, „daß die juriſtiſchen Einzelheiten pſychologiſch nicht richtig gegriffen waren.“ *Aber die Verantwortung für den Kampf des Staates gegen die kirchlichen Übergriffe als Ganzes trägt er*, da er der maßgebende Miniſter war, und er hat ſich *dieſer* Verantwortung auch niemals entzogen. Schließlich ward auch er von der inneren Notwendigkeit der Dinge geſchoben; denn man darf es ausſprechen, daß der große nationale Aufſchwung des Jahres 1870 und die Errichtung des nationalen Staates ganz von ſelbſt die Hoffnung erweckte, daß es jetzt der Nation gelingen werde, die religiöſe Spaltung des ſechzehn-

*) Ganz ähnlich im Reichstag, 3. Dezember 1884: „Ich war, als die Maigeſetze entſtanden, nicht in Berlin anweſend, war nicht Miniſterpräſident, und meine Unterſchrift wurde von mir zum Teil unter dem Druck der Kabinettsfrage verlangt. Am meiſten ging mir gegen den Strich das Zivilſtandsgeſetz, das ich notgedrungen unterſchreiben mußte.“ Vgl. ebenſo bei v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, 1, 58, ſchon im Jahr 1875.

ten Jahrhunderts wenigstens insoweit zu überwinden, daß auch im katholischen Volksteil die nationalen Empfindungen durchschlagen und ein nationaler Katholizismus sich bilden werde, religiös seiner Kirche treu, politisch seinem Volke. *Zum Bannerträger dieses Gedankens*, den man optimistisch finden kann, der aber doch groß und patriotisch war, *machte sich Bismarck*, und er hat in einer langen Reihe von Reden im Reichstag und preußischen Landtag seinen Standpunkt vertreten. „In allen Ländern," sagte er am 10. Februar 1872 im Abgeordnetenhaus, „ist die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische, eine nationale; nur Deutschland macht eine Ausnahme. Die polnische Geistlichkeit hält zu den polnischen Nationalbestrebungen, die italienische zu den italienischen; in Frankreich steht der Franzose stets höher in der eigenen Selbstschätzung des Geistlichen als der Geistliche. Nur Deutschland," wiederholte er, „macht eine Ausnahme." Daß er nicht die Kirche als solche bekämpfe, hat er u. a. in der großen Rede im Herrenhaus vom 24. April 1873, in welcher er die ganze Vorgeschichte des Streits darlegte, laut bezeugt. „Es ist ganz richtig, wie es Herr von Gruner gesagt hat, *daß von mir sich niemand der Tat versehen kann, ich würde jemals konfessionelle Streitigkeiten vom Zaun brechen*. Wenn ich dennoch dazu gekommen bin, so muß es in mir sehr starke Überzeugung gewesen sein, daß durch die Tätigkeit, *nicht der katholischen Kirche, sondern der nach weltlicher Priesterherrschaft strebenden Partei innerhalb der katholischen Kirche* eine Politik getrieben wurde, welche die Grundlagen unseres Staates in einer Weise anfaßt, respektive erschüttert oder bedroht, daß ich als Minister die Verantwortlichkeit für längeres Zuwarten nicht mehr tragen könnte." *) Und als am 14. Mai 1872 im Reichstag die Tatsache zur Sprache kam, daß der Staatssekretär der Kurie Kardinal Antonelli es abgelehnt hatte, den Bismarck genehmen Kardinal Gustav Prinzen von Hohenlohe-Schillingsfürst zur Annahme der deutschen Botschaft beim päpstlichen Stuhl zu ermächtigen, und als Bennigsen die Hoffnung ausdrückte, daß der Haushaltsposten für den Botschafter (19 350 Taler) bald als überflüssig werde gestrichen

*) Nur in diesem Sinn ist es zu verstehen, wenn er zu Schulte (s. S. 312) am 2. Januar 1873 gesagt hat: „Ich werde alles tun, die altkatholische Sache zu fördern, von der ich fest überzeugt bin, daß sie dem Staate und der Gesellschaft nützt." A. a. O. 1, 322.

werden: da nahm Bismarck das Wort und sagte: „Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen nicht möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert (zunichte gemacht) werden würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig!“

Die Leidenschaft des Kampfes nahm immer mehr zu; die katholische Presse führte bittere Klagen über die „diokletianische Verfolgung“ der Kirche, über die Verödung so vieler Bischofstühle und Pfarreien, deren Inhaber wegen Ungehorsams gegen die Staatsgesetze mit Geld- und Gefängnisstrafen und schließlich mit Absetzung belegt wurden. Die Erbitterung der Katholiken richtete sich vornehmlich gegen Bismarck als leitenden Staatsmann, und schon 1873 äußerte Graf Friedrich von Stolberg: „Wenn Bismarck gehangen würde, würde ich am Strange mitziehen,“ und wurde am 20. Mai trotzdem oder gerade deswegen in Neustadt in Oberschlesien mit mehr als 6000 gegen 2100 Stimmen in den Reichstag gewählt.*) Als Bismarck 1874 in Kissingen die Kur gebrauchte, gab ein Böttchergeselle Kullmann, der Mitglied eines katholischen Gesellenvereins war und hier Bismarck als Todfeind der Kirche hatte betrachten lernen, am 13. Juli aus einer mit zwei Rehposten geladenen Pistole aus nächster Nähe Schüsse auf den Reichskanzler ab, ohne aber ihn ernsthaft zu verwunden, obwohl er nach dem Kopf gezielt hatte; nur der Papierpfropfen verletzte leicht das rechte Handgelenk, weil Bismarck gerade im Augenblick des Schusses die Hand grüßend erhob. Der Täter gab bei der Untersuchung die Erbitterung über die Kirchengesetze und über die Verhaftung der Bischöfe als Grund des Mordversuchs an; vom Schwurgericht in Würzburg wurde er am 30. Oktober zu einer Zuchthausstrafe von vierzehn Jahren verurteilt. Da die Führer des Zentrums die Verantwortlichkeit ihrer Partei für die Tat eines „halbverrückten Menschen“, wie der bayrische Abgeordnete Jörg sich am 4. Dezember 1874 im Reichstag ausdrückte, entschieden ablehnten, rief ihnen Bismarck in eben dieser Sitzung zu: „Der Mann, den ich selbst gesprochen habe, ist vollkommen im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten; Sie haben ja auch weitläufige ärztliche Atteste darüber. Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen: er hängt sich an Ihre Rock-

*) Majunke, Geschichte des Kulturkampfs, Paderborn 1890, S. 96.

schöße fest, er nennt Sie seine Fraktion!" Hierauf rief der Zentrumsabgeordnete Graf Balleſtrem: „Pfui!" worauf Bismarck unter ſtürmiſchem Beifall von rechts und links ausrief: „Pfui iſt ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir dieſe Gefühle fern liegen; ich bin nur zu höflich, um ſie auszuſprechen!" In derſelben Sitzung ging ein amtliches Schreiben beim Reichstag ein, laut dem die Regierung die Etatsposition für den deutſchen Geſandten beim päpſtlichen Stuhl zurückzog.

Eine Widerwärtigkeit beſonderer Art erhob ſich um dieſe Zeit für Bismarck beſonders dadurch, daß der Botſchafter in Paris, Graf Harry Arnim, im Widerſpruch zu Bismarcks Anſicht, nach welcher die Republik in Frankreich die für uns beſte Staatsform ſei, weil ſie Frankreich in Europa iſoliere, der Herſtellung der Monarchie das Wort redete. Er wurde deshalb im April 1874 durch Fürſt Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürſt erſetzt, eignete ſich beim Abgang wichtige Staatspapiere an, eröffnete gegen Bismarck einen publiziſtiſchen Feldzug und wurde 1875 zu neun Monaten Gefängnis und Dienſtentlaſſung verurteilt. Als er dann eine giftige Broſchüre „pro nihilo" gegen Bismarck ſchleuderte, erhielt er 1876 wegen dadurch begangenen Landesverrats fünf Jahre Zuchthaus, denen er ſich aber durch Flucht ins Ausland entzog.

Durch den Kulturkampf wurde auch die evangeliſche Kirche betroffen, weil die antireligiöſen Leidenſchaften dadurch unleugbar aufgeſtachelt wurden und die Geſetze über die Schulaufſicht, über die Ausbildung der Geiſtlichen und über die Zivilehe auch für die Evangeliſchen neues Recht ſchufen. Dadurch wurden die Konſervativen, die ſchon lange über Bismarcks Zuſammengehen mit den Liberalen grollten (S. 218), noch mehr verſtimmt; *) auch der Erlaß einer neuen Kreisordnung für die fünf preußiſchen Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Sachſen und Schleſien, wodurch der bisher vorwaltende Einfluß des Adels weſentlich zurückgedrängt wurde, hat in dieſer Richtung gewirkt; das Geſetz wurde im Herrenhaus zuerſt abgelehnt und erſt nach einem „Pairsſchub" am 7. Dezember 1872 angenommen. Bismarck hat zwar an dieſer Kreisordnung, für welche der Miniſter des Innern Graf Fritz Eulenburg zuſtändig war, wenig Anteil gehabt und weilte um dieſe Zeit, nervös in hohem Grade angegriffen, in Varzin. Aber die Erbitterung über „die ruchloſe Überhebung und politiſche Unbrauchbarkeit

*) Vgl. hierüber v. Petersdorff, Kleiſt-Retzow, Stuttgart 1907, 408 ff.

der Konservativen," *) welche ohne Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten die Politik des leitenden Staatsmannes durchkreuzten, und die Verstimmung über den König, der in vielen Dingen Bismarck widersprach („als Reiter im Sattel weiß er wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zuschanden geritten hat" **), zeitigten in Bismarck den Entschluß, das Amt eines Ministerpräsidenten, welches ihn zur Prüfung aller schwebenden größeren Fragen und zu fortgesetzten schwierigen Verhandlungen mit den Ressortministern zwang, an Roon abzugeben, der den Konservativen näher stand, und sich auf die Geschäfte des preußischen auswärtigen Ministers und Reichskanzlers zurückzuziehen. Diese neue Verteilung der Geschäfte trat am 1. Januar 1873 ins Leben; sie bewährte sich aber schlecht. Bismarck überzeugte sich bald, daß er die maßgebende Stellung in Preußen nicht entbehren konnte, wenn er als Reichskanzler nicht sozusagen in der Luft stehen wollte. Er hat das selbst später im Reichstag am 10. März 1877 offen zugestanden, und als Roon sich wegen „Mangels an Elastizität" und schwächlicher Gesundheit am 9. November 1873 in den Ruhestand versetzen ließ, übernahm Bismarck das Präsidium wieder, obwohl er voraussah, daß er „gegen den neidischen Junkerdünkel, gegen mangelnde Hingabe der Konservativen für König und Land und gegen die ehrgeizigen Priester des römischen Götzendienstes" schwer zu kämpfen haben werde. Aber „gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direkt befohlen hätte; ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie; also vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen." ***) Im Verlauf des Kampfes erlaubte sich die „Kreuzzeitung", das führende konservative Blatt (S. 26) 1875 anzu-

*) Worte in einem Brief an Roon aus Varzin, vom 13. Dezember 1873, siehe Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Grafen von Roon, 3, 335. Die herrliche Antwort, welche Bismarck dem Konservativen v. Senfft-Pilsach erteilte, der ihn zur Buße ermahnt und mit Gottes Gericht bedroht hatte, siehe Bismarck-Jahrbuch 1 (1894) 83—85: „Wenn ich in Furcht und Liebe Gottes meinem angestammten König in Treue und mit erschöpfender Arbeit diene, so wird der pharisäische Mißbrauch, den die pommerischen und die römischen Gegner mit Gottes Wort treiben, mich in meinem Vertrauen auf Christi Verdienst nicht irre machen."

**) Ebenda S. 334.

***) Brief an Roon vom 20. November 1873, ebenda 3, 367—370.

deuten, daß Bismarck sich durch seine Beziehungen zur jüdischen Hochfinanz, besonders zum Bankhaus Bleichröder, rechtswidrig bereichert habe; Joachim Gehlsen, der Herausgeber der „Eisenbahnzeitung" und der „Reichsglocke", stieß in dasselbe Horn, und der ultrakonservative pommersche Abgeordnete von Dieſt-Daber behauptete in einer Flugschrift „Bismarck und Bleichröder", daß Bismarck für die Auswirkung der königlichen Erlaubnis zur Gründung der preußischen Zentralbodenkreditbank in Form der Überlassung von Aktien zu 108 statt zu 128 Prozent 83 000 Taler erhalten habe. Er wurde für diese Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, auch ihm das Recht, die Offiziersuniform zu tragen, aberkannt; der „Kreuzzeitung" aber schleuderte Bismarck im Reichstag am 9. Februar 1876 den Vorwurf ehrloser Verleumdung ins Gesicht und beschuldigte jeden, der ein solches Blatt halte, der indirekten Beteiligung an der Lüge und Verleumdung. Auf dies hin erließen 46 Landedelleute und Pfarrer in der „Kreuzzeitung" vom 26. Februar eine Erklärung, in welcher sie die Anschuldigung gegen das Blatt, „welches seinem Wahlspruch: mit Gott für König und Vaterland! treu sei, und gegen die gesamte durch sie vertretene Partei aufs entschiedenste zurückwiesen." Man nannte sie deshalb die „Deklaranten", und ihre Anzahl wuchs bald auf einige hundert an. Doch begriffen die Konservativen allmählich selbst, daß sie zu weit gegangen waren; am 7. Juli 1876 organisierten sie sich in Frankfurt a. M. neu als „deutschkonservative Partei", in welcher die widerspenstigen Elemente zurückstehen mußten, und als sich Bismarck unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik den Konservativen wieder mehr näherte, hat ein großer Teil der „Deklaranten" Bismarck brieflich um Entschuldigung gebeten.

Diese neue Wirtschaftspolitik kündigte sich in demselben Moment an, in welchem der Kulturkampf seinen Höhepunkt erreicht hatte. Bismarck hatte sich bisher in wirtschaftlichen Fragen vertrauensvoll der Führung Rudolf Delbrücks überlassen, dessen ausgezeichnete geschäftliche Tüchtigkeit ihm bei seinen weitverzweigten amtlichen Pflichten ganz notwendig und unersetzlich war.*) Delbrück aber war überzeugter Freihändler und hielt dieses wirtschaftliche System für das allein vernünftige und nützliche. Durch die Erfahrungen des praktischen Lebens gelangte Bismarck jedoch allmählich zur entgegengesetzten Überzeugung, daß das Freihandelssystem inmitten

*) v. Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt 1, 37. Delbrücks Lebenserinnerungen (S. 264) reichen leider nicht bis in diese Zeit.

von Nachbarn, welche sich mit hohen Schutzzöllen gegen außen absperrten, geradezu eine auszehrende Wirkung auf Deutschland ausübe; und weiterhin nahm er die unheilvollen Folgen wahr, die sich daraus ergaben, daß die deutschen Eisenbahnen, welche teils im Besitz von Privatgesellschaften, teils in dem der einzelnen Staaten waren, ohne höhere Gesichtspunkte jede für sich verwaltet wurden, während doch der Artikel 42 der Reichsverfassung vorschrieb, daß sie „wie ein einheitliches Netz verwaltet werden sollten." Die Errichtung eines obersten Aufsichtsamtes, des Reichseisenbahnamtes, am 27. Juni 1873, erwies sich als ein Schlag ins Wasser, obwohl man in Albert Maybach *) einen ausgezeichneten Vorstand dafür fand. Es gelang Maybach bei dem Widerstand der Mittelstaaten und auch des preußischen Handelsministeriums nicht, ein Reichseisenbahngesetz im Bundesrat durchzusetzen, durch welches er ausreichende Aufsichtsbefugnisse erlangt hätte. Deshalb faßten der Kaiser,**) welcher durch den Ankauf italienischer Bahnen durch den Staat aufmerksam wurde, und Bismarck, von Maybach beraten, den Plan, die wichtigsten Eisenbahnen für das Reich zu erwerben, was ungeheure Vorteile für die Förderung des Verkehrs und die Befestigung der Macht des Reichs hätte ergeben müssen. Am 24. März 1876 war Bismarck so weit, daß er die Zustimmung des Landtags dazu fordern konnte, daß die Eigentums- und sonstigen Rechte des preußischen Staats an den Eisenbahnen dem Reich gegen angemessene Entschädigung käuflich angeboten werden dürften. Es sollte damit, wie er am 26. April im Abgeordnetenhaus ausführte, dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß es in Deutschland 63 „Eisenbahnprovinzen" gab, „die, wie er sich packend ausdrückte, alle mit den mittelalterlichen Rechten des Stapels, des Zoll- und Geleitwesens und der Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zugunsten ihres Privatsäckels ausgerüstet waren, ja selbst mit dem Fehderecht." Es sollte dem gegenüber der Gesichtspunkt durchgesetzt werden, daß die Eisenbahnen nicht sowohl für den Dienst der Finanzen als für den des Verkehrs bestimmt seien. Im Abgeordnetenhaus erlangte Bismarck für das Angebotsgesetz am 2. Mai 1876 216 gegen 160, im Herrenhaus am 20. Mai 60 gegen 31 Stimmen; am 4. Juni unterschrieb der König das Gesetz. Aber im Bundesrat leisteten die Mittelstaaten, im völligen Einvernehmen mit ihren Landtagen, aus Sorge für die Schmälerung ihrer Souveränetät dem Ankauf

*) Jungnickel, Staatsminister Albert von Maybach, Stuttgart 1910.
**) Ebenda S. 30—31.

irgend welcher Staatsbahnen durch das Reich entschiedenen Widerstand, so daß es zu einem Verkaufsangebot Preußens ans Reich gar nicht gekommen ist. Delbrück nahm über diesen Dingen im April 1876 seinen Abschied, nach der amtlichen Lesart, weil seine Kräfte durch die bald zehnjährige Führung der Geschäfte des außerordentlich umfassenden Reichskanzleramtes (s. oben S. 319) erschöpft waren, in Wahrheit doch wohl vornehmlich aus dem Grund, weil er nach seiner wirtschaftlichen Überzeugung den Staat für die Leitung großer wirtschaftlicher Betriebe, wie es die Eisenbahnen sind, nicht als geeignet ansah. An seiner Stelle übertrug Bismarck im Mai 1876 das Präsidium des Reichskanzleramtes dem bisherigen hessischen Ministerpräsidenten Hofmann (S. 270). Hinsichtlich der Rückkehr zur Schutzzollpolitik erfolgte ein erster Vorstoß im Jahr 1877. Trotz aller Bitten der Eisenindustrie, sie nicht schutzlos dem übermächtigen Wettbewerb Englands preiszugeben, das infolge von Überproduktion nicht weniger als 1500 Millionen Kilogramm unverkäuflicher Roheisenwaren nach Deutschland zu werfen vermochte, wurden die Eisenzölle mit 1. Januar 1877 außer Kraft gesetzt, und als nun viele Hochöfen ausgeblasen und Tausende von Arbeitern entlassen werden mußten, ward ein Antrag auf Vergeltungszölle für fremdes Eisen vom Bundesrat vorgelegt; er wurde aber am 27. April 1877 mit 212 gegen 111 Stimmen verworfen.

Um diese Zeit dachte Bismarck daran, die im Reichstag über 150 Stimmen verfügende nationalliberale Fraktion fest an sich zu fesseln, indem er während seines zehn Monate dauernden, durch die Kissinger Kur im Juni 1877 unterbrochenen Aufenthalts in Varzin wiederholt mit Bennigsen,*) den er zu sich einlud, über dessen Eintritt ins Ministerium verhandelte, am 15. und 16. Juli und wieder am 26. Dezember 1877. Er besprach mit ihm die verfassungsmäßige Ordnung einer Stellvertretung des Reichskanzlers (s. oben S. 306), eine Umgestaltung der Reichsämter und ihrer Beziehungen zu den preußischen Ministerien, wodurch eine weitgehende „Personalunion" beider Ämter und damit eine fruchtbarere Tätigkeit erzielt werden sollte, und schließlich die Reform der Steuern und Finanzen, wodurch das Reich aus Bier und Tabak ausreichende Einnahmen erhalten sollte, um auf eigenen Füßen zu stehen und auf die lediglich nach der Kopfzahl berechneten ungerechten Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu verzichten. Bennigsen bot er schon im Juli das Ministerium des Innern an, das durch

*) Oncken a. a. O. S. 323—341.

den Abgang des längſt verbrauchten Grafen Fritz Eulenburg erledigt werden ſollte. Bennigſen ſelbſt zog aber, da er als Miniſter des Innern eine ihm feindliche ganz konſervative Beamtenſchaft unter ſich gehabt hätte, das Finanzminiſterium vor, und verlangte überdies, daß noch zwei ſeiner Parteigenoſſen mit ihm ins Amt treten ſollten, von Forckenbeck in Preußen für das Innere und Freiherr von Stauffenberg im Reich als Schatzſekretär. Ohne dieſe beiden oder doch wenigſtens Forckenbeck neben ſich zu haben, hielt er ſeine Stellung im Miniſterium ſelbſt für zu iſoliert und ſeinen Rückhalt an der nationalliberalen Fraktion nicht für geſichert genug. Mit den ſachlichen Forderungen Bismarcks zeigte er ſich unter gewiſſen Bedingungen (bewegliche Steuern als Bürgſchaft für das Budgetrecht des Parlaments) im weſentlichen einverſtanden. *Aber ſchließlich ſcheiterte alles.**) Einerſeits hatte der König, wie Bismarck erzählt, eine „inſtinktive monarchiſche Abneigung gegen Bennigſen ſelbſt und ſeine frühere Tätigkeit in Hannover," die ihm offenbar als faſt hochverräteriſch erſchien, und andererſeits wollte Bismarck ſelbſt gerade den linken Flügel der Fraktion, etwa zwanzig Mann unter Lasker, v. Forckenbeck, v. Stauffenberg und Rickert, von ihr abſprengen, um an der rechts ſtehenden Maſſe der Fraktion eine in ſich gleichartige, zuverläſſige Stütze zu gewinnen; keineswegs aber wollte er ſich mit dieſem linken Flügel gar enger verbinden und ſo deſſen Stellung noch befeſtigen. So blieb die ganze Verhandlung ergebnislos, und bald nachher entwickelten ſich die Dinge ſo, daß das liberale Element nicht etwa neue Stärke innerhalb der Regierung gewann, ſondern daß es *aus der Regierung vollends verdrängt wurde*.

Bismarck trat am 22. Februar 1878, nachdem er aus Varzin zurückgekehrt war und die Geſchäfte wieder übernommen hatte, im Reichstag offen mit ſeinen Reformgedanken hervor. Er bekannte ſich bei der Beratung dreier Vorlagen über die Beſteuerung der Börſenpapiere und Lotterieloſe, die Einführung eines Spielkartenſtempels und die Erhöhung der Tabakſteuer offen zum *Tabaksmonopol, wie überhaupt als Anhänger der indirekten Steuern*, und wenn auch der liberale Finanzminiſter Camphauſen ſich im Fall der äußerſten Not mit dem

*) Vgl. hiezu Gedanken und Erinnerungen 2, 179—187 und Oncken a. a. O. S. 317—336, wo an der „einſeitigen Darſtellung" Bismarcks auf Grund eines freilich ſehr ſpärlichen Aktenmaterials Kritik geübt wird. Daß Bismarck in einem gewiſſen Stadium den Eintritt mehrerer Nationalliberaler ſelbſt ins Auge gefaßt hat, ſcheint allerdings unbeſtritten, Oncken S. 332.

Monopol einverſtanden erklärte, ſo fühlte er ſich doch angeſichts der ſich vorbereitenden Wendung nicht mehr als der Mann der Lage und trat im März 1878 zurück.

In dieſem Moment war in Rom durch den Tod Pius' IX. und die Wahl Leos XIII. zum Papſt (7. und 20. Februar 1878) die Möglichkeit einer Verſtändigung zwiſchen Preußen und der Kurie geſchaffen worden, welche Bismarck mitten im heißeſten Kampf nie aus den Augen verloren hatte (Rede im Herrenhaus vom 10. März 1873), *) und Leo XIII. bewies ſeine Bereitwilligkeit zum Frieden, indem er noch am Tag ſeiner Wahl dieſe dem Kaiſer Wilhelm anzeigte und die Hoffnung ausſprach, daß der Friede zwiſchen Kirche und Staat werde hergeſtellt werden. Es war ein Ereignis von großer Tragweite; es eröffnete die Ausſicht auf neue Gruppierungen der Parteien im Innern, und da die Nationalliberalen die ſchärfſten Gegner des Ultramontanismus waren, der nun einmal zurzeit in der katholiſchen Kirche völlig vorherrſchte, ſo war jetzt die Berufung Bennigſens ins Amt auch unter dem Geſichtspunkte der Herſtellung des kirchenpolitiſchen Friedens unmöglich geworden. Aus demſelben Grund blieben die Verhandlungen ergebnislos, welche Gambetta im Dezember 1877 durch den mit ihm befreundeten ſchleſiſchen Grafen Guido Henckel von Donnersmarck mit Bismarck anknüpfen ließ und welche darauf abzielten, daß Gambetta Bismarck einen Beſuch abſtatten und mit ihm über ein gewiſſes Zuſammengehen Preußens und Frankreichs gegen den gemeinſamen Feind, den Ultramontanismus, ſich beſprechen ſollte.**) Um Bismarcks Zutrauen zu gewinnen, erwirkte Gambetta die Erſetzung des ultramontanen Botſchafters Vicomte Gontaut de Biron durch den Grafen St. Vallier und die Übertragung des auswärtigen Amtes an einen Proteſtanten, Waddington.***) Die Neubeſetzung der preußiſchen Miniſterien erfolgte ohne Rückſicht auf die oben genannten Führer der nationalliberalen Partei; das Finanzminiſterium erhielt Ende März der

*) „Der Kampf des Prieſtertums mit dem Königtum iſt zu beurteilen wie jeder andere Kampf; er hat ſeine Bündniſſe, er hat ſeine Haltepunkte, er hat ſeine Waffenſtillſtände. Es hat friedliche Päpſte gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben."

**) Die Aktenſtücke hierüber ſiehe im „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1901, 2, 493—505.

***) Gontaut-Biron, mon ambassade en Allemagne, Paris 1906—1907, 2, 317. Die Loſung in Paris war: nous tenous à être bien avec Bismarck. Ebenda S. 341.

Berliner Oberbürgermeister Hobrecht, der politisch übrigens zu den Nationalliberalen gehörte, das Innere Graf Botho Eulenburg, ein Konservativer, und das Handelsministerium Maybach, der in diesem Ministerium Rat und Direktor und dann Präsident des Reichseisenbahnamtes gewesen war. Damals erging auch das schon oben erwähnte (S. 306) Gesetz über die Stellvertretung für den Reichskanzler, das Bismarck wesentlich entlastete. Im Juli 1878 befand sich Bismarck wieder zur Kur in Kissingen, und hier empfing er den Besuch des päpstlichen Nuntius Masella*) in München, der im Auftrag des neuen päpstlichen Staatssekretärs Franchi die Verhandlungen über den kirchlichen Frieden einleitete, allerdings mit weitgehenden Forderungen: Abschaffung der Maigesetze und Herstellung des kirchlichen Zustandes in Preußen, wie ihn 1821 die grundlegende Bulle Pius' VII. de salute animarum zur Voraussetzung gehabt hatte. Bismarck begegnete dem Nuntius sehr höflich, lehnte aber beide Forderungen bestimmt ab; er wollte nur von einem Waffenstillstand und der Rückkehr einiger, weniger belasteter, Bischöfe in ihr Amt hören. Das fand man in Rom natürlich ungenügend: was helfe es, Bischöfe wieder einsetzen, wenn sie sich sofort wieder den alten Gesetzen gegenüber befänden, durch welche sie aus ihren Sitzen verdrängt worden waren?

Während dieser Dinge waren Ereignisse eingetreten, welche in ihrer Wirkung das ganze Bild der politischen Lage veränderten. Am 11. Mai 1878 schoß ein Klempnergeselle Hödel ohne Erfolg in Berlin auf den einundachtzigjährigen Kaiser Wilhelm; am 2. Juni wiederholte ein Dr. Nobiling den Mordversuch mit mehr Erfolg: von etlichen dreißig Schroten getroffen, sank der auf einer Spazierfahrt begriffene Kaiser in seinen Wagen zurück; er war tagelang in Lebensgefahr und mußte fünf Monate lang durch seinen Sohn Friedrich Wilhelm in der Regierung vertreten werden. Da der Reichstag nach Hödels Mordanschlag gesetzgeberische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie (auf deren hetzerische Agitation der Mordversuch doch unzweifelhaft im letzten Grunde zurückging) mit großer Mehrheit (241 gegen 57 Stimmen) abgelehnt hatte, und da er der beabsichtigten Zoll- und Steuerreform entschieden abgeneigt war, so wurde

*) Für die Beilegung des Kulturkampfs ist manches Interessante zu finden in Lefebvre de Béhaine (französischer Gesandter in München und Rom 1872—87), Léon XIII et le prince de Bismarck, Paris, Lethielleux, o. J. (1898).

er jetzt aufgelöst, *) und der neue wies ein wesentlich anderes Gesicht auf; die Linke und die Nationalliberalen verloren 43 Wahlkreise und zählten nur noch ein Drittel des Parlaments, während die Rechte von 78 auf 122 Mann anwuchs und das Zentrum mit 103 Mitgliedern die stärkste Fraktion war. Zum Präsidenten wurde indes doch noch einmal der Nationalliberale Herr v. Forckenbeck gewählt. Mit diesem Reichstag brachte Bismarck am 18. Oktober *das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie* zustande, das ihre Vereine auflöste und ihre Presse unterdrückte; aber statt der dauernden Geltung des Gesetzes wurde nur die Geltung auf zwei und ein halbes Jahr beschlossen, da das Zentrum das Gesetz ganz ablehnte und die Nationalliberalen für eine längere Frist nicht zu haben waren. Für das Zentrum war die Furcht bestimmend, daß das Gesetz auch gegen andere Parteien ausgenützt werden könnte und daß es Bismarcks Macht noch gewaltig vermehren werde. Durch die Begrenzung auf eine verhältnismäßig kurze Zeit und die alle zwei bis drei Jahre drohende Außerkraftsetzung des „Ausnahmegesetzes" wurde seine Wirkung, so verheerend sie zunächst war, doch schwer beeinträchtigt; es bestand übrigens, da später auch ein Teil des Zentrums dafür eintrat, bis 30. September 1890. Die Mehrheit, welche es erstmals annahm, setzte sich aus 221 Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammen, die Minderheit (141 Abgeordnete) aus Zentrum, Polen, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten, deren Zahl freilich nur 9 Mann betrug.

Noch einmal hatte die Mehrheit zusammengehalten, auf welche sich Bismarcks innere Politik seit zwölf Jahren stützte; aber es hatte schwer gehalten, sie noch einmal geschlossen ins Feld zu führen, und ihre Auflösung trat nunmehr ein, *als Bismarck zur Durchsetzung seiner Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsreform schritt.* Die Liberalen standen auf dem Boden der sogenannten Manchesterlehre, welche das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte" predigte und alles staatliche Eingreifen in das wirt-

*) v. Tiedemann, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, S. 263. Auf die Nachricht von Nobilings Attentat stieß Bismarck seinen Eichenstock in die Erde und sagte tief aufatmend, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Dann lösen wir den Reichstag auf!" Daß er aber damals die ihm oft zugeschriebene Äußerung: „Er wolle die Nationalliberalen an die Wand drücken, bis sie quietschen," nicht getan hat, erklärt er selbst „Gedanken und Erinnerungen" 2, 187, und wird auch von v. Tiedemann S. 272 bestätigt.

schaftliche Leben als verderblich bezeichnete; damit war das unbedingte Festhalten an Handels- und Gewerbefreiheit, die Ablehnung aller Schutzzölle, aller Innungen gegeben. Bismarck aber war durch die praktischen Erfahrungen, welche Deutschland mit der 1863 (s. oben S. 319 f.) begonnenen Handelsfreiheit gemacht hatte, eines anderen belehrt worden; er hatte 1877 während seiner Mußezeit in Varzin die gründlichsten Studien auf dem wirtschaftlichen Gebiet*) gemacht, dem er ja von Hause aus nicht fremd war, und seine beiden Vertrauten, der geheime Rat Lothar Bucher**) und der Vorstand der Reichskanzlei Christoph von Tiedemann***), der in den Verhältnissen der rheinischen Industrie gründlich bewandert war, haben ihn sachkundig beraten, in dem gleichen Sinne, dessen er selbst geworden war. Der schlesische Grundbesitzer und Industrielle, Herr v. Kardorff, ein Führer der freikonservativen „Reichspartei", begründete am 15. Februar 1876 den „Zentralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit," dessen Ziel auf Errichtung von Schutzzöllen gegen den ausländischen Wettbewerb gerichtet war. Aber erst Bismarcks Eintreten für diese Politik hat ihren Erfolg ermöglicht. Jetzt war der Fall eingetreten, von dem er am 5. April 1877, als er sein Entlassungsgesuch an den Kaiser gerichtet hatte, zu seinem getreuen Tiedemann sprach: „Ihm sei zumute, wie einem Jäger, der den ganzen Tag auf Kartoffelfeldern Hühner gejagt habe. Gegen Abend sei er todmüde und sehne sich nach Ruhe. Wenn einem solchen Jäger gemeldet werde, in einem benachbarten Busche steckten mehrere starke Sauen, dann sei es vielleicht möglich, daß neue Lebenskraft in ihm erwache; Hasen und Hühner würden ihn aber nicht mehr in Bewegung bringen. Als solche ‚Sauen' würde er betrachten: die Reform unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung, eine wirklich gründliche Steuerreform — oder auch auf anderem Gebiete: die Ausräucherung des Partikularismus. An eine dieser Aufgaben den letzten Lebenshauch zu setzen, könnte verlockend sein." †) Nun nahm er mit frischer

*) Brodnitz, Bismarcks nationalökonomische Anschauungen. Jena 1902. Oswald Schneider, Jahrbuch für Gesetzgebung 1910.

**) Vgl. über ihn oben S. 199 und Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899, S. 8.

***) S. sein oben S. 325 Anmerkung angeführtes Werk.

†) Tiedemann S. 127—128. Über einen Mann, der so sprach und handelte, urteilt Klein-Hattingen, Bismarck und seine Welt 2, 2, 188: „es

Kraft und seiner ganzen Wucht die zwei erstgenannten, in sich zusammenhängenden Aufgaben vor. Sein Gedanke war, alle ehrliche nationale Arbeit auf dem Acker und in der Fabrik zu schützen, ihr auf diese Art ihren gebührenden Lohn zu sichern, Deutschlands wirtschaftliches Erstarken herbeizuführen und durch den Ertrag der Zölle die Kassen des Reichs zu füllen, welche bisher auf die Speisung durch die sogenannten Matrikularbeiträge der Einzelstaaten (S. 202) angewiesen waren. Durch diese Beiträge ward das Reich in Abhängigkeit von den Einzelstaaten erhalten; es galt aber, es finanziell auf eigene Füße zu stellen, es aus „dem lästigen Kostgänger der Einzelstaaten zu deren freigebigem Versorger zu machen," *) indem es ihnen vom Ertrag seiner Einnahmen in guten Jahren noch abgab. Wesentlich daran war das alte römische Reich deutscher Nation zugrunde gegangen, daß es allmählich alle seine Steuerquellen an die Gebiete abgegeben hatte, so daß der Kaiser Sigismund hatte klagen müssen, nihil spoliatius esse imperio, nichts sei ausgeraubter als das Reich: es war eine des Neugründers unseres Reiches würdige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wir aus der Geschichte lernten und unser neues Reich nicht den Weg des alten ging. Leider hatte Bismarck bei diesem großartigen Unternehmen nicht die Unterstützung der Partei, welche bisher im ganzen doch immer wieder in allen nationalen Fragen seine verläßliche Stütze gewesen war. Bennigsen versuchte lange, durch Sicherung der Rechte des Reichstags mittelst einer beweglichen Kaffee- und Salzsteuer (S. 322) einen so großen Teil der Freihändler seiner Partei für die Gesamtreform zu gewinnen, daß sie mit einer knappen Mehrheit der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen durchgedrückt werden konnte; allein er brachte die nötige Zahl von Stimmen nicht auf, und als Bismarck von ihm hörte, daß dreißig bis vierzig der Fraktion die Schutzzölle grundsätzlich verwerfen würden, schwenkte er notgedrungen, aber entschieden zum Zentrum ab. Dieses, schutzzöllnerisch und partikularistisch, wie es war, verpflichtete sich, die Vorlage unter der von dem bayrischen Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein formulierten Bedingung anzunehmen, daß derjenige Ertrag aus Zöllen und Tabaksteuer, der die Summe von 130 Mill. Mark übersteige, den Einzel-

liegt am Tage, daß ihm bei den inneren Lebensfragen der Nation, in der inneren Politik überhaupt die großen Ziele fehlten. Da war er, der weitsichtige Diplomat, von einer verhängnisvollen Kurzsichtigkeit." So weitsichtig als Klein-Hattingen dürfte Bismarck reichlich gewesen sein.

*) Worte im Reichstag am 2. Mai 1879.

ſtaaten nach ihrer Volksziffer ausgezahlt werde; dieſe ſollten dafür nach wie vor die Matrikularbeiträge in einer jährlich vom Reichstag feſtzuſetzenden Höhe entrichten. Damit wurde in guten Jahren für die Kaſſen der Einzelſtaaten ſo weit möglich geſorgt und dem Reichstag das auch von liberaler Seite ſo eiferſüchtig gehütete Recht der Etatsfeſtſtellung gewahrt, aber freilich um einen hohen Preis: die ſo wünſchenswerte reinliche Scheidung der Reichsfinanzen von denen der Einzelſtaaten kam nicht zuſtande. Das Reich zahlte aus ſeinen Überſchüſſen Summen an die Einzelſtaaten heraus, welche es dann nötigenfalls in Form von Matrikularbeiträgen wieder einzog; inſofern bezeichnete Bismarck am 9. Juli den ganzen Streit um die Franckenſteinſche Klauſel als einen bloßen Wortſtreit, „ob ich von einem ſchwarzen Tuchrock oder von einem Rock von ſchwarzem Tuch ſpreche.“ So harmlos war die Sache doch nicht. Bismarck griff in die Verhandlungen vom Mai bis Juli 1879 mit acht großen Reden ein, welche ebenſo bewundernswürdig ſind durch die ſouveräne Beherrſchung der in Rede ſtehenden wirtſchaftlichen Fragen, wie durch die Wärme und Kraft der patriotiſchen Geſinnung. „Ich habe,“ rief er am 9. Juli aus, „von Anfang meiner Karriere nur den einen Leitſtern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutſchland zu einer Einigung bringen, und wie kann ich dieſe Einigung befeſtigen, fördern und ſo geſtalten, daß ſie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird... Ich werde den Weg, den ich im Intereſſe des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das iſt mir gleichgültig!“ Am 12. Juli 1879 wurde der Zolltarif und das Zollgeſetz mit den 217 Stimmen der Rechten, des Zentrums und einiger Nationalliberalen gegen die 117 Stimmen der meiſten Nationalliberalen, der ganzen Fortſchrittspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Die 11 Nationalliberalen, welche mit Ja ſtimmten, mußten aus der Fraktion austreten; ſtatt daß der linke Flügel abgeſprengt wurde, wie Bismarck gewünſcht hatte, geſchah das mit dem rechten. Freilich vermochte der linke die Partei doch nicht ganz in ſeine radikalen Bahnen mit ſich zu reißen, ſo daß auch er nach Jahresfriſt (Auguſt 1880) ſich von der Partei löſte, die damit auf 46 Mitglieder herabſank (ſogenannte Sezeſſion). Den Verſuchen gegenüber, Bennigſen mit dem verbliebenen Reſt der Partei doch noch nach links zu ziehen, rief Bismarck in der Sitzung des Reichs-

tags vom 5. Mai 1881 Bennigsen, „dem das Deutsche Reich für seine Herstellung, seine Konsolidierung so viel schuldet," das Wort Bürgers zu: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen!"

Die Folgen des Zusammengehens der verbündeten Regierungen mit dem Zentrum traten sofort in Erscheinung. Der Kultusminister Falk ließ sich, obwohl Bismarck ihn zu halten suchte, nicht länger zum Verbleiben in seinem Amt bewegen, das ihm durch die Abneigung des Kaisers gegen seinen liberalen Standpunkt, durch die Parteinahme der Kaiserin, der Kronprinzessin und des Kronprinzen selbst *) für die katholische Opposition und durch die Gegnerschaft der Konservativen bei Hof und im Landtag schon längst zur Hölle gemacht war. Bismarck, der unter all dieser Gegnerschaft nicht minder litt, hat nach Falks eigenem Zeugnis **) zu ihm gesagt, daß er sich nicht vorwerfen lassen wolle, er habe den Minister für dreißig Silberlinge an das Zentrum verschachert, und er ließ sich am 1. Juli von Falk schriftlich das Zeugnis geben, daß er nicht deshalb zurücktrete, weil Bismarck seinen grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben habe. Auch Bismarck selbst empfand diese Fronde der Hofpartei aufs bitterste; aber halten konnte er Falk um so weniger, als die neue Mehrheit der Konservativen und des Zentrums, welche den Zolltarif durchgesetzt hatte, diesem Staatsmann mit entschiedenem Hasse gegenüberstand. Falks Nachfolger im Kultusministerium wurde ein schroffer Konservativer, Robert von Puttkamer, der bisherige Oberpräsident von Schlesien; er war in allem das Gegenteil seines Vorgängers. Er erhielt die Aufgabe, den Kulturkampf, da direkte Verhandlungen mit Rom nicht zum Ziel führten, durch allmählichen Abbruch der unhaltbaren Teile der Maigesetzgebung zu beendigen; es galt, die gerechten Beschwerden der katholischen Bevölkerung durch freiwilligen Verzicht des Staates auf die während des Kulturkampfs geschmiedeten, freilich oft überscharfen und dadurch wirkungslosen Waffen abzustellen. So konnte auch vielleicht dem Zentrum, das trotz des Zusammengehens beim Zolltarif der Regierung immer noch Gewehr bei Fuß und oft auch im Anschlag

**) Gontaut-Biron (S. 323) 2, 300 behauptet bestimmt, daß die Kronprinzessin, die sich anfangs zurückgehalten hatte, im November 1875 ihm bei einem Spaziergang gesagt habe: ihr Gemahl und sie selbst tadelten unverhüllt die Politik Bismarcks in religiösen Dingen; sie bedauerten die Lage, in welche man die Katholiken in Deutschland gebracht habe. Im April 1877 sagte sie offen zu Gontaut, sie empfinde ein éloignement für Bismarcks Ansichten und Politik (2, 307).

**) S. Deutsche Revue 24 (1899) 1, 1—9.

gegenüber ſtand, der Boden abgegraben werden. Vom Mai 1880 bis zum April 1887 wurden durch Puttkamer und, als er im Juli 1881 als Nachfolger des Grafen Botho von Eulenburg (S. 324) *) das Miniſterium des Innern übernahm, durch ſeinen Nachfolger von Goßler fünf „Friedensgeſetze“ mit dem Landtag vereinbart, und der Papſt Leo XIII. nahm die dargebotene Hand des Staates an, indem er am 23. Mai 1887 im Kardinalskonſiſtorium es ausſprach: „Erledigt iſt, dank der Hilfe Gottes, eine langwierige und mühevolle Aufgabe; jenem erbitterten Kampf, welcher die Kirche ſchädigte und dem preußiſchen Staat keinesfalls nützte, iſt ein Ziel geſetzt“ — finis impositus.

Wenn man das Ergebnis des ſiebzehnjährigen Ringens überblickt (1871—1887), ſo hat der Staat aufgegeben den Verſuch, den katholiſchen Klerus durch ſtaatliche Vorbildung in ſeinen Gymnaſien und Hochſchulen zu nationaliſieren, die Diſziplinargewalt der Kirche über ihre Geiſtlichen zu beſchränken, einen kirchlichen Gerichtshof als oberſte Inſtanz über die Kirche zu ſtellen, die Mönchs- und Nonnenorden mit Ausnahme der Orden für Krankenpflege abzuſchaffen; die kirchliche Pflicht, die anzuſtellenden Geiſtlichen dem Staat vorher anzuzeigen, urſprünglich ganz allgemein vom Staat gefordert, ward nur für die endgültig anzuſtellenden Pfarrer aufrecht erhalten, nicht aber für die Hilfsgeiſtlichen.**) Dagegen überdauerten den Kulturkampf und beſtehen heute noch zu Recht die Aufhebung der katholiſchen Abteilung im Kultusminiſterium, die Anzeigepflicht in dem erwähnten Umfang, der Kanzelparagraph, die Zivilehe, das Verbot jeſuitiſcher Niederlaſſungen im Reich, die Teilnahme der Gemeinden an der Verwaltung des Kirchenvermö-

*) Deſſen Rücktritt vollzog ſich unter auffallenden Umſtänden. Er vertrat im Landtag das ſogenannte Zuſtändigkeitsgeſetz und wollte die Aufſicht über die Landgemeinden nicht dem Landrat zuweiſen, ſondern dem Kreisausſchuß (S. 317). Dagegen überſandte ihm Bismarck ſchriftliche Bedenken, durch den geheimen Oberregierungsrat Rommel, und da Eulenburg das Schriftſtück in der Herrenhausſitzung nur flüchtig überlas und es unbeachtet ließ, ſo hielt Rommel ſich für verpflichtet, es in voller Sitzung zu verleſen. Eulenburg erbat darauf ſofort ſeine Entlaſſung. Bismarck hatte dieſes Verfahren Rommels nach den Aufzeichnungen des ſpäteren Kultusminiſters Boſſe (Grenzboten 1904 II 755) nicht befohlen, und Boſſe hebt hervor, daß er ihm ſtets den Eindruck „ſubjektiver Wahrhaftigkeit und innerlicher Freiheit und Größe gemacht habe.“

**) Das „Expatriierungsgeſetz“ (S. 314) iſt erſt am 6. Mai 1890 abgeſchafft worden.

gens, das Verbot von Ordensſchulen für Knaben und die ſtaatliche Schulaufſicht. Daß der Papſt der Anzeigepflicht zuſtimmte, daß er ſich nicht auf den Standpunkt verſteifte, die Anſtellung der Geiſtlichen gehe den Staat lediglich nichts an, wurde von den ultramontanen Heißſpornen als ſchwere Niederlage empfunden, und ein Blatt dieſer Richtung ſchrieb: „Der heilige Vater Leo XIII. hat im Gegenſatz zu ſeinem Vorgänger Pius IX., zu den preußiſchen Biſchöfen, zum Klerus, zum katholiſchen Volk Preußens die Falkſche Anzeige zugeſtanden, gegen die wir vierzehn Jahre ſiegreich gekämpft haben. Es iſt eine ſchwere Prüfung über uns verhängt. Auf den Grabſtein des Zentrums müſſen die Worte kommen: Von den Feinden nie beſiegt, von den Freunden nie verlaſſen, aber vom Papſte, für deſſen Rechte es ſiebzehn Jahre geſtritten und gelitten, verleugnet.“ *) Erwägt man dies alles, ſo wird man nicht urteilen können, daß Bismarck ſein ſtolzes Wort: „Nach Canoſſa gehen wir nicht,“ Lügen geſtraft habe. Gewiß, der preußiſche Staat hat keinen vollen Sieg im Kulturkampf erfochten; aber er hat auch keine volle Niederlage erlitten. Der Kulturkampf war für Bismarck nicht Selbſtzweck, wie er es für katholiſche und proteſtantiſche Fanatiker war; für ihn galt es nur die Rechte des Staats gegen den Ultramontanismus zu verteidigen, und daß der Staat durch Schulaufſicht, Anzeigepflicht, Ausſchluß der Orden von den Knabenſchulen, Verbot der jeſuitiſchen Anſiedlungen 1887 beſſer geſchützt war als 1871, iſt gar nicht zu bezweifeln. Wenn der Staat in der Hitze des Kampfes die Kirche hat zu ſeiner Dienerin machen wollen, ſo iſt das begreiflich, das Fehlſchlagen ſolcher Pläne aber nicht zu bedauern; der allmächtige Staat iſt der Kultur und Freiheit in ſeiner Weiſe ebenſo gefährlich als die allmächtige Kirche. Der Friede, den Bismarck ſchon in ſeiner Reichstagsrede vom 10. März 1873 als ſein Ziel bezeichnet hatte, war jetzt möglich; alſo mußte er auch geſchloſſen werden — der innere Hader war eine Gefahr auch für die Macht des Staats nach außen wie für ſeine Feſtigkeit im Innern.

Die energiſche Hinkehr Bismarcks auf die wirtſchaftlichen und Steuerfragen war mit der Durchbringung der Zollreform nicht erſchöpft. Im April 1880 erinnerte er die Hanſaſtädte Hamburg und Bremen daran, daß ihre Sonderſtellung außerhalb des Zollvereins nicht ewig dauern

*) Majunke, Geſchichte des Kulturkampfes, S. 271.

könne, daß nach Artikel 34 der Reichsverfassung sie auf ihren Antrag in den Verein aufgenommen werden könnten, und daß es endlich Zeit sei, diesen Antrag zu stellen; das preußische Altona mußte entweder, so lange Hamburg zollfremd blieb, es auch bleiben, oder mußte mindestens die mit ihm zusammenhängende hamburgische Vorstadt St. Pauli mit ihm in den Verein treten. Nach lebhaftem Widerstand der Hamburger, welche aus alter anderer Gewohnheit für die Vorteile des Beitritts blind waren, fügten sie sich am 25. Mai 1881; Hamburg durfte zu Zwecken des Durchgangshandels ein kleines Freihafengebiet behalten und erhielt für die dort notwendigen mannigfachen Bauanlagen eine Beihilfe vom Reich bis zum Betrag von vierzig Millionen Mark. Am 31. März 1885 trat auch Bremen in den Zollverein, unter denselben Bedingungen, nur daß der Reichsbeitrag auf zwölf Millionen bemessen wurde. Damit war die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vollendet; sie ward der zähen Tatkraft desselben Mannes verdankt, der uns die politische erkämpft hatte.

Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie legte dem Staat die Pflicht auf, nicht bloß mit Strafen und Unterdrückung vorzugehen, sondern die Interessen der arbeitenden Klassen, als deren Anwalt sich die Sozialdemokratie gebärdete, von sich aus tatkräftig zu fördern, und Bismarck, der schon vor fast zwanzig Jahren mit Lassalle verhandelt und sich für den Plan von Produktivgenossenschaften der Arbeiter interessiert hatte (S. 153), hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich dieser Pflicht vollauf bewußt war, daß er begriff, es gelte nicht bloß die gemeingefährlichen Machenschaften mit starker Faust niederzuhalten, sondern auch die berechtigten Wünsche und Bestrebungen der unteren Volksschichten tatkräftig wahrzunehmen. Er hat in diesem Sinne am 9. Januar 1882 an das Wort Friedrichs des Großen erinnert, je serai le roi des gueux, und hat einmal gegenüber dem Abgeordneten Bamberger, der ein solches Vorgehen als Staatssozialismus angriff, gesagt (am 12. Juni 1882): „Sie werden genötigt sein, dem Staat ein paar Tropfen sozialen Öles im Rezept beizusetzen; sozialistisch war die Freiheit (= Befreiung) des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Enteignung zugunsten der Eisenbahnen, sozialistisch im höchsten Grade die Zusammenlegung der Grundstücke, die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, das heißt der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden erhalten muß. Das alles ist sozialistisch.

Wenn Sie glauben, mit dem Wort „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist.“ „Ich bin nicht der Meinung,“ hat er ähnlich am 2. April 1881 gesagt, „daß das „laisser faire, laisser aller,“ das reine Manchestertum in der Politik, ‚jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe,‘ ‚wer da hat, dem wird gegeben; wer da nicht hat, dem wird genommen,‘ daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne ... In diesem Gesetze (über die Unfallversicherung) liegt die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium (eigenen Besitz) an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann und das ihm eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann ... Nennen Sie das Sozialismus oder nicht; es ist mir das ziemlich gleichgültig ... Ein Name, den ich bereitwillig annehme, ist der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen auch wirklich etwas gewähren wollen.“

Aus diesem Geiste heraus erfolgten nach einander 1880 der Steuernachlaß in Preußen, der alle Staatsbürger, die weniger als 1200 Mark Jahreseinkommen hatten, von der sogenannten Klassensteuer (nach dem Einkommen abgestufte Steuer) befreite; die Versicherung der in Berg- und Hüttenwerken, Salinen, Gruben, Werften, Bauten und Fabriken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten bis zu 2000 Mark Einkommen gegen Krankheit (1883) und gegen Unfälle (1884) und endlich gegen Alter und Gebrechlichkeit (1889, in Kraft gesetzt 1891). Um die soziale Gesetzgebung besser fördern zu können, hat Bismarck im August 1880 zu seinen andern Ämtern als Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident und preußischer Minister des Auswärtigen auch noch das preußische Handelsministerium übernommen, das in erster Linie für soziale Maßnahmen zuständig war. Dieser Schritt kam aller Welt so unerwartet, daß Bismarck gesagt hat, er sei unter die liberalen geheimen Räte des Handelsministeriums getreten wie Odysseus unter die entsetzten Freier. Um sich mehr Hilfe und Autorität gegen den seit den Wahlen vom 27. Okto-

ber 1881 in seiner Mehrheit zu fast sieben Zehntel oppositionellen, ultramontan-fortschrittlichen Reichstag zu schaffen, rief Bismarck 1880 den Volkswirtschaftsrat*) ins Leben, eine Art Gegenparlament, das aus 75 Mitgliedern (darunter mindestens 15 Handwerkern und Arbeitern) bestehen und gegenüber den Bürokraten vom grünen Tisch und den parlamentarischen Rednern die Interessen der arbeitenden Stände und die Gesichtspunkte des praktischen Lebens vertreten sollte, welche im Reichstag und bei der Bürokratie zu kurz kamen. Die Ausgestaltung dieser Körperschaft zu einer gesamten deutschen scheiterte an der ablehnenden Haltung des Reichstages.

Von den politischen Parteien stand der Politik des Staatssozialismus, des praktischen Christentums, am schärfsten entgegen die liberale Linke, deren zwei Teile, Fortschritt und Sezessionisten, auf den Rat des Kronprinzen am 5. März 1884 sich zu der „deutsch-freisinnigen Partei" zusammenschlossen. Diese zählte 106 Reichstagsabgeordnete; ihre Führer Eugen Richter, der alte Fortschrittler, und Bamberger, der einstige Nationalliberale, bekämpften Bismarck aufs nachdrücklichste, und Richter schreckte sogar vor der persönlichen Verdächtigung nicht zurück, daß Bismarck die landwirtschaftlichen Zölle aus selbstsüchtigem Interesse, um sein Korn und sein Vieh besser abzusetzen, durchgesetzt habe („Schweinepolitik"). Das Zentrum war an sich grundsätzlich von jeher für eine tatkräftige Sozialpolitik und hat auch für die meisten genannten Gesetze, mit Ausnahme dessen für Alter und Gebrechlichkeit, gestimmt; aber trotz dieser verhältnismäßigen Gemeinschaft der Ziele auf sozialpolitischem Gebiet blieb es doch noch von Bismarck durch eine tiefe Kluft getrennt, „der Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen, kampfbereit, angriffsbereit gegenüber steht" (Rede vom 8. Mai 1880), „mit dessen Ansprüchen der Friede in Preußen dauernd nicht zu finden sein wird, dem die ganzen liberalen Parteien die Heerfolge absolut und für immer versagen sollten" (ebenda). Die Grundlagen des Zentrums ruhten in einem anderen Boden als dem Bismarcks; bei seiner grundsätzlichen Stellung zum Staat, den es unter die Kirche stellte, blieb es in Fragen von höchster staatlicher Bedeutung unzuverlässig. Namentlich bekämpfte es heftig die 1886 von Bismarck energisch aufgenommene Abwehr der großpolnischen Ausbreitungs-

*) Eröffnet am 27. Januar 1881 mit einer Rede Bismarcks. Über ihn siehe die Rede vom 1. Dezember 1881.

bestrebungen (S. 29. 96 f.) *) und die Verstärkung des deutschen Elements in Posen und Westpreußen, ein Ziel, das Bismarck einerseits durch Ausweisung von 30 000 ausländischen Polen, andererseits durch Förderung deutscher Siedelungen (Errichtung der Ansiedelungskommission durch Gesetz vom 26. April 1886) zu erreichen suchte. Für wie wichtig er diese Verdeutschung der Ostmark ansah, wissen wir vom Jahr 1863 her (S. 96). In mehreren großen Reden (im Abgeordnetenhaus am 28. und 29. Januar 1886, im Herrenhaus am 15. April) hat er den Antrag Achenbach und Genossen, für Ansiedlungszwecke 100 Millionen Mark auszuwerfen, befürwortet und den Polen auf den Kopf zugesagt, daß sie Preußen auf Kündigung, und zwar auf vierundzwanzigstündige Kündigung seien, daß sie sogar ohne Kündigung gegen Preußen losschlagen würden, wenn sie könnten, Preußen also unbedingtes Recht und unbedingte Pflicht habe, sich gegen sie zu sichern. Das Zentrum fürchtete aber von dieser Politik eine systematische Protestantisierung der Ostmark — daß protestantische Deutsche vor der Polonisierung weit mehr gefeit sind als katholische, konnte es freilich nicht abstreiten. Gelegentlich versetzte Windthorst Bismarck auch nicht ungern empfindliche Nadelstiche, wie am 15. Dezember 1884 durch die Ablehnung des von Bismarck wegen Geschäftsandrangs verlangten dritten Ministerialdirektors im auswärtigen Amt; mit 141 gegen 119 Stimmen wurde dieser Posten verworfen. Die Konservativen, die Nationalliberalen und die antisemitischen Christlich-Sozialen unter der Führung des Hofpredigers Stöcker unterstützten die sozialpolitischen Bestrebungen Bismarcks, obschon es auch hier an Reibungen nicht fehlte. Die alte konservative Fronde gegen Bismarck hielt sich zurück, war aber nicht ausgestorben und verübelte es ihm, daß er mit den Nationalliberalen, die seit der Sezession 1880 und seit dem 1884 nachdrücklich einsetzenden süddeutschen Einfluß (23. März 1884 Heidelberger Erklärung) wesentlich zuverlässiger geworden waren, nicht ganz brach. Andererseits zog sich der nationalliberale Führer Bennigsen am 11. Juni 1883 unter Niederlegung seiner Mandate für Reichs- und Landtag für mehrere Jahre vom öffentlichen Leben zurück, verstimmt über Bismarck, der die Einführung zweijähriger Etatsperioden statt einjähriger anstrebte, und über seine Fraktion, welche jedes Nachgeben

*) Hierüber kann man vergleichen im politischen Handbuch der nationalliberalen Partei, Berlin 1907, die sachlich lehrreichen Artikel innere Kolonisation S. 507—514 und Polenfrage S. 801—810.

des Staats im Kulturkampf ablehnte.*) Dagegen genoß Bismarck in den sozialen Fragen, wie überhaupt, das volle Vertrauen und die volle Unterstützung seines kaiserlichen Herrn. Als der am 27. Oktober 1881 gewählte neue Reichstag zusammentrat, war Bismarck über dessen oppositionellen Charakter sehr verstimmt; schon in der Voraussicht des ungünstigen Wahlausfalls hatte er am 23. Oktober 1881 zu dem Pariser Botschafter Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst gesagt **): „Die Deutschen verstehen mit dem Nürnberger Spielzeug, das ich ihnen gegeben habe, nicht umzugehen; sie verderben es. Wenn das so fortgeht, so werden die verbündeten Regierungen wieder zum alten Bundestag zurückkehren, nur das militärische und das Zollbündnis behalten, den Reichstag aber aufgeben." Es war eine Äußerung des Unmuts, welche man nicht allzu wörtlich nehmen, aber freilich auch nicht als bloße Redensart werten darf; sie zeigt immerhin, daß der Reichskanzler, der öfters in jenen Jahren (so am 28. November 1881) die national gewordenen Dynastien eine verläßlichere Bürgschaft der deutschen Einheit als das Parlament bezeichnete, einen äußersten Fall ins Auge gefaßt hat, wo man auf den Reichstag als direktes Hindernis der nationalen Einheit (ebenda) werde verzichten müssen. Um so wichtiger war für ihn, seinen kaiserlichen Herrn unbedingt auf seiner Seite zu wissen: und der Kaiser hat sich aufs entschiedenste zu der Sozialpolitik Bismarcks bekannt, indem er auf den Rat seines Ministerpräsidenten an den Reichstag jene berühmte Botschaft vom 17. November 1881 richtete, welche ein unsterbliches Denkmal seines landesväterlichen Sinnes und seiner fürstlichen Pflichttreue darstellt. Bismarck hat sie auf Befehl seines durch Unwohlsein verhinderten Herrn dem Reichstag bei dessen Eröffnung verlesen; ihre Summe faßt sich in den Sätzen zusammen: „Die Heilung der sozialen Schäden wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem Wege der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und wir

*) S. Oncken, Bennigsen S. 495—497.

**) S. dessen Denkwürdigkeiten 2, 320. Das Nürnberger Spielzeug ist der Reichstag; in Nürnberg fertigte man die feinsten Spielwaren („Nürnberger Tand geht in alle Land"). Der Kanzler wollte also sagen: der Reichstag ist ein feines Werkzeug, das leicht verstimmt und verdorben ist, das man mit Umsicht behandeln muß: das verstehen die Deutschen nicht.

würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Als später die Unfallversicherung nur sehr langsam vorwärts kam, erließ der Kaiser eine zweite Botschaft am 14. April 1883, in welcher er in ergreifenden Worten darauf hinwies, daß die zur Durchführung sozialer Reformen erforderliche Zeit eine lange sei für die Empfindungen, mit welchen er in seinem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicke, und dem Parlament, dessen bewährten treuen Sinn für Kaiser und Reich er rühmend anerkannte, die baldige Erledigung des genannten Gesetzes ans Herz legte.

Wie Bismarck mit seiner Sozialpolitik große Erfolge errungen hat (auch in der Begrenzung, welche die Rücksichten auf das praktische Leben und die Erwerbsmöglichkeit für die Arbeiter ihm zu ziehen schienen), so gelang ihm ein anderes großes Werk, die Verstaatlichung der meisten preußischen Eisenbahnen. Zu diesem Unternehmen ist er durch die Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Mittelstaaten gedrängt worden, welche, wie oben (S. 320) dargelegt, sowohl ein wirksames Reichseisenbahngesetz, das dem am 27. Juni 1873 errichteten Reichseisenbahnamt die nötigen Befugnisse verliehen hätte, als 1876 den Ankauf der deutschen Bahnen für das Reich vereitelt hatten. Auch das preußische Handelsministerium hatte, wie Bismarck am 26. April 1876 im Abgeordnetenhaus gesagt hat, Schwierigkeiten erhoben. Bismarck gewann für die Durchführung der Verstaatlichung der preußischen Bahnen in der Person des früheren (1874—77) Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Maybach,*) der am 28. März 1878 an die Spitze des Ministeriums für Handel, im Juli 1879 an die des Ministeriums für öffentliche Arbeiten trat, einen hervorragenden Mitarbeiter, welcher den großartigen Plan mit eben so viel Tatkraft als Umsicht und Wahrnehmung des öffentlichen Wohls durchführte. Maybach scheute sich nicht, am 11. November 1879 das kühne Wort auszusprechen, daß es gelte, die großen Anstalten des öffentlichen Verkehrs den Spekulationen der Börse zu entziehen,

*) Siehe das oben S. 320 genannte Werk.

die auf diesem Gebiet, so notwendig sie sonst für das wirtschaftliche Leben sei, als Giftbaum wirke, der auf die Nation seinen verderblichen Schatten werfe. Er erwarb in den nächsten Jahren etwa 15 000 Kilometer Privatbahnen für den Staat, baute 12 000 Kilometer dazu und hinterließ, als er 1891 in den wohlverdienten Ruhestand trat, dem Staat ein Eisenbahnnetz von über 30 000 Kilometern, das fast Achtfache der Ziffer, welche er 1879 vorgefunden hatte. Dadurch wurde die planvolle Förderung des Verkehrs in großem Maßstab ermöglicht und zugleich dem Staat eine Einnahmequelle geschaffen, welche heute einen Bruttoertrag von über zwei Milliarden, drei Fünftel des ganzen staatlichen Einkommens, liefert.

Die Finanzen des Reiches dauernd aus reichen Quellen zu speisen, hat Bismarck im Jahr 1882 dadurch versucht, daß er *das Tabaksmonopol* für das Reich in Vorschlag brachte. Schon 1878 hatte er sich dazu bekannt (S. 322); am 4. Februar 1881 hat er wiederholt, daß der Tabak mehr bluten müsse, und verheißen, daß er alle Kraft bis zum letzten daran setzen wolle: „Ich werde auf der Bresche sterben; ein braves Pferd stirbt in den Siehlen!" Vom Monopol versprach sich Bismarck einen Jahresüberschuß von über 163 Millionen Mark und befürwortete seinen Plan in zwei gewaltigen Reden am 12. und 14. Juni 1882, namentlich mit Rücksicht auf die jetzt bestehende ungeheure Belastung der Staatsbürger mit Gemeindesteuern, welche in manchen Gemeinden einen Zuschlag von 350 Prozent zur Klassensteuer notwendig machten; *an Stelle dieser harten direkten Steuern sollten die indirekten treten*, „welche sich von selbst verteilen und sich wassergleich ins richtige Niveau setzen." „Man wählt Leute," sagte er damals, „welche dem Kanzler den Willen brechen. Meine Herrn, das ist wirklich eine traurige Satisfaktion, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt ist, vielleicht zum Nutzen des Landes ist... Sie können mich ja fragen, was veranlaßt diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Überzeugung hat, er kommt zu nichts... Wir haben, in Preußen wenigstens, eine eigentümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls... Nachdem ich meinen Herrn und König nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich mir stillschweigend gelobt, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienst zu gehen. Das ist der einzige Grund, warum Sie mich überhaupt noch hier sehen... Ich kann mich in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den wohlbekannten run-

den Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen könnten... Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen!" (12. Juni.) Aber trotz aller Bemühungen war der Reichstag für das Monopol nicht zu haben, ein Teil, weil er „diesem Ministerium überhaupt keinen Groschen bewilligen" wollte, ein anderer, weil Monopole ihm etwas Veraltetes und Rückständiges zu sein schienen. Mit 276 gegen 43 Stimmen ward am 14. Juni 1882 das Tabakmonopol verworfen, und das nun von Bismarck vorgeschlagene Branntweinmonopol, von dem ein Jahresüberschuß von sogar 300 Millionen errechnet wurde, hatte kein besseres Schicksal, da in dem am 28. Oktober 1884 gewählten Reichstag zwar die deutschfreisinnige und die süddeutsche („deutsche") Volkspartei von 105 Mann auf 74 zurückgegangen, die Rechte von 78 auf 106, die Nationalliberalen von 45 auf 51 Mann gewachsen waren, die Mehrheit (240 gegen 157) aber doch noch bei dem Zentrum, den Polen und Dänen, den elsässischen Protestlern, den Sozialdemokraten, den Deutschfreisinnigen und Volksparteilern war und auch die sonst mit Bismarck gehende Minderheit von Monopolen nichts wissen wollte. Am 27. März 1886 wurden gegen das Branntweinmonopol 181, dafür nur 3 Stimmen abgegeben; 37 Abgeordnete enthielten sich.

Gegenüber diesen bedauerlichen Mißerfolgen hebt sich leuchtend hervor der Fortschritt des nationalen Gedankens und der nationalen Macht, der in dem Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte liegt; auch ihn hat noch Bismarck vollzogen.*) Er hat am 23. Juni 1884 in der Budgetkommission und am 26. Juni im Reichstag selbst sein Verhältnis zu der Frage des Erwerbs von Kolonien dargelegt. Er „wollte keine Treibhauskolonien," welche die Regierung künstlich hervorruft und fördert, „sondern nur den Schutz der aus sich selbst heranwachsenden Unternehmungen." „Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmitelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Bei dem französischen System will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt. Bei unserem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl,

*) Kurt Herrfurth, Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik, Berlin 1909.

und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reichs anruft, so stehen wir ihm bei." „Ich kann es," sagte er gegenüber den feigherzigen deutschfreisinnigen Jammerseelen, welche von einem kolonialpolitischen Auftreten Deutschlands Verwicklungen mit anderen Mächten, namentlich England, besorgten, „nicht über mich gewinnen, diesen hanseatischen Unternehmern, deren Mut und Schneidigkeit und Begeisterung für ihre Aufgabe mich erfreuen, zu sagen: das ist alles sehr schön; aber das Reich ist nicht stark genug, euch zu helfen; es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde Nasenstüber bekommen, für welche Vergeltung zu üben es keine Flotte hat. Wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich aus zu gewähren. Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen als Reichskanzler auszusprechen."

Der erste Anlaß, aus dem das Reich Stellung zu kolonialen Fragen nehmen mußte, ergab sich 1880, wo das Hamburger Haus Godeffroy auf den Samoa-Inseln eine „deutsche Handelsgesellschaft" begründen wollte und vom Reich eine Zinsbürgschaft erbat. Bismarck schlug vor, eine solche im Betrag bis zu 300 000 Mark auf zwanzig Jahre in Aussicht zu stellen; er war aber gesundheitshalber verhindert, die Sache im Reichstag zu vertreten, und dieser lehnte die Vorlage unter dem Einfluß des Dalai Lama der Manchesterlehre, Bamberger, am 27. April 1880 mit kleiner Mehrheit ab, weil ein Geschäft, das vom Staate Unterstützung verlange, von vornherein nichts tauge. So ging die Möglichkeit, deutscherseits ausschließlich die Hand auf die „Perle der Südsee" zu legen, ungenützt vorüber und kam nie wieder. Der traurige Vorgang erweckte aber in Deutschland weithin großen Unwillen und wurde so ein Anlaß, daß die Kreise, welche die Notwendigkeit einer kräftigen überseeischen Betätigung des Reichs einsahen, sich rührten und ermannten. Am 8. Dezember 1882 entstand die deutsche Kolonialgesellschaft zum Zweck der Förderung kolonialpolitischen Verständnisses und kolonialpolitischer Interessen; durch Herausgabe einer Wochenschrift, durch Reden und Vorträge und durch Studium kolonialwirtschaftlicher Fragen suchte sie aufklärend und werbend zu wirken. Bismarck kam diesen Bestrebungen entgegen, und als 1883 der Bremer Großkaufmann Eduard Lüderitz von den Hottentotten an der Bucht Angra Pequena (= „kleine Bucht") in Südwestafrika ein Gebiet von

etwa 50 000 Quadratkilometern (etwa im Umfang von Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen) erwarb, gewährte ihm Bismarck am 24. April 1884 dafür den Schutz des Reiches. Das Übelwollen der Engländer ließ sich Bismarck nicht anfechten; sobald sie erklären mußten, daß sie auf Angra Pequena Eigentumsrechte nicht geltend machen könnten, griff er zu, und schickte dann im Juni 1884 seinen Sohn Herbert, der damals Hilfsarbeiter im auswärtigen Amt war und bald Unterstaats- und Staatssekretär daselbst und des Vaters verlässige Stütze wurde, nach England, um die formelle Anerkennung des deutschen Schutzes über „Lüderitzland" zu erlangen. Der englische Minister Granville wollte die Bedingung daran knüpfen, daß die Deutschen ihren Machtbereich nicht ostwärts von Angra Pequena bis zu den Burenstaaten ausdehnten; allein er erhielt die kühle Antwort, daß Deutschland über freie Gebiete niemand ein Verfügungsrecht zugestehe und sich also in solchen Gebieten auch keine Grenze ziehen lasse. Nun erkannte Granville am 22. Juni 1884 mürrisch unsere Hoheitsrechte über Lüderitzland an und setzte den rechtswidrigen und frechen Beschluß der Kapregierung, welche nachträglich das deutsche Gebiet für einverleibt erklärte, außer Kraft.*) Dagegen verhielt sich Bismarck ablehnend zu der Bitte des Präsidenten der südafrikanischen Republik Paul Krüger, daß Deutschland diese Republik unter seinen Schutz nehmen möge; es war vergebens, daß der Missionsinspektor Wangemann hierüber Bismarck Vortrag erstattete.**) Krüger war am 8. und 9. Juni 1884 in Berlin, nahm an der Einweihung des neuen Reichstagshauses Anteil und saß bei der Festtafel neben Bismarck und dem Kaiser gegenüber. Die Annahme seiner Bitte würde uns mit England, das 1885 durch die Besitznahme von Betschuanaland die Buren von Deutsch-Südwestafrika abschnitt, völlig entzweit und uns eine Aufgabe gestellt haben, welche mit unsern Mitteln kaum zu lösen war. In dem nächsten Monat schuf Bismarck in Kamerun die erste direkte Reichskolonie (Juli 1884), und am 27. Februar 1885 erwirkte er der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" einen kaiserlichen Schutzbrief für ihren ostafrikanischen Besitz im Umfang von zunächst 140 000 Quadratkilometern. Das gleiche tat er 1885

*) S. Busch, Tagebuchblätter 3, 171—172. Was dort von der „Derbheit" Herbert Bismarcks gegen die Engländer erzählt wird, ist mit Mißtrauen aufzunehmen; Fürst Herbert hat die „Derbheit" in einem Brief an mich vom 8. Februar 1904 ausdrücklich bestritten und Buschs Glaubwürdigkeit überhaupt mit großen Fragezeichen versehen.

**) Vgl. Gustav v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen, S. 483.

bezüglich der deutschen Neuguineagesellschaft, welche auf der Insel, von der sie den Namen hatte, ein beträchtliches Gebiet erworben hatte.

Um aus den seit 1884 rasch erfolgenden Besitzergreifungen in Afrika nicht Zwist unter den Großmächten entstehen zu lassen, lud Bismarck, der sich damals mit der französischen Republik gut verstand, im Einvernehmen mit dieser alle in Afrika interessierten Mächte auf 15. November 1884 zu einer Konferenz nach Berlin ein. Auf dieser wurde beschlossen, 1. die Anerkennung des unter dem Zepter Leopolds II. von Belgien stehenden „unabhängigen Kongostaats", 2. Handelsfreiheit auf dem Kongo und dem Niger, 3. Abschaffung der Sklaverei im Bereich der Mächte und des Kongostaats und 4. gewisse Vorschriften, nach denen künftig Besitznahmen in Afrika erfolgen sollten. Ferner setzte Bismarck am 23. März 1885 im Reichstag die Gewährung einer Unterstützung durch, welche dem norddeutschen Lloyd in Bremen für die Errichtung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien vom Reich gewährt werden sollte; sie betrug jährlich 5,4 Millionen Mark für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren und sollte die rasche Beförderung der deutschen Post und die Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen ermöglichen. 1889 ward auch einer Wörmann-Linie nach Kamerun und Sansibar auf zehn Jahre ein Zuschuß von je 900 000 Mark jährlich ausgeworfen. Endlich wurden 1885 die Marschallsinseln im stillen Ozean und 1886 die Karolinen für uns in Besitz genommen. Da aber die Spanier gegen die Besetzung der Karolinen Einsprache erhoben, schlug Bismarck zum weidlichen Ärger vieler strammer Protestanten vor, die Sache dem Papst Leo XIII., mit dem Preußen damals in den früher erzählten erfolgreichen Unterhandlungen (S. 323) stand, als Schiedsrichter zu unterbreiten. Leo XIII. entschied dann zugunsten der Spanier, welche seit 1525 eine Missionsstation auf den Karolinen unterhielten, sprach aber den Deutschen das Recht zur Anlage einer Kohlenstation auf der Inselgruppe zu. Im Zusammenhang mit dieser Sache erhielt Bismarck am 31. Dezember 1886 von dem geschmeichelten Papst den Christusorden, den bisher noch kein Protestant empfangen hatte; auch widmete ihm der Papst ein Exemplar seiner lateinischen Gedichte.

Im gleichen Jahr hat Bismarck einen treuen und dankbaren Freund an dem König Ludwig II. von Bayern verloren, der ihm von den Verhandlungen von 1866 und 1870 her unbegrenztes Vertrauen entgegenbrachte und jedesmal, als Zeichen seiner Gnade,

königliche Hofwagen nach Kissingen sandte, so oft Bismarck dorthin kam. Der König verfiel in geistige Umnachtung, in der er noch Bismarcks Rat vertrauensvoll eingeholt hat, und fand am 13. Juni 1886 auf nicht aufgeklärte Weise einen gewaltsamen Tod in den Wellen des Starnberger Sees.

Drittes Kapitel.

Die auswärtige Politik des Reiches 1871—1888.

In der auswärtigen Politik des Reiches seit seiner Gründung galt es zunächst nur eine Hauptaufgabe zu lösen: das Gewonnene zu behaupten und zu diesem Zweck die Rachegelüste und Rachehoffnungen Frankreichs niederzuhalten. Diesem Zweck diente vor allem die Stärkung und Weiterentwicklung unserer Wehrkraft, welche durch das Heergesetz von 1874 und das mit ihm eingeführte und 1880 erneuerte Septennat gesichert wurde (S. 302 f.). Ohne die Grundlage einer starken Kriegsmacht, auf der das Reich erbaut worden war, würde es auch nicht Bestand gehabt haben; sie hielt den Grimm des besiegten Feindes in Schranken, und durch sie allein wurden auch die diplomatischen Meisterzüge wirksam, welche Bismarck zu dem genannten Zweck anwandte. Es war daher durchaus gerechtfertigt, wenn Kaiser Wilhelm I. Bismarcks Verdienste um die Entfaltung unserer Wehrkraft stets mit besonderer Wärme anerkannte und ihm auch des zum Zeichen hohe militärische Würden verlieh.

Zu den diplomatischen Mitteln, welche unser Reich und seine Macht erhalten sollten, gehörte vor allem die Herstellung, beziehungsweise Erhaltung eines guten Einvernehmens mit den mächtigen Nachbarstaaten Rußland und Österreich und die Vereinzelung Frankreichs. Bismarck hatte beständig die Möglichkeit vor Augen, daß unsere Nachbarn, von denen Österreich und Frankreich die Schärfe unseres Schwertes gefühlt hatten und Rußland unter den Einfluß des deutschfeindlichen Panslawismus zu geraten Gefahr lief, sich gegen uns zusammenschließen könnten, wie sie es 1757 gegen Friedrich den Großen getan hatten; er hatte, wie sein vertrauter Freund Graf Peter Schuwalow ihm lächelnd einmal sagte, le cauchemar des coalitions, den Alpdruck möglicher Koalitionen gegen uns.*)

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 224. 233.

Gewiß war er auch für einen ſolchen Fall der Anſicht, die er ſpäter in ſeiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausgeſprochen hat: „Wir Deutſche fürchten Gott, aber ſonſt nichts in der Welt!“ Aber ſo lang als möglich galt es doch das Äußerſte hintan zu halten, und deshalb ſuchte er in Öſterreich den Glauben zu erwecken, daß Deutſchland nach der Abrechnung von 1866, nachdem es die Möglichkeit beſonderen nationalen Lebens ſich erkämpft hatte, Öſterreich ehrliche Freundſchaft entgegenbringe, und beſtrebte ſich, das Band, das durch die Blutsgemeinſchaft der Deutſchen in Öſterreich und derer im deutſchen Reich gewoben war, deſſen Stärke ſich noch zwiſchen 1866—70 erprobt hatte und das nun durch keine gegenſätzlichen Intereſſen mehr bedroht wurde, zu kräftigen und zu ſtärken. Ebenſo war er bemüht, in St. Petersburg das Bewußtſein alter Freundſchaft mit Preußen, die durch die enge Verwandtſchaft der Dynaſtien verſtärkt wurde, und des gemeinſamen monarchiſchen Intereſſes gegenüber den republikaniſchen und revolutionären Beſtrebungen zu erhalten und es ſieghaft und beſtimmend für die ruſſiſche auswärtige Politik zu machen. Der handgreiflichen Richtigkeit dieſer Erwägungen hat man ſich auch in Wien und St. Petersburg nicht entzogen, und ſo konnte es geſchehen, daß Bismarck ein „Dreikaiſerverhältnis“, wenn auch keinen förmlichen Bund wie 1813, zuſtande brachte. Im September 1872 erſchienen der Zar Alexander II. und Kaiſer Franz Joſeph in Berlin, um vor aller Welt ihre Eintracht zur Schau zu ſtellen. Ein Zuſammengehen beider Monarchen mit Frankreich war nach Bismarcks Meinung um ſo weniger zu fürchten, wenn in Frankreich die Republik Beſtand hatte und die Beſtrebungen nach Herſtellung der bourboniſchen Monarchie ſcheiterten. Daß der deutſche Botſchafter in Paris, Graf Harry Arnim, dies nicht einſah und die Monarchiſten, welche zugleich ultramontan waren, alſo mit dem Zentrum ſympathiſierten, begünſtigte und ihre Unterſtützung durch Deutſchland empfahl, mußte Bismarck als eine eigenmächtige und verfehlte Durchkreuzung ſeiner äußeren wie ſeiner inneren Politik empfinden; er erwirkte deshalb 1874 Arnims Erſetzung durch den Fürſten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürſt (S. 210. 317) und 1877 die Abberufung des ultramontan geſinnten Botſchafters Vicomte Gontaut de Biron (S. 323).

Die ruſſiſche Politik wurde ſeit 1856 durch den Fürſten Alexander Michaëlowitſch Gortſchakow geleitet, der 1850—54 als ruſſiſcher Geſandter gleichzeitig mit Bismarck in Frankfurt geweſen war. Beide ſtanden von dieſer Zeit her auf gutem Fuß; Gortſchakow hat

die ruſſiſche Politik in einem Preußen im allgemeinen günſtigen Sinn geleitet, aber keineswegs ſo rückhaltslos, wie das gewöhnlich angenommen wird, und jedenfalls immer mit dem (übrigens berechtigten) Hintergedanken, daß Rußland dabei auf ſeine Rechnung komme. 1870 hatte er dadurch die Feſſeln abſtreifen können, welche der Pariſer Friede von 1856 Rußland im ſchwarzen Meer angelegt hatte (S. 262).

Im Jahr 1875 verhielt er ſich aber in einer der amtlichen Freundſchaft mit Deutſchland wenig gemäßen Weiſe. Damals erweckten die gewaltigen Rüſtungen in Frankreich, welche am 13. März 1875 zur Annahme des Geſetzes über die Rahmen (cadres) des ſtehenden Heeres und damit zur Errichtung vierter Bataillone führten, bei dem Leiter des deutſchen Generalſtabs, Grafen Moltke, die Beſorgnis, daß es dabei nicht bloß auf die Herſtellung der 1870 zerſtörten Wehrkraft Frankreichs, ſondern auf die Erzielung einer unbedingten Überlegenheit über Deutſchland und einen baldigen Rachekrieg abgeſehen ſei; vermehrten doch die vierten Bataillone das franzöſiſche Heer um volle 144 000 Mann. Am 5. April veröffentlichten die nationalliberale „Kölniſche Zeitung“ und am 9. April die freikonſervative „Poſt“ Artikel, welche offen die Frage aufwarfen, ob Krieg in Sicht ſei? Die „Kölniſche Zeitung“ ſprach von einer Intrigue der Orleans, welche den Thron Frankreichs durch einen Krieg gewinnen wollten: ſie wollten Öſterreich mit ſich fortreißen, wo nur der auswärtige Miniſter Andraſſy für ein gutes Einvernehmen mit Deutſchland ſei. Über dieſe Artikel, welche man auf Bismarck zurückführte, entſtand große Erregung in der europäiſchen Preſſe, und der franzöſiſche Botſchafter in Berlin, Vicomte Gontaut de Biron,*) hörte bei einem diplomatiſchen Eſſen von dem Botſchaftsrat von Radowitz, dem Sohn des bekannten Generals: „die Rache iſt euer innerſter Gedanke; ſollen wir warten, bis ihr eure Kräfte hergeſtellt habt und Allianzen findet, welche euch heute fehlen?“ Moltke entwickelte gegen den belgiſchen Miniſter Nothomb denſelben Gedankengang — wir wollen keinen Krieg mit Frankreich; aber dieſes will ihn und rüſtet fieberhaft; ſollen wir da geduldig zuſehen, bis der Feind zum Losſchlagen fertig iſt? Dieſe Lage benutzte nach dem Zeugnis eines franzöſiſchen Hiſtorikers,**) der in die Dinge offenbar gut eingedrungen iſt, der franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, Herzog von

*) Vgl. ſein ſchon oben S. 323 angeführtes Werk mon ambassade en Allemagne 1872—77. Zwei Bände. Paris 1906 und 1907.

**) Gabriel Hanotaux, histoire de la France contemporaine, 3, 250.

Decazes, dazu, um den Unschuldigen zu spielen und gegen Bismarck, dessen barsches Benehmen gegen Frankreich ihm schon lange mißfiel, ameuter l'Europe, Europa aufzuhetzen. „Für Decazes war seine Stunde gekommen; die Gelegenheit war einzig; man mußte sie ergreifen; aber es galt zu manövrieren." Obwohl der Kaiser Wilhelm bereits am 15. April 1875 auf einem Ball der Fürstin Hatzfeldt zu dem französischen Militärbevollmächtigten de Polignac gesagt hatte: „Man *) hat uns entzweien wollen; aber jetzt ist alles vorbei; ich lege Gewicht darauf, es Ihnen zu sagen;" obwohl die Gefahr eines deutschen Angriffs also, wenn sie je bestanden hätte, nach dem Zeugnis des unbedingt maßgebenden Mannes beseitigt war, richtete doch der Herzog von Decazes volle vierzehn Tage nachher, am 29. April, durch den Botschafter in Petersburg, Le Flô, die direkte Aufforderung an Zar Alexander II., „daß er eine solche Ungerechtigkeit nicht dulden und die mit seinem Degen decken möge, welche sich auf seine Hilfe verlassen haben." **) Der Zar antwortete, daß Frankreich beruhigt sein solle; Deutschland denke nicht an den Krieg; es würde ja sonst so ungerecht und unklug handeln wie Bonaparte 1870. „Die Interessen unserer Länder," schloß der Zar, „sind gemeinsam; wenn Sie je eines Tages ernsthaft bedroht sein sollten, so würden Sie es schnell erfahren, und zwar," setzte er nach einer Pause hinzu, „durch mich." ***)

Auch die englische Regierung ließ sich „aufhetzen"; die Königin Viktoria schrieb an den Kaiser einen Brief, der zum Frieden mahnte, und Lord Derby fragte in Wien an, ob sich Österreich nicht mit England zum Zweck der Friedensvermittlung vereinigen wolle. Graf Andrassy ließ den Lord aber gründlich abfahren, indem er antwortete, er habe keinen Grund zur Annahme, daß Deutschland den Frieden stören wolle; eine Vermittlung sei also gar nicht notwendig. Am 6. Mai goß die stets und unentwegt deutschfeindliche „Times" noch Öl ins Feuer, indem sie, wenn auch unter heuchlerischem Vorbehalt, einen Brief ihres Pariser Berichterstatters, des Juden Opper aus Blowitz, der sich „Herr von Blowitz" nannte, veröffentlichte, nach welchem die deutsche Regierung den Frieden von Frankfurt für einen Fehler ansehe, Belfort als Pfahl im Fleisch empfinde und durch

*) Hier drängt sich die Frage auf: wer? auf wen zielte der Kaiser? Doch gewiß nicht auf Bismarck. Ihn konnte er nicht bloßstellen wollen; ihn brachte er also mit den Artikeln nicht in Zusammenhang.

**) Hanotaux a. a. O.

***) Gontaut 2, 121.

einen Vormarsch bis zum Fort auf dem Mont Avron bei Paris einen neuen Vertrag erringen wolle, der die Abtretung Belforts und eine feste zahlenmäßige Begrenzung der französischen Rüstungen enthalten solle. Hanotaux ist selbst der Ansicht, daß dieser — namenlos tückische — Artikel von Decazes eingegeben war; „von ihm war Blowitz auf die Fährte gebracht worden" (lancé sur la piste).*) Während dieser systematischen Brunnenvergiftung hatte Decazes die Stirn, sich gegen den deutschen Botschafter Hohenlohe über das rauhe Verhalten Deutschlands, will sagen Bismarcks, gegen Frankreich zu beklagen und zu äußern: „Statt uns so zu behandeln, sollten Sie uns, den Feind und Besiegten von gestern, zum Freund von morgen und später machen; dann würde die erdrückende Last der Rüstungen von den Völkern genommen werden können." **) Er erklärte auch, daß Frankreich gegen einen deutschen Angriff gar keine Gegenwehr versuchen, sondern sein Heer hinter die Loire zurücknehmen werde — natürlich um zu zeigen, daß es das leidende Lamm war, Deutschland der reißende Wolf.

Einige Tage nachher, am 10. Mai, kam der Zar Alexander II. mit Gortschakow in Berlin an, und von hier aus versandte der russische Kanzler am 12. Mai nach einer Unterredung mit Bismarck ein Rundschreiben an die russischen Gesandten, das mit den Worten anfing: „Maintenant — also unter russischem Druck — la paix est assûrée." ***) Damit war angedeutet, daß vorher der Friede nicht gesichert, sondern — durch das brutale und kriegslüsterne Deutschland — gefährdet gewesen sei, das beabsichtigt habe, Frankreich aufs neue niederzuschlagen, ehe es wieder zu Kräften gekommen sei.

---

*) Hanotaux 3, 267. Wie Hohenlohe (Denkwürdigkeiten 2, 158) schreiben kann, „Blowitz habe mit diesem Artikel Gutes stiften und für den europäischen Frieden arbeiten wollen," ist mir unfaßlich; Gutes stiften höchstens im Interesse der Franzosen, durch Verdächtigung Deutschlands. Hohenlohe sprach mit Decazes nach Hanotaux dreimal, einmal am 29. April und zweimal am 4. Mai: von all dem steht in den Denkwürdigkeiten nichts, die also hier — und nicht bloß hier — stark beschnitten sind.

**) Hanotaux 3, 258.

***) So Gedanken und Erinnerungen 2, 174. Der genaue Wortlaut des Rundschreibens ist nicht bekannt; aber aus Hanotaux 3, 277 ergibt sich, daß der russische Gesandte in Berlin, Orlow, an Decazes schrieb: „Der Zar betrachtet den Frieden als gesichert." Darnach ist Bismarcks Lesart unfraglich richtig, und Hanotaux zweifelt so wenig daran, daß er sagt: „Dieses maintenant war der Gnadenstoß für Bismarck."

Nach Bismarcks Überzeugung waren es die Ultramontanen und der (ſ. S. 323. 329) auf ihrer Seite ſtehende franzöſiſche Botſchafter in Berlin, Vicomte de Gontaut-Biron, welche Deutſchland ſolcher Abſichten verdächtigten; den letzten Urheber der Hetze ſcheint er nicht erkannt zu haben, nur deſſen Vordermänner. Bismarck hat den Gedanken des Generalſtabs, eventuell einen Präventivkrieg zu führen, aber nicht geteilt, wie nicht bloß aus ſeinen „Gedanken und Erinnerungen“ (2, 172 ff.), ſondern noch weit beweiſender aus ſeinem Schreiben vom 13. Auguſt 1875 *) hervorgeht, das kurz nach dieſen Ereigniſſen abgefaßt und an Kaiſer Wilhelm I. gerichtet iſt: dieſem gegenüber konnte Bismarck ja die Unwahrheit über Dinge, welche er drei Monate vorher mit dem Kaiſer erörtert hatte, gar nicht ſprechen. Hier heißt es: „Man kann ja ſagen, daß es für den Frieden nicht förderlich iſt, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umſtänden angegriffen wird, es mag tun, was es will. Ich würde [aber] noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Euer Majeſtät niemals zureden, einen Krieg um deswillen ſofort zu führen, weil wahrſcheinlich iſt, daß der Gegner ihn bald beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorſehung dazu niemals ſicher genug im voraus erkennen.“ Überdem hat Bismarck die Andeutung von Decazes, daß Deutſchland ſuchen ſolle, Frankreich zum Freund zu gewinnen, durch Hohenlohe dahin beantworten laſſen, daß er einen Boden für eine ſolche Verſtändigung ſuchen wolle. Was er damit meinte, ſollte Frankreich 1881 bei Tunis erfahren. Man wird den ganzen Sachverhalt ſich ſchließlich ſo zurecht legen dürfen, daß der deutſche Generalſtab pflichtmäßig auf die Gefahr, welche für uns in den unmäßigen franzöſiſchen Rüſtungen liege, aufmerkſam machte und daß er bemerkte, daß wir jetzt noch ſtark genug ſeien, Frankreichs wachſende Macht zu erdrücken; daß aber Bismarck den Gedanken eines ſolchen Präventivkriegs, der Deutſchland in die napoleoniſchen Bahnen des Strebens nach einer ſtets allmächtigen Stellung gedrängt und alles Zutrauen zu uns in Europa zerſtört hätte (ſ. Gedanken und Erinnerungen 2, 175 ff.), aus wohl erwogenen Gründen abwies. Er hat es aber „nicht getadelt,“ **) als durch einen „kalten Waſſerſtrahl“

*) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1, 258 ff.

**) So drückte ſich Bismarck am 9. Februar 1876 im Reichstag aus. Die Herkunft der Artikel der „Kölniſchen Zeitung“ und der „Poſt“ ſteht nicht feſt. Da ein hoher Beamter des auswärtigen Amts, Herr v. Radowitz, ſich, wie oben angegeben, zu Gontaut äußerte (ſ .S. 345), ſind ſie auf

mittelſt der Preſſe die Franzoſen auf das Gefährliche ihres Verhaltens aufmerkſam gemacht und ſie ſo gewarnt wurden, die Deutſchen nicht zu ſehr auf die Probe zu ſtellen. In dieſem Sinn ſagte der öſterreichiſche Militärattaché in Paris,*) Frankreich ſolle offenbar eingeſchüchtert und zur Zurücknahme des Cadresgeſetzes veranlaßt werden.**) Das Verhalten Rußlands aber iſt ein Beweis, daß ſeine Politik ſchon damals von Deutſchland abzurücken und ſich Frankreich zu nähern begann.

Bismarck machte zum Schluß dem ruſſiſchen Reichskanzler ſcharfe Vorwürfe über ſein Verhalten; es ſei nicht freundſchaftlich, wenn man einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter ſpringe, um dort auf ſeine Koſten eine Zirkusvorſtellung in Szene zu ſetzen; ein ſolches Gebaren gereiche beiden Monarchien zum Schaden. Spottend erklärte er ſich bereit, in Berlin Fünffrankenſtücke mit der Umſchrift drucken zu laſſen: Gortschakow protège la France, und ihn auf dem Theater als Schutzengel im weißen Kleid und mit Flügeln in bengaliſchem Feuer vorzuführen.***) Er beklagte ſich auch beim Zaren, der lachend ſagte, Bismarck ſolle dieſe greiſenhafte Eitelkeit (daß Gortſchakow als Friedensengel Europas glänzen wollte) nicht zu ernſthaft nehmen. Hinter dieſer „greiſenhaften Eitelkeit“ verbarg ſich aber ein Zuſammenwirken der ruſſiſchen Politik mit der franzöſiſchen, wodurch Deutſchland ein falſcher Verdacht angehängt wurde, auf den das Wort Anwendung fand: calumniare audacter; semper aliquid haeret. Wenn man auf die Vorgeſchichte des

---

Bismarck zurückgeführt worden; er hat aber ſelbſt in der eben angeführten Rede erklärt: „Für die ‚Poſt‘ habe ich meines Wiſſens nie einen Artikel ſchreiben laſſen, am allerwenigſten den, der ‚Krieg in Sicht‘ überſchrieben war.“ Wenn man Bismarck nicht den Grundſatz zutraut: si fecisti, nega, ſo wird man die Artikel doch von Moltke, bezw. dem Generalſtab, herleiten müſſen.

*) Hanotaux 3, 249.

**) Hanotaux 3, 290 ff. hat eine andere Erklärung. Bismarck wollte Frankreich einſchüchtern, um es in der auswärtigen Politik, beſonders in der ſich vorbereitenden orientaliſchen Verwicklung, gefügig zu machen, und wollte überhaupt feſtſtellen, wie weit ſeine Macht in Europa reiche. Er bekam ſeine Antwort: die Lage war gegen 1870 ſehr verändert, und Frankreich, Rußland und England, ja ſelbſt Europa „maßen den Koloß mit trotzigen Augen.“ Somit iſt glücklich Bismarck der Übeltäter — quod erat demonstrandum.

***) Gedanken und Erinnerungen 2, 175.

ruſſiſch-franzöſiſchen Bündniſſes zurückgeht, wird man immer der Vorgänge von 1875 zu gedenken haben.

Zwei Monate nach dieſem Zwiſchenfall, am 9. Juli 1875, brach der Aufſtand unter den Chriſten der Herzegowina aus, welcher im weiteren Verlauf zu dem ruſſiſch-türkiſchen Krieg von 1877—78 führen ſollte. Da die Panſlawiſten die Regierung Alexanders II. von Anfang an zum Krieg gegen den Sultan drängten und man in St. Petersburg annehmen mußte, daß Öſterreich den ruſſiſchen Abſichten, die auf die Herrſchaft am Balkan in offener oder verhüllter Form abzielten, aus Selbſterhaltungstrieb ſich widerſetzen werde, dies auch Alexander II. auf einer Zuſammenkunft mit Franz Joſeph zu Reichſtadt in Mähren am 8. Juli 1876 erfahren hatte, ſo erging im Herbſt 1876 ſeitens des zu Livadia in der Krim weilenden Zaren die Anfrage an den preußiſchen Militärbevollmächtigten General Bernhard von Werder (den Bruder des Siegers von Belfort, Auguſt von Werder), ob Deutſchland im Fall eines Krieges zwiſchen Rußland und Öſterreich neutral bleiben werde oder nicht.*) Werder telegraphierte dieſe Anfrage in Geheimſchrift an Bismarck, der ſich damals in Varzin befand und zunächſt die Antwort zu verſchleppen ſuchte, da er ſich über eine ſolche Frage ohne höhere Ermächtigung nicht äußern könne. Als aber der Zar ungeduldig auf Bismarcks eigene Meinungsäußerung drang, entſandte der Reichskanzler den deutſchen Botſchafter in St. Petersburg, General von Schweinitz, mit dem er vom 11. bis 13. Oktober in Varzin ſich beraten hatte, nach Livadia und ließ dem Zaren ſagen: das erſte Bedürfnis Deutſchlands ſei, die Freundſchaft zwiſchen den zwei großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren als im Kampfe unter einander zu gewinnen hätten (vgl. S. 344). Wenn dies zu unſerem Schmerze nicht möglich ſei, ſo könnten wir zwar ertragen, daß unſere Freunde gegen einander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden ſo ſchwer verwundet oder geſchädigt werde, daß ſeine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. Bismarck (der immer von Argwohn über perſönliche Anfeindungen erfüllt war, wozu er auch Anlaß genug hatte, wenn ſchon wir die Berechtigung des Argwohns nicht in jedem Fall feſtſtellen können) war der Anſicht, daß der Urheber der ungewöhnlichen Anfrage Gortſchakow ſei, der Deutſchland dieſe Erklärung abpreſſen wolle, um ſeinem Herrn zu beweiſen, daß Bis-

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 211.

marcks Ergebenheit gegen den Zaren und Rußland unaufrichtig oder doch nur „platonisch“ sei: gleich als ob, führt Bismarck (2, 218) aus, die Freundschaft eines Staates zum andern nicht immer bis zu einem gewissen Grade platonisch bliebe; denn keine Großmacht kann sich in den ausschließlichen Dienst einer anderen stellen, sondern wird stets auch mit den andern Mächten ein gutes Einvernehmen anstreben. Die Wirkung der Antwort Bismarcks war (obwohl er damit auch eine große Schwächung Rußlands als für uns ebenso unerträglich bezeichnete wie eine solche Österreichs) doch jedenfalls die, daß in dem Zaren eine gewisse Verstimmung über den „platonischen Freund“ zurückblieb, und daß, da er Österreich niederzurennen nicht mehr hoffen durfte, er sich, wie einst Katharina II. mit Joseph II., mit ihm zu verständigen genötigt war. Er nahm jetzt die Forderungen an, welche Franz Joseph in Reichstadt aufgestellt hatte,*) und es kam am 15. Januar 1877 zu einem Vertrag, der auch vor Deutschland auf ausdrückliches Verlangen der Russen geheim gehalten werden mußte, wonach Österreich den Angriff der Russen auf die Türkei und eventuell Rußlands Herrschaft im Osten der Balkanhalbinsel zuließ und dafür mit Bosnien und der Herzegowina, also mit der Vorherrschaft im Westen der Halbinsel, schadlos gehalten werden sollte.

Der russische Angriff auf die Osmanen, anfänglich erfolgreich, geriet vor dem befestigten Lager der Türken in Plewna seit Ende Juli ins Stocken, und nach einem von Bismarck eingegebenen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 15. Oktober 1896 wollte England damals „einen Vorstoß aller Mächte gegen Rußland“ hervorrufen, was aber Bismarck ablehnte. Schließlich zwangen die Russen aber doch den heldenmütigen Verteidiger Plewnas, Osman Pascha, am 10. Dezember 1877 zur Übergabe und drangen im Januar 1878 sogar bis hart vor die Tore von Konstantinopel vor. Der Sultan Abdul Hamid ließ sich in seiner Not am 3. März 1878 zu dem Vorfrieden von San Stefano bestimmen, nach dem ein von der Donau bis zum ägäischen Meer reichender großbulgarischer Staat, der indes der Pforte tributpflichtig sein sollte, geschaffen werden und dem Sultan kaum die Hälfte seines europäischen Besitzes verbleiben sollte; auch diese aber ward durch Bulgarien, dem Saloniki zugeteilt wurde, in einen größeren westlichen und einen kleineren

*) Daß die Dinge zwischen dem 8. Juli 1876, der Anfrage vom Oktober 1876 und dem 15. Januar 1877 sich so entwickelten, läßt sich aus Gedanken und Erinnerungen 2, 211—215 mit Bestimmtheit, glaube ich, herauslesen.

östlichen Teil zerschnitten. Diese Schwächung des türkischen Reiches mußte über kurz oder lang seine Auflösung im Gefolge haben. Dagegen erhob sich, seiner alten türkenfreundlichen und russenfeindlichen Politik getreu, England unter seinem ersten Minister Lord Beaconsfield (Disraëli), und auch Österreich erachtete den Frieden von San Stefano als mit seinen Interessen, welche die Freiheit der Donau bis zur Mündung erheischen, nicht verträglich. Aus diesen Gegensätzen drohte ein allgemeiner Weltbrand hervorzugehen; Rußland mußte sich entscheiden, ob es die erreichten Erfolge gegen eine Koalition wie 1854, nur mit andern Teilhabern, verteidigen oder ob es hinter die Linie des 3. März zurückweichen wolle. Zum ersten fühlten sich Zar Alexander II. und seine Ratgeber doch nicht stark genug, und von Berlin ergingen dringende Mahnungen, den Bogen nicht zu überspannen. Der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, besuchte Bismarck, mit dem er seit langem in sehr vertrauten Beziehungen stand (S. 343), im Mai 1878 in Varzin, um seine Vermittlung zu gewinnen. Bismarck plauderte mit ihm gemütlich bei Tisch und entwarf dann in zwanzig bis dreißig Minuten *) das ganze Programm eines Kongresses, den er auf Schuwalows Wunsch nach Berlin zu berufen sich bereit erklärte; hier sollte ein Vergleich zustande gebracht werden.**) Unmittelbare deutsche Interessen standen in der orientalischen Frage nicht auf dem Spiel; in diesem Sinn hat Bismarck auf eine Anfrage Eugen Richters über die Erhöhung der russischen Zölle im Reichstag am 5. Dezember 1876 den Ausspruch getan: „Ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Inter-

*) S. v. Tiedemann, sechs Jahre, S. 471, der mit Recht diese Geistesskraft aufs höchste bewundert.

**) Man kann freilich sagen, daß das verfehlt war. Wer zwischen Streitenden vermittelt, läuft Gefahr, es mit beiden oder doch mit dem zu verderben, der schließlich übervorteilt zu sein glaubt. Deutschland hat sein Verhältnis zu Rußland durch den Kongreß nicht verbessert, im Gegenteil. Wenn Bismarck sich das nicht selbst sagte, so soll nach Senfft von Pilsach (oben S. 184) S. 48 die Ursache die gewesen sein, daß „ein Kongreß, dem Gortschakow beiwohnte und Bismarck vorsaß, für Bismarck eine persönliche Genugtuung für den Streich von 1875 war." Ich gestehe, daß ich das nicht recht verstehe. Aber abgesehen davon — welche kleinliche Eitelkeit setzt das bei Bismarck voraus, eine Eitelkeit, die mit enormen Mühen und Strapazen (s. unten S. 355) mehr als teuer erkauft gewesen wäre. Die einfache Wahrheit ist, daß Bismarck gauben konnte, er helfe den Russen aus einer Sackgasse und sie werden ihm das danken. Darin hat er sich freilich getäuscht.

esse sehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert wäre," und in einer anderen Rede vom 19. Februar 1878, in der er eine Anfrage von Bennigsens über die politische Lage im Orient beantwortete, bezeichnete er als „das hervorragendste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen, wie die Donau vom schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher frei bleiben." Wegen der nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Art der deutschen Orientinteressen war Deutschland auch dazu geeignet, die Vermittlung zwischen den Gegnern zu übernehmen, „nicht als Schiedsrichter," wie Bismarck in derselben Rede sich ausdrückte, „der sagt, so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reiches, sondern mehr in der Rolle eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will." „In dieser Rede wurde, vielleicht zum ersten Male, mit ungemein kühner Initiative die Diplomatie dazu benutzt, Klarheit zu schaffen. Sie legte für alle zukünftigen Probleme die Stellungen fest, die bis dahin ungewiß geblieben waren. Die Wendung, die lange Jahre die Vorgänge in der Welt nahmen, auch die Niederlage der Russen bei Mukden, sogar die noch so fern liegende Konkurrenz zwischen England und Deutschland, haben hier ihren Ursprung." *)

Von Varzin reiste Graf Peter Schuwalow nach St. Petersburg, um Gortschakow die Ansichten Bismarcks mitzuteilen, und begab sich von da mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet nach London. Hier brachte er mit dem Lord Salisbury, der am 27. März im auswärtigen Amt den kriegsscheuen Lord Derby ersetzt hatte, am 30. Mai das „Londoner Memorandum" zustande, kraft dessen Bulgarien in zwei Teile, einen mit nahezu voller Unabhängigkeit ausgestatteten und einen als türkische Provinz sich selbst verwaltenden, zerlegt werden und nicht bis ans ägäische Meer reichen sollte; Rußland sollte Bessarabien in Europa, Batum, Ardahan und Kars in Asien erhalten. Auf dieser Grundlage wurde am 13. Juni 1878 der Kongreß im Palast Radziwill in der Wilhelmsstraße zu Berlin durch Bismarck eröffnet, der selbst für diese Zeit in den Palast übersiedelte. Die Leitung der geschäftlichen Einzelheiten übertrug er dem deutschen Gesandten in Athen, Herrn von Radowitz, dem Sohn des bekannten Ministers Friedrich Wilhelms IV. (S. 345). Ein junger französischer Diplomat, Graf Karl de Mouy, der Protokollführer des Kongresses

*) Hanotaux, Gesch. des zeitgenössischen Frankreich 4, 329—330.

wurde, hat Bismarck geſchildert,*) wie er ihn damals bei einem Abendeſſen im engſten Familienkreis kennen lernte, von einer wahrhaft gaſtlichen Herzlichkeit (aménité), einem lächelnden Geſichtsausdruck, der die Härte ſeiner Züge und das Eindringliche ſeiner klaren blauen, von tiefen Brauen überſchatteten Augen milderte. Die Unterhaltung rollte bald Perſönliches, bald Politiſches, bald allgemeine Fragen auf, berührte die verſchiedenſten Stoffe der Geſchichte und Philoſophie und vermied mit feinſtem Takt alles, was auf unſre düſteren Jahre (1870—71) Bezug gehabt hätte. In humoriſtiſchen Abſchweifungen gefiel ſich der Fürſt, und mit Nachdruck ſprach er davon, daß er der Macht müde ſei und ſich darnach ſehne, bald in der Zurückgezogenheit die Freuden der Jagd und den Reiz des Familienlebens inmitten ländlicher Muße wieder zu genießen. Er ſprach das Franzöſiſche langſam, aber leicht und gab ſich den Anſchein, als ob er da und dort über dieſen oder jenen Ausdruck ſchwanke, wenn er mit einer hochmütigen und manchmal ironiſchen Freimütigkeit Menſchen und Ereigniſſe des Tages beurteilte; aber wenn er ein Wort zu ſuchen ſchien, ſo geſchah es nur, um es beſſer, wie einen Pfeil, zu entſenden, und er fand ſtets den richtigſten und zugeſpitzteſten Ausdruck. Das Vorgehen der Ruſſen tadelte er: „ſie hätten entweder in Konſtantinopel einrücken müſſen — acht Tage lang hätten ſie es gekonnt — oder ſie hätten nachher nicht ſo viel von der Pforte fordern und ſo das Eingreifen Europas hervorrufen ſollen. Es gibt immer nur einen günſtigen Augenblick in den Dingen; da muß man zugreifen.“ Der häusliche Herd dieſes Mannes, der die Welt ſo gewaltig erregt hatte, erſchien Mouy äußerſt friedlich und ſchlicht; von Frau und Kindern wurde er mit liebevollſter Sorgfalt umgeben; der Reſpekt ſeiner Söhne hatte nichts Ängſtliches; ſeine Überlegenheit über die Seinen ſchien ſich mit viel Güte zu betätigen. Als eins ſeiner Kinder eine Bemerkung über Schwiegermütter machte, ſagte er lachend: „Was mich angeht, ſo habe ich ſtets ſehr gut mit der meinigen gelebt, nicht im erſten Jahr allerdings, aber nachher hat ſie begriffen, und der Friede war vollkommen.“ Beim Abſchied ward ſeine Miene plötzlich ernſt; er lobte mit Wärme den Botſchafter Grafen von St. Vallier, den loyalen Nachfolger des Vicomte von Gontaut-Biron, und den auswärtigen Miniſter Waddington, den er am Morgen erſtmals geſehen hatte, und hoch aufgerichtet ſagte er: „Ich bin glücklich, daß Sie mein erſter Gaſt in dieſem Hauſe geweſen ſind, und es wird

*) Charles de Mouy, souvenirs, Paris, Plon, 1909, S. 96—102.

nicht von mir abhängen, wenn hier je etwas geſchieht, was Frankreich peinlich wäre.“ In der Leitung der Verhandlungen entfaltete Bismarck nach demſelben Zeugen „ſeine ſo verſchiedenen Fähigkeiten: die unbezähmbare Tatkraft und die kluge Geſchicklichkeit. Mit ſtrenger Beharrlichkeit bändigte er ungeduldige Anſprüche, flößte durch eine zuvorkommende Freundlichkeit Vertrauen ein und ſetzte ſeine perſönlichen Pläne unter dem Anſchein durch, als ob er lediglich den Geſamtwillen zum Ausdruck bringe. Er zeigte ebenſo viel Lebhaftigkeit und guten Humor als kraftvolle Würde; die Beratungen lenkte er als wahrhaftiger Vermittler, indem er ſie mit ebenſo viel Kunſt als Heiterkeit (sérénité) ſich entwickeln ließ oder ſie knapp hielt, wechſelſeitige Zugeſtändniſſe hervorrief, wertloſe oder verworrene Einzelheiten beiſeite ſchob, die dunklen Punkte im Nebel ließ und auf die mehr oder weniger gerechtfertigten und dauerhaften Löſungen drang, die für den Augenblick den andern und vor allem ihm ſelber genügten. Raſchheit ſchien ihm die weſentliche Bedingung des Erfolges, und er gönnte ſeinen Kollegen kein Ausſpannen. Wenn der Protokollführer Mouy und manchmal auch die fremden Bevollmächtigten ihn um eine Ruhepauſe baten, antwortete er: ‚Glauben Sie mir, die Arbeit hat noch niemand umgebracht.‘“ Mit dieſer Energie hat er in der Tat in dreißig Tagen das ſchwierige *) Werk vollbracht; *am 13. Juli konnte die Akte des Berliner Kongreſſes unterzeichnet* und die Verſammlung geſchloſſen werden. *Gewiß, was zuſtande kam, war kein Zuſtand, der allſeitig befriedigte und ſehr lange Dauer verhieß.* Ein ſolches Ergebnis lag unter den obwaltenden Umſtänden gar nicht im Bereich der Möglichkeit; es war nur ein Waffenſtillſtand erreichbar, nach deſſen Ablauf die jetzt zum vorläufigen Verſtummen gebrachten nationalen Wünſche der Bulgaren und Serben aufs neue nach Verwirklichung ringen würden. Es iſt aber ſehr verfehlt, auf Grund dieſer Tatſache das Werk des Kongreſſes und Bismarcks herabzuſetzen und über die Unvollkommenheit des Ergebniſſes zu klagen. Große nationale Entwicklungen vollenden ſich niemals auf einen Schlag, ſondern in einzelnen Abſätzen und in langen Zeiträumen, wie die Geſchichte der italieniſchen und deutſchen Einheit ſattſam

*) Vgl. die Rede im Reichstag vom 6. Februar 1888, wo es heißt: „Infolge des Vertrauens, das mir Lord Beaconsfield ſchenkte, bin ich in den ſchwierigſten, kritiſchſten Momenten des Kongreſſes mitten in der Nacht an deſſen Krankenbett erſchienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe ſtand, deſſen Zuſtimmung im Bette erreicht.“

beweist. Es verhielt sich mit den Dingen am Balkan nicht anders, und eine sofortige Lösung der dortigen Fragen war, wenn überhaupt, so nur um den Preis eines Weltkrieges möglich, der Europa unermeßliche Opfer auferlegt und seine ganze Zukunft aufs schwerste gefährdet hätte. Eines solchen Einsatzes waren die bulgarischen und serbischen Interessen denn doch nicht wert, und daß der Berliner Kongreß den drohenden Weltkrieg verhütet hat, gereicht ihm und seinem Lenker zum unvergänglichen Verdienst.

Für Deutschland aber erwuchs aus der vermittelnden Tätigkeit, welcher es sich im europäischen Interesse unterzogen hatte, eine gefährliche Veränderung seiner Lage. Obwohl Bismarck Englands Vorschläge, die Mißerfolge der Russen auszunutzen, abgelehnt (S. 351) und immer den Russen eine „wohlwollende Neutralität" bewiesen hatte, ja am Ende auf den Wunsch Rußlands selbst als „ehrlicher Makler" aufgetreten war, fühlte man sich uns in St. Petersburg und Moskau doch nicht zum Dank verpflichtet.*) Man hatte angenommen, daß Deutschland sich aller russischen Wünsche vor und auf dem Kongreß blindlings annehmen werde, und glaubte darauf sogar sonderbarerweise einen Anspruch zu haben, weil Rußland 1866 und 1870 Deutschlands nationale Entwicklung sich habe ungestört vollziehen lassen, ohne Österreich oder Frankreich beizuspringen. Das war freilich der Fall; aber dieses Verhalten kommt mehr auf die persönliche Rechnung des Zaren Alexander II. als seines Volkes, und dann hatte es auch an Übelwollen des amtlichen Rußlands und Versuchen, unsere Bahnen zu durchkreuzen, keineswegs gefehlt (S. 186. 259). Daran kehrte man sich in St. Petersburg aber nicht; man entrüstete sich vielmehr weidlich über das angeblich undankbare Deutschland und wünschte sich an ihm zu rächen, während man bei einiger Ehrlichkeit sich hätte sagen müssen, daß man durch die Maßlosigkeit der in San Stefano erhobenen Forderungen den Widerstand Englands und Österreichs geradezu herausgefordert hatte und an dem daraufhin notwendigen Rückzug selbst Schuld trug. Als vollends bei der Absteckung der Grenzlinie zwischen Serbien und dem durch den Berliner Kongreß Österreich zur Besetzung und Befriedigung zugewiesenen Bosnien der deutsche Bevollmächtigte sich aus Gründen der Billigkeit der österreichischen Auslegung der Kongreßbeschlüsse anschloß, welche auch die Eng-

*) Vorübergehend war dies während der schweren Zeit des Kriegs nach einem Brief Bismarcks an den Kaiser vom 11. August 1877 der Fall gewesen; siehe Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" 1, 274.

lands und Frankreichs und mehrfach auch die Italiens war, und nicht dem ruſſiſchen Standpunkt beitrat; als ähnliches geſchah betreffs der Lage der Brücke von Siliſtria, der türkiſchen Militärſtraße durch Bulgarien, der Verwaltung von Poſt und Telegraphie,*) da ſchrieb der Zar im Auguſt 1879 an ſeinen Oheim, Kaiſer Wilhelm I., einen Brief, der an zwei Stellen die Drohung enthielt: wenn Deutſchland an ſeiner Weigerung feſthalte, bei der Ausführung der Berliner Kongreßakte in zweifelhaften Fragen mit Rußland zu ſtimmen, ſo könne der Friede zwiſchen Deutſchland und Rußland nicht dauern.**) Dieſer Brief ſtellte Deutſchland nach Bismarcks Auffaſſung vor die Wahl, ſich entweder zum Schleppträger der ruſſiſchen Politik in orientaliſchen Fragen herabzuwürdigen oder eines Angriffes gewärtig zu ſein. Er hatte den Eindruck, daß das Verhalten des Zaren „die blitzartige Beleuchtung einer Situation ſei, die er in den letzten Jahren ſchon öfter ſich zu vergegenwärtigen genötigt war.“ ***) Auch der öſterreichiſche Miniſter des Auswärtigen, Graf Andraſſy, der im Begriff war, ſein Amt an Haymerle zu übergeben, aber die ſchwebende Angelegenheit noch zu erledigen wünſchte, hatte den Eindruck, „daß es ſich gegenüber den Rüſtungen Rußlands und der comminatoriſchen (drohenden) Sprache, die abwechſelnd wir und Deutſchland zu hören bekommen, um ein Defenſivabkommen, eine Gattung Aſſekuranz zwiſchen unſern beiden Souveränen handelt, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinſam abzuſchlagen, ſowie daß der casus foederis auch in dem Falle eintreten ſoll, wenn eines der Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieſer kooperieren würde.“ †) Andraſſy war vorher bei Kaiſer Franz Joſeph im Lager zu Bruck geweſen und hatte hier die Überzeugung erlangt, daß der Kaiſer in einem ſolchen Bündnis die „heute einzig mögliche Art“ erblickte, „das Damoklesſchwert, welches über unſeren Beziehungen fortwährend ſchwebt, zu beſeitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der beiden, ſondern auch zum Wohle des Dritten praktiſch ſicher zu ſtellen.“ Inſofern ſah der Kaiſer in dem Bündnis keineswegs eine Abweichung von dem Vorhaben, den

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 240.

**) Gedanken und Erinnerungen 2, 219 und 240, wo der ausführliche authentiſche Wortlaut an der zweiten Stelle zu finden iſt.

***) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 2, 525 (Brief an Andraſſy vom 3. September 1879).

†) Ebenda S. 522 f.

Frieden zwischen den drei Reichen zu erhalten, sondern das gerade Gegenteil. Rußland gebärdete sich, als ob es bald uns, bald Österreich an die Kehle springen wolle: das einzige Mittel, es zur Vernunft zu bringen, war ihm klar zu machen, daß es in einem solchen Fall gleich mit beiden Nachbarn zu tun bekommen werde. Diese Sachlage stellte nicht etwa bloß Bismarck so dar, sondern genau ebenso auch Andrassy; daraus mag man entnehmen, wie unbegründet die Versuche französischer Historiker sind, Rußlands Verhalten und insbesondere den Brief des Zaren Alexander an Kaiser Wilhelm als ganz unanstößig hinzustellen.*) Bismarck betont in seinen Erinnerungen, daß er an sich mehr zu einem Bündnis mit Rußland geneigt war als mit Österreich, da wir zu Rußland weder religiöse noch politische Gegensätze haben, sein Herrscherhaus mit dem preußischen altbefreundet und verwandt ist, auch bei ihm der monarchische Erhaltungstrieb so stark wirkt wie bei Preußen. Da aber dieser Bund bei der Stimmung der Russen zurzeit schlechthin unmöglich war, so blieb nichts anderes, als entweder sich nur auf sich selbst zu stellen oder sich mit Österreich zusammenzuschließen. Das zweite war das Nächstliegende; aber es durchzuführen war freilich nicht so leicht, weil Kaiser Wilhelm die wachsende Erkaltung der ihm lieben und teuren Beziehungen zu Rußland mit tiefem Schmerz sah und den abreißenden Faden neu zu knüpfen suchte. Er hatte gegen Bismarcks Wunsch mit seinem kaiserlichen Neffen Alexander II. am 3. September eine Zusammenkunft auf russischem Boden in Alexandrówo (bei Thorn); allein „trotz Tränen und Versicherung der althergebrachten Freundschaft," womit der weichherzige Zar gegenüber dem geliebten Oheim nicht sparte, ward sachlich nichts geändert. So erwirkte Bismarck, nachdem er bereits am 27. und 28. August mit Andrassy in Gastein verhandelt hatte, die Ermächtigung, am 21. September über Linz nach Wien reisen und hier das Bündnis abschließen zu dürfen. Wie

*) So André Mévil in dem Artikel Bismarck et la Russie in der Revue hebdomadaire vom 11. Mai 1907 S. 167, der Bezug nimmt auf folgende Stelle bei de Cyon, histoire de l'entente franco-russe: „War es zu viel verlangt von Deutschland, das nach Bismarcks Worten am Balkan keine Interessen hatte, daß es sich, wenn auch nur aus Höflichkeit, bei dieser Gelegenheit jeder Feindseligkeit gegen seinen Verbündeten (!) enthalte? Alexander hatte Grund, sich über Deutschland zu beklagen, das nach nichts Geringerem strebte, als den russischen Einfluß am Balkan zu vernichten" (!!).

vorzüglich Bismarck die Menschen zu behandeln wußte, sieht man daraus, daß er am 10. September durch einen Brief *) dem König Ludwig II. von Bayern von seinen Absichten Kenntnis gab. Dieser hatte zu Bismarck von den Tagen des August 1866 und des Novembers und Dezembers 1870 her eine große Zuneigung und ein festes Vertrauen zu seiner Ehrlichkeit; Bismarck suchte jetzt die Zustimmung des Königs als des nach Preußen mächtigsten Bundesfürsten, der im Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten den Vorsitz hat, zu dem beabsichtigten Vertrag nach; er befestigte damit das Vertrauen des Königs, daß Bayern nicht ohne sein Wissen in neue weitgreifende Verbindungen werde hineingezogen werden, und erntete überdies gerade zu dieser Maßnahme hoher Politik den „vollen Beifall" des Königs, was bei der Nachbarschaft Bayerns und Österreichs und bei der Konfession der Mehrheit ihrer Bevölkerungen von Wert war. Am 21. September erschien Bismarck von Gastein aus, über Salzburg und Linz, mit Zustimmung seines kaiserlichen Herrn in Wien, um hier die Verhandlungen mit dem Kaiser Franz Joseph persönlich zum Abschluß zu bringen. Überall begrüßte ihn unterwegs die deutsche Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung, und der Kaiser, der seine Jagden in Steiermark unterbrach, stattete ihm selbst einen Besuch ab. Der Vertrag ward zwischen beiden am 24. September vereinbart; aber Kaiser Wilhelm erhob Anstände, ihn zu genehmigen, weil sein Befehl, daß der Vertrag keine Spitze gegen Rußland enthalten dürfe, nicht befolgt worden sei. Er war auch von der Notwendigkeit des Bundes noch nicht überzeugt, und es bedurfte der Erklärung, die der Vizepräsident des Kabinetts, Graf Stolberg, dem Kaiser nach Baden-Baden überbrachte, daß Bismarck und das ganze Ministerium zurücktreten würden, wenn der Kaiser sein Ja verweigere, um ihm dieses, da er gegen einen Personenwechsel im Ministerium eine Abneigung hatte, schließlich noch zu entreißen. Den Grafen Stolberg, dem Bismarck für sein sachgemäßes Auftreten hohen Dank zollte, hat der Kronprinz erfolgreich bei seinem Vater unterstützt. Es war wieder ein Zusammenstoß zwischen Kaiser und Kanzler erfolgt, wie wir ihn im Juli 1866 und im Januar 1871 (S. 185 und S. 286) zu schildern hatten; aber es war der letzte, den sie ausgefochten haben. Am 7. Oktober 1879 ist der Vertrag in Wien durch unsern Botschafter, den Prinzen Reuß, und Andrassy unter-

*) Text in den Gedanken und Erinnerungen 2, 238—42; Antwort des Königs S. 243.

zeichnet worden.*) Der Wortlaut des Eingangs besagte, daß der Zusammenschluß beider Reiche ihre Sicherheit verbürge, daß er niemand bedrohen könne, wohl aber den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren geeignet sei. Dann folgte der Kern des Ganzen: wenn wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen würde, so sind die Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht beizustehen und den Frieden nur gemeinsam zu schließen. Wird eine der zwei Mächte von anderer Seite angegriffen, so werden die Verbündeten gegen einander eine wohlwollende neutrale Haltung beobachten; falls aber Rußland dabei den Angreifer unterstützt, so tritt die Pflicht gegenseitigen Beistandes auch für diesen Fall ein. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden, um jede Mißdeutung auszuschließen. Hiemit war Kaiser Wilhelm I. aber nicht einverstanden, weil er es für unritterlich ansah, Rußland über die Gefahr eines Angriffs auf Österreich im Dunkeln zu lassen, und so mußte Bismarck zugestehen, daß der Kaiser durch einen Brief vom 4. November dem Zaren von dem Vertrag Mitteilung machte und die unbedingte Friedfertigkeit seiner Politik nachdrücklich betonte. Das Bündnis vom 7. Oktober machte auch in St. Petersburg den gewünschten ernüchternden Eindruck; der Zar antwortete seinem Oheim in ruhigem und befriedigendem Ton und sandte noch im November seinen Sohn und Thronfolger, den Großfürsten Alexander, nach Berlin, um auch persönlich beruhigende Versicherungen über seine friedfertigen Absichten abzugeben. In Süddeutschland, wo man von alters her eine gemütliche Zuneigung zu den Stammesgenossen in Österreich bewahrt hatte, welche seit der gewaltsamen Trennung des Jahres 1866 noch durch Beimischung einer gewissen Wehmut gesteigert worden war, empfand man das Bündnis als eine Art Heilung des vor dreizehn Jahren erfolgten Risses. Auch im Norden, namentlich, aber nicht allein, in den katholischen Landesteilen, hegte man diese Gefühle, und es war ein wundervoller Ausdruck für eine große geschichtliche Tatsache, wenn Bismarck in der ersten Thronrede des dritten Kaisers vom 25. Juni 1888 des Bündnisses mit den Worten gedachte: „Es sei ein Vermächtnis der deutschen Geschichte.“ Wenn in Rußland sich Bitterkeit darüber regte, daß Deutschland ihm den Angriff auf

*) Gedruckt u. a. bei Jäger-Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke S. 579 f.

Österreich, dessen Erfolg überdies sehr fraglich gewesen wäre, aufs äußerste erschwerte, so konnte Bismarck nicht ohne guten Grund darauf hinweisen, daß durch das Bündnis bloß der Zustand hergestellt war, welcher Jahrhunderte lang zwischen Deutschland und Österreich bestanden hatte und 1866 nur vorübergehend durch den notwendigen Austrag der deutschen Frage unterbrochen worden war. Nach Vollendung dieses Austrages gab es keine Interessengegensätze zwischen Österreich und Deutschland mehr, wohl aber starke Antriebe, sich zusammenzuschließen, da beide Reiche vermöge ihrer Lage in der Mitte Europas ihre Grenzen gegen mehr Nachbarn zu schützen hatten als die andern Großmächte. Das Bündnis hat sich bis jetzt über mehr als drei Jahrzehnte fest gefügt erzeigt und ist ein Bollwerk des europäischen Friedens gewesen, dessen gewaltige Stärke sich besonders in der Orientkrisis des Frühjahrs 1909 glanzvoll und majestätisch erprobte.

Wenige Tage nach dem Abschluß des Bündnisses trug es eine erfreuliche Frucht für Deutschland, indem eine lästige Verpflichtung von uns genommen ward. In Artikel 5 des Prager Friedens vom 23. August 1866 hatte Preußen Österreich gegenüber das Versprechen gegeben (wofür namentlich Napoleon III. als Vorkämpfer des Nationalitätenprinzips eintrat), daß „die Bewohner der nördlichen Bezirke Schleswigs, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten." Die Abstimmung hatte bisher nicht stattgefunden, weil Dänemark, mit dem Bismarck lange verhandelte, den Begriff der „nördlichen Bezirke" so weit gefaßt wissen wollte, daß auch beträchtliche deutsche Sprachinseln hätten abgetreten werden müssen, was Bismarck selbstverständlich ablehnte. Nunmehr willigte Österreich am 11. Oktober ein, den Artikel 5 des Prager Friedens „außer Gültigkeit zu setzen," *) und damit war für Dänemark jede Hoffnung auf den Gewinn des Nordens von Schleswig entschwunden, da es ein eigenes Recht auf Vornahme einer Abstimmung nicht besaß; es hatte ja im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 ganz Schleswig-Holstein bedingungslos abgetreten.

Mit der Sicherheit, welche aus dem deutsch-österreichischen Bündnis für uns erwuchs, war Bismarck noch nicht zufrieden. Er suchte Frankreich dadurch von dem Gedanken des Rachekrieges abzulenken, daß er ihm in allen Fragen, welche nicht Elsaß-Lothringen

*) Wortlaut bei Hahn 4, 299—300.

betrafen, entgegenkam (S. 355). Wir wissen, daß selbst Gambetta 1877—1878 für eine Politik des Zusammengehens mit Deutschland sich erwärmte (S. 323), und als das Ministerium Ferry 1881 sich entschloß, sich für die Gewalttaten der Grenzstämme in Tunis Genugtuung zu schaffen, und in Berlin anfragte, wie sich Deutschland dazu stellen werde, antwortete Bismarck am 2. Mai, daß er selbst gegen eine Eroberung von Tunis nichts einzuwenden habe;*) außerhalb Europas, bedeutete er dem Botschafter St. Vallier, macht, was ihr wollt; in Europa aber laßt uns in Ruhe! Es war dieselbe Politik, vermöge deren er einst im Dezember 1862 Österreich geraten hatte, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen, das heißt seine Aufgaben im Osten zu suchen, nicht im Westen; ebenso wies er jetzt Frankreich auf die überseeische Ausdehnung seiner Macht, um in Europa vor ihm Ruhe zu haben. Das Ministerium Ferry, das auf diese Gedanken einging, konnte sich freilich nicht halten, und die Politik, „welche hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen starrte," gewann wieder die Oberhand. Aber eben die Besetzung von Tunis durch die Franzosen, welche daraus einen in allem wesentlichen von ihnen abhängigen Schutzstaat machten, trieb Italien auf die Seite Deutschlands. Mit Knirschen sah man in Rom, daß die bisher beliebte „Politik der freien Hand" das Königreich vereinzelt und es Frankreich ermöglicht hatte, ihm die alte provincia Africa der Römer, ein herrliches Land, wo 20 000 Italiener als Kaufleute, Handwerker und Arbeiter angesiedelt waren, vor der Nase wegzuschnappen. Das Ministerium Mancini trat an Deutschland mit dem Wunsch eines Bündnisses heran, und so kam, da Deutschland ja schon mit Österreich zusammenstand, am 20. Mai 1882 der Dreibund auf fünf Jahre zustande, durch den sich alle drei mitteleuropäischen Mächte ihren europäischen Besitzstand verbürgten; also sollte nötigenfalls Deutschland in Elsaß-Lothringen, Österreich in Bosnien, Italien in Rom mit gesamter Macht geschützt werden. Der Dreibund ward 1887 wieder auf fünf Jahre erneuert; der bedeutendste italienische Politiker, Francesco Crispi, besuchte Bismarck zu Anfang Oktober 1887 in Friedrichsruh und blieb drei Tage daselbst, woraus dann, wie es scheint, eine genauere Feststellung

*) Rambaud, Jules Ferry, Paris 1903, S. 292. Schon auf dem Berliner Kongreß hatte sich Bismarck in diesem Sinn geäußert, Hanotaux 4, 387 ff. In seinem Buch le Tonkin, Paris 1890, hat Ferry selbst bezeugt, „daß Deutschland nirgends, weder in den chinesischen Meeren, noch auf Formosa oder Madagaskar irgendwie das Vorgehen Frankreichs gehemmt, durchkreuzt oder geniert habe."

der im Ernſtfall zu leiſtenden militäriſchen Hilfe hervorging.*) Im September 1888 hat Criſpi ſeinen Beſuch bei Bismarck erneuert, und dieſer perſönliche Meinungsaustauſch der leitenden Staatsmänner erhöhte die Feſtigkeit der Dreibundes.

Trotz des Bündniſſes mit Öſterreich und Italien war aber Bismarck keineswegs gemeint, „den Draht nach St. Petersburg abreißen zu laſſen," weil (bei der leidenſchaftlichen Gegnerſchaft der Tſchechen gegen das deutſche Bündnis und der Möglichkeit ihrer Unterſtützung durch die Klerikalen) in Öſterreich auch einmal ein anderer Wind aufſpringen konnte, und weil Bismarck Rußland nicht dahin drängen wollte, daß es, wie das einſt Katharina II. mit Joſeph II. getan hatte, ſich auf Unkoſten Deutſchlands mit Öſterreich verſtändige. Es gelang ihm in der Tat, ſelbſt den ſehr unfreundlich gegen die Deutſchen geſinnten Zaren Alexander III., der am 13. März 1881 auf ſeinen elendiglich von den Nihiliſten ermordeten Vater gefolgt war, zur Erneuerung des „Dreikaiſerverhältniſſes" zu bewegen. Am 21. März **) 1884 wurde von den Vertretern der drei Kaiſer, Bismarck, Szechenyi und Saburow, auf drei Jahre ein geheimer Vertrag abgeſchloſſen, welcher alle drei zu wohlwollender Neutralität verpflichtete, falls einer von ihnen irgend woher angegriffen werden ſollte. Der Vertrag war ein Meiſterſtück, ſagt ein franzöſiſcher Hiſtoriker,***) weil er Deutſchland gegen das Zuſtandekommen eines franzöſiſch-ruſſiſchen Bündniſſes ſchützte; Deutſchland hatte jetzt einen Verbündeten erſter Ordnung, Öſterreich, und zwei zweiter Ordnung, Rußland und Italien; wenn auch einer der Freunde abfiel, ſo hatte es noch die zwei andern. Am 18. Mai war Prinz Wilhelm bei der Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers Nikolaus in St. Petersburg und ſprach mit Erfolg für die Einigung der drei Höfe.†) Am 15. September 1884 bekräftigten die drei Kaiſer auf einer Zuſammenkunft in der Stadt Skierniewice in Ruſſiſch-Polen (zwiſchen Warſchau und Lodz) ihre Beziehungen; das Vordringen des Radikalismus in England,

*) Hansen, Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim, Paris, Flammarion, ohne Jahr (1898?), S. 93, wo von den betreffenden protocoles militaires annexés au traité diplomatique sur la Triplice die Rede iſt.

**) Mévil a. a. O. S. 180: 24. März.

***) Matter, Bismarck et son temps 3, 517. Die engliſche Zeitung „Standard" hat ſofort von dem Vertrag Kunde erhalten, woraus die Sache in die Berliner Zeitſchrift „Zukunft" gelangte.

†) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 352.

wo Gladstone und Chamberlain 1884 eine neue Demokratisierung des Wahlrechts durchsetzten, ward als ein Anzeichen dafür aufgefaßt, daß der monarchische Gedanke dort am Ende dem republikanischen weichen müsse, und um so nötiger schien der Zusammenschluß der östlichen Monarchien. Die Stimmung des Zaren war so, daß „nichts Schriftliches ausgemacht wurde; es war auch nicht nötig." *) „Die bismarckische Politik," sagt der Franzose Mévil, „war auf ihrem Höhepunkt; sie beherrschte Europa unbedingt."

Viertes Kapitel.

Die letzte Zeit Kaiser Wilhelms I. Bismarck und Kaiser Friedrich.

Gegen das Ende des Jahres 1886 trat wieder eine scharfe Spannung in der europäischen Lage ein. In Frankreich geriet die republikanische Staatsform durch die schmutzige Habgier und die unduldsame Herrschsucht vieler republikanischer Führer in solchen Mißkredit, daß die monarchistische Opposition 110 Wahlkreise eroberte und von 90 auf 200 Mann anwuchs, und der Kriegsminister General Boulanger suchte diese Stimmung für sich auszunutzen, indem er sich als den Mann hinstellte, der den Augiasstall der Republik auszufegen die Kraft habe und auch die verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen wieder herbeibringen könne. Er ließ an der Ostgrenze eine große Anzahl Baracken errichten, um sie mit Truppen zu belegen, und kaufte in Deutschland selbst große Mengen von Sprengstoffen zur Herstellung von Bomben und Granaten an. Gleichzeitig spitzten sich auf der Balkanhalbinsel dadurch, daß der 1879 eingesetzte Fürst Alexander I. von Bulgarien, ein geborener Prinz von Battenberg, den russischen Umtrieben weichen mußte, die Dinge dermaßen zu, daß ein Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland drohte; man hatte in Wien den Eindruck, daß Rußland die Herrschaft am Balkan völlig an sich reißen wolle, was Österreich nicht ruhig hinnehmen konnte. Geriet aber Österreich mit Rußland in einen Krieg, der von Rußland verschuldet war, so war Deutschland vertragsmäßig, wie wir wissen, verpflichtet, ihm zu helfen, und dann griff voraussichtlich Frankreich gegen uns zu den Waffen. Um diese Zeit näherte sich das am 20. April 1874 erstmals für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis 31. Dezember 1881

*) Ebenda. Vgl. unten S. 367 f.

vereinbarte und 1880 für die Jahre 1882 bis 1888 erneuerte ſogenannte Septennat (S. 302 f.) ſeinem Ende, und die verbündeten Regierungen brachten deshalb im Herbſt 1886 eine Vorlage an den Reichstag, nach der der Friedensſtand unſeres Heeres von 427 000 Mann auf 468 000 Mann erhöht werden ſollte, und zwar wieder für weitere ſieben Jahre. Zur Begründung dieſer Forderung ſagte Bismarck am 11. Januar 1887 im Reichstag: „Keine einzige Stimme hat in Frankreich auf Elſaß-Lothringen verzichtet; jeden Augenblick kann dort eine Regierung ans Ruder kommen, welche den Krieg beginnt. Er kann in zehn Tagen oder in zehn Jahren ausbrechen; ſicher davor ſind wir niemals. Dieſem Krieg gegenüber wird der von 1870 ein Kinderſpiel ſein; jeder Teil wird verſuchen, den andern saigner à blanc, ihm ſo lange zur Ader zu laſſen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und dreißig Jahre lang nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, ſich dem Sieger entgegen zu ſtellen.“ Die Oppoſition, beſtehend aus Zentrum, deutſchfreiſinniger Partei und Sozialdemokratie, wollte das Septennat nicht gewähren, weil dem Parlament das Recht, jährlich über die Heereskoſten zu beſchließen, nicht verkürzt werden dürfe. Höchſtens auf drei Jahre wollte die Mehrheit dieſer Oppoſition die Koſten bewilligen, damit jeder Reichstag mit der Sache befaßt werden müſſe; es ſei unſtatthaft, daß ein Parlament über ſeine Lebensdauer hinaus Bewilligungen mache. Als innerſten Grund dieſes Widerſtands ſah Bismarck das Streben an, das Heer von den wechſelnden Mehrheiten des Reichstags abhängig, es zu einem „Parlamentsheer“ zu machen, „für deſſen Beſtand nicht Seine Majeſtät der Kaiſer und die verbündeten Regierungen, ſondern die Herren Windthorſt und Richter zu ſorgen haben.“ Dieſem Streben warf ſich Bismarck mit allem Nachdruck entgegen, und als der Reichstag am 14. Januar 1887 ſtatt des Septennats mit 183 gegen 154 Stimmen das Triennat annahm, wurde er aufgelöſt und Berufung an das Volk eingelegt.

In dieſe Kämpfe griff auch Leo XIII. auf Wunſch Bismarcks ein, um ſich für den Friedensſchluß im Kulturkampf dankbar zu zeigen. Er ließ durch den Staatsſekretär Jacobini ſchon am 3. Januar 1887, vor der Ablehnung der Regierungsvorlage, dem Zentrum die Annahme des Septennats anempfehlen, da die Unterſtützung der kaiſerlichen Wünſche den Intereſſen der Kirche entſpreche, und als dies nichts fruchtete, ward die Mahnung am 21. Januar, nach der Auflöſung, eindringlich wiederholt. Die Neuwahlen vom

21. Februar 1887 führten zu einem glänzenden Sieg der bisherigen Minderheit, der zu einem „Kartell“ zusammengeschlossenen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen; sie wuchsen von 154 auf 223 Mann an. Am 9. März ward das Septennat mit 227 gegen 31 Stimmen angenommen; das Zentrum konnte sich zwar auch jetzt nicht zu einem Ja verstehen, nachdem es vorher in allen Tonarten das Septennat als konstitutionell ganz unstatthaft verschrien hatte; es wollte aber dem Papst, der die an sich rein politische Frage als mit sittlich-religiösen Gesichtspunkten verknüpft erklärte, nicht direkt ungehorsam sein und enthielt sich so der Abstimmung. Der Ausgang des Kampfes war, wenn man auch die Hereinziehung des Papstes in innerdeutsche Fragen als eine sehr zweischneidige Waffe wird ansehen müssen, ein gewaltiger Erfolg Bismarcks; nachdem er von 1881—87 sechs Jahre lang einen feindseligen Reichstag vor sich gehabt hatte, verfügte er jetzt wieder über eine zuverlässige Mehrheit, um so mehr, als die hundert Nationalliberalen eine in sich geschlossene Partei ohne lähmenden „linken Flügel“ darstellten. Der alte Kaiser Wilhelm, der vier Wochen nach den Wahlen seinen neunzigsten Geburtstag feierte, sagte deshalb auch, ein schöneres Geburtstagsgeschenk als diesen national gesinnten Reichstag hätte ihm das deutsche Volk nicht machen können.

Die Gefahr von Westen her war durch die imposante Kundgebung des Volkswillens zunächst auch beschworen; aber am 20. April 1887 flammte sie wieder auf, als der französische Polizeikommissär Schnäbele, gegen den als geborenen Elsässer das Leipziger Reichsgericht wegen Spionage einen Haftbefehl erlassen hatte, von seinem deutschen Amtsgenossen Gautsch zu einer Unterredung auf deutsches Gebiet gelockt und hier verhaftet wurde. Die Kriegspartei in Frankreich schlug gewaltigen Lärm, und Boulanger drang leidenschaftlich auf Krieg, blieb aber im Ministerium mit fünf gegen sieben Stimmen in der Minderheit. Bismarck regelte die Sache mit vollkommener Ritterlichkeit; als ihm der Einladungsbrief des Kommissärs Gautsch in einer getreuen Photographie von dem wackeren französischen Botschafter Herbette vorgelegt wurde, befahl er sofort die Freilassung Schnäbeles (28. April 1887).*)

Wenn es wahr ist, was ein Franzose behauptet,**) daß Bismarck während der Zeit der Spannung der deutsch-französischen Beziehungen durch unsern Botschafter in St. Petersburg den Zaren

*) Mévil, Revue hebdomadaire 11. Mai 1907, S. 188.

**) Ebenda S. 183—184.

während einer dreiviertelſtündigen Audienz direkt befragen ließ, ob im Fall eines Kriegs am Rhein Deutſchland ſich auf die ruſſiſche Neutralität verlaſſen könne, und der Zar mit Nein antwortete, ſo würde ſich dies aus einem heimtückiſchen Ränkeſpiel erklären, das um dieſe Zeit gegen uns in Szene geſetzt wurde. Dem Zaren wurden gefälſchte Schriftſtücke vor Augen gebracht, aus denen hervorzugehen ſchien, daß Deutſchland den in St. Petersburg verhaßten neuen Fürſten Bulgariens, Ferdinand von Koburg-Kohary, insgeheim zur Übernahme ſeiner Würde ermuntert habe. Behauptet wurde, daß die Schwägerin des Zaren, die Prinzeſſin Waldemar von Dänemark, eine geborene Herzogin Marie von Orleans, die Schriftſtücke Alexander III. übergeben habe. Der Zar zog daraus den Schluß, daß Deutſchland eine Rußland gegenüber doppelzüngige Politik verfolge, und vermied bei ſeiner Reiſe an den Hof ſeines Schwiegervaters, des Königs Chriſtian IX. von Dänemark, das deutſche Gebiet abſichtlich. Als er aber, durch Krankheit in der Familie bis in den November in Kopenhagen feſtgehalten, wegen der rauhen Jahreszeit die Heimfahrt nicht mehr zur See machen konnte und alſo genötigt war, wohl oder übel über Berlin zu reiſen, deckte Bismarck am 18. November 1887 in einer Unterredung mit Alexander III. das Ränkeſpiel auf. Die Folge war, daß der an ſich ehrliche und gerade Zar wieder volles Vertrauen zu Bismarck faßte, und damals wurde „außerhalb*) des Abkommens von Skierniewice" ein beſonderer, unbedingt geheim zu haltender „Rückverſicherungsvertrag" zwiſchen Deutſchland und Rußland abgeſchloſſen, durch den ſich beide Mächte zu einer wohlwollenden Neutralität für den Fall verpflichteten, daß eine von ihnen von einer dritten Macht angegriffen werde. Man muß alſo wohl annehmen, daß die Abmachung von Skierniewice, welche 1884 von drei Mächten getroffen worden war, diesmal nur von zweien erneuert wurde. Bismarck beging damit keine Untreue gegen Öſterreich; denn unſer Vertrag mit dieſem Staat ſpricht bloß davon, daß wir ihm, wenn er von Rußland angegriffen wird,**) mit ganzer Macht beizuſtehen haben, und dieſen Fall ließ der Rückverſicherungsvertrag völlig unberührt; unſere Verpflichtung gegen Öſterreich beſtand für dieſen

*) So Mévil S. 190: en dehors de l'acte de de Skierniewice.

**) Um dieſen rein defenſiven Charakter des Bündniſſes aller Welt kundzugeben und Preßverdächtigungen die Spitze abzubrechen, wurde der Wortlaut des Vertrags am 3. Februar 1888 öffentlich bekannt gemacht.

Fall nach wie vor fort. Dagegen sind wir zu nichts verpflichtet, falls Österreich der angreifende Teil sein sollte, und in diesem, unserer freien Entscheidung vorbehaltenen Fall hatten wir nach dem Rückversicherungsvertrag Rußland zwar nicht mit den Waffen gegen Österreich beizuspringen, wohl aber ihm wohlwollende Neutralität zu halten. Österreich konnte der deutschen Regierung das nicht verübeln; denn unmöglich kann sich die Politik eines großen Landes einer zweiten Macht hörig machen, indem sie sich ihr sogar für Angriffskriege blindlings verschreibt. Der Gewinn des Rückversicherungsvertrages für uns war, daß wir „an unserem Bogen einen zweiten, russischen Strang" neben dem österreichischen erlangten,*) der uns namentlich die Vereinzelung Frankreichs, im Fall es Krieg gegen uns erheben sollte, verbürgte. Bismarck strebte darnach, unsere Sicherheit mit so viel Bürgschaften als möglich zu umgeben, uns für alle Fälle, die eintreten konnten, die größtmöglichen Siegesaussichten zu verschaffen. Er traute sich zu, die aus der verwickelten Lage etwa entspringenden Schwierigkeiten zu überwinden und den Vorteil stets auf unsere Seite zu bringen.**)

Die Bündnisse hatten gewiß ihren großen Wert; aber wichtiger war doch, Deutschlands eigene Kraft zu entwickeln und es in einen Stand zu setzen, daß es sich im Notfall auch allein aller Feinde erwehren konnte. Diesem Zweck diente eine Vorlage, welche ein zweites Aufgebot der Landwehr wieder herstellte, indem sie sechs Jahrgänge des Landsturms, die Mannschaften im Alter von 33 bis

*) Ausdruck der „Neuen freien Presse", s. Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 7, 114.

**) Diese Schwierigkeiten hat der Staatssekretär von Marschall-Bieberstein bei der Interpellation des Zentrums über den Rückversicherungsvertrag im Reichstag (16. November 1896) in die Worte gefaßt: „Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, daß die Rückversicherung die Friedensgarantie stärke, wird doch der Zweifel gestattet sein, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und Verträge auch der innere Wert jedes einzelnen sich steigert." Übrigens muß gesagt werden, daß die ganze Angelegenheit noch sehr dunkel ist. Bestand der Rückversicherungsvertrag schon seit 1884 oder erst seit 1887? Galt er für drei oder für sechs Jahre? War er nur eine auf zwei verengerte Form des Vertrags, der am 21. März, beziehungsweise 15. September, 1884 für drei geschlossen war? In den Reichstagsverhandlungen vom 16. November 1887 liest man in den Reden von Hohenlohe und Marschall von „Verhandlungen von 1887—90" und von „1887, wo der Boulangismus auf der höchsten Höhe stand und Gefahren drohten, welche mit dessen Verschwinden zurücktraten." Darnach müßte der Vertrag 1887 geschlossen sein, was auch Mévil a. a. O. 190 an-

39 Jahren, zur Landwehr ſchlug und alſo geſtattete, auch dieſe Jahrgänge ins Feld zu führen. Der Landſturm, dem die Verteidigung des Landes obliegt, ſollte aus den Leuten von 40 bis 45 Jahren (bisher nur bis zu 42 Jahren) gebildet werden. Bismarck begründete die Vorlage in der berühmten Rede vom 6. Februar 1888, in der er ein in großen Zügen gehaltenes Bild der gegenwärtigen Lage entwarf und betonte, daß zwar die Friedensausſichten ſich gebeſſert hätten, aber immer noch in Frankreich wie in Rußland eine Kriegspartei beſtehe, die wohl von den Regierungen gezügelt werde, deren Beſtehen aber doch zur Vorſicht mahne. Sollten wir angegriffen werden, ſo ſchaffe uns das Geſetz ein Mehr von 700 000 Soldaten, unter Offizieren und Unteroffizieren, wie ſie kein anderes Land habe, weil keines ein ſolches Maß von Volksbildung beſitze. Gegen den fremden Angreifer werde das ganze Land von der Memel bis zum Bodenſee aufbrennen wie eine Pulvermine, und der furor teutonicus ſich entwickeln. Drohungen ſchrecken uns nicht: „Wir Deutſche fürchten Gott, aber ſonſt nichts in der Welt, und Gott wird mit uns ſein!“ Der Eindruck der Rede war ein ſo gewaltiger, daß auf den Antrag des Zentrums, alſo der Oppoſition, die Vorlage ſofort en bloc, ohne Einzelberatung, angenommen wurde. An dieſem denkwürdigen Tag gab es keine Parteien; es gab nur eine (abgeſehen natürlich von den Sozialdemokraten) einmütige deutſche Volksvertretung.

---

gibt. Ebenſo kann man das Wort Marſchalls (ebenda, Zeile 19—20 von oben) auslegen: „Unſere Beziehungen zu Rußland hatten andere Grundlagen, als das zerbrechliche Piedeſtal von Verträgen, deren Exiſtenz alle drei Jahre in Frage ſtand;“ zunächſt alſo wohl 1890. Darnach ſcheint die Annahme, daß ſchon 1884 der Rückverſicherungsvertrag zu zweien geſchloſſen worden ſei, die aus den Hamburger Nachrichten vom 24. Oktober 1896 gefolgert wird (S. 419), unhaltbar, ebenſo, daß der Vertrag pour une durée de six ans berechnet war, wie Mévil a. a. O. S. 190 ſagt. Da Rußland, ſo ſcheint es, 1887 mit Öſterreich nicht mehr abſchließen wollte, ſo ſchloſſen wir allein ab, aber ſo, daß unſer Vertrag mit Öſterreich nicht davon berührt wurde. Aus den Worten der Regierungsvertreter im Reichstag ergibt ſich auch, daß er „unbedingt geheim gehalten werden ſollte,“ wie Hohenlohe und Marſchall (Penzler 7, 159. 163) beide betont haben. Wie die Bismarck freundlichen „Berliner Neueſten Nachrichten“ vom 29. Oktober 1896 und die von Bismarck inſpirierten „Hamburger Neueſten Nachrichten“ vom 1. November 1896 ſagen konnten, daß Italien und Öſterreich von dem Vertrag Kenntnis hatten (Penzler 7, 123. 129), iſt uns unter dieſen Umſtänden unerklärlich.

In den Tagen, da dieſe erfreulichen Vorgänge ſich abſpielten, laſteten düſtere Schatten auf dem Kaiſerhaus und dem Reiche. Seit dem Frühjahr 1887 war der Kronprinz Friedrich Wilhelm an einem Halsübel erkrankt, das ſich immer bedenklicher anließ; ſeit 6. November 1887 war feſtgeſtellt, daß nicht der anmaßende, von der Kronprinzeſſin berufene engliſche Arzt Sir Morell Mackenzie, ſondern der deutſche Arzt, Profeſſor Dr. Gerhardt von der Berliner Univerſität, recht hatte und das Leiden Kehlkopfkrebs war. Am 8. Februar 1888 ward dem Kranken in San Remo, um den Erſtickungstod zu verhüten, der Kehlkopf ausgeſchnitten, und ſeitdem vermochte er nur noch durch eingelegte ſilberne Röhrchen kümmerlich zu atmen. Man kann ſich denken, wie dieſes furchtbare Geſchick des Sohnes dem greiſen, am 22. März 1887 neunzig Jahre alt gewordenen Kaiſer ans Herz griff. Am 23. Februar 1888 ſah er auch noch den Lieblingsenkel ſterben, den zweiten Sohn ſeiner Tochter, den Prinzen Ludwig von Baden. Am 3. März legte er ſich ſelbſt an einem alten, nun aufs neue aufgetretenen Blaſenleiden zu Bette; am 9. März, früh halb neun Uhr, iſt er verſchieden. Mit ergreifenden Worten gab Bismarck, dem die Stimme vor Wehmut verſagte, dem Reichstag in deſſen Sitzung vom gleichen Tage Kunde vom Hinſcheiden ſeines kaiſerlichen Herrn und wies darauf hin, „daß die mit einer ſeltenen Einſtimmigkeit aller Deutſchen, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme, aller Abteilungen des Reichstags beſchloſſenen Maßregeln zur Sicherſtellung der Zukunft des Reiches Seine Majeſtät noch in der letzten Lebenszeit mit großem Troſt erfüllt haben und daß er auf die Entwicklung ſeiner Hauptlebensaufgabe, der Herſtellung und Konſolidierung der Nationalität der Deutſchen, mit einer Befriedigung habe blicken können, welche den Abend ſeines Lebens verſchönte und beleuchtete."

Dem Sohn und Nachfolger Wilhelms I., der ſich als König von Preußen Friedrich III. nannte, war von vorn herein nur noch eine kurze Lebensfriſt beſchieden, da das Übel nur vorübergehend gehemmt, nicht beſeitigt war; es fehlte ihm deshalb auch die volle Kraft des Geiſtes und Körpers, um ſeines Amtes ſo, wie er es in beſſeren Zeiten gehofft hatte, zu walten. Friedrich III. war in der Konfliktszeit ein offenkundiger Gegner Bismarcks geweſen, deſſen Verfahren er als mit der Verfaſſung im Widerſpruch ſtehend erachtete; auch über den Kulturkampf und die Behandlung der liberalen Partei hatte er abweichende Anſichten gehabt (S. 329 und 334). Aber eben ſo oft, und in ganz entſcheidenden Fragen, in Nikolsburg, in Verſailles, waren die beiden Männer Hand in Hand gegangen

(S. 185. 280), und ſchon im Jahr 1885, als der alte Kaiſer einmal ernſtlich erkrankte, hatte eine Ausſprache zwiſchen ihnen ſtattgefunden, deren Ergebnis war, daß Bismarck auch unter dem neuen Herrſcher im Amt bleiben ſollte; er forderte und erlangte für dieſen Fall die Sicherheit, daß jede Hinneigung zu einer Parlamentsherrſchaft und jede Zulaſſung auswärtiger Einflüſſe auf die Reichspolitik ausgeſchloſſen ſein ſollte.*) Demgemäß erließ Kaiſer Friedrich, nachdem er am 11. März in Berlin eingetroffen war, an Bismarck ein beſonderes Handſchreiben, laut deſſen er ihn als „den langjährigen, vielbewährten Diener ſeines Vaters, den treuen und mutvollen Ratgeber, den den Zielen der Politik Wilhelms I. die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung geſichert habe," bezeichnete und „zur Verwirklichung ſeiner Abſichten auf ſeine ſo oft bewieſene Hingebung und auf die Unterſtützung ſeiner bewährten Erfahrung" rechnete. So blieb Bismarck im Amt, und da er auch mit der Kaiſerin Friedrich, die ihm früher oft abgeneigt gegenüber geſtanden war, dadurch zu einem guten Einvernehmen gelangte, daß er ihr mit ſchuldiger Rückſicht auf ihre künftige Lage eine Witwenverſorgung von zwölf Millionen Mark für ſie und ihre Töchter verſchaffte, ſo waren die neunundneunzig Tage der Regierung Friedrichs III. nach einer Äußerung Bismarcks ſelbſt für ihn mit weit weniger Reibungen verbunden als irgend eine frühere Zeit.

An Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen Kaiſer und Kanzler hat es natürlich nicht ganz gefehlt, wie das in der Natur der Sache und der Menſchen überhaupt liegt. So wollte Friedrich III. in die übliche Amneſtie auch die Sozialdemokraten einſchließen, und einer Reihe hervorragender Männer, die politiſch deutſch-freiſinnig waren, wollte er Orden verleihen. Bismarck hielt das erſte für unſtatthaft, da es ſich um eine Partei handle, welche offen ſich als antimonarchiſch bekannte; das zweite erſchien ihm irreführend, weil man es nicht auf die ſonſtigen Verdienſte jener Männer beziehen werde, ſondern auf ihre politiſche Stellung; damit würde der Regierung des Kaiſers ein deutſch-freiſinniger Stempel aufgedrückt. Der Kaiſer verzichtete ſchließlich auf beide Abſichten, auf die zweite allerdings nur inſoweit, als er die Ordensverleihung bloß auf den berühmten Berliner Pathologen Virchow und den Berliner Oberbürgermeiſter von Forckenbeck erſtreckte. Aus demſelben Grund, um nicht Waſſer auf die Mühle des Freiſinns zu leiten, verhinderte

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 304—305. „Kein Gedanke daran!" ſagte der Kronprinz mit einer entſprechenden Handbewegung zu dieſen zwei Punkten.

Bismarck die Absetzung des bekannten Hofpredigers und Urhebers der gewaltigen Berliner antisemitischen Bewegung Adolf Stöcker, so wenig dieser auch Bismarcks Freund war. Am bedenklichsten war die Verwicklung, die im April 1888 aus der Absicht der Kaiserin Friedrich hervorging, ihre Tochter Viktoria mit dem zurückgetretenen Fürsten von Bulgarien, Prinzen Alexander von Battenberg (S. 364) zu verheiraten. Bei dem persönlichen Haß, den Zar Alexander III. auf seinen Vetter geworfen hatte, und bei der Überzeugung der Russen, daß der Battenberger ein Hauptgegner ihres Einflusses am Balkan gewesen sei, war es mit Händen zu greifen, daß durch eine solche Heirat das kaum erst wieder hergestellte gute Verhältnis zwischen den Höfen von St. Petersburg und Berlin abermals zerstört werden mußte, um so mehr, als ein Teil der Bulgaren die Hoffnung auf Alexanders Wiederkehr noch nicht aufgegeben hatte. Wenn ein solcher Mann Schwiegersohn des deutschen Kaisers wurde, so war Deutschland in den Augen der Russen ihr ausgesprochener Feind, und die Wühlereien Boulangers erhielten voraussichtlich neue Kraft. Es war also Bismarcks dringliche Pflicht, von dieser Heirat abzuraten, und da selbst die Königin Viktoria von England, welche ihren kranken Schwiegersohn zu besuchen kam, Bismarcks Darlegungen beitrat, so untersagte der Kaiser am 10. April 1888 die Heirat. Bei all dem setzte der Kanzler die Rücksicht der Ehrerbietung gegen die fürstlichen Frauen und vollends gegen den Kaiser nicht außer acht, was bei seiner ganzen ritterlichen Art und feinen Sitte ausgeschlossen war; der Haß des Freisinns aber entlud sich in dem blöden Hohn, daß Bismarck, der am 6. Februar 1888 im Reichstag ausgerufen habe: Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, nun vor den Russen sich fürchte: gleich als ob das Streben, nicht um persönlicher Wünsche erlauchter Personen willen Deutschlands Stellung zu gefährden, ein Ausfluß feiger Furcht wäre! Wie der Kaiser hier sich schließlich auf Bismarcks Seite stellte, so gab er auch der Verlängerung der Wahlperiode des preußischen Landtags von drei auf fünf Jahre seine Zustimmung, welche einem ähnlichen Beschluß der Reichsgewalten über die Dauer der Reichstagsperioden entsprach. Bismarck erhoffte von diesen Maßregeln nicht mit Unrecht den Vorteil, daß die Abgeordneten mehrere Jahre ohne die Nachwirkungen der Wahlzeit und ohne den störenden Ausblick auf die Neuwahlen und die dadurch bedingte Rücksichtnahme auf die Tagesströmungen sich ihrer gesetzgeberischen Arbeit in Ruhe und Sachlichkeit würden widmen können. In einem Fall aber setzte der Kaiser seinen Willen durch, indem er am 8. Juni

den Minister des Innern, Robert von Puttkamer, wegen seiner rücksichtslosen Beeinflussung der Wahlen scharf tadelte und zur Eingabe seines Entlassungsgesuchs nötigte. Bismarck hat in dieser Frage vermutlich leicht nachgegeben, weil auch ihm die allzu schroffe Art des übrigens tüchtigen Ministers nicht sehr zusagte. Den Versuch, Puttkamer nach dem bald hernach erfolgten Tode des Kaisers wieder in das noch erledigte Amt zu bringen, bekämpfte er schon „aus einfacher Rücksicht auf den öffentlichen Anstand, da man nicht gewissermaßen bei noch offenem Sarg die jüngsten Anordnungen des Verstorbenen aufheben dürfe." *)

Puttkamers Entlassung war „die bezeichnende Tat der Regierung Friedrichs III.," welche sich jetzt ihrem Ende zuneigte. Die Krankheit machte unaufhaltsam Fortschritte; am 14. Juni war der Kaiser nicht mehr imstande zu sprechen und legte, wie erzählt wird, wortlos die Hand seiner Gattin in die Bismarcks, wie um sie ihm und seiner treuen Fürsorge ans Herz zu legen. Am 15. Juni, vormittags etwas nach elf Uhr, verschied er, ein Mann, der fast sein ganzes Leben hatte vor der Türe stehen müssen und erst zur Herrschaft gelangt war, als der Tod ihn schon gezeichnet hatte. Kaiser Friedrich war tapfer, künstlerischen und wissenschaftlichen Sinnes, bescheiden, freisinnig und doch von stolzem monarchischem Gefühl erfüllt, das in großen Krisen wie der von 1870 sich nicht verleugnete; sein herbes Geschick umgab ihn, der äußerlich in den Jahren der Kraft eine Siegfriedsgestalt war, mit dem Lichtglanz des Leidens.

Fünftes Kapitel.

Bismarck unter Kaiser Wilhelm II.; sein Sturz.

Der junge, erst neunundzwanzigjährige Herrscher Wilhelm II., der jetzt das Steuerruder des Staates ergriff, hatte bisher große Verehrung für Bismarck gehegt und sie offen zur Schau getragen. Während der Krankheit seines Vaters sprach er am 1. April, bei Bismarcks 73. Geburtstag, als er ihm persönlich Glück wünschte, die Worte: der Regimentskommandeur sei gefallen, der nächste im Kommando reite, obschon schwer getroffen, noch kühn voran; da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenke: so halte Bismarck das Reichspanier empor. Wenn man

*) Penzler 4, 147.

erwägt, was Bismarck für die Hohenzollern getan hat und wie begeistert die gesamte deutsche Jugend für ihn war, so darf man diese Stimmung des Prinzen als ebenso selbstverständlich wie echt ansehen. Die Aufgabe, welche auf den neuen Herrn gelegt war, erschien auch so groß und schwer, daß es sich von selbst ergab, zu ihrer Lösung die erprobte Kraft eines vielbewährten Staatsmannes in Anspruch zu nehmen, der nach fast allgemeinem Urteil, alles in allem genommen, seinesgleichen in Europa nicht hatte und in Jahrhunderten kaum gehabt hatte. So versicherte der Kaiser den Fürsten seines uneingeschränkten Vertrauens und forderte ihn auf, in allen seinen Ämtern zu verbleiben, und Bismarck hat die kraft- und würdevolle Thronrede verfaßt, mit der Wilhelm II. am 25. Juni, umgeben von den meisten deutschen Fürsten, vor den Reichstag trat. Ohne Zweifel sind auch alle Schritte, welche der Kaiser zunächst unternahm, im Einvernehmen mit Bismarck geschehen, so vor allem die Reise nach St. Petersburg an den russischen Hof, welche der Kaiser vier Wochen nach seiner Thronbesteigung antrat. Daß er hierhin zuerst seine Schritte lenkte, entsprach der Mahnung, welche sein Großvater ihm auf dem Sterbebett erteilt hatte, immer an der russischen Freundschaft festzuhalten, und Bismarcks Ansicht, daß Preußen vor allem mit Rußland, so lang es irgend angehe, ein gutes Einvernehmen pflegen müsse (S. 358). Auf diese Reise folgten dann die Antrittsbesuche in Wien, bei den süddeutschen Höfen und in Rom.

In diese Zeit fiel ein schwerer Vertrauensbruch, begangen von dem früheren Straßburger Professor des Staatsrechts Dr. Geffcken, der trotz seiner konservativen Gesinnung Kaiser Friedrich nahe gestanden war, für ihn mehrfach Staatsschriften verfaßt hatte und nun zu Anfang Oktober 1888 in der angesehenen Berliner Zeitschrift „deutsche Rundschau", ohne mit seinem Namen hervorzutreten, das Tagebuch veröffentlichte, das der Kaiser als Kronprinz im Jahr 1870 geführt hatte. Wir wissen aus unserer früheren Darstellung (S. 279), daß dieses Tagebuch die Vorgänge, welche damals hinter den Kulissen sich abspielten, ohne Rückhalt beleuchtete; es ließ erkennen, daß der Kronprinz den Widerstand der Bayern gegen die deutsche Einheit und das Kaisertum durch „gebieterisches Auftreten" hatte brechen wollen. Von der Aufdeckung dieser Geheimnisse befürchtete Bismarck, dessen Politik, wo es sachlich anging, immer auf möglichste Schonung der Gefühle der Stämme und Dynastien bedacht war (S. 299), eine schlimme Rückwirkung auch auf die Gegenwart; es mußte ja Wasser auf die Mühle der bayrischen Preußen-

fresser leiten, wenn jetzt bekannt wurde, daß der Erbe der preußischen Krone damals verlangt hatte, daß gegen die Bayern, welche zweifellos in Treue und mit großer Tapferkeit gegen die Franzosen gefochten hatten, „fest und gebietend aufgetreten werde." Darum gab sich Bismarck den Anschein, als ob er die Echtheit des Tagebuches, an der er im Ernst nicht zweifelte,*) für fraglich ansehe; und allerdings war er der Überzeugung, daß das ursprüngliche Tagebuch wesentlich militärische Dinge enthalten habe und die politischen Stellen später „interpoliert", das heißt (vom Kronprinzen selbst) eingeschoben seien, „nach Gesprächen, die der Kronprinz mit guten Freunden oder solchen, die er dafür hielt, Geffcken, Roggenbach usw. gehabt hat; er bildete sich dabei ein, daß er das schon 1870 gedacht habe." Bismarck erstattete dem Kaiser am 23. September 1888 einen, sofort im „Reichsanzeiger" veröffentlichten „Immediatbericht", worin er die Echtheit des Schriftstücks wegen sieben in ihm enthaltener zweifellos irrtümlicher Angaben bezweifelte. Sollte es aber doch echt sein, so sei die vorsätzliche Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen nach Artikel 92 des Strafgesetzbuchs strafbar; wenn es aber — ganz oder teilweise — eine Fälschung sei, so liege nach Artikel 189 eine Beschimpfung des Andenkens der hochseligen Kaiser Friedrich und Wilhelm und eine Verleumdung dieser Fürsten vor, die ebenfalls Strafe erheische; das Justizministerium möge also angewiesen werden, ein Strafverfahren einzuleiten. Der Immediatbericht war, wie man sieht, sehr klug abgefaßt und suchte das Andenken des Kaisers Friedrich und das deutsch-patriotische Interesse möglichst zu schützen; er gab aber dadurch schweren Anstoß, daß in der Einleitung gesagt war: „Bismarck habe 1870 nicht die Ermächtigung gehabt, über die intimeren Fragen unserer Politik mit Seiner Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Seine Majestät einerseits Indiskretionen an dem von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchtete, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Seiner Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren." In einem Begleitschreiben Bismarcks an den Justizminister Dr. von Friedberg war gesagt, „daß der Kaiser den Antrag auf Strafverfolgung der „deutschen Rundschau" und des Urhebers der Veröffentlichung genehmigt und die Veröffentlichung

*) Busch, Tagebuchblätter 3, 243:: „Ich selber halte das Tagebuch für noch echter als Sie."

des Berichts befohlen habe." Indiskretionen an den englischen Hof konnten 1870 dadurch entstehen, daß der Kronprinz aus dem Felde seiner Frau geheime Dinge mitteilte und diese sie, natürlich selbst im guten Glauben, an ihre Verwandten in Deutschland oder in London weitergab und sie so zum Feinde durchsickerten. So hat unser Militärbevollmächtigter beim spanischen Hof, der Major und kaiserliche Flügeladjutant von Deines, im März 1886 in Gegenwart eines Dritten, des Prinzen Louis von Solms, von dem damals in Madrid wohnenden Marschall Bazaine gehört, daß er die erste Nachricht über unseren Linksabmarsch über die Mosel und unser Eintreffen bei Mars-la-Tour durch ein über London gesandtes Telegramm des damaligen englischen Gesandten in Darmstadt, Sir Morier, am Morgen des 16. August erhalten habe. In Darmstadt war die Schwester der Kronprinzessin, Prinzeß Alice von England, an den Prinzen Ludwig (Großherzog 1877—92) verheiratet, der damals die hessische Division im Feld befehligte. Solche unerfreuliche Dinge konnte und mußte Bismarck unter Umständen zur Sprache bringen, aber insgeheim, und daß sie nun aller Welt bekannt gegeben wurden, schadete dem Andenken Friedrichs III., das Bismarck gleichzeitig in Schutz nahm. Es würde somit auf Bismarck der Vorwurf fallen, die Pietät gegen den toten Kaiser Friedrich außer Augen gelassen zu haben, wenn nicht in dem Begleitschreiben ausdrücklich stünde, daß die Veröffentlichung des Immediatberichts vom Kaiser selbst befohlen worden sei. Daß sie von Bismarck auch nicht beantragt wurde, ist daraus zu schließen, daß der Bericht und das Begleitschreiben selbst davon keine Silbe enthalten, während sie bestimmt angeben, daß der Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens von Bismarck ausging. Der Unterschied ist so handgreiflich, daß er nicht übersehen werden kann.*) Darnach trägt der Kaiser selbst die Verantwortung für die Veröffentlichung. Wie der Staatsanwalt nun vorging, meldete sich Geffcken, der damals in Helgoland weilte, als

*) Die Schriftstücke von v. Deines hat die „Kölnische Zeitung" zur Zeit des Geffcken-Prozesses, wohl auf Anregung des Staatssekretärs Herbert Bismarck, veröffentlicht. S. „Staatsanzeiger für Württemberg", 6., 9. und 10. Januar 1889. Morier, der damals englischer Botschafter in St. Petersburg war, hat am 19. Dezember (a. Stils?) aus St. Petersburg in einem Telegramm an Herbert Bismarck entrüstet „gegen den Bezicht unaussprechlich gemeinen Verhaltens" protestiert und ein Schreiben Bazaines beigebracht, in dem dieser bestritt, eine derartige Unterredung mit irgend jemand gehabt zu haben. Aber Morier berief sich nur darauf, daß er die Freundschaft des Kronprinzen nicht getäuscht habe, was nicht behauptet

Urheber der Veröffentlichung und wurde in Haft genommen. Das gerichtliche Verfahren ward aber am 4. Januar 1889 vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts eingestellt und Geffcken auf freien Fuß gesetzt, weil er zwar Nachrichten bekannt gemacht habe, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, sich aber dieses Sachverhalts nicht nachweislich bewußt gewesen sei.*) Geffcken war übrigens seit langem ein scharfer Gegner der Bismarckschen Politik, welche er schon 1878 nach dem Nobilingschen Attentat in einer Flugschrift: „Der 2. Juni und die Reichstagswahlen" wegen ihrer Hinneigung zum Liberalismus entschieden bekämpft hatte. Er war damals für die Konservativen mein Gegenkandidat im dritten württembergischen Reichstagswahlkreis (Heilbronn), und es fiel auf, wie kühl er in seinen Wahlreden sich zu Bismarck stellte; auch war in der Stichwahl von ihm Hilfe gegen den (dann siegreichen) Kandidaten der Demokratie nicht zu erlangen.

Gegen das Ende des Jahres 1889 wurde seitens der Regierungen vom Reichstag die Verwandlung des sogenannten Sozialistengesetzes aus einem Gesetz auf Zeit in ein solches mit unbegrenzter Dauer verlangt; dies scheiterte aber daran, daß die Nationalliberalen und Freikonservativen zwar dem Gesetz dauernde Gültigkeit verleihen wollten, aber die Abschaffung des Paragraphen verlangten, durch den der Polizei die Ausweisung sozialdemokratischer Wühler aus dem Ort ihrer Tätigkeit gestattet wurde; man sah darin die Verletzung eines Grundrechts jedes deutschen Bürgers, das der Freizügigkeit. Die Konservativen aber wollten auf diesen Paragraphen nicht verzichten und stimmten, als Bismarck die von ihnen zur Bedingung ihres Ja gemachte Erklärung, daß die verbündeten Regierungen das Gesetz auch ohne jenen Paragraphen annehmen würden, nicht abgab, sondern sich in Schweigen hüllte, schließlich mit der Linken und der Mehrheit des Zentrums gegen das ihrer Ansicht nach verstümmelte Gesetz, so daß es am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen verworfen wurde; am 30. September

---

war, und Bazaines Brief war in verdächtig mangelhaftem Französisch abgefaßt, er selbst damals — im Januar 1889 — nicht mehr recht bei Sinnen, und überdies hatte er von England Geldunterstützung empfangen. So gern man Morier Glauben schenken möchte, so schwer ist es anzunehmen, daß zwei deutsche Offiziere geflunkert haben sollen. Bazaine hat das eine Mal oder das andere Mal die Unwahrheit gesagt — wann, mag jeder nach seinem Ermessen entscheiden.

*) S. den Wortlaut des Erkenntnisses, gezeichnet von Dr. Wernz und v. Geß im „Staatsanzeiger für Württemberg", 9. Januar 1889.

1890 trat es außer Kraft. Über Bismarcks Beweggründe bei seinem Schweigen ist nichts Sicheres bekannt geworden; Vermutungen, daß er durch den Wegfall des Gesetzes und das zu erwartende Wachstum der Sozialdemokratie eine scharf konservative Reaktion hervorzurufen gehofft habe, lassen wir auf sich beruhen. Da der Reichstag am Ende seiner gesetzlichen Lebensdauer angelangt war, so wurde er nun aufgelöst und die Neuwahlen auf den 20. Februar ausgeschrieben.

In den Wahlkampf, der sofort mit großer Heftigkeit entbrannte, glaubte der Kaiser dadurch erfolgreich eingreifen zu können, daß er über seine Bereitwilligkeit zur Fortführung der Sozialreform keinen Zweifel bestehen lasse und so der sich mächtig erhebenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehme. Aus dieser Erwägung heraus richtete er am 4. Februar 1890 einen Erlaß an Bismarck, durch den er dem Kanzler befahl, mit England, Frankreich, Belgien und der Schweiz über eine internationale Abkunft zum Zweck der Besserung der Arbeiterverhältnisse zu verhandeln und, sobald die Zustimmung der fremden Staaten erlangt sei, die Einladungen zu einer darüber in Berlin zu haltenden Konferenz ergehen zu lassen. Ein zweiter Erlaß vom gleichen Tag war an den neuen, am 1. Februar 1890 an Bismarcks Statt (S. 333) ernannten Handelsminister v. Berlepsch (1890—1896) gerichtet und enthielt den Befehl, die Gewerbeordnung sachgemäß zu verbessern, um den Klagen der Arbeiter auf diesem Gebiet abzuhelfen. Zeit, Dauer und Art der Arbeit sollten demnach derart geregelt werden, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt blieben. Zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seien Formen zu schaffen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern und der Regierung befähigt werden. Durch solche Einrichtungen sollten die Arbeiter instand gesetzt werden, ihre Wünsche und Beschwerden friedlich zum Ausdruck zu bringen, und die Regierung sollte die Möglichkeit haben, sich fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zu unterrichten. Endlich sollten die staatlichen Bergwerke, was Arbeiterfürsorge betrifft, zu Musteranstalten entwickelt werden, und der Privatbergbau sollte durch die staatlichen Organe in der Weise beaufsichtigt werden, wie dies bei den Fabriken durch die Fabrikinspektion geschehe. Zur Vorbereitung aller dieser

Fragen sollte der Staatsrat unter Vorsitz des Kaisers zusammentreten.

Diese auffallenderweise von keinem Minister gegengezeichneten Erlasse sind jedenfalls für die damalige sozialpolitische Denkweise des Kaisers sehr lehrreich und wurden von allen entschiedenen Sozialpolitikern mit großem Beifall begrüßt; noch heute werden sie oft genug als leuchtendes Muster sozialpolitischer Reformgesinnung gepriesen. Bismarck ist nicht, wie man oft hört, ein Gegner dieser Erlasse an sich gewesen; noch am 20. März 1890 hat die „norddeutsche allgemeine Zeitung", sein Sprachrohr, darauf hingewiesen, daß er schon am 9. Mai 1885 sich im Reichstag für Sonntagsruhe und für maßvolle Bemessung der Arbeitszeit ausgesprochen und nur auf gewisse praktische Bedenken hingewiesen habe, so, ob die Arbeiter um der Sonntagsruhe willen auf ein Siebentel ihres Lohnes würden verzichten wollen; wenn aber der Fabrikant den entsprechenden Ausfall tragen solle, so werde die deutsche Industrie schwerer als die fremde belastet und ihr gegenüber konkurrenzunfähig; es werde also notwendig sein, eine internationale Abkunft zu treffen, damit alle Staaten die betreffenden Bestimmungen zum Wohl der Arbeiter einführen und so die Gleichheit der Lasten herstellen. Bismarck hat also nicht etwa die internationale Konferenz bekämpft; er hat sie sogar schon lange vor 1890 als nötig bezeichnet, und schon deshalb ist unseres Erachtens die Erzählung unglaubhaft, welche die „Aargauer Nachrichten" im April 1904 aus zweiter oder dritter Hand verbreiteten, daß nach einer angeblichen Mitteilung des eben damals verstorbenen früheren schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Arnold Roth, Bismarck versucht haben soll, der Berliner Konferenz dadurch ein Bein zu stellen, daß gleichzeitig der schweizerische Bundesrat einen vorher von ihm gehegten Gedanken festhalte und eine internationale Konferenz für Arbeiterschutz nach Bern einberufe, ohne sich um die beabsichtigte Berliner Konferenz zu kümmern. Bismarck hat sich vom Kaiser nicht im Grundsatz sozialer Reform unterschieden, sondern nur in der Frage des praktischen Ausmaßes dieser Reform und im Tempo, und von einer internationalen Konferenz erwartete er eben eine aufklärende und den ungestümen Eifer des Kaisers mäßigende Wirkung.

Den Einfluß auf die Reichstagswahlen, den die Erlasse hätten üben sollen, haben sie nicht hervorgebracht, wohl aber einen ganz anderen: die Sozialdemokratie verwies darauf, daß der Kaiser selbst ihren Forderungen geneigt sei (es wurde sogar der sozialistische Bergarbeiter Schröder arglos vom Kaiser empfangen), und sie folgerte

daraus, daß eine massenhafte Stimmabgabe zu ihren Gunsten die politische Lage noch mehr zum Vorteil der Arbeiter wenden müsse; gut sozialdemokratisch und gut kaiserlich schien damals vielen naiven Leuten fast ein und dasselbe. So verloren die drei Kartellparteien vom Jahr 1887, welche stets scharf antisozialistisch gewesen waren, nunmehr am 20. Februar 1890 volle 90 Sitze; von ursprünglich 223 Mann sanken sie auf 133 herab (72 Konservative, 20 von der Reichspartei und nur 41 Nationalliberale; diese, vorher 100, büßten allein 59 Wahlkreise ein). Die Opposition wuchs auf 246 Mann (100 vom Zentrum, 16 Polen, 10 elsäßische Klerikale, 6 Welfen, 64 Deutschfreisinnige, 10 von der Deutschen Volkspartei, 35 Sozialdemokraten, 5 Antisemiten); Wilde waren es 18. Für das Kartell wurden nur 2½ Millionen Stimmen abgegeben, für seine Gegner 4½ Millionen.

Zweifellos richtete sich der Wahlsieg der Opposition gegen den Reichskanzler Fürst Bismarck selbst, dessen parlamentarische Stützen durch diesen Wahlausfall zerbrochen wurden. Die Frage war, wie er und sein kaiserlicher Herr sich dazu stellen würden, ob man den hingeworfenen Handschuh aufnehmen oder mit der neuen Mehrheit sich einrichten würde. Die Antwort ward gegeben durch Bismarcks Sturz, der den Wahlen fast auf dem Fuße folgte; vier Wochen nachher war er nicht mehr im Amt.*)

Wie ist diese folgenschwere Wendung erfolgt?

Als Wilhelm II. den Thron bestieg und Bismarcks fernere Dienste in den anerkennendsten Ausdrücken in Anspruch nahm (S. 374), glaubten viele, daß die beiden ähnlich fest verbunden sein würden wie Wilhelm I. und Bismarck dies in einzigartiger Weise gewesen waren, und daß erst der unerbittliche Lauf der Natur Bismarck das Steuerruder des Reichs aus der Hand nehmen werde. Diese Hoffnung ward noch am 1. November 1889 durch ein gnädiges Telegramm bestärkt, welches der Kaiser nach der Fahrt durch die Dardanellen an Bismarck sandte, als er mit seiner Gemahlin den Sultan Abdul Hamid besuchte, und noch am 1. Januar 1890 sprach er in einem Glückwunschschreiben zum neuen Jahr seine Befriedigung über das Zustandekommen des Alters- und Invaliditätsgesetzes aus, an dem Bismarcks aufopfernder und schaffensfreudiger Tätigkeit ein großer Anteil gebühre; „ich bitte Gott," schloß der Kaiser, „er möge mir in meinem schweren, verantwortungsvollen

*) Vgl. G. Egelhaaf, Bismarcks Sturz. Stand des Problems. Stuttgart 1909.

Herrscherberuf Ihren treuen, erprobten Rat noch viele Jahre erhalten." 79 Tage später war Bismarck entlassen — warum?

Nicht deswegen, weil er die kaiserliche Sozialpolitik nicht hätte mitmachen wollen; diese öfters geäußerte Ansicht haben wir schon vorhin als irrig zurückgewiesen, und auch der Großherzog von Baden hat ausdrücklich gesagt, daß die Meinungsverschiedenheit über die soziale Gesetzgebung und anderes nebensächlich gewesen sei *) (s. Hohenlohes Denkwürdigkeiten 2, 465). Wohl aber läßt sich nicht verkennen, daß der Unterschied des Alters und des Temperaments beider ein Zusammenarbeiten auf die Dauer sehr erschwerte; hier ein Mann von einunddreißig Jahren, dort einer von vierundsiebzig, hier eine rasch dreinfahrende, stürmische Art, dort, bei aller gärenden Kraft des Genius, ein sorgsames Überlegen der Folgen jeder einzelnen Handlung. Zweifellos sind auch allerlei Kräfte insgeheim an der Arbeit gewesen, um die beiden zu entzweien, jeden sich etwa öffnenden Spalt zu einer unüberbrückbaren Kluft zu erweitern und zu vertiefen. Die Partei, welche sich um die orthodoxen und ultrakonservativen Führer scharte, um den Hofprediger Stöcker und den ersten Redakteur der „Kreuzzeitung" Freiherrn von Hammerstein, sah in Bismarck ein Hindernis ihrer Pläne, da er von den Liberalen nicht weit genug abrückte; er war gegen die antisemitische Agitation und entschied im September 1888 die Berufung des liberalen protestantischen Theologen Harnack von Marburg an die Universität Berlin. Am 14. August 1888 schon schrieb Stöcker an den Freiherrn von Hammerstein einen Brief, worin er es als notwendig bezeichnete, „beim Kaiser den Eindruck zu erwecken, daß er von Bismarck nicht gut beraten sei; man muß rings um das Kartell (auf das Bismarck sich stützte) Scheiterhaufen anzünden, den herrschenden Optimismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten" (sog. Scheiterhaufenbrief). Es ist sehr wohl möglich, daß von solcher, aber auch von anderer Seite der Kaiser gegen Bismarck eingenommen wurde; man sagte dem Kanzler nach, er habe sich gegenüber auswärtigen Diplomaten respektwidrig über den Kaiser geäußert, und vergiftete so die Seele des Monarchen. Bismarck selbst hat dies entschieden bestritten; er würde sich, sagte er, ja selbst durch solche Äußerungen seine Stellung

*) Wenn Bismarck nach des Großherzogs Angabe (ebenda S. 467) gegen den Großherzog selbst geäußert hat, des Großherzogs Befürwortung der Arbeiterschutzgesetzgebung habe zum Bruch zwischen ihm und dem Kaiser beigetragen, so scheint diese Äußerung im Unmut gefallen zu sein, trifft aber sicher nicht den Angelpunkt der Situation.

erſchwert haben; wenn er vielleicht geſagt habe, der Kaiſer ſei von der Art, daß er alle Tage Geburtstag feiern wolle, ſo ſei aus ſolchen Äußerungen ihm doch kein Verbrechen zu machen; „Geſchichtenträger ſind Mördern zu vergleichen.“ Wie die äußerſte Rechte gegen ihn arbeitete, ſo die liberalen Elemente in der Nähe des Kaiſers, an ihrer Spitze der Großherzog Friedrich von Baden, der ſehr mit Unrecht, wie wir nun aus Chlodwigs von Hohenlohe Denkwürdigkeiten alle wiſſen, als ein zuverläſſiger Gönner und Freund Bismarcks angeſehen worden iſt.*) Bewußt oder unbewußt hat damit der Großherzog auch den engliſchen Einflüſſen gedient, welche in Bismarck den Hauptvertreter einer engen Freundſchaft zwiſchen Deutſchland und Rußland ſahen und durch ſeinen Sturz Deutſchland von dieſer Freundſchaft abzuziehen und es in engliſches Fahrwaſſer zu bringen hofften. Vor ein paar Jahren noch hatte Bismarck den Zaren vermocht, den ſogenannten Rückverſicherungsvertrag mit dem deutſchen Reich abzuſchließen, durch den beide Reiche im Fall des Angriffs eines Dritten ſich wohlwollende Neutralität gelobten (S. 367). Wohl verſtanden im Fall des Angriffs eines Dritten: es iſt ja Bismarck dieſer Rückverſicherungsvertrag als Treuloſigkeit gegen Öſterreich ausgelegt worden, und in den Denkwürdigkeiten Hohenlohes findet ſich (2, 465. 466) gar die Anſchuldigung, Bismarck habe 1890 Öſterreich und die Tripelallianz aufgeben wollen, um ſich mit Rußland zu verſtändigen; dieſes habe Bulgarien beſetzen wollen und dabei die Neutralität Deutſchlands verlangt; Bismarck ſei bereit geweſen, darauf einzugehen; der Kaiſer aber habe erklärt, er wolle ein treuer Bundesgenoſſe Öſterreichs ſein und dieſes nicht im Stich laſſen. Eine erſchöpfende Prüfung dieſer Anklagen wäre nur dem möglich, der Einblick in die geheimen Akten hätte; aber zweierlei ſteht feſt: erſtens daß Bismarck, der 1876 erklärt hatte, daß Deutſchland Öſterreich ſchlechterdings nicht an Rußland preisgeben könne (S. 350), und der noch am 25. Juni 1888 die Worte der kaiſerlichen Thronrede: Das Bündnis mit Öſterreich ſei ein Vermächtnis der deutſchen Geſchichte, vertreten hatte, im Jahr 1890 dieſen Standpunkt unmöglich verleugnet haben kann, der von den Lebensintereſſen Deutſchlands jeder-

*) Ich muß bemerken, daß nach mir gewordener Mitteilung von zuſtändiger Stelle badiſcherſeits der Bericht Hohenlohes über den Anteil des Großherzogs an Bismarcks Sturz als unzutreffend, dem Andenken des Großherzogs nicht gerecht werdend angeſehen wird. Nähere Kenntnis iſt mir verſagt geblieben; ich muß alſo einſtweilen mich begnügen, von dieſer Auffaſſung ausdrücklich hier Akt zu nehmen.

zeit erfordert wird; zweitens, daß der Zweibund von 1879 Österreich nur für den Fall unsern Beistand, dann aber auch mit ganzer Macht, sichert, daß es von Rußland angegriffen wird. Niemals kann sich das deutsche Reich verpflichten, Österreich auch dann Heeresfolge zu leisten, wenn dieses seinerseits angreift; ein solches Versprechen könnte Österreich direkt zu gewagten Abenteuern verlocken und das deutsche Reich in die unwürdige Stellung eines abhängigen Gefolgsmannes bringen (vgl. S. 368). Nein — Bismarck hielt fest am Bund mit Österreich zur Abwehr eines etwaigen russischen Angriffs; aber zu einem loyalen und gegen Deutschland und Österreich friedlich sich stellenden Rußland wünschte er die seit 1762 bestehende Freundschaft zu erhalten, und als englische Schachbrettfigur gegen Rußland sollte das deutsche Reich nicht dienen, da dies seinen Interessen widersprochen hätte. So erschien er den Londoner Diplomaten als ein Gegner ihrer Bestrebungen, und es wird nicht zu bezweifeln sein, daß, was England irgend in Berlin vermochte, gegen Bismarck ausgespielt worden ist. In dieser Richtung scheint der Kaiser dahin bearbeitet worden zu sein, daß der Immediatbericht in der Geffckenschen Sache (S. 375), den der Kaiser 1888 gebilligt und dessen Veröffentlichung er sogar angeordnet hatte, als Beweis dafür verwendet wurde, daß Bismarck des Kaisers Vater und Mutter (als schlechte Deutsche und Ausplauderer deutscher Staatsgeheimnisse nach London) verächtlich gemacht habe. Weiterhin wurde der Kanzler beschuldigt, daß er dem Kaiser nicht alles mitteile, was dieser zu erfahren ein Recht habe, daß er also den Kaiser geringschätzig behandle. Hierüber weiter unten noch ein Wort (S. 388 f.).

Wenn wir nun die wahren Gründe erforschen wollen, aus denen Bismarcks Sturz erfolgte, so ist an erster Stelle ohne Frage der Umstand zu nennen, daß Kaiser Wilhelm II. von Haus aus eine viel zu selbständige und eigenwillige Natur war, um sich auf die Dauer einem Ratgeber von Bismarcks wuchtiger Größe und Genialität anzubequemen; er wollte sein eigener Reichskanzler sein und Wege weisen, nicht sich Wege weisen lassen; suprema lex regis voluntas! schrieb er später ins goldene Buch der Stadt München. Eine Zeitlang, soll er gleich bei seiner Thronbesteigung geäußert haben, wolle er den Alten noch verschnaufen lassen, dann aber die Zügel selbst an sich nehmen. Fragt man dann weiter nach den einzelnen Anlässen, an denen der in der Luft liegende Gegensatz sich entzündete, so haben wir hierüber eine Urkunde ersten

Ranges, welche der Historiker bei dieser Sache immer vor allem andern zu Rate ziehen wird und muß: das von Bismarck am 18. März 1890 abgefaßte und am 19. dem Kaiser unterbreitete Abschiedsgesuch, das sein Sekretär Busch am Tag nach seinem Tod am 31. Juli 1898 im „Berliner Lokalanzeiger" veröffentlichte. Echt bismarckisch, wie es ist, vom ersten bis zum letzten Wort, und fest in sich geschlossen, scheint es die Möglichkeit, von der wohl andeutungsweise gesprochen wird, auszuschließen, daß noch ein weiteres, nicht veröffentlichtes Schriftstück Bismarcks über die Gründe seines Rücktritts vorhanden sei. Dazu kommen noch Angaben, die ich persönlich durch einen unbedingt zuverlässigen Mittelsmann, in letzter Instanz vom Fürsten selbst, habe; dann die wichtigen Mitteilungen des Fürsten Chlodwig Hohenlohe in seinen 1906 durch Friedrich Curtius veröffentlichten „Denkwürdigkeiten" (Band 2, 462—69) und einzelne Berichte in den „Hamburger Nachrichten", im „Hannöverschen Kurier" und andern Blättern; Berichte, welche auf Bismarck selbst zurückgehen. Nach beiden genannten Blättern hat am 13. Oktober 1889 ein Gespräch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler anläßlich einer Fahrt im kaiserlichen Wagen stattgefunden, wobei der Kaiser dem Kanzler mitteilte, daß er sich bei Zar Alexander III. zu Besuch nach dessen litauischem Jagdschloß Spala angesagt habe. Bismarck, der zu viel Entgegenkommen selbst gegen Rußland, mit dem er gute Beziehungen so sehr wünschte, für schädlich hielt, weil es nach der Art der Menschen leicht lästig und als Beweis von Schwäche empfunden wird, erhob Einwände, daß Spala nicht Raum genug für zwei Kaiser biete und der Zar also beengt werden könnte: seinen letzten Gedanken hielt er aus Respekt vor seinem kaiserlichen Herrn offenbar zurück. Der Kaiser, der sich beim Zaren schon angesagt hatte und nicht mehr gut zurückgehen konnte, war über Bismarcks Einsprache verstimmt, die er für vorlaut gehalten haben mag; es hat sich daraus die Erzählung entwickelt, welche die „Hamburger Nachrichten" ebenso bestimmt aufrecht erhielten, als der „Hannöversche Kurier", beide unter Berufung auf Bismarck selbst, sie bestritt, daß der Kaiser im Zorn den Wagen habe plötzlich unterwegs halten und Bismarck aussteigen lassen. Nach dem „Hannöverschen Kurier" hielt der Wagen, als die Unterredung eben zu Ende ging, gerade am Reichskanzlerpalais, wo Bismarck den Wagen verlassen mußte. Ich kann diese Angabe bestätigen, und aus meiner Kenntnis der Sache hinzufügen, daß der Kaiser ursprünglich Bismarck hatte ins Reichskanzlerpalais begleiten wollen; in der Verstimmung des Augenblicks verzichtete er darauf

und ließ Bismarck allein aussteigen. Man sieht sofort, wie daran die übertriebene Auffassung der „Hamburger Nachrichten" sich ansetzen konnte. In Wahrheit haben beide Blätter einiges Recht zu ihrer Darstellung; aber der Kaiser ließ sich nicht zu einer solchen Rücksichtslosigkeit hinreißen, wie die „Hamburger Nachrichten" sie ihm zuschrieben, wobei sofort der Bruch hätte erfolgen müssen, und die Szene verlief nicht so harmlos, wie der „Hannöversche Kurier" es darstellt. Daß Bismarck mehrfach Grund hatte, über ein Zuviel an Liebenswürdigkeit des Kaisers gegen die Russen besorgt zu sein, scheint unzweifelhaft. Bei der zurückhaltenden, unbeholfenen Art Alexanders III. erzielte dieses Zuviel den entgegengesetzten Eindruck, den es hervorbringen sollte, erregte Verdruß und Abneigung und zerstörte die Freundschaft beider, welche es hatte befestigen sollen. In diesem Moment griffen dann die erwähnten englischen und vielleicht auch österreichische Einflüsse ein.

Befragen wir nun Bismarcks Abschiedsgesuch, so sehen wir, daß es drei Punkte waren, die nicht ausgeglichen werden konnten: die Frage der Kabinettsordre vom 8. September 1852; des freien Verkehrs Bismarcks mit den Parteiführern; des Verhältnisses zu Rußland.

1. Die Kabinettsordre vom 8. September 1852. Diese war einst von Friedrich Wilhelm IV. erlassen worden und bestimmte, daß die einzelnen Minister nicht ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Immediatberichte beim König einreichen und allerhöchste Anordnungen hervorrufen dürften. So lang der absolute Staat bestand, war kein Bedürfnis nach einem Ministerpräsidenten vorhanden, da der König selbst die Einheitlichkeit der Regierung verbürgte und eine Verantwortlichkeit der Minister gegen andere als gegen den König nicht bestand. Seit aber Preußen eine Verfassung hatte (seit 1850), wurde auch das Amt eines Ministerpräsidenten notwendig, dem die Aufgabe zufiel, für die Einheitlichkeit der ministeriellen Politik zu sorgen und das Maß von Verantwortung zu tragen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Das liegt so auf der Hand, daß weitere Worte hierüber nicht nötig sind; hat der Ministerpräsident nicht das Recht, seine Amtsgenossen zu kontrollieren und die Rosse des Wagens in einer Richtung zu lenken, so entsteht natürlich ministerielle Anarchie und staatlicher Wirrwarr. Der Kaiser aber empfand dieses Vorrecht des Ministerpräsidenten als eine Beschränkung seiner eigenen Macht; er wollte mit jedem Minister direkt verkehren, jedem sofort direkt Weisung erteilen, ohne

Zuratezieh ung des Miniſterpräſidenten, und er verlangte, wie es ſcheint, am 4. März, daß Bismarck den Entwurf einer neuen Ordre vorlege, nach der die von 1852 außer Kraft geſetzt werden ſollte. Das ganze Miniſterium, dem Bismarck noch am 17. März die Sache vorlegte, war der Anſicht, daß ohne die Ordre der Miniſterpräſident der zur Führung der Verantwortlichkeit nötigen Autorität entbehren würde. Die Ordre iſt auch, nachdem ſie ihren Dienſt als Zwangsmittel zu Bismarcks Rücktritt getan hatte, nicht aufgehoben worden und ſteht heute noch in Kraft, weil ſie gar nicht entbehrt werden kann.

2. Bismarcks Verkehr mit den Parteiführern. Bismarck hatte am 12. (nicht 14.) März auf einen ihm durch ſeinen Bankier Bleichröder übermittelten Wunſch Windthorſts dieſen empfangen, der trotz ſeiner langjährigen Gegnerſchaft und häufigen Zuſammenſtöße mit Bismarck doch auch manche große Entſcheidung, ſo die über den Zolltarif von 1879 und ſchließlich über den Ausgleich im Kulturkampf, mit Bismarck zuſammen gemacht hatte und jetzt nach der Darſtellung, welche der Straßburger Profeſſor Martin Spahn in ſeiner Schrift „Das Zentrum“ 1907 auf Grund von Mitteilungen Windthorſts ſelbſt gegeben hat, angeſichts der Schwierigkeit der europäiſchen Lage „den Steuermann des letzten Menſchenalters“ an Bord unſeres Staatsſchiffs nicht miſſen wollte. Windthorſt war nach dieſer Darſtellung bereit, Bismarck die Unterſtützung des Zentrums anzubieten, welche er nach der Wahlniederlage der Kartellparteien zu bedürfen ſchien, und ſtellte dafür zwei Bedingungen: erſtens Aufhebung des § 2 des Jeſuitengeſetzes, der mit der Möglichkeit der Ausweiſung von Jeſuiten aus ihrem Aufenthaltsort dem Geſetz beſonders den gehäſſigen Ausnahmecharakter gebe; dann wollte er ſich zufrieden geben und warten, bis Regierung und Volk ſich von der Verfehltheit auch des § 1 (Verbot jeſuitiſcher Niederlaſſungen) überzeugt hätten. Der zweite Punkt betraf das Volksſchulweſen, worüber Windthorſt Beſtimmungen etwa in der Art wünſchte, wie ſie 1892 dann durch den Kultminiſter Grafen von Zedlitz-Trützſchler in Vorſchlag gebracht worden ſind. Bei dieſen Forderungen ging Windthorſt davon aus, daß das Zentrum mit der Regierung ſich über die Hauptfragen, welche ihm am Herzen lagen, endgültig vergleichen und nicht in die Lage kommen wolle, während es die Regierung im Reichstag unterſtütze, mit ihr im Landtag kämpfen zu müſſen. Was Bismarck auf dieſe Vorſchläge geantwortet hat, wiſſen wir nicht; Windthorſt hatte aber den Eindruck, daß er zu ihrer Prüfung geneigt ſei. Bereits wußte Windt-

horst, daß sich eine Krisis entwickelt habe; er fürchtete, daß das Bekanntwerden seines Besuches Bismarck beim Kaiser schaden könne, und bat deshalb den Vorstand der Kanzlei des Reichskanzlers, Herrn von Rottenburg, den Besuch geheim zu halten. Zu einem seiner Bekannten sagte er: „Ich komme vom Sterbelager eines großen Mannes.“ Er hatte durchaus richtig gesehen: als der Kaiser — ob durch den Staatssekretär v. Bötticher, wie Bismarck glaubte, läßt sich nicht sagen — von dieser Unterredung erfuhr, war er aufs äußerste entrüstet, daß er nicht davon in Kenntnis gesetzt worden sei, und stellte am 15. März an Bismarck, als dieser zum Vortrag erschien, die Forderung, deren genauen Wortlaut wir nicht kennen, deren Tragweite Bismarck aber in dem Abschiedsgesuch so umgrenzt: „Ew. Majestät geruhten mir am 15. März bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstag und dessen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Tätigkeit bedarf.“ Der Kaiser hatte also dem Kanzler offenbar darüber Vorhalt gemacht, daß er, ohne vorher anzufragen, mit maßgebenden parlamentarischen Personen wie Windthorst verkehrte, und hatte ihm dies für die Zukunft untersagt. Es leuchtet ein, daß ein solches Verbot unbedingt unerträglich für jeden leitenden Staatsmann war und daß es überdies eine unnötige Schärfe enthielt. Welcher Staatsmann wird sich das Recht verschränken lassen, dann, wenn er es zur Führung der Geschäfte für notwendig oder förderlich ansieht, mit den Führern der Parteien sich ins Benehmen zu setzen? Der Souverän hat ja immer das letzte Wort zu sprechen; mißbilligt er das, was der Minister auf Grund seiner Besprechungen in Vorschlag bringt, so verwirft er es einfach, und wenn der Minister sich diesem Standpunkt nicht anbequemen kann oder will, so muß er zurücktreten. In der ganzen Forderung des Kaisers lag ein solches Mißtrauen, daß Bismarck nichts anderes übrig blieb, als zu gehen.*)

3. Das Verhältnis zu Rußland. Nun war, wie

*) Wenn erzählt wird, daß Bismarck dem Kaiser gesagt habe: „Ihre Macht endet am Salon meiner Frau,“ so ist das von den „Hamburger Nachrichten“ schon deswegen als sicher unwahr bezeichnet worden, weil Bismarck Windthorsts Besuch unbedingt in seiner Amtswohnung empfing.

wieder aus dem Abschiedsgesuch sich ergibt, vom Kaiser der Vorschlag gemacht worden, Bismarck solle auf seine Stellungen im preußischen Dienst (Minister des Auswärtigen und Ministerpräsident) verzichten und nur im Reichsdienst, als Reichskanzler, bleiben. Allein dagegen sprachen gewichtige Bedenken; namentlich erschien die Autorität des Reichskanzlers, wenn er des Rückhalts der preußischen Präsidentschaft entbehren sollte, sehr gefährdet und die Führung der auswärtigen Geschäfte des Reichs ohne gleichzeitige Bekleidung des preußischen auswärtigen Amtes war undenkbar (vgl. S. 318). So konnte Bismarck auf diesen Gedanken, „sich auf das Altenteil zurückzuziehen," an sich nicht eingehen; aber selbst wenn er den Versuch hätte machen wollen, so war ihm dies unmöglich gemacht, wie wieder das Abschiedsgesuch hervorhebt, „durch die jüngsten Entscheidungen Ew. Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Ew. Majestät gestern die Berichte des Konsuls in Kiew begleiteten." Nach persönlichen Mitteilungen, die ich von sehr unterrichteter Seite erhalten habe; nach einem Artikel, den Paul Liman anfangs November 1906 in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichte; endlich nach einem Bericht des Telegraphenbureaus Hirsch, der zur gleichen Zeit erschien und keinen Widerspruch fand, hatte der Konsul Raffauf in Kiew Berichte eingesandt, welche von großen Truppenanhäufungen Rußlands an der Grenze gegen Österreich meldeten. Da die sicheren Gelegenheiten zur Beförderung von Schriftstücken aus Kiew nach Berlin selten waren, so waren Raffaufs Berichte zum Teil veraltet, bis sie in Bismarcks Hand kamen; zum Teil hatten sie bloß militärisches Interesse; deshalb teilte Bismarck dem Kaiser nichts davon mit und gab nur die militärischen Bestandteile an den Generalstab weiter, der sie, wenn er es für angezeigt hielt, dem Kaiser unterbreiten konnte. Bismarck wollte nicht durch Berichte, welche er nicht mehr für zutreffend ansah, den Kaiser, dessen Gefühle für Zar Alexander III. und Rußland zurzeit sehr abgekühlt waren, noch mehr gegen den Rückversicherungsvertrag (S. 367) aufbringen, dessen dreijährige Dauer 1890 ablief und den er erneuert wünschte. Als der Kaiser nun — durch den Generalstab? — von den Berichten Kenntnis erhalten hatte, richtete er (am 17. März) an Bismarck folgendes Handschreiben: „Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muß sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese

furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht zu denken. Die Berichte sind vorzüglich. Wilhelm." Der Kaiser verlangte also von Bismarck, daß er Vorschläge mache, welche von der Überzeugung ausgingen, daß Rußland Krieg beginnen wolle; daß man demgemäß Österreich alarmiere und den Russen mit militärischen Gegenmaßregeln antworte. Das mußte, wie die Dinge lagen, die Gegensätze bis zur Unversöhnlichkeit verschärfen. Bismarck teilte, wie er in Bemerkungen zu dem Handschreiben äußerte, jene Überzeugung nicht; er glaubte vielmehr nach wie vor an die friedlichen Absichten Alexanders III., und er sah die Kiewer Berichte für veraltet, die Nachrichten von russischen Truppenanhäufungen für nicht richtig oder doch übertrieben an; er wollte nicht Maßnahmen treffen, die einen Kriegsbrand erst recht entzünden mußten. Welche Berichte er dem Kaiser vorlegen sollte, darüber behielt er sich die Entscheidung vor; er wollte dies nur bei solchen tun, deren wahrscheinlichen Eindruck auf das erregbare Naturell des Kaisers er verantworten konnte. Der Tadel und das Mißtrauen, die sich in dem kaiserlichen Handschreiben aussprachen, kränkten ihn; eine Politik, welche einem Lande, das von Westen her beständig bedroht war, auch im Osten einen erbitterten Feind schaffen mußte, konnte er nicht verantworten: auch unter diesem Gesichtspunkt verschloß sich die Möglichkeit für ihn, länger im Amte zu bleiben.

So war die Lage der Dinge, und nun kam zu allem, was sich zwischen Kaiser und Kanzler auftürmte, noch der Ausfall der Reichstagswahlen hinzu. Ich weiß auf Grund zuverlässigster Kenntnis — was bisher der Öffentlichkeit unbekannt gewesen ist —, daß Bismarck am 25. Februar dem Kaiser über das Wahlergebnis Bericht erstattete und daß er dabei den Eindruck gewann, daß sein Rücktritt von dem Kaiser erwogen werde: er erklärte sich bereit, zu gehen, sobald ein tauglicher Nachfolger gefunden sei, etwa im Laufe des Sommers. Schließlich ward aber auf Wunsch des Kaisers doch vereinbart, daß Bismarck die Militärvorlage des Kriegsminister Verdy du Vernois (welche am 9. März im Staatsministerium gebilligt, aber nach dem 20. zurückgezogen ward) im Reichstag noch durchsetzen helfe; sein Rücktritt sollte nicht plötzlich erfolgen, was Bismarck um der Wirkung auf die Welt willen widerriet. Er machte den Kaiser überdies darauf aufmerksam, daß die beträchtliche Heeresverstärkung, um die es zunächst sich

handelte, im Reichstag nicht leicht durchgehen werde; es werde eine oder es werden auch zwei Reichstagsauflösungen nötig werden; ja alleräußerstenfalls müsse man die Bundesfürsten und die Oberhäupter der freien Städte nach Berlin einberufen und mit ihrem Einvernehmen die Reichsverfassung im Punkt des Wahlrechts, und wo es sonst vielleicht noch nötig sei, abändern. Jetzt sei so etwas noch möglich; er persönlich habe noch die Kraft und den erforderlichen Kredit dazu; später werde es unmöglich sein. Es schien, als ob der Kaiser für diesen Vorschlag gewonnen sei; als Bismarck erklärte: „Wenn wir die Sache überhaupt in die Hand nehmen, muß sie auch unter allen Umständen durchgefochten werden; es muß dann heißen: no surrender! keine Übergabe!“ stimmte der Kaiser zu: „Dann no surrender!“

Von diesem Vorgang hat offenbar Professor Dr. Hans Delbrück in Berlin Kenntnis gehabt, wenn er in zwei Aufsätzen in den preußischen Jahrbüchern Band 126 (1906) geäußert hat, daß nach Hohenlohes Denkwürdigkeiten (2, 469) und nach den ihm gewordenen Mitteilungen zweier Personen, die Delbrück indes nicht nannte, Bismarck im März 1890 die Absicht gehabt habe, einen Konflikt mit dem Reichstag hervorzurufen, um dann das allgemeine Wahlrecht (als mit dem Wohl des Reichs nach seiner Ansicht unvereinbar) aufzuheben. Delbrück sieht darin den erneuten Beweis der heroischen Größe, wie sie Bismarck eigen war, hält aber den Gedanken selbst für unheilvoll und erachtet deshalb Bismarcks Sturz als ein großes Glück für Deutschland. Delbrücks Behauptung ist damals fast allgemein von solchen Männern, die Bismarcks Andenken hoch hielten und unterrichtet sein konnten (so von dem Bonner Kurator v. Rottenburg, dem früheren Vorstand der Reichskanzlei) bestimmt zurückgewiesen, aber von Bismarcks Todfeinden, den Sozialdemokraten und den alten Fortschrittlern, mit Hochgenuß aufgegriffen und zu seinem Unglimpf ausgeschlachtet worden. Nur Otto Kämmel hat in den Grenzboten (1907, 3. Januar) Delbrück beigestimmt und sich auf eine Unterredung berufen, die er am 30. Oktober 1892 in Varzin mit Bismarck hatte und worin dieser sagte, daß er 1890 soweit gegangen sein würde, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen, als ausgesprochenen Todfeinden des Staats, und der gemäßigt konservative Abgeordnete v. Helldorf-Bedra hat nach der Mitteilung Delbrücks im Augustheft der preußischen Jahrbücher von 1908 (Band 133, S. 361) vor den Septennatswahlen von 1887 Bismarck „in hoher Erregung und höchstem Ernst“ sagen hören: „Ich will die letzten Jahre meines

Lebens daran setzen, den schwersten Fehler wieder gut zu machen, den ich begangen habe," nämlich eben die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Ich kann mich der Ansicht Delbrücks nicht anschließen, vor allem, weil mein Gewährsmann über die Unterredung vom 25. Februar mir nichts derart gesagt hat, was er doch andernfalls sicher getan hätte. Aufs bestimmteste ist mir auch von anderer kundiger Seite wieder und wieder versichert worden, daß der Konflikt von Bismarck nicht gesucht, also die Wahlrechtsbeschränkung nicht fest beschlossen, sondern nur als letztes Mittel ins Auge gefaßt war. Dann folgt aus einem von Bismarck 1887, angesichts eines im Ausgang ungewissen Wahlkampfes, vor dem Erfolg der Auflösung, ohne Zweifel in leidenschaftlicher Erregung getanen Ausspruch nicht, daß er 1890, ehe er das Mittel der Auflösung nochmals versucht hatte, das Wahlrecht ändern wollte, das ihm 1887 so glänzend recht gegeben hatte. Auch enthält die Stelle bei Hohenlohe (2, 468) nicht ein Wort von Staatsstreich und Wahlrechtsänderung; sie besagt nur, daß Bismarck entschlossen war, „den Reichstag aufzulösen (wenn er das Sozialistengesetz, s. unten, nicht annehme) und dann, wenn es zu Aufständen komme, energisch einzuschreiten." Nach meiner Kenntnis der Dinge stand die Sache nun folgendermaßen. Es handelte sich zunächst um eine Heeresvorlage, welche die Zahl der stehenden Truppen um reichlich 80 000 Mann erhöhen sollte.*) Eine solche gewaltige Mehrbelastung darf man dem deutschen Volk nicht leichthin zumuten, sondern nur, wenn man überzeugt ist, daß es nicht anders geht. Dann aber, das war unzweifelhaft Bismarcks feste Überzeugung, dürfen der Kaiser und seine Verbündeten vor einem Widerstand auch nicht zurückweichen; sonst fügen sie sich offenbar in eine Entscheidung, welche sie für unheilvoll halten, und gehen mit verletztem gutem Gewissen und schwer geschädigtem Ansehen aus dem Kampf hervor. Wird ein solcher Kampf überhaupt unternommen, so muß er siegreich enden; sonst verschlingt er mehr als bloß das Heeresbudget, um das zunächst gekämpft wird. Hier heißt es entweder — oder! Die weiße Fahne der Übergabe darf niemals hoch gehen. Zunächst versucht man es mit einer Reichstags-

*) Ob mit der bisherigen dreijährigen Dienstzeit oder mit der zweijährigen, wie 1892 vorgeschlagen wurde, ist nicht sicher zu sagen: die Einzelheiten der Vorlage standen damals — nach Caprivis Rede im Reichstag vom 23. November 1892 — noch nicht endgültig fest. Die ungeheuren Mehrkosten bei der dreijährigen Dienstzeit hätte (das muß man sich gesagt haben) kein Reichstag bewilligt, auch keiner des beschränktesten Wahlrechts.

auflöſung; ſie hat 1878 und 1887 zu dem erwünſchten Ziel geführt, und wenn es wieder ſo geht, dann iſt alles gut; dann iſt der Beweis erbracht, daß bei dem Anruf des Patriotismus die breiten Maſſen nicht verſagen, und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ſteht feſter als je. Gelingt es das erſtemal nicht, die rettende Überzeugung von der Notwendigkeit einer anderen Mehrheit ins Volk zu tragen, ſo iſt die Sache eines zweiten Verſuches wert; vielleicht geraten dann die zähen Maſſen in Fluß, und der Baum fällt auf den zweiten Hieb. Erſt wenn auch dieſer Verſuch fehlſchlagen ſollte, dann muß man, da ein Zurückweichen jetzt vollends zur Kataſtrophe der monarchiſchen Autorität werden müßte, den Weg bis zum bitteren Ende gehen und das Mittel ergreifen, das nach Hohenlohes beſtimmter Angabe (oben S. 336) als letztes und äußerſtes ſchon im Oktober 1881 vor Bismarcks Seele ſtand: die Fürſten und freien Städte, die 1867 und 1870 das Reich errichtet und die Verfaſſung gegeben haben, die aber zur Einſicht gekommen ſind, daß das Vaterland mit ihr nicht beſtehen kann, ſagen ſich von dieſer Verfaſſung los, ändern ſie da ab, wo es ſein *muß*, und ziehen ſich entweder auf ein Zoll- und Kriegsbündnis ohne Reichstag zurück (daran dachte Bismarck 1881, freilich wohl mehr im Unmut als im vollen Ernſt), oder ſie vereinbaren die neue Verfaſſung mit einem auf anderer Grundlage gewählten Reichstag — alles wie 1867 und 1870, nur ohne das jetzt beſtehende Wahlrecht. *Das war nach meiner Anſicht Bismarcks Gedankengang.* Keineswegs faßte *er die Abänderung der Reichsverfaſſung ſofort* ins Auge; wenn immer möglich, ſo blieb er in ihrem Rahmen. Wenn aber die Lage ſich ſo zuſpitzte,*) daß es hieß, biegen oder brechen; daß der preußiſche König, der mit ſeinem Landtag alles nach Wunſch und Bedürfnis zum Wohl Preußens zuſtande bringen konnte, durch die Reichsverfaſſung an Händen und Füßen gebunden ruhig zuſehen ſollte, wie der Wagen dem Abgrund näher und näher rollte: dann war Bismarck entſchloſſen, ſeinem König zum Widerſtand bis aufs

*) Ein Herr Paul Müller im literariſchen Zentralblatt vom 11. Juli 1908 (ich habe ebenda am 8. Auguſt geantwortet), und ebenſo Delbrück in den preußiſchen Jahrbüchern 133, 361 ff. (meine Antwort ebenda S. 553 ff.) haben die Anſicht geäußert, daß es Bismarcks ſtaatsmänniſches Geſchick herabſetzen heiße, wenn ich annehme, er hätte nicht Mittel und Wege gefunden, die Heeresvorlage durchzuſetzen, auch ohne daß es zum äußerſten, der Wahlrechtsänderung, kam. Ich weiß nicht, welches andere Mittel angeſichts eines Reichstags, der Bismarck in grimmigem Haß und dem gan-

Messer zu raten, und den Enkel nicht zu verlassen. wie er 1862 sich jedem Schicksal trotzend neben dem Großvater aufgepflanzt hatte. Mit vierundsiebzig Jahren war er derselbe bis in den Tod getreue Vasall, der er mit sieben- und vierzig Jahren gewesen war, und dem deutschen Volk brachte er das feste Vertrauen entgegen, „daß es, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen" (Gedanken und Erinnerungen 2, 58). „Das bestehende Wahlrecht": damit ist noch nicht einmal gesagt, daß er an die Allgemeinheit des Wahlrechts zu tasten für nötig hielt; denn an derselben Stelle, die doch nach 1890 entstanden ist, erklärt Bismarck, „daß er das allgemeine Wahlrecht noch heute nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip halte," und er greift nur die (von ihm 1867 ursprünglich nicht vorgeschlagene und damals auch von Windthorst bekämpfte, schon von Cicero de legibus III 34 scharf als unsittlich getadelte) Heimlichkeit der Abstimmung an, die mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch stehe und dazu diene, die großen Massen bei ihrer unentwickelten Einsicht von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer einfangen zu lassen. Ob das allgemeine Wahlrecht auch gleich und direkt sein soll, darauf geht die in Rede stehende Stelle der Gedanken und Erinnerungen nicht ein, und so darf man vielleicht schließen, daß Bismarck dagegen nichts einwandte.

Als Bismarck das Schloß am 25. Februar verließ, nahm er den Eindruck mit, als ob der Kaiser für das Programm gewonnen sei: Verbleiben Bismarcks im Amte; Durchsetzung der Militärvorlage selbst gegen den Widerstand des Parlaments und der Wähler; keinesfalls surrender! Aber bei dieser Stimmung, wenn sie überhaupt vorhanden war, blieb es jedenfalls nicht, und hier griff des Kaisers Oheim ein, der Großherzog Friedrich von Baden. In Übereinstimmung mit dem, was Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, ist mir gesagt

zen Regierungssystem in grundsätzlicher Opposition gegenüberstand, vorhanden war als Auflösung und Appell ans Volk. Mit den geschicktesten Verhandlungen kommt man doch nur da vorwärts, wo auf der Gegenseite Geneigtheit ist, vorwärts zu kommen; wo die gegenteilige Stimmung obwaltet, heißt es kämpfen. Damit aber ist eben die Situation gegeben, von der ich oben rede: zurückweichen konnte man bei Mißerfolg des Appells nur, wenn die Monarchie die äußerste Demütigung auf sich nehmen wollte und bereit war propter vitam vivendi perdere causas.

worden, daß der Großherzog über die Aussicht auf einen neuen Militärkonflikt und auf eine am letzten Ende stehende, einseitig vorzunehmende, Verfassungsänderung geradezu entsetzt war. Er war überzeugt, daß das nicht ohne die schwersten Verwicklungen ablaufen werde; es werde zu einem Aufstand des Volkes kommen; „dann wirst du wie dein Großvater der Kartätschenprinz heißen; du wirst im Blut deiner Untertanen waten müssen bis an die Knöchel.“ Man kann es durchaus bezweifeln, daß die Dinge diese tragische Wendung genommen hätten; es war völlig im Bereich der Möglichkeit, daß die Wahlen die ganze Krisis zu einer günstigen Lösung brachten; aber gewiß freilich war das nicht, und man kann es dem jungen Kaiser wohl nachfühlen, daß er bedenklich wurde. Nach den Denkwürdigkeiten Hohenlohes, die hier auf die direkte Erzählung des Kaisers selbst Bezug nehmen, hätte es sich aber nicht bloß darum gehandelt, dem neuen Reichstag die Militärvorlage zugehen zu lassen, sondern auch das soeben vom alten Reichstag verworfene Sozialistengesetz mit dem Ausweisungsparagraphen (vgl. S. 377) sollte wieder eingebracht und dessen etwaige Ablehnung sollte mit Auflösung beantwortet werden. Mein Gewährsmann hat mir von dieser Sache nicht gesprochen; ich kann sie weder bestreiten noch bestätigen. Wie wir aber wissen, lebte der Kaiser noch der Hoffnung, durch seine beiden Erlasse die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und ohne Ausnahmegesetz auszukommen; sollte es nun so gehen, daß er, der nach seiner Äußerung „noch nichts geleistet hatte, damit anfing, daß er seine Untertanen totschießen ließ?“ Wir wiederholen, dieser furchtbare Fall war noch nicht gegeben; er ließ sich vielleicht auch angesichts dieses zweiten Konfliktstoffes verhüten: aber man kann es begreifen, daß der Kaiser einen Weg nicht betreten wollte, an dessen Ende er den Straßenkampf und Bürgerkrieg stehen zu sehen glaubte, und man kann urteilen, daß er damit landesväterlich fühlte und handelte — so gewiß als andrerseits Bismarcks Gedankengang verständlich ist.

In diesem Moment sagte nach meinen Nachrichten der Großherzog, den Bismarck deshalb in bitterem Unmut „als den Mann des beständigen Nachgebens, als den deutschen Louis Philipp“ beurteilt hat, etwas, was er wahrlich besser nicht gesagt hätte: er äußerte die Ansicht, daß der ganze Vorschlag des Kampfes mit dem neuen Reichstag „nichts als ein Trick des alten Bismarck sei, der den Kaiser und das Volk untereinander verhetzen wolle, um sich

unentbehrlich zu machen." So ward die Vasallentreue des greisen Recken vergolten, daß ihm, nach einem unvergleichlich charaktervollen Leben und Wirken für Reich, Land und Kaiser, des Kaisers Oheim ärmliche Selbstsucht, Kleben am Ministersessel bis zum Rande des Grabes zutraute; mit bebender Entrüstung muß Bismarck das gehört haben, der den ganzen Vorschlag gewiß nicht um seinetwillen gemacht hatte. Und der Großherzog gab weiter als seine Ansicht kund (Hohenlohe 2, 467), daß es sich jetzt darum handle, *ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle*; der Kaiser dürfe schlechterdings nicht nachgeben; sonst verliere er alle Autorität. *Welche Auffassung der Dinge!* Wilhelm II., dessen bloßer Wille genügt hat, den größten und verdientesten Staatsmann unserer Geschichte ins Nichts hinabzuschleudern, soll in Gefahr gewesen sein, wie einst die Merowinger an die Karolinger, so an das Haus Bismarck seine Macht einzubüßen! Wo solche Verbitterung und Verkennung kundgegeben ward von einem hochstehenden Mann, der von 1866 her den Ruf eines ehrlichen Patrioten auf dem Fürstenthron genoß, und das mit gutem Recht, da war kein Ausgleich mehr möglich. In jener Zeit fiel des Kaisers Wort auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags am 5. März: „Ich gedenke nach Kräften mit meinem Pfunde zu wirtschaften; wer mir dabei helfen will, ist mir von Herzen willkommen; wer sich mir aber bei dieser Arbeit entgegenstellt, den zerschmettere ich!"

Die Dinge stellten sich schon am 28. Februar so dar, daß der Kaiser von seiner Ansicht vom 25. völlig zurückgekommen war; er fing an, Bismarck und seinen Vorschlägen gründlich zu mißtrauen. Gerade hier griffen nun die Wahlen vom 20. Februar und die Stichwahlen der nächsten Wochen nach meiner Ansicht entscheidend ein: indem sie eine Bismarck entgegengesetzte Mehrheit ergaben, schien es nur möglich ihn zu halten, wenn man dieser Mehrheit trotzte. *War es aber notwendig, ihr zu trotzen?* Es gab Ratgeber genug, die dem Kaiser zuraunten: diese Mehrheit ist gar nicht so schlimm; man kann ganz wohl mit ihr leben; heute, sagte Bismarcks Nachfolger Caprivi später im Reichstage mit bewundernswerter Naivität, heute ist alles in Deutschland national! Es lohnte sich die Probe auf diese optimistische Ansicht zu machen; *das kostete zudem gar nicht viel*: man brauchte nur einen Mann über Bord zu werfen, und das Schiff entrann allen Klippen und steuerte leicht und sicher aufs friedliche Meer hinaus.

Und so ging denn der eine Mann über Bord.

Es begann „eine Politik der Nadelstiche“ — so empfand es Bismarck —: erstlich am 9. März die Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Staatssekretär des Innern v. Bötticher, den Bismarck — mit Recht oder Unrecht — als einen tückischen Gegner (S. 387) betrachtete, der, zu seiner Unterstützung 1880 ins Amt berufen und 1888 zum Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums erhoben, nun an seinem Sturze arbeite. Die Sache ward für Bismarck dadurch noch ungemein verschärft, daß der Kaiser in seinem sehr warm gehaltenen Handschreiben ausdrücklich daran erinnerte, daß der 9. März der Todestag Kaiser Wilhelms I. sei, der die Sozialreform in die Hand genommen habe; die Sozialreform aber habe an Böttticher ihre Hauptstütze gefunden — an ihm, also nicht an Bismarck! Weiter erfolgte das Vorladen Bismarcks in früher Morgenstunde, ohne Rücksicht auf das Alter des Fürsten; Nichtbeantwortung von Schriftstücken; Annahme von Vorträgen der Minister beim Kaiser ohne Wissen Bismarcks, also die tatsächliche Außerachtlassung der Ordre von 1852, und andere Anzeichen tiefer Verstimmung des Monarchen. Aus ihr erklärte sich auch die herbe Beurteilung der Unterredung, welche Bismarck am 12. März mit Windthorst hatte (S. 386). Schließlich nahm der Kaiser die Meinungsverschiedenheit über die Kabinettsordre vom 8. September 1852 zum letzten Anlaß des Bruches. Er forderte in der verhängnisvollen Audienz vom 15. März, daß Bismarck sie aufgebe und doch Ministerpräsident bleibe. Der 16. März verging in dumpfer Schwüle; am 17. morgens sandte der Kaiser den Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, und den geheimen Kabinettsrat Lucanus, Vorstand des Zivilkabinetts, zu dem Reichskanzler, um ihm die Wahl zu stellen, ob er sofort eine Ordre, welche die von 1852 außer Kraft setze, entwerfen oder seinen Abschied eingeben wolle. *So war das Kampffeld dahin verlegt, wo Bismarck entweder seine führende Stellung im Ministerium mit eigener Hand zertrümmern oder charaktervoll aus seinen Ämtern scheiden mußte.* Bismarck sollte um zwei Uhr beim Kaiser persönlich erscheinen, um den erwarteten Abschied sofort mündlich zu empfangen; er wollte aber ein Schriftstück hinterlassen, das noch in späteren Zeiten eine zuverlässige Quelle über seinen Standpunkt und dessen Gründe bilden sollte, und erbat sich deshalb die zur Abfassung des Schriftstücks nötige Zeit. Mittags um drei Uhr berief er die Minister in seine Amtswohnung; alle stimmten ihm bei, daß die Kabinettsordre eine Notwendigkeit sei. Sie sollen dann in Bötti-

chers Wohnung beraten haben, ob beim Kaiser Schritte zu einem Ausgleich getan werden könnten, aber vom Kaiser bedeutet worden sein, daß er ihres Rates in dieser Sache nicht bedürfe. So verfaßte Bismarck am 18. März sein (zwanzig Schriftseiten füllendes) Abschiedsgesuch, auf dessen Inhalt wir unsere Darstellung der Gründe des Rücktritts aufgebaut haben und von dem also nur der Schluß noch nachzutragen ist. Er lautet: „Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des königlichen Hauses und an Ew. Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders als Ew. Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension*) entlassen zu wollen... Ich würde die Bitte schon vor Jahr und Tag Ew. Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Ew. Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Ew. Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. v. Bismarck."

Auf dieses Gesuch antwortete der Kaiser am 20. März mit der Genehmigung des Abschieds. „Mit tiefer Bewegung habe ich ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben... Wenn ich genötigt bin, mit dem Gedanken Ihres Rücktritts mich vertraut zu machen, so tue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen wird, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte solange wie möglich zu erhalten." Der Kaiser sprach dann davon, daß weitere Versuche, Bismarck zum Bleiben zu bestimmen, offenbar aussichtslos sein würden, pries es als eine der gnädigsten Fügungen seines Lebens, daß er bei seinem Regierungsantritt Bismarck als ersten Berater zur Seite gehabt habe, widmete seinen Verdiensten, besonders „seiner weisen und tat-

*) Sie betrug nur 18 000 Mark.

kräftigen Friedenspolitik", die er auch künftig zur Richtschnur seines Handelns machen werde, die wärmste Anerkennung und verlieh ihm als Zeichen seines unauslöschlichen Dankes die Würde eines Herzogs von Lauenburg. In einem zweiten Schreiben ernannte er ihn, der einst mit eiserner Festigkeit die Reorganisation des Heeres gefördert und auch als Soldat seine Schuldigkeit getan habe, zum Generaloberſten der Kavallerie.

Die beiden Schreiben des Kaisers erwecken einen ganz andern Eindruck von den Vorgängen, welche zu Bismarcks Sturz geführt haben, als man ihn aus den Quellen, die bis jetzt erschlossen sind, empfangen muß. Die Schreiben lassen die Sache so erscheinen, als ob Bismarck es wäre, der seinen Rücktritt verlangt und alle Versuche, ihn zu halten, vereitelt; als ob der Kaiser ungern, tief betrübt und heißen Dankes voll das geschehen ließe, was er nicht hindern kann. Nach unsern Quellen liegt die Sache so, daß der Kaiser sich von seinem Ratgeber trennt, weil dieser seine amtliche Stellung nicht verkümmern lassen und unsere auswärtige Politik nicht in Gegensatz zu dem großen nordöstlichen Nachbar setzen will, und weil über die Behandlung der schweren Fragen der Heeresverstärkung und des Sozialistengesetzes die Ansichten des Souveräns und des Ministers unvereinbar sind. Von Versuchen, Bismarck zu halten, weiß unser bisheriger Quellenbestand nichts, wenn man nicht den Vorschlag, daß Bismarck sich auf das „Altenteil" des Reichskanzlers zurückziehen soll, dahin rechnen will. Die Stimmung des Kaisers war nach dem Schreiben die der Betrübnis, und am 22. März telegraphierte er an den Großherzog Karl Alexander von Weimar: „Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren. Aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte; Volldampf voran!" Es ist wohl glaublich, daß mit der Befriedigung, welche der Kaiser darüber empfand, daß er nun sein eigener Reichskanzler sein konnte, auch das Gefühl sich mischte, daß er doch die Weisheit eines unvergleichlich reichen und mächtigen Geistes, die Erfahrung eines sieggekrönten Menschenlebens weggab; daß darüber ernste und schwere Stimmungen dies leicht erregbare und edlen Empfindungen offene Herz beschwerten, und daß er in seinem Abschiedsschreiben der Sache die Färbung gab, in der er sie von der Nachwelt gesehen wünschte, wie wenn er mit der Entlassung des Mannes, dem sein Haus fünf Landschaften und die deutsche Kaiserkrone

dankte, einer unabwendbaren Notwendigkeit erlegen sei. Wie viel Wahrheit wieder in der Tat in dieser Fassung lag, ergibt unsere Erzählung von selbst.

Bismarck selbst hatte nicht das Gefühl von einer dem Kaiser schmerzvollen Trennung; der Berliner Boden brannte ihn unter den Füßen; ohne Grund, wie mir von einem hochstehenden Mann versichert worden ist, glaubten er und seine Familie, daß der zu seinem Nachfolger ernannte General Caprivi so sehr mit dem Einzug in das Palais des Reichskanzlers dränge, daß man sich kaum Zeit nahm, ordentlich zu packen; höchst wertvolle Gegenstände, wie eine vom König von Italien geschenkte Onyxvase aus einem Stück, ein von der Kaiserin von China gespendeter Elefantenzahn, den ein kunstreicher Meister des Reichs der Mitte in mehr als zwanzigjähriger Arbeit aufs reichste ziseliert hatte, wurden so rasch eingepackt, daß ihr Untergang fast nur durch ein Wunder verhütet wurde. Als der Großherzog von Baden Bismarck einen Abschiedsbesuch machte, um ihm gnädig zu sagen, daß er sich der Zeit ihrer gemeinschaftlichen Arbeit für das Wohl Deutschlands stets mit Dankbarkeit erinnern werde, sagte ihm Bismarck ins Gesicht, daß er ja an seinem Abgang auch schuldig sei, und die Unterredung nahm ein peinliches Ende. Der Kaiser hatte ursprünglich die Absicht geäußert, Bismarcks ältesten Sohn, den damaligen Grafen Herbert, als Staatssekretär des Auswärtigen zu behalten; allein dieser, dessen Gesundheit durch viele Arbeit notorisch schwer erschüttert war, wollte unter so veränderten und schwierig gewordenen Verhältnissen nicht weiter dienen und den Wechsel in der auswärtigen Politik, der bevorstand, nicht mitmachen; auch wollte er das Schicksal des Vaters teilen, an dem er mit rührender Liebe hing — ein schöneres Verhältnis zwischen Vater und Sohn weist die Geschichte nicht auf —, und wollte nicht durch sein Bleiben den Hergängen einen Stempel aufdrücken, der sie in unrichtigem Licht hätte erscheinen lassen; so trat am 26. März auch er zurück. Der zweite Sohn, Graf Wilhelm, blieb auf seinem Posten als Regierungspräsident in Hannover.

Am 26. wurde Bismarck vom Kaiser in einer Abschiedsaudienz empfangen, die, wie mir versichert wurde, sehr ruhig verlief; die Kaiserin war mit ihren Söhnen zugegen, dankte ihm für alles, was er auch für die Zukunft dieser Knaben getan habe, und überreichte ihm einen Rosenstrauß. Am 28. fuhr der Kanzler noch einmal nach Charlottenburg hinaus und legte drei Rosen auf das Grab Wilhelms I., dessen allezeit treuer Diener gewesen zu sein sein höchster Stolz war. Am 29., einem Samstag, bei strahlendem

Frühlingswetter, fuhr er mit seiner Gemahlin, seinen Söhnen, seiner Schwiegertochter und seinem Arzt Schweninger zur Bahn. Die Straßen waren mit Tausenden von deutschen Männern und Frauen besetzt, welche den Gründer unseres Reiches noch einmal sehen, ihm den letzten Dank zurufen wollten. Es war eine Haltung in diesen Massen, welche dem Berichterstatter der uns wenig geneigten „Times" einen unauslöschlichen Eindruck hinterließ; alles ernst, von echter Rührung ergriffen, die im Auge blitzte, oft durch Tränen hindurch; von Pöbelgebaren keine Spur. Ebenso von dankbaren Massen erfüllt war die Gegend am Hamburger Bahnhof; kaum konnte die vom Kaiser gesandte erste Schwadron der Gardekürassiere mit ihrer Standarte sich aufstellen; als sie das Lied blies: Ich bin ein Preuße; kennt ihr meine Farben? fiel die Menge brausend mit ein. Das ganze Ministerium, alle Vertreter der fremden Mächte, im Namen des Kaisers dessen Generaladjutant v. Wittich, der Prinz Max von Baden, als einziger Sproß aus fürstlichem Haus, waren zugegen. Der Wartsaal war in einen Blumenhain verwandelt; inmitten von Veilchen bemerkte man einen schwarzumflorten Erdball. Während der Zug vorfuhr, sang die Menge „Die Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über alles": man drängte sich an den Wagen, um noch einen Händedruck, einen Blick zu erhaschen; unter vieltausendstimmigen Rufen: Auf Wiedersehen! fuhr der Zug aus der Halle. Indem er den Blicken entschwand, ging das Gefühl durch die Massen, daß der treue Eckart unseres Reiches, der es in übermenschlichem Ringen mit inneren und äußeren Gegnern sieghaft und friedereich geschaffen hatte, von seiner Seite weggedrängt sei, ob für kurz, ob für lange, ob für immer — wer wollte es ermessen? Wohl weilte er noch unter den Lebenden, noch sah er mit hellem, sorgendem Auge auf das Vaterland; aber die es nunmehr leiteten, suchten dessen Wohl auf anderen Wegen, als auf denen, welche das Reich seit zwanzig Jahren geführt worden war. Das Zeitalter Bismarcks war vorüber; was das zu bedeuten hatte, dessen sollte man erst allmählich inne werden.

Fünftes Buch.

Bismarck nach seiner Entlassung.

1890—1898.

Erſtes Kapitel.

Die Zeit der kaiſerlichen Ungnade. 1890—1893.

Bismarck hat in ſeinen letzten acht Jahren *) der Regel nach auf ſeinem Landſitz Friedrichsruh im Sachſenwald oberhalb von Hamburg gewohnt, wenn er nicht zu Kurzwecken das Bad Kiſſingen aufſuchte, was bis 1894 alljährlich im Hochſommer geſchah, oder aus Familiengründen eine Reiſe unternommen werden mußte, wie im Juni 1892 zur Hochzeit ſeines erſten Sohnes, des Grafen Herbert, der ſich in Wien mit der Gräfin Margarete Hoyos vermählte. Nach Varzin oder Schönhauſen begab ſich der Fürſt nur gelegentlich auf kürzere Zeit; ſo war er in Varzin vom September bis Dezember 1890. An Friedrichsruh feſſelte ihn neben der Schönheit des Sachſenwaldes, deſſen Eichenforſten er zu Fuß, zu Pferd und im Wagen zu durchſtreifen nicht müde wurde, namentlich die Nähe der Großſtadt Hamburg, welche die Mittel darbot, die Stille und Behaglichkeit des Landlebens durch die Vorteile zu ergänzen, welche das ſtädtiſche Leben in geiſtiger wie materieller Hinſicht gewährt. Der Fürſt trat mit den leitenden Männern Hamburgs, deſſen Ehrenbürgerrecht er beſaß, in regen Verkehr; er ſah ſie nicht ſelten an ſeiner gaſtfreien Tafel und kam auch manchmal nach der Stadt herüber. Vor allem aber war es ihm, der ſo plötzlich aus dem gewaltigſten Wirkungskreiſe verdrängt worden war, Bedürfnis, auch fernerhin wenigſtens durch Darlegung ſeiner Anſichten über die obſchwebenden politiſchen Fragen dem ſtaatlichen Leben Deutſchlands zu nützen, und dieſem Bedürfnis kam der Eigentümer der „Hamburger Nachrichten“,**) Dr. Julius Hartmeyer, entgegen, indem er dem Fürſten ſein angeſehenes Blatt zu dem gedachten Zweck zur Verfügung ſtellte und entweder direkt Artikel, die der Fürſt veröffentlicht zu ſehen wünſchte, zum Abdruck brachte, oder doch bei ſich bietendem Anlaß die Anſicht des Fürſten einholte und ſie dann in die zur Veröffentlichung geeignete Form bringen ließ. Außer den „Hamburger Nachrichten“ haben im Laufe der Zeit die

*) Hierüber vgl. Johannes Penzler, Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung, 7 Bände, Leipzig 1897 ff.

**) Joh. Penzler, Bismarck und die Hamburger Nachrichten, Leipzig 1907. (Teil eines auf 23 Bände berechneten Werks, das aber nicht ausgeführt worden iſt.)

Berliner Wochenschrift „Die Zukunft", die „allgemeine Zeitung" in München, die „Berliner Neuesten Nachrichten", die „Leipziger Neuesten Nachrichten", die „rheinisch-westfälische Zeitung" in Dortmund und die „westdeutsche allgemeine Zeitung" in Köln sich zu Vertretern des Bismarckschen Standpunktes gemacht und demgemäß gelegentlich wichtige Nachrichten oder Mitteilungen aus Friedrichsruh erhalten.

Nicht lange nach seinem Sturz hat Bismarck auch eine Anzahl von Tagesschriftstellern, deutsche und ausländische, empfangen, welche ihn über dies und jenes befragen wollten; und daß er ihnen unumwundene und gelegentlich scharf kritische Auskunft erteilte, wurde an höchster Stelle so übel vermerkt, daß der neue Reichskanzler Caprivi schon am 23. Mai 1890 die Gesandten des Reichs und Preußens im Auslande anwies, die fremden Kabinette zu versichern, „daß den Äußerungen der Presse in bezug auf die Ansichten Bismarcks ein aktueller Wert nicht beigelegt werden dürfe." Bismarcks Verhalten ist ihm vielfach auch von Wohlgesinnten verübelt worden. Es gab Leute, die meinten, es wäre würdiger gewesen, wenn er alle Ausfrager von seiner Schwelle gewiesen und sich wenigstens einige Zeit in Schweigen gehüllt hätte, und so tadelte ihn die „Kölnische Zeitung", „daß er als Nörgler hinter dem Reichswagen herlaufe." Dem gegenüber hat Bismarck selbst geltend gemacht, daß jeder deutsche Staatsbürger das Recht habe, seine Meinung offen zu äußern und daß unmöglich ihm allein dieses Recht beschränkt werden könne — ihm, der doch durch eine langjährige und maßgebende politische Tätigkeit vor andern die Fähigkeit erworben hatte, ein sachkundiges Urteil über brennende politische Fragen abzugeben.

Es kam aber, wie erst im Oktober 1896 bekannt geworden ist, sofort ein ganz besonderer Grund hinzu, der den Fürsten antrieb, mit seiner Ansicht nicht zurückzuhalten, seine warnende Stimme vielmehr so laut als möglich zu erheben. Bismarck hatte im Jahre 1884, beziehungsweise 1887 mit Rußland im Namen des Deutschen Reiches jenen Rückversicherungsvertrag (S. 367) abgeschlossen, der 1890 ablief und den Zar Alexander III. zu erneuern bereit war. Der neue Reichskanzler Caprivi aber fand die Sache zu verwickelt; er fürchtete einer doppelzüngigen Haltung gegenüber Österreich bezichtigt zu werden, wollte bloß mit Österreich im Bunde stehen und lehnte so die Erneuerung des Verhältnisses zu Rußland kurzerhand ab. Dadurch trieb er den Zaren ins französische Fahrwasser, in das er sich aus freien Stücken, aus Abneigung gegen den republikani-

ſchen Gedanken, ſonſt kaum begeben hätte, und er beraubte Deutſchland der von Bismarck ſehr hoch angeſchlagenen Möglichkeit, „zwei Eiſen im Feuer zu haben," das öſterreichiſche und das ruſſiſche. Bismarck ſah wie ſein verſtorbener erſter Herr, Kaiſer Wilhelm I., die Erhaltung der Freundſchaft mit Rußland, ſo lange ſie irgend mit Ehren erhalten werden konnte, für ein Hauptgebot der deutſchen Staatskunſt an, weil dadurch Deutſchland vor einem „Krieg mit zwei Fronten" geſichert wird, und er war deshalb davon ſchmerzlich berührt, daß der „neue Kurs", der jetzt trotz aller Verſicherungen des jungen Kaiſers: der Kurs bleibt der alte! im Innern wie im Äußern geſteuert wurde, „den Draht zwiſchen Berlin und Petersburg abreißen ließ." Weil die neuen Ratgeber des Kaiſers infolge des erkaltenden Verhältniſſes zu Rußland ſich zu England hinüberneigten, mit dem am 18. Juni 1890 ein für Deutſchland, nur durch die Erwerbung Helgolands nützlicher, ſonſt opferreicher Vertrag über die Aufteilung Afrikas geſchloſſen wurde, und weil ſie aus demſelben Grunde die Gunſt der Polen zu gewinnen ſuchten, welche mit Grund in Rußland ihren Hauptgegner erblickten, ſo wurde die äußere Politik des Reiches mehr und mehr in Bahnen gelenkt, die das Gegenteil zur bisherigen Staatsleitung bildeten, und um ſo dringender war für Bismarck die Verpflichtung, auf die Gefahren dieſes neuen Kurſes aufmerkſam zu machen.

Der patriotiſch geſinnte Teil des deutſchen Volkes bewahrte Bismarck auch in ſeiner Zurückgezogenheit die wärmſte Liebe, Verehrung und Dankbarkeit und ſah es mit Schmerz, daß der deutſche Reichstag, was trotz der ultramontan-demokratiſchen Mehrheit in der Tat hätte anders ſein können, bei Bismarcks Rücktritt kein Wort der Anerkennung für den Mann fand, dem er doch ſein eigenes Daſein verdankte, und daß gerade die Häupter der ihm doch am nächſten ſtehenden konſervativen Partei aus höfiſchen Rückſichten ſich von ihm zurückzogen. „Man meidet mich," ſagte Bismarck dem Berichterſtatter der Petersburger „Nowoje Wremja" im Juli 1890, „wie einen Peſtkranken, weil man fürchtet, ſich durch einen Beſuch bei mir bloßzuſtellen." Anders dachten, wie geſagt, die unabhängigen nationalen Kreiſe. Am 16. Auguſt 1890 überreichte eine Abordnung der Stadt Duisburg dem Fürſten den Ehrenbürgerbrief und am 23. Auguſt 1890 eröffneten fünfzig bis ſechzig nationale Männer aus der alten ſchwäbiſchen Reichsſtadt Heilbronn am Neckar, unter denen auch ich mich befand, die lange Reihe der Huldigungsfahrten nach Kiſſingen, wobei der Fürſt bei einem Faß bayriſchen Biers ſich aufs liebenswürdigſte unter ſeinen

Gästen bewegte und wiederholt hervorhob, wie sehr ihn dieser Besuch erfreue; „denn," sagte er, „ich bin ja nicht mehr im Besitz der Macht; ich kann Ihnen nichts bieten, und wenn Sie trotzdem die weite Eisenbahnfahrt zu mir unternahmen, so kann das nur geschehen sein, weil Sie mir Ihre ungeminderte Anhänglichkeit und Dankbarkeit bezeugen wollen; das aber tut mir altem Manne wohl." Am meisten erfreute ihn eine Abordnung aus Straßburg, welche ihm am 21. Dezember 1890 eine mit 5670 Unterschriften bedeckte Adresse überreichte und durch ihren Sprecher, den aus Württemberg stammenden tapferen Professor der Philosophie, Dr. Theobald Ziegler, ihre Gefühle ausdrückte. „Noch auf dem Sterbebette," sagte der Fürst, „werde ich dieses Zeichens von Dankbarkeit gedenken — jetzt freilich bin ich zur Tatenlosigkeit verurteilt und gleiche einer alten Raketenkiste, die uneröffnet und verschlossen ihren Beruf verfehlt."

Im Jahr 1891 wurde der Reichstags-Wahlbezirk Geestemünde erledigt, und die nationalliberalen Wähler daselbst boten Bismarck das Mandat an. Er sagte zu, verpflichtete sich aber nur dann es auszuüben, wenn sein persönliches Erscheinen von direktem Nutzen sein könne; in Berlin im Gasthof zu wohnen, sei für ihn bei seinem Alter sehr beschwerlich, und die Begegnung mit alten Freunden, die sich von ihm abgewandt hätten, seit er entlassen sei, würde peinlich ausfallen. Bei dem ersten Wahlgang am 15. April erhielt Bismarck 7365 Stimmen, der sozialdemokratische Zigarrenhändler Schmalfeld 3810, der deutsch-freisinnige Adloff 2576, der Welfe Freiherr von Plate 2308. Mit Recht schrieb der französische Konservative Granier de Cassagnac in seinem Blatt „Le pays": „Die Deutschen versagen Bismarck einen elenden Reichstagssitz; sie haben kein Herz: da, wo es sein sollte, haben sie nur einen Bauch, um ihn mit Sauerkraut und Blutwurst zu füllen. Hätte Bismarck für uns nur die Hälfte davon getan, was er für Deutschland tat — hundert Wahlkreise würden sich um die Ehre reißen, ihn ins Parlament wählen zu dürfen." Der Freisinnige Theodor Barth brachte es über sich, in diesem Wahlkampf zu sagen, daß er einen Sozialdemokraten lieber wählen würde als Bismarck; auch ein Welfe sei seiner Ansicht nach ein kleineres Übel. Die Nationalliberalen dagegen boten allem auf, der Nation die Schmach zu ersparen, daß ein Sozialdemokrat ohne Namen und Ruf über den Stifter der deutschen Einheit obsiege; ihre Führer von Buhl und von Cuny bereisten den Wahlkreis und hielten Versammlungen für Bismarck. Während des Stichwahlkampfes starb Bismarcks

alter Mitkämpfer, Generalfeldmarſchall Graf Moltke, am 24. April in Berlin am Herzſchlag; Bismarck vermied es aber, zu ſeiner Beerdigung zu kommen, weil er mit dem Kaiſer nicht zuſammentreffen konnte, ſo lange er in Ungnade war, und beſchränkte ſich auf ein warmempfundenes Telegramm an die Hinterbliebenen. Am 30. April fand die Stichwahl ſtatt und hatte das nach allem Vorangegangenen glänzende Ergebnis, daß Bismarck 10 549, Schmalfeld 5504 Stimmen erhielt. Der Abordnung, welche ihn nun formell um Annahme des Mandats bat, gab der Fürſt eine bejahende Antwort und ermahnte alle ſtaatserhaltenden Parteien, welche bis 1890 das Kartell gebildet hätten, ſich nach Möglichkeit untereinander zu verſtändigen und „die Dornen ihrer Programme nicht gegen einander zu kehren.“ Auch bezeichnete er die Behauptung, als ob er einmal geſagt haben ſolle, er wolle die Nationalliberalen ſo an die Wand drücken, daß ſie quietſchten, als eine widerliche Lüge: der Ausdruck ſei überdies ſo ekelhaft geſchmacklos, daß er ihn ſchon an ſich nie gebraucht haben würde.*) Im Reichstag erſchien Bismarck übrigens ſo wenig als im preußiſchen Herrenhaus, deſſen lebenslängliches Mitglied er war; auch die Vorlage eines Handelsvertrages zwiſchen Deutſchland und Öſterreich, ſo ſehr er ihn wegen der darin enthaltenen Herabſetzung der Getreidezölle von 5 auf 3½ Mark für den Doppelzentner verwarf, vermochte die Bedenken nicht zu zerſtreuen, die ihn von Berlin fernhielten. Da der Vertrag ſchließlich am 18. Dezember 1891 in dritter Leſung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen wurde, ſo würde auch Bismarcks perſönliches Eingreifen völlig nutzlos geweſen ſein. An den öſterreichiſchen Vertrag ſchloß ſich einer mit Italien und Belgien an. Gegenüber den offiziöſen Lobeshymnen auf das wirtſchaftliche Band, das damit um 130 Millionen Menſchen geſchlungen ſei, hielt Bismarck daran feſt, daß politiſche Freundſchaft durch wirtſchaftliche Opfer nicht gekräftigt, ſondern im Gegenteil gefährdet werde.

Im Jahr 1892 reiſte, wie ſchon erwähnt (S. 403), Fürſt Bismarck am 18. Juni aus Friedrichsruh ab, um der Hochzeit ſeines älteſten Sohnes Herbert in Wien beizuwohnen. Dieſe Reiſe, die über Berlin und Dresden führte, war Anlaß zu einem wahren Triumphzug, durch den der Beweis erbracht wurde, daß Bismarck der populärſte oder, wie der „ſchwäbiſche Merkur“ ſich ausdrückte, „der einzig populäre“ Mann Deutſchlands war. Wohin er kam — überall traf das Wort zu: „Das Volk ſteht auf, der Sturm bricht

*) Ebenſo Gedanken und Erinnerungen 2, 187. S. oben S. 325.

los.“ Schon in Berlin harrten auf dem anhaltischen Bahnhof Tausende von Menschen der Ankunft des Zuges, um Bismarck begeistert zu grüßen. Noch viel großartiger war der Empfang in Dresden, wo der Oberbürgermeister Dr. Stübel den Fürsten im Namen der Stadt willkommen hieß und am Abend des 18. ein Huldigungszug von 13 000 Männern, die städtischen Kollegien voran, dem Fürsten dargebracht ward. Es sollen allein für Blumen dabei 20 000 Mark ausgegeben worden sein: an der Begeisterung der Sachsen erkannte Bismarck, daß man seinen Dienst für den Reichsgedanken dankbar anerkennen wolle und er also nicht umsonst gelebt habe: mit feinem Takt hat er den treuen deutschen Mann, den König Albert von Sachsen, in die Huldigung verwebt und ihm ein Hoch gebracht. Jedes Wort der Kritik an der gegenwärtigen Regierung Deutschlands vermied er: aber der Reichskanzler Caprivi hat es doch für notwendig und für statthaft angesehen, schon am 9. Juni den deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Heinrich von Reuß, anzuweisen, daß, da von einer Annäherung Bismarcks an den Kaiser — mangels eines ersten Schritts von seiten Bismarcks — nicht die Rede sei, und da eine solche Annäherung keinesfalls so weit gehen würde, daß der Fürst wieder irgend welchen Einfluß auf die Geschäfte gewinnen könnte, der Prinz dem Fürsten gegenüber nur die gesellschaftlichen Formen erfüllen, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit des Grafen Herbert aber ausweichen solle; auch der Kaiser werde von der Feier keine Notiz nehmen. Der Prinz erhielt schließlich den Befehl, von diesem Erlaß sofort in geeigneter Weise dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Kálnoky, Mitteilung zu machen. Die Folge dieses „Uriasbriefes“, wie er alsbald genannt wurde, war, daß, wie die „Hamburger Nachrichten“ sich ausdrückten, Bismarck in Wien „anrüchig und kreditlos“ gemacht wurde, soweit die offiziellen Kreise in Betracht kamen — die Bevölkerung huldigte ihm auch dort zu Tausenden —, und daß der Kaiser Franz Joseph, der dreizehn Jahre vorher den Fürsten aufs hervorragendste ausgezeichnet hatte (S. 359), ihn diesmal auf eine noch von Friedrichsruh aus an ihn gerichtete Bitte um eine Audienz verständigte, daß er ihn nicht empfangen könne! Unter solchen Umständen war es kein Wunder, wenn Bismarck sich tief verletzt fühlte und nun keinen Anstand mehr nahm, von der Linie abzuweichen, die er sich noch am 18. in Berlin selbst vorgezeichnet hatte: „Was wollen Sie, daß ich reden soll? Meine Aufgabe ist Schweigen!“ In einem Gespräch mit dem Vertreter der „neuen freien Presse“ tadelte er deshalb den Handelsvertrag als eine den deutschen

landwirtſchaftlichen Intereſſen abträgliche Vereinbarung und führte ihn darauf zurück, daß ſchwache und unfähige Männer, die er im Dunklen gehalten habe, jetzt im Vordergrunde ſtünden; auch hob er hervor, daß infolge des Schwindens alles perſönlichen Einfluſſes auf den ruſſiſchen Kaiſer Deutſchland auf die ruſſiſche Politik keinen Einfluß mehr beſitze. In der Bevölkerung wurde es bald bekannt, daß der Fürſt von dem unverhohlenen Übelwollen der amtlichen Welt betroffen war, und das ſteigerte nur die Begeiſterung, mit der er auf der ganzen Fahrt von Wien nach Kiſſingen in Linz, Wels, Salzburg, München, Augsburg und Würzburg begrüßt wurde. In München, wo Bismarck bei dem berühmten, ihm nah befreundeten Maler Lenbach abſtieg, erſchien dort eine Abordnung der bürgerlichen Kollegien, beſtehend aus vier Liberalen, dreien vom Zentrum und einem Konſervativen, unter Führung des Bürgermeiſters von Wiedenmayer, und die Studenten brachten Bismarck einen von zweiundzwanzig Muſikbanden begleiteten rieſigen Fackelzug. In Kiſſingen folgte eine Abordnung der anderen; am 24. Juli erſchienen 5000 Badener, Heſſen, Frankfurter und Koburger auf einmal, um dem Fürſten ihre begeiſterte Verehrung auszudrücken. Auf der Heimfahrt nach Schönhauſen und Friedrichsruh übernachtete Bismarck in Jena, wo man ihn in herzerhebender Weiſe als den reformator Germaniae, den Erneuerer Deutſchlands, feierte. Hier mahnte er namentlich, daß die nationalen Parteien ihre Unterſchiede „verflachen“ ſollten, damit das Parlament wieder der ſtarke Brennpunkt des Einheitsgedankens werde. Ohne einen Reichstag mit dauerhafter Mehrheit ſei er in Sorge für den Beſtand und die Feſtigkeit unſerer nationalen Einrichtungen. Da er in Kiſſingen geäußert hatte, daß der ihm heute noch gezollte Haß der Gegner der deutſchen Einheit ihm nur zur Befriedigung gereiche, ſo fielen die demokratiſchen und ultramontanen Blätter wütend über ihn her; das Berliner Jeſuitenblatt, die „Germania“, meinte: das Maß ſei voll; Bismarcks Angriffe auf die jetzige auswärtige Politik des Reichs grenzten an Landesverrat. Graf Caprivi, den Bismarck gelegentlich als alten Verbündeten des Zentrums bezeichnete, fühlte ſich hierdurch und durch die ſonſtigen Angriffe des Fürſten ſo verletzt, daß er am 7. Juli die bis dahin geheim gehaltenen Erlaſſe vom 23. Mai 1890 (ſ. S. 404) und 9. Juni 1892 (S. 408) im „Reichsanzeiger“ veröffentlichen und in der „norddeutſchen allgemeinen Zeitung“ den Behauptungen Bismarcks von der Schwäche unſerer Politik den Vorwurf einer „an Vaterlandsverrat ſtreifenden Pflichtvergeſſenheit“ machen ließ.

Soweit dieser Preßkampf nur den Gegensatz zwischen Bismarck und Caprivi widerzuspiegeln schien, konnte man ihm noch mit einer gewissen Ruhe zusehen; wer das richtigere Urteil über das habe, was Deutschland not tue, konnte ja nicht zweifelhaft sein. Aber der Gegensatz war tiefer; er klaffte zwischen Bismarck und dem Kaiser, und das schlug der Volksseele die tiefste Wunde, daß die früher einheitliche Empfindung der Verehrung für den Gründer des Reichs und dessen Oberhaupt nunmehr nicht mehr möglich war, daß man wählen zu müssen schien zwischen dem einen und dem anderen. Deshalb war es der sehnlichste Wunsch aller Vaterlandsfreunde, daß die am 20. März 1890 aufgetane Kluft sich wieder schließe, und der vaterländisch gesinnte Graf Westarp richtete an den Kaiser ein tief empfundenes Gedicht, in dem er ihn beschwor, der unseligen Entfremdung ein Ziel zu setzen. Lange Zeit schien dieser der gesamten Nation aus dem Herzen kommende Wunsch aussichtslos zu sein; aber endlich ging er doch bis zu einem gewissen Grade in Erfüllung.

Zweites Kapitel.

Wiederanknüpfung der Beziehungen. Letzte Jahre. 1893—1898.

Zu Ende August 1893 erkrankte Fürst Bismarck so schwer an einer Entzündung der Lungen, daß er die Abreise aus Kissingen nicht zur festgesetzten Zeit (28. August) auszuführen vermochte; erst eine Woche später war die Gefahr beseitigt; aber der Fürst brauchte auch dann noch geraume Zeit, um sich wieder zu erholen. Der Kaiser reiste um jene Zeit (im September) zu den Manövern des österreichisch-ungarischen Heeres nach Güns, und von hier richtete er am 20. September ein Telegramm nach Friedrichsruh, in dem er dem Fürsten seine Anteilnahme an der Erkrankung aussprach, von der er erst nachträglich erfahren habe, und ihm mit Rücksicht auf das für die Lungen ungünstige Klima in Friedrichsruh Wohnung in einem der kaiserlichen Schlösser anbot. Der Fürst dankte sofort mit einem ausführlichen Telegramm für dieses Angebot, lehnte es aber ab, weil sein Arzt, Professor Geh. Rat Dr. Schweninger, eine Änderung des gewohnten Aufenthaltes für nachteilig ansehe. Dieser Depeschenwechsel rief in der ganzen Welt ein großes Aufsehen und bei allen Deutschen, in denen das patriotische Empfinden nicht durch den öden Parteigeist überwuchert wurde, die leb-

hafteſte Freude hervor. Der Kaiſer hatte den erſten Schritt zur Ausſöhnung getan, von dem Caprivi 1892 behauptet hatte, er müſſe von Bismarck ausgehen. Nun war es ſo gekommen, wie Bismarck gelegentlich am 27. Juni 1892 geſagt hatte: „Von Ausſöhnung kann man nicht ſprechen; der Kaiſer iſt ja nicht bei mir in Ungnade gefallen; ſobald er die Ungnade gegen mich aufhebt, iſt das Verhältnis wieder das alte.“ Erleichtert war dem Kaiſer ſein Entgegenkommen dadurch worden, daß Bismarck gegen die Militärvorlage vom Herbſt 1892, welche die zweijährige Dienſtzeit gegen eine Erhöhung des Heeres um 60 000 Mann gewährte, keine unbedingt ablehnende Haltung eingenommen hatte. Daß er, der 1862—66 für die dreijährige Dienſtzeit die ſchwerſten Kämpfe durchgefochten hatte, ihre Abſchaffung immerhin nur mit gewiſſen Bedenken begleiten konnte, war nur natürlich; aber er trat ihr, die, wie die Dinge einmal lagen, kaum zu vermeiden war, nicht unbedingt entgegen und ebnete ihr dadurch bei vielen die Wege. Es mag damit zuſammenhängen, daß Caprivi in der Rede, in der er am 23. November 1892 die Vorlage empfahl, aus Anlaß der Zurückweiſung jedes Gedankens an einen ſogenannten Präventivkrieg Bismarck in ritterlicher Weiſe gegen den Vorwurf der Fälſchung der Emſer Depeſche und der Hervorrufung des Kriegs von 1870 in Schutz nahm (S. 247).

Die Telegramme, die zwiſchen dem Kaiſer und Bismarck gewechſelt worden waren, hatten zwar in ihrer noch etwas zurückhaltenden Faſſung verraten, daß auch hier das erſte Wort der Verſöhnung nicht leicht ſich von den Lippen löſte; aber das Wort war doch hochherzig geſprochen und gut aufgenommen worden, und bald ſollte man den Abſchluß dieſes Annäherungsvorgangs erleben. Am 22. Januar 1894 ſandte der Kaiſer, ohne Caprivi davon vorher etwas zu ſagen,*) ſeinen Flügeladjutanten Grafen Kuno von Moltke nach Friedrichsruh, damit er dem Fürſten eine Flaſche alten Edelweins (Steinberger Kabinett) und ein Handſchreiben überbringe, worin der Kaiſer dem Fürſten zur Geneſung von einem Influenzaanfall Glück wünſchte und ihn zum nächſten Geburtstag des Kaiſers nach Berlin einlud. Bismarck antwortete mit dem Ausdruck des wärmſten Dankes, daß er kommen werde, wenn der Arzt es erlaube. Darauf ſandte der Kaiſer ein zweites Schreiben ab, in dem er ſeine Freude über den in Ausſicht ſtehenden Beſuch ausſprach und ihm die im Erdgeſchoß des Berliner Schloſſes liegenden Gemächer als bequemſte Unterkunft anbot. In der Tat erſchien Fürſt

*) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 510.

Bismarck am Tag vor dem kaiserlichen Geburtstag, am 26. Januar, mit dem Hamburger Schnellzug in Berlin; er ward von dem Prinzen Heinrich am Bahnhof feierlich in Empfang genommen und im Gefolge einer Schwadron Küraſſiere zum Schloſſe geleitet. Das Volk hatte ſich an den Straßen, die der Wagen durchfuhr, zu vielen Tauſenden aufgeſtellt und begrüßte den Zug mit brauſenden Hochrufen, ohne ſich dadurch ſtören zu laſſen, daß des Wetters wegen die Fenſter des Wagens geſchloſſen bleiben mußten und ſo nur die vorderſten gelegentlich einen Blick des Fürſten erhaſchen konnten. Vor dem Schloß ſchritt der Fürſt, von dem Prinzen geleitet, die Front der Ehrenkompagnie ab, wobei die Volksmaſſen die Hecke der Wachen in ihrer Begeiſterung durchbrachen und dem Fürſten ihre Grüße darbrachten. Der Kaiſer empfing ſeinen Gaſt im Eingang des Schloſſes und nahm mit ihm ein Frühſtück ein, an dem nur noch der Prinz Heinrich und die Kaiſerin teilnahmen; am Schluß des Mahls kamen die drei älteſten kaiſerlichen Prinzen, um den Fürſten zu begrüßen. Kurz nachher hatte Bismarck eine Unterredung mit dem König Albert von Sachſen, der ſeit 1866 zu ſeinen wärmſten Freunden und Verehrern gehörte; es zählt zu den ſchönſten Ereigniſſen des denkwürdigen Tages, daß zwei der Helden des Jahres 1870 ſich hier nach ſo ſchweren Läuften wieder trafen und nicht bloß der Kaiſer, ſondern auch einer der ehrwürdigſten Vertreter der deutſchen Reichsfürſtenſchaft zur Stelle waren. Hierauf ſtattete Bismarck der Kaiſerin Friedrich ſeinen Beſuch ab und empfing eine Abordnung der magdeburgiſchen Küraſſiere, bei denen er einſt ſelbſt gedient hatte und zu deren Chef ihn der Kaiſer ernannte. Abends um ſieben Uhr reiſte Bismarck, vom Kaiſer ſelbſt zur Bahn geleitet, wieder nach Friedrichsruh zurück; an den ermüdenden Feſtlichkeiten des 27. Januar ließ ihn, den Neunundſiebzigjährigen, ſein Leibarzt nicht teilnehmen, ohne Zweifel mit Recht; doch wird mitgewirkt haben, daß Bismarck dem Zuſammentreffen mit den Miniſtern v. Caprivi und v. Bötticher, das am 27. unvermeidlich geweſen wäre, auszuweichen wünſchte. Ein ſchöner Nachklang war es, daß der preußiſche Kriegsminiſter Bonſart v. Schellendorff dem Kaiſer den Dank des Heeres für die Einladung Bismarcks überbrachte und der Kaiſer in dem Erlaß, mittels deſſen er am 31. Januar für die ihm dargebrachten Glückwünſche dankte, ſeine Befriedigung darüber ausdrückte, daß der Beſuch des „um Kaiſer und Reich ſo hochverdienten Staatsmannes“ allgemein mit ſo freudiger Teilnahme aufgenommen worden ſei.

In der Tat, der 26. Januar 1894 war ein schöner Tag unserer Geschichte, der vieles gut machte, worüber die besten Patrioten schmerzlich getrauert hatten. „Der Monarch und der Patriarch unsres Volkes," sagte Professor Hans Delbrück in den preußischen Jahrbüchern, „waren wieder ausgesöhnt;" „ein Element der Zersetzung," urteilte selbst das bedeutendste Zentrumsblatt am Rhein, die „kölnische Volkszeitung", „war aus dem politischen Leben entfernt," und das monarchische Gefühl, um dessen Kräftigung sich Bismarck so große Verdienste erworben hatte, ward nicht mehr durch den quälenden Gedanken beeinträchtigt, daß der junge Herrscher den treuesten Rat und Mitkämpfer seines Großvaters mit Ungnade verfolge. Freilich war der Schritt des Kaisers mehr aus Berechnung als aus dem Gefühl erwachsen; „jetzt können sie ihm," sagte er zu Hohenlohe, „Ehrenpforten in Wien und München bauen; ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus," und auch die Einladung nach Berlin hatte den unausgesprochenen Zweck verfolgt, zu verhüten, daß der Kaiser nicht zuerst nach Friedrichsruh kommen müsse: *) was man immerhin verstehen kann, nachdem der Kaiser mit dem Telegramm aus Güns vorangegangen war. Die Dinge, welche sich um den 20. März 1890 abgespielt hatten, sind auf beiden Seiten nicht vergessen worden; aber sie beherrschten doch nicht mehr die Lage, und das war ein großes Glück.

Auch im Jahr 1894 empfing Bismarck eine große Anzahl von Huldigungsbesuchen aus den verschiedensten Teilen des Reiches und sprach zu ihnen manch beherzigenswertes Wort. Den Düsseldorfern gegenüber betonte er, daß das parlamentarische Wesen dadurch, daß es die Vertreter aller Landschaften in einer Körperschaft zusammenführte, sehr viel zur deutschen Einheit beigetragen habe, und mahnte, daß man das parlamentarische Leben kräftigen und die freimütige Kritik von Regierungsmaßregeln, die mit monarchischer Gesinnung durchaus nicht unvereinbar sei, pflegen solle. Gegenüber den Frauen aus Baden und der Pfalz, die ihm zu seinem Geburtstag eine mit mehr als 100 000 Unterschriften bedeckte Adresse darbrachten, äußerte er: „Hat der Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gefunden, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben; ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unserer Festungen."

Am 22. September aber, als 2000 deutsche Männer aus West-

*) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 511.

preußen kamen, sprach er scharfe Worte gegen den polnischen Adel, dessen letztes Ziel heute noch in der Wiederherstellung der früheren polnischen Adelsrepublik bestehe und dessen Nachbarschaft, wenn er je sein Ziel erreichte, für Deutschland viel unbequemer sein würde als die der Russen; gegen diesen Adel, der eine Umsturzpartei sei gleich den Sozialdemokraten, müsse man auf Tod und Leben kämpfen: jeden Rest von Sympathie für das polnische Junkertum möchte er ausgerottet sehen.

Diese Worte standen im völligen Einklang mit der Ansprache, die der Kaiser tags zuvor beim Einzug in Thorn an den Bürgermeister dieser Stadt gerichtet hatte und deren Sinn in den Worten gipfelte: „Die polnischen Staatsbürger mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann in demselben Maße auf meine Gnade und Teilnahme rechnen dürfen wie die Deutschen, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen.“ Eine solche Sprache stand in schneidendem Gegensatz zu der Begünstigung, die der Reichskanzler Graf Caprivi von Anfang an den Polen angedeihen ließ, um sich ihre achtzehn Stimmen im Reichstag zu sichern. Dessen Stellung war seit langem untergraben und durch den 26. Januar nicht gestärkt worden; am 26. Oktober 1894 kam er zu Fall, und der Statthalter Elsaß-Lothringens, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, ward trotz seiner 75 Jahre zum Reichskanzler erhoben. Eine mannigfach unerfreuliche Zeit deutscher Geschichte war damit überwunden; eine der ersten Handlungen Hohenlohes war ein Besuch in Friedrichsruh.

Die letzten Wochen des Jahres brachten Bismarck noch den herbsten Verlust, der ihn treffen konnte. Die Vorgänge bei der Entlassung ihres Gemahls hatten die Fürstin Johanna im tiefsten verwundet; sie hat sie weniger vergessen und vergeben können als Bismarck selbst, und sie zeigte auch dadurch ihrem Gemahl ihre Liebe und Treue. Nun trat seit 1893 bei ihr ein Herzleiden auf, das durch das Hinzukommen der Wassersucht ihre Kräfte allmählich aufrieb. Im November 1894 ward der Zustand der Kranken ein solcher, daß Dr. Schweninger sie und die Familie auf das Ende vorbereiten mußte. Da sprach die Fürstin den Wunsch aus, noch einmal an der Seite ihres Gatten alle die Orte im Sachsenwald zu sehen, an denen sie in gesunden Tagen besonders gerne mit ihm geweilt hatte. In Decken gehüllt ward sie in den Wagen getragen, und so ging die tief traurige Fahrt durch den schweigenden Park. Heimgekehrt suchte die Fürstin das Bett auf, um es nicht wieder zu verlassen. Am Dienstag den 27. November früh fünf Uhr trat der

Tod ein, trotz allem so unerwartet rasch, daß der eilig geweckte Fürst nicht mehr rechtzeitig genug kam, um der Gattin noch ein letztes Lebewohl zu sagen; er fand seine Tochter Marie, Gräfin Rantzau, mit ihren Kindern weinend vor dem Sterbelager knien. Der Kaiser und der König Wilhelm II. von Württemberg waren die ersten, die dem Fürsten ihr Beileid bezeugten; auch das preußische Staatsministerium fehlte nicht in der Reihe der Teilnehmenden. Die Fürstin stand im einundsiebzigsten Jahre; sie durfte den Ruhm mit ins Grab nehmen, daß sie die treue Lebensgefährtin ihres Gatten gewesen war, dessen herbe Kämpfe sie durch ihre Teilnahme und ihre zärtliche Fürsorge erleichterte. Wer ihr Haus betrat, durfte die Milde und Freundlichkeit ihres Wesens erfahren; auch höhere geistige Interessen, namentlich die Liebe zur Musik und Literatur, waren ihr nicht fremd, und so schwer sie gemütlich an manchen Lebenserfahrungen trug, so nahm sie alles aus Gottes Vaterhänden mit frommer Ergebung hin. Die Briefe, die Bismarck an sie gerichtet hat, lassen ihr Bild hell vor uns erstrahlen: sie sind Perlen unserer Literatur, weil sie den gewaltigen Recken in seinem echtesten und tiefsten, schlicht menschlichen Empfinden für Weib und Kind uns nahe bringen (S. 427).

Die Fürstin Bismarck sollte den ehrenreichsten Tag nicht mehr erleben, der ihrem geliebten Gemahl beschieden war: die Feier seines achtzigsten Geburtstags am 1. April 1895. Schon Wochen vorher begannen die Feiern mit Festkommersen an den Universitäten, die den Tag selbst nicht abwarten konnten, weil er in ihre Frühjahrsferien fiel; auf dem Berliner Kommers erschien auch der Reichskanzler Hohenlohe und nannte Bismarck in seiner Rede „den größten Staatsmann des Jahrhunderts, die schaffende Kraft unserer Einheit." Zwei schrille Mißklänge störten freilich die allgemeine Stimmung: die Stadtverordneten von Berlin lehnten am 14. März in geheimer Abstimmung mit 56 gegen 34 Stimmen den Antrag des Magistrats ab, dem Ehrenbürger Berlins, dem Fürsten Bismarck, einen Glückwunsch zu senden, und der deutsche Reichstag, der ohne Bismarck gar nicht da wäre, folgte am 23. März diesem Beispiel mit 163 gegen 146 Stimmen. Die Mehrheit bestand aus dem Zentrum, den Polen und der gesamten Linken; die Minderheit aus den beiden konservativen Fraktionen, den Antisemiten, den Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung, mit Ausnahme des vom Geestemünder Wahlkampf her uns wohlbekannten Abgeordneten Barth (s. S. 406). Dieser schmähliche Beschluß ward damit begründet, daß man auch den Anschein ver-

meiden wolle, als ob man Bismarcks Grundsätze unterschiedslos billige; er ward aber von dem Präsidenten des Reichstags, von Levetzow, und dem zweiten Vizepräsidenten, Dr. Bürklin, mit dem Rücktritt von ihren Stellen beantwortet, und der Kaiser sprach sofort in einem Telegramm, das ihm stets hoch angerechnet sein soll, dem Fürsten „den Ausdruck tiefster Entrüstung" über den Beschluß aus, „der im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker stehe." Der Fürst antwortete mit ehrfurchtsvollem Dank für die Kundgebung seines Herrn, „durch welche die ihm im Augenblick der Ankunft der Depesche noch unbekannte Unfreundlichkeit seiner politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugtuung für ihn umgewandelt worden sei." Alsbald trat zutage, daß das Verhalten des Reichstags nur die eine Wirkung hatte, das Nationalgefühl noch mehr zu entflammen und die Begeisterung und Dankbarkeit für Bismarck noch zu steigern. Was der Reichstag abgelehnt hatte, taten die beiden Häuser des preußischen Landtags; das Herrenhaus beschloß sogar, Bismarcks Büste in seinem Sitzungssaal aufzustellen, und am 25. März reisten 479 Mitglieder der Reichstagsminderheit und des preußischen Landtags nach Friedrichsruh, wo Bismarck in Beantwortung der Ansprachen der drei Präsidenten erklärte, daß alle seine Bemühungen um die deutsche Einheit fruchtlos gewesen sein würden ohne die starke reale Potenz, die ihm das deutsche Fürstentum, verkörpert in König Wilhelm, bot, und ohne das Heer. Die Dynastien hätten sich mit der deutschen Einheit rascher abgefunden als gewisse parlamentarische Fraktionen des Reichstags, denen politische Verstimmung, Rivalität und lauterer und unlauterer Wettbewerb mit anderen Fraktionen über dem nationalen Interesse stünden. Um den nationalen Gedanken nicht verkümmern zu lassen, sei es wünschenswert, daß er in den einzelnen Landtagen stärker hervortrete und ein größeres Interesse für die Gesamtpolitik im Reich sich ausbilde. Es sei eine Einbildung, als ob zwei Regierungen in Deutschland neben einander her liefen; die Reichsregierung ohne Beziehung zu den einzelnen Regierungen stehe in der Luft; man möge auch im preußischen Landtag kaiserlich deutsche Politik treiben.

Es stimmte schön zu dieser Mahnung, daß tags darauf, am 26. März, der Kaiser selbst in Friedrichsruh erschien und zu Ehren Bismarcks ihm an der Straße von Stormarn nach Lauenburg vier Truppenabteilungen vorführte: eine Schwadron der Magdeburger Kürassiere, eine Schwadron hannöverischer Husaren, eine Abteilung der holsteinischen Feldartillerie und eine Kompagnie des 2. hanseati-

schen Regiments zu Fuß. Fürst Bismarck sah dieser Parade, durch die er gleich einem regierenden Haupte geehrt wurde, im Wagen zu, und neben ihm saß der dreizehn Jahre alte Kronprinz, — die hoffnungsreiche Zukunft und die ruhmvolle Vergangenheit neben einander! Zum Schluß überreichte der Kaiser dem Fürsten einen goldenen Kürassier-Pallasch, „das Sinnbild jener großen und gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war." Am 28. März erhielt der Fürst den Besuch des Prinzen Heinrich und seines Söhnchens Waldemar, den des Großherzogs Friedrich von Baden (S. 399), des Reichskanzlers Hohenlohe und den einer Abordnung seines Magdeburger Kürassier-Regiments.

Die Feier des 1. April selbst gestaltete sich überaus großartig. Die Zahl der Telegramme, Zuschriften und Geschenke aus allen Weltteilen ging in viele Tausende; in Person erschienen die Rektoren von 29 deutschen Hochschulen unter Vorantritt des Berliner Rektors und Professors der evangelischen Theologie, Dr. Otto Pfleiderer; die Abgesandten verschiedener Fürsten; 5000 Studenten von den 29 erwähnten Hochschulen und am Abend 5000 Hamburger, die dem Fürsten einen großartigen Fackelzug darbrachten. In allen größeren und sehr vielen kleineren Städten Deutschlands und Österreichs wurned am Abende des Tages oder an dessen Vorabend Bankette unter ungeheurem Andrang von Männern und Frauen abgehalten. Fast den ganzen Sommer hindurch währten die Huldigungszüge nach Friedrichsruh; wir erwähnen nur den von 700 Volksschullehrern am 8. April, den von etwa 100 Deutschösterreichern am 15. April, den von 4000 deutschen Innungsmeistern am 17. April, den von 130 Mitgliedern des Bundes der Landwirte am 9. Juni. Daß der Fürst hiebei gelegentlich von den „Klebern und Strebern als Minister" sprach, wurde vielfach als ein Hieb gegen den Minister v. Bötticher betrachtet, dem Bismarck vorwarf, daß er in den letzten Zeiten vor seinem Sturz sich unehrlich gegen ihn, seinen Vorgesetzten, benommen und in der Arbeiterfrage sich in der Lage gefühlt habe, die von der Ansicht des Kaisers abweichende Politik Bismarcks offen und amtlich zu bekämpfen (S. 395 f.). Bötticher antwortete auf den Vorwurf damit, daß er im „Reichsanzeiger" am 14. Juni einen kaiserlichen Kabinettsbefehl vom 29. November 1892 veröffentlichen ließ, der die von Bötticher damals angebotene Entlassung in gnädigen Worten ablehnte.*) An der Einweihung des Nordostseekanals, die am 20. Juni 1895 stattfand, nahm Bismarck seiner Ge-

*) Penzler 6, 240 und 246 ff.

sundheit wegen nicht teil; daß dieser Umstand nicht auf eine neue Verstimmung des Kaisers gegen ihn zurückzuführen war, bewies der Besuch, den der Kaiser am 16. Dezember auf der Rückreise von Kiel, wo er die Rekruten vereidigt hatte, in Friedrichsruh abstattete.

Im Jahr 1896 empfing Fürst Bismarck am 25. Juni den Besuch des chinesischen Staatsmanns und Vizekönigs Li-Hung-Tschang, der von der Krönung des Zaren Nikolaus II. in Moskau aus Europa durchreiste. Der „Bismarck des Ostens", wie Li-Hung-Tschang wegen seiner auf Chinas Wiedergeburt gerichteten Bestrebungen in den Zeitungen oft genannt wurde, sprach dabei das schöne und wahre Wort, daß die Erfolge, welche Bismarck errungen habe, nicht nur für das eigene Land, sondern für die ganze Welt errungen worden seien — die Errichtung des deutschen Reiches hat in der Tat weithin erlösend gewirkt, weil sie einseitige Ansprüche gezügelt hat und dem Weltfrieden förderlich gewesen ist.

Im Oktober des Jahrs 1896 — an dem die 1895 begonnenen und auch zu Bismarcks Ehre gereichenden Gedenkfeiern an die Errichtung des Deutschen Reiches ihren Abschluß fanden — rief Bismarck eine sehr lebhafte Preßfehde dadurch hervor, daß er — aus Anlaß der Reise des russischen Zarenpaars nach Paris — am 15. Oktober einen bemerkenswerten Artikel in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen ließ. In Beantwortung der Frage, wie es gekommen sei, daß der russische Selbstherrscher sich mit der französischen Republik so eng verband, sagte der Artikel, daß schon 1875 Fürst Gortschakow aus Neid gegen Bismarck das deutsch-russische Einvernehmen zu untergraben gesucht habe, daß aber Bismarck dem mit Erfolg entgegen getreten sei und 1878 das Ansinnen Englands, die Niederlage der Russen vor Plewna zu einem Vorstoß aller Mächte gegen Rußland zu benutzen, zurückgewiesen habe (S. 351). Dabei ward der Brief Bismarcks an Kaiser Wilhelm I. vom 11. August 1877 (S. 348) mitgeteilt, laut dessen der Reichskanzler mit Bestimmtheit jede Mitwirkung Deutschlands zur Demütigung Rußlands abgelehnt hatte. Nun erwiderte die „Vossische Zeitung", daß ja Gortschakow 1883 gestorben sei, von diesem Zeitpunkt also Bismarck seine Gegnerschaft nicht mehr zu bekämpfen gehabt habe; wenn nun Rußland sich mehr und mehr von Deutschland zurückgezogen und Frankreich angenähert habe, so müsse das andere Gründe gehabt haben, als den Neid eines Staatsmanns auf den andern. Darauf erschien am 24. Oktober ein zweiter Artikel in den „Hamburger Nachrichten", der noch viel größeres Aufsehen hervorrief als der erste. Er enthielt nämlich den Hinweis auf die

schon im März 1884 im Londoner „Standard“ und dann in der Berliner „Zukunft“ kurz erwähnte, aber unbeachtet gebliebene Tatsache (s. S. 363. 369), daß 1884 Deutschland und Rußland sich vollkommen darüber verständigt hätten, daß, wenn eines von ihnen angegriffen werden sollte, das andere eine wohlwollende Neutralität beobachten solle. Dieses Abkommen hätte also Deutschland im Fall eines französischen Angriffs nach der russischen Seite hin sicher gestellt; die gleiche Sicherheit nach der deutschen Seite hätte eventuell Rußland besessen. Dieses Abkommen habe Rußland 1890 erneuern wollen; Caprivi aber habe es abgelehnt, diese gegenseitige Versicherung fortzusetzen, und da Rußland doch wenigstens *einen* Freund in Europa habe besitzen müssen, Deutschland aber unter Caprivis Leitung gar auch noch die Polen begünstigt und zu England hingeneigt habe, so habe der Zar sich an Frankreich angenähert, und so sei der Besuch der Franzosen in Kronstadt (wo Zar Alexander III. 1893 stehend die Marseillaise anhörte), ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt worden.

Das Aufsehen, das dieser Artikel hervorrief, war geradezu ungeheuer. Der Vertrag von 1884 selbst ward in ihm nicht zum erstenmal bekannt gegeben, da ja früher schon der Sachverhalt, wie gesagt, in zwei Blättern mitgeteilt worden war; aber kein Mensch außerhalb der Staatsmänner hatte mehr etwas davon gewußt, und noch mehr war dies mit der Nichterneuerung des Vertrags im Jahr 1890 durch Caprivi der Fall: der Artikel der „Zukunft“ hierüber war seinerzeit unbeachtet geblieben. So griffen denn die Blätter des Zentrums und der Demokratie, unterstützt von der stets Caprivi besonders wohlgesinnten „kölnischen Zeitung“, Bismarck aufs heftigste an und beschuldigten ihn, daß er aus Haß gegen Caprivi wichtige Staatsgeheimnisse verraten und unsern Bund mit Österreich erschüttert habe; denn dieses könne in dem deutsch-russischen Vertrag nur eine Zweideutigkeit und Doppelzüngigkeit sehen und werde mit Mißtrauen gegen seinen Verbündeten erfüllt. Einige österreichische Blätter stimmten auch, wenigstens zunächst, in diese Auffassung ein. Dem gegenüber betonten die meisten nationalliberalen und die Bismarck besonders gewogenen Blätter (s. S. 403 f.), daß ja der deutsch-österreichische Bund von 1879 selbst nur auf die *Verteidigung*, nicht auf den Angriff berechnet gewesen sei; im Fall eines österreichischen *Angriffs* auf Rußland wäre also Deutschland auch durch den Bund von 1879 zur Unterstützung Österreichs nicht verpflichtet gewesen. Einen russischen Angriff auf Österreich aber hätte Deutschland auch nach dem 1884er

Abkommen nicht ruhig hinzunehmen brauchen. Unter keinen Umſtänden alſo ſei Bismarck 1884 ſeinen Verpflichtungen gegen Öſterreich untreu geworden; dagegen habe der Vertrag mit Rußland offenbar Frankreich in die vollſte Unmöglichkeit eines Kriegs gegen uns verſetzt, ebenſo wie er England von einem Angriff auf Rußland habe abhalten müſſen. Der Vertrag habe alſo den europäiſchen Frieden mit noch ſtärkeren Bürgſchaften umgeben und ſei ſonach als ein weiteres Meiſterſtück Bismarcks anzuſehen. Und auf die Frage, weshalb der Fürſt gerade jetzt den vergeſſenen Vertrag ans Tageslicht gezogen habe, war die Antwort bei vielen: er wollte den Ruſſenjubel der Franzoſen durch die Nachricht dämpfen, daß es 1890 lediglich von Deutſchland abhing, ob die Vereinzelung Frankreichs fortdauern ſollte oder nicht, daß alſo von einer ſelbſtloſen Begeiſterung der maßgebenden ruſſiſchen Kreiſe für Frankreich weder früher noch vermutlich auch jetzt die Rede ſein könne. Die „neue freie Preſſe“ ſprach auch die Vermutung aus, daß infolge engliſcher Umtriebe in Berlin eine Wiederholung des Fehlers von 1890 zu befürchten geweſen ſei und Bismarck davor habe warnen wollen: man ſolle ſich nicht durch die Pariſer Reiſe des Zaren in das engliſche Fahrwaſſer drängen laſſen.

Die Gegner Bismarcks im Reichstag glaubten den Anlaß zu ſeiner Abſchlachtung um ſo mehr verwerten zu können, als der „Reichsanzeiger“ vom 27. Oktober erklärt hatte, daß Vorgänge der Art, wie ſie von den „Hamburger Nachrichten“ erwähnt worden ſeien, ihrer Natur nach zu den ſtrengſten Staatsgeheimniſſen gehörten, über welche die deutſche Regierung ſich nicht äußern könne; ſie hege aber die Zuverſicht, daß ſolche „Enthüllungen“ den feſtbegründeten Glauben an Deutſchlands Vertragstreue bei anderen Mächten nicht erſchüttern könnten. In dieſen Worten konnte ein Tadel gegen die „Hamburger Nachrichten“ und ihren Hintermann gefunden werden, und ungeduldig fragten manche Bismarckhaſſer, warum man ihn nicht auf Grund des „Arnimparagraphen“ (ſ. S. 317) vor Gericht ſtelle und ihn mit dem gleichen Maß meſſe, mit dem er einſt andere gemeſſen habe, ſolange er die Macht dazu beſaß. Am 16. November fragte der Zentrumsführer Graf Hompeſch im Reichstag die Regierung, ob wirklich bis 1890 ein Geheimvertrag mit Rußland beſtanden habe; warum er nicht erneuert worden ſei und welchen Einfluß auf andere Mächte die neueſten Veröffentlichungen geübt hätten. Wenn ſchon dieſe vorſichtige Faſſung der Anfrage zeigte, daß das Zentrum große Bedenken hatte, ob es aus dieſem Anlaß dem von ihm ſo ſehr gehaßten

früheren Reichskanzler wirklich einen Schlag versetzen könne, so gestaltete sich der Verlauf der Verhandlung zu einem großen Erfolg für Bismarck. Die Vertreter der Regierung, Fürst Hohenlohe und Staatssekretär v. Marschall, vermieden auch das leiseste Wort des Tadels gegen ihn; Marschall erklärte sogar, der Rückversicherungsvertrag habe eine Lage geschaffen, welche zu beherrschen einem Staatsmann wie Bismarck möglich gewesen sei, aber wohl nur ihm; unter einer anderen Lenkung hätte er Deutschland in die Gefahr bringen können, im gleichen Augenblick von Österreich um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht, und von Rußland um Neutralität angegangen zu werden; wichtiger als alle Verträge seien die gemeinsamen Interessen, und auf dieser Grundlage stets die guten Verbindungen mit Rußland gepflegt zu haben, werde immer Bismarcks großes Verdienst sein. Die „Wolke des Mißtrauens," die sich nach Bekanntwerden des Vertrags in einzelnen Schichten der Bevölkerung Österreichs und Italiens erhoben habe, erklärte Hohenlohe für bereits wieder verschwunden. Angesichts dieser Sprache der Regierung wurde auch die Opposition kleinlaut; sie bezweifelte zwar das Recht zum Abschluß des Vertrags (so der Zentrumsführer Lieber) oder zu seiner Veröffentlichung (so Eugen Richter); aber lediglich der Sozialdemokrat Liebknecht hatte noch den Mut, die Enthüllungen ein Verbrechen zu nennen, wofür er den Beweis aber schuldig blieb. Aus seinen Worten sprach nur alter unstillbarer Haß, und darum konnten sie den übrigen Eindruck der Verhandlung nicht verändern, ja nicht einmal abschwächen.

Bei dem Kaiser scheint aber gleichwohl von der ganzen Sache einige Zeit eine gewisse Verstimmung zurückgeblieben zu sein, weil die Ablehnung des russischen Angebots 1890 natürlich nicht ohne seine Erlaubnis hatte geschehen können, er sich also vom Tadel der „Hamburger Nachrichten" mit getroffen fühlen mochte. Deshalb ward bei der Feier des hundertsten Geburtstags des Kaisers Wilhelm I. am 22. März 1897 Bismarcks an amtlicher Stelle nicht gedacht; ja der Kaiser sprach von den „Handlangern", welche seinem Großvater behilflich gewesen seien — ein Ausdruck, der, auf einen Mann wie Bismarck angewandt, doch sehr befremdend klang. Nur um so lebendiger war die Anteilnahme, mit welcher Bismarcks zweiundachtzigster Geburtstag am 1. April 1897 von allen Seiten begangen wurde. Die Verstimmung hielt indessen nicht an; als im November 1897 der chinesische Hafen Kiau-Tschou von unserem ostasiatischen Geschwader besetzt und Prinz Heinrich mit zwei

Kreuzern dorthin entsandt wurde, verabschiedete sich der Prinz in Friedrichsruh mit großer Herzlichkeit, und der Kaiser selbst kehrte am 17. Dezember 1897 auf der Rückreise von Kiel, bis wohin er seinem Bruder das Geleit gegeben hatte, bei Bismarck wieder ein. Der Fürst gab auch durch die „Hamburger Nachrichten" seinen Beifall sowohl zur Festsetzung Deutschlands in China als zu dem Flottenvermehrungsplan, den die Regierung damals dem Reichstag vorlegte, und er hatte die Genugtuung zu sehen, daß der Staatssekretär von Bülow, der im Sommer 1897 Marschall ersetzt hatte, die auswärtige Politik des Reiches ganz in dem kühnen, stolzen und doch vorsichtigen Geist leitete, den Bismarck selbst dieser Politik aufgeprägt hatte; ein Blatt nannte deswegen v. Bülow den fähigsten Schüler Bismarcks. Als im Reichstag ein sozialdemokratischer Redner Bismarck als Gegner der Flottenvorlage aufführte, konnte der Staatssekretär der Marine, v. Tirpitz, sofort einen Brief des Fürsten vorlegen, welcher das Gegenteil bewies.

Im Winter 1897 auf 1898 wurde der Fürst durch Krankheit heimgesucht; die nervösen Gesichtsschmerzen quälten ihn, und eine Venenentzündung in den Füßen fesselte ihn längere Zeit ans Ruhebett und den Rollstuhl, so daß Besuche nur ausnahmsweise empfangen werden konnten. Um so mehr erfreute ihn die allgemeine Teilnahme, mit der am 25. März der Tag, an dem er vor sechzig Jahren ins Heer getreten war, gefeiert wurde. Der Kaiser sandte aus diesem Anlaß schon am 24. März einen seiner Flügeladjutanten zur Beglückwünschung nach Friedrichsruh; überdies telegraphierte er aus Bremerhaven am Tage selbst und erhob auf der Fahrt, die er dann an Bord des neuen Lloyddampfers „Kaiser Wilhelm der Große" nach Kap Skagen machte, bei der Tafel sein Glas zu Ehren des Mannes, der seinem Großvater ein so treuer Diener gewesen sei. Die Annahme der Flottenvorlage im Reichstag, die am 24. März mit 212 gegen 139 Stimmen erfolgte, hat dem Fürsten als Beweis von der Sieghaftigkeit des nationalen Gedankens sicher große Befriedigung gewährt; die Partei, die früher jede Befestigung des Reichs bekämpft hatte, das Zentrum, gab jetzt für das Reich den Ausschlag, und das war ohne Zweifel ein bedeutsamer Fortschritt.

Der Eintritt Bismarcks ins vierundachtzigste Lebensjahr am 1. April 1898 ward wieder mit der herzlichsten Teilnahme gefeiert, so weit die deutsche Zunge klingt; aber dieses Fest sollte das letzte seiner Art sein. Gegen Ende des Juli trat im Befinden des Fürsten wieder eine jener Verschlimmerungen ein, welche seit Oktober 1897

sich wiederholt zeigten; aber am Dienstag den 28. Juli schien sie wieder, gleich den früheren, gehoben, so daß Bismarck wieder im Rollstuhl an den Familientisch gefahren werden konnte, wo er mit seinen beiden Söhnen Herbert und Wilhelm, seiner Tochter, der Gräfin Marie Rantzau, ihrem Gemahl und ihren Kindern das Essen einnehmen konnte; er trank etwas Champagner und rauchte gegen die Gewohnheit der letzten Zeit wieder mehrere Pfeifen. Unter diesen Umständen glaubte der Geheimrat Dr. Schweninger am Freitag den 29. Juli auf zwei Tage sich entfernen zu dürfen, und auch Graf Wilhelm trat die Rückreise auf seinen Oberpräsidentenposten nach Königsberg an. Den ganzen Freitag den 29. Juli blieb der Zustand verhältnismäßig gut. Am Samstag vormittag, 30. Juli, las der Fürst noch die „Hamburger Nachrichten" und sprach über Fragen der Politik, namentlich über russische Dinge; auch nahm er noch Speise und Trank zu sich und scherzte darüber, daß man zu dem ihm gereichten Wasser so wenig geistige Getränke zusetze. Dann aber trat plötzlich eine durch das hohe Alter erklärliche und durch das viele Liegen in den letzten Monaten ohne Zweifel geförderte Ausschwitzung von Flüssigkeit in die Lungenbläschen, ein sogenanntes Lungenödem, ein, infolgedessen Bismarck im Lauf des Nachmittags häufig bewußtlos war. Sofort wurden Graf Wilhelm und Dr. Schweninger telegraphisch zurückberufen. Sie kamen in der Nacht — sie kamen zu einem sterbenden Mann. Das letzte Wort, das Bismarck sagte, galt seiner Tochter, die ihm den Todesschweiß abwischte: „Danke, mein Kind." Schweninger konnte nur noch den Todeskampf dadurch erleichtern, daß er mit einem Taschentuch den Schleim aus dem Munde des Fürsten entfernte; am 30. gegen elf Uhr trat der Tod leicht und schmerzlos ein, indem Herz und Lunge schließlich den Dienst versagten. Als Schweninger drei Minuten lang kein Lebenszeichen mehr wahrnehmen konnte, erklärte er das Ende für eingetreten; der Schöpfer des Deutschen Reiches war entschlafen.

Es ist unmöglich, die Kundgebungen der Trauer zu verzeichnen, welche auf die schmerzliche Nachricht aus der ganzen Welt, namentlich aus Deutschland und Österreich, in Friedrichsruh einliefen. Allen voran ging der Kaiser, welcher, auf der Heimfahrt von seiner alljährlichen Nordlandsreise begriffen, diese Rückkehr so sehr beschleunigte, daß er in einunddreißig Stunden von Bergen in Norwegen nach Kiel gelangte. Mit seiner hohen Gemahlin, welche sogar die Teilnahme an der in Koburg stattfindenden Heirat ihres Bruders, des Herzogs Ernst Günther, aufgab, wohnte er am Diens-

tag den 2. August, abends sechs Uhr, der vorläufigen Einsegnung der Leiche an, der er in hochherzigem Entschluß eine letzte Stätte im Berliner Dom neben den Gebeinen seiner Vorfahren hatte bereiten wollen; Bismarck hatte aber in seinem letzten Willen bestimmt, daß sie unweit vom Schloß Friedrichsruh auf dem hohen Acker gegenüber der „Hirschgruppe", die von den treuen Anhaltinern gestiftet war — ein stolzer Hirsch, der sich der Hunde erwehrt — an der Seite der Fürstin beigesetzt werden sollte. Wie wenn ein regierendes Haupt verschieden wäre, ordnete der Kaiser eine zehntägige Trauer für den Hof, eine achttägige für das preußische Heer an; diesem Beispiel folgten die nichtpreußischen Teile des deutschen Heeres auf Befehl ihrer Fürsten. Unter den zahllosen Blumenspenden für den Sarg befand sich auch eine, welche namens des am 16. Juni neugewählten, aber noch nicht zusammengetretenen Reichstags der frühere Vizepräsident Reichsgerichtsrat Dr. Spahn in Begleitung des Abgeordneten Bachem und des Rechnungsrats Jungheim (vom Bureau des Reichstags) am 4. August niederlegten, und welche die Aufschrift trug: „Dem ersten Kanzler des deutschen Reiches der deutsche Reichstag." Die beiden genannten Abgeordneten gehörten der Fraktion des Zentrums an; vor der Majestät des Todes verstummte der Parteigeist und trat die Geschichte in ihr Recht.

Wenige Monate nach Bismarcks Tod erschienen 1898 seine „Gedanken und Erinnerungen"; sie wurden von der Nation mit Ehrfurcht und Dankbarkeit als sein Vermächtnis aufgenommen und werden dies bleiben, eine einzigartige Quelle der Belehrung über ihn und über die Aufgaben, mit denen er gerungen hat.*)

Drittes Kapitel.

Zusammenfassung. Bismarck als Mensch. Seine Stellung in unserer Geschichte.

Versuchen wir zum Schluß, ein Bild von dem ganzen Wesen Bismarcks zu entwerfen und uns zu vergegenwärtigen, was er für unser Volk bedeutete.

*) Über sie vgl. u. a. Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Versuch einer kritischen Würdigung, Berlin 1899. Dort findet man auch Hinweise auf andere kritische Betrachtungen, von Schmoller, Meinecke (hist. Zeitschrift Bd. 82) und Bamberger. Ferner Max Lenz, zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899.

Bismarck war von hohem Wuchs, gewaltiger, aber ebenmäßiger Gestalt, breiten Schultern, hoher Stirn, mächtiger Schädelbildung, dichten Brauen, frühzeitig kahl, weshalb ihn das Witzblatt „Kladderadatsch" immer mit drei Härchen abbildete, tiefen, blauen, wunderbar anziehenden, in der Leidenschaft auch „unheimlich blitzenden" Augen.*) Seine Stimme war nicht sehr biegsam und metallisch, ihre Lage durchschnittlich etwas zu hoch; gleichwohl konnte sie, wenn Anlaß war, ergreifend und seelenvoll klingen, und sie reichte für die Aufgaben eines Redners im Parlament hin. Seine Gesundheit war von Hause aus sehr gut, und wie der Riese der Sage Antäus, von Herakles niedergeworfen, durch die Berührung seiner Mutter der Erde immer wieder neue Kraft erlangte, so stellte Bismarck, ein Sproß des platten Landes, bis ins hohe Alter durch häufigen und langen Landaufenthalt die im öffentlichen Dienst zerriebenen Kräfte immer wieder her. Denn das ist gewiß, daß er dem Vaterland wie seine Ruhe und Bequemlichkeit, so auch seine Gesundheit geopfert hat; wir hörten, wie er dies gelegentlich selbst in ergreifenden Tönen beklagte (S. 318). Von den schwereren Krankheitsfällen haben wir oben (S. 63 und 199) gesprochen; geringere Anfälle wiederholten sich oft, und in den höheren Jahren litt er sehr an übermäßigem Fettansatz, an häufiger Venenentzündung und an Schmerzen des Gesichtsnervensystems, an Schlaflosigkeit. Gegen diese oft qualvollen Leiden, um deren willen der amerikanische Botschafter White 1880 glaubte, er könne nicht mehr lange leben,**) fand er seit 1881 einen tüchtigen Arzt an Dr. Schweninger (geb. 1850 zu Freystadt in der Oberpfalz), der ihm mit Festigkeit seine Diät, namentlich Maßhalten im Genuß bayrischen Biers und Vermeiden schwer verdaulicher Speisen, vorschrieb und schädliche Einflüsse abzuschneiden wußte. Um Schweninger in Berlin zu halten, wurde er 1884, nicht ohne daß das mannigfachen Widerstand gefunden hätte, durch den Kultusminister von Goßler zum Professor der Hautkunde an der Berliner Universität ernannt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß dies wegen der Gesundheit eines für Deutschland unersetzlichen Mannes geschehe.

*) Gustav v. Diest, a. a. O. S. 432.

**) White, aus meinem diplomatischen Leben (Leipzig 1906) S. 137. Dort steht überhaupt eine interessante Schilderung Bismarcks, „der nach meinem Eindruck [noch] um ein Bedeutendes größer ist, als ich erwartet hatte."

In geistiger Hinsicht*) waren bei Bismarck alle menschlichen Grundfähigkeiten bis zur höchsten Vollendung entwickelt. Er besaß eine außerordentliche Schärfe des Verstandes, vermöge deren er die Dinge genau so zu sehen vermochte, wie sie waren, und vor aller Phantasterei bewahrt blieb. Woran andere sich stundenlang abarbeiteten, das erledigte er mit dem Blick des Genius in Minuten.**) Sein Wille war eisern und ließ nicht ab, bis er durchgedrungen war. Er hat den Militärkonflikt unter den schwierigsten Verhältnissen ausgefochten; er hat eine widerstrebende Reichstagsmehrheit zur Unterstützung der Kolonialpolitik erzogen und andere Mehrheiten mit wuchtigem Tatzenschlag zertrümmert, wenn sie ihm auf die Bahn nicht folgen wollten, auf der allein nach seiner Überzeugung das Wohl des Vaterlandes zu finden war. In der auswärtigen Politik hat er mit zäher Festigkeit seine Ziele verfolgt und erreicht. Diese Willenskraft übte er auch über sich selbst aus; so heiß sein Blut war, er verstand sich zu zügeln und zu warten, bis die Dinge reif waren (vgl. S. 179. 216); er gehörte nicht zu denen, welche nach Goethes Ausdruck vom April schon Rosen erwarten, und so wuchtig und rücksichtslos er überall für die deutsche Einheit eintrat, da wo dies nötig war, so hat er doch den Bogen nicht überspannt und durch kluge und großherzige Anerkennung des föderativen Hangs der Deutschen die Stämme und die Dynastien dauernd für den Zusammenschluß gewonnen (S. 219 u. 236). Wunderbar ist vor allem seine Mäßigung im Sieg (S. 173. 179); den Neid der Götter hat er nie herausgefordert und die Hybris, der Übermut, war seiner großen Seele fremd. Daß zu einer erfolgreichen Politik vor allem Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit gehören, hat er nicht bloß selbst ausgesprochen (Gedanken und Erinnerungen 2, 267), sondern er hat auch trotz aller Leidenschaft seiner Seele zuletzt immer darnach gehandelt.***) Bismarcks Gemüt war stark und tief; er liebte mit voller Kraft der Seele, und er konnte auch bitter hassen; man hat ihn daher manchmal wohl auch der Ungerechtigkeit und Schroffheit geziehen. Aber wer, wenn er Bismarck Unbill angetan hatte, um Vergebung bat, der fand nicht taube Ohren: wie einmal, als der alte Wrangel ihn fragte: „Mein

*) Hierüber vgl. Christoph von Tiedemann, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei (Leipzig 1909) S. 462—487.

**) Ebenda S. 469—71. Vgl. oben S. 352.

***) Das bezeugt sein Leben; es bezeugen es aber auch seine Mitarbeiter, so v. Brauer, „Deutsche Revue“ 1905, IV 257—274.

Sohn, kannst du nicht vergessen?" zuerst ergrimmt antwortete: „Nein;" als der Alte aber nach einer kurzen Pause fragte: „Mein Sohn, kannst du nicht verzeihen?" da sagte er: „Von ganzem Herzen," und sie blieben seitdem gute Freunde.*) Manchmal brannte im Parlament sein Zorn heiß auf, und er konnte mit blitzenden Augen vor die Gegner hintreten und sie bedrohen; weit häufiger staunt man doch über die Haltung und Vornehmheit, mit welcher er auch den giftigsten Angriffen gegenüber bewährte: die Wohlerzogenheit nicht zu verletzen war ihm zur andern Natur geworden. Seine Mitarbeiter klagten wohl, daß er übermenschliche Ansprüche an ihre Kraft stelle; aber er hielt sie auch in hohen Ehren und sprach ihnen herzlich zu.**) Das tiefe Gemüt des Gewaltigen offenbarte sich am schönsten in der Familie und im häuslichen Leben (S. 17. 354). Wie Luther, der Riese, uns auf diesem Boden so traulich und heimlich wird, daß wir ihn da erst recht verstehen und in unsere Seele aufnehmen, so auch Bismarck. Etwas Innigeres, Natürlicheres, Erquicklicheres und Reineres als seine Briefe an seine Braut und Gattin, oder an seinen Vater und seine Schwester, gibt es nicht (S. 415), und die ihn mit unversöhnlichem Hasse schmähen, können diese Briefe nicht gelesen haben; sie müßten sonst vor dem Menschen entwaffnen, wenn sie auch den Politiker nach wie vor bekämpfen mögen. „Ich habe dich geheiratet," schreibt er einmal seiner Gattin, um dich in Gott und nach dem Bedürfnis meines Herzens zu lieben und um in der fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die alle ihre dürren Winde nicht erkälten und an der ich die Wärme des heimatlichen Kaminfeuers finde, an das ich mich dränge, wenn es draußen stürmt und friert." ***) Wie oft verstehen sich der Vater und der herangereifte Sohn nicht mehr: aber ein schöneres Verhältnis als zwischen Bismarck und seinem Sohn Herbert kennt die Geschichte nicht. Der Sohn ging ganz auf im Dienst des Vaters, der auch der Dienst fürs Vaterland war, und er dachte sich ein Dasein ohne den Vater „als einen Zustand, wie ihn die nordischen Sagen aus-

*) H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches 3, 254. Der Anlaß war, daß Bismarck, um die Wünsche Österreichs zu erfüllen und einen Konflikt zu verhüten, am 15. Februar 1864 die königliche Weisung an Wrangel erwirkte, daß dieser bis auf weiteren Befehl nicht in Jütland eindringen solle, und Wrangel darauf dem König telegraphierte, diese Diplomaten, welche die schönsten Operationen störten, verdienten den Galgen.

**) S. Jungnickel, Staatsminister Albert v. Maybach S. 118.

***) Aus Frankfurt 14. Mai 1851.

malen, wenn der Wolf Fenris einſt die Sonne verſchlungen hat;“ *) der Vater aber mahnt den Sohn: „Schone dich um meinetwillen; verdirbſt du dich, ſo triffſt du nicht dich allein.“ Die Gaſtlichkeit des Bismarckſchen Hauſes war unerſchöpflich; wie viele, die bei ihm vorſprachen, ſind zu Tiſch da behalten worden, wobei er auf Gehrock oder Jackett nicht ſah, und alle entzückte er durch die Zwangloſigkeit und den ſprühenden Geiſt, den Witz und Humor ſeiner Unterhaltung. Als wir 1890 in Kiſſingen auf der oberen Saline bei ihm waren (ſ. S. 405), da ließ er ein Faß bayriſch Bier auflegen, ging wie ein Vater durch unſere Reihen, ſprach mit jedem freundlich und gemütlich und ſtieß mit ihm an. Unter etlichen fünfzig Männern war eine einzige bildhübſche junge Frau aus Heilbronn mitgekommen und hielt ſich ängſtlich im Hintergrund; „nun haben Sie aber,“ ſagte er ſcherzend, „leider das Käthchen von Heilbronn vergeſſen!“ „Nein,“ klang es von allen Seiten, „wir haben ſie da,“ und es ſpaltete ſich der Haufe: die junge Frau mußte, glühend rot vor Befangenheit, vortreten; aber mit einer Ritterlichkeit und Feinheit, die die Herzen fortriß, neigte ſich der Fürſt, mit ſeinen fünfundſiebzig Jahren noch elaſtiſch wie ein Jüngling, vor ihr, die nun ſich ein Herz faßte, und überreichte ihr die Marſchall-Niel-Roſe, die er im Knopfloch trug, ein friſches Geſchenk von Verehrerinnen, denen er vor kurzem bei der Rückkehr aus dem Bad begegnet war; die Roſe iſt dann gepreßt unter Glas und Rahmen gekommen; als Familienheiligtum ſoll ſie auch das künftige Geſchlecht beſitzen. Manchmal vergaß Bismarck wohl auch während der Tiſchunterhaltung wieder den Namen des Gaſtes und fragte dann, wenn dieſer ſich verabſchiedet hatte: „Wer war der Kerl denn nun eigentlich?“ Es klingt derb und birgt doch viel Gemüt in ſich: wer an ſeinem Tiſche ſaß, war ſein Gaſt, dem er ſich widmete bis zum Schluß, auch ohne ihn näher zu kennen: nach Art der homeriſchen Gaſtlichkeit, welche den Fremdling drei Tage lang bewirtet und dann erſt nach ſeinem Namen fragt.

Bismarck hat, wie wir am Anfang unſerer Darſtellung ſahen, eine regelmäßige Bildung genoſſen,**) und er hat in den einſamen Jahren, da er als Junggeſelle auf Kniephof und Schönhauſen lebte, durch fleißiges Leſen dichteriſcher und philoſophiſcher Werke dieſe Bildung noch weſentlich bereichert und vertieft (S. 14); der Ge-

*) Nach einem ungedruckten Brief.

**) Hans Prutz, Bismarcks Bildung, ihre Quellen und ihre Äußerung, Berlin 1904.

ſchichte hat er ſchon auf dem Gymnaſium ſich eifrig befliſſen. Die Fülle von Zitaten aus allen möglichen Büchern, die Hinweiſungen auf packende Analogien aus den verſchiedenſten Gebieten zeigen, daß ſein Wiſſen kein totes Kapital, ſondern ihm allezeit gegenwärtig und zur Hand war, um paſſend angewandt und ausgemünzt zu werden. In den Jahren, da es in dem Menſchen ſtürmt und drängt, zur Skepſis geneigt und des Betens entwöhnt, hat er ſich mit etwa dreißig Jahren durch eine im Innerſten organiſch ſich vollziehende und dann als reife Frucht plötzlich hervorbrechende Umwandlung zum lebendigen Chriſtentum durchgerungen,*) das von da an ſein unzerſtörbarer Beſitz, ſeines Herzens Troſt und ſein Teil und auch in politiſchen Kämpfen ſein letzter und beſter Rückhalt geworden iſt. Nicht umſonſt ſetzte er in ſein Grafenwappen den Wahlſpruch: in trinitate robur, im dreieinigen Gott wurzelt meine Kraft, und es war ihm ſelbſtverſtändlich, daß die Religion nicht bloß theoretiſch ſei, ſondern praktiſch „ſich betätigen müſſe auf dem Gebiet der Nächſtenliebe.“ **) Ein ſtarrer Dogmenverehrer und ſtrenger Kirchenmann iſt er nicht geweſen; der Pietismus hat ſeine hiſtoriſche Bedeutung und ſein beſonderes Recht darin und daran, daß ihm Leben in Gott mehr bedeutet, als Lehren und Denken über Gott. In dieſem Sinn aber hat er am 3. Juli 1851 ſeiner Frau ſchreiben können: „Ich begreife nicht, wie ein Menſch, der über ſich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder nichts wiſſen will, ſein Leben vor Verachtung und Langeweile ertragen kann. Sollte ich jetzt leben ohne Gott, ohne dich, ohne Kinder, ich wüßte doch in der Tat nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen ſollte wie ein ſchmutziges Hemde.“

Bismarck handhabte die deutſche Sprache ſchriftlich wie einer ihrer größten Meiſter; er gehörte ohne Frage zu den Klaſſikern des deutſchen Stils; wie gemeißelt ſtehen ſeine Sätze da, ſcharf und ſchön, verſtändlich und tief, kein Wort zu viel und keins zu wenig, alle unmittelbar nach dem Ziel gerichtet, das dem Schreiber vorſchwebt, längere Gedankenreihen wohl in einem ſchlagenden Wort zuſammenfaſſend,***) oft mit glücklichen Bildern und Gleichniſſen

*) Otto Baumgarten, Bismarcks Stellung zu Religion und Kirche, Hefte zur chriſtlichen Welt Nr. 44; Tübingen 1900: eine ganz vortreffliche Schrift, welche Bismarcks ganzes Weſen zur Darſtellung bringt. Max Lenz, kleine hiſtoriſche Schriften, München 1911.

**) Rede im Reichstag vom 9. Januar 1882 (vgl. auch oben S. 333).

***) „Wir werden unſerſeits den Namen des Junkertums noch zu Ehren und Anſehen bringen!“ 8. April 1851. „Ich bin ſtolz darauf, eine preu-

den Gedanken dem Leser vor die Seele hinstellend.*) Als Redner im Parlament **) hatte er Eigentümlichkeiten, welche seine Wirkung hätten stören können; er sprach holperig und wechselte oft ohne eigentlichen Grund den Ton, manchmal so leise selbst bei den packendsten Stellen, daß ihn nicht einmal die in seiner nächsten Nähe befindlichen Stenographen verstanden; an Brüchen im Satzgefüge (Anakoluthen) war seine Rede reich, weil die Gedanken stürmisch dem Wort voraneilten. Trotzdem war er nach dem Urteil Engels, der ihn und andere so oft gehört hat, der bedeutendste Redner, den das deutsche Parlament seit seinem Bestehen zu hören bekommen hat; selbst seine Gegner standen unter dem Bann seines lebendigen Wortes; sie empörten sich oft über vieles von dem, was er sagte, und „doch wollten sie um nichts in der Welt gerade jetzt nicht im Saale sitzen. Bismarck hat sehr oft den Saal verlassen, sobald Eugen Richter zu reden begann; Richter hat ihm nie gleiches mit gleichem vergolten." Alles an diesen Reden war einzigartig und gigantisch; man spürte ihnen den Genius an und beugte sich bewundernd oder knirschend vor ihm. Die Art, wie er das rechte Wort mühsam zu suchen schien, wie es „qualvoll geboren wurde," „wie die Gesichtsmuskeln dabei zuckten, Arme und Hände mitschafften, ein Keuchen und Stöhnen sich ihm entrang," hatte etwas, was den Hörer gefangen nahm; und dann kam das Ergebnis dieses Geburtsprozesses, Sätze von wunderbarer Schönheit, Klarheit und Kraft, riesige Blöcke, in die parlamentarischen Kieselsteinchen hineingeschleudert, Worte, die fortleben werden von Geschlecht zu Geschlecht. So mühselig das Ringen, so herrlich war die Frucht. Einer seiner verbissensten Gegner, aber selbst ein Mann von Geschmack und großem Redetalent, der Führer der württembergischen Demokratie von 1866 bis 1889, Karl Mayer, von 1881 bis 1887 Abgeordneter des zwölften württembergischen Wahlkreises (Gerabronn-Mergentheim), hat mir einmal bewundernd bezeugt, daß Bismarck ein „brillanter Causeur"

ßische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören!" 28. Januar 1863. „Nach Canossa gehen wir nicht!" 14. Mai 1872. „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!" 6. Febr. 1888.

*) Der Fortschritt, die Vorfrucht der Sozialdemokratie, 9. September 1878, 24. Januar 1887 und 23. März 1887. Tuchrock und Rock von Tuch, 1879. Oben S. 328.

**) Eduard Engel, Fürst Bismarck im Parlament, „neue freie Presse" 1. April 1910. Engel war früher Vorstand des stenographischen Bureaus im Reichstag und hatte Bismarcks Reden zu kontrollieren, ist also sehr unterrichtet. Vgl. auch White a. a. O. S. 135.

geweſen ſei, dem man mit innigem Vergnügen lauſchte; ſo erinnerte ſich Mayer beſonders, daß Bismarck, als er, von der unterwühlenden Tätigkeit der Linken ſprechend, dieſe mit einem Schieferdecker verglich, der vom Dach fiel und ausrief: cela va bien vite, pourvu que cela dure — das geht flott, vorausgeſetzt, daß es ſo andauert!*) Den innerſten Nerv aller ſeiner Reden machte doch der Patriotismus aus, der Stolz am und die Fürſorge für das Reich, vor das er ſeinen ſpeergeſpickten Schild hielt. So hat er in leidenſchaftlicher Vaterlandsliebe im Abgeordnetenhaus am 28. Januar 1886 ausgerufen: „Auf die Fraktion, welche unter allen Umſtänden negiert, möchte ich ein Sprichwort anwenden, das mir aus meiner Zeit als Deichhauptmann in Erinnerung iſt: Wat nich will dieken, dat mut wieken, was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will am Staat zu ſeinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er ſoll weichen aus dem Staat!“ Das Wort zielte zunächſt auf die Polen; aber Bismarck hat auch anderen Parteien, dem Zentrum und der Fortſchrittspartei, öfters den Vorwurf der Reichsfeindſchaft gemacht, und ſie haben ſich bitter darüber beſchwert und erklärt, daß er jeden Reichsfeind nenne, der ſeine Mittel und Wege nicht billige; ſie haben wohl den Anſpruch erhoben, dem wahren Intereſſe des Reichs beſſer zu dienen als Bismarck ſelbſt. Die Geſchichte wird über beide Teile richten, wenn ſie nicht ſchon gerichtet hat. Mit dem Reich unlösbar verbunden war ihm Macht und Kraft ſeines preußiſchen Königtums, durch das das Reich wieder erſtanden war: „als Grabſchrift, hat er in ſeinem hohen Alter geſagt, wünſchte er ſich den Zuſatz: ‚ein treuer deutſcher Diener Kaiſer Wilhelms I.‘“ **)

Faſſen wir zum Schluß Bismarcks Stellung und Bedeutung in unſerer Nationalgeſchichte ins Auge, ſo wird man jetzt ſchon ſagen dürfen, daß er zu den Rieſen gehört, zu deren Füßen die übrige Menſchheit wimmelt und zu denen ſie als zu ihren Führern aufblickt; wie in dem machtvollen Denkmal zu Hamburg, ſo ſteht er in unſerer Geſchichte da, reckenhaft, faſt übermenſchlich, unerſchütterlich, der Bahnbrecher und Behüter einer neuen Zeit. Er gehört zu den ſechs Größten, welche unſere Geſchicke vornehmlich beſtimmt haben. Arminius hat unſer Volkstum vor der Gefahr bewahrt, gleich den Kelten vom römiſchen Weſen aufgeſogen zu werden; ohne ihn

*) Der Ausdruck findet ſich auch im Brief an den Legationsrat v. Wentzel vom 16. Januar 1860, ſ. Horſt Kohl, Bismarckbriefe S. 288.

**) Bismarck-Jahrbuch 6, 339.

gäbe es heute keine deutsche Nation; der große römische Historiker, der ihn uns geschildert hat, selbst hat es ihm bezeugt, daß „er unzweifelhaft der Befreier — und damit der Retter — Deutschlands war.“ Als dann unser Volk durch die Verschiedenheit der Religion in zwei Teile gespalten zu werden Gefahr lief, hat Karl der Große durch die Unterwerfung der Sachsen und ihre Einfügung in Kirche und Reich die Einheit unseres Volkstums erhalten und dem Herrscher dieses, wesentlich germanischen, Reiches durch die römische Kaiserkrone die Führerschaft des Abendlandes verschafft, welche die Ottonen später festhielten. Als das Reich seine politische Macht über Rom und Italien verloren hatte, religiös aber unser Volk noch von Rom beherrscht wurde, zerriß Luther diese Ketten und gab uns die Möglichkeit einer rein religiösen, rein nationalen und rein weltlichen Entwicklung ohne fremden, besonders ohne hierarchischen Einschlag. In den Zeiten, da das Kaisertum der Habsburger dem nationalen Leben entfremdet war, hat Friedrich der Große die preußische Großmacht geschaffen und mit ihr die Voraussetzung der Herstellung unserer 1648 verlorenen Einheit. Goethe hat sodann unserem Volke auf der Grundlage des Protestantismus, zu dem zu gehören er als Glück seines Lebens pries, die Bahn zu reiner Menschlichkeit und zur vollen Ausgestaltung der Persönlichkeit erschlossen. Bismarck endlich hat diesem reichen geistigen Leben, das an sich roher Gewalt nicht standzuhalten vermöchte und das auch zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts mit samt der Nation selbst in seinem Dasein bedroht war, die granitne Grundlage der staatlichen nationalen Einheit gegeben. Auf ihr wird unser Volk in alle Zukunft seine politischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte frei entfalten können, wenn es auch künftig von Bismarcks Geist einen Hauch verspürt und demgemäß in den entscheidenden Stunden allen Willen und alle Kraft daransetzt, dieses hohe Gut des nationalen Staats gegen jedermann, der es antasten will, zu schirmen, im Innern wie nach außen. Wer nicht will deichen, der müsse weichen immerdar!

Dokumente

1. Wortlaut der kgl. Ordre vom 8. September 1852.

Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt wird, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich folgendes:

1. Über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich, zu veranlassen.

2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art nach den bestehenden Grundsätzen Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat.

3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. Die regelmäßigen Immediat-Vorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. September 1852.

gez. Friedrich Wilhelm.
gegengez. v. Manteuffel.

2. Bismarcks Entlassungsgesuch.

Berlin, 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende alleruntertänigste Darlegung.

Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums" war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden, und es wurde zuerst auf dem geeinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen

Abgeordneten (Meviſſen) *) auf das Bedürfnis hingewieſen, verfaſſungsmäßige Zuſtände durch Ernennung eines „Premier-Miniſters" anzubahnen, deſſen Aufgabe es ſein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Geſamtminiſteriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat dieſe konſtitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden „Präſidenten des Staatsminiſteriums" ernannt in Graf Arnim, Camphauſen, Graf Brandenburg, Freiherr v. Manteuffel, Fürſt von Hohenzollern, nicht für ein Reſſort, ſondern für die Geſamtpolitik des Kabinetts, alſo der Geſamtheit der Reſſorts. Die meiſten dieſer Herren hatten kein eigenes Reſſort, ſondern nur das Präſidium, ſo zuletzt vor meinem Eintritt der Fürſt von Hohenzollern, der Miniſter v. Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihm ob, in dem Staatsminiſterium und deſſen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine miniſterielle Verantwortlichkeit, wie ſie das Weſen des Verfaſſungslebens bildet, nicht durchführbar iſt. Das Verhältnis des Staatsminiſteriums und ſeiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Inſtitution des Miniſterpräſidenten bedurfte ſehr bald einer näheren, der Verfaſſung entſprechenden Regelung, wie ſie im Einverſtändnis mit dem damaligen Staatsminiſterium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt iſt. Dieſe Ordre iſt ſeitdem entſcheidend für die Stellung des Miniſterpräſidenten zum Staatsminiſterium geblieben, und ſie allein gab dem Miniſterpräſidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Geſamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Miniſter allerhöchſte Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verſtändigung mit ſeinen Kollegen, ſo iſt eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich ſein kann, nicht möglich. Keinem Miniſter und namentlich [nicht] dem Miniſterpräſidenten bleibt die Möglichkeit, für die Geſamtpolitik des Kabinetts die verfaſſungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der abſoluten Monarchie war eine Beſtimmung, wie ſie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute ſein, wenn wir zum Abſolutismus ohne miniſterielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht beſtehenden verfaſſungsmäßigen Einrichtungen aber iſt eine präſidiale Leitung des Miniſterkollegiums auf der Baſis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber ſind, wie in der geſtrigen Staatsminiſterialſitzung feſtgeſtellt wurde, meine ſämtlichen Kollegen mit mir einverſtanden, und auch darüber, daß auch jeder meiner Nachfolger im Miniſterpräſidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieſes Bedürfnis noch ſtärker hervortreten wie bei mir, weil ihm nicht ſofort die Autorität zur Seite ſtehen wird, die mir ein langjähriges Präſidium und das Vertrauen der beiden hochſeligen Kaiſer bisher

*) Sollte nicht zu leſen ſein: durch den damaligen liberalen Abgeordneten Meviſſen?

verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich einem Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicherzustellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahr 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Eurer Majestät sicherzustellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außerstande, Eurer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mitteilungen, welche mir der General v. Hahnke und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrechterhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Eurer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner Ämter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf, zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis deminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M., mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstag und seinen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Tätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es tunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und die äußere Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände wie der bayerischen oder

sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstag gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in ...*) gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Eurer Majestät in unseren Beziehungen zu ...**) unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir ... nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Zivil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benützen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird.

gez. von Bismarck.

3. Erstes Schreiben des Kaisers an Bismarck.

Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen,

*) Kiew. **) Rußland.

bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so tue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und tatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen. Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters! In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener dankbarer Kaiser und König.

Berlin, 20. März 1890. Wilhelm I. R.

4. Zweites Schreiben des Kaisers an Bismarck.

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hilfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen

Ihre Schuldigkeit als Soldat getan, und ſeitdem bis auf dieſen Tag ſind Sie mit nie raſtender Sorgfalt und Aufopferung bereit geweſen einzutreten, um unſerem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohltaten des Friedens zu ſchaffen. Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunſch hege, den Mann, der ſo Großes geleiſtet, auch fernerhin in der höchſten Rangſtellung ihr erhalten zu ſehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Oberſten der Kavallerie mit dem Rang eines Generalfeldmarſchalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieſer Ehrenſtellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, 20. März 1890. Wilhelm.

An den General der Kavallerie Fürſten v. Bismarck à la suite des Küraſſier-Regiments v. Seydlitz, Magdeburgiſches Nr. 7 und des 2. Garde-Landwehr-Regiments.

Wichtigſte Bismarckliteratur

I. Quellenwerke.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Zwei Bände, Stuttgart, Cotta, 1898 (Volksausgabe, mit Regiſter verſehen, 1905).

— — Anhang, herausg. von Horſt Kohl. I. Kaiſer Wilhelm und Bismarck. II. Aus Bismarcks Briefwechſel. Stuttgart, Cotta 1901.

Bismarckbriefe 1836—1872. Herausg. von Horſt Kohl. Bielefeld, Velhagen u. Klaſing, 1897.

Neue Bismarckbriefe. Herausg. von Heinrich von Poſchinger. 1889—1891.

Bismarcks Briefe an ſeine Braut und Gattin. Herausgegeben vom Fürſten Herbert Bismarck. Stuttgart, Cotta, 1900.

Bismarcks Briefe an ſeine Gattin aus dem Kriege 1870—71. Stuttgart, Cotta, 1903.

Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach. Herausgegeben von Horſt Kohl. Stuttgart, Cotta, 1896.

Bismarcks Briefwechſel mit dem Miniſter Freiherrn von Schleinitz 1858 bis 1861. Stuttgart, Cotta, 1905.

Bismarck, Politiſche Reden. Hiſtoriſch-kritiſche Geſamtausgabe beſorgt von Horſt Kohl. Vierzehn Bände, Stuttgart, Cotta, 1892—1905.

Bismarck-Jahrbuch. Herausgegeben von Horſt Kohl. Sechs Bände, Stuttgart, Cotta, 1894—1899.

Buſch, Moritz, Tagebuchblätter. Drei Bände, Leipzig, Grunow, 1899.

Geſchichte des Fürſten Bismarck in Einzeldarſtellungen. Herausg. von Johannes Penzler. Breslau, Trewendt.

1. Band. Schmidt, Dr. Georg, Das Geſchlecht von Bismarck. 1908.
2. Band. Penzler, Johannes, Jugendgeſchichte des Fürſten Bismarck (bis 1851). 1907.
8. Band. Herrfurth, Dr. Kurt, Fürſt Bismarck und die Kolonialpolitik. 1909.
13. Band. Penzler, Bismarck und die „Hamburger Nachrichten“. I. Band. April 1890 bis März 1892. 1907.

Weitere Bände ſind nicht mehr erſchienen.

Hahn, Ludwig, Fürſt Bismarck. Sein politiſches Leben und Wirken urkundlich in Tatſachen und des Fürſten eigenen Kundgebungen dargeſtellt. Fortgeführt von C. Wippermann. Fünf Bände, Berlin, Hertz, 1878—1891.

Keudell, Robert von, Fürſt und Fürſtin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846—1872. Stuttgart, Spemann. 1901.

Mittnacht, Freiherr von, Erinnerungen an Bismarck. Zwei Bändchen, Stuttgart, Cotta. 1904—1905.

Penzler, Johannes, Fürſt Bismarck nach ſeiner Entlaſſung. Sieben Bände. Leipzig, Fiedler. 1897—1898.
— — Bismarck und die „Hamburger Nachrichten“.
ſiehe: Geſchichte des Fürſten Bismarck in Einzeldarſtellungen.
Poſchinger, Heinrich v., Preußen im Bundestag 1851—1859. Dokumente der kgl. preußiſchen Bundestags-Geſandtſchaft. Vier Teile. Leipzig, Hirzel. 1882—1885.
— — Fürſt Bismarck und der Bundesrat. Fünf Bände. Stuttgart, Deutſche Verlagsanſtalt. 1897—1901.
— — Neue Berichte Bismarcks aus Frankfurt am Main. 1851—1859. Breslau, Trewendt. 1906.
— — Fürſt Bismarck und die Diplomaten 1852—1890. Hamburg, Verlagsanſtalt. 1900.
— — Fürſt Bismarck und die Parlamentarier. Drei Bände. Breslau, Trewendt. 1894—1896.
— — Fürſt Bismarck als Volkswirt. Fünf Bände (zwei Bände davon Akten). Berlin, Heymann. 1889—1891.
— — Die Tiſchgeſpräche des Reichskanzlers. Siehe Bismarck und die Parlamentarier, 1. Band.
— — Neue Tiſchgeſpräche und Interviews. Herausg. von H. von Poſchinger. Stuttgart, Verlagsanſtalt. 1895.
— — „Alſo ſprach Bismarck.“ I. 1846—1870. II. 1870—1888. Wien 1910.
Tiedemann, Chriſtoph v., Aus ſieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Zweiter Band: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürſten Bismarck. Leipzig, Hirzel. 1909.

II. Darſtellungen.

Allers, C. W., Unſer Bismarck. Tafeln mit Text von H. Krämer, Stuttgart, Union. 1894.
Blum, Hans, Fürſt Bismarck und ſeine Zeit. Eine Biographie für das deutſche Volk. Sieben Bände. München, Beck. 1894—1895.
Kreutzer, J., Otto von Bismarck, Sein Leben und ſein Werk. Zwei Bände. Leipzig, Voigtländer. 1900.
Lenz, Max, Geſchichte Bismarcks. Leipzig, Dunker und Humblot. 1902.
Matter, Paul, Bismarck et son temps. 3 vol. Paris, 1905—1908.
Marcks, Erich, Bismarck. Eine Biographie. 1. Band. Bismarcks Jugend. 1815—1848. Stuttgart, Cotta, 1909.
Singer, Arthur, Bismarck in der Literatur. Ein bibliographiſcher Verſuch. Würzburg, Kabitzſch, 1909.

Regiſter

Aargauer Nachrichten 379.
Abeken, Heinrich, Geheimer Regierungsrat 184. 241.
Abdul Hamid, Sultan der Türkei 380.
Abgeordnetentag, deutſcher, 108. 118. 142.
Adolf, Herzog von Naſſau 206.
Ägypten 49.
Ahrensböck 197.
Albert, Kronprinz von Sachſen 172. 282.
— König von Sachſen 412.
Albrecht, Erzherzog von Öſterreich 174. 182.
— Prinz von Preußen 22. 128.
Alexander I., Fürſt von Bulgarien (Battenberg) 364. 367—372.
— II., Kaiſer von Rußland 54 f. 58 f. 72. 95. 102. 125. 192. 196. 217. 258.
— Verhalten zu Frankreich 344 bis 349. 352.
— Verhalten 1879 356—358.
— III., Kaiſer von Rußland 363. 372. 389. 419.
Alexandrówo 258.
Alice, Prinzeſſin von England 376.
Allgem. Zeitung in München 404.
Allianz, heilige 66.
Alſen 123. 128.
Altenburg 200.
Altersverſicherung 333.
Alters- und Invaliditätsgeſetz 380.
Altkatholiken 310.
Altliberale Partei 203.
Altona 152. 169. 332.
Alvensleben, Guſtav von, preuß. General 96. 97.
Amadeo, Herzog von Aoſta 222.
Amendement Bennigſen 302.
Amrum 129.
Andraſſy, Julius Graf, öſterreich. Miniſter 344. 346. 357—359.
Angra Pequena 340.
Anhalt 139. 200.
Anſiedelungskommiſſion 335.
Antiſemiten 380.
Antonelli, Giacomo, Kardinal 315.
Arbeiterverſicherung 333.
Ardahan 353.
Arnim, Harry Graf, preuß. Geſandter 311. 317. 344.
— Oskar Graf von 12. 70.
—-Boitzenburg, Graf 9.
—-Heinrichsdorf, von, Landtagsabgeordneter 196.
Arnimparagraph 420.
Aßmann, Abgeordneter 132.
Auerswald, von, preuß. Oberſt 255.
Augsburg 189.
Auguſta, Königin von Preußen, Kaiſerin von Deutſchland 84. 101. 119. 165. 287. 329.
Auskultator-Examen 8.
Ausnahmegeſetz 325.

Baden 107. 192.
— Verhalt. n. 1860 206. 210. 262.
— in Verſailles 270 f.
Balkan 364.
Balleſtrem, Franz Graf von, Abgeordneter 317.
Bamberger, Ludwig, Abgeordneter 284. 332. 334. 340.
Bannerwitz, Buchbindermeiſter 164.
Barral, Graf, ital. Geſandt. 156. 157.
Barth, Theod., Abgeordn. 406. 415.
Batum 353.
Bayern 30. 44. 47. 48. 92. 107. 130. 131. 133. 134. 154. 166. 189. 191. 192. 206. 210. 262.
Bismarck und Bayern 138. 192 f. 280.
— Verhalten 1870 266 f.
Bayreuth 192.
Bazaine, François, franz. Marſchall 260. 376.

Bazeilles 256.
Beaconsfield (Disraëli), Benjamin Lord, engl. Miniſter 76. 352.
Beaumont 256.
Becker, Otto, Attentäter 66.
Belcrèdi, Graf, öſterr. Miniſter 148. 167.
Belfort 289. 291. 346.
Belgien 145. 189. 195. 205 f. 253. 254. 259.
Bellermann, Profeſſor 6.
Below-Hohendorf, von 63. 68. 87.
Benedek, Ludwig Auguſt v., öſterr. General 168. 172. 182.
Benedetti, Vincent Graf, franz. Geſandter 156. 180. 183. 189—191. 195. 205 f. 234—254.
Bennigſen, Rudolf von, Abgeordn. 105. 108. 202. 203. 206. 301. 302. 315. 321. 322. 328. 335.
Berlepſch, Hans Freiherr von, preuß. Miniſter 378.
Berliner Kongreß 342. 352—356.
— Lokalanzeiger 384.
— Neueſte Nachrichten 404.
Bernhardi, Theodor von, Geſchichtsſchreiber 233.
Bernſtorff, Graf von, preuß. Miniſter 66. 71. 73. 74. 82 f. 92.
Beſſarabien 353.
Betſchuanaland 341.
Bethuſy-Huc, Graf von, Abg. 202.
Beuſt, Friedr. Ferd. Graf von, ſächſ. u. öſterr. Miniſter 108. 122. 160. 191. 226. 258. 279.
Biarritz 77. 143.
Biedenkopf 194.
Bielsky, Dr. Bürgermeiſter von Prag 177.
Bismarck, Otto, Jugend 4 f., Univerſität 7., Landwirt 10, Ehe 15 f., Politiker 19 f., Verhalten 1848 f. 23 f., in Frankfurt 39, in Petersburg 58, in Paris 75, Miniſterpräſident 83 f., Konflikt 86 f., Schleswig-Holſtein 116 f., in Biarritz 143, Redefreiheit der Abgeordneten 149, bei Königgrätz 173, im norddeutſchen Bund 198 f., Emſer Depeſche 238—248, in Verſailles 262—286, Reichskanzler 293, im Kulturkampf 312 f., Sozialreform 332 f., Bündnis mit Öſterreich 356 f., unter Kaiſer Friedrich 370, unter Wilhelm II. 373, Sturz 380—400, (Aktenſtücke dazu 433—438), Letzte Jahre 403—424, Familienleben 15—17. 198 f. 354. 407. 414 f. 427, Entlaſſungsgeſuche 219, 308. vgl. 359, Würdigung 424—432.
Bismarck, Bernhard 4. 10.
— Johanna, von, geb. von Puttkamer 15 f., 414.
— Margarete Fürſtin, geb. Gräfin Hoyos 402.
— Marie 17. 415. 423.
— Herbert 17. 255. 341. 399. 423. 427.
— Wilhelm 17. 255. 399. 423.
— Wilhelmine, geb. Mencken 4. 9.
— -Arnim, Malwine 12. 70.
— -Bohlen, Graf von 199.
Bismark, Stadt 3.
Blanckenburg, Moritz von 11. 14.
— Hedwig von 16.
Bleichröder, Bankier 319. 386.
Blowitz, Herr von 346.
Blumenau 183.
Bluhme, Chriſtian, däniſcher Miniſter 128.
Blumenthal, Leopold Graf von, preuß. General 184. 287.
Bockum-Dolffs, Florens von, Abgeordneter 86. 87. 94. 98.
Bodelſchwingh, von, preuß. Miniſter 139. 153.
Böhmen 160.
Böhmiſcher Krieg von 1866 170 f.
Bologna 161.
Bonin, Eduard von, preuß. Kriegsminiſter 51. 52. 66.
Bonnell 6.
Borgoforte 172.
Borries, Fried. Wilh. Otto Graf von, hannöv. Miniſter 64.

Bosnien 51. 356.
Böttticher, Karl Heinrich v., Staatssekretär, preuß. Minister 387. 396. 412. 417.
Boulanger, Georges, franz. General und Minister 364. 366. 372.
Branntweinmonopol 339.
Brandenburg, Fried. Wilh., Graf von, preuß. Minister 26.
Brandenburg-Westhavelland-Zauche-Belzig 27.
Brauchitsch, von, Abgeordneter 19.
Braunschweig 43. 107. 133. 171. 200.
Bray-Steinburg, Graf von, bayer. Minister 266—271.
Bremen im Zollverein 331—332.
Breszia 161.
Breslau 169.
Breuner, Baron, österr. Ges. 40.
Bucher, Lothar, Staatsmann 199. 201. 231. 326.
Budberg, Baron von, russ. Ges. 75.
Budgetrecht 203.
Bukarest 155.
Bulgarien 353. 372.
Bülow, Bernhard Freiherr von, Staatssekretär 422.
Bundeskanzler 204.
Bundesrat 200 f.
Bundestag zu Frankfurt 39—57. 199. 158. 169.
Bunsen, Christian, Freiherr von, preuß. Gesandter 51. 52.
Buol, Karl Fried. Graf von, österr. Minister 44. 51.
Buren 341.
Burgstall 3.
Bürklen, Dr. Reichstagspräs. 416.
Busch, Moritz, Geschichtsschreiber 282. 384.

Camphausen, Ludolf von, preuß. Minister 24. 322.
— Otto von, preußischer Minister 221.
Canitz, Freiherr von, preuß. Gesandter 223.
Canossa, Gang nach 316. 331.
Caprivi, Leo Graf von, Reichskanzler 246. 247. 399. 404. 408. 409. 412. 414.
Cavignan, Prinz von 177.
Caulsdorf 193.
Cavour, Camillo Graf, ital. Staatsmann 54. 59.
Chamberlain, Jos., engl. Min. 364.
Charlotte, Kaiserin v. Rußland 58.
Chartistische Sozialisten 49.
Chaudordy, franz. Kabinettschef 182.
China 116. 418. 422.
Cholera 178. 183.
Christian I., Herzog von Schleswig-Holstein, König von Dänemark 110. 112.
— VIII., König von Dänemark 48.
— IX., König von Dänemark 367.
— Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 48.
— IX., König v. Dänemark 114 f., 132 f.
Christlich-Soziale 335.
Cialdini, Enrico, ital. General 161. 177.
Cochery, franz. Abgeordneter 235.
Cohen, Ferdinand, Attentäter 164.
Cortes, spanische 232.
Cowley, Henry, engl. Gesandter 42.
Cremona 161.
Crispi, Francesco, ital. Minister 362. 363.
Cusa, Alexander, Hospodar der Moldau und Walachei 155.
Custoza 174. 177.

Daily Telegraph 197.
Dalwigk, Karl Freiherr von, hess. Minister 194. 206. 264. 270.
Dänemark 29. 104. 110 f. 181.
Dänen im Reichstag 203.
Danewerk 122.
Danzig 101.
Danziger Militärstation 139.
Decazes, Elie Herzog von, franz. Minister 346. 347.
Deichhauptmannschaft 17. 431.
Deines, von, preuß. Major 376.

Deklaranten 319.
Delbrück, Hans, Prof., Geſchichtsſchreiber 187. 251. 390. 413.
— Rudolf, preuß. Staatsmann 131. 201. 204. 220. 230. 264—278. 300. 319. 320.
Delegationen 67.
Demokraten in Württemberg 213. 215.
Derby, Edward Lord, engl. Miniſter 346. 353.
Deutſche Partei 339. 380.
Deutſche Rundſchau 374.
Deutſch-franzöſ. Krieg 255—293.
Deutſchfreiſinn. Partei 334. 365. 380.
Deutſchkonſervative Partei 319.
Dienſtzeit, dreijährige, — zweijährige 65. 81. 148.
Diäten der Abgeordneten 204.
Dieſt-Daber, von, Abgeordneter 319.
Diktaturparagraphen 298.
Direktorpoſten, dritter 335.
Disraëli, Benjamin (Lord Beaconsfield), engl. Miniſter 76. 352.
Donalies, Appellationsgerichtsrat 149.
Donaufürſtentümer 50. 51.
Donchery 257.
Dotation an Generale 198. 293.
Dreibund 362.
Dreikaiſerverhältnis 344. 363.
Dreiklaſſenwahlſyſtem 32.
Dreikönigsbündnis 32. 34.
Dresden 408.
Drouyn de l'Huys, franz. Miniſter 142. 182. 189. 191.
Duisburg 405.
Duncker, Max, Geheimer Rat 199.
Düppeler Schanzen 122. 123.

Egloffſtein, Freiherr von, württ. Kabinettchef 274.
Eiderdänen 104. 113.
Eiſen und Blut 87.
Eiſenbahnanlehen 19. 20.
Eiſenbahnen, preuß. Verſtaatlichung 337.
Eldena 10.
Elias, Kaufmann 164.
Eliſabeth Luiſe, Königin von Preußen 165.
Elmshorn 115.
Elſaß-Lothringen 260. 269. 297. 298.
Elſäſſer im Reichstag 380.
Ems 236 f.
Emſer Depeſche 238—248. 411.
England 48. 49. 50. 120. 122. 163. 177. 258. 341.
— bei Bismarcks Sturz 382. 405.
Entente cordiale Frankreichs mit Preußen 75.
Erfurt 33.
Ernſt, Herzog von Altenburg 171.
— Herzog von Koburg-Gotha 68. 74. 105. 165.
Eſſen 309.
Eſterhazy, Moritz Graf, öſterr. Miniſter 167.
Eugenie, Kaiſerin von Frankreich 76. 179. 249. 250.
Eulenburg, Botho Graf von, preuß. Miniſter 324. 330.
— Friedrich Graf von, preuß. Miniſter 99. 105. 139. 242. 311. 317. 322.
Exekution 113.
Expatriierungsgeſetz 314. 330.

Falk, Adalbert, preuß. Miniſter 313. 329.
Favre, Jules, franz. Miniſter 259. 260. 288. 290.
Ferdinand, Fürſt von Bulgarien (Koburg-Kohary) 367.
— König von Portugal 222.
Ferrières 260. 288.
Ferry, Jules, franz. Miniſter 362.
Feſter, Richard, Geſchichtsſchreiber 225 f.
Feſtungsviereck 168.
Finck, Appellationsgerichtsrat 149.
Fiſchbeck 3.
Fiſcher, Hannibal 46. 132.
Flensburg 122.
Fleury, Graf, franz. Geſandter 96.
Florenz 155.
Flotte, deutſche 45. 46.

Fontainebleau 75.
Föhr 129.
Forckenbeck, Max von, Abgeordn. 88. 99. 196. 200. 322. 325. 371.
Fortſchrittspartei 71. 85. 109. 196. 202. 203. 305.
Franchi, Aleſſandro, päpſtl. Staatsſekretär 324.
Frankenberg, Graf Fred, Abg. 202.
Franckenſtein, Georg Freiherr von, Abgeordneter 327.
Franckenſteinſche Klauſel 327. 328.
Frankfurts Anſchluß an Preußen 189. 196. 200. 219.
Frankfurter Friede 292.
— Fürſtentag 105—107.
Frankreich 48. 50. 102. 154.
1866: 174 f. 188. 192. 205 f.
1870: 225. 233 f. 255 f.
1875: 345 f.
1881: 348. 361 f.
Franſecky, Eduard von, preuß. General 183.
Franz, Großherzog von Mecklenburg 189.
Franz Joſeph, Kaiſer von Öſterreich 44. 103. 105. 122. 135. 138. 146. 225 f. 249. 344. 357.
— Verhalten 1864—66: 161 f. 167. 178 f.
— Verhalten 1879: 359.
Frei bis zur Adria 146.
Freihafen 332.
Freihandel 319.
Freikonſervative Partei 202. 203. 297. 327. 366. 377.
Freizügigkeit 217.
Frenzel, Abgeordneter 149.
Fresnois 257.
Freydorf, Rudolf von, badiſcher Miniſter 270.
Freytag, Guſt., Schriftſteller 85. 263.
Friedberg, Dr. von, preuß. Miniſter 375.
Friedjung, Heinrich, Geſchichtsſchreiber 168.
Friedrich, Großherzog von Baden 168. 210. 252. 279. 286. 382. 393.
Friedrich VII., König von Dänemark 48. 103. 110 f.
— Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen 231.
— Wilhelm, Kurfürſt von Heſſen 73. 91.
— Karl, Prinz von Preußen 122. 172. 206.
— Wilhelm III., König von Preußen 18.
— — IV., König von Preußen 16. 19 f. 51—57. 64.
Friedrich, Kronprinz von Preußen 54. 82. 99. 100. 139. 153. 164. 172 f. 230. 263. 324. 370.
— Verhalten im Konflikt 101.
— Verhalten 1866 185. 187.
— in Verſailles 279. 280.
— im Kulturkampf 329.
Friedrich III., Kaiſer von Deutſchland 370—373.
— Erbprinz von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Auguſtenburg 48. 115 f. 132 f. 151. 197.
Friedrichsort 136. 404 f.
Friedrichsruh 293. 403 f.
Fries, Abgeordneter 218.
Frieſen, Richard Freiherr von, ſächſ. Miniſter 264. 270.
Fünen 128. 129.

Gablenz, Freiherr Anton von 166. 167. 183.
— Ludwig Karl Wilh. Freiherr von, öſterr. General 122. 151. 169. 178.
Galizien 72.
Galliffet, Marquis de, franz. General 175.
Gambetta, Léon, franz. Staatsmann 250. 286. 289. 323. 362.
Gaſſer, von, bayer. Geſandter 267. 274.
Gaſtein 105. 359.
Gaſteiner Vertrag 139 f. 151.
Gautſch, Polizeikommiſſär 366.
Geeſtemünde 406.
Geffcken, Heinrich, Profeſſor Dr. Staatsrat 374—377.

Gehlſen, Joachim, Zeitungsherausgeber 319.
Gerhardt, Karl von, Prof. Dr. 370.
Gerlach, Leopold v., General 22. 39.
— Ludwig von 18. 22. 39.
Germania, Zeitung 409.
Georg, Kronprinz v. Hannover 12.
Gersfeld 193.
Gewerbefreiheit 217.
Gier, Abgeordneter 20.
Gießen 194.
Giskra, Dr., Bürgermeiſter von Brünn 182.
Gitſchin 172.
Gladſtone, William, engl. Miniſter 364.
Glatz, Grafſchaft 133.
Gneiſt, Rudolf von 86.
Godeffroy, Handelshaus 340.
Goltz, Robert Graf von der, preuß. Botſchafter 71. 143. 153. 154. 180. 191.
Gontaut de Biron, Vicomte, franz. Geſandter 323. 344. 345. 348.
Gortſchakow, Alexander Michaëlowitſch, Fürſt, ruſſ. Miniſter 42. 58. 72. 95. 97. 103. 258. 347—349. 418.
Goßler, Guſtav von, preuß. Miniſter 330.
Göttingen 7.
Gottorp 133.
Govone, Giuſeppe, ital. General 155—157. 161.
Grab, das heilige 50.
Grabow, Wilhelm, Landtagspräſident 148. 151. 196.
Gramont, Antoine Herzog von, franz. Miniſter 183. 234 f.
Granville, Georg Graf, engl. Miniſter 341.
Greifswald 9.
Grenzboten 86. 390.
Großdeutſchland 93.
Güns 410. 413.
Gymnaſium, Friedrich Wilhelmsgymnaſium 5.
— zum grauen Kloſter 5. 7.
Gyulay, Franz Graf von, öſterr. General 60.

Hahnke, General von, Kabinettschef 396.
Hall, Karl Chriſtian, däniſcher Miniſter 111 f.
Halle 169.
Hamburg im Zollverein 331. 332.
Hamburger Nachrichten 385. 403. 418. 420.
Hammacher, Friedr., Abgeordn. 202.
Hammerſtein, Freiherr von, Redakteur 381.
Handelsvertrag mit Frankreich 92. 130.
— mit Italien 147.
— mit Öſterreich 407.
„Handlanger“ 421.
Hänel, Profeſſor, Abgeordneter 307.
Hannover 43. 46. 92. 107. 111. 115. 130. 132. 134. 139. 144. 176.
— Annexion von Preußen 178. 180. 196. 200. 219.
Hannöverſcher Kurier 384.
Hanovera, Korps 8.
Hanſen, däniſcher Agent 176.
Hanſeſtädte 171. 200.
Harden, Maxim., Schriftſteller 243.
Harnack, Adolf Profeſſor 381.
Hartmeyer, Dr. Julius 403.
Hatzfeld, Maximilian Graf, preuß. Geſandter 56.
Havas, Agentur 233.
Heeresreorganiſation, preuß. 64 f. 82 f.
— deutſche 300. 301.
Heidelberg 189.
Heilbronn 405.
Heinrich, Prinz von Preußen 412. 417. 421.
Helene, Großfürſtin von Rußland 259.
Helgoland 405.
Helldorf-Bedra, von, Abgeordn. 390.
Henckel von Donnersmarck, Guido Graf, Abgeordneter 323.
Hepke, geheimer Rat 199.

Herbette, Jules, franz. Geſandt. 366.
Herrenhaus, preuß. 88. 196.
Herring, Baron, öſterr. Handelsgerichtspräſident 182.
Herwarth von Bittenfeld, preuß. General 172. 198.
Heſekiel, Georg Ludwig 20.
Heſſen-Darmſtadt 44. 92. 107. 115. 130. 133. 170 f. 190. 194. 200. 206. 210.
— in Verſailles 264. 270. 277.
Heſſen-Homburg 30. 92. 194.
Heydt, Auguſt Freiherr von der, preuß. Miniſter 71. 82 f. 195. 211.
Hobrecht, Arthur, preuß. Min. 324.
Hödel, Attentäter 324.
Hofmann, heſſiſcher Miniſter 270.
Hohenlohe-Ingelfingen, Fürſt Adolf von, preuß. Miniſter 85.
—-Schillingsfürſt, Anton Prinz von, Kardinal 315.
—-Schillingsfürſt, Chlodwig Fürſt von, bayer. u. preuß. Miniſter 210. 266. 312. 317. 336. 344. 347. 382. Reichskanzler 414. 421.
Hölder, Julius von, württemb. Abgeordneter 275.
Holland 113. 205 f.
Holnſtein, Graf, bayer. Oberſtallmeiſter 282. 283.
Holſtein 73. 107. 151. 200.
Hompeſch, Alfred Graf von, Abgeordneter 420.
Hanotaux, Gabriel, Geſchichtsſchreiber 345.
Horſchitz 176. 178.
Hoverbeck, Leopold Freiherr von, Abgeordneter 150. 198.
Hübner, Baron 59.

Indemnität 195. 196.
Indépendance Belge 142.
Iſabella, Königin von Spanien 221. 222 f.
Italien 59 f. 74. 139. 141.
— Bündnis mit Preußen 154 f. 174 f.
— im Dreibund 362.
Itzehoe 169.
Itzenplitz, Heinrich Graf von, preuß. Miniſter 71.

Jacobini, Ludovico, päpſtl. Staatsſekretär 365.
Jagow, von, preuß. Miniſter 71.
Japan 116.
Jarcherlin 10.
Jauréguiberry, Jean Bernard, franz. Admiral 290.
Jena, Bismarck in 409.
Jerôme Napoleon, Prinz v. Frankreich 57.
Jeſuitengeſetz 313. 330.
Joachim I., Kurfürſt von Brandenburg 134.
Johann, König von Sachſen 107. 171. 194. 264.
Jolly, von, badiſcher Miniſter 270. 273—274. 290.
Jörg, Abgeordneter 316.
Joſſeau, franz. Abgeordneter 235.
Journal officiel 254.
Juarez, Carlo, Präſident v. Mexiko 143.
„Junker“ 85.
Jütland 122. 128.

Kabinettsordre vom 8. September 1852 385 f. Wortlaut derſ. 433.
Kaiſerproklamation in Verſailles 285.
Kaliſch 96.
Kálnoky, Guſtav Graf von, öſterr. Miniſter 408.
Kamarilla 51. 55. 57.
Kamerun 341.
Kämmel, Otto 390.
Kanzelparagraph 312. 330.
Kapitulanten 82. 148.
Kardorff, Wilhelm von, Abgeordneter 326.
Karl X., König von Frankreich 76.
— Prinz von Hohenzollern, König von Rumänien 156. 223.
— Anton, Fürſt von Hohenzollern-Sigmaringen 222 f.

Karl, Prinz von Preußen 165. 188. 201.
— Alexander, Großherzog von Weimar 398.
— König von Württemberg 191. 192. 216. 267. 272.
Karolinen 342.
Karolyi, Aloys Graf von, öſterr. Geſandter 93. 122. 152. 170. 188.
Kars 353.
Kartätſchenprinz 26. 394.
Kartell 366.
Katholiſche Abteilung 312. 330.
Keudell, Robert von, Miniſterialrat 224.
Keyſerling, Graf Alexander 8.
Kiau-Tſchou 421.
Kiel 115. 136. 139 f. 169.
Kirchenſtaat 59. 163. 225.
Kiſſingen 306. 316. 321. 409.
Klöſter 330.
Kniephof 4. 10. 12 f. 198.
Koburg-Gotha 107. 200.
Kolding 122.
Kölniſche Volksztg. 404. 413. 419.
— Zeitung 345.
Kolonialgeſellſchaft, Deutſche 340.
Kondominium 133. 140.
Kongoſtaat 342.
Königgrätz 172.
Königsberger Krönung 70.
Königsgeſetz, däniſches 114.
Könneritz, von, Zivilkommiſſar 133.
Konſervative Partei 51. 109. 165. 196. 203. 319. 327. 335. 366. 377. 380.
— Gegenſatz zu Bismarck 218.
— verſchärfter Gegenſatz zu Bismarck 297. 317 f.
Konſtantin, Großfürſt von Rußland 95.
Konſtantinopel 49 f.
Konvention Alvensleben 96.
Köpke, Gymnaſialdirektor 5.
Koſſuth 49.
Krankenverſicherung 333.
Kranker Mann, der 49.
Krauſe, Abgeordneter 20.
Kreisordnung 84. 317.
Kreuzztg. 26. 57. 60. 318. 319. 381.
Kreta 49. 221.
Krimkrieg 50.
Kronſtadt 419.
Kronſyndici 134. 142. 147.
Krüger, Paul, Präſident v. Transvaal 341.
Kübeck, Karl Fried. Freiherr von, öſterr. Geſandter 119. 169. 170.
Kullmann, Attentäter 316.
Kulturkampf 308—330.
Külz 10.
Kurheſſen 44. 73. 107. 109. 133. 139. 170 f. 176. 180. 196. 200.

Lahrer Dorfzeitung 159.
Lamarmora, Alfonſo Cavaliere del, ital. Miniſter 155. 177.
Landau 154. 163. 190. 195.
Landtag, preußiſcher 19. 21. 27. 32. 147. 166. 195.
Landwehr 65.
Lariſch, Graf, öſterr. Miniſter 167.
Lasker, Eduard, Abgeordneter 202. 217. 268. 275. 302. 303.
Laſſalle, Ferdinand 153. 160. 332.
Lauenburg 129. 140. 147. 149. 397.
— preußiſch 197.
Lavalette, Charles Marquis de, franz. Miniſter 175.
Leboeuf, Edmond, franz. Miniſter, Marſchall 234. 249.
Le Coq 39.
Lederer, von, Zivilkommiſſär 133.
Ledochowski, von, Erzbiſchof von Poſen 310.
Le Flô, Adolphe, franz. Botſchafter 346.
Legnago 168.
Leipzig 194.
Leipziger Neueſte Nachr. 388. 404.
Lenbach, Franz, Maler 409.
Leo XIII., Papſt 323. 330. 342. 365.
Leopold II., König von Belgien 145. 342.
— Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen 222 f.

Le Sourd, franz. Geschäftsträger 234. 252.
Levetzow, von, Reichstagspräs. 416.
Liberale, Gegensatz zu Bismarck 21.
— Einvernehmen mit Bismarck 217. 321.
— neuer Gegensatz 328.
— in Bayern 215.
Lichnowsky, Karl Fürst, Abgeordneter 24.
Liebknecht, Wilhelm, Abgeordneter 244. 253. 421.
Liechtenstein 30.
Li-Hung-Tschang, chines. Vizekönig 418.
Liman, Paul, Schriftsteller 388.
Limburg 107.
Linke, laßt nicht vom Linken 329.
Lippe, Leopold Graf zur, preuß. Minister 71. 99. 149.
Lippe-Detmold 200.
Loch in den Vogesen 291.
Loë, Fried. Freiherr von, preuß. Oberst 191.
Loftus, Lord, engl. Gesandter 156. 170. 249.
Louis Philipp, König von Frankreich 76.
Lombardei 62.
Londoner Konferenz von 1864 123. 127. 133.
— — von 1867 208.
— — von 1871 262.
— Memorandum 353.
— Protokoll 48. 104. 110. 112. 114 f.
Lublin 95.
Lucanus, Friedrich von, Kabinettschef 396.
Lüderitz, Eugen 340.
Lüderitzland 341.
Ludwig, Landgraf 3.
— II., König von Bayern 191. 193. 210. 252. 281. 282. 342. 359.
— XVI., König von Frankreich 76.
— Großherzog von Hessen 376.
Luise, Prinzessin von Hessen 48.
Luitpold, Prinz, Prinzregent von Bayern 283.
Lutz, Johann Freiherr von, bayer. Minister 270. 312.
Luxemburg 107. 190. 195. 205 f.
Lymfjord 123. 128.
Lynar, Fürst 282.
Lyons, Richard Lord, engl. Gesandter 236. 239. 250.

Mackenzie, Morell Sir, engl. Arzt 370.
Mac Mahon, Herzog von Magenta, franz. Marschall 249. 250.
Madrid 222 f.
Magdeburger Zeitung 25.
Magenta 62.
Maigesetze 313. 330.
Mailand 59.
Mainlinie 168. 181. 183. 188. 205. 209.
Majunke, Paul, Abgeordneter 305.
Malmesbury, engl. Minister 254.
Mälther, Dr. sächs. Leibarzt 285.
Manchesterlehre 325.
Mancini, Pasquale, ital. Minister 362.
Manderström, schwed. Minister 113.
Mannheim 189.
Manteuffel, Edwin von, preuß. General 63. 83. 123. 153. 169. 287.
— Otto von, Minister 35. 44. 51 f.
Mantua 168.
Marchegg 183.
Markrechnung 299.
Mars-la-Tour 255.
Märzministerien 23.
Märzpatent 104. 110 f.
Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr, Staatssekretär 421.
Marschallsinseln 342.
Masella, Gaëtano, päpstl. Nuntius 324.
Massenbach, Baronin Eveline von 275.
Mathy, Karl, bad. Minister 210.
Matrikularbeiträge 202. 327.
Matter, Paul, franz. Geschichtsschreiber 181 f. 235.
Maximilian, Kaiser v. Mexiko 143.

Maybach, Albert von, preuß. Miniſter 320. 324. 337.
Mayer, Karl, württemb. Abgeordneter 215. 430.
Mazzini, Giuſeppe, ital. Staatsmann 49.
Mecklenburg 73. 107. 119. 139. 200.
Meerengenvertrag 53. 262.
Meiningen 107. 176.
Mencken, Wilhelmine 4 f.
Mensdorff-Pouilly, Alexander Graf von, öſterr. Miniſter 131. 133. 138. 151. 160. 166.
Menſchikoff, Alexander Fürſt, ruſſ. Botſchafter 50.
Mercier de Loſtende, franz. Geſandter 232. 233 f.
Ménière, Leibarzt Napoleons III. 234.
Mérimée, Proſper, Schriftſteller 144.
Metternich, Richard Fürſt, öſterr. Geſandter 75. 93. 174. 178.
Metz 259. 289. 291.
Mexiko 143. 191.
Michaëlis, Otto, Abgeordneter 202.
Militärgeſetz 301.
Militärkonflikt 82 f.
Militärkonvention 125.
Militärvorlage von 1862 84 f.
— von 1887 369.
— von 1892 411.
Miquel, Johannes von, Abg. 209.
Mittnacht, Hermann von, württ. Miniſter 267. 269. 270—273. 278.
Moabiter Kloſterſturm 309.
Modena 59.
Mögeltondern 129.
Moltke, Helmut von, Generalfeldmarſchall 82. 122. 139. 153. 155. 172 f. 182. 191. 198. 216. 230. 256. 287. 288. 301. 345. 407.
— Kuno von, Flügeladjutant 411.
Mommſen, Theodor, Geſchichtsſchreiber 135. 307.
Moniteur 175.
Monrad, Biſchof, dän. Miniſter 122. 128.
Monroelehre 143.
Mont Avron 288.
Mont Valerien 259.
Montebello, Guſt. Louis Graf von, franz. Botſchafter 97.
Montpenſier (Orleans), Anton Herzog von 228. 234.
Morier, Sir, engl. Geſandter 376.
Moskau 63.
Motley, John, Geſchichtsſchreiber 8.
Mouſtier, Marquis de, franz. Miniſter 52. 191.
Mouy, Carl Graf de, franz. Diplomat 353—355.
Mühler, von, preuß. Miniſter 311 bis 313.
München, Bismarck in 409.
Münſter, Graf, Abgeordneter 299.

Nachod 172.
Napoleon III., Kaiſer v. Frankreich 50 f. 109. 122. 124. 154. 162 f.
— 1862: 75.
— in Biarritz 141. 143. 145.
— Verhalten 1866: 174 f.
— 1867: 205.
— 1870: 234 f. 257.
Naſſau 44. 47. 92. 107. 130. 135. 176. 180. 196. 200.
Nationales Recht 303.
Nationale Partei in Schleswig-Holſtein 135.
Nationalitätenrecht 95. 194.
Nationalliberale Partei 202. 203. 215. 297. 321. 325. 327. 335. 339. 366. 377. 380.
Nationalverſammlung in Bordeaux 289.
Nationalvertretung, Konſervative 69.
Nationalverein 104. 152.
Nationalverſammlung 25. 26. 28.
Naugard 10.
Nell, Baron 40.
Neſſelrode, Maximilian Graf von, ruſſ. Miniſter 58.
Neue freie Preſſe in Wien 157. 408. 420.
Neuenburger Zwiſchenfall 54.

Neue preußiſche Zeitung 26.
Neuer Kurs 405.
Neuguineageſellſchaft 342.
Niederlande 113. 205 f.
Niel, Adolf, franz. Marſchall 154.
Nieper, von, Zivilkommiſſar 133.
Nigra, Conſtantino, Graf, ital. Botſchafter 147. 239.
Nikolaus I., Kaiſer von Rußland 45. 48. 49 f.
Nikolsburg 182. 183. 186.
— Friede von 188. 193.
Nizza 59. 208.
Nobiling, Dr., Attentäter 324.
Norddeutſche allgemeine Zeitung in Berlin 248. 379. 409.
— — in Flensburg 152.
Norddeutſcher Bund 188. 198—212. 202—204.
Nordoſtſeekanal 125. 136. 140 f. 147.
Nothomb, Jéan Baptiſte Baron, belg. Miniſter 345.
Nowoje Wremja 405.
Nürnberg 108. 189.
Nürnberger Burg 193.

Oberheſſen 180. 194.
Obertribunal, preußiſches 149.
Oldenburg 43. 48. 107. 134. 139. 196. 200.
Olga, Königin von Württemberg, Großfürſtin von Rußland 192. 267. 273. 274.
Ollivier, Emil, franz. Miniſter 144. 146. 227. 240 f.
Olmützer Abkommen 35. 42. 49.
Olozaga, Saluſtino de, ſpan. Geſandter 232. 237.
Opper-Herr von Blowitz 346.
Orb 193.
Orden, kirchliche 330.
Oſtafrika 341.
Öſterreich nach 1848: 35. 40 f. 48. 51. 58 f. 67. 92 f.
— 1863: 102 f. 110 f. 130 f.
— 1866: 170 f. 207. 344.
— 1879: 356. 364.
Oſtfriesland 176. 178.
Oſtmark 335.
Oubril, Graf, ruſſ. Geſandter 186.

Paget, engl. Geſandter 113.
Pairsſchub 317.
Palmerſton, Henry Viscount, engl. Miniſter 122.
Paragraph 84.
Paris, Belagerung 257. 287.
— Übergabe 289.
Pariſer Vertrag 53.
Parma 59.
Partikulariſten im Reichstag 203.
Patrimonialgerichtsbarkeit 18.
Patriotiſche Vereine, ſchleswig-holſteiniſche 152.
Paulskirche 28.
Periodizität 19.
Peſchiera 168.
Peter, Großherzog von Oldenburg 171. 196.
Pfleiderer, Dr. Otto, Profeſſor 417.
Pfordten, Ludwig von der, bayer. Miniſter 144. 192.
Piacenza 161.
Pirogow, Chirurg 63.
Plamannſche Lehranſtalt 5. 6. 29.
Plombières 59.
Plozk 95.
Po 177.
Pochhammer, Gegenkandidat 32.
Polen im Reichstag 110. 203. 380.
— in Rußland 72. 94—98.
Polenfrage 94. 311. 334.
Polignac, de, franz. Militärbevollmächtigter 346.
Poſt, Zeitung 345.
Poſtdampferlinien, deutſche 342.
Pourtalès, Albert Graf, preuß. Botſchafter 75.
Pouyer, franz. Miniſter 292.
Prag 177. 191.
Prager Friede 193. 210.
Präliminarfriede v. Verſailles 292.
Pranckh, Siegmund von, bayer. Miniſter 270.
Preſigny, franz. Miniſter 76.
Preßordonnanzen 100.

Preußen 1847: 19.
— 1848: 23 f.
— und die Erbkaiſerlichen 31.
— Militärkonflikt 81 f.
— Vergrößerung 1866 188.
— Kaiſertitel 280 f.
— Königsrechte 307.
Preußiſche Jahrbücher 148. 390.
Preußiſch-ruſſiſcher Vertrag von 1863 97.
Prim, Juan Graf von Reus, ſpan. Miniſter 222 f.
Prittwitz, Karl von, preuß. General 23.
Problus 172.
Probſt, Rudolf, Abgeordneter 214.
Prokeſch-Oſten, Anton Ritter von, öſterr. Geſandter 45. 46.
Promemoria, Emſer 245 f.
Provinzialkorreſpondenz 123. 126.
Provinzialſtände 19.
Putbus 199.
— Fürſt von 199.
Puttkamer, Heinrich von, 16.
— Johanna von 15 f.
— Luitgarde von, geb. v. Glaſenapp 16.
— Ottilie von 12.
— Robert von, preuß. Miniſter 329. 330. 373.

Radom 95.
Radowitz, Joſeph Maria von, deutſcher Botſchafter 345. 353.
— Joſeph Maria von, preuß. General 33.
Radziwill, Anton Prinz, Flügeladjutant 244.
— Boguslaw Fürſt, 23.
Raffauf, deutſcher Konſul 388.
Randon, Jacques Graf, franz. Marſchall 228.
Rantzau, Marie Gräfin von, geb. von Bismarck 17. 415.
Raſtatt, Bundesfeſtung 46.
Ratibor, Viktor Herzog von, Abgeordneter 202.
Rechberg, Johann Bernhard Graf von, öſterr. Miniſter 73. 92. 108. 118 f. 131.
Recht der Nationalitäten 163.
Reck, von 201.
Reformakte 106.
Reformverein, deutſcher 93. 105.
Regnier, franz. Unterhändler 260.
Reichenberg 172.
Reichsanzeiger 375. 409. 420.
Reichsbank 300.
Reichsglocke 319.
Reichskanzleramt 303.
Reichslande 264. 297. 298.
Reichspartei 297. 380.
Reichspoſt 299.
Reichstag 202. 252. 281. 285.
— 1871: 297.
— 1874: 301.
— Nürnb. Spielzeug (1881) 336.
— 1884: 339.
— 1887: 366.
— 1890: 380.
— der Union 33.
Reichstagsauflöſung 365.
Reille, franz. General 257.
Reims 257. 259.
Reinfeld 70.
Reinhardsbrunn 82.
Rendsburg 125. 136. 140. 169.
Reſervatrechte Bayerns 277.
Reuß 171. 200.
— Heinrich VII. Prinz, preuß. Geſandter 178. 359. 408.
Reventlov, Friedrich Graf von 135.
Revolution von 1848 23.
Rheinheſſen 190.
Rheiniſch-Weſtfäliſche Zeitung 404.
Rheinland 145. 165.
Rheinpfalz 190.
Ribe 129.
Richter, Eugen, Abgeordneter 99. 205. 334. 352. 365. 421. 430.
Rickert, Heinrich, Abgeordneter 322.
Rochow, von, preuß. Geſandter 39.
Rodbertus, Johann, Abgeordn. 32.
Rogge, Bernhard, Diviſionspfr. 285.
Roggenbach, Franz Freiherr von, bad. Miniſter 74.

Rolf Krake 128.
Rom 226.
Romö 129.
Roon, Albrecht von, Kriegsminister 63. 66. 72. 76. 77. 82 f. 98. 132. 148. 171 f. 185. 198. 201. 230. 242 f. 272. 273. 277. 278. 287. 318.
Roth, Dr. Arnold, schweiz. Gesandter 379.
Rothenburg, von, Kanzleivorsteher 387.
Rouher, Eugen, franz. Minister 175.
Rovigo 177.
Rückversicherungsvertrag 363. 367. 419.
Rumänien 155.
Russell, John Lord, engl. Minister 112. 113.
Rußland 48. 49 f. 95 f. 102 f. 155. 163. 177.
— Verhalten 1866: 186.
— Verhalten 1870: 258. 262.
— 1875: 345 f.
— 1878: 352 f.
— 1879: 356 f.
— 1886: 364.
— 1890: 387.

Saarbrücken 154. 163.
Saarlouis 190.
Saburow, Andrei, russ. Staatsmann 363.
Sachsen 44. 73. 92. 107. 111. 115. 132. 133. 134. 144. 160. 170 f. 180.
— 1866: 186. 191. 194. 200.
— 1870: 266.
Sachsen-Meiningen 171. 200.
Sachsen-Weimar 30. 107. 200.
Sachsenwald 293. 403.
Sadowa 172. 238.
Salazar y Mazarredo, span. Gesandter 223 f.
Salisbury, Robert Marquis von, engl. Minister 353.
Samoa 340.
Sammer, Karl, Geh. Rat 83. 116.
St. = Saint, San, Sankt
St. Cloud 248.
St. Petersburg 58 f.
San Remo 370.
San Salvador 265.
San Stefano, Friede von 352.
St. Vallier, Charles Graf von, franz. Gesandter 323. 354. 362.
Sardinien 59. 147.
Saturday Review 104.
Saucken-Tarputschen, von, Abgeordneter 19—21.
Savigny, Karl Fried. von, preuß. Gesandter 158. 169. 170.
Savoyen 59. 208.
Schaumburg-Lippe 43. 200.
Scheel-Plessen, Karl Graf von 135. 152.
Scheiterhaufenbrief 381.
Schleiermacher, Fried., Theologe 7.
Schleinitz, Alexander Freiherr von, preuß. Minister 61. 63. 64. 66. 82. 119. 230.
Schlesien 163. 165. 176.
Schleswig-holsteinische Frage 29. 46. 47. 104. 110 f. 132 f. 147. 168 f. 188.
Schleswig-Holstein, preuß. 197. 361.
Schmalfeld, sozialdem. Gegenkandidat 406.
Schmerling, Anton von, österr. Minister 105.
Schnäbele, franz. Polizeikommissär 366.
Schönhausen 3.
Schulaufsichtsgesetz 313.
Schurz, Karl, deutsch-amerikanischer Staatsmann 227.
Schutzzoll 321. 326.
Schuwalow, Peter Graf, russ. Gesandter 343. 352. 353.
Schwarzburg-Rudolstadt 139. 200.
—-Sondershausen 200.
Schwarzenberg, Fürst Felix von, 35. 40. 43. 44.
— Fürst, Kardinalerzbischof 177.
Schweden 48.
Schweiz 145. 250.
Schweninger, Ernst, Professor, Arzt 400. 410. 414. 423. 425.

Schwerin, Maximilian Graf von, Abgeordneter 89. 202.
Schwerpunkt nach Ofen 93.
Sedan 256. 257.
Senfft-Pilſach, Ernſt von, Oberpräſident 13. 100.
Septennat 302. 365. 366.
Serano, ſpan. Marſchall 222.
Serbien 356.
Seymour, George Sir, engl. Geſandter 49.
Sezeſſion 328.
Siliſtria 357.
Simon, J., franz. Staatsmann 289.
Simſon, Martin Eduard von, Abgeordneter 86. 159. 202. 203. 285.
Sizilien, Königreich beider 59.
Skagenkap 128.
Skierniewice 363. 367.
Solferino 62.
Solms, Louis Prinz von 376.
Sonderburg 136.
Sonntagsruhe 378.
Sophroſyne 179.
Souveränitätsſchwindel 68.
Sozialdemokratie 203. 324. 365. 371. 379.
Sozialiſtengeſetz 325. 377.
Sozialreform 332 f. 378.
Spahn, Martin, Profeſſor 386.
Spanien 221. 222 f.
Standard 261. 418.
Stauffenberg, Freiherr von, Abgeordneter 322.
Steinmetz, Karl Friedrich von, preuß. General 198.
Stellvertretungsgeſetz 306.
Stendal 3.
Stephan, Heinrich von, Generalpoſtmeiſter 272.
Steuern, direkte, indirekte 338.
Steuernachlaß 333.
Steuerverein 43.
Stöcker, Adolf, Hofprediger, Abgeordneter 335. 372. 381.
Stockhauſen, von, Kriegsminiſter 35.
Stoffel, Eugen Baron von, franz. Oberſt 301.
Stolberg, Friedrich Graf zu 316.
— Otto Fürſt, Vizepräſ. 306. 359.
Stoſch, Albrecht von, preuß. General, deutſcher Admiral 186. 187. 198. 305.
Strafgeſetzbuch 218.
Strantz, preuß. Oberſt 237.
Straßburg 259. 298. 406.
Strat, rumän. Geſandter 237.
Stübel, Dr., Oberbürgermeiſter 408.
Suckow, Albert von, württ. Miniſter 216. 266. 267. 269—271. 273. 278.
Südbund 209.
Süddeutſche Volkspartei 339.
Süddeutſche Zeitung 105.
Suspenſiv-Veto 29—31.
Sybel, Heinrich von, Geſchichtsſchreiber 177. 181. 183. 192. 250.
Sydow, von, Bundesbevollmächtigter 119.
Sylt 129.
Szechenyi, Emerich Graf von, öſterreich. Geſandter 363.

Tabakmonopol 322. 338.
Tallenay, Marquis de, franz. Geſandter 42.
Talleyrand, Baron von, franz. Geſandter 117. 119.
Tangermünde 23.
Taube, Adolf Graf von, württemb. Miniſter 273.
Tauberlinie 189.
Teufel, teutoniſcher 64.
Thadden, Adolf von, 13.
— Marie von 14. 15.
Thiers, Louis Adolphe, franz. Staatsmann 76. 157. 162. 175. 235. 238. 250. 259. 261. 289. 290. 291.
Thile, von, Staatsſekretär 230. 234.
Thomas, Herzog von Genua 223.
Thouvenel, Eduard, franz. Min. 76.
Thun, Friedrich Graf von, Präſidialgeſandter 40. 42.
Thüngen, Freiherr von, bayer. Geſandter 212.

Thurn und Taxisſche Poſt 194.
Tiedemann, Chriſtoph von, Staatsmann 326.
Times 253. 346.
Tirpitz, Alfred von, Admiral, Staatsſekretär 422.
Tobitſchau 182.
Todesſtrafe 218.
Toskana 59.
Toul 259.
Treitſchke, Heinrich von, Geſchichtsſchreiber 148. 299.
Triennat 365.
Tunis 348. 362.
Türkei 49 f. 352 f.
Tweſten, Karl, Abgeordneter 149. 202. 203.

Uhden, Obertribunalspräſident 149.
Ujeſt, Hugo Herzog von, Abgeordneter 202. 203.
Ulm, Bundesfeſtung 46.
Ultramontane 105. 348.
— in Bayern 215.
— in Württemberg 213. 215.
Unfallverſicherung 333.
Unfehlbarkeit des Papſtes 205. 308. 310.
Ungariſcher Aufſtand 49. 50.
Union 32. 33.
Unruh, von, Abgeordneter 97. 202.
Unterſtützungswohnſitz 217.
„up ewig ungedeelt" 110.
Urwähler 201.
Uſedom, Karl Graf von, preuß. Geſandter 155. 219. 220.

Varnbüler, Fried. Freiherr von, württemb. Miniſter 171. 192.
Varzin 198.
Vaticanum 309.
Venetien 59. 62. 140. 141. 146. 161 f.
Verdy du Vernois, Julius von, preuß. Miniſter 389.
Verona 168.
Verſailles 267. 270 f.
Verſen, Max von, preuß. Major 231. 232.
Vertrag, öſterreichiſch-preußiſcher v. 16. Januar 1864 121.
— preußiſch-italien. von 1866 157.
Vicari, Hermann von, Erzbiſchof 47.
Vichy 189. 233.
Viktor Emanuel II., König von Italien-(Sardinien) 59. 141. 147. 154. 162 f. 174. 177. 226. 258.
Viktoria, Königin von England 287. 346. 372.
— Kronprinzeſſin von Preußen 54. 165. 287. 329. 370.
— Kaiſerin von Deutſchland 372. 373. 412.
Villafranca, Friede von 62.
Vincke, Georg von, Abgeordneter 25. 34. 85.
Virchow, Rudolf, Profeſſor, Abgeordneter 94. 132. 198. 371.
Vitzthum von Eckſtädt, ſächſ. Geſ. 76.
Vogel von Falckenſtein, Eduard, preuß. General 171. 198.
Vöhl 194.
Völk, Joſeph, Abgeordneter 214.
Volkswirtſchaftsrat 334.
Voſſiſche Zeitung 32. 134. 418.

Waddington, William, franz. Miniſter 323. 354.
Wahlrecht, allgemeines 29—31. 159 bis 160. 200. 300.
— direktes, indirektes 200.
Waldeck 200.
—-von Unruh, Abgeordneter 32.
Waldemar, Prinzeſſin von Dänemark 367.
Walz, Dr. 63.
Wangemann, Miſſionsinſpekt. 341.
Ward, engl. Konſul 119.
Warſchau 95.
Wehrpflicht, allgemeine 215.
Weinburg 223.
Welfen 310. 380.
Wentzel, von, Legationsrat 64.
Werther, Karl Freiherr von, preuß. Geſandter 151. 236. 240.
Werthern, Freiherr von, preuß. Geſandter 223.

Weſtdeutſche allgem. Zeitung 404.
Wielopolski, Marquis, ruſſ. Statthalter 95.
Wien, Bismarck in 408.
Wiener Friede 129.
Wilhelm III., König v. Holland 205.
Wilhelm I. 1848: 26.
— 1854: 57. 60.
— König 64.
— Ernennung Bismarcks z. Miniſter 83 f. 101 f.
— 1864: 131. 135.
— 1865: 139.
— 1866: 169 f.
— in Nikolsburg 183. 194.
— Beziehungen zu Bismarck 221. 286. 305. 306. 318. 359.
— Tod 370.
— II., König von Preußen, Kaiſer von Deutſchland 363. 373—424.
— I., Prinz, König von Württemberg 216. 298.
Williſen, Wilhelm von, preuß. General 73.
Wimpffen, Emanuel Felix von, franz. General 256. 257.
Windthorſt, Ludwig, Abgeordneter 204. 310 f. 335. 365. 386.
Winter, von, Oberbürgermeiſter 101.
Wir Deutſche fürchten Gott uſw. 344.
Wörth 258.
Wrangel, Fried. Graf von, Generalfeldmarſchall 27. 30. 122.
Württemberg 44. 92. 107. 130. 131. 133. 191.
— 1866: 192. 206.
— 1867: 210. 211.
— 1870: 262. 270 f.
Würzburg 189.

Zedlitz, Zivilkommiſſär 133.
—-Trützſchler, Graf von, preuß. Miniſter 386.
Zentralverband deutſcher Induſtrieller 326.
Zentraliſtiſche Verfaſſung in Öſterreich 148.
Zentrum, linkes 86. 109. 196. 202.
Zentrumspartei, Entſtehung 301.
— im Kulturkampf 309 f.
— Teilnahme an der Wirtſchaftsreform 325. 327. 334.
— beim Septennat 365 f. 366.
— 1895: 415. 420.
Zeughaus, Sturm a. d. Berliner 25.
Ziegler, Theobald Dr., Prof. 406.
Zivilehe 34. 314. 330.
Zinsfußbeſchränkung 217.
Zollparlament 67. 69. 212 f. 265.
Zolltarif von 1879 328.
Zollverein 43. 44. 92. 130. 131. 140. 211.
Zukunft, die Wochenſchrift 404. 419.
Züricher Friede 62.
Zweibund 359. 383.
Zwittau 180.



